

Zeitschrift: Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz
Band: 21/1907 (1909)

Anhang: Gesetze und Verordnungen betreffend das Unterrichtswesen in der Schweiz im Jahre 1907
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neue Gesetze und Verordnungen

betreffend das

Unterrichtswesen in der Schweiz im Jahre 1907.

A. Eidgenössische Gesetze und Verordnungen.

1. 1. **Regulativ über die Verwendung der Zinsen aus der „Albert Barth-Stiftung“ an der eidgenössischen polytechnischen Schule.** (Vom 4. Juli 1907.)

Der schweizerische Bundesrat,
nach Einsicht eines Berichtes des schweizerischen Schulrates,
beschließt:

Der Zinsertrag der „Albert Barth-Stiftung“ erhält hiernach bezeichnete Verwendung:

1. Zu Gewährung von Beiträgen zur Förderung der wissenschaftlichen Tätigkeit der Professoren der eidgenössischen polytechnischen Schule.

Art. 1. Der schweizerische Schulrat gewährt zur Förderung der wissenschaftlichen Tätigkeit der Professoren der eidgenössischen polytechnischen Schule aus der „Albert Barth-Stiftung“ Beiträge an die Ausführung wissenschaftlicher Arbeiten, von Studienreisen u. s. w., soweit hierfür keine anderen Mittel zur Verfügung stehen oder soweit die verfügbaren Mittel nicht ausreichen.

Art. 2. Die Beiträge werden in der Regel nicht niedriger als Fr. 500 und nicht höher als Fr. 5000 bemessen.

Art. 3. Gesuche um Beiträge sind in der Regel zu Anfang eines Rechnungsjahres motiviert an den Schulrat zu richten.

Art. 4. Der Schulrat entscheidet endgültig über das Subventionsgesuch. Er kann vorgängig seiner Entscheidung ein Gutachten Sachverständiger darüber einholen, ob und in welchem Umfange die wissenschaftlichen Arbeiten des Professors eine finanzielle Förderung rechtfertigen.

Art. 5. Liegen mehrere Subventionsgesuche vor, so ist in der Regel das Gesuch desjenigen Bewerbers zu berücksichtigen, dessen wissenschaftlichen Arbeiten eine finanzielle Förderung vor allem rechtfertigen. Im Zweifel ist derjenige Bewerber zu berücksichtigen, der noch keinen Beitrag erhalten hat.

Art. 6. Der Schulrat setzt in jedem einzelnen Falle die Bedingungen für die Erteilung des Beitrages und dessen Höhe fest.

II. Zu Gewährung von Beiträgen für wissenschaftliche Exkursionen und Verleihung von Studien- und Reisestipendien an Studierende des eidgenössischen Polytechnikums.

Art. 1. Der schweizerische Schulrat, oder in dessen Vertretung der Präsident des Schulrates, gewährt aus der „Albert Barth-Stiftung“ Beiträge für wissenschaftliche Exkursionen und verleiht Studien- und Reisestipendien an tüchtige und würdige Studierende schweizerischer Nationalität während der Studienzeit an der eidgenössischen polytechnischen Schule und ausnahmsweise zur Fortsetzung und Ergänzung ihrer Studien, soweit hierfür keine anderen Mittel zur Verfügung stehen oder soweit die verfügbaren Mittel nicht ausreichen.

Art. 2. Die Beiträge für Exkursionen belaufen sich in der Regel nicht höher als auf Fr. 100 jährlich für jeden Studierenden.

Art. 3. Die Stipendien werden in der Regel in Beträgen von nicht unter Fr. 200 und nicht über Fr. 1000 jährlich erteilt.

Art. 4. Mit einem Stipendium ist der Erlaß des Schulgeldes und der Prüfungsgebühren, sowie der Gebühren für die Laboratorien verbunden.

Art. 5. Gesuche um Beiträge für Exkursionen sind durch die Vermittlung des Exkursionsleiters, mit dessen Gutachten und Antrag versehen, an den Schulrat zu richten.

Art. 6. Bewerber um Stipendien haben ihre Gesuche, begleitet von einem amtlich beglaubigten Ausweis über die finanziellen Verhältnisse und von Angaben über andere zugesicherte Unterstützungsmittel, bis spätestens vier Wochen vor dem offiziellen Semesterschluß an den schweizerischen Schulrat zu richten.

Gesuche von Neueintretenden können ausnahmsweise im Laufe der ersten drei Wochen nach dem offiziellen Semesterbeginn entgegengenommen werden.

Art. 7. Die Gesuche für Stipendien werden den Spezialkonferenzen zur Begutachtung und Antragstellung überwiesen.

Art. 8. Auf Grund der Anträge entscheidet der Schulrat, beziehungsweise dessen Präsident über die Gesuche.

Art. 9. Die Beiträge werden unmittelbar nach erfolgtem Entscheide geliefert. Der Betrag der Stipendien wird in vierteljährlichen Raten vom Kassieramte entrichtet.

Art. 10. Auf den motivierten Antrag der zuständigen Spezialkonferenz kann der Schulrat, beziehungsweise dessen Präsident ein verliehenes Stipendium für eine bestimmte Zeit oder gänzlich aufheben.

Art. 11. Dieses Regulativ tritt sofort in Kraft.

2. 2. Verordnung über die Organisation der Zentralanstalt für das forstliche Versuchswesen. (Vom 25. Juni 1906.)

Der schweizerische Bundesrat,
in Ausführung des Bundesbeschlusses vom 27. März 1885 betreffend die Errichtung einer Zentralanstalt für das forstliche Versuchswesen, nach Einsicht eines nachbezüglichen Antrages des eidgenössischen Departements des Innern,
verordnet:

Art. 1. Die Zentralanstalt für das forstliche Versuchswesen steht unter der Aufsicht und Oberleitung einer Kommission, welche der Bundesrat je nach Umständen aus 5 oder 7 Mitgliedern (Art. 3 des zitierten Bundesbeschlusses) zusammensetzt. Dieser gehören der Präsident des schweizerischen Schulrates und der eidgenössische Oberforstinspektor von Amts wegen an; die übrigen Mitglieder, von denen drei ausübende Forstbeamte aus den Kantonen sein müssen, werden vom Bundesrate für eine Amtsdauer von 5 Jahren gewählt.

Zwei von den aus den Kantonen erwählten Mitgliedern sind nach einer Amtsdauer für die Dauer von wenigstens 5 Jahren nicht mehr wählbar.

Den Vorsitz führt der Präsident des schweizerischen Schulrates.

Art. 2. Die Aufsichtskommission versammelt sich in der Regel jährlich zweimal; in der Zwischenzeit werden die notwendig abzuwandelnden Geschäfte nach Anhörung des Anstaltsvorstandes vom Präsidenten des Schulrates besorgt.

Art. 3. Der Aufsichtskommission steht zu:

- a. Die Feststellung der jährlichen Arbeitspläne, die Prüfung der Rechnungen und Jahresberichte;
- b. der Vorschlag für das ordentliche Jahresbudget der Anstalt;
beides zuhanden des Bundesrates;
- c. die Anordnung der Publikation der Untersuchungs- und Beobachtungsergebnisse;
- d. das Vorschlagsrecht zuhanden des Bundesrates für die Wahl des Vorstandes, des Adjunkten und des Assistenten (Art. 4);
- e. die Wahl des Gehülfen für Besorgung des Forstgartens;
weitere nötige Arbeitshilfe wird vom Vorstande, beziehungsweise vom Adjunkten oder Assistenten bestellt;
- f. die Aufstellung von Instruktionen unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Schulrat.

Art. 4. Die unmittelbare Leitung der Anstalt wird einem auf den Vorschlag der Aufsichtskommission vom Bundesrate hierfür bezeichneten Fachlehrer der Forstschule übertragen. Dieser wohnt den Sitzungen der Aufsichtskommission mit beratender Stimme bei.

Dem Vorstande stehen zur Seite:

- a. Ein Adjunkt mit forstlicher und ein Assistent mit chemischer und botanischer Bildung;
- b. der Gehülfe für Besorgung des Forstgartens;
- c. die erforderlichen Arbeitsgehülfen.

Art. 5. Die übrigen Professoren der Forstschule können um ihre Mithilfe angegangen werden, soweit dies mit ihren nächsten Pflichten gegen die Schule verträglich erscheint.

Die schweizerische agrikulturchemische Anstalt in Zürich, die Samenkontrollstation und die eidgenössische Materialprüfungsanstalt stehen der forstlichen Versuchsanstalt im Sinne der bestehenden Reglemente zur Benutzung offen. Zu allfälligen Aufträgen von seiten der Zentralanstalt ist möglichst eine Zeit zu wählen, zu welcher die genannten Institute nicht ohnehin mit Arbeit überhäuft sind.

Art. 6. Dem Vorstande der Versuchsanstalt liegt ob:

- a. Die gesamte unmittelbare Leitung der Anstalt;
- b. die Aufstellung der Arbeitspläne zuhanden der Aufsichtskommission und des Entwurfes des Jahresberichtes;
- c. die ökonomische Verwaltung der Anstalt. Er unterbreitet zu diesem Zwecke der Aufsichtskommission rechtzeitig den Entwurf des Voranschlages und sorgt dafür, daß die Ausgaben sich streng innerhalb der bewilligten Kredite bewegen;
- d. der Verkehr mit den Mitarbeitern, den Waldbesitzern und ihren Beamten und mit anderen Versuchsanstalten;
- e. die Überwachung der Ausführung des Arbeitsprogrammes, die Prüfung, Sichtung und Zusammenstellung der Untersuchungs- und Beobachtungsergebnisse, sowie Antragstellung an die Kommission bezüglich der Publikationen (Art. 3 c);
- f. die Antragstellung an die Kommission betreffend den Wahlvorschlag für den Adjunkten und den Assistenten (Art. 3 d) und betreffend die Wahl des Gehülfen für Besorgung des Forstgartens (Art. 3 e);
- g. die Anschaffung, Instandhaltung und Inventarisierung der Instrumente, Werkzeuge und Sammlungsgegenstände.

Art. 7. Die zur Bestreitung der Ausgaben erforderlichen Vorschüsse werden dem Vorstand nach Maßgabe des jeweiligen Bedürfnisses auf Anweisung des Departements des Innern durch die Kasse des eidgenössischen Polytechnikums verabfolgt.

Art. 8. Die Mitglieder der Kommission werden für die Sitzungen und Reisen nach den einschlägigen Bestimmungen des Bundesratsbeschlusses vom 26. November 1878 (Amtl. Samml. n. F. III, 623) entschädigt. Die Besoldungen und Taggelder des Vorstandes, des Adjunkten und des Assistenten betimmt der Bundesrat auf Antrag der Aufsichtskommission.

Die Honorierung besonderer Hilfsarbeiter, ferner die Entschädigung für außerordentliche Betätigungen der Forstbeamten an den Versuchen, sowie des Gehülfen zur Besorgung des Forstgartens setzt die Aufsichtskommission fest; im übrigen gelten die Bestimmungen des Bundesgesetzes betreffend die Besoldungen der eidgenössischen Beamten und Angestellten.

Die Tagelöhne für die gewöhnlichen Arbeiten im Walde werden durch den Vorstand der Anstalt, resp. durch dessen Adjunkten und Assistenten, nach den örtlichen Verhältnissen bestimmt.

Art. 9. Das Departement des Innern wird mit dem Vollzuge dieser Verordnung beauftragt. Durch dieselbe wird die gleichartige vom 1. Juni 1886 (Amtl. Samml. n. F. IX, 39) aufgehoben.

3. 3. Bundesratsbeschluß betreffend Ergänzung von Artikel 2 der Vollziehungsverordnung vom 17. November 1900 zum Bundesbeschluß vom 15. April 1891 über Förderung der kommerziellen Bildung. (Vom 20. Juni 1907.)

Der schweizerische Bundesrat,
in Ergänzung von Artikel 2 der Vollziehungsverordnung vom 17. November 1900
über Förderung der kommerziellen Bildung;
auf Antrag seines Handelsdepartements,

beschließt:

Der Artikel 2 der Vollziehungsverordnung vom 17. November 1900 (Amtl. Samml. n. F. XVIII, 261) zum Bundesbeschluß vom 15. April 1891 betreffend Förderung der kommerziellen Bildung wird ergänzt wie folgt:

„f. Bei Anwendung der Bestimmung über das Minimalalter für den Eintritt in die Handelsschulen ist das Handelsdepartement ermächtigt, den verschiedenen kantonalen und örtlichen Verhältnissen in der Weise Rechnung zu tragen, daß, im Falle nachgewiesener Befähigung im Sinne von lit. b und einer befriedigend abgelegten Prüfung, auch Schülern unter 15 Jahren — unter keinen Umständen aber vor dem zurückgelegten 14. Altersjahr — der Eintritt in die unterste Klasse einer vom Bunde subventionierten Handelsschule gestattet werden kann.

„g. Im Interesse eines möglichst intensiven Unterrichts soll bei den vom Bunde subventionierten Handelsschulen, wenigstens in allen kommerziellen und sprachlichen Fächern, die Schülerzahl einer Klasse in der Regel 24 nicht übersteigen. Diese Bestimmung gilt auch für die kaufmännischen Fortbildungsschulen.“

4. 4. Artikel 15, 102—104 der Militärorganisation der schweizerischen Eidgenossenschaft. (Vom 12. April 1907.)

Art. 15. Der Bund vergütet den Kantonen drei Vierteile der Kosten für Stellvertretung der als Unteroffiziere oder Offiziere in den Instruktionsdienst einberufenen Lehrer der öffentlichen Schulen. Ausgenommen sind die ordentlichen Wiederholungskurse.

Art. 102. Die Kantone sorgen dafür, daß die männliche Jugend im schulpflichtigen Alter Turnunterricht erhält.

Dieser Unterricht wird durch Lehrer erteilt, welche die dazu nötige Ausbildung in den Lehrerbildungsanstalten und in vom Bunde zu veranstaltenden Turnlehrerkursen erhalten haben.

Dem Bunde steht die oberste Aufsicht über die Ausführung dieser Bestimmungen zu.

Art. 103. Der Bund unterstützt Vereine und Bestrebungen, die sich die körperliche Ausbildung und die Vorbildung der Jünglinge für den Wehrdienst nach dem Austritt aus der Schule zur Aufgabe machen.

Bei der Aushebung der Wehrpflichtigen findet über deren körperliche Leistungsfähigkeit eine Prüfung statt.

Der Bund erläßt Vorschriften über den vorbereitenden Turnunterricht. Er veranstaltet Vorturnerkurse.

Art. 104. Der Bund unterstützt ferner Vereine und Bestrebungen, die eine militärische Vorbildung der Jünglinge vor dem Eintritte in das dienstpflichtige Alter bezwecken. Besonderes Gewicht soll dabei auf die Ausbildung im Schießen gelegt werden. Der Bund liefert unentgeltlich Waffen, Munition und die nötige Ausrüstung. Der Bundesrat erläßt die bezüglichlichen Vorschriften.

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen.

I. Verfassungsbestimmungen, allgemeine Unterrichts- und Spezialgesetze.

1. 1. Revision von Art. 78 der Kantonsverfassung des Kantons Glarus betreffend Beitrag an Schulhausbauten. (Beschlossen von der Landsgemeinde am 5. Mai 1907.)

Art. 78 der Kantonsverfassung soll künftig lauten:

An außerordentliche Ausgaben der Schulgemeinden, wie Neubauten oder Erweiterung bestehender Schulhäuser, welche die staatliche Genehmigung erhalten haben, leistet der Kanton innerhalb des gesetzlichen Rahmens einen den Verhältnissen angemessenen Beitrag.

Die Schulgemeinden sind berechtigt, zur Bildung von Baufonds, sowie für die Verzinsung und Amortisation der Bauschulden auf die Dauer von 15 Jahren eine besondere Schulhausbausteuer bis auf 1 ‰ vom Vermögen, Fr. 1 vom Kopf und Fr. 3 von der Haushaltung zu erheben.

Die nach Abzug des Staatsbeitrages, des Ertrages der Schulhausbausteuer und allfälliger Zuschüsse aus dem Schulvermögen (Art. 75, Alinea 2) verbleibenden Kosten haben die betreffenden Tagwen zu bestreiten, sofern nachweislich das Maximum der Schulsteuer und die Schulhausbausteuer zusammen nicht ausreichen, um innert 15 Jahren diese Kosten abzutragen.

Die Art und Höhe der Beitragsleistung des Staates an die Primar-, Sekundar-, Bezirks-, Fortbildungs- und gewerblichen Schulen regeln sich nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.

Dem vorstehenden abgeänderten Art. 78 der Kantonsverfassung ist von den eidgenössischen Räten, und zwar vom Ständerat am 13. Juni 1907, vom Nationalrat am 21. Juni 1907, die eidgenössische Gewährleistung erteilt worden.

2. 2. Gesetz betreffend den Volksunterricht und die Normalschulen des Kantons Wallis. (Vom 1. Juni 1907.)

Der Große Rat des Kantons Wallis, in Erwägung, daß es von Wichtigkeit ist, im Primarschulwesen jene Verbesserungen anzubringen, deren Notwendigkeit durch die Erfahrung dargetan ist; willens, die verschiedenen die Primar- und Normalschulen betreffenden Dekrete und Entscheide des Staatsrates in einem Gesetze zu vereinigen; auf Antrag des Staatsrates,

beschließt:

I. Kapitel. — Volksschulen.

I. Abschnitt. — Allgemeine Grundsätze. — Schulpflicht. — Schulbesuch.

Art. 1. Der Volksunterricht ist obligatorisch; derselbe wird in den öffentlichen Schulen des Kantons unentgeltlich erteilt.

Art. 2. Die Oberleitung, Oberaufsicht und Kontrolle über den Volksunterricht kommen dem Staatsrate zu, der diese Amtsbefugnisse durch das Erziehungsdepartement ausübt.

Art. 3. Die Kosten für den öffentlichen Volksunterricht sind von den Gemeinden zu tragen. Das Gesetz bestimmt die Beteiligung des Staates.

Die Schulfonds dürfen ihrer Bestimmung nicht entzogen werden.

Art. 4. Die Gemeinden sind verpflichtet, die erforderliche Anzahl Schulen zu eröffnen, um allen auf ihrem Gebiete wohnenden Kindern den Volksunterricht zu verschaffen.

Art. 5. Mit Ermächtigung des Schulinspektors können die Kinder eines abgelegenen Weilers die Schule einer Nachbargemeinde besuchen, wenn dieselbe weniger weit entfernt ist, als diejenige ihrer Wohnortsgemeinde.

In diesem Falle hat die letztere an die Kosten verhältnismäßig beizutragen.

Art. 6. Je nach Umständen kann das Erziehungsdepartement für abgelegene und zur Winterszeit schwer zugängliche Weiler die Eröffnung einer Schule verordnen.

Art. 7. Ohne staatsrätliche Ermächtigung darf eine bestehende Schule nicht aufgehoben werden.

Art. 8. Zählt eine Schule mehr als 50 Schüler, so muß sie geteilt werden.

Art. 9. In den Ortschaften von mehr denn 50 Kindern muß eine getrennte Schule für die Knaben und für die Mädchen bestehen.

Art. 10. Auf Verlangen der Eltern und sofern ein regelmäßiger Besuch von mindestens 40 Kindern zugesichert ist, sind die Gemeinden zur Eröffnung einer gemischten Kleinkinderschule verpflichtet.

Zum Besuch einer solchen, in der Regel von einer Lehrerin zu leitenden Schule werden nur Kinder im Alter vom erfüllten vierten bis siebenten Jahre zugelassen.

Art. 11. Knaben und Mädchen sind vom siebenten bis zum erfüllten fünfzehnten Altersjahre zum Schulbesuche verpflichtet, unter Vorbehalt der Bestimmungen der Art. 27 und folgenden.

Art. 12. Der zum Schulbesuch verpflichtete Schüler darf dieselbe nicht vor Schluß des Schuljahres verlassen.

Art. 13. Die Eltern oder deren Stellvertreter (Vormünder, Meister) sind verpflichtet, in betreff der ihrer Obsorge anvertrauten Kinder über die Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften zu wachen.

Art. 14. Die Dauer des Jahreskurses der Volksschule beträgt sechs bis zehn Monate und wird für jede Gemeinde durch Staatsratsbeschluß festgesetzt. Die Eröffnung fällt in die Zeit zwischen dem 15. September und dem 2. November.

II. Abschnitt. — Kontrolle.

Art. 15. Der Zivilstandsbeamte soll dem Präsidenten des Schulausschusses einen Monat vor Eröffnung des Schuljahres das Verzeichnis der Kinder, die bis zum 31. Dezember das Alter von sieben Jahren erreicht haben, nebst Angabe ihres Geburtsdatums und der Namen ihrer Eltern, zustellen.

Die Gemeindebehörde hat für die in der Gemeinde wohnsässigen, aber außerhalb derselben geborenen Kinder die gleichen Angaben beizubringen.

Innert der gleichen Frist hat die Waisenamtsbehörde dem Präsidenten des Schulausschusses ein Verzeichnis der Vormünder der schulpflichtigen Kinder zuzustellen.

Art. 16. Der Schulausschuß fertigt vor Beginn des Jahreskurses an Hand eines vom Erziehungsdepartemente zu liefernden Formulars ein vollständiges Verzeichnis der schulpflichtigen Kinder an.

Art. 17. Zu Beginn des Schuljahres händigt der Schulausschuß dem Lehrpersonal ein Verzeichnis der ihm anvertrauten Kinder ein. Zu diesem Behufe hat er das vom Erziehungsdepartemente gelieferte Formular zu verwenden.

Art. 18. Jedem Schüler wird bei seinem Eintritt in die Primarschule vom Ausschuß ein Schulbüchlein zugestellt, in welchem die erhaltenen Noten, sowie die ungerechtfertigten Versäumnisse einzutragen sind.

Art. 19. Der Schulausschuß hat dem Inspektor bei Beginn des Schuljahres ein Doppel des Schülerverzeichnisses jeder Klasse zu übermitteln.

Art. 20. Errichtung und Führung des Schülerverzeichnisses und Schulbüchleins werden durch einen Staatsratsbeschluß geregelt.

III. Abschnitt. — Urlaub. — Erlaubnisse. — Schulversäumnisse.

Art. 21. Erlaubnisse werden in der Regel vom Präsidenten des Schulausschusses erteilt.

Die Bewilligung derselben kann in den aus abgelegenen Weilern gebildeten Gemeinden vom Schulausschusse einem seiner Mitglieder eingeräumt werden.

Die verantwortlichen Vertreter des Schülers sind verpflichtet, für jeden gegebenen Fall ein Erlaubnis- oder Urlaubsbegehren einzureichen.

Art. 22. Erlaubnisse und Urlaubsbewilligungen dürfen nur erteilt werden, sofern nachweisbar triftige Gründe vorliegen.

Solche sind namentlich:

- a. Krankheit des Schülers;
- b. schwere Erkrankung oder Tod eines Familiengliedes;
- c. Witterungsverhältnisse, die den Schulbesuch sehr erschweren.

Art. 23. Erlaubnisse für drei und mehr Tage werden auf den Vorantrag des Präsidenten des Schulausschusses vom Inspektor bewilligt.

Art. 24. Eine längere Befreiung von der Schule oder endgültige Entlassung aus derselben aus Gesundheitsrücksichten wird auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses vom Inspektor bewilligt.

Art. 25. Der Lehrer führt mittelst eines vom Departemente zu liefernden Registers tägliche Kontrolle über die gerechtfertigten und ungerechtfertigten Schulversäumnisse.

Allwöchentlich stellt er das Verzeichnis der Schulversäumnisse dem Präsidenten der Schulkommission zu und allmonatlich dem Schulinspektor.

Die Versäumnisse werden nach halben Tagen gezählt.

Art. 26. Jegliches ungerechtfertigte Ausbleiben von der Volks- oder von der Wiederholungsschule wird mit den im gegenwärtigen Gesetze vorgesehenen Bußen und Strafen belegt.

IV. Abschnitt. — Entlassung.

Art. 27. Die Knaben können nur nach erfolgreich bestandener Entlassungsprüfung der Schule enthoben werden.

Diejenigen, deren Kenntnisse bei der Entlassungsprüfung als unzureichend befunden wurden, sind verpflichtet, die Schule bis zum erfüllten 16. Altersjahre zu besuchen und sich einer zweiten Prüfung zu unterziehen.

Von dieser Verpflichtung, bis zum erfüllten 16. Altersjahre die Schule zu besuchen, können diejenigen Schüler ausgenommen werden, welche laut ärztlichem Gutachten nicht die nötige Veranlagung besitzen, die Schule mit Erfolg weiter zu besuchen. Über derartige Fälle entscheidet der Inspektor nach Vernehmung des Schulausschusses.

Einer Entlassung bedürfen jedoch diejenigen Schüler nicht, die aus der Volksschule austreten, um eine höhere Erziehungsanstalt zu besuchen.

Der Schüler, der eine höhere Erziehungsanstalt besucht und diese vor Erfüllung des 16. Altersjahres wieder verläßt, hat sich der Entlassungsprüfung zu unterziehen.

Art. 28. Die Entlassungsprüfungen werden gegen Ende eines jeden Schuljahres von einem aus einem Vertreter des Erziehungsdepartementes und zwei Kreisinspektoren gebildeten Ausschusse abgenommen.

Art. 29. Spätestens acht Tage vor den Prüfungen übermittelt der Schulausschuß jeder Gemeinde dem Inspektor das Verzeichnis sämtlicher Schüler, die sich vor dem Prüfungsausschusse zu stellen haben.

Art. 30. Der Kreisinspektor bringt jedem Schulausschusse die Ergebnisse der Entlassungsprüfungen zur Kenntnis, und zwar innert den der Prüfung folgenden zwei Monaten.

Art. 31. Das Reglement für die Volksschulen bestimmt das Prüfungsprogramm, die Notenskala, sowie die verschiedenen Entlassungsbedingungen.

Art. 32. In Ausnahmefällen und auf Vorantrag des Schulinspektors kann das Erziehungsdepartement die vorzeitige Entlassung einer 14jährigen Schülerin gestatten.

Die dermaßen dispensierten Mädchen sind gleichwohl zum Besuche des Handarbeits- und Haushaltungsunterrichtes verhalten.

V. Abschnitt. — Freie Schulen.

Art. 33. Die Art. 9, 11 bis 14, 18 bis 20, 26 bis 32, 39 bis 45, 52 und 53, 69 bis 72, 74 bis 77, 80, 88, 93, 96 und 102 bis 105 des gegenwärtigen Gesetzes sind auf die freien Schulen anwendbar.

Art. 34. Der Unterricht in den freien Schulen muß wenigstens dem in den öffentlichen Schulen erteilten entsprechen.

Art. 35. Die freien Schulen sind der Oberaufsicht des Staatsrates unterstellt, der dieselbe ausübt: *a.* durch das Erziehungsdepartement; *b.* durch den Kreisinspektor.

Das Erziehungsdepartement ist befugt, nebst den Besuchen der ordentlichen Aufsichtsbehörde die freien Schulen in außerordentlicher Weise inspizieren und die Schüler in den Fächern des öffentlichen Lehrplanes prüfen zu lassen.

Art. 36. Jede freie Schule ist berechtigt, einen eigenen Schulausschuß zu besitzen, dessen Zusammensetzung der Genehmigung des Erziehungsdepartementes bedarf.

Dieser Ausschuß besitzt die gleichen Amtsbefugnisse, wie der Gemeinde-Schulausschuß.

Derselbe hat dem Gemeinderate ein Verzeichnis sämtlicher, die Schule besuchender Schüler zuzustellen.

Macht eine freie Schule von dem ihr durch Alinea 1 eingeräumten Rechte keinen Gebrauch, so wird sie der Aufsicht des Gemeinde-Schulausschusses unterstellt.

Art. 37. Jede freie Schule, deren Unterricht im Vergleiche zu dem Lehrplan der Volksschule als unzureichend befunden wird oder deren Leitung oder Schulausschuß den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes nicht nachkommt, wird geschlossen. Die Schließung wird durch den Staatsrat angeordnet.

Art. 38. Die Dauer der Schulzeit der freien Schule muß mindestens die gleiche sein, wie diejenige der Volksschule der betreffenden Gemeinde.

VI. Abschnitt. — Sanitarische Untersuchungen. — Abnormale Kinder.

Art. 39. Alljährlich findet wenigstens eine sanitarische Untersuchung einer jeden Volks- oder freien Schule statt.

Dieselbe wird in der Regel durch den Bezirksarzt durchgeführt und muß bis spätestens Mitte Dezember beendet sein.

Art. 40. Zweck dieser Untersuchung ist:

- a. Feststellung der notwendigen hygienischen Vorbedingungen, welche die Schulkale aufzuweisen haben in bezug auf Bau, Beleuchtung, Heizung, Lüfterneuerung, Mobiliar, Reinlichkeit, Zugänge u. s. w.;
- b. Bezeichnung derjenigen Lehrer oder Kinder, die mit einer ansteckenden Krankheit behaftet sind, oder wegen schwächlicher Gesundheit die Schule nicht besuchen oder derselben nicht vorstehen können.

Art. 41. Der Arzt hat die schulpflichtigen, aber aus einer beliebigen Ursache am Tage der Inspektion am Schulbesuche verhinderten Kinder zu Hause zu untersuchen.

Art. 42. Der Arzt fertigt an Hand der vom Erziehungsdepartemente zu liefernden Formulare in zwei Doppeln einen Bericht über die in jeglicher Schule durchgeführte Untersuchung an.

Das eine Doppel ist dem genannten Departemente und das andere an den Kreisinspektor einzusenden.

Art. 43. Beim Auftreten einer epidemischen Krankheit trifft der Bezirksarzt im Einverständnis mit dem Inspektor und den Gemeindebehörden die erforderlichen Maßnahmen behufs Entfernung der kranken Kinder aus der Schule oder Schließung der letztern.

Diese Maßregeln unterliegen der Guttheißung des Erziehungsdepartementes.

Art. 44. Die ärztlichen Gebühren werden durch Staatsratsbeschluß festgesetzt und fallen der Staatskasse zur Last.

Art. 45. Auf den Vorantrag des Schulausschusses veranlaßt der Inspektor die erforderlichen Maßregeln in betreff von Schülern, deren Anwesenheit in der Schule für die sittliche Erziehung der übrigen Schüler nachteilig sein kann, oder von solchen, die mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind.

Art. 46. Die Gemeinden sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die im letzten Alinea des Art. 40 erwähnten Kinder eine ihrem Zustande angepaßte Erziehung und ihren Bedürfnissen entsprechende Bildung erhalten.

Art. 47. Der Staat kann an die im Kanton errichteten Spezialanstalten für die Erziehung abnormaler Kinder (taubstumme, blinde, entartete) Beiträge ausrichten.

VII. Abschnitt. — Schulkale. — Material. — Schulbedarf.

Art. 48. Die Gemeinden müssen mit den für ihre Schulen erforderlichen Gebäulichkeiten, Räumlichkeiten und dem nötigen Material versehen sein.

Art. 49. Wenn das Bedürfnis dazu nachgewiesen ist, kann das Erziehungsdepartement den Bau oder die Ausbesserung der Schulgebäude verordnen.

Die BURGERSCHAFTEN haben in dem durch die einschlägige Gesetzgebung bestimmten Verhältnisse an die Kosten beizutragen.

Im Weigerungsfalle oder bei Nichtausführung der erteilten Befehle werden die Arbeiten auf Kosten der Gemeinden vom Staate bestellt und überwacht.

Die Gemeinden können überdies mit der im Art. 75 des gegenwärtigen Gesetzes vorgesehenen Buße belegt werden.

Art. 50. Die Pläne für Bau, Umbau oder Ausbesserungen der Schulgebäude unterliegen der Genehmigung des Erziehungsdepartementes, das deren Ausführung überwacht.

Diese Genehmigung ist auch erforderlich in betreff der Wahl des Bauplatzes, sowie für den Ankauf eines Gebäudes und dessen Herrichtung zu Schulzwecken.

Art. 51. Der Staatsrat wird grundsätzlich und im allgemeinen die Anforderungen festsetzen, die an ein Schulgebäude in bezug auf Hygiene und Förderung des Unterrichtes zu stellen sind.

Insbesondere sollen die Schulzimmer hell, luftig, hoch und der zu fassenden Kinderzahl entsprechend geräumig sein.

Das Erziehungsdepartement stellt den Gemeinden Pläne für Schulhausbauten und Musterzeichnungen für Schulmaterial zur Verfügung.

Art. 52. Im Schulgebäude dürfen sich keinerlei geschäftliche Einrichtungen befinden, die den Erziehungs- und Unterrichtszweck ungünstig beeinflussen könnten.

Der Staatsrat kann durch Vermittlung der Gemeindebehörden die Eröffnung von Schenken in der Nähe der Schulhäuser verbieten oder auch die Erneuerung der Konzessionen von schon bestehenden untersagen.

Dieses Verbot kann sich auch auf die Eröffnung anderer Geschäfte, welche den ordentlichen Gang der Schule beeinträchtigen könnten, beziehen, jedoch nur, zutreffenden Falles, gegen eine gebührende und vor auszubezahlende Entschädigung.

Art. 53. Die Schulzimmer dürfen während des Schuljahres einzig und allein ihrem Zwecke dienen; die Abhaltung von Trinkgelagen oder Tanzbelustigungen in denselben ist kurzweg verboten.

Art. 54. Für den Unterhalt der Schullokale, die Reinhaltung, die Ausstattung, die Beleuchtung und die Heizung derselben hat die Munizipalgemeinde aufzukommen.

Nötigenfalls trifft das Erziehungsdepartement auf Kosten der Gemeinde die erforderlichen Maßnahmen.

Die Burgerschaft liefert nach Maßgabe der in Kraft bestehenden Gesetzesbestimmungen das zur Heizung erforderliche Holz und die Hälfte der Kosten des Fällens, der Zubereitung im Walde, sowie des Transportes an die Fahrstraße.

In Gemeinden, welche andere Materialien als Holz zur Heizung gebrauchen, trägt die Burgerschaft die Hälfte der Auslagen.

Art. 55. Es wird eine allgemeine Schulmaterialienniederlage errichtet, von welcher die Gemeinden ihren Bedarf zum Ankaufspreise beziehen können, um die Lehrmittel zum gleichen Preise an die Schüler abzugeben.

Art. 56. Die Gemeinden verabfolgen den unbemittelten Kindern die notwendigen Schulsachen unentgeltlich.

VIII. Abschnitt. — Lehrfächer.

Art. 57. Die Lehrfächer sind folgende:

A. Für beide Geschlechter:

1. Religion (Diözesan-Katechismus, biblische Geschichte); — 2. Lesen; — 3. Schreiben; — 4. Muttersprache; — 5. Rechnen; — 6. Vaterlandsgeschichte; — 7. Geographie des Wallis, der Schweiz und die Grundbegriffe der allgemeinen Geographie; — 8. Zeichnen; — 9. Gesang; — 10. Turnen.

B. Für die Knaben allein:

Anfangsgründe des Messens und der Landwirtschaftskunde.

C. Für die Mädchen allein:

Nadelarbeiten.

D. Für die höhern Kurse:

Für diese Kurse können die Gemeinden beifügen: Praktische Geometrie, Buchhaltung, Anfangsgründe der Naturgeschichte und Naturlehre und Haushaltungskunde.

Art. 58. Der Lehrplan wird die Ausdehnung des Unterrichtes, die auf jedes Fach zu verwendende Zeit, sowie die Dauer der Lektionen näher bestimmen.

IX. Abschnitt. — Ergänzungsschulen.

Art. 59. Jede Gemeinde errichtet je nach Bedürfnis eine oder mehrere Wiederholungsschulen, welche die aus der Volksschule entlassenen Knaben bis zum Alter von 19 Jahren zu besuchen haben.

Vom Besuche derselben sind jedoch die Zöglinge einer höhern Erziehungsanstalt enthoben.

Auf den Vorantrag des Inspektors kann das Erziehungsdepartement kleinere Nachbargemeinden ermächtigen, ihre Schüler zu einem einzigen Kurse zu vereinigen.

Der Schulausschuß hat den Organisationsplan der Wiederholungsschule spätestens 30 Tage vor deren Eröffnung dem Kreisinspektor zu unterbreiten.

Art. 60. Sobald eine Schule mehr als 35 Schüler zählt, muß sie geteilt werden.

Art. 61. Der Kurs umfaßt wenigstens 120 Unterrichtsstunden.

Die Unterrichte sollen in der Regel während des Tages abgehalten werden und dürfen nicht länger als drei Stunden dauern. In Gemeinden, wo die Umstände es erheischen, kann der Inspektor die Abhaltung derselben am Morgen oder am Abend gestatten.

Der Kurs beginnt spätestens am 1. Dezember.

In außerordentlichen Fällen kann das Departement den Beginn des Kurses verspätern.

Art. 62. In Gemeinden, wo der Kurs einem Lehrer der Volksschule anvertraut ist, kann derselbe höchstens dreimal in der Woche abgehalten werden, wobei jeder Unterricht zwei Stunden dauert.

In Gemeinden mit mehreren Knabenschulen wird die Wiederholungsschule vorzugsweise einem Spezial-Kurse anvertraut. In diesem Falle sollen die Unterrichte möglichst in fortlaufender Reihenfolge erteilt werden.

In den aus zerstreuten Weilern gebildeten Gemeinden soll der Wiederholungskurs an einem möglichst zentralen Orte abgehalten werden.

Art. 63. Der in den Wiederholungskursen zu erteilende Unterricht umfaßt im wesentlichen folgende Gegenstände: 1. Religionsunterricht; — 2. Muttersprache (Lesen, Nacherzählen, Aufsatzübungen); — 3. Arithmetik (schriftliches und mündliches Rechnen); — 4. Geographie und Geschichte der Schweiz; — 5. Bürgerrecht; — 6. Theoretische und praktische Anfangsgründe der Landwirtschaftskunde, sowie Anfangsgründe der Buchhaltung; — 7. Turnunterricht.

Art. 64. Außer den in den vorhergehenden Artikeln vorgesehenen Wiederholungskursen sind die jungen Leute, die sich zur pädagogischen Rekrutenprüfung zu stellen haben, gehalten, während des der Rekrutenaushebung vorangehenden Monats einen wenigstens 25 Unterrichte von je zweistündiger Dauer umfassenden Kurs durchzumachen.

Der in diesem Kurse durchzunehmende Lehrstoff ist wesentlich derselbe, über den sich die eidgenössische pädagogische Prüfung erstreckt.

Mit diesem Kurse ist eine allgemeine, für sämtliche Rekruten obligatorische Prüfung verbunden, welche von dem Entlassungs- und Prüfungsausschusse geleitet wird.

Art. 65. Vom Besuche dieses Kurses sind diejenigen jungen Leute ent-
hoben, die höhere Studien gemacht haben und bei der Vorbereitungsprüfung
für sämtliche Fächer die erste Note erhalten haben.

X. Abschnitt. — Strafbestimmungen.

Art. 66. Jedes ungerechtfertigte Ausbleiben aus der Volksschule wird für
die drei ersten Male jeden Schuljahres mit zwanzig Rappen und jedes weitere
Versäumnis mit vierzig Rappen gebüßt.

Jedes ungerechtfertigte Ausbleiben aus der Wiederholungsschule wird mit
je einem Franken für die zwei ersten Male und jedes weitere Mal mit zwei
Franken per Unterricht belegt.

Das Wegbleiben vom Rekruten-Vorbereitungskurs wird mit zwei Franken
per Unterricht bestraft.

Die wegen ungerechtfertigten Versäumnisses ausgesprochenen Bußen werden
jeden Sonntag an den gewöhnlichen Ausrufungsorten öffentlich bekannt gemacht.

Art. 67. Urlaubs- oder Erlaubnisbegehren auf Grund einer falschen Er-
klärung werden mit zwei bis zehn Franken belegt.

Art. 68. Jedes ungerechtfertigte Wegbleiben von der Entlassungsprüfung
oder Rekruten-Vorprüfung wird mit einer Buße von fünf bis zehn Franken
belegt.

Art. 69. Jegliche schwere Anfehnung oder Gehorsamsverweigerung ist
beim Präsidenten des Schulausschusses zur Anzeige zu bringen, der die ge-
boten scheinenden Zwangsmaßnahmen trifft.

Nötigenfalls kann der Präsident oder in dessen Verhinderung ein anderes
Mitglied des Schulausschusses die Unterstützung der Ortspolizei anrufen.

Über solche Fälle entscheidet der Schulausschuß und er kann auf eine
Buße von fünf bis dreißig Franken oder auf Arrest von einem bis auf sechs
Tage erkennen.

Art. 70. Eltern, Vormünder oder Lehrmeister, welche den Lehrer in seinen
Berufs- oder Amtsverrichtungen hemmen, ohne Ermächtigung in Schullokale
eindringen und dieselben trotz Aufforderung abseiten des Lehrers oder der an-
wesenden Behörde nicht verlassen, werden, unvorgreiflich der durch die Straf-
gesetze vorgesehenen schwereren Strafen, mit einer Buße von fünf bis dreißig
Franken bestraft.

Art. 71. Eltern, Vormünder oder Lehrmeister, welche die Erziehung und
Unterrichtung der ihrer Obsorge unterstellten Kinder verhindern oder schwer
vernachlässigen, werden mit einer Buße von zehn bis dreißig Franken bestraft.

Art. 72. Bei jeglichem Rückfalle kann die Buße verdoppelt werden.

Art. 73. Die über einen Schüler verhängte Geldbuße ist gegen dessen
Eltern oder ihre verantwortlichen Stellvertreter (Vormünder, Lehrmeister) ein-
zutreiben.

Werden jedoch die auf Grund der Art. 66 und ff. ausgesprochenen Bußen
im Sinne des folgenden Artikels in Arreststrafe umgewandelt, so ist diese,
insofern nicht ein unmittelbares Verschulden der Eltern, Vormünder oder Lehr-
meister vorliegt, vom Schüler selbst auszuhalten.

Art. 74. Die in Gemäßheit der vorhergehenden Artikel ausgesprochenen
Bußen werden, wenn sie aus einem beliebigen Grunde nicht erhältlich sind, in
Haft umgewandelt, wobei ein Tag zu fünf Franken zu berechnen ist.

Art. 75. Die Gemeinden verfallen in:

- a. Eine Buße von fünfzig bis hundert Franken für Übertretung der Art. 15
und 49;
- b. eine Buße von hundert bis dreihundert Franken für Übertretung der
Art. 52 und 53;
- c. eine Buße von zwanzig bis sechzig Franken für Übertretung der Art. 50,
59, erster Absatz, und 88;

d. eine Buße von zehn bis fünfzig Franken für Übertretung des Art. 87, unter Rückgriff jedoch gegen die im Fehler befindlichen Mitglieder des Ausschusses;

e. eine Buße von zwanzig bis fünfzig Franken für schwere Pflichtvernachlässigung des Schulausschusses, vorbehaltlich des Rückgriffes gegen die im Fehler befindlichen Mitglieder.

Art. 76. Die in den Artikeln 66, 67, 68 und 69 vorgesehenen Strafen werden durch den Schulausschuß ausgesprochen, wobei der Rekurs an den Inspektor vorbehalten bleibt, wenn es sich um Haft handelt.

Die in den Art. 70 und 71 vorgesehenen Strafen werden, unter Vorbehalt des Rekurses an das Erziehungsdepartement, vom Inspektor verhängt.

Die im vorhergehenden Artikel vorgesehenen Bußen werden, vorbehaltlich des Rekurses an den Staatsrat, vom Vorsteher des Erziehungsdepartementes ausgesprochen.

Art. 77. Die vom Schulausschusse und von dem Inspektor ausgesprochenen Bußen fließen in die Munizipalkasse und werden öffentlich bekannt gemacht.

Art. 78. Die vom Erziehungsdepartement verhängten Bußen fallen der Staatskasse zu.

XI. Abschnitt. — Lehrpersonal und Lehrbehörden.

§ 1. Lehrer und Lehrerinnen. — A. Lehrpatente.

Art. 79. Um zur Erteilung des Primarunterrichtes in den öffentlichen Schulen des Kantons zugelassen zu werden, muß der Lehrer im Besitze eines der nachgenannten Lehrpatente sein: a. Einer Lehrermächtigung; — b. eines temporären Zeugnisses; — c. eines Fähigkeitszeugnisses.

Art. 80. Die Lehrermächtigung wird auf den Vorantrag der kantonalen Kommission für Volksunterricht vom Erziehungsdepartement denjenigen Schülern erteilt, die nach erfolgreicher Beendigung der Normalschulkurse oder anderer gleichwertiger Kurse vor dem Ausschusse die Prüfung in befriedigender Weise bestanden haben.

Die Lehrermächtigung ist für ein Jahr von ihrer Ausstellung an gültig.

Ist der Lehrer verhindert, von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen, oder hat derselbe noch nicht alle verlangten Bedingungen zur Erlangung eines temporären Zeugnisses erfüllt, so kann er deren Erneuerung für eine neue einjährige Periode verlangen.

Art. 81. Das temporäre Zeugnis wird vom Erziehungsdepartement dem Lehrer ausgestellt, der während des ersten Jahres seiner lehramtlichen Tätigkeit mit Erfolg im Kanton eine Volksschule geleitet und den Beweis geleistet hat für seine Tüchtigkeit in der Verwendung der erworbenen Kenntnisse und in der Erziehung der ihm anvertrauten Schüler.

Das temporäre Zeugnis ist für vier Jahre vom Tage seiner Ausstellung an gültig.

Auf Begehren des Inhabers und sofern derselbe die ihm anvertrauten Schulen mit Erfolg geleitet hat, kann das temporäre Zeugnis zu Ende seiner Gültigkeitsdauer für eine weitere vierjährige Periode erneuert werden.

Art. 82. Zu Ende der Gültigkeitsdauer des temporären Zeugnisses oder während der im vorhergehenden Artikel vorgesehenen Erneuerungsperiode ist der Lehrer, der die ihm anvertrauten Schulen mit Erfolg geleitet hat, gehalten, behufs Erlangung des Fähigkeitszeugnisses vor der kantonalen Kommission für Volksunterricht eine Prüfung zu bestehen.

Diese Prüfung ist öffentlich.

Das Prüfungsprogramm wird durch eine Reglement festgesetzt und soll dermaßen aufgestellt sein, daß es eine Beurteilung der theoretischen und praktischen Kenntnisse des Kandidaten gestattet. Bei Beurteilung der praktischen Kenntnisse soll die Kommission in Betracht ziehen die Unterrichtsart des Kandidaten und deren praktische Erfolge.

Das Fähigkeitszeugnis wird vom Staatsrate erteilt und ist von unbeschränkter Gültigkeitsdauer.

Art. 83. Die außerhalb des Kantons erteilten Lehrpatente werden den Walliser-Patenten gleichgestellt, sofern die ihnen zugrunde liegenden Programme mit denjenigen des Kantons Wallis mindestens gleichwertig sind.

Das Erziehungsdepartement entscheidet von Fall zu Fall und auf den Vorantrag der kantonalen Kommission für Volksunterricht über die Frage, ob die außerkantonalen Lehrpatente mit den im Art. 79 vorgesehenen Walliser-Patenten gleichwertig erachtet werden können, und bestimmt, welcher Art von Unterrichtspatenten dieselben gleichzustellen sind.

Die Gleichwertigkeit mit dem Fähigkeitszeugnisse kann jedoch nur vom Staatsrate zuerkannt werden, und zwar nach vor der kantonalen Kommission für den Volksunterricht bestandener Prüfung.

Art. 84. Der Staatsrat kann Personen, welche anerkanntermaßen höhere Studien gemacht haben als diejenigen sind, die von einem Schullehrer verlangt werden, ohne weitere Prüfung das Fähigkeitszeugnis erteilen.

Art. 85. Gibt der Lehrer das Lehrfach auf, um sich einem andern Berufe zu widmen, so verliert er nach fünf Jahren das Recht, Schule zu halten, und kann von seinem Patente nur wieder Gebrauch machen, sofern er vor der kantonalen Kommission für Volksunterricht eine Prüfung in befriedigender Weise besteht.

Art. 86. Der Staatsrat kann auf den Vorantrag des Erziehungsdepartementes wegen schlechter Aufführung, Widersetzlichkeit oder schwerer Nachlässigkeit das Patent eines Lehrers für nichtig erklären.

Der Staatsrat kann auch jederzeit einen Lehrer, der sich zu einer guten Leitung der Schule als untuglich erwiesen, seines Amtes entsetzen.

In weniger wichtigen Fällen kann er an Stelle der endgültigen Amts-entsetzung und des Patententzuges die zeitweilige Entsetzung verordnen. Letztere darf nicht über zwei Jahre hinaus verhängt werden.

B. Ernennung, Pflichten und Amtsbefugnisse.

Art. 87. In der ersten Hälfte der Monate August unterbreitet der Schulausschuß dem Munizipalrate die Auswahl des Lehrpersonals.

Art. 88. Die Ernennung der Lehrer, sowohl der Primar- als auch der Wiederholungsschulen, ist jeweilen vor dem 1. September dem Erziehungsdepartemente zur Genehmigung zu unterbreiten.

Art. 89. Die im Besitze eines Fähigkeitszeugnisses befindlichen Lehrer werden auf eine Dauer von vier Jahren gewählt und dürfen während derselben nur aus triftigen Gründen und mit Zustimmung des Departementes entfernt werden.

Die Lehrer dürfen ihrerseits ihre Stelle vor Ablauf der Frist, für welche sie ernannt worden, nicht verlassen, es sei denn, es liegen vom Departemente als triftig anerkannte Gründe vor.

In diesem Falle haben sie die Gemeindebehörde davon vor dem 1. Juli in Kenntnis zu setzen.

Art. 90. Der Lehrer soll der Schule seine ganze Zeit und Tätigkeit widmen.

Neben seiner Lehrtätigkeit ist ihm während der Dauer der Schulzeit, ohne Ermächtigung des Departementes, die Ausübung eines Gewerbes oder die Annahme einer Anstellung untersagt.

Art. 91. Das Bestreben des Lehrpersonals soll dahin gehen, den Zweck der ihm gestellten Aufgabe durch Belehrung, gutes Beispiel und Handhabung von Zucht und Ordnung zu erreichen.

Es sorgt dafür, daß das allgemeine Betragen des Schülers zu keiner Klage Anlaß gibt.

Jegliche Mißhandlung ist strenge untersagt.

Art. 92. Die Pflichten, Obliegenheiten und Amtsbefugnisse der Lehrer werden durch das Reglement für die Volksschulen näher bestimmt.

Art. 93. Anstände zwischen den Schülern, oder deren Eltern und dem Lehrpersonal werden, vorbehaltlich des Rekurses an den Inspektor, durch den Schulausschuß entschieden.

Anstände zwischen dem Schulausschusse oder der Gemeinde und dem Lehrpersonal, sowie solche von Lehrern unter sich, werden, unter Vorbehalt des Rekurses an das Erziehungsdepartement, durch den Inspektor entschieden.

C. Besoldung.

Art. 94. Die Besoldung des Lehrpersonals wird durch ein Spezialgesetz geregelt.

§ 2. Schulausschuß.

Art. 95. Es besteht in jeder Gemeinde ein vom Munizipalrate auf eine vierjährige Amtsdauer bestellter Schulausschuß von drei bis sieben Mitgliedern.

Der Pfarrverweser oder sein Stellvertreter ist Mitglied des Schulausschusses.

Für die aus verschiedenen Pfarreien gebildeten Gemeinden bezeichnet, eintretenden Falles, das Erziehungsdepartement denjenigen Seelsorgsgeistlichen, der Mitglied des Schulausschusses sein soll.

In Ortschaften, wo mehrere Gemeinden eine einzige Pfarrei bilden, ist der Pfarrverweser oder dessen Stellvertreter Mitglied des Schulausschusses einer jeden dieser Gemeinden.

Art. 96. Die Wahl des Schulausschusses unterliegt der Genehmigung des Erziehungsdepartementes.

Der Ausschuß wählt aus seiner Mitte den Präsidenten.

Art. 97. Die Anstellung als Lehrer ist unverträglich mit dem Amte eines Mitgliedes des Schulausschusses.

An Beratungen, welche den Lehrer betreffen, können die mit ihm bis zum dritten Grade verwandten oder verschwägerten Mitglieder des Schulausschusses nicht teilnehmen.

Art. 98. Der Ausschuß oder eines seiner Mitglieder besucht die Volksschulen, sowie die Wiederholungsschulen wenigstens einmal monatlich. Am Ende des Schuljahres hält der Ausschuß eine allgemeine Prüfung der Schüler ab.

Die Mitglieder des Schulausschusses erhalten für ihre Mühewaltung die gleiche Vergütung wie diejenigen der andern Munizipal-Kommissionen.

Art. 99. Die Amtsbefugnisse und Obliegenheiten des Schulausschusses sind die durch gegenwärtiges Gesetz festgesetzten und insbesondere die folgenden:

- a. Er führt das im Art. 16 des gegenwärtigen Gesetzes vorgesehene Schulregister;
- b. er sorgt für die Vollziehung der in den Artikeln 11, 12, 15 und 25 enthaltenen Vorschriften;
- c. er überwacht die Aufführung des Lehrers und der Schüler, sowie die Haltung der Schule im allgemeinen;
- d. er unterstützt den Lehrer bei der Bestrafung des Ungehorsams der Kinder und der Nachlässigkeit der Eltern;
- e. er überwacht die Verwendung der Schulfonds;
- f. er begleitet den Inspektor, erteilt ihm alle erwünschten und erforderlichen Aufschlüsse und gibt namentlich sein Urteil über die Eignung des Lehrpersonals ab;
- g. er begutachtet die Auswahl des Lehrpersonals und schlägt dasselbe dem Munizipalrate zur Ernennung vor;
- h. er spricht die in den Art. 66, 67, 68 und 69 vorgesehenen Strafen aus;

- i. er überwacht im allgemeinen die Vollziehung der Schulgesetze und Reglemente, sowie der durch den Vorsteher des Erziehungsdepartementes oder den Inspektor erteilten Weisungen.

Er kann sich zum Zwecke der Inspizierung und Überwachung der Handarbeiten ein Komitee von höchstens drei Damen beigesellen.

Art. 100. In jeder Schule soll ein Besuchsregister aufliegen, in welches die Ausschußmitglieder und Inspektoren ihren Besuch mit Angabe des Datums verzeichnen und diese Meldung mit ihrer Unterschrift bescheinigen.

Art. 101. Anstände zwischen dem Schulausschusse und der Gemeindebehörde werden, vorbehältlich des Rekurses an das Departement, vom Inspektor entschieden.

§ 3. Inspektoren.

Art. 102. Zur Inspektion der Volksschulen ist der Kanton in durch den Staatsrat zu umschreibende Kreise eingeteilt.

Art. 103. Die Inspektoren der Volksschulen werden auf den Vorschlag des Erziehungsdepartementes durch den Staatsrat gewählt.

Im Verhinderungsfalle eines Inspektors bezeichnet das Erziehungsdepartement dessen provisorischen Stellvertreter.

Gehalt und Vergütungen der Inspektoren werden vom Staatsrate bestimmt.

Art. 104. Die Volksschulen werden jährlich wenigstens zweimal, und zwar in der Regel bei Beginn und vor Schluß des Schuljahres, und die Wiederholungsschulen wenigstens einmal inspiziert.

Art. 105. Der Inspektor hat zur Aufgabe, die Schule seines Kreises zu prüfen und deren Gang und Entwicklung zu verfolgen; darüber zu wachen, daß die Lehrer und Schulausschüsse ihre Obliegenheiten und Pflichten erfüllen, und im allgemeinen dafür zu sorgen, daß die Schulreglemente vollzogen werden.

Er verordnet, unter Vorbehalt der vorgesehenen Rekurse, die ihm notwendig scheinenden Verbesserungen.

Art. 106. Am Schlusse des Schuljahres erstattet er nach den vom Departement gelieferten Formularen einen einläßlichen Bericht über jede Schule seines Kreises.

Diese Berichte werden durch das Departement in Tabellen zusammengestellt und im Anschlusse an den staatsrätlichen Verwaltungsbericht dem Großen Rate unterbreitet.

Art. 107. Vorbehältlich der Weiterziehung an den Staatsrat, entscheidet das Departement über die Anstände zwischen dem Inspektor und den Gemeindebehörden oder den Schulausschüssen.

§ 4. Kantonale Kommission für Volksunterricht.

Art. 108. Es wird eine aus sieben Mitgliedern bestehende und vom Staatsrate gewählte kantonale Kommission für Volksunterricht gebildet.

Der Erziehungsrat, das Lehrpersonal der Normalschulen, das Inspektorenkollegium, die Ärzte, sowie die Lehrerschaft sollen in dieser Kommission, wenn möglich, vertreten sein.

Art. 109. Dieser Ausschuß hat folgende Amtsbefugnisse:

- a. Er hat die Lehrpläne der Volks- und Normalschulen aufzustellen und abzuändern;
- b. er begutachtet beim Staatsrate die Auswahl und Umarbeitung der Lehrbücher;
- c. er prüft die Fragen betreffend die Verbesserung der Schullokale und des Schulmaterials;
- d. er tritt als Prüfungsausschuß zusammen: 1. für die Aufnahme der Kandidaten an die Normalschulen, 2. für deren Beförderung, 3. für die Ausstellung der Lehrpatente;

- e. er inspiziert wenigstens zweimal im Jahre die Normalschulen und erstattet dem Departemente einen bezüglichen Bericht;
- f. im allgemeinen gibt er über die ihm vom Departementsvorsteher unterbreiteten Fragen seine Vormeinung ab, namentlich in bezug auf die Wahl des Lehrpersonals.

Art. 110. Abgesehen von den Inspektionen und den Prüfungssitzungen tritt der Ausschuß in der Regel zweimal im Jahre zusammen.

Diese Sitzungen werden vom Vorsteher des Erziehungsdepartementes angesetzt und präsiert.

II. Kapitel. — Normalschulen.

Art. 111. Für die Bildung der Volksschullehrer und -Lehrerinnen beider Sprachen bestehen Normalschulen. Diese Schulen liegen dem Staate zur Last.

Art. 112. Die Normalschulen umfassen drei Jahreskurse.

Jeder Jahreskurs dauert zehn Monate.

Art. 113. Das Studienprogramm umfaßt folgende Fächer:

Religion, Pädagogik, französische Sprache, deutsche Sprache, Arithmetik, Anfangsgründe der Algebra und der Geometrie, Weltgeschichte, insbesondere Schweizer und Walliser Geschichte, allgemeine Geographie und insbesondere Geographie der Schweiz, Buchhaltung, landwirtschaftlicher Unterricht, Anfangsgründe der Naturwissenschaften, Gesundheitslehre, Bürgerrecht, Zeichnen, Gesang, Turnen.

Das Programm sieht überdies für die Lehramtskandidaten praktische Übungen im Feldmessen und für die Lehramtskandidatinnen weibliche Handarbeit und Haushaltungskunde vor.

Art. 114. Es wird den Normalschulen ein zur Bildung der Schüler in der Unterrichtserteilung bestimmter praktischer Kurs beigelegt.

Art. 115. Um an die Normalschulen zugelassen zu werden, muß der Kandidat:

- a. Wenigstens 15 und höchstens 25 Jahre alt sein;
- b. im Besitze eines guten Leumundszeugnisses sein;
- c. bei der Volksschul-Entlassungsprüfung befriedigende Noten erhalten haben;
- d. in physischer Beziehung zum Lehrberufe tauglich sein und für diese Befähigung ein bekräftigendes ärztliches Zeugnis vorweisen;
- e. die Aufnahmeprüfung mit Erfolg bestanden haben.

Art. 116. Die Aufnahmeprüfung findet vor der kantonalen Kommission für Volksunterricht statt.

Übersteigt die Zahl der Kandidaten diejenige der verfügbaren Plätze, so werden bloß diejenigen zugelassen, welche die besten Noten erhalten haben.

Art. 117. Die in die Normalschule aufgenommenen Schüler erhalten vom Staate einen Beitrag in der Höhe des Drittels bis zwei Drittel des Pensionspreises. Die Höhe dieses Beitrages wird nach dem Ergebnisse der Aufnahme- und Schlußprüfungen, sowie der erlangten Jahresnoten bestimmt.

Bei der Bestimmung der Höhe des Betrages können, sofern der Schüler eine außerordentliche Begabung zeigt, seine ungünstigen Vermögensverhältnisse in Berücksichtigung gezogen werden.

Art. 118. Kandidaten, die auf den Staatsbeitrag verzichten, können zum Besuche der Normalschulen zugelassen werden, sofern sie die erforderlichen Noten erlangt haben und genügend Platz vorhanden ist.

Art. 119. Zöglinge, welche zu schweren Klagen Anlaß geben oder als untauglich befunden werden, können zu jeder Zeit aus der Schule entlassen werden.

Art. 120. Am Schlusse des Schuljahres haben die Lehramtskandidaten vor der kantonalen Kommission für Volksunterricht eine Prüfung zu bestehen.

Das Ergebnis dieser Prüfung in Verbindung mit den Jahresnoten bewirkt:

- a. Für die Schüler der zwei ersten Jahreskurse, daß sie entweder in einen höhern Kurs steigen können, oder im bisherigen Kurse sitzen bleiben, oder von der Schule entlassen werden;
- b. für die Zöglinge des letzten Jahreskurses, daß sie entweder infolge befriedigend bestandener Prüfung zum Schulhalten ermächtigt werden, oder auf eigene Kosten den dritten Jahreskurs wiederholen müssen, um sich alsdann einer neuen Prüfung zu unterziehen. Bestehen sie diese nicht mit Erfolg, so können sie nicht mehr zur Leitung einer Schule zugelassen werden.

Art. 121. Die Zöglinge, welche die Kurse der Normalschule mittelst des Staatsbeitrages besucht haben, sind, außer im Falle begründeter Hindernisse, verpflichtet, während acht aufeinanderfolgenden Jahren in öffentlichen Schulen des Kantons dem Unterrichte obzuliegen.

Im Falle des Aufgebens ihres Berufes vor Ablauf dieser Frist haben sie dem Staate im Verhältnis zu der Anzahl Jahre, die sie nicht im Dienste der Öffentlichkeit lehrämtlich tätig gewesen sind, die bezogene Unterstützung zurückzuerstatten.

Die Normalschüler haben für die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen Sicherheit zu leisten.

Das Erziehungsdepartement kann sie jedoch je nach Umständen von der Sicherheitsleistung entheben.

Art. 122. Die Durchführung der die Normalschulen betreffenden Bestimmungen werden Gegenstand eines vom Staatsrate auszuarbeitenden und dem Großen Rate zu unterbreitenden Reglementes bilden.

III. Kapitel. — Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Art. 123. Die unter der Herrschaft des Gesetzes vom Jahre 1873 ausgestellten Unterrichtspatente behalten ihre Gültigkeit bei.

Es werden den durch das gegenwärtige Gesetz vorgesehenen Patenten folgendermaßen gleichgestellt: a. Das provisorische Patent der Lehrermächtigung, — b. das temporäre Patent dem temporären Zeugnisse, — c. das definitive Patent dem Fähigkeitszeugnisse.

Art. 124. Vom Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes an ist der letzte Absatz des Art. 81 auf das früher ausgestellte und nicht ausgelaufene temporäre Patent anwendbar.

Art. 125. Die Artikel 8 bis 62 und 73 bis 90 des Gesetzes über den öffentlichen Unterricht vom 4. Juni 1873, sowie alle dem gegenwärtigen Gesetze zuwiderlaufenden Bestimmungen sind aufgehoben.

So gegeben vom Großen Rate zu Sitten den 1. Juni 1907.

Der Staatsrat des Kantons Wallis, nach Einsicht des Ergebnisses der Volksabstimmung vom 18. August 1907, aus welchem hervorgeht, daß das Gesetz betreffend den Volksunterricht und die Normalschulen vom 1. Juni 1907 mit 4002 Ja gegen 2174 Nein angenommen worden ist; eingesehen, daß innert der vom Gesetze vorgesehenen Frist keine Einsprache gegen die Abstimmung erhoben wurde; nach Einsicht des Art. 53, Ziffer 2, der Kantonsverfassung,

beschließt:

Das am 7. August 1907 veröffentlichte Gesetz betreffend den Volksunterricht und die Normalschulen vom 1. Juni 1907 ist vollziehbar erklärt und tritt sofort in Kraft.

Gegeben im Staatsrate zu Sitten, den 27. August 1907, um am 8. nächsten September in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen zu werden.

II. Verordnungen, Beschlüsse und Kreisschreiben betreffend das Volksschulwesen.

3. 1. Kreisschreiben der Erziehungsdirektion des Kantons Schwyz an die tit. Gemeinderäte betreffend die Verwendung der Bundessubvention an die Primarschulen. (Vom 12. Juni 1907.)

Die bundesrätliche Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz vom 25. Juni 1903 betreffend Unterstützung der öffentlichen Primarschule vom 17. Januar 1906 (Kant. Amtsblatt 1906, S. 625) bestimmt in Art. 23, Absatz 2:

„Wenn ein Kanton den Bundesbeitrag ganz oder teilweise den Gemeinden überläßt, so hat er gleichzeitig zu bestimmen, zu welchen Zwecken und in welchem Betrage für jeden einzelnen Zweck die Gemeinden den Bundesbeitrag verwenden sollen.“

Gemäß § 1 des Kantonsratsbeschlusses vom 1. Dezember 1903 (A. S., Bd. IV, S. 297) werden 50 Rp. auf den Einwohner vom Kanton an die Gemeinden abgegeben. Infolge des zitierten Art. 23, Absatz 2, der bundesrätlichen Vollziehungsverordnung ist nun auch der Kanton Schwyz gezwungen, den Gemeinden vorzuschreiben, zu welchen Zwecken und in welchem Betrage für jeden einzelnen Zweck die Gemeinden den Bundesbeitrag zu verwenden haben.

Dies könnte nun in der Weise geschehen, daß durch Verordnung allen Gemeinden einheitlich die gleiche Art der Verwendung vorgeschrieben würde. Bei den sehr ungleichen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden und mit Rücksicht darauf, daß schon verschiedenartige, den örtlichen Verhältnissen angepaßte Verwendungen sich eingelebt haben, würde eine solche Vorschrift mancherorts sehr unbequem sein.

Es empfiehlt sich daher eine andere Lösung, indem in Berücksichtigung der bereits eingelebten Verwendungsarten keine einheitlichen Vorschriften über die Art der Verwendung gegeben werden, die Gemeinden aber verpflichtet werden, zu Anfang des Jahres einen Voranschlag über die Art der Verwendung zuhanden des Regierungsrates einzureichen. Dies ermöglicht es dem Regierungsrate, einerseits den örtlichen Besonderheiten gebührend Rechnung zu tragen, anderseits aber im Sinne der bundesrätlichen Verordnung dafür zu sorgen, daß überall eine zielbewußte und möglichst zweckentsprechende Verwendung des Bundesbeitrages zum voraus gesichert sei.

Dieser Voranschlag ist jeweilen in Doppel gleichzeitig mit dem Rechnungsausweis für das abgelaufene Jahr spätestens bis 1. März an das Erziehungsdepartement zuhanden des Regierungsrates einzureichen. Das eine Doppel wird nach erfolgter Prüfung zurückgesandt werden.

Für das Jahr 1907 ist der Voranschlag ebenfalls noch einzureichen, und zwar spätestens bis 15. August 1907. Die genaue Befolgung dieser Vorschriften liegt im eigenen Interesse der Gemeindebehörden, indem sie nur so dem Regierungsrate den Rechnungsausweis gegenüber dem eidg. Departement des Innern über die Verwendung der Schulschubvention im Sinne der neuen bundesrätlichen Verordnung ermöglichen.

4. 2. Der Regierungsrat des Kantons Glarus an sämtliche Schulräte, Lehrer und Erzieher betreffend den Kampf gegen die Tuberkulose. (Vom 10. Januar 1907.)

Im Jahre 1904 wurde im kantonalen Lehrerverein eine interessante Abhandlung des Herrn Rektor Dr. Nabholz über die Ergebnisse der ärztlichen Rekrutenuntersuchungen im Kanton Glarus diskutiert, in welcher nachgewiesen war, daß die Tuberkulose im Zunehmen begriffen sei, ja sogar, daß sich der Kanton Glarus hinsichtlich der Lungenschwindsucht ungünstiger stelle als die Schweiz im ganzen. Wir haben Grund, diese für die Stellungspflichtigen sicher

zutreffende Erscheinung als symptomatisch für den Gesundheitszustand unserer Gesamtbevölkerung anzunehmen. Seit bald zehn Jahren steht unser Sanatorium für Lungenkranke auf Braunwald in Betrieb und hat schon vielen Genesung Suchenden Heilung oder Linderung gebracht. Soll aber unser Volk ganz und dauernd gegen den tückischen Erreger der Krankheit gewappnet werden, so genügt es nicht, der Erkrankten Los zu lindern, sondern es muß auf der ganzen Linie, teils vorbeugend, teils abwehrend, teils vernichtend, der Kampf gegen die Tuberkulose eröffnet werden.

Eine von der kantonalen gemeinnützigen Gesellschaft eingesetzte Kommission hat speziell die Frage untersucht, was unsere Schule in diesem Kampfe tun könne und tun müsse, und es ist eine Pflicht unserer sozialen Fürsorge, wenn wir Ihnen die Ergebnisse dieser Untersuchung, die sich durchaus auf das praktisch Mögliche und Notwendigste beschränken und unsere Verhältnisse ins Auge fassen, zur Kenntnis bringen und dringend zur Nachachtung empfehlen.

Vielleicht sind die Maßregeln, die vorgeschlagen werden sollen, in den Augen vieler nur Kleinigkeiten oder nur halber Art. Gewiß ist jede für sich allein nicht eine große Tat; aber alle zusammen, jede einzelne gewissenhaft befolgt, vermögen sie viel. Es gilt eben, den Menschen zum Kampfe gegen die Tuberkulose zu erziehen, und zwar hat diese Erziehung dazu schon im Alter der Kleinkinderschule einzusetzen und muß während der Zeit der Schulpflicht fortgesetzt werden: Das Kind muß gewöhnt werden an eine Lebensweise, welche die schädlichen Einflüsse von üblen Gewohnheiten, von Schule und Witterung auszuschalten geeignet ist, und an eine Umgebung, welche den Sinn für peinlich strenge Ordnung und Reinlichkeit hebt.

So ist das Augenmerk darauf zu richten, daß alle Kinder jeden Tag nicht nur sauber gewaschen und gekämmt, sondern auch in ganzen, von Staub und Kot gereinigten, wenn auch noch so einfachen Kleidern und mit sauberen Taschentüchern zur Schule kommen, und daß sie nach jeder Verunreinigung der Hände diese sofort waschen, besonders auch vor und nach jeder Mahlzeit.

Beim Husten und Niesen sollen sie sich von den Mitschülern abwenden und das Taschentuch oder die Hand vor den Mund führen. Die Neigung, Speichel und Eiter mit bloßen Fingern zu berühren, ist zu bekämpfen.

Besonders aber haben wir dafür besorgt zu sein, daß die Kinder nie auf den Boden oder ins Taschentuch spucken, aber auch den Auswurf nicht schlucken, sondern, wenn nötig, den Spucknapf, und zwar auch während des Unterrichtes, zu benutzen angehalten werden.

Daß die Schüler, wenn immer ihr Gesundheitszustand und die Witterung es erlauben, die großen Pausen im Freien zubringen, ist eine Forderung, der fast allgemein nachgelebt wird. Der Sitzzwang, den die Schule naturgemäß auferlegt, sollte aber auch sonst nicht über eine Stunde ausgedehnt, sondern durch kurze intensive Bewegungsübungen im Schulzimmer selbst unterbrochen werden, dies namentlich auch im Handarbeitsunterrichte der Mädchen. Anerkannt ist die Notwendigkeit eines regelmäßigen Turnspiel- und Turnunterrichtes auf allen Schulstufen und für beide Geschlechter; wenn aber in Turnhallen geturnt wird, so sind stark staubbildende Übungen möglichst zu beschränken.

Von nicht geringer Wichtigkeit ist es, daß die Schüler Halsbinden und Galoschen in der Schule regelmäßig ablegen. Sie sollen auch vor Betreten des Schulhauses sich gegenseitig von dem an den Kleidern haftenden Schnee befreien, und nasse Überkleider sollten womöglich in einem Vorraum, nicht im Schulzimmer selbst, untergebracht werden.

Eine Reihe von Vorkehrungen zur Förderung der Reinlichkeit sind von der Schule aus zu treffen: Die Fußböden, die möglichst dicht sein und zum mindesten aus Hartholz bestehen sollen, sind wöchentlich dreimal, Aborte, Gänge und Treppen täglich feucht aufzuwischen. Für jedes Schulzimmer ist eine Waschvorrichtung vorzusehen, deren Wasser vor der Schule und in den Pausen zu erneuern ist; dem rechtzeitigen Wechseln der Handtücher ist be-

sondere Sorge zuzuwenden. Endlich soll in jedem Schulzimmer eine genügende Anzahl von Spucknapfen mit Wasserfüllung stehen, deren Inhalt täglich zu leeren und deren Wasser zu erneuern ist.

Nicht weniger als für die Schulzimmer, muß für Gänge und Abtritte häufige Lüftung verlangt werden. Wenn das Schulhaus von Vereinen oder Erwachsenen überhaupt benutzt wird, so ist das Spuck- und Rauchverbot strenge durchzuführen.

Der Reinhaltung der individuellen und allgemeinen Lehrmittel ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bücher, welche durch den Gebrauch so beschmutzt sind, daß sie irgendwie Ekel erregen, müssen eingezogen und dürfen nicht an neue Schüler abgegeben werden.

Noch in weiter Ferne steht die allgemeine Einrichtung von Schul- und Volksbädern; immerhin soll ihre Wünschbarkeit betont werden.

Galten die bisher vorgeschlagenen Maßregeln für alle Kinder, so bedürfen die schwächlichen, blassen, mageren Kinder, die oft an Katarrh, Angina, Drüsenanschwellungen und Ausschlägen leiden, einer besondern Überwachung durch den Lehrer und den Schularzt. Für solche Kinder sollte die Möglichkeit geschaffen werden, bei nassem Wetter im Schulhause trockene Strümpfe und Filzschuhe anzuziehen. Wenn sie zudem einen weiten Schulweg zu machen haben, so wird die Verabreichung einer sogenannten Schulsuppe am Mittag, auch gekochter Milch am Vormittag zur gebieterischen Notwendigkeit. Eine Aufgabe, an der auch die Schule ein Interesse haben soll, ist endlich die Versorgung solcher schwächlicher Kinder in Ferienkolonien.

Je konsequenter diese Maßregeln befolgt, je mehr sie zur Gewohnheit der Schüler werden, um so wirksamer werden sie sein. Dennoch legen wir großes Gewicht auch darauf, daß sich der Schüler des reiferen Alters bewußt werde, warum alle diese Verhaltensmaßregeln gegeben werden. Wenn es sich dabei auch nicht um ein wissenschaftlich erschöpfendes Erfassen handeln kann, so sind wir doch der Überzeugung, daß, von den obern Klassen der Primarschule an, gelegentliche Belehrungen über die Tuberkulose und ihre Erreger aufklären und den Kampf gegen die Krankheit wirksam unterstützen werden.

Noch bleibt uns übrig, darauf hinzuweisen, daß selbstverständlich auch der Lehrer, oder wer sonst mit der Schule in Berührung kommt, im Interesse des Ganzen die Pflicht der Vorsicht im Auswurf und der größten Reinlichkeit hat.

Was hier empfohlen worden ist, wird im einzelnen zum Teil schon geübt. Es liegt uns aber daran, daß diese Übung eine allgemeine und allseitige werde, daß sie in Fleisch und Blut übergehe, daß schließlich kein Kind mehr die Schule verlasse, ohne daß es aus Gewohnheit und Einsicht sich und seine Mitmenschen vor der Gefahr der Ansteckung zu schützen bemüht ist. Sich vorsehen, heißt hier gewinnen!

5. 3. Verordnung betreffend die Führung des Schulbibliothek-Katalogs, erlassen vom Erziehungsdepartement des Kantons Solothurn. (Vom 8. Oktober 1907.)

1. Jeder von der Ortsschulkommission mit der Verwaltung der Schulbibliothek beauftragte Lehrer ist gehalten, über die in seiner Schulbibliothek befindlichen Bücher ein genaues Verzeichnis zu führen. Sämtliche Bücher, welche für die Bibliothek neu angeschafft oder ihr geschenkt werden, sind in dasselbe einzutragen.

2. Die Eintragung der Bücher, Schriften etc. geschieht mit genauer Angabe des Autors, des Titels, der Nummer und der Zahl der Bände in den dazu bestimmten Kolonnen in beliebiger Aufeinanderfolge.

3. Die Nachtragung der eingegangenen Bücher wird unter der Überschrift der bezüglichen Jahreszahl (1907) jeweilen sofort nach deren Eingang vorgenommen.

4. Unter Bemerkungen erscheinen die Notizen über Eingang, Abgang, Ersatz etc. der Bücher.

5. Der Lehrer hat die Kontrolle über die zum Lesen herausgegebenen Bücher genau nachzuführen.

6. Bei Lehrerwechsel soll die Richtigkeit des Bibliothekbestandes mit den nötigen Bemerkungen vom abtretenden Lehrer im Kataloge bescheinigt und vom Präsidenten der Gemeindeschulkommission bestätigt werden.

7. Der Lehrer ist für Bücher, über deren Fehlen er sich nicht ausweisen kann, verantwortlich.

8. Die Schulinspektoren sind gehalten, über den Zustand der Bibliothek zu wachen und jährlich wenigstens einmal die Bibliothek mit dem Verzeichnis zu vergleichen.

6. 4. Kreisschreiben an die Schulpflegen des Kantons Baselland betreffend Jugendbibliotheken. (Vom 7. Mai 1907.)

Sämtlichen Volks- und Jugendbibliotheken des Kantons haben wir das neueste Heft der „Mitteilungen über Jugendschriften“ zugestellt mit dem Bemerkten, daß wir an die Kosten der Anschaffung der in diesem Verzeichnis aufgeführten Bücher 40 % vergüten bei Vorweisung der Quittung.

Da in Ihrer Gemeinde noch keine derartige öffentliche Bibliothek besteht, lassen wir die Schrift an Sie abgehen mit dem Ersuchen, dafür wirken zu wollen, daß auch in Ihrer Gemeinde eine solche Bibliothek gegründet wird. Es dürfte sich empfehlen, dem Gemeinderate einen bestimmten Antrag für das nächste Budget zu stellen. Die Anlegung einer solchen Bibliothek ist nicht schwer, erfordert auch nicht zu viel Opfer seitens der Gemeinde, weil antiquarische Bücher zu billigem Preise (zum Beispiel vom Jugendschriftenverlag der Basler Buch- und Antiquariatshandlung vormals A. Geering in Basel) zu beziehen sind und der Staat (Erziehungsdirektion) überdies 40 % rückvergütet.

Wir wären Ihnen für Rückäußerung dankbar.

7. 5. Kreisschreiben der Erziehungsdirektion des Kantons Baselland an die Schulpflegen und die Lehrerschaft des Kantons betreffend die Verabreichung von alkoholhaltigen Getränken an Schulkinder. (Vom 28. Mai 1907.)

Von der Erwägung ausgehend, daß unbestrittenermaßen alkoholische Getränke für Kinder schädlich sind und daß deswegen an letztere geistige Getränke nicht sollten verabreicht werden, gelangen wir hiermit an Sie mit dem Ersuchen, bei Schulanlässen, insbesondere bei den bevorstehenden Schülerreisen und Jugendfesten, den Schülern keinen Alkohol verabfolgen zu lassen.

Mit Genugtuung konstatieren wir, daß manche Gemeinden unseres Kantons, zum Teil schon seit Jahren, im gewünschten Sinne vorgehen, und wir sind überzeugt, daß unser obiges Gesuch auch an den übrigen Orten Anklang findet. Den Einwänden gegenüber, daß es vielenorts undurchführbar oder eine Beeinträchtigung der Festfreude wäre, oder daß ausnahmsweise bei einem festlichen Anlasse ein Glas Wein den Kindern nichts schade, ist folgendes zu bemerken:

1. Es sind von Lehrern und Schulbehörden bei uns und anderwärts schon vielfache Erfahrungen darüber gesammelt worden, daß bei gutem Willen Jugendfeste, Schülerreisen und ähnliche Anlässe sich ganz wohl ohne Alkohol durchführen lassen. Als Ersatz für geistige Getränke ist von maßgebender Seite neben Milchkaffee hauptsächlich Teesirup, ein erfrischendes durststillendes Getränk, empfohlen worden (das Rezept stellt der Verein für Mäßigkeit und Volkswohl in Basel auf Wunsch gerne zur Verfügung). Allerdings ist es erforderlich, daß die begleitenden Erwachsenen den Kindern mit gutem Beispiel vorangehen.

2. Die Kinder, auch die ältern unter ihnen, bedürfen, um fröhlich zu sein, durchaus nicht des Alkohols.

3. Den Kindern gelegentlich ein Glas Bier oder verdünnten Wein zu verabreichen, mag ja im allgemeinen nicht viel zu bedeuten haben; für viele schließt es gleichwohl eine Gefahr in sich. Bei aller Wachsamkeit ist es nicht zu verhüten, daß einzelne Schüler zu viel trinken, sei es, daß sie förmlich darauf ausgehen, möglichst viel Getränk zu sich zu nehmen, sei es, daß schon die kleine Menge ihnen zusetzt und Unerfahrenheit und böses Beispiel das übrige tun. Daher denn auch oft solche Anlässe nicht ohne Unfälle ablaufen oder allerlei geschieht, was den Lehrern nur Verdruß und den Kindern keine edle Freude bereitet.

Tun Sie also an Ihrer Stelle das möglichste, um die Verabfolgung geistiger Getränke an Kinder zu vermeiden! Sie erweisen damit sich und der Jugend einen Dienst.

8. 6. Kreisschreiben an die Gemeinderäte des Kantons Schaffhausen betreffend die Aushingabe von Ausweisschriften für schulpflichtige Kinder. (Vom 26. November 1907.)

Tit. Der Artikel 10 des Schulgesetzes schreibt vor, daß schulpflichtige Kinder nur dann anderswo, als am Wohnorte der Eltern oder deren Stellvertreter, sich aufhalten dürfen, wenn der Nachweis geleistet wird, daß sie einen genügenden Unterricht genießen.

Diesen Vorschriften ist in der letzten Zeit nicht immer Rechnung getragen worden. Es hat dies den Erziehungsrat veranlaßt, — unter Namhaftmachung der einzelnen Fälle — an den Regierungsrat das Gesuch zu stellen, es möchte an die Gemeindebehörden des Kantons die Weisung erlassen werden, daß Ausweisschriften für den anderwärtigen Aufenthalt, als am Wohnorte der Eltern, an schulpflichtige Kinder, welche ihre Schulpflicht noch nicht vollständig erfüllt haben, nur in dem Falle ausgefertigt werden dürfen, als der Nachweis geleistet wird, daß diese Kinder an ihrem neuen Wohnorte einen nach den Schuleinrichtungen ihres Heimatsortes genügenden Schulunterricht genießen werden.

Der Regierungsrat hat diesem Antrage zugestimmt und beschlossen, an Sie eine Weisung im Sinne des Antrages des Erziehungsrates zu erlassen. Es geschieht dies hiermit.

In den Fällen, in welchen es zweifelhaft ist, ob der auswärts gebotene Schulunterricht dem in der betreffenden schaffhauserischen Gemeinde vorgeschriebenen entspricht, liegt die Entscheidung bei der Erziehungsdirektion resp. dem Erziehungsrate. An diese Stelle wollen Sie sich daher wenden, wenn Ihnen in einem speziellen Falle die tatsächlichen Verhältnisse nicht genügend bekannt sind.

9. 7. Zirkular an die tit. Gemeindeschulkommissionen und die Lehrerschaft des Kantons Appenzell A.-Rh. betreffend Zählung der schwachsinnigen, taubstummen und epileptischen Kinder im schulpflichtigen Alter. (Vom August 1907.)

Durch Schlußnahme vom 7. Januar a. c. hat der h. Regierungsrat eine kantonale Zählung der schwachsinnigen, taubstummen und epileptischen Kinder im schulpflichtigen Alter angeordnet. Es geschah das auf ein Gesuch der Konferenz für Schwachsinnigenbildung hin, um zu einer richtigen Erkenntnis der Zahl und Versorgungsbedürftigkeit der schwachsinnigen Kinder unseres Kantons zu gelangen. Erst wenn eine solche Grundlage vorhanden ist, wird es möglich sein, die Frage der Errichtung einer Anstalt für schwachsinnige Kinder näher zu studieren.

Mit der Ausführung der Zählung ist eine Spezialkommission beauftragt worden, bestehend aus den Herren Landammann Eugster, Speicher, Dr. Kürsteiner, Gais, Dr. A. Koller, Herisau.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Kommission zur Erfüllung ihrer Aufgabe vor allem die Mithilfe der Lehrerschaft in Anspruch nehmen muß.

Die tägliche Erfahrung zeigte, daß die Erziehung der schwachsinnigen Kinder in unserem Kanton ein Problem geworden ist, dessen Lösung nicht mehr länger aufgeschoben werden darf. Die Schule und deren Erfolge leiden darunter, daß in den Normalklassen die Schwachsinnigen häufig noch mitgeschleppt werden müssen und diese letzteren selbst können nicht so gefördert werden, wie es wünschenswert, und bei mehr individualisierender Behandlung möglich wäre. Unsere Zählung soll die Grundlage für eine planmäßige Fürsorge für die Schwachsinnigen abgeben. Diese von der Natur kümmerlich mit Geistesgaben ausgestatteten Geschöpfe sollen auf eine ihren Fähigkeiten entsprechende Bildungsstufe gebracht werden, welche ihnen wenn möglich noch erlaubt, später ihren Unterhalt zu finden und so nicht dauernd der öffentlichen Wohltätigkeit anheim zu fallen.

Eine richtige Erziehung und wenn nötig Versorgung der Schwachsinnigen wird auch dazu dienen, die Zahl der Vergehen und Verbrechen zu vermindern, zu welchen das schwachsinnige Gehirn ja so leicht neigt.

Die Veranstaltung unserer Zählung und die daran sich knüpfende Schwachsinnigenfürsorge ist daher nicht bloß von Bedeutung für die Erziehung der betreffenden Kinder, sondern sie liegt auch im wohlverstandenen Interesse des ganzen Gemeinwesens, indem sie geeignet ist, künftigen, dauernden Lasten für Armen- und Rechtspflege vorzubeugen.

Die taubstummen und epileptischen Kinder sind in die Zählung einbezogen worden, weil auch sie in neuester Zeit in unserem Kanton Gegenstand besonderer Fürsorge geworden sind und weil es für diese Bestrebungen gleichfalls von grundlegender Bedeutung ist, die Zahl der Pfleglinge, ihren Zustand und ihre Lebensverhältnisse kennen zu lernen.

Der h. Regierungsrat hat fernerhin beschlossen, es seien diejenigen Kinder, welche bei den eidgenössischen Zählungen der geistig und körperlich gebrechlichen Kinder seit dem Jahre 1897 als schwachsinnig notiert worden und seither dem schulpflichtigen Alter entwachsen sind, einer Nachzählung zu unterwerfen. Es hat sich nämlich in Übereinstimmung mit den Erfahrungen der Wissenschaft bei einer diesbezüglichen vorläufigen Enquete in unserem Kanton herausgestellt, daß nicht wenige dieser Kinder trotz dem ihnen anhaftenden Schwachsinn sich nach der Entlassung aus der Schule im praktischen Leben draußen ganz ordentlich bewährt haben. Unsere Nachzählung wird zeigen, welche Kinder den Kampf mit dem Leben haben aufnehmen und bestehen können, welche dagegen ganz oder teilweise unselbständig geblieben sind. Sie wird so mittelbar Anhaltspunkte dafür geben, für welche Gruppen von Kindern die Unterbringung in einer Anstalt für Schwachsinnige eventuell entbehrlich, für welche Gruppe sie nützlich und endlich für welche sie geradezu notwendig ist.

A. Hauptzählung.

Es ist in die Augen springend, daß die Zählung nur dann zu einer richtigen Erkenntnis der Verhältnisse führen kann, wenn sie mit möglichster Genauigkeit und größter Gewissenhaftigkeit durchgeführt wird. Wir rechnen darauf, daß Sie sich in dieser Beziehung alle Mühe geben werden, indem Sie einerseits Sorge tragen, daß alle Kinder, welche in den Rahmen der Zählung gehören, mitgezählt werden, und indem Sie anderseits der genauen Beantwortung der einzelnen Fragen jeder Zählkarte die größte Aufmerksamkeit schenken. Wo Zweifel bestehen, ob ein Kind in die Zählung einzubeziehen sei, soll nur ruhig eine Karte ausgefüllt werden; es ist dann Sache des Verarbeiters der Zählresultate, die nicht unter die Enquete fallenden Kinder auszuschalten.

Die Zählung bezieht sich ausschließlich auf die zurzeit im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder, also auf diejenigen, welche am 1. Mai 1907 das sechste Altersjahr zurückgelegt und welche an diesem Datum das sechzehnte Altersjahr noch nicht erreicht haben. Zu zählen sind nur die Kinder, welche in der Gemeinde wohnhaft sind, und außerdem noch diejenigen, welche von in der

Gemeinde wohnhaften oder verbürgerten Eltern stammend an außerkantonalen Pflegestellen oder in Anstalten untergebracht sind.

Auf die vom Schulbesuch dispensierten Kinder ist ein besonderes Augenmerk zu richten. Vor allem sind auch alle diejenigen in die Zählung aufzunehmen, welche vielleicht nicht wegen Schwachsinn, Taubstummheit oder Fallsucht dispensiert worden sind, deren Gebrechen aber in irgend einer Weise hemmend auf ihre geistige Entwicklung eingewirkt hat.

Von den die Schule besuchenden Kindern fallen, abgesehen von den Taubstummen und Epileptischen, alle diejenigen in Betracht, welche nach dem Urteil des Lehrers über die Stufe der dritten Primarschulklasse nicht hinauszukommen vermögen, bei welchen mit anderen Worten nicht zu erwarten steht, daß sie dem Unterricht in den Realfächern zu folgen imstande wären.

Die tit. Schulkommissionen erhalten beigeschlossen die Liste der bei den früheren eidgenössischen Zählungen in ihrer Gemeinde notierten schwachsinnigen, taubstummen und epileptischen Kinder. Die über dem blauen Strich aufgezählten, jetzt nicht mehr schulpflichtigen Personen fallen unter die Ergänzungszählung B, ebenso zum Teil die (blauunterstrichenen) Kinder des Jahrganges 1891.

Es wird nützlich sein, wenn die tit. Schulbehörde in Verbindung mit der Lehrerschaft jeder Gemeinde einige Wochen vor der Zählung die Aufgabe bespricht. Auch die Lehrer an Privatschulen sind zu dieser Besprechung wie zur Zählung beizuziehen. Im allgemeinen wird am besten jeder Lehrer die Zählkarten für die in seiner Schule in Betracht kommenden Kinder ausfüllen. Was die vom Schulbesuch dispensierten Kinder angeht, so ist zu empfehlen, das Gebiet der Gemeinde in praktischer Weise in eine Anzahl von Bezirken einzuteilen, deren jeder einem Lehrer, der die Bewohner des Bezirkes gut kennt, als Zähler zugewiesen wird. Unter Umständen mag man gut tun, der Zählung vorgängig in Ergänzung der Ihnen mitgeteilten Liste ein provisorisches Verzeichnis der in Betracht fallenden Kinder aufzustellen.

Die Zählung soll in allen Gemeinden im Laufe des Monats September durchgeführt werden.

Jedem Zähler wird von der Gemeindeschulkommission die nötige Anzahl von Zählkarten zur Verfügung gestellt. Nach Beendigung seiner Erhebungen übergibt der Zähler seine ausgefüllten Zählkarten der Gemeindeschulkommission, welche dieselben unter Zuziehung des Armenpflegers (dieser besonders für die Fragen 6, 8, 12, 36) und des Ortsarztes prüft und eventuell vervollständigt. In Gemeinden, wo mehrere Ärzte funktionieren, sollte wo möglich jeweilen derjenige beigezogen werden, welcher das betreffende Kind und seine Familie zu behandeln pflegt. Es wird dem Zähler ein leichtes sein, den Namen des Arztes zu erfahren, welcher in Krankheitsfällen zum Kinde gerufen wird.

Die von den Schulkommissionen gewünschte Überprüfung der Zählkarten ist in dem Sinne zu verstehen, daß irrtümliche Angaben des Zählers auf der Zählkarte korrigiert, unvollständig ausgefüllte Karten nach Möglichkeit ergänzt werden. Für Kinder, welche vom Zähler übersehen worden sind, wird die Schulkommission eine neue Karte ausfüllen lassen.

Die bereinigten Zählkarten sind beförderlichst an den Verarbeiter der Zählung, Dr. A. Koller, Direktor der Irrenanstalt in Herisau, weiterzuleiten. Falls sich in einer Gemeinde kein Kind finden sollte, welches in den Rahmen der Zählung gehört, so wird die betreffende Schulkommission unter Rücksendung der Karten davon Anzeige machen.

Für jede exakt ausgefüllte Zählkarte wird dem Zähler eine Entschädigung von Fr. 2. — gewährt.

Die Zählkarte A zerfällt in 6 Abschnitte. Der erste enthält die Personalien des zu zählenden Kindes (Frage 1—5); der zweite gibt Aufschluß über seine häuslichen und ökonomischen Verhältnisse (Frage 6—9); im dritten werden die möglichen Ursachen des Schwachsinn, der Taubstummheit oder der Epilepsie des Kindes erfragt (Frage 10—12). Der vierte Abschnitt soll ein Bild seines

allgemeinen körperlichen und geistigen Zustandes geben (Frage 13—32); aus dem fünften erfahren wir das Wesentliche über die Schulverhältnisse des Kindes (Frage 33—36), und der sechste endlich gibt uns das Urteil des Lehrers über das Kind mit einigen Anhaltspunkten in bezug auf dessen allfällige Anstaltsversorgung (Frage 37—40).

Die Fragen sind so abgefaßt, daß sie im allgemeinen ohne Schwierigkeit sollten beantwortet werden können. Nachstehend noch einige Erläuterungen:

Vorname und Beruf der Mutter sind anzugeben, wenn der Vater unbekannt oder verstorben ist.

Wenn das Kind jetzt in einer Spezialanstalt sich befindet, so hat der Zähler für dasselbe nur die Personalien auszufüllen und den Namen der Anstalt anzugeben. Die Antwort auf die übrigen Fragen wird dann bei der betreffenden Anstalt eingeholt werden.

„Auffallender Charakter“ ist dann zu verzeichnen und kurz zu beschreiben, wo eine Person durch sonderbare Manieren und Handlungen allgemein auffällt, ohne daß sie als geisteskrank bezeichnet werden könnte. — In der Antwort auf Frage 12 sind die Person und der abnorme Zustand, an welchem sie leidet, nebeneinander anzugeben, also z. B.

Vater — Trinker

Großmutter mütterlicherseits — geisteskrank.

Wo eines der Geschwister abnorm ist, ist es wünschenswert, mitzuteilen, das wievielte in der ganzen Geschwisterreihe es ist und das wievielte das der Zählung unterworfenen Kind ist, ebenso, wieviel Geschwister gestorben sind. — Wo keines der bezeichneten Angehörigen an einem der angeführten abnormen Zustände leidet, ist die Frage 12 mit „nein“ zu beantworten.

Zur Beantwortung der Frage 12, gelegentlich auch zur Erledigung anderer Fragen, wird der Zähler unter Umständen genauere Erkundigungen bei den Angehörigen oder bei Bekannten des Kindes einziehen müssen. Diese Nachforschungen, gerade was eventuelle erbliche Belastung anbetrifft, sollen mit allem durch die Verhältnisse gebotenen Takt geschehen. Häufig wird man leichter und besser zum Ziele gelangen, wenn man sich nicht direkt an das Kind oder an seine Eltern wendet, sondern an zuverlässige Leute, welche die Familie des Kindes gut kennen. Dabei ist wohl darauf zu achten, daß nicht bloße Vermutungen als Tatsachen notiert werden. Andererseits dürfen und sollen die Zähler ohne Scheu alles, was ihnen der Mitteilung wert erscheint, auf der Zählkarte angeben. Die Zählkarten werden als Dokumente vertraulichen Inhaltes betrachtet; eine eventuelle Publikation der Zählresultate würde ohne Namenangabe erfolgen. Wo Nachforschungen, ohne die Angehörigen zu verletzen, nicht möglich erscheinen, wird man von solchen besser absehen.

Entsprechend wie bei den eidgenössischen Zählungen der geistig und körperlich gebrechlichen schulpflichtigen Kinder rechnen wir zu den schwach-sinnigen leichten Grades diejenigen Kinder, welche noch auf die Stufe der dritten Klasse gebracht werden können; geht die Bildungsfähigkeit eines Kindes nicht über die zweite Schulklasse hinaus, so gehört es zur Gruppe der in hohem Grade Schwachsinnigen; blödsinnig nennen wir die bildungsunfähigen Kinder.

B. Ergänzungszählung.

Zählkarten sind nur auszufüllen für die Personen, welche auf der ihnen mitgeteilten Liste oberhalb des blauen Striches notiert sind, sowie für diejenigen des Jahrganges 1891, welche jetzt dem schulpflichtigen Alter entwachsen sind.

Die Identifizierung der in Frage stehenden Personen wird an Hand der Angaben auf der Liste am besten wieder in gemeinsamer Konferenz der Lehrer mit der Schulkommission unter Zuzug von Armenpfleger und Ortsarzt vorgenommen werden. Dabei wird es sich manchmal herausstellen, daß die betreffende Person aus der Gemeinde weggezogen oder verstorben ist. Im letzteren Falle ist, wenn die übrigen Fragen nicht leicht beantwortet werden können, wenigstens das Alter beim Tod und die Todesursache anzugeben. Bei aus der Gemeinde

Schulkreis				Schüler- zahl	Normal- Ansatz Fr.	Zuschlag Fr. 40 auf je 10 Schüler				Total	bish. bezog.
						Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Schlatt											
Oberschule	4.	"	7.	37	450	"	4	"	40	"	610
Unterschule	1.	"	3.	35	450	"	3	"	40	"	570
Haslen											
Mädchen	1.	"	7.	70	450	"	7	"	40	"	730
Knaben	1.	"	7.	69	450	"	7	"	40	"	730
Enggenhütten											
Gonten	1.	"	7.	37	450	"	4	"	40	"	160
Unterschule											
Mittelschule	1. u. 2.	"	"	78	450	"	8	"	40	"	320
Oberschule	3.	"	4.	72	450	"	7	"	40	"	280
Oberschule											
	5. bis 7.	"	"	76	450	"	7	"	40	"	280

Die Landesschulkasse leistet sonach an die Schulen des innern Landesteils total 20540 18250
 trifft nach Abzug von Fr. 3700 sonstiger Einnahmen den Staat Fr. 16,840 oder
 per Kopf der Wohnbevölkerung (10,847 Seelen) Fr. 1. 55 und auf 2652 Einwohner
 in Oberegg Fr. 4110. 60 oder rund Fr. 4110 (bisher Fr. 3553. 68 resp. 3550).

11. 9. Regulativ über die Verwendung der Staatsbeiträge zur Unterstützung von Schulhausbauten und Anschaffung von Schulmobiliar im Kanton St. Gallen. (Vom 8. Januar 1907.)

Wir, Landammann und Regierungsrat des Kantons St. Gallen, in Revision des Regulativs vom 28. April 1893 und des Nachtrags vom 7. Februar 1902,
 verordnen was folgt:

Art. 1. Der vom Großen Rate für die Unterstützung von Schulhausbauten etc. bewilligte Kredit findet Verwendung:

1. Für Neubauten von Schulhäusern und Turnhallen;
2. für Umbauten an bereits bestehenden Gebäuden, soweit sie eine wesentliche Verbesserung in sich schließen und nicht zum ordentlichen Unterhalte gehören;
3. für die Errichtung von Schulbrunnen, sowie für die Installation von Zentralheizungen und Zentralbeleuchtungsanlagen;
4. für die Anschaffung von „St. Galler Schulbänken“, oder solchen eines andern mindestens gleichwertigen Systems;
5. für die Anschaffung des im Regulativ über Schulhausbauten als notwendig bezeichneten andern Mobiliars für Lehrzimmer und Arbeitsschulzimmer;
6. für die Anlegung von Turn- und Spielplätzen und die Anschaffung von Turngeräten.

Art. 2. Die Zuerkennung von Staatsbeiträgen ist an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Gesuche müssen vor Beginn der Baute, resp. vor Anschaffung der betreffenden Gegenstände, begleitet von Plänen und Kostenvoranschlägen, dem Erziehungsdepartement eingereicht werden. Dieses wird die Pläne, auf vorausgegangene Begutachtung durch das Kantonsbauamt, dem Erziehungsrate zur Genehmigung unterbreiten, alles nach den Vorschriften des Regulativs über Schulhausbauten;
2. über Bauten und Umbauten ist eine besondere Baurechnung zu führen; bei Anschaffungen sind die betreffenden Ausgaben in der ordentlichen Schulrechnung gesondert anzuführen.

Art. 3. Der Staatsbeitrag beträgt gemäß der in Art. 11 festgesetzten Skala 2—35 Prozent der wirklichen Kosten, immerhin in dem Sinne, daß auf Grund des eingereichten Kostenvoranschlages zum voraus durch den Regierungsrat auf Antrag des Erziehungsrates eine Maximalsumme angesetzt wird.

Art. 4. Die Grundlage für die Berechnung des Staatsbeitrages ist die Steuerkraft der Schulgemeinde per Lehrstelle. Diese Steuerkraft setzt sich zusammen:

- a. Aus dem gesamten steuerpflichtigen Vermögen, inklusive dem Steuerwert des Grundbesitzes der Aktiengesellschaften und Erwerbsgenossenschaften;
- b. aus dem mit der Zahl 1000 kapitalisierten Betrage einer einfachen Einkommenssteuer (1 ‰ vom Vermögen). Der Ertrag der Einkommenssteuer der Aktiengesellschaften und Erwerbsgenossenschaften fällt hierbei außer Betracht.

Art. 5. Für die Berechnung der Steuerkraft per Lehrstelle ist maßgebend:

- a. Bei Primarschulen: Die Zahl der bestehenden Primarlehrerstellen;
- b. bei Sekundarschulen: Die Zahl der in derselben Schulgemeinde bestehenden Primarlehrerstellen, sowie der Hauptlehrerstellen der Sekundarschule.

Wenn eine Sekundarschulgenossenschaft sich über mehrere Primarschulgemeinden erstreckt, so wird die Steuerkraft sämtlicher in Betracht fallender Primarschulgemeinden addiert und das Ergebnis durch die Gesamtzahl der Primarlehrerstellen und Hauptlehrer der Sekundarschule der betreffenden Schulkorporationen dividiert.

Art. 6. Bei Neubauten tritt folgendes Verfahren ein:

1. Man berechnet die Steuerkraft per Lehrstelle aus der zur Zeit der Plan genehmigung bekannten, nach Art. 4 ausgemittelten Steuerkraft der Schulgemeinde und der mit dem Bezuge des neuen Schulhauses in der letzteren bestehenden beziehungsweise durch Gemeindebeschluß zugesicherten Anzahl von Lehrstellen.
2. Werden innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren weitere Lehrstellen, die vorgesehenerweise im gleichen Schulhause untergebracht werden können, errichtet, so wird jedesmal auf Grund der neuen Verhältnisse die nun zutreffende Steuerkraft per Lehrstelle bestimmt und der entsprechende Staatsbeitrag berechnet.
3. Eine allfällige Differenz des so berechneten Staatsbeitrages gegenüber dem unmittelbar vorhergehenden wird bei Errichtung einer neuen Lehrstelle jeweilen als weitere Subventionsquote ausbezahlt.

Sollten bei der Unterbringung neuer Lehrstellen Bauteile zum Abbruch gelangen, die früher subventioniert wurden, so fällt eine entsprechende Quote des geleisteten Staatsbeitrages in Abzug. Für die Berechnung dieser Bauteile sind die jeweilen zurzeit des Abbruches ortsüblichen Tagespreise maßgebend.

Art. 7. Bei der Berechnung der Subventionssumme werden der Erlös aus veräußerten Liegenschaften und Gebäuden und der Verkehrswert von durch den Neubau entbehrlich gewordenen Gebäuden und Bodenparzellen in Abzug gebracht. Dagegen ist dies nicht der Fall mit Bezug auf Schenkungen und bereits vorhandene Baufonds.

Art. 8. Bei Bauten von Sekundarschulen wird der nach vorstehenden Bestimmungen berechnete Beitrag um 20 ‰ erhöht.

Art. 9. Die Nichteinhaltung der allgemeinen bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften und des von der Oberbehörde genehmigten Bauplanes, sowie auch die Nichtbefolgung der von derselben erteilten Weisungen hat einen Abzug an der bereits zuerkannten Bausumme zur Folge, dessen Höhe auf Antrag des Erziehungsrats vom Regierungsrat festgesetzt wird.

Gegenüber solchen Schulgemeinden, die auf der Ausführung eines von den Oberbehörden als in wichtigen Punkten ungeeignet befundenen Projektes verharren, kann vom Regierungsrat auf Antrag des Erziehungsrates gänzlicher Entzug des reglementarisch vorgesehenen Staatsbeitrages verfügt werden.

Vorbehalten bleibt daneben das dem Erziehungsrat in Art. 2 gewährte Recht, die Schulhausbaute überhaupt nicht zu genehmigen.

Art. 10. Der Staatsbeitrag wird, wenn es sich nicht um geringere Beträge handelt, in mehreren, gleichzeitig mit der Zuerkennung desselben von der Behörde festzusetzenden Raten ausbezahlt. Für die Feststellung des Zeitraumes, innert dessen die Gesamtauszahlung erfolgt, ist die Höhe des zurzeit zur Verfügung stehenden Budgetpostens maßgebend. Von dem Zeitpunkte der Beendigung des Rohbaues ist dem Erziehungsdepartemente rechtzeitig Kenntnis zu geben, welches alsdann das Kantonsbauamt zur Besichtigung und Untersuchung desselben abordnen wird.

Art. 11. Die Zuwendung des Staatsbeitrages erfolgt nach folgender Skala:

Skala der Staatsbeiträge an Schulhäuser.

Fr. Steuerkraft per Lehrstelle in Tausenden	Staats- beitrag in Prozenten	Fr. Steuerkraft per Lehrstelle in Tausenden	Staats- beitrag in Prozenten	Fr. Steuerkraft per Lehrstelle in Tausenden	Staats- beitrag in Prozenten
Bis 100	35	Bis 400	23	Bis 900	11
" 125	34	" 425	22	" 950	10
" 150	33	" 450	21	" 1000	9
" 175	32	" 475	20	" 1100	8
" 200	31	" 500	19	" 1200	7
" 225	30	" 550	18	" 1300	6
" 250	29	" 600	17	" 1400	5
" 275	28	" 650	16	" 1500	4
" 300	27	" 700	15	" 1750	3
" 325	26	" 750	14	" 2000	2
" 350	25	" 800	13		
" 375	24	" 850	12		

Art. 12. Vorstehendes Regulativ ersetzt dasjenige vom 28. April 1893 und den Nachtrag vom 7. Februar 1902 und tritt sofort in Kraft.

12. 10. Regulativ betreffend Erstellung, Unterhalt und Benützung von Schulhausbauten im Kanton St. Gallen. (Vom Erziehungsrate erlassen den 8. Juli 1907. Vom Regierungsrate genehmigt den 9. Juli 1907.)

Der Erziehungsrat des Kantons St. Gallen, in Ausführung von Art. 16 der kantonalen Schulordnung vom 29. Dezember 1865, und in Revision des Regulativs für den Neubau von Schulhäusern, sowie für deren Unterhalt und Benützung vom 18. Oktober 1866,

verordnet was folgt:

Erster Abschnitt. — Vorschriften für Neubauten.

A. Baustelle.

Art. 1. Das Schulhaus soll auf einem trockenen, freien und soweit möglich in der Mitte des Schulkreises schön gelegenen Platze stehen.

Die Form und Größe des Schulhausplatzes muß eine solche Stellung des Schulhauses ermöglichen, daß dem letzteren immer die nötige Licht- und Luftzufuhr gewahrt und genügend Fläche für den Spiel- und Turnplatz übrig bleibt.

Art. 2. Bei der Auswahl der Baustelle ist die Beschaffenheit des Baugrundes zu berücksichtigen, sowie die Nähe von Friedhöfen, geräuschvollen Plätzen, Straßen und Gewerbelokalen, Wirtschaften, sowie von Gewerben, die einen unangenehmen oder der Gesundheit nachteiligen Geruch verbreiten, sorgfältig zu vermeiden.

Ebenso ist der Nähe von Düngstätten und sumpfigem Boden auszuweichen und das Gebäude so zu stellen, daß kein Abwasser von Kloaken und Jauchehältern sich unter dem Terrain verbreiten kann. Erforderlichen Falles sind solche Abwasser durch zweckentsprechende Dränagen oder Kanalisationen von der Baustelle fernzuhalten.

Art. 3. Das Schulhaus soll mit gutem Trinkwasser versorgt werden. Kann im Schulhause selbst die Wasserleitung nicht eingeführt werden, so ist wenigstens vor dem Schulhause ein Brunnen mit gutem Trinkwasser zu erstellen.

Art. 4. Beim Schulhause ist ein Spiel- und Turnplatz anzulegen. Derselbe soll möglichst eben, trocken und von belebten und stark befahrenen Straßen getrennt sein.

Dieser Platz ist, wenn möglich, so zu bemessen, daß sich für jedes das Schulhaus besuchende Schulkind eine Fläche von 8 m^2 ergibt.

Auf oder neben dem Spielplatz soll ein Brunnen erstellt werden. Alle Abwasser des Schulhauses, der Dächer, der Brunnen etc. sind unterirdisch mittelst Kanalisation oder Senkgruben abzuleiten. Für die richtige Abführung der Tagwasser vom Schulhausplatz, Spiel- und Turnplatz sind die nötigen baulichen Vorkehrungen zu treffen.

Die zu den Eingängen des Schulhauses führenden Wege sind zu pflastern oder mit Steinbett zu versehen und mit feinem Kies zu belegen.

Für jede im Hause einzurichtende Lehrer- oder Abwartwohnung ist, soweit möglich, ein in seiner Abmessung den örtlichen Verhältnissen angepaßter, eingefriedigter Hausgarten in unmittelbarer Nähe des Schulhauses zu erstellen.

Bei Schulhäusern in Berggegenden kann erforderlichen Falles unter angemessener Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse von vorstehenden Bestimmungen abgewichen werden.

B. Allgemeine Vorschriften über die Bauart.

Art. 5. Das Schulgebäude soll ein solides, der Beschaffenheit des Baugrundes und der Größe der zu tragenden Last entsprechendes Fundament erhalten.

Wo Grundwasser vorhanden ist, soll, sofern dies möglich ist, für dessen richtige Ableitung gesorgt werden. Ist die Ableitung des Grundwassers nicht möglich, so darf der Kellerboden mit seiner Oberkante nicht tiefer als 30 cm über dem höchsten Grundwasserstand angelegt werden und ist in sämtliches aufsteigende Mauerwerk auf der Höhe des Kellerfußbodens eine gute, vollkommen wasserundurchlässige Isolierschicht einzulegen, so daß das Aufsteigen von Feuchtigkeit im Mauerwerk ausgeschlossen ist.

Bei Schulhäusern, die auf ansteigendem Terrain erstellt werden, ist allfällig von der Bergseite herfließendes Wasser in zweckentsprechender Weise abzuleiten.

Art. 6. Der Fußboden des Erdgeschosses soll wenigstens 1 m über vergleichener Terrainhöhe liegen. In Abteilungen des Gebäudes, in welchen sich keine Kellerräume befinden, muß zwischen dem Bodengebälke solcher Räume und dem Erdreich ein freier, gut ventilierbarer Hohlraum von wenigstens 1 m Höhe sich befinden. Gegen aufsteigende Feuchtigkeit sind geeignete Isolierungen anzubringen.

Der Hohlraum muß leicht zugänglich sein. Zuglöcher in den Außenmauern sollen vermittelst starkem, gelochtem Blech oder starkem Drahtgeflecht geschlossen werden, und zweckentsprechende Vorkehrungen sollen eine möglichst luftdichte Abschließung im Winter ermöglichen.

Art. 7. Die Feuerungsanlagen sind genau nach den jeweiligen zu Recht bestehenden Gesetzen und Verordnungen auszuführen.

Art. 8. Die Umfassungswände sind in der Regel massiv zu erstellen.

An Orten, wo die massive Konstruktion unverhältnismäßige Mehrkosten verursachen würde, kann von dieser Vorschrift abgegangen werden. In diesem Falle ist jedoch nach Maßgabe der Verhältnisse eine Konstruktion zu wählen, welche dem Massivbau in jeder Hinsicht möglichst nahe kommt.

Art. 9. Wenn bewohnte Lokalitäten oder Schulzimmer unter oder über andern Schulzimmern, oder nebeneinander liegen, so ist durch geeignete Konstruktionen dafür zu sorgen, daß Wände und Decken möglichst schalldicht sind.

Art. 10. Die Dächer sind mit harter Bedachung zu versehen, unter welcher sich ein Schindelunterzug oder eine andere, denselben Dienst versehende Konstruktion befinden muß.

Plattformen sind mit Blech oder einer andern harten Bedachung einzudecken. Das Dachwasser muß mittelst solider Rinnen und Abfallröhren abgeleitet werden.

Jedes Schulhaus soll einen Blitzableiter erhalten. Für die Erstellung und Unterhaltung desselben sind die jeweiligen geltenden Vorschriften maßgebend.

Art. 11. Ein Schulhaus soll in allen Teilen solid und unter Verwendung bester Materialien ausgeführt werden.

Für das Äußere des Gebäudes werden Einfachheit und harmonische Verhältnisse verlangt. Es soll der Charakter und die Zweckbestimmung des Hauses zum Ausdruck gebracht werden.

C. Die einzelnen Teile des Schulgebäudes.

Eingang, Treppen und Gänge.

Art. 12. Der Haupteingang in das Schulgebäude muß so breit sein, daß mehrere Kinder zu gleicher Zeit bequem aus- und eingehen können. Bei größeren Schulhäusern sollen zwei Eingänge erstellt werden. Die zum Reinigen der Schuhe nötigen Vorrichtungen sollen in genügender Zahl, sowohl vor den Haustüren als auch vor den Zimmertüren vorhanden sein.

Art. 13. Treppenhäuser sollen geräumig, hell beleuchtet und gut lüftbar sein.

Art. 14. Die Laufbreite und die Breite der Podeste von Treppen, welche den Zugang zu Schulzimmern vermitteln, sind der Schülerzahl, welche sie zu begehen hat, anzupassen. Diese Maße dürfen jedoch nicht unter 1,40 m, im Lichte der Wangen gemessen, betragen.

Solche Treppen dürfen in der Regel nur gerade Läufe erhalten und müssen mit Podesten versehen sein.

Die Steigungsverhältnisse derartiger Treppen sollen bequem sein. Das Verhältnis von Steigung zu Auftritt darf nicht schlechter als 0,17:0,26 sein.

Jede Treppe ist auf der Öffnungsseite mit einem soliden Geländer zu versehen. Bei breiten Treppenläufen ist auch ein Handgriff an der Wand anzubringen.

In mehrstöckigen Gebäuden ist die Erstellung massiver Treppen wünschenswert. Die Kellertreppen sollen in der Regel massiv sein. Bei hölzernen Treppen ist die Untersicht zu verputzen.

Die Verwendung von Tannenholz für Tritte bei Treppen, welche zu Schul- und Wohnungsräumlichkeiten führen, sowie das Anbringen von sogenannten Treppeneisen auf die Tritte ist unstatthaft.

Die Wände der Treppenhäuser sollen auf eine Höhe von 1,50 m einen soliden Schutz gegen Beschädigungen, wie Stöße, Schläge etc. erhalten. Dieser Wandschutz (Getäfel etc.) soll leicht abgewaschen werden können. Über demselben sind die Wände zu verputzen und mit einem hellen, guten Anstrich zu versehen. Gestrickte Wände müssen gehobelt oder ganz getäfelt werden; geriegelte Wände werden am besten ganz getäfelt.

Bei Treppen, welche nur zu Wohnungen führen, können die Vorschriften betreffend Anlage, Breite der Treppenläufe, allfällige Podeste und Wandschutz nach Maßgabe waltender Verhältnisse eine angemessene Modifikation erfahren.

Art. 15. Gänge und Vorplätze vor Schulräumen, sowie Räume zur Aufbewahrung von Kleidungsstücken sollen gut lüftbar und direkt beleuchtet sein. Sie sollen eine solche Größe erhalten, daß sie den Kindern bei schlechtem Wetter zum Aufenthalt während den Pausen genügend Platz bieten. Mit weniger als 2 m nutzbarer Breite dürfen Haupt- und Seitengänge nicht erstellt werden.

Zur Aufbewahrung von Kleidungsstücken sind, soweit möglich, besondere Garderoberräume zu erstellen. Ist das nicht möglich, so sind an den Wänden

solide Vorrichtungen in genügender Zahl zum Aufhängen von Kleidungsstücken anzubringen; ebenso sind Schirmständer von genügender Größe oder in genügender Anzahl an geeigneten Orten aufzustellen.

Die Fußböden der Gänge sollen wenigstens mit buchenen Parkettböden oder einem andern gleichwertigen Material belegt werden. Massive Wände sind auf eine Höhe von 1,50 m wie in den Treppenhäusern mit einem guten Wandschutz zu versehen; über demselben sollen sie verputzt und der Verputz in einem gebrochenen, hellen Farbton gut angestrichen werden.

Bei gestrickten oder geriegelten Wänden findet die Bestimmung von Art. 14, Alinea 7, Anwendung.

Die Decken sollen getäfelt oder verputzt und in beiden Fällen gut und in hellem Farbton angestrichen werden. Andere Deckenausbildungen, welche den erwähnten mindestens gleichwertig sein müssen, sind indessen statthaft.

Die Unterrichtslokale.

Art. 16. Für den Unterricht sind folgende Lokale notwendig:

1. Ein Schulzimmer für jede Abteilung, in der ein besonderer Lehrer wirkt;
2. ein besonderes Zimmer für die Mädchenarbeitsschule.

Wünschbar ist im ferneren ein besonderer bedeckter Raum für Turnübungen, sofern nicht ein besonderes Turnhaus erstellt wird, resp. vorhanden ist.

Schulzimmer sollen mit der Hauptlichtseite nach Südosten, oder, wo dies der örtlichen Verhältnisse wegen nicht angeht, nach Osten oder Süden gelegt werden.

Art. 17. Jedes Schulzimmer muß genügend Raum für die Aufstellung der Schulbänke, für Gänge zur Beaufsichtigung der Schüler durch den Lehrer und für einen geräumigen, freien Platz vor der Wandtafel und dem Lehrerpulte darbieten.

Ein Schulzimmer darf nicht für mehr als 70 Kinder eingerichtet werden. Die Breite eines Schulzimmers soll nicht über 7,50 m und die Länge nicht über 12 m betragen. Auf alle Fälle sind die Dimensionen den zur Verwendung kommenden Schulbänken anzupassen. Mehr als zwei vierplätzig oder zwei dreiplätzig oder drei zweiplätzig Schulbänke dürfen nicht nebeneinander gestellt werden.

Als Minimaldetailmaße werden festgesetzt:

Abstand zwischen vorderster Bankreihe und Tafelwand 2 m.

Gang an der langen Fensterwand 0,80 m.

Zwischengänge 0,50 m.

Gang an der geschlossenen Längswand 1 m.

Gang an der Rückwand 0,80 m.

Art. 18. Die Deckenkonstruktion eines Schulzimmers soll in solcher Stärke erstellt werden, daß sie sich selbst samt der auf ihr ruhenden Nutzlast mit vollkommener Sicherheit tragen kann.

Andere Unterstüzungen von Deckenkonstruktionen als Unterzüge sind unstatthaft. Unterzüge sollen des besseren Aussehens wegen möglichst wenig unter die Deckenfläche vorspringen.

Art. 19. Ein Schulzimmer soll an Bodenfläche wenigstens 1 m² und an Kubikraum wenigstens 3,50 m³ per Sitzplatz aufweisen.

Art. 20. Die lichte Höhe des Schulzimmers soll je nach der Größe desselben und seiner relativen und absoluten Höhenlage 3,30 bis 3,50 m betragen.

Bei Schulhäusern mit kleiner Kinderzahl kann die lichte Zimmerhöhe bis auf 3 m reduziert werden, immerhin unter Beachtung der Vorschriften von Art. 19.

Art. 21. Für den Fußbodenbelag der Schulzimmer gelten die gleichen Vorschriften wie für denjenigen in den Gängen und Vorplätzen.

Art. 22. Wo die Wände nicht vollständig vertäfelt werden, sind dieselben wenigstens bis auf eine Höhe von 1,50 m mit Getäfel oder mit einem wenigstens gleichwertigen Wandschutz zu versehen. Das Getäfel, sowie alles übrige Holzwerk im Schulzimmer ist in hellen Tönen gut anzustreichen. Dasselbe ist auch bei einem andern Wandschutz der Fall, sofern derselbe nicht an sich gebrauchsfertig ist.

Art. 23. Die gemauerten Wände sollen einen haltbaren Anstrich von hellem, gebrochenem Farbentone erhalten.

Es empfiehlt sich, auf massive Wände zum Aufhängen von Lehrmitteln für den Anschauungsunterricht und von Bildern starke Holzleisten oder eiserne Aufhängevorrichtungen in geeigneter Höhe anzubringen, welche solid zu befestigen sind.

Art. 24. Die Decken sollen getäfelt oder glatt verputzt werden. In beiden Fällen ist ein ganz heller Anstrich anzubringen.

Art. 25. Das Licht soll von links und eventuell außerdem noch von rückwärts einfallen. Werden des äußern Aussehens wegen Fenster in der vorderen Wand, d. h. der Tafelwand, erstellt, so sind dieselben durch geeignete Vorkehrungen gut zu blenden.

Die Fensterfläche in der linksseitigen Fensterwand soll, in Stein- oder Futterlicht gemessen, wenigstens $\frac{1}{5}$ der Bodenfläche des Schulzimmers betragen.

Die Verteilung des Lichtes im Schulzimmer muß eine möglichst gleichmäßige sein.

Die Fensterbrüstungen dürfen nicht über 90 cm und nicht unter 75 cm vom Fußboden bis Oberkante Fensterbank hoch sein.

Die Fenster sollen so nahe an die Decke gerückt werden, als es eine solide Konstruktion erlaubt; in keinem Falle darf der Abstand zwischen Unterkante Fenstersturz und Unterkante Decke mehr als 30 cm betragen.

Art. 26. Sämtliche Fensteröffnungen, mit Ausnahme der Fenster in Dachräumen und derjenigen in ungeheizten Kellerräumen, müssen mit gutschließenden, permanenten und ebensolchen Winterfenstern versehen sein, deren sämtliche Flügel zum Einwärtsöffnen eingerichtet sein müssen.

Die Oberflügel sind als Klapp- oder Drehflügel einzurichten und zusammen mit leicht lösbaren, soliden Kuppelungen zu verbinden. Es ist statthaft, statt zweier getrennter Fenster für eine Lichtöffnung nur ein Fenster zu erstellen, sofern dasselbe mit doppelter Verglasung versehen wird, bei welcher die beiden Glasflächen durch eine genügend dicke, gut abgeschlossene Luftschicht voneinander getrennt sind.

Art. 27. Die der Sonnenbestrahlung während der Unterrichtszeit ausgesetzten Fenster sollen solide Vorrichtungen erhalten, welche das Eindringen der Hitze und der Sonnenstrahlen in die Schulzimmer verunmöglichen. Diese Vorrichtungen (Rolläden, Zugjalousien, Rouleaux, gewöhnliche Jalousien) müssen so eingerichtet werden, daß sie unbeschadet ihrer Zweckbestimmung eine genügende Beleuchtung der Räume ermöglichen und bequem geöffnet und ausgestellt werden können. In geöffnetem Zustande sollen diese Vorrichtungen die Lichtfläche der Fenster, nach Art. 25 berechnet, nicht vermindern.

Art. 28. Die Beheizung der Schulzimmer hat entweder durch Zimmeröfen oder durch eine Zentralheizung zu geschehen. Beim ersteren Systeme sind jedoch die gewöhnlichen gußeisernen Öfen ohne Ausmauerung und ohne Mantel nicht zulässig. Blechöfen müssen eine gute Fütterung aus feuerfesten Steinen erhalten. Zimmeröfen, die im Schulzimmer selbst geheizt werden, müssen als Immerbrenner konstruiert sein.

Die Heizkörper oder die Mündungen der Warmluftkanäle von Luftheizungen müssen so angebracht sein, daß den zunächst sitzenden Schülern die Wärmeausströmung nicht lästig wird.

Bei Ofenheizung sowohl als bei Zentralheizung ist eine mit den Heizkörpern in Verbindung stehende, leicht regulierbare Frischluftzuführung von außen an-

zubringen. Die Einrichtung muß so getroffen werden, daß die frische Luft vor dem Eintritt in den zu heizenden Raum so stark vorgewärmt wird, daß keine unangenehme Zugluft auftritt.

Bei Zentralwarmwasserheizungen ist der Konstruktion und der Handhabung der Ventilationsvorrichtung, wegen der Gefahr des Einfrierens der Heizkörper, besondere Sorgfalt zuzuwenden.

Art. 29. Für die künstliche Abfuhr verdorbener Luft ist bei massiven Bauten in den innern Wänden für jedes Schulzimmer ein separater Luftzug anzulegen von wenigstens 500 cm² lichtem Querschnitt. Diese Luftzüge sind inwendig glatt zu verputzen und müssen je eine, vermittelst abschraubbarer Jalousie gut verschließbare Öffnung in der Nähe des Fußbodens und eventuell auch möglichst nahe an der Decke erhalten. Der lichte Querschnitt der Jalousien muß gleich dem lichten Querschnitt des Zuges sein. Die Jalousien müssen so konstruiert sein, daß die Luft auf dem natürlichen Wege ungehindert abziehen kann.

Die Ventilationskanäle müssen im Dachraum ausmünden und mit starkem Drahtgeflecht oder gelochtem Blech solid abgedeckt werden. Bei nicht massiven Bauten sind diese Kanäle aus beidseitig gehobelten Brettern und mit gutgedichteten Fugen zu erstellen.

Die Einhaltung dieser Vorschrift ist das Wenigste, was mit Bezug auf die Ventilationseinrichtung verlangt werden muß.

Art. 30. Als Schulbank ist die „St. Galler Schulbank“ oder eine derselben wenigstens gleichwertige Bank zu verwenden.

Art. 31. Außer den Schulbänken sollen in jedem Schulzimmer vorhanden sein: 1. Wenigstens eine große schwarze Wandtafel; — 2. ein verschließbares Pult mit Sitz für den Lehrer; — 3. ein verschließbarer Wandschrank mit Gestellen zur Aufbewahrung der allgemeinen Lehrmittel; — 4. ein kleiner Tisch mit zwei Stühlen; — 5. ein Thermometer; — 6. ein Gießfaß mit Handtuch; — 7. ein Spucknapf mit Wasserfüllung.

Art. 32. Das Arbeitsschulzimmer soll in bezug auf Größe, Höhe, Beleuchtungs- und Heizungsweise, sowie auch Ventilation nach denselben Vorschriften eingerichtet sein, wie das allgemeine Schulzimmer, sofern nicht gewichtige Gründe für eine Modifikation derselben sprechen.

Art. 33. In dem Arbeitsschulzimmer sollen folgende Zimmergeräte vorhanden sein: 1. Die Arbeitstische nach St. Galler System; die Tische sind so zu stellen, daß das Licht unbehindert jeder Schülerin auf die Arbeit fallen kann; — 2. ein großer Tisch zum Vorschneiden; — 3. ein verschließbarer, zweckentsprechend eingerichteter Schrank; — 4. eine schwarze Wandtafel; — 5. zwei Stühle; — 6. ein Thermometer; — 7. ein Gießfaß mit Handtuch; — 8. ein Spucknapf mit Wasserfüllung.

Die Aborte.

Art. 34. Die Aborte, auf deren Anlage und Einrichtung besondere Aufmerksamkeit verwendet werden muß, sind womöglich in Eckräume nach Norden zu verlegen und von den übrigen Räumen möglichst gut abzuschließen.

Art. 35. Die Abortgruppen für die beiden Geschlechter sind auf die ganze Raumböhe voneinander zu trennen und mit eigenen Eingängen zu versehen, deren Türen selbstzufallend sein müssen. Jede Abteilung muß einen eigenen, auf die ganze Höhe von ihr getrennten Vorplatz haben.

Auf höchstens 30 Kinder ist ein durch wenigstens 2,40 m hohe Wände abgeschlossener, verschließbarer Raum mit Sitz zu schaffen.

Bei gemischten Schulen ist die Sitzzahl auf der Mädchenabteilung größer zu machen, als diejenige auf der Knabenabteilung.

Eigene Lehreraborte sind in Schulhäusern mit mehr als einem Schulzimmer, sowie auch in solchen mit nur einem Schulzimmer einzurichten, wenn der Lehrer nicht im Schulhaus wohnt.

Art. 36. Die Pissoirabteilungen sind von den mit Sitzen versehenen Abortabteilungen zu trennen.

Die Pissoirabteilung soll einen eigenen, ebenfalls auf die ganze Raumhöhe von ihr getrennten Vorplatz erhalten.

Die Pissoirabteilungen sind mit Rinnen oder Schalen aus glasiertem Steintgut oder Porzellan zu versehen. Die Wände, auf welche dieselben befestigt werden, müssen auf wenigstens 1,40 m Höhe mit Zementverputz oder auf dieselbe Höhe mit Schieferplatten, deren Fugen gut gedichtet sind und welche zusammen eine ebene, vollständig glatte Fläche bilden, oder auf andere gleichwertige Art verkleidet sein.

Die Ableitung aus den Rinnen oder Schalen bis zum Hauptrohr soll vermittelst Bleiröhren oder asphaltierten, gußeisernen Röhren von genügender Weite geschehen.

Jede Ableitung aus einer Pissoirabteilung soll einen eigenen, mit Putzschraube versehenen Wasserverschluß (Siphon) erhalten.

Wenn die Verhältnisse es erlauben, so ist eine periodische Spülung nach einem bewährten System einzurichten.

Gut konstruierten Ölpissoirs ist bei gutem Unterhalt vor anderen Pissoirkonstruktionen der Vorzug zu geben.

Art. 37. Die Abortröhren sind von der Grube bis über die Dachfläche in gleicher Weise möglichst senkrecht aufzuführen und hier mit einem seitwärts offenen Hute abzudecken; separate Pissoirleitungen müssen ebenfalls über Dach geführt und mit einem Hut gleicher Konstruktion versehen werden.

Der Deckel ist am Sitzbrett zu befestigen.

Als Material für die Abortleitungen sollen gut gebrannte, beidseitig glasierte Steingutröhren oder gußeiserne, asphaltierte Röhren von genügender Lichtweite verwendet werden.

Art. 38. Die Gruben müssen vollständig wasserdicht und durchaus unabhängig von den übrigen Gebäudemauern erstellt werden. Es ist durch geeignete Mittel (Lehmschichten) dafür zu sorgen, daß Gebäudesetzungen vor sich gehen können, ohne daß die Grube davon berührt wird. Jede Grube muß über ihrer ganzen Fläche eine vollständig dichte, massive Decke erhalten, welche nur von den Rohrleitungen und von dem, mit eisernem Deckel zu versehenen Schöpfloch durchbrochen werden darf.

Der Boden ist vollständig dicht zu erstellen und so einzurichten, daß die Grube leicht ganz geleert werden kann.

Jede Grube ist mit einer eigenen Ventilationsleitung aus glasierten Steingutröhren oder gußeisernen, geteerten Röhren zu versehen, welche einen lichten Durchmesser von wenigstens 12 cm haben muß und von der Decke der Grube bis über Dach zu führen ist.

Sofern es die Verhältnisse irgendwie erlauben, sollen die Aborte nach dem Sammelrohrsystem mit automatischer Wasserspülung oder nach dem Klosett-system mit Einzelspülung versehen werden. Eine eigene Grubenventilation ist nicht nötig, wohl aber sind die sämtlichen Fallrohre über Dach zu entlüften.

Bei Massivbauten sind die Bodenkonstruktionen der Aborte massiv zu erstellen.

Art. 39. Die Aborte sollen gut beleuchtet und gut lüftbar sein. Zu letzterem Zwecke sind die Fenster gleich einzurichten wie in den Schulräumen.

Für die künstliche Abführung der schlechten Luft sind für jede Abortabteilung separate Abzugskanäle gleich den bei dem Schulzimmer erwähnten zu erstellen. Die mit Jalousien zu versehenen Öffnungen derselben sollen sich möglichst nahe an der Decke befinden. Die Kanäle sind über Dach zu führen und abzudecken.

Art. 40. Sämtliches Holzwerk in den Aborten muß mit Ölfarbe gut angestrichen werden.

Gemauerte Wände müssen einen glatten Verputz mit gutem Anstrich erhalten.

Die Decken müssen getäfelt oder glatt verputzt werden.

Das Turnlokal.

Art. 41. Das Turnlokal kann entweder im Schulhause selbst eingerichtet oder es kann in dessen Nähe hierfür ein eigener Bau erstellt werden. Die letztere Anordnung verdient den Vorzug.

Art. 42. Sollte das Turnlokal im Schulhause selbst eingerichtet werden, so ist dasselbe womöglich in das Erdgeschoß zu verlegen. Kellergeschosse dürfen nur in Ausnahmefällen und wenn dieselben vollständig trocken und gut beleuchtet sind, zu Turnlokalen eingerichtet werden. Wenn das Turnlokal sich über Schulzimmern oder anderen bewohnten Räumen befindet, so muß der Boden desselben derart konstruiert sein, daß in den unter dem Turnlokal liegenden Räumen Störungen durch Schall oder Erschütterung ausgeschlossen sind.

Art. 43. Ein Turnlokal, in welchem alle Gerätübungen ausgeführt werden sollen, muß eine lichte Höhe von wenigstens 5,20 m haben. Es soll trocken, gut beleuchtet und heizbar sein.

Als Bodenbelag ist ein Material zu wählen, welches elastisch ist und dabei möglichst wenig Staub entwickelt (Korklinoleum 7 mm); die Verwendung von Sand, Loh, Sägspänen und dergleichen ist unstatthaft.

Die Wände müssen auf eine Höhe von wenigstens 1,50 m eine gegen Stöße und Schläge möglichst unempfindliche Bekleidung erhalten und über derselben glatt geputzt oder sonst auf eine zweckentsprechende Weise bekleidet werden. Die Decken werden geputzt oder getäfelt.

Holzwerk und Verputz sind wie bei einem Schulzimmer mit gutem Anstrich zu versehen.

Art. 44. Wird für das Turnlokal ein eigener Bau erstellt, so soll dasselbe für jedes gleichzeitig zu unterrichtende Kind einer Turnklasse eine Fläche von wenigstens 3 m² aufweisen.

Es sind in demselben Aborte und Pissoirs unterzubringen, für welche die Vorschriften von Art. 34 bis 40 gelten.

Ferner sollen, wenn möglich, auch eigene Räume für Garderobe und Geräte vorgesehen werden.

Das Schulbad.

Art. 45. Wenn es die Verhältnisse erlauben, so soll ein der Größe des Schulhauses entsprechendes Duschebad mit eigenem Warmwasserbereitungsapparat und gutem Mischapparat erstellt werden. Zu jedem Duschebad gehören zwei von einem Vorplatz oder Korridor und vom Duscheraum selbst zugängliche Ankleideräume.

Dusche- und Ankleideräume müssen gut geheizt werden können. Für gute Beleuchtung und Lüftung ist Sorge zu tragen.

Das Speisezimmer.

Art. 46. Überall da, wo eine größere Anzahl Schulkinder wegen weiter und beschwerlicher Schulwege über die Mittagszeit nicht nach Hause gehen kann, soll ein geräumiges, gut beleuchtetes, gut lüftbares und gut heizbares Lokal eingerichtet werden, in welchem Kinder ihr mitgebrachtes oder das ihnen im Schulhaus verabfolgte Mittagessen einnehmen und überhaupt über die Mittagszeit sich aufhalten können. Hinsichtlich der Ausstattung sowohl als auch der Reinhaltung ist dieses Lokal einem Schulzimmer möglichst gleich zu halten.

Die Lehrerwohnung und Abwartwohnung.

Art. 47. In jedem Schulhause soll eine Wohnung erstellt werden, die als Lehrer- oder Abwartwohnung zu verwenden ist.

Art. 48. Die Wohnungen sollen von den eigentlichen Schullokalitäten gehörig getrennt und abgeschlossen sein.

Art. 49. Eine Lehrerwohnung soll folgende Räumlichkeiten enthalten: *a.* Eine geräumige, heizbare Wohnstube und wenigstens 3—4 andere Zimmer, wovon wenigstens ein weiteres heizbar sein muß; — *b.* eine Küche; — *c.* einen Keller; — *d.* einen Holzbehälter; — *e.* einen besonderen Abort; — *f.* eine Waschküche, welche im Kellergeschoß oder im Dachstock liegen kann und die von den übrigen Räumlichkeiten gut abgeschlossen und gut lüftbar sein muß.

Art. 50. Eine Abwartwohnung soll die nämlichen Räume enthalten, wie nach vorstehendem Art. 49 eine Lehrerwohnung, mit dem Unterschiede, daß neben der heizbaren Wohnstube 2—3 andere Zimmer, wovon wenigstens ein weiteres heizbar sein muß, vorzusehen sind.

Art. 51. Im Falle der Vermietung von Wohnungen sind folgende Vorschriften einzuhalten: *a.* Die Wohnung darf nicht an Personen vermietet werden, die einen auf die Schule störend einwirkenden Beruf betreiben; — *b.* die Mieter müssen überhaupt ehrbare, der Reinlichkeit und Ordnung beflissene Personen sein; — *c.* der Mietvertrag darf keine längere Kündigungsfrist als ein Vierteljahr festsetzen; — *d.* die Vermietung von seiten des Lehrers darf nur im Einverständnis mit dem Ortsschulrate stattfinden. Die Genehmigung soll in allen Fällen verweigert werden, wo es sich ergeben würde, daß aus irgendwelchen Gründen die Interessen der Schule durch die Vermietung beeinträchtigt würden; — *e.* der Vermieter ist für alle durch die Benützung entstehenden Schädigungen verantwortlich.

Der ordentliche Unterhalt von Wohnungen ist dagegen Sache der Schulgemeinde.

Amtslokale.

Art. 52. Es ist gestattet, Sitzungszimmer, Kanzleien oder Archive von Gemeindebehörden in das Schulhaus zu verlegen; dieselben müssen jedoch so angebracht sein, daß sie von den Unterrichtslokalen gehörig getrennt und abgeschlossen sind und, soweit es Sitzungszimmer und Kanzleien betrifft, eigene Zugänge besitzen. Aus der Benützung solcher Lokalitäten darf für die Schule keinerlei Störung entstehen.

Werden solche Lokalitäten nicht ausschließlich oder doch in Hauptsachen von den Schulbehörden benutzt, so werden die Erstellungskosten derselben bei der Bemessung des Staatsbeitrages in Abzug gebracht.

Verbesserung bestehender Schulhäuser.

Art. 53. Den Schulgemeinden wird empfohlen, die in vorstehendem Abschnitt enthaltenen Vorschriften, soweit dies der Natur der Sache nach möglich ist, auch an und in schon bestehenden Schulhäusern in Ausführung zu bringen. An größere Verbesserungsarbeiten an bestehenden Schulhäusern wird eine Staatsunterstützung nur verabfolgt, soweit dieselben den vorstehenden Vorschriften entsprechen.

Zweiter Abschnitt. — Verfahren bei der Erstellung neuer Schulhausbauten.

Art. 54. In erster Linie hat der Schulrat einen oder mehrere ihm gemäß den Vorschriften des ersten Abschnittes als zweckmäßig erscheinende Plätze auszuwählen und nach getroffener Wahl dem Erziehungsdepartement durch den Bezirksschulrat hiervon Mitteilung zu machen. Nach Anhörung des Kantonsbauamtes wird das Erziehungsdepartement, resp. der Erziehungsrat, sich mit dem oder den gewählten Plätzen bedingungslos oder bedingt einverstanden erklären oder neue Vorschläge machen.

Hierauf hat die Schulgenossenversammlung unter den vom Erziehungsdepartement, resp. vom Erziehungsrat, als geeignet bezeichneten Plätzen auf Antrag des Schulrates die definitive Platzwahl zu treffen.

Sollte der gewählte Platz aus irgend einem Grunde nicht freihändig für die Schulgemeinde erworben werden können, so ist, sofern die gesetzlichen Vor-

aussetzungen dafür vorhanden sind, nach Maßgabe der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften (Art. 10 ff. des Gesetzes über die Expropriation vom 4. Juli 1898) das Expropriationsverfahren einzuleiten und durchzuführen. Der Regierungsrat wird vor der Entscheidung der Frage über die Bewilligung der Expropriation auch die Begutachtung des zuständigen Bezirksschulrates, sowie des Erziehungsrates einholen.

Wird vom Regierungsrat die Bewilligung zur Expropriation abgelehnt, so ist der Schulrat gehalten, innerhalb vier Wochen eine andere Baustelle zu bezeichnen, bezüglich deren wiederum in gleicher Weise zu verfahren ist.

Sollte bei der im zweiten Absatz dieses Artikels bezeichneten Schulgenossenversammlung die vom Schulrate vorgeschlagene Baustelle die Genehmigung nicht erhalten, oder sollte überhaupt die Wahl des vorgeschlagenen Bauplatzes durch die Schulgenossenversammlung beanstandet werden, so hat der Schulrat innerhalb vier Wochen eine andere Baustelle zu wählen und der Schulgenossenversammlung in Vorschlag zu bringen. Sollte diese andere Baustelle nicht schon unter den vom Erziehungsdepartement, resp. dem Erziehungsrate, als geeignet bezeichneten sich befinden, so hat das im ersten Absatz dieses Artikels festgesetzte Verfahren auch für die neue vorgeschlagene Baustelle Platz zu greifen.

Findet sich nach Ansicht des Schulrates keine andere gleichentsprechende Baustelle vor, oder wird auch der zweite Vorschlag des Schulrates verworfen, so sind die Akten dem Erziehungsrate zuhanden des Regierungsrates einzusenden, welcher letzterer nach vorgenommenem Untersuche die Baustelle definitiv festsetzen wird.

Art. 55. Die Entwerfung der Baupläne, des Baubeschriebes und der Kostenberechnung für das zu erstellende Schulgebäude soll einem tüchtigen Sachverständigen übertragen werden; das Gutachten des Schulrates, sowie Plan und Kostenvoranschlag sind zu jedermanns Einsicht wenigstens 8 Tage vor Abhaltung der Schulgenossenversammlung öffentlich aufzulegen und sodann der letztern zur Entscheidung zu unterbreiten.

Art. 56. Behufs Einholung der Genehmigung sollen dem Bezirksschulrate zuhanden der Oberbehörden eingegeben werden: *a.* Eine Abschrift des betreffenden Gemeindebeschlusses samt dem Gutachten des Schulrates; — *b.* die Pläne im Doppel, und zwar: 1. Situationsplan, wenigstens im Maßstab 1:500, mit dem zum Schulhause gehörigen Areal, mit Angabe von dessen Zweckbestimmung; 2. Grundriß mit eingeschriebenen Maßen, wenigstens im Maßstab 1:100; 3. Aufrisse, wenigstens im Maßstab 1:100; 4. ein Höhenschnitt, in welchem die Stockhöhen im Lichten eingeschrieben sein müssen, wenigstens im Maßstab 1:100. In den Plänen muß auch die Heizeinrichtung und die Bestuhlung der Schulzimmer eingezeichnet sein; — *c.* Baubeschrieb; — *d.* detaillierter Kostenvoranschlag im Doppel; — *e.* Angabe der im Schulhause zur Zeit des Bezuges unterzubringenden Schülerzahl und der Anzahl der Schulen; — *f.* Kostentilgungsplan.

Das eine Exemplar der genehmigten Pläne und des Kostenvoranschlages bleibt in den Händen des Erziehungsdepartementes, während das andere Exemplar nach erteilter Genehmigung mit dem Visum des Erziehungsdepartementes versehen dem Schulrate wieder zugestellt wird.

Art. 57. Der Bezirksschulrat hat die eingegangenen Pläne zu prüfen und mit seinem Gutachten an das Erziehungsdepartement einzusenden.

Art. 58. Pläne, Baubeschrieb und Kostenvoranschlag sind dem Kantonsbauamt behufs Begutachtung derselben zu übermitteln. Wenn wesentliche Änderungen notwendig sind, so findet eine Rücksendung der Vorarbeiten an den Schulrat zur Vornahme der vom Kantonsbauamt geforderten oder beantragten Abänderungen statt. Die vom Kantonsbauamt gutgeheißenen Pläne werden, sofern nicht besondere Verhältnisse eine Vorlage derselben vor den Erziehungsrat notwendig machen, durch das Erziehungsdepartement bedingt oder in unveränderter Form genehmigt.

Schulhauspläne, welche nur mit wesentlichen Bedingungen der Abänderung oder gar nicht genehmigt werden, sind dem Erziehungsrat vorzulegen.

Dasselbe Verfahren findet analoge Anwendung bei Verbesserungen, Umbauten oder Erweiterungen bestehender Schulhäuser.

Art. 59. Der Erziehungsrat legt seine Vorschläge bezüglich der an den betreffenden Bau zu verabreichenden Staatsunterstützung, begleitet vom Gutachten des Kantonsbauamtes, dem Regierungsrate vor.

Auf Staatsunterstützung haben nur die den Vorschriften gegenwärtigen Regulativs entsprechenden Bauten Anspruch.

Durch ein besonderes Regulativ werden die Voraussetzungen und die Höhe des Staatsbeitrages festgesetzt.

Die Ausbezahlung des zugesprochenen Staatsbeitrages erfolgt in einem oder mehreren Terminen. Die letzte Terminzahlung darf nicht vor befriedigender Kollaudation verabfolgt werden.

Bauten, welche nach nicht genehmigten Plänen ausgeführt sind, werden weder als Schulhäuser zugelassen, noch wird an deren Kosten vom Staate ein Beitrag geleistet.

Art. 60. Die Bauausführung hat genau nach Plan und in Beobachtung der durch die Oberbehörde vorgeschriebenen Abänderungen zu geschehen. Der Schulrat bestellt eine sachverständige Bauaufsicht.

Die Bauausführung darf nur an solide und sachkundige Unternehmer übergeben und muß durch einen vom Schulrate bezeichneten Fachmann beaufsichtigt werden; zudem ist jeder auszuführende Schulhausbau durch das Kantonsbauamt im Laufe der Bauzeit zu besichtigen, und zwar wenigstens nach Vollendung des Rohbaues, sowie nach gänzlicher Vollendung des Baues.

Für Änderungen, die sich nach der Genehmigung der Pläne oder während des Baues als zweckmäßig herausstellen, ist der Ausführung vorgängig die Genehmigung der Oberbehörden einzuholen.

Art. 61. Das allzufrühe Beziehen neuer, nicht gehörig ausgetrockneter Schulhäuser ist strenge untersagt.

Art. 62. Von der Vollendung des Baues ist dem Bezirksschulrate zuhanden des Erziehungsdepartements Kenntnis zu geben. Die Kollaudation hat durch das Kantonsbauamt und ein Mitglied des Bezirksschulrates zu geschehen. Der dem Erziehungsrate zu erstattende Kollaudationsbericht ist dem Bezirksschulrate zuhanden des betreffenden Gemeindeschulrates abschriftlich mitzuteilen.

Sind in demselben Vollendungs- oder Ergänzungsbauten, Nachbesserungen oder Abänderungen vorbehalten, so wird der Rest des Staatsbeitrages erst nach befriedigendem Ausweise über deren Ausführung verabfolgt.

Art. 63. Vorstehendes Verfahren findet auch bei Verbesserungsarbeiten, Umbauten oder Erweiterungen von bestehenden Schulhäusern analoge Anwendung; auch bei Umbauten und Verbesserungsarbeiten ist vor Inangriffnahme derselben die Genehmigung der Erziehungsbehörde einzuholen.

Dritter Abschnitt. — Unterhalt des Gebäudes und Reinhaltung der verschiedenen Lokalitäten.

Art. 64. Die Schulbehörde hat fortwährend für gute Instandhaltung des Gebäudes, sämtlicher Lokalitäten desselben, der Wohnungen, sowie des Schulmobiliars zu sorgen.

In größeren Gemeinden mit mehreren Schulhäusern soll einem Mitgliede oder einer Kommission des Schulrates im besonderen die Aufsicht über die Schulgebäude und den Bestand der Mobilien übertragen werden.

Art. 65. Wahrgenommene Schäden am Gebäude in seinem Bestande oder an einzelnen Lokalitäten sollen, wenn Gefahr im Verzuge liegt, sofort, sonst aber in der nächstfolgenden Ferienzeit repariert werden.

Renovationen und Ausbesserungen, die periodisch erfolgen müssen, wie Kaminreinigung, Weißeln der Wände und Decken, Ausbesserungen des Daches etc. sind regelmäßig und in nicht zu langen Zwischenräumen vorzunehmen.

Art. 66. Gänge, Treppen, Schulklokale und Abtritte sollen stets rein gehalten und zu diesem Zwecke täglich gekehrt und einmal in der Woche gescheuert werden. Im besondern sind diesfalls folgende Vorschriften zu beobachten:

a. Bezüglich des Schulzimmers:

Der Lehrer hat darauf zu achten, daß die Schulkinder ihre Schuhe vor dem Betreten des Schulzimmers gehörig reinigen. Im Schulzimmer soll die Entwicklung von Staub so viel als möglich verhindert werden.

Zur Verhinderung lästiger Stauberzeugung wird bei hölzernen und sogenannten fugenlosen Böden als sehr zweckmäßig empfohlen, den Fußboden mit gekochten Leinöl zu bestreichen.

Der Lehrer hat im ferneren strenge darauf zu achten, daß Wände, Tische und Fußboden nicht durch Tintenkleckse oder in anderer Weise verunreinigt, und daß die Schultische nicht mit Messern und dergleichen beschädigt werden.

Kleidungsstücke und Schirme dürfen in Schulklokalen nicht aufbewahrt werden.

b. Bezüglich der Aborte:

Dieselben sollen stets rein gehalten und gut gelüftet werden. Es ist darauf zu halten, daß die Abortdeckel nach Gebrauch des Abortes jeweilen wieder gut verschlossen werden.

Bei nicht gut konstruierten und nicht leicht umzuändernden Aborten müssen von Zeit zu Zeit Desinfektionen angewendet werden.

Die Leerung der Gruben soll nicht während der Schulzeit vorgenommen werden.

Der Behandlung und dem Unterhalt der Spülapparate ist besondere Sorgfalt zuzuwenden, damit der Wasserverbrauch nicht unnötig groß ist.

Art. 67. Für die Beheizung der Schulzimmer hat der Schulrat zu sorgen.

Die normale Temperatur eines Schulzimmers ist 15° R.

Ein Hauptaugenmerk ist auf die Erzeugung einer möglichst gleichmäßig anhaltenden Temperatur zu richten.

Art. 68. Die Besorgung der Reinigung und Beheizung der Schulzimmer wird entweder einem in der Nähe des Schulhauses oder in diesem selbst wohnenden Abwart oder dem im Schulhaus wohnenden Lehrer übertragen, welcher alsdann Anspruch auf besondere Entschädigung hierfür hat. Unter allen Umständen ist darauf zu sehen, daß diese Obliegenheiten nur ganz zuverlässigen, pünktlichen und ordnungsliebenden Personen übertragen werden. Bei diesen Reinigungsarbeiten dürfen Schulkinder nicht beschäftigt werden.

Art. 69. Die Bezirksschulräte haben sich bei ihren Schulbesuchen davon zu überzeugen, daß den vorstehenden Bestimmungen über den Unterhalt und die Reinhaltung der Schulgebäude, Schulklokale und Schulmobilien nachgelebt wird, säumige Schulräte an die Erfüllung ihrer Pflichten zu mahnen und bei erfolglos bleibender Mahnung dem Erziehungsrate Anzeige zu machen.

Art. 70. Vorstehendes Regulativ tritt sofort in Kraft und ersetzt dasjenige vom 18. Oktober 1866.

13. 11. Kreisschreiben der Erziehungsdirektion des Kantons Aargau an die Mitglieder der aargauischen Naturschutzkommission betreffend die Anfertigung eines Inventars der Naturdenkmäler des Aargaus. (Vom 30. August 1907.)

Behufs Erstellung eines Inventars der Naturdenkmäler Ihres Bezirkes erhalten Sie beiliegend:

I. Die Karten dieses Bezirkes im Maßstab 1:25,000, aufgezogen, auf der Rückseite mit weißem Schreibpapier beklebt. Auf diesen Karten soll die Lage

jedes Naturdenkmals angegeben werden, indem die betreffende Stelle mit einer feinen Nadel durchstochen und auf der Rückseite die Art des Naturdenkmals mit dem Anfangsbuchstaben der allgemein üblichen Bezeichnung (z. B. für Felspartie F, erratischer Block E, Baum B, Wasserfall W etc.), unter Beifügung einer Nummer bezeichnet wird.

II. Ein kartonniertes Quartheft, in das ein numeriertes, geordnetes Verzeichnis aller bestehenden und eventuell auch der zerstörten Naturdenkmäler Ihres Bezirkes eingetragen werden soll. Es wird folgende Anordnung empfohlen:

A. Landschaftlich wichtige Stellen, Felspartien, Höhlen, Wasserfälle, Teiche, Moore und Waldstellen, die in wissenschaftlicher oder ästhetischer Hinsicht ausgezeichnet sind oder von charakteristischen Pflanzen und Tieren bewohnt werden.

B. Geologisch wichtige Gegenstände. (Lagerungsverhältnisse der Gesteine, Gletscherschliffe, erratische Blöcke, mit Angabe ihrer Gesteinsart und Dimensionen etc.)

C. Botanische Objekte: Durch Art, Wuchs, Alter oder Größe ausgezeichnete Bäume und Sträucher, Pflanzengesellschaften. Seltene und schön blühende Pflanzen, wie Seerosen, Aurikel, Orchideen etc.

D. Tiere, deren Fortbestehen gefährdet ist; Brutstätten von Vögeln.

E. Anderweitige Mitteilungen und Vorschläge.

Bei jedem Gegenstand sollen folgende Angaben gemacht werden:

1. Die Nummer, mit der der Gegenstand auf der Karte bezeichnet ist.
2. Die Lage in Millimeter des Abstandes vom Nord- und Westrand der Einzelblätter der Karten, eventuell mit weiter nötiger Ortsbeschreibung.
3. Der Eigentümer.
4. Eine kurze Beschreibung des Gegenstandes mit Hinweis auf bezügliche Literatur und Abbildungen.
5. Die bisherige Art der Erhaltung, bezügliche Verträge.
6. Die dem Gegenstand drohenden Gefahren.
7. Vorschläge zum Schutz.
8. Anderweitige Bemerkungen.

III. Ein Kuvert zur Aufnahme von bezüglichen Akten, Plänen, Photographien und andern Bildern bestehender und allfällig zerstörter Naturdenkmäler.

Es wird wohl möglich sein, das Inventar der Naturdenkmäler Ihres Bezirkes, eventuell mit Hilfe lokaler Sachkundiger, bis zum Frühjahr 1908 zu vollenden. Demgemäß werden Sie jetzt schon ersucht, die Karten, das von Ihnen angefertigte Verzeichnis und die bezüglichen Bilder bis zum 1. Mai 1908 dem Präsidenten der aargauischen Naturschutzkommission (Herrn Prof. Dr. F. Mühlberg in Aarau) einzusenden, der sie im kantonalen naturhistorischen Museum niederlegen wird. Die Karten der Bezirke sollen in eine kantonale Karte kopiert und nachher den Bezirksvertretern zu etwaiger Vervollständigung zurückgegeben werden.

Es wird beabsichtigt, die eingelangten Verzeichnisse in den „Mitteilungen der Aargauischen Gesellschaft“ unter Angabe der betreffenden Bearbeiter zu veröffentlichen.

14. 12. Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Aargau an die Bezirksschulräte und zuhanden der Gemeindeschulinspektoren betreffend die individuellen Prüfungen in Aufsatz und Rechnen. (Vom 8. November 1907.)

Von einem Erziehungsratsmitglied wurde ein einläßlicher Bericht erstattet über die in den Jahren 1904 und 1905 anlässlich der individuellen Prüfungen von den ausgetretenen Schülern gelieferten schriftlichen Arbeiten in Aufsatz und Rechnen.

Weil laut der dem Berichte beigegebenen statistischen Tabelle einzelne Gemeinden ganz bedenkliche Schulleistungen aufweisen, wurde eine erziehungs-

rätliche Zweierkommission beauftragt, Bericht und Antrag einzubringen, wie die gemachten Erhebungen zuhanden der Schulpflegen, Inspektorate und Lehrer fruchtbringend zu verwerten seien.

Fragliche Kommission ist nach reiflicher Überlegung zu dem Schlusse gekommen, es sei aus mehrfachen Gründen zu vermeiden, daß die Ergebnisse der gewalteten Untersuchung zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen. Es könnte dadurch leicht eine Bloßstellung der betreffenden Lehrer und Gemeinden und damit eine allgemeine abfällige, rücksichtslose und doch unfruchtbare Kritik seitens Unberufener provoziert werden.

In Zustimmung zu diesen Ansichtsäußerungen der Kommission und zu den von ihr gestellten Anträgen wird

beschlossen:

I. Die dem textlichen Bericht beigegebenen Ergebnisse in Aufsatz und Rechnen sind bezirksweise zusammenzustellen und mit den nachstehenden orientierenden Bemerkungen den Bezirksschulräten zuzustellen:

1. Die in der Tabelle aufgeführten Noten entsprechen der Taxation des erziehungsrätlichen Referenten und geben das allgemeine Bild über den Stand der geprüften Schülerabteilung.
2. Man ist der Ansicht, daß in Schulen, wo die Zahl der Geprüften durchschnittlich eine verhältnismäßig geringe ist, d. h. nur 10 oder weniger beträgt, der Lehrer für ungenügende, unordentliche, inkorrekte äußere Form in den schriftlichen Arbeiten verantwortlich gemacht werden kann.
3. Die im Rechnen aufgeführte Note bezieht sich bloß auf die Darstellungsweise, inklusive Übersichtlichkeit der sogenannten Nebenrechnung, welche gerade in diesem Fache als vorzügliches Mittel zum Zwecke dient.
4. Die Resultate im Aufsatz mögen da und dort günstig oder ungünstig beeinflusst worden sein durch unpassende Aufgabenstellung, indem für Ober- und Fortbildungsschulen rein geschichtliche Themata eine bloße Reproduktion erfordern, also zu leicht sind, während andere Forderungen über den Anschauungskreis und die Urteilsfähigkeit der Schüler hinausgehen, wie z. B.: „Was lehren uns die Freiheitskriege?“ „Getäuschte Hoffnung!“ „Nicht für die Schule, sondern fürs Leben.“
5. Wenn auch gegen die Zensur der schriftlichen Arbeiten seitens der Herren Inspektoren nichts eingewendet wird, so kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß bei der Taxation betreffend den allgemeinen Stand der Schulen da und dort wohl ein „menschliches Rühren“ sich über den tatsächlichen Befund stellt. Vorsicht ist hier sehr am Platze. Zu große Nachsicht schadet mehr als sie nützt. Objektive Beurteilung wirkt anregend, unangebrachte Subjektivität schafft Gleichgültigkeit.
6. Die Angabe der Schulaustritte aus den einzelnen Klassen (oben am Kopfe der statistischen Tabelle zu finden) soll zum Aufsehen anregen und dazu veranlassen, dem Austritte aus untern Klassen mit Möglichkeit zu begegnen.

II. Die Bezirksschulräte werden beauftragt, durch die Inspektoren denjenigen Schulen ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, in denen nach den Untersuchungsergebnissen (in der Tabelle rot markiert) die Resultate in den schriftlichen Arbeiten unbefriedigend sind. Die Inspektoren sollen mit den betreffenden Lehrern die Ursachen der unbefriedigenden Leistungen zu eruieren suchen und auf Mittel und Wege zu deren Abhülfe dringen.

III. Die Ergebnisse der Zusammenstellung in der Tabelle sollen, wenn möglich durch ein Mitglied des Bezirksschulrates, den Bezirkskonferenzen in einem orientierenden Referate, jedoch ohne Namensnennung, zur Kenntnis gebracht werden.

15. 13. Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Aargau an die tit. Schulpflegen, Inspektorate und Lehrer der Gemeindeschulen betreffend den Austritt aus der Primarschule. (Vom 8. November 1907.)

Von einem Erziehungsratsmitglied wurde ein einläßlicher Bericht erstattet über die in den Jahren 1904 und 1905 anlässlich der individuellen Prüfungen von den ausgetretenen Schülern gelieferten schriftlichen Arbeiten in Aufsatz und Rechnen.

Aus den Untersuchungsergebnissen ergibt sich unter anderm, daß der Prozentsatz der vor Absolvierung sämtlicher acht Gemeindeschulklassen austretenden Schüler noch ein unverhältnismäßig großer ist, namentlich auch in Gemeinden mit Fortbildungsschulen. Es wird deshalb

beschlossen:

1. In Fortbildungsschulgemeinden ist wenigstens die siebente Klasse der Primarschule noch fortzuführen, sobald wenigstens vier Schüler für dieselbe einigermaßen befähigt sind.

2. In Primarschulen sind im Interesse der Realfächer, speziell Geographie und Geschichte, weniger rigorose Bedingungen an die Promotionen zu knüpfen, beziehungsweise es sind letztere möglichst zu erleichtern; die Pflege der Elementarfächer kann trotzdem der Schülerindividualität angepaßt werden.

Behufs Durchführung dieser Forderung hat gemäß § 48 des Schulgesetzes und § 68 des Reglements für Gemeindeschulen die Beförderung der Schüler in eine höhere Klasse unter Mitwirkung des Gemeindeschulinspektors stattzufinden.

3. Inskünftig soll ein Doppel der Tabelle der individuellen Prüfung (für die Schulchronik bestimmt) statt direkt dem betreffenden Lehrer der Schulpflege zur Kenntnisnahme und zuhanden des Lehrers zugestellt werden.

16. 14. Verordnung über die Durchführung des Turnunterrichts für die Knaben an den aargauischen Gemeinde- und Bezirksschulen. (Vom 12. November 1907.)

A. Turnpflicht.

§ 1. Der Turnunterricht ist für die Knaben der aargauischen Gemeinde-, Fortbildungs- und Bezirksschulen, sowie der öffentlichen oder privaten Erziehungsanstalten der entsprechenden Altersstufen ein obligatorisches Unterrichtsfach. Er beginnt mit der dritten Klasse der Gemeindeschule und ist nach den Lehr- und Stundenplänen der betreffenden Schulen zu erteilen.

§ 2. Es wird den Schul- und Aufsichtsbehörden empfohlen, einen passenden Turnunterricht auch in den zwei ersten Schuljahren einzuführen.

§ 3. Wegen Krankheiten oder Gebrechen können Schüler vom obligatorischen Turnunterricht ganz oder teilweise dispensiert werden.

§ 4. Vom obligatorischen Turnunterricht befreien gänzlich:

- a. Herzfehler;
- b. schwere Funktionsstörungen einer Extremität;
- c. diejenigen Krankheiten und Gebrechen, welche auch vom Schulbesuch dispensieren.

§ 5. Vom obligatorischen Turnunterricht befreien teilweise:

- a. Nicht sicher zurückhaltbare Unterleibsbrüche von denjenigen Übungen, bei welchen die Bauchmuskeln in erhöhtem Maße mitwirken;
- b. Steifigkeit des Handgelenks vom Geräteturnen, mit Ausnahme der Sprungübungen;
- c. Steifigkeit des Fußgelenks, Klump- und Plattfuß, von Sprungübungen;
- d. andere chronische Leiden je nach dem Ermessen des Arztes.

§ 6. Keine Befreiung vom Turnunterricht, sondern bloß Rücksichtnahme auf den Kräftezustand erheischen: Schwächlichkeit, schwache Brust und Blut-

armut ohne ein bestimmtes Organleiden, Neurosen, Neigung zum Nasenbluten, zu Katarrh oder Rheumatismus, vollständig zurückhaltbare Unterleibsbrüche, Zustand der Genesung.

Immerhin hat der Turnlehrer bei schwächlichen Schülern außer auf richtige Auswahl und Abstufung der Übungen besonders darauf zu achten, daß sie sich in den Zwischenpausen nicht erkälten und daß die Luft des Turnlokals möglichst gut und staubfrei gehalten werde.

§ 7. Die Schulbehörden sind befugt, nach schriftlichen Gutachten eines von ihnen bezeichneten Arztes und nach Einholung der Ansichten des Turnlehrers unter Berücksichtigung der in den §§ 4 und 5 enthaltenen Dispensationsgründe gänzliche oder teilweise Befreiung vom obligatorischen Turnunterricht auszusprechen. In zweifelhaften Fällen kann auch der Hausarzt des zu Dispensierenden zu Rate gezogen werden.

§ 8. Zeigen Schüler beim Turnunterricht auffallende Erscheinungen, wie starkes Herzklopfen, ungewöhnliche Hautröte, Ohnmacht, starken Husten, Schmerzen in bestimmten Körperteilen, so soll der Turnlehrer über die Fortsetzung oder Modifikation des Turnunterrichts mit diesen Schülern die Ansicht des bezeichneten Arztes einholen.

B. Unterricht.

§ 9. Der Turnunterricht ist zu erteilen nach Anleitung und Maßgabe der eidgenössischen „Turnschule für den militärischen Vorunterricht der schweizerischen Jugend“, beziehungsweise nach den Lehrplänen der öffentlichen und privaten Anstalten.

Für das Turnen der zwei ersten Schuljahre ist die Wahl des Stoffes freigestellt. Der Unterricht ist aber den körperlichen und geistigen Fähigkeiten und Bedürfnissen der Schüler entsprechend zu gestalten.

§ 10. Als Regel gilt, daß der Turnunterricht nach Jahresklassen erteilt wird. An Schulen, wo ein Lehrer mehreren Jahresklassen vorzustehen hat, ist Klassenzusammenzug gestattet.

Nur ausnahmsweise soll jedoch eine im Turnen gleichzeitig zu unterrichtende Schülerabteilung die Zahl 40 übersteigen.

§ 11. Der Turnunterricht ist schulumäßig nach methodischen Grundsätzen zu betreiben und auf die ganze jährliche Schulzeit auszudehnen und zu verteilen. Die je einer Stufe zugeteilten Übungsgebiete können daher nicht sukzessive in Angriff genommen werden; sie gehen vielmehr einander parallel, und zwar unter gehöriger Abwechslung nicht nur von Stunde zu Stunde, sondern innerhalb einer Unterrichtsstunde selbst. Der Turnunterricht ist bezüglich Schulordnung, Disziplin, Absenzen den übrigen Unterrichtsfächern gleichzustellen.

§ 12. Die Turnstunden sollen, wo es angeht, auf das Ende eines Schulhalbtages fallen. Wenn die Witterung es einigermaßen erlaubt, soll der Unterricht im Freien erteilt werden, sonst in gedeckten Räumen oder Hallen, wo solche zur Verfügung stehen.

§ 13. Das Minimum der jährlich einer Klasse zu erteilenden Turnstunden beträgt 60. In jeder Schulwoche soll womöglich die im Lehrplan vorgesehene Stundenzahl erreicht werden.

In Gemeinden, wo noch keine eigentliche Turnhalle oder ein anderes zum Turnen geeignetes Lokal vorhanden ist und die Erteilung eines regelmäßigen Turnunterrichtes von der Jahreszeit und der Witterung beeinflusst wird, sollen ausfallende, mit andern Unterrichtsfächern ausgefüllte Turnstunden an Tagen mit günstiger Witterung nachgeholt werden.

§ 14. An Stelle des formalen Turnens können auch Ausmärsche, Spiele im Freien, volkstümliche Übungen, angewandtes Turnen, Schwimmen, Eislaufen, jedoch nur unter Leitung und Aufsicht des Lehrers, und nur da, wo die Jugend in ihrer Freizeit weniger Gelegenheit zu solchen Übungen hat.

C. Lehrer.

§ 15. Der Turnunterricht wird durch die Lehrer oder Lehrerinnen erteilt, welche die dazu nötige Ausbildung in den Lehrerbildungsanstalten und in den vom Kanton oder Bund veranstalteten Turnlehrerbildungskursen erhalten haben.

§ 16. Als Regel gilt, daß die Lehrer oder Lehrerinnen der Gemeinde- und Fortbildungsschulen den Turnunterricht an ihren Schulen selber erteilen.

Wo zwei oder mehrere Lehrkräfte in einer Gemeinde oder in benachbarten Schulgemeinden wirken, kann der Turnunterricht durch Fächeraustausch oder gegen spezielle Entschädigung — im Minimum Fr. 80 pro Jahresstunde — einem andern dazu befähigten Lehrer übertragen werden.

§ 17. An den Bezirksschulen können für das Turnen besondere Fachlehrer angestellt werden. Die Entschädigung derselben beträgt pro Jahresstunde Fr. 100 im Minimum.

D. Inspektion.

§ 18. Der Turnunterricht wird durch besondere Fachexperten inspiziert, die vom Erziehungsrate auf den Vorschlag des Bezirksschulrates auf die Dauer von vier Jahren gewählt werden. Jeder Bezirk erhält einen Experten und einen Stellvertreter.

§ 19. Im Frühling oder, wo keine Turnhallen vorhanden sind, im darauffolgenden Herbst, findet alljährlich in jeder Schule eine Turnprüfung statt. Zu derselben können ausnahmsweise die Schulen aus zwei oder mehreren benachbarten kleineren Gemeinden abwechselungsweise in einer derselben vereinigt werden.

§ 20. Zeit und Ort der Prüfung setzen die Experten fest unter Anzeige an den Bezirksschulrat und die betreffende Schulpflege.

Die Prüfung soll für jede Abteilung wenigstens eine halbe Stunde dauern.

§ 21. Über den Befund der Prüfung ist dem Bezirksschulrate zuhanden der Erziehungsdirektion, der Schulpflege und des Lehrers jedes Jahr bis längstens 1. November nach besonderen Formularen Bericht zu erstatten.

E. Turngeräte.

§ 22. Zur Durchführung des Turnunterrichts ist es unerlässlich, daß in jeder Schule die nötigen Geräte und Hilfsmittel in genügender Zahl vorhanden sind. Es wird nach der eidgenössischen Turnschule verlangt: Ein Hanggerät (Reck oder Klettergerüst), ein Stützgerät (Barren oder Stemm balken), zwei Sprunggeräte (Springel mit Seil und Sturmbrett), Eisenstäbe und Spielgeräte.

Alle Geräte sind in genügender Anzahl zu beschaffen.

Für eine Turnabteilung von 20 Schülern sind mindestens notwendig: Zwei Recke oder ein Klettergerüst mit 4 senkrechten und 4 schrägen Kletterstangen und 2 Tauen; — 2 Kurzbarren oder ein Stemm balken mit 3 Pauschenpaaren; — 1 Springel mit Seil, 2 Sprungbretter, 2 Sturmbretter, 20 Eisenstäbe, 1 Schlagball mit Schlagholz, 1 Fußball, 1 Schleuderball und 1 Ziehtau.

Im Interesse eines abwechslungsreichen, rationellen Turnbetriebes ist es wünschenswert, daß alle obgenannten, auch die alternativ vorgeschriebenen Geräte, sowie auch etwa Schaukelringe, Rundlauf, Hängeleiter und Springbock vorhanden sind.

§ 23. Die Recke sind so einzurichten, daß die Reckstangen rasch und leicht höher oder tiefer gestellt werden können.

Für den Turnplatz eignen sich am besten einbetonierte Ständer aus I Eisen Nr. 16. Für Knaben von 10—15 Altersjahren genügen Ständer von $3\frac{1}{3}$ m Länge, die 2,35 m über den Boden herausragen. Der herausragende Teil der Ständer wird mit 19 Löchern versehen, deren Abstand von Mitte zu Mitte Loch 10 cm beträgt. Das niedrigste Loch befindet sich 15 cm, das höchste 2,30 m über dem Boden.

Jeder zweite Ständer hat viereckige, 25 mm breite Löcher, die anderen Ständer haben runde Löcher von 30 mm Durchmesser. Die Reckstangen (Stahl-

stangen) haben eine Länge von 2,50 m und eine Dicke von 29 mm. Das eine Ende bleibt rund, das andere wird vierkantig abgeflacht, mit einem warm aufgelegten eisernen Ring und einem Loch zum Durchstecken eines Bolzens versehen, so daß sich die Stange, nachdem sie in die entsprechend gelochten Ständer eingesetzt und mittelst des außerhalb des Ständers durchgesteckten Bolzens und des innerhalb anliegenden Ringes befestigt ist, weder drehen noch verschieben kann.

Die Durchsteckbolzen werden in der Höhe von 1,40 m an 1 m langen Ketten befestigt.

Zum leichteren Verstellen der Reckstangen wird an den Reckständern 60 cm über dem Boden ein Auftritt angebracht.

Die Reckeinrichtungen in Turnhallen werden, um möglichst raumsparend zu verfahren, in der Weise erstellt, daß die Reckständer (Pfeiler) an Rollen aufgehängt werden, die auf einer quer über den Turnsaal gelegten Gleitbahn aus I Eisen leicht hin und her gerollt werden können.

Beim Gebrauch werden die Pfeiler oben in passende Einschnitte im I Balken gerollt und unten mit Riegeln am Fußboden befestigt. Beim Nichtgebrauch werden sie an die Seitenwände der Turnhalle zurückgerollt.

§ 24. Das Klettergerüst besteht aus zwei senkrechten Pfeilern aus I Eisen Nr. 16, welche oben durch einen Querträger aus II Eisen Nr. 16 verbunden sind. Die Verbindung geschieht mittelst Laschen.

Um seitliche Schwankungen zu verhindern, sind die Ecken durch L Eisen 50/25 versteift.

Die Höhe des Gerüsts über dem Boden beträgt 5 m und es sind die Pfeiler 1,50 m tief einbetoniert.

Auf dem Querträger sind von 50 zu 50 cm Entfernung je zwei parallel laufende L Eisen 60/60 aufgenietet, zwischen deren Enden in einer Entfernung von 50 cm je eine senkrechte und eine schräge Kletterstange (Gasröhren von 48 mm) durch einen Bolzen festgehalten werden.

Die senkrechten Stangen, für welche auch 42 mm Dicke genügen, werden unten durch ein angeschraubtes L Eisen verbunden und 50 cm tief einbetoniert. Ebenso die schrägen Stangen, die zu diesem Zwecke unten umgebogen werden.

Außer den Kletterstangen ist an jedem der 70 cm über die Pfeiler hervorragenden Enden des Querträgers ein Klettertau von 30–33 mm Dicke und 4,75 m Länge angehängt, mittelst durch den Querträger gehender, oben mit einer Mutter-schraube befestigter Haken.

Die Spitze des Hakens ist 7–8 cm weit aufwärts und nach der Seite umgebogen. Das obere Ende des Taus bildet eine Schlaufe, die in einem eisernen Schutzring (Kausche) ruht; das untere Ende wird in einen ledernen Stiefel genäht, um das Ausfasern zu verhindern.

Für größere Turnklassen genügen Klettergerüste mit 4 schrägen und 4 senkrechten Stangen nicht. Man wird die Zahl derselben, sowie der Taus entsprechend vermehren müssen.

Wegen der Stangen ist eine Änderung der Konstruktion nicht nötig; dagegen wird die Anbringung von 4 Taus in der Weise ermöglicht, daß man quer über den Querträger an dessen Enden zirka 1 m lange L oder L Eisen aufnietet und an jedem Ende derselben ein Klettertau aufhängt.

In den Turnhallen fallen die Pfeiler weg, da der Rahmen zur Aufnahme der Kletterstangen an der Decke und den Mauern befestigt werden kann.

Es werden alle Stangen oder auch nur ein Teil derselben schräg stellbar eingerichtet. Die Klettertaue können meistens an den Deckbalken befestigt werden.

§ 25. Bei Erstellung der Barren muß darauf Rücksicht genommen werden, daß die Höhe und Weite derselben der Körpergröße der Turnenden entspricht; sie müssen daher hoch und weit verstellbar sein.

Am besten verwendet man Kurzbarren von 3 m Länge. In Turnhallen werden sie beweglich, auf dem Turnplatz fest erstellt und zirka 50 cm tief einbetoniert. Ein Barren besteht aus 4 hölzernen oder eisernen Pfosten und 2 hölzernen Holmen. Diese sind zum Abnehmen eingerichtet, um sie den Winter über an einem trockenen Orte aufbewahren zu können. Es werden hierzu die Holme paarweise fest zusammengebunden und flach auf den Boden gelegt.

Zum Gebrauche werden die Holme, die aus astfreiem, feucht gewachsenem Eschenholz bestehen sollen, mit einem in den Röhrenpfosten befestigten Gußkopfe verbunden, indem durch die an den Holmen festgeschraubten eisernen Kappen und die Gußköpfe ein Bolzen gesteckt und auf der Außenseite mittelst einer Schraubenmutter befestigt wird.


Für die Höhe und Weite der Barren gelten folgende Normen: Die Höhe vom Boden bis oberkant Holme soll der Brusthöhe der Turnenden entsprechen, die Weite von Mitte zu Mitte der Holme der inneren Entfernung der senkrecht herabhängenden Arme, 38—42 cm.


§ 26. Der Stemm balken, ein zirka 22 cm breiter und 21—22 cm hoher, leicht abgerundeter Balken, ist oben mit so viel Paar eiserner Griffe (Pauschen) versehen, als gleichzeitig Schüler daran turnen sollen.

Die Pauschen sind bügelförmig auf Gußeisen, 15 cm hoch und 3 cm dick.

Der Raum zwischen den beiden zusammengehörenden Pauschen beträgt 40 cm, derjenige von einem Pauschenpaar zum andern und von den Pfosten zur nächsten Pausche 1,35 m. Die Pauschen werden auf die Oberfläche des Balkens festgeschraubt, nicht eingelassen.

Der Balken muß höher und tiefer gestellt werden können. Er liegt daher an jedem Ende auf einem starken eisernen Bolzen, der durch 2 Pfosten gesteckt wird, die mit 10 cm vom Boden aus beginnend je von 10 zu 10 cm bis zur Höhe von 1,30 m durchlocht sind.

Diese Pfosten werden am besten aus 2 m langen Stücken  Eisen erstellt, wovon 50 cm einbetoniert werden und demnach 1,50 m über den Boden hervorragen.


Für 2 und 3 Paar Pauschen genügt  Eisen von 10/5 cm, für 4 Paar Pauschen solches von 12/6 cm. Die Dicke der Steckbolzen soll 22—24 mm, die Länge 30—35 cm betragen. Die Spitze derselben soll abgerundet sein.

Für den Turnsaal können transportable Pfosten verwendet werden; besser ist es jedoch, die Pfosten aus 6 cm dicken Gasröhren zu erstellen, die durch das Balkenende gehen.

In diesem Falle wird das eine Rohr zirka 15 cm von einer Wand weg unten am Boden und oben an der Wand befestigt, so daß der Balken um diesen Pfosten wie eine Türe hin und her bewegt werden kann. Der andere Pfosten ist auf einem mit starken und breiten (harthölzernen) Rollen versehenen Fuß befestigt.

Beim Gebrauch des Balkens rollt man ihn nach Bedürfnis heraus und stellt dann den Rollfuß quer zum Balken.

Nach dem Gebrauch rollt man den Balken an die Wand zurück mit parallel zum Balken und der Wand gestelltem Fuße.

Solche Stemm balken werden in der Regel hohl erstellt, das obere Brett aus Hartholz. Sie können auch im Freien verwendet werden, indem man daselbst statt Pfosten aus  Eisen, solche aus 6 cm Röhren einbetoniert. Die Verstellung in die Höhe geschieht mittelst Steckbolzen, wie bei der erstbeschriebenen Art.

Im Freien befindliche Balken werden von den Witterungseinflüssen durch zwei dachförmig zusammenagenelte und darüber gelegte Bretter geschützt.

§ 27. Der Springel besteht aus zwei Pfeilern (Springständern), die man entweder in den Boden ingräbt (einbetoniert), oder, was namentlich für den Turnsaal empfehlenswerter ist, tragbar erstellt.

Im letztern Falle stemmt man die 1,60 m langen und 5 cm dicken Pfeiler von Tannenholz in einen Kreuzfuß, bestehend aus zwei (harthölzernen) Schwellen, wovon jede etwa 60 cm lang, 12 cm breit und 6 cm dick ist.

Von 5 zu 5 cm sind die Pfeiler mit Löchern versehen, welche nach einem Winkel des Kreuzfußes gerichtet sein müssen, in welche Löcher ein eiserner Schieber eingehängt werden kann.

Als Springständer können auch die Reckständer verwendet werden, wodurch, was sehr zu empfehlen ist, auch ein gleichzeitiges Springen mehrerer Schüler in verschiedener Höhe ermöglicht wird.

Die Springschnur ist ein 3—4 m langes, 7—8 mm dickes Seil, das an den Enden mit Sandsäckchen beschwert wird. Besser geeignet ist eine vierkantige Gummischnur.

Das Sprungbrett besteht aus zwei harthölzernen, 80 cm langen, 4 cm dicken Leisten, auf welche in dem 2 cm tiefen und 2,5 cm breiten Falz zwei 47 cm lange, 40 cm breite und 2 cm dicke ungehobelte Bretter aus Tannenholz mit versenkten Schrauben so befestigt werden, daß sie mit der oberen Kante der Leiste eine schräg aufsteigende Ebene bilden. Die Verbindung wird durch an der Unterseite der Bretter und der Innenseite der Leisten angeschraubte Winkel-eisen 30/30 mm verstärkt.

Die vordere Kante der Leisten muß mit den aufgeschraubten Brettern einen rechten Winkel bilden. Die Fasern der Bretter müssen quer zu der Länge der Leisten verlaufen.

Sprungbretter werden nur da verwendet, wo der Boden sonst keine geeigneten Aufsprungstellen bietet.

Auf die Niedersprungstelle legt man im Turnsal eine weiche Unterlage. Kokosmatten in der Größe der Sprungbretter (sogenannte Türvorlagen), die leicht gereinigt werden können, sind hierzu genügend.

§ 28. Die Sturmbretter bestehen aus 3 cm dicken, 60 cm breiten und 2,50 m langen, ungehobelten tannenen Brettern. Auf der Unterseite sind sie mit drei harthölzernen Querleisten versehen, welche mit Mutterschrauben befestigt sind. Die obere Leiste ist 8 cm hoch und 80 cm lang, die mittlere und untere sind 7 cm breit und 3 cm dick.

Das Sturmbrett wird mit der oberen Leiste auf den Stemm balken oder die Reckstange gelegt und mittelst der vorstehenden Enden der Leiste daran festgebunden.

Die obere Brett kante ist abzurunden, die untere abzuflachen, damit sie glatt auf dem Boden aufliegt.

§ 29. Die zweckmäßigste Länge der Eisenstäbe ist 1 m. Das Gewicht beträgt 2—3 kg. Die Stäbe werden aus runden Eisenstangen von 18—22 mm Dicke zugerüstet, an beiden Enden abgerundet und, um sie vor Rost zu schützen, von Zeit zu Zeit mit Lack oder Ölfarbe angestrichen.

Sie werden im Turnsaal ähnlich wie die Gewehre im Gewehrrechen oder in einem besonderen Kasten (Kiste) aufbewahrt.

F. Turnplätze.

§ 30. Die Schulgemeinden sind gehalten, jeder Schule einen genügend großen Turnplatz zur Verfügung zu stellen. Er soll sich in der Regel in unmittelbarer Nähe des Schulhauses und der Turnhalle, in ruhiger, wo möglich nach Süden offener Lage befinden. Er soll trocken und wegen des Ablaufens des Tagwassers mit leichtem Gefälle versehen sein.

§ 31. Nach bundesrätlicher Vorschrift soll der Turnplatz mindestens eine Größe von 300 m² besitzen. Im übrigen wird für jeden Schüler einer Turnabteilung 8 m² Flächenraum verlangt.

Der Platz soll, wenn tunlich, die Form eines Rechteckes haben, wobei jedoch die Länge nicht mehr betragen darf als die doppelte Breite.

§ 32. Für den Boden ist am zweckmäßigsten ein Belag von feinem Kies. Für Marsch- und Freübungen eignet sich auch ein gut gehaltener Rasen.

Die Niedersprungstellen bei den Geräten und der Platz ringsherum sollen mit gutgeschlemmtem, nicht zu feinkörnigem Sand, mit Sägespänen oder mit Gerberlohe belegt werden.

§ 33. Die Geräte müssen so angeordnet sein, daß der vorhandene Platz gut ausgenützt wird. Am zweckmäßigsten werden sie auf einer Schmalseite des Turnplatzes aufgestellt. Für die Anzahl und die Konstruktion der Geräte des Turnplatzes gelten die Vorschriften der §§ 22—29 hiervor.

Die beweglichen Geräte sind während der Regen- oder Winterszeit unter Dach zu verbringen.

Bei Ersatz der Gerberlohe ist die alte, abgenutzte Lohe zu beseitigen, damit Morastbildung verhindert wird.

§ 34. Der Turnplatz muß stets in gutem Zustande und sauber erhalten, und darf nicht zu Ablagerungszwecken für Holz, Steine u. s. w. verwendet werden.

§ 35. Das Bepflanzen des Turnplatzes mit Schattenbäumen, soweit der Turnbetrieb dies zuläßt, ist sehr zu empfehlen. Hierzu eignen sich besonders Linden, Ulmen und wilde Kastanien.

G. Turnhallen.

§ 36. Die geordnete, regelmäßige Durchführung des Turnunterrichtes während des ganzen Jahres macht die Erstellung von Turnhallen unumgänglich notwendig.

§ 37. Die Turnhalle ist in der Nähe des Schulhauses, entweder freistehend (was vorzuziehen ist) oder an dasselbe angebaut zu erstellen.

Die Benützung von Kellerräumen zu Turnlokalen ist nicht zulässig. In das Schulhaus eingebaute Turnhallen sind nur in solchen Fällen gestattet, wo die Möglichkeit vorhanden ist, daß das Licht von zwei Seiten einfallen kann, die Decke des Lokales mindestens 4 m über dem äußern Erdboden liegt, die Erdfeuchtigkeit durch Isolierung und Dränierung ferne gehalten, die Halle gut gelüftet und mit Bezug auf die Schallwirkung vollständig vom übrigen Gebäude getrennt werden kann.

Eingebaute Turnlokale müssen besondere Zugänge von außen und besondere Aborte haben.

§ 38. Die Bodenfläche einer Turnhalle soll für jeden Schüler einer Turnklasse 4,5 m² betragen.

Die Mindestmaße, für die Länge 14 m und für die Breite 9 m, sind nur zulässig für Klassen von höchstens 20 Schülern. Bei flacher Decke soll die Höhe einer Turnhalle 5,5—6 m, ohne flache Decke 5 m betragen. (Höhe der Mauerpfette über dem Fußboden.)

§ 39. Der Baugrund soll möglichst trocken und porös sein. Allfällige Bodenfeuchtigkeit ist durch Dränage und Kanalisation zu entfernen. Über dem Fundamente ist nötigenfalls eine Isolierschicht anzubringen. (Asphaltplatten, Isoliermörtel u. s. w.)

§ 40. Für den Fußbodenbelag ist ein Material zu wählen, das die Staubbildung möglichst verhindert und elastisch ist. Empfohlen werden Riemenböden von Pitch-pine und Tannenholz, gut gelegt auf gehörig isolierter Unterlage, ebenso Linoleum auf weicher Unterlage (Korkestrich, Korkment u. dgl.), Korklinoleum, das zwar schwer rein zu halten ist, und gewisse fugenlose Bodenbelege, bei deren Auswahl man jedoch vorsichtig sein muß.

§ 41. Die Bauart einer Turnhalle kann sehr einfach, muß jedoch stets solid sein. Die Umfassungswände können entweder aus festem Mauerwerk (Hau-, Bruch- oder Backsteinen) oder aus Riegelmauerwerk erstellt werden. Bei Verwendung von Holzwerk, das gestattet ist, wird eine doppelte Verschalung notwendig. Bei Ausführung von Mauerwerk jeder Art sind die Wände der Innenseite bis auf eine Höhe von 1,8 m mit irgend einer Vertäferung zu versehen. (Am billigsten ist das sogenannte Krallentäfer.) Vorsprünge jeder Art sind zur Verhütung von Staubablagerung möglichst zu vermeiden.

Für die Bedachung soll ein hartes Material gewählt werden. Bei offenem Dachraum ist eine innere Verschalung unter dem Dache anzubringen. Notwendig sind ferner zwei Ausgänge.

§ 42. Die Turnhalle muß so hell als möglich sein. Die Fenster sollen der Lüftung wegen bis nahe an die Decke reichen. Die Höhe der Fensterbrüstung soll nicht weniger als 1,8 m betragen.

Das Verhältnis der Fenster- zur Bodenfläche darf nicht geringer sein als 1 : 6.

Sollen die Turnhallen auch zur Nachtzeit benutzt werden, so ist für eine ausreichende Beleuchtung zu sorgen.

§ 43. Für die bequeme Lüftung der Turnhallen ist in ausgiebigster Weise zu sorgen durch Fensteroberflügel, die sich nach den Seiten öffnen. Empfohlen werden ferner direkt über dem Boden angebrachte Luftklappen und allenfalls auch Dachreiter mit verschließbaren Lüftungsklappen.

§ 44. Alle Turnhallen sollen durch Heizung eine Mindesttemperatur von 10° C. erhalten können. Anschluß an eine Zentralheizung im Schulhause ist nicht ausgeschlossen.

§ 45. Jede Turnhalle muß mit den von der eidgenössischen Turnschule vorgeschriebenen Turngeräten versehen sein.

Die mit der Halle verbundenen Geräte, wie Recke, Klettergerüst, Stemm-balken und Hängeleiter sollen verschiebbar sein, so daß der vorhandene Raum für die Marsch- und Freiübungen vollständig ausgenutzt werden kann.

Im weitem ist jede Turnhalle mit Thermometer und Spucknapfen (mit Wasserfüllung) zu versehen.

Zur Abschwächung des Aufschlagens bei den Niedersprüngen können Kokos-matten verwendet werden. Noch empfehlenswerter sind wegen der geringeren Staubentwicklung die Roßhaar-Ledermatratzen. Die Matten sind, wenn sie nicht gebraucht werden, an den Wänden aufzuhängen.

§ 46. Zu jeder Turnhalle sollen Aborte mit Pissoirs (Ölpissoirs oder solche mit Wasserspülung) in genügender Anzahl erstellt werden, in der Regel auch dann, wenn die Halle in unmittelbarer Nähe des Schulhauses sich befindet.

Die Aborte sollen gut lüftbar und mit Dunstrohren versehen sein. Von der Halle sind sie durch einen Vorraum zu trennen. Wenn immer möglich, sollen sie mit Spülung versehen und in diesem Falle kanalisiert sein. Bei Verwendung von Senkgruben sind diese aus Zementbeton und gut verschließbar herzustellen. Wo keine Kanalisation möglich ist, wird der Gebrauch von Torfmüllklosetten angezeigt und rationell sein.

§ 47. Wünschenswert ist es, wenn in den Bau der Turnhalle auch eine Gerätekammer einbezogen wird; ferner ein Kleiderraum für die Schüler, ein Zimmer für den Turnlehrer und, entweder in Nebenräumen oder im Untergeschoß, Brausebäder.

§ 48. Wenn möglich, ist in der Turnhalle selber oder in deren unmittelbarer Nähe ein Brunnen mit gutem Trinkwasser anzubringen.

§ 49. Die Reinigung der Turnhalle ist mit Sorgfalt vorzunehmen. Der Boden soll täglich oder bei geringer Zahl der Turnstunden doch mindestens zweimal in der Woche gereinigt und jedes Vierteljahr gehörig aufgewaschen und geölt werden.

Der Staub ist täglich von den Geräten und allen vorspringenden Teilen feucht aufzunehmen.

Große Sorgfalt ist auf die Reinigung der Kokosmatten zu verwenden. Am besten geschieht dies durch öfteres Ausschwemmen und Klopfen.

Die Aborte sollen stets rein gehalten und die Gruben und Torfmüllaborte so oft als nötig geleert werden.

Den Ölpissoirs ist ebenfalls die strengste Aufmerksamkeit zuzuwenden. (Neu-füllen der Syphons, Reinigen und Ölen der Wände.)

Dem Unterhalt der Geräte ist alle Sorgfalt zu widmen.

Nach jedem Turnhalbtage ist die Turnhalle während mindestens einer halben Stunde durch Öffnen der Fensteroberflügel und der Lüftungskappen zu lüften.

§ 50. Wird die Turnhalle vorübergehend zu andern als turnerischen Zwecken benutzt, so ist dafür zu sorgen, daß womöglich der regelmäßige Turnunterricht keine Unterbrechung erleidet. Müßte allenfalls der Unterricht länger als zwei Wochen ausgesetzt werden, so ist hierfür die besondere Bewilligung der Erziehungsdirektion einzuholen.

§ 51. In bezug auf die Genehmigung des Bauplatzes, der Baupläne und die Kontrolle der Bauausführung gelten die Vorschriften der Schulhausbauverordnung vom 15. Februar 1905. (§§ 29—34.)

H. Schlußbestimmungen.

§ 52. Der Staat leistet an die Erstellung von Turnhallen und die Anlage von Turnplätzen die vorschriftsgemäßen Beiträge des Kantons und des Bundes (Primarschulsubvention), insbesondere an die Beschaffung der Turngeräte einen solchen von 25—50 % aus der Bundessubvention.

§ 53. Durch diese Verordnung treten alle seit 1881 erlassenen, mit derselben in Widerspruch stehenden Bestimmungen außer Kraft.

17. 15. Règlement pour les écoles primaires du canton de Vaud. (Du 15 février 1907.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud, vu le préavis du Département de l'instruction publique, vu l'article 131 de la loi du 15 mai 1906 sur l'instruction publique primaire,

arrête:

Le règlement suivant est adopté.

Chapitre premier. (Loi art. 1—12.) — Des écoles et de leur organisation.

Section I. — Ecoles primaires.

Art. 1^{er}. Deux fois par année, la municipalité fait procéder au recensement des enfants astreints à la fréquentation des écoles.

Le recensement doit être terminé à fin mars et à fin octobre. La commission scolaire établit sur cette base la liste des enfants qui atteignent l'âge d'admission à l'école, et avise les intéressés (parents, tuteurs, patrons ou maîtres de pension) du jour de l'entrée en classe.

Elle dénonce au préfet, ou à la municipalité cas échéant, les parents ou autres personnes responsables qui n'ont pas rempli les obligations qui découlent pour eux de la loi et des règlements scolaires.

Art. 2. Lors du recensement scolaire, les parents ou autres personnes responsables sont tenus de justifier que leurs enfants ou pupilles fréquentent l'école publique, ou reçoivent une instruction particulière.

Si un enfant quitte l'école, les parents ou les personnes responsables en informent la commission scolaire. En cas d'inobservation de cette formalité, la commission scolaire prononce une amende de trois francs, et fait rentrer l'enfant à l'école publique, s'il y a lieu.

Art. 3. Dans son rapport annuel, la commission scolaire avise le Département de l'Instruction publique du nombre des enfants dont l'instruction se fait en dehors de l'école publique.

Ce rapport indique nominativement ceux qu'une infirmité empêche de fréquenter l'école.

Les enfants arriérés, aveugles ou sourds-muets font l'objet d'un rapport spécial.

Art. 4. Lorsque des communes se réunissent pour avoir une seule école, celle-ci doit être tenue par un instituteur.

Art. 5. Dans les communes et les hameaux ayant une seule école réunissant plus de trente enfants de tous les degrés, celle-ci est dirigée par un instituteur pourvu du brevet définitif.

Art. 6. Lorsqu'une école semi-enfantine comprend plus de trente enfants astreints à la fréquentation, elle est dirigée par une institutrice pourvue du brevet définitif.

Art. 7. Les classes du soir sont tenues chaque jour, excepté le samedi; elles sont de deux heures au moins.

Leur organisation est soumise à l'approbation du Département.

Art. 8. Les élèves du degré supérieur ayant fait un examen satisfaisant peuvent seuls être admis aux écoles du soir. Il ne peut être fait exception à cette règle sans l'autorisation du Département.

Art. 9. Tout élève des classes du soir sera astreint à suivre les écoles du jour, lorsque ses absences auront motivé deux dénonciations.

Art. 10. L'enseignement est donné pendant quarante-deux semaines de l'année.

Art. 11. L'année scolaire comprend deux semestres:

- a. Le semestre d'été, qui commence le lendemain du dernier jour des examens annuels pour se terminer avec les vacances d'automne;
- b. le semestre d'hiver, qui commence après les vacances d'automne, ou au plus tard le 1^{er} novembre, pour se terminer au commencement d'avril par les examens annuels.

Art. 12. L'école primaire comprend trois degrés: Le degré inférieur, qui renferme les enfants de sept à neuf ans; le degré moyen, ceux de neuf à douze ans; le degré supérieur, ceux de douze à quinze ou seize ans.

Chaque degré peut être divisé en sections.

Art. 13. Les élèves d'une division peuvent être réunis à ceux d'une autre division lorsque les sujets à traiter le comportent.

Art. 14. Pendant le semestre d'été, les élèves du degré supérieur doivent avoir onze à trente-deux heures de leçons par semaine; ceux du degré moyen, vingt à trente et une heures; ceux du degré inférieur, vingt à vingt-six heures.

Pendant le semestre d'hiver, les élèves du degré supérieur ont trente-deux heures de leçons par semaine; ceux du degré moyen trente et une heures, et ceux du degré inférieur vingt-six heures.

Sur la demande des autorités locales, et avec l'autorisation du Département, ce nombre de vingt-six heures pour le degré inférieur pourra être abaissé, sans descendre cependant au-dessous de vingt heures.

Une heure par semaine pour le degré supérieur, et deux heures pour les degrés moyen et inférieur sont en outre consacrées à l'enseignement religieux facultatif prévu par l'art. 14 de la loi.

Art. 15. La durée d'une école ne peut excéder trois heures pour les élèves, à moins d'une autorisation du Département.

Art. 16. L'école du matin commence à sept heures en été et à huit heures en hiver; celle de l'après-midi a lieu à une heure.

L'heure d'entrée à l'école du matin peut être retardée d'une heure pour les élèves du degré inférieur.

Toute dérogation à ce mode de procéder est soumise au Département.

Art. 17. Dans l'élaboration de l'horaire des leçons, les heures consacrées à l'enseignement religieux sont placées au commencement ou à la fin de la matinée ou de l'après-midi.

Art. 18. L'enseignement destiné aux catéchumènes se donne en dehors des heures d'école. Si les circonstances locales ne le permettent pas, il peut être fait exception à cette règle, avec l'autorisation du Département.

Art. 19. L'organisation des écoles de montagne peut être soumise à des mesures spéciales, moyennant l'approbation du Département.

Section II. — *Ecoles enfantines.*

Art. 20. Les écoles enfantines sont organisées de manière à favoriser le développement physique, intellectuel et moral de l'enfant; elles servent de préparation à l'école primaire.

Art. 21. Les chefs de famille, tuteurs ou autres personnes responsables, qui demandent l'ouverture d'une école enfantine, en application de l'art. 12 de la loi, s'adressent à la municipalité par l'intermédiaire de la commission scolaire.

En cas de refus de l'autorité communale, il y a recours au Département.

Art. 22. Les demandes d'admission sont adressées à la commission scolaire, accompagnées du certificat de vaccination.

Exceptionnellement, la commission scolaire peut exiger une attestation médicale constatant que l'enfant n'est atteint d'aucune maladie contagieuse.

Art. 23. Elles sont fréquentées par les enfants de cinq et six ans.

Art. 24. Elles comprennent une division inférieure destinée, dans la règle, aux enfants de cinq ans, et une division supérieure pour les enfants de six ans.

Art. 25. Les enfants idiots, sourds-muets, aveugles ou atteints d'une maladie contagieuse, ne sont pas admis à l'école enfantine.

Art. 26. Les écoles enfantines sont tenues pendant quarante-deux semaines de l'année, à raison de vingt à vingt-six heures par semaine.

Les vacances doivent coïncider, autant que possible, avec celles des écoles primaires.

Art. 27. La direction de ces écoles ne peut être confiée qu'à des personnes pourvues du brevet prévu à l'art. 39, lettre *d*, de la loi.

Art. 28. L'enseignement y est donné au moyen du matériel Fröbel, et conformément au plan d'études.

Art. 29. Les écoles enfantines sont facultatives et gratuites. D'autre part, les élèves inscrits sont tenus de fréquenter régulièrement la classe.

Art. 30. Tout enfant dont la malpropreté serait persistante et dont les absences ne seraient pas justifiées, pourra être temporairement ou définitivement renvoyé de l'école, par décision de la commission scolaire.

Art. 31. La maîtresse doit être à l'école quinze minutes au moins avant l'heure d'ouverture de la classe.

Art. 32. Les devoirs à la maison sont interdits.

Art. 33. Toute classe enfantine doit avoir à sa disposition:

- a. Une cour de récréation avec un petit jardin et, si possible, un préau couvert;
- b. des lieux d'aisances spéciaux et distincts pour chaque sexe;
- c. un mobilier spécial.

Art. 34. Le mobilier et le matériel d'enseignement des écoles enfantines sont à la charge des communes.

L'Etat en facilite l'acquisition aux communes peu aisées.

Art. 35. Les maîtresses sont responsables du matériel qui leur est confié. Chaque année elles en dressent l'inventaire et le tiennent à la disposition des autorités scolaires.

Art. 36. Lorsque le nombre des élèves d'une classe enfantine dépasse d'une manière permanente le chiffre de quarante, la classe doit être dédoublée.

Art. 37. Le Département peut organiser des cours de perfectionnement pour les maîtresses déjà diplômées, et astreindre ces dernières à les suivre.

Art. 38. D'une manière générale, les dispositions du présent règlement concernant les devoirs du personnel enseignant, la discipline, la surveillance, les

traitements, les locaux et le matériel scolaires, l'hygiène et la propreté, etc., sont applicables aux écoles enfantines et aux maîtresses de ces classes.

Section III. — *Travaux à l'aiguille et économie domestique.*

Art. 39. L'enseignement des travaux à l'aiguille et de l'économie domestique est donné conformément au plan d'études.

Il comprend six heures par semaine pour les degrés supérieur et intermédiaire, et quatre heures pour le degré inférieur.

Pendant le semestre d'été, dans les localités où il y a deux ou trois heures d'écoles obligatoires chaque matin, il y aura pour le degré supérieur trois heures par semaine consacrées à cet enseignement, pour le degré moyen quatre ou cinq heures, pour le degré inférieur quatre heures.

Art. 40. Les leçons de travaux à l'aiguille ont lieu pendant l'après-midi. Il peut être fait exception à cette règle avec l'autorisation du Département.

Section IV. — *Enfants arriérés, aveugles ou sourds-muets.*

Art. 41. Un enseignement spécial est donné aux enfants arriérés qui, tout en étant susceptibles de développement, sont dans l'impossibilité de suivre avec fruit l'enseignement ordinaire.

Art. 42. La demande d'admission à l'enseignement spécial doit être adressée au Département par les parents ou, à leur défaut, par la commission scolaire.

Art. 43. Le Département statue après avoir pris l'avis d'un médecin. Dans les localités pourvues d'un médecin des écoles, celui-ci doit être consulté.

Art. 44. Lorsque l'enfant est admis à suivre l'enseignement spécial, il est astreint, selon les prescriptions habituelles de la loi, à la fréquentation des leçons qui lui sont destinées.

Art. 45. Les leçons sont données au lieu du domicile de l'enfant, dans les conditions de distance indiquées à l'art. 3 de la loi.

Art. 46. Cet enseignement est organisé par le Département. L'Etat prend à sa charge une partie des frais à déterminer dans chaque cas.

Art. 47. Le Département et les commissions scolaires surveillent les progrès de l'enfant qui reçoit l'enseignement spécial, et décident de son admission dans les classes ordinaires dès que son développement le permet.

Art. 48. Les aveugles peuvent être admis dans un établissement spécial, et les sourds-muets à l'institut de Moudon.

La demande d'admission dans ces établissements est adressée au Département.

Art. 49. Il pourra être créé des classes spéciales pour les enfants retardés. Ces enfants sont réintégrés dans les classes ordinaires aussitôt que leur développement le permet.

La création de ces classes est soumise à l'approbation du Département.

Section V. — *Ecoles privées.*

Art. 50. Le Département de l'Instruction publique et les commissions scolaires ont la haute surveillance sur les écoles privées. Ils peuvent s'assurer en tout temps, par des inspections ou par des examens, que ces écoles se conforment au programme d'études prévu à l'art. 13 de la loi.

Art. 51. En vue de s'assurer que les moyens employés pour l'instruction d'un enfant ne fréquentant pas l'école publique sont suffisants, les commissions scolaires exigeront :

- a. Que l'ouverture et la fermeture de toute école privée leur soient annoncées à l'avance ;
- b. que le rôle des enfants astreints à la fréquentation des écoles leur soit remis au commencement de chaque année scolaire ;
- c. que les directeurs ou les maîtres des écoles privées leur fassent connaître immédiatement l'entrée ou la sortie de chaque élève ;

d. qu'un registre d'absences soit régulièrement tenu, de manière à leur permettre d'exercer leur contrôle en tout temps.

Art. 52. A l'occasion des recensements scolaires, les directeurs ou maîtres des écoles privées délivrent à chaque enfant une attestation de fréquentation.

Art. 53. La création de toute classe privée doit être signalée au Département par la commission scolaire.

Art. 54. Toute contravention aux dispositions des art. 51, 52 et 53 ci-dessus est passible d'une amende prononcée par la municipalité, dans les limites de sa compétence.

Art. 55. Le Département met à la disposition des classes privées qui le demandent les livrets scolaires nécessaires.

Art. 56. Pour les écoles qui ont un programme équivalent à celui des écoles publiques secondaires, les commissions scolaires ou leurs délégués assistent aux examens de ces écoles, afin de s'assurer que l'instruction donnée y est au moins égale à celle des écoles publiques primaires.

Art. 57. Si les directeurs ou maîtres des écoles privées ne se conforment pas aux prescriptions des art. 51, 52 et 53 du présent règlement, les commissions scolaires inscrivent d'office leurs élèves à l'école publique primaire.

Art. 58. Si les commissions scolaires constatent des abus dans les écoles privées, elles en informent immédiatement le Département.

Chapitre II. (Loi, art. 13—20.) — Fournitures scolaires et travaux manuels.

Section I. — Manuels et fournitures scolaires.

Art. 59. Le plan d'études indique les manuels et le matériel employés par les élèves.

Art. 60. Le Département de l'instruction publique règle la distribution des fournitures scolaires.

Section II. — Travaux manuels.

Art. 61. Les travaux manuels prévus par l'art. 13 de la loi servent de complément à l'enseignement du dessin.

Les travaux sur bois, la vannerie, etc., prévus par l'art. 19 sont facultatifs et peuvent être placés sur la demi-journée de congé hebdomadaire. Leur programme peut comprendre aussi les éléments des connaissances agricoles, ainsi que d'autres branches dont l'enseignement est justifié par les besoins locaux.

Art. 62. L'enseignement est donné par l'instituteur, auquel un ou plusieurs spécialistes peuvent être adjoints.

Art. 63. Avant le 1^{er} mars de chaque année, la commission scolaire soumet au Département un programme de cet enseignement accompagné du devis adopté par la municipalité.

Art. 64. Après approbation du programme, le Département fixe la quotité du subside alloué par l'Etat. Ce subside est payé après contrôle de la dépense effective.

Art. 65. Tout élève inscrit au cours facultatif de travaux manuels est astreint à une fréquentation régulière.

Chapitre III. (Loi, art. 21—26.) — Bâtiments, hygiène, mobilier et matériel scolaires.

Section I. — Bâtiments et hygiène.

Art. 66. Le bâtiment d'école doit être construit sur un terrain sec, ou asséché par des travaux préalables. Il sera orienté de manière à ce qu'aucune classe ne reçoive du nord la lumière principale.

Art. 67. Les salles d'école situées à rez-de-chaussée doivent avoir leur plancher plus élevé que le sol extérieur.

Si le sol n'est pas excavé, la distance entre celui-ci et la poutraison du plancher sera d'au moins cinquante centimètres.

Art. 68. Une salle d'école ne peut être installée dans un local qui serait à rez-de-chaussée d'un côté et en sous-sol de l'autre, à moins que le dit local n'ait deux faces complètement dégagées et les autres isolées du terre-plein par des locaux secondaires.

Art. 69. Un préau pour les récréations et un local pour la gymnastique doivent être aménagés dans le voisinage immédiat du bâtiment d'école.

Art. 70. La surface du local de gymnastique est de quatre mètres carrés par élève d'une classe. Celle du préau découvert est proportionnée au nombre total des élèves; elle est déterminée après entente avec le Département.

Art. 71. Les rampes d'escalier donnant accès aux salles d'école ont une largeur minimum d'un mètre et cinquante centimètres; les marches, une largeur de trente centimètres au moins et une hauteur de seize centimètres au plus. Les mains courantes des escaliers suspendus sont pourvues d'arrêts.

Art. 72. Les portes des salles d'école ont une hauteur minimum de deux mètres et vingt-cinq centimètres et une largeur d'un mètre. Chaque porte est, si possible, munie d'une imposte ouvrante. Dans la règle, le vantail de la porte s'ouvre en dehors.

Art. 73. Le vestiaire est établi en dehors des salles d'école.

Art. 74. La surface d'une salle d'école est, au minimum, d'un mètre et trente centimètres carrés par élève. Ses dimensions, pour une salle normale, seront les suivantes: hauteur trois mètres et vingt centimètres, longueur dix mètres, largeur six mètres et soixante centimètres.

Suivant les cas, et spécialement pour les salles d'école de montagne, d'autres dimensions pourront être admises, ensuite d'entente avec le Département.

Art. 75. Toute salle d'école est disposée de telle façon que les élèves reçoivent la lumière de gauche; l'éclairage peut en outre être donné d'arrière, mais jamais de droite ou de face.

La tablette des fenêtres sera à un mètre du plancher, et le linteau rapproché le plus possible du plafond.

Art. 76. Les parois des salles d'école sont peintes de façon à ne pas fatiguer la vue.

Art. 77. Le chauffage des salles d'école peut s'effectuer par le moyen de poêles, ou du chauffage central.

Les poêles doivent être suffisamment grands pour donner, sans être surchauffés, un bon chauffage de la classe. Les poêles métalliques sont à double enveloppe et garnis.

Les bascules sont interdites aux tuyaux de sortie de fumée des poêles chauffés à la houille, à l'anthracite ou au coke. Ces poêles devront être munis d'un autre moyen de réglage.

Art. 78. Chaque salle d'école est pourvue de moyens de ventilation. Les fenêtres sont munies d'impostes ouvrantes.

Art. 79. Le thermomètre de la classe est placé de façon à ce qu'il indique le plus exactement possible la température moyenne; celle-ci ne sera pas inférieure à 14° C., ni supérieure à 18° C.

Art. 80. La salle d'école doit être balayée chaque jour; elle est récurée au moins trois fois par an aux frais de la commune, qui fournit également le matériel nécessaire pour le service de propreté.

Art. 81. Dans tout bâtiment d'école, il y a des cabinets séparés pour les garçons et pour les filles; leur nombre est d'au moins un par classe, et de deux par classe mixte. Ils doivent fermer à clé.

Un urinoir est en outre établi pour les garçons.

Un cabinet est réservé au personnel enseignant.

Art. 82. Les cabinets et urinoirs doivent être isolés du reste du bâtiment par une bonne fermeture, et pourvus d'appareils de ventilation.

Si des fosses sont nécessaires, elles sont construites de manière à être parfaitement étanches, hermétiquement fermées, ventilées séparément et vidangées de l'extérieur.

Art. 83. Des renseignements pour les constructions scolaires sont mis par le Département à la disposition des communes intéressées.

Art. 84. Chaque année les bâtiments scolaires sont visités par un médecin. Son rapport est envoyé au Département par les autorités communales.

Section II. — *Mobilier et matériel scolaires.*

Art. 85. Le mobilier est approprié à la taille des élèves. Au commencement de chaque semestre, il est procédé au mesurage des élèves et à la distribution des places. Les écoliers ayant la vue ou l'ouïe défectueuse sont placés près du maître.

Les tableaux noirs sont installés, autant que possible, dans la paroi faisant face aux élèves, et dans l'axe de la classe.

Art. 86. Il y a dans chaque école deux tableaux indiquant: le 1^{er}, l'horaire des leçons de la semaine; le 2^{me}, les principales règles de conduite de l'élève.

Art. 87. Chaque école est pourvue en outre du matériel suivant, assorti au degré qu'elle comporte:

1^o Au moins deux tableaux noirs peints en mat, ou deux grandes ardoises, avec éponge et craie.

2^o Une ou plusieurs armoires suffisantes pour contenir les archives, le matériel d'enseignement, les collections, la bibliothèque et les fournitures scolaires. L'une de ces armoires est affectée spécialement aux collections et autres moyens d'enseignement.

3^o Le matériel pour l'enseignement de la lecture, de l'écriture et du dessin.

4^o Les instruments nécessaires pour les exercices élémentaires d'arpentage et de dessin géométrique: jalons, compas, règle, équerre, double-décimètre, etc.

5^o Un nécessaire métrique.

6^o Une collection de solides géométriques.

7^o Un boulier-compteur.

8^o Une carte du canton de Vaud, une de la Suisse, une de l'Europe, une mappemonde et un globe terrestre.

9^o Les objets, collections et tableaux pour les leçons de choses et l'enseignement des sciences naturelles.

10^o Un onglet destiné aux circulaires.

11^o Un thermomètre.

12^o Les autres objets que le Conseil d'Etat pourra rendre obligatoires, ou dont il dotera les écoles.

Art. 88. Les salles spécialement destinées à l'enseignement des travaux à l'aiguille doivent être pourvues du mobilier et du matériel ci-après:

1^o Un tableau noir quadrillé.

2^o Un cadre avec pied.

3^o Une table suffisamment grande pour la coupe.

4^o Des tables horizontales assurant un nombre suffisant de places pour toutes les élèves.

5^o Des chaises ou des bancs à dossier.

6^o Une armoire suffisante pour renfermer les travaux des élèves et les fournitures y relatives.

7^o Un thermomètre.

Art. 89. Lorsqu'il n'y a pas de salle spéciale pour les travaux à l'aiguille, les salles d'école employées dans ce but seront pourvues des objets mentionnés à l'article précédent sous chiffres 1, 2, 3 et 6.

Art. 90. Le Département de l'Instruction publique facilite aux communes peu aisées l'acquisition des objets mentionnés aux articles 87 et 88 ci-dessus.

Si, après y avoir été invitées, les communes ne se procurent pas le matériel prévu, celui-ci est fourni par l'Etat à leurs frais.

Art. 91. Chaque commune doit posséder une bibliothèque scolaire.

Le Département en facilitera la création et le développement par des subsides ou des dons.

Art. 92. Le personnel enseignant tient à jour le catalogue de la bibliothèque scolaire. Il établit un inventaire du mobilier, du matériel et de tous les objets appartenant à l'école. Cet inventaire, dressé sur un registre spécial conservé en classe, est révisé chaque année dans le courant d'avril et à l'occasion de toute mutation dans le personnel.

Art. 93. Les enfants sont responsables des dégâts qu'ils causent par leur faute ou leur négligence au mobilier et au matériel d'école. Ils peuvent en outre être punis d'une amende de cinquante centimes prononcée par la commission scolaire.

Art. 94. Les instituteurs et les institutrices sont responsables des dégâts occasionnés par leur défaut de surveillance, ou de ceux qu'ils auraient négligé de signaler à la commission scolaire.

Chapitre IV. (Loi, art. 27—36.) — Autorités préposées à l'instruction primaire.

Section I. — Surveillance des écoles.

Art. 95. Le Département de l'instruction publique est chargé de la surveillance des écoles et des cours complémentaires. Il dispose du personnel spécial créé en vertu de l'article 27 de la loi et attaché au service de l'instruction publique.

Section II. — Des commissions scolaires.

Art. 96. Les membres des commissions scolaires sont nommés pour quatre ans et rééligibles. La commission est reconstituée intégralement après chaque renouvellement de la municipalité.

Art. 97. La commission scolaire élit chaque année son président, son vice-président et son secrétaire. Ce dernier peut être pris en dehors de la commission.

Le Département peut autoriser les communes qui ont une direction spéciale des écoles à déroger à cette prescription.

La municipalité met un huissier à la disposition de la commission scolaire.

Art. 98. Lorsque deux ou plusieurs communes se sont réunies pour former une seule commission scolaire, chacune des municipalités nomme son ou ses représentants dans cette commission, et participe aux dépenses prévues à l'art. 35 de la loi.

Art. 99. La municipalité et la commission scolaire réunies nomment, au début de chaque période quadriennale, un comité de trois dames au moins, préposé à la surveillance, ainsi qu'aux examens annuels des travaux à l'aiguille.

Art. 100. Les fonctions d'instituteur sont incompatibles avec celles de membre ou de secrétaire de la commission scolaire.

Toutefois, l'instituteur ou l'institutrice doivent être entendus lorsqu'il s'agit de questions pédagogiques.

Art. 101. Les parents ou alliés de l'instituteur ou de l'institutrice, au premier et au second degré, ne peuvent faire partie de la commission.

Art. 102. Les parents, au premier et au second degré, ne peuvent siéger ensemble dans la commission.

Art. 103. Les commissions scolaires s'occupent de tout ce qui concerne la bonne marche et la bonne tenue des écoles. Leurs attributions sont les suivantes :

- a. Elles veillent à ce que les membres du corps enseignant et les élèves remplissent assidûment leurs devoirs ;

- b. elles s'assurent du bon entretien du matériel et du mobilier, et prennent toutes les mesures exigées par l'hygiène scolaire;
- c. elles fixent chaque année l'ouverture des cours et avisent les parents des enfants qui atteignent l'âge d'admission à l'école, ou qui ne remplissent pas leurs obligations scolaires;
- d. elles veillent à la fréquentation régulière des écoles et les visitent le plus souvent possible, au moins une fois par mois. Il est fait mention de ces visites dans un registre spécial.

Elles ont aussi la surveillance des écoles enfantines, des cours complémentaires et des cours de travaux manuels;

- e. elles s'assurent, conformément aux articles 2 et 83 de la loi, que tous les enfants qui ne fréquentent pas l'école publique reçoivent une instruction suffisante;
- f. elles surveillent l'exécution du programme d'enseignement, établi conformément au plan d'études, et approuvent l'horaire semestriel des leçons;
- g. elles fixent l'époque et la durée des vacances dans les limites prescrites par l'art. 4 de la loi;
- h. elles s'occupent, en premier ressort, de la repourvue des places vacantes;
- i. elles examinent les plaintes qui leur sont adressées par les instituteurs contre leurs élèves ou leurs parents et tuteurs, ainsi que celles de ces derniers contre les instituteurs. Elles entendent les parties, s'entourent de tous les renseignements et s'efforcent de résoudre le différend par les moyens amiables, avant de le porter à la connaissance du Département. Toutefois, la commission scolaire portera à la connaissance du Département tous les cas présentant une certaine gravité;
- j. elles procèdent, en avril de chaque année, à l'examen des écoles, décident avec le personnel enseignant de la promotion des élèves et de la formation des classes, et adressent au Département de l'Instruction publique un rapport annuel sur la marche des écoles;
- k. elles statuent sur les demandes de congé qui leur sont adressées par le personnel enseignant et par les enfants, ainsi que sur les demandes de dispenses d'été prévues à l'art. 79 de la loi;
- l. elles surveillent, conjointement avec l'instituteur, les enfants hors de l'école et les punissent s'ils ne se conduisent pas d'une manière convenable;
- m. elles prononcent les amendes prévues aux articles 94 et 95 de la loi, 2 et 93 du règlement et en indiquent le montant dans le rapport annuel;
- n. elles adressent, chaque mois, au Département un rapport sur les dénonciations faites aux préfets pour les absences non justifiées;
- o. elles tiennent un registre des procès-verbaux de leurs séances. Ce registre, d'un caractère confidentiel, est cependant à la disposition des autorités scolaires supérieures.

Art. 104. La commission scolaire tient constamment à jour un registre matricule de tous les enfants de la commune en âge de scolarité.

Ce registre est tenu par classe. Une place spéciale y est réservée aux élèves des écoles privées ou qui font leur instruction à domicile.

Art. 105. Les observations que la commission ou l'un de ses membres adresse à l'instituteur, soit sur sa conduite, soit sur son enseignement, doivent être faites en particulier.

Les observations consignées dans le registre des procès-verbaux sont communiquées à l'intéressé.

Section III. — Des préfets.

Art. 106. Les préfets concourent avec le Département à l'application de la loi et du règlement scolaires.

Art. 107. Ils connaissent en particulier des contraventions prévues aux art. 25, 89, 90, 96, 97 de la loi, 1 et 222 du présent règlement.

Art. 108. Ils veillent à ce que le traitement des instituteurs soit payé régulièrement. A cet effet, ils se font remettre, chaque trimestre, un rapport par les municipalités de leur ressort. Ils contrôlent l'exactitude des renseignements qui leur sont donnés et font eux-mêmes rapport au Département.

Art. 109. Ils vouent tous leurs soins à la répression des absences non justifiées. Ils s'assurent que celles-ci leur sont régulièrement dénoncées par les commissions scolaires, et veillent à l'exécution des peines prononcées par eux ensuite de ces dénonciations. Ils adressent, chaque mois, au Département le rapport prévu à l'art. 99 de la loi.

Ils sont tenus de donner connaissance de leurs prononcés aux commissions scolaires qui le demandent.

Chapitre V. (Loi, art. 37—76.) — Instituteurs, institutrices, maîtresses de travaux à l'aiguille et d'écoles enfantines.

Section I. — Concours. Examens. Nominations.

Art. 110. L'instituteur ou l'institutrice porteur d'un brevet provisoire a le droit de concourir lorsqu'il s'agit de pourvoir à un poste d'école semi-enfantine, ou de classe primaire réunissant moins de 30 enfants.

Art. 111. Les porteurs du brevet définitif, qui se présentent au concours prévu à l'article précédent, déclarent se soumettre aux conditions du poste à repourvoir; leur inscription au concours n'exclut pas les instituteurs ou les institutrices pourvus du brevet provisoire.

Art. 112. Les frais résultant de l'insertion des avis de concours dans la Feuille des Avis officiels sont à la charge des communes.

Art. 113. Lorsque les autorités communales décident que la nomination aura lieu par voie d'appel, la commission scolaire communique cette décision au Département, et lui fait connaître en même temps le nom du candidat élu.

Art. 114. Les examens pour la repourvue des postes d'instituteurs et d'institutrices comprennent deux leçons; celles-ci portent sur les objets d'enseignement du programme primaire fixé par l'art. 13 de la loi.

Lorsque l'institutrice est appelée à enseigner les travaux à l'aiguille, elle subit en outre l'examen prévu à l'art. 129 du règlement; dans ce cas cet examen est apprécié par une seule note.

Art. 115. La commission scolaire peut s'adjoindre des experts pour ces examens.

Art. 116. La commission choisit, immédiatement avant chacune des épreuves, avec le délégué du Département et les experts si elle en a appelés, les sujets d'examen. Elle fixe l'ordre et la nature des leçons.

Les sujets, les mêmes pour tous les aspirants, sont communiqués d'avance à chacun des candidats; ceux-ci disposent d'un temps égal de préparation pour leurs leçons.

Art. 117. A l'ouverture de la séance, le président de la commission scolaire fait connaître les noms des candidats admis aux examens et dont les titres ont été reconnus en règle; il indique les fonctions et les avantages de la place à repourvoir. Il est procédé ensuite aux examens dans l'ordre arrêté.

Art. 118. Les résultats des examens sont appréciés par les chiffres 0 à 10. Ils sont inscrits dans le procès-verbal de l'examen.

Art. 119. Le procès-verbal est signé séance tenante par le président et par le secrétaire de la commission ainsi que par le délégué du Département.

Art. 120. Outre l'appréciation des notes, le procès-verbal indiquera l'année de naissance des candidats, leur lieu d'origine, leur domicile, la nature et la date de leur brevet, la dernière école desservie et divers renseignements sur le précédent titulaire. Il y sera joint un état détaillé des fonctions et des avantages attachés à la place, tels qu'ils ont été annoncés aux candidats. Le procès-verbal fera connaître aussi les noms des experts et les examens auxquels ils ont pris part.

La commission peut y joindre toutes les observations qu'elle croira utiles pour la municipalité.

Art. 121. Le procès-verbal de l'examen est transmis dans le plus bref délai à la municipalité.

Art. 122. La municipalité et la commission se réunissent immédiatement après l'examen pour procéder à l'élection; celle-ci a lieu au scrutin secret et à la majorité absolue des suffrages.

Art. 123. Le Département sanctionne ou annule l'élection, conformément aux attributions que la loi lui donne. Il y a recours au Conseil d'Etat.

Art. 124. Lorsque le Département a sanctionné l'élection d'un instituteur, il transmet le brevet de nomination à la commission scolaire et avise l'élu de la date de son entrée en fonctions.

Art. 125. Le brevet de nomination est remis à l'instituteur par le président de la commission, en présence des élèves et d'une double délégation de la municipalité et de la commission.

Art. 126. Lorsque le Département annule l'élection, il communique cette décision à la municipalité et à la commission, et il en indique les motifs.

Si la municipalité et la commission veulent recourir au Conseil d'Etat contre la décision du Département, elles doivent le faire dans le délai de dix jours.

Art. 127. Lorsque la nullité d'une élection a été définitivement prononcée, un nouveau concours est ouvert dans la forme ordinaire.

Art. 128. Les concours pour la nomination des maîtresses de travaux à l'aiguille peuvent être ouverts à toute époque de l'année.

Art. 129. En cas d'examen, celui-ci consiste en deux leçons sur les travaux prescrits par le programme.

La commission s'adjoint, pour l'appréciation de ces examens, le comité de dames prévu à l'art. 99 du règlement.

Art. 130. Les concours pour la repourvue des postes de maîtresses d'écoles enfantines peuvent être ouverts à toute époque de l'année.

Art. 131. En cas d'examen, celui-ci comprend deux leçons sur les objets d'enseignement prévus au plan d'études pour les écoles enfantines.

Art. 132. La nomination et l'installation des maîtresses de travaux à l'aiguille et des maîtresses d'écoles enfantines ont lieu conformément aux articles 42 à 50 de la loi et 113 à 127 du règlement.

Section II. — *Conférences.*

Art. 133. Les instituteurs et les institutrices se réunissent une fois par année en conférence de district. Ils peuvent être réunis en conférences de cercle. Les convocations sont faites par le Département, qui fixe l'ordre du jour.

Art. 134. Les commissions scolaires sont convoquées aux conférences de cercle et de district. Leurs membres y ont voix consultative.

Art. 135. Les conférences sont obligatoires pour tous les instituteurs et toutes les institutrices en fonctions; les maîtresses de travaux à l'aiguille et d'écoles enfantines peuvent y prendre part.

Art. 136. Les instituteurs et institutrices qui ne justifient pas leur absence à une conférence sont signalés au Département et passibles d'une amende de deux francs.

Art. 137. Les conférences procèdent tous les quatre ans à la nomination d'un président, d'un vice-président et d'un secrétaire.

Elles tiennent un registre des procès-verbaux des séances, et communiquent au Département un extrait de leurs délibérations.

Section III. — *Traitements et autres avantages.*

Art. 138. Le traitement des instituteurs et des institutrices est payé par mensualité. Ce payement ne peut se faire par acomptes.

Art. 139. Une maîtresse de travaux à l'aiguille, remplissant en même temps les fonctions de maîtresse d'école enfantine, et pourvue des brevets prévus à l'art. 39, lettres *c* et *d*, de la loi, ne peut recevoir un traitement inférieur à fr. 600.

Si la titulaire est pourvue du brevet définitif ou du brevet provisoire, son traitement annuel est de fr. 700 au minimum.

Art. 140. Les maîtresses d'écoles enfantines communales, pourvues du brevet définitif primaire, ont droit à l'augmentation pour années de service, ainsi qu'à la pension de retraite prescrite par la loi.

Art. 141. La commune fournit aux instituteurs et aux institutrices un logement convenable, pourvu de moyens de chauffage.

Le logement de l'instituteur comprendra au moins trois chambres et celui de l'institutrice deux.

Art. 142. L'instituteur ou l'institutrice qui est autorisé par la municipalité à sous-louer son appartement a droit à l'entier du prix de location.

Art. 143. Le bois destiné au chauffage de la salle d'école est coupé et rendu au bûcher, aux frais de la commune si l'instituteur ne reçoit que le bois nécessaire à cet usage.

Section IV. — *Devoirs du personnel enseignant.*

Art. 144. Le personnel enseignant est placé sous la surveillance immédiate de la commission scolaire.

Art. 145. L'ouverture de l'école est annoncée par le son de la cloche un quart d'heure à l'avance.

L'obligation de sonner incombe aux instituteurs si la cloche est dans le bâtiment d'école ou à proximité immédiate.

Art. 146. Les salles d'école sont accessibles aux élèves aussitôt que la cloche a donné le signal de l'ouverture de la classe. L'instituteur surveille l'entrée des élèves, et l'école commence à l'heure précise.

Art. 147. Les enfants réunis et placés en bon ordre, l'instituteur procède à leur inspection au point de vue de la propreté, et veille à ce que les vêtements des élèves soient en rapport avec leur état de santé et la température de la salle.

Art. 148. L'instituteur renvoie les élèves qui ne sont pas dans un état de propreté satisfaisant et veille à ce qu'ils se lavent dans un local voisin destiné à cet usage.

Art. 149. Lorsque l'instituteur constate la présence de parasites sur la tête ou dans les habits d'un élève, il renvoie celui-ci à la maison et ne l'admet à nouveau dans la classe qu'après s'être assuré qu'un nettoyage suffisant a été effectué.

Art. 150. L'instituteur renvoie les enfants qu'il suppose atteints de maladie contagieuse; il prévient immédiatement la commission scolaire, qui avise le médecin-délégué.

Art. 151. Il fait l'appel des élèves et inscrit les absents. Cet appel a lieu, au plus tard, cinq minutes après l'heure d'ouverture de la classe.

Art. 152. Il prépare à l'avance chaque programme mensuel. Ces programmes sont inscrits dans le registre de classe.

Art. 153. L'horaire des leçons de chaque jour est affiché dans la salle d'école; l'instituteur ne peut s'en écarter sans motif valable.

Art. 154. L'instituteur ne peut faire une course avec ses élèves sans l'autorisation du président de la commission scolaire.

Toutefois, ne sont pas considérées comme courses les sorties nécessitées par les besoins de l'enseignement.

L'instituteur laisse en classe l'indication du but et du lieu de sa sortie.

Art. 155. Il veille à ce que les enfants soient tous constamment occupés pendant la durée de l'école.

Art. 156. Pendant les heures de leçons, il est interdit à l'instituteur de s'occuper d'un sujet étranger à l'école. Il se doit tout entier à son travail, et ne peut durant ce temps employer les élèves à des occupations étrangères aux leçons.

Art. 157. L'instituteur peut donner à ses élèves des devoirs à domicile, mais ceux-ci seront proportionnés à l'âge et au degré de développement des enfants.

Art. 158. Lorsque l'école est tenue pendant trois heures consécutives, elle est interrompue par une ou deux récréations de quinze minutes au total.

Art. 159. L'instituteur a la surveillance des récréations et exige que, durant cet intervalle et si le temps le permet, tous les élèves quittent la salle.

Art. 160. Il veille à ce que le bâtiment d'école, ses dépendances et ses abords soient constamment propres et bien entretenus. Le matériel nécessaire est à la charge des communes.

Art. 161. Il doit chauffer la salle d'école conformément aux prescriptions de l'art. 79 du règlement, et renouveler l'air de celle-ci pendant les récréations, après les leçons du matin et après celles du soir.

Art. 162. Il veille à la conservation du matériel et des objets d'école; il pourvoit aussi au bon entretien de son logement, des dépendances et de son jardin ou plantage. Il signale à la commission scolaire les dégradations et les dommages qui exigent des réparations. Si les autorités locales négligent de faire le nécessaire, l'instituteur s'adresse au Département.

Art. 163. Il exerce un contrôle sévère sur les livres étrangers à l'école qu'il trouve entre les mains des élèves. Il confisque immédiatement les objets inutiles aux leçons; ces objets sont rendus en temps opportun.

Art. 164. Il est expressément défendu aux instituteurs d'admettre des enfants dans les écoles sans l'autorisation de la commission scolaire; ils ne peuvent de même les radier du rôle sans cette autorisation.

Art. 165. L'instituteur est tenu de faire en temps utile une répétition sommaire des matières enseignées.

Art. 166. Il est chargé de la tenue du registre de classe et des livrets scolaires, qui doivent être constamment à jour.

Art. 167. Il doit inculquer à ses élèves, par son exemple et par sa parole, les principes et la pratique de la politesse, ainsi que le respect dû aux autorités.

Art. 168. Les articles de cette section s'appliquent également aux institutrices, aux maîtresses de travaux à l'aiguille et aux maîtresses d'écoles enfantines.

Chapitre VI. (Loi, art. 77—105.) — Fréquentation et discipline des écoles.

Section I. — Fréquentation des écoles.

Art. 169. Chaque élève est pourvu d'un livret scolaire indiquant son état civil, les changements de domicile et les données relatives à la fréquentation, à la conduite, au travail et aux fournitures scolaires. Ce livret est conservé en classe par l'instituteur.

Art. 170. Après chaque bulletin et après l'examen annuel, les livrets scolaires, mis à jour par l'instituteur, sont remis aux élèves pour être visés par leurs parents ou tuteurs.

Art. 171. En cas de promotion, le livret régularisé est transmis par l'instituteur au nouveau maître de l'élève.

Si l'enfant change de commune, l'instituteur, après avoir régularisé le livret scolaire et rempli le formulaire de changement de domicile, transmet ces pièces au président de la commission scolaire, qui les expédie sans retard au président de la commission scolaire du nouveau domicile.

Art. 172. Lorsque le nouveau domicile de l'élève est inconnu ou hors du canton, le président de la commission adresse le livret scolaire au Département.

Art. 173. Lors du départ ou de l'arrivée d'un élève, le président de la commission scolaire fait immédiatement les inscriptions nécessaires au registre matricule prévu par l'art. 104 du présent règlement.

Art. 174. Le livret est remis à son possesseur lors de sa sortie définitive de l'école; à cette occasion il est signé par le président de la commission scolaire.

Les élèves garçons sont avisés d'avoir à le conserver avec soin, en vue des cours complémentaires et de l'examen de recrues.

Art. 175. Conformément à l'art. 77 de la loi, les municipalités et les commissions scolaires réunies ont le droit de limiter la fréquentation obligatoire de l'école au quinze avril de l'année où l'enfant a quinze ans révolus. Cette décision, qui peut être prise en faveur des filles seulement, est communiquée avant le 1^{er} mars de chaque année au Département.

Art. 176. Les commissions scolaires des communes qui veulent se mettre au bénéfice de l'art. 79 de la loi sont tenues de faire connaître au Département, avant le 1^{er} mars de chaque année, le nombre journalier d'heures de leçons qu'elles se proposent d'adopter pour l'été à l'égard des enfants âgés de douze ans révolus au quinze avril, et qui font partie du degré supérieur.

Art. 177. Dans les communes où la libération a lieu à quinze ans, les enfants admis à fréquenter l'école jusqu'à seize ans sont assimilés, pour toutes leurs obligations scolaires, aux autres élèves de l'école.

Art. 178. Les dispenses d'été prévues par l'art. 79 de la loi peuvent être accordées à tout élève qui a douze ans révolus au quinze avril et qui a été promu au degré supérieur.

Ces dispenses doivent être demandées à la commission scolaire dans la première semaine d'avril. A cette occasion, les parents ou tuteurs justifient de l'emploi des enfants pendant les heures de dispense.

L'élève mis au bénéfice d'une dispense est astreint à suivre toutes les écoles lorsque ses absences ont donné lieu à deux dénonciations.

Art. 179. Les élèves du degré supérieur dispensés d'une partie des écoles d'été ne sont portés absents que lorsqu'ils manquent une école obligatoire.

Art. 180. Toute demande de dispense extraordinaire doit être adressée au Département par l'intermédiaire de la commission scolaire. Celle-ci joint à cette demande le livret scolaire de l'enfant et les renseignements relatifs aux circonstances de famille. Les parents ou tuteurs qui font cette demande doivent la justifier en en donnant les motifs.

Art. 181. Les enfants qui atteignent l'âge de six ans dans l'année courante peuvent être admis à l'école dès le commencement de l'année scolaire, si leurs parents ou tuteurs en font la demande. Dans ce cas les commissions scolaires prennent en considération:

- a. L'état physique et intellectuel des enfants;
- b. les dimensions de la salle d'école;
- c. le nombre et l'âge des écoliers astreints à la fréquentation obligatoire;
- d. la distance qui les sépare de la maison d'école.

Ils sont astreints à toutes les obligations scolaires concernant les élèves du degré inférieur.

Art. 182. Sur le préavis de la commission scolaire, le Département libère définitivement les élèves notoirement dépourvus d'intelligence, ou atteints d'infirmités ou de maladies empêchant la fréquentation de l'école.

Art. 183. L'instituteur ne peut dispenser un élève que d'une demi-journée d'école par semaine. Le président de la commission peut accorder un congé de trois jours, et la commission scolaire un congé de quinze jours. Passé ce terme, la commission s'adresse au Département.

Art. 184. Le président de la commission peut accorder à l'instituteur un congé de deux jours dans le même mois. La commission statue sur les demandes de congé de huit jours. Pour tous les autres cas, l'instituteur s'adresse au Département par l'intermédiaire de la commission.

Art. 185. Dans aucun cas l'instituteur ne peut quitter la direction de sa classe sans en prévenir le président de la commission scolaire.

Art. 186. La durée totale des vacances est de dix semaines; il y a en outre un après-midi de congé par semaine.

Il pourra être accordé un second après-midi de congé par semaine, sous réserve que le nombre d'heures de classes hebdomadaire ne soit pas diminué.

Art. 187. Un congé de trois à six jours est accordé à l'occasion du Nouvel-An. Ce congé ne peut être prolongé sans l'autorisation du Département.

Art. 188. Dans les communes de montagne, moyennant l'autorisation du Département, les vacances peuvent être de douze à seize semaines consécutives, et elles ne doivent pas commencer avant le 1^{er} juin. En dehors de ces vacances, la fréquentation quotidienne, matin et soir, est obligatoire pour tous les écoliers.

Section II. — *Examens annuels.*

Art. 189. La commission scolaire procède chaque année, au mois d'avril, à un examen auquel tous les élèves des écoles publiques primaires sont tenus de prendre part.

Cet examen est public. La municipalité y assiste en corps ou par délégation.

Art. 190. La commission fixe la date des examens oraux; elle en donne immédiatement avis à la municipalité, au personnel enseignant et aux élèves.

Art. 191. Le Département fixe la date des examens écrits.

Art. 192. Il donne chaque année aux commissions les directions nécessaires relativement aux examens annuels et à la promotion.

Art. 193. Les résultats de l'examen annuel font partie du rapport que les commissions adressent au Département par l'intermédiaire de la municipalité.

Art. 194. L'échelle d'appréciation des notes d'année et d'examen est la suivante: 1 = très bien; — 2 = bien; — 3 = passable; — 4 = mal; 5 = très mal.

Art. 195. La promotion se fait à la suite de l'examen annuel. Les notes des bulletins semestriels, pour les branches d'enseignement obligatoire, entrent pour les deux tiers dans la note moyenne de promotion.

Art. 196. La commission appelle aux examens annuels les enfants qui ne fréquentent pas l'école publique.

Art. 197. La commission et le Département peuvent s'assurer par des examens spéciaux, faits aussi souvent qu'ils le jugent convenable, que ces enfants reçoivent une instruction égale à celle qui est donnée dans les écoles publiques primaires.

Section III. — *Répression des absences.*

Art. 198. Les membres du personnel enseignant tiennent exactement le contrôle des absences de leurs écoliers sur le registre scolaire obligatoire destiné à cet usage. Pendant l'appel, fait au commencement de chaque école, ils inscrivent toutes les absences par congé, par maladie et celles qui ne sont pas justifiées.

Art. 199. Chaque élève possède un carnet spécial destiné à recevoir l'inscription de toutes les absences, ainsi que les mentions prévues à l'art. 212 ci-après. Les absences par congé y sont inscrites par la personne qui les accorde.

Art. 200. Après la première absence non justifiée d'un élève, les parents sont immédiatement avisés par l'instituteur.

Art. 201. Trois arrivées tardives non justifiées par semaine équivalent à une absence.

Art. 202. Chaque semaine, les maîtresses de travaux à l'aiguille remettent en temps utile aux instituteurs la liste des élèves qui ont manqué leurs leçons.

Art. 203. Chaque semaine, l'instituteur adresse au président de la commission scolaire deux rapports; l'un, conservé par le président, est le relevé de toutes les absences; l'autre, destiné au préfet, contient le nom des élèves qui ont des absences non justifiées, avec l'indication, pour ces élèves-là, des autres absences qu'ils ont faites.

Dans les deux jours, le président de la commission scolaire transmet au préfet le rapport qui lui est destiné.

Art. 204. Aussitôt après la réception des rapports d'absences, ou des autres rapports des commissions scolaires, le préfet cite les parents ou les tuteurs des enfants dénoncés et prononce les amendes prévues aux art. 25, 89, 90, 96, 97 de la loi et 222 du règlement.

Art. 205. L'exécution de la sentence a lieu suivant les formes prescrites par la loi sur la poursuite des amendes municipales.

Toutefois, la rentrée de toutes les amendes prononcées par les préfets se fait par l'intermédiaire des receveurs de district.

Art. 206. En cas d'absences répétées des enfants, les parents ou tuteurs peuvent être cités devant la commission scolaire.

Art. 207. Toute personne condamnée à une amende pour inobservation des prescriptions légales et réglementaires devra s'acquitter dans le délai de dix jours, dès celui où elle aura eu connaissance du prononcé. En cas de non paiement, un nouveau délai de huit jours est accordé au débiteur.

Art. 208. Si, à l'expiration de ce dernier délai, le débiteur n'a pas payé l'amende prévue à l'article précédent, ainsi que les frais de sommation, le préfet prononce d'office, sans nouvel avis, la conversion de l'amende en emprisonnement, à raison de cinq francs d'amende pour vingt-quatre heures d'emprisonnement.

Art. 209. Les arrêts prévus à l'art. 92 de la loi sont subis en dehors de l'école, de préférence le dimanche, et ne peuvent avoir lieu de nuit.

Ils sont prononcés par le préfet, sur préavis de la commission scolaire.

Section IV. — *Discipline.*

Art. 210. Les punitions infligées à l'école doivent être en rapport avec l'âge, le caractère de l'enfant et la gravité de la faute; elles ne sont pas l'effet de l'emportement, afin que, une fois prononcées, le maître ou, cas échéant, l'autorité scolaire puisse, s'il y a recours des parents, en exiger la complète exécution.

Art. 211. Les instituteurs s'abstiennent absolument d'actes de brutalité, d'injures, de paroles grossières, ainsi que de toute allusion à la vie publique ou privée des parents des élèves, ou de toute autre personne.

Art. 212. Au moins une fois par mois, l'instituteur donne aux parents ou autres personnes responsables son appréciation sur le travail et la conduite des élèves. Il porte en outre immédiatement tout fait grave à leur connaissance.

Ces communications se font par le moyen du carnet prévu à l'art. 199 du présent règlement. Elles sont visées par les parents.

Art. 213. La pénitence, ou mise à l'écart dans la salle d'école, a lieu lorsque l'enfant persiste, après avertissement, à être un sujet de désordre pour ses voisins. Elle n'est appliquée qu'à un petit nombre d'élèves à la fois; ceux-ci seront toujours strictement surveillés et occupés.

Art. 214. Les arrêts dans la compétence de l'instituteur sont infligés de manière à ce que l'élève ne soit pas retenu plus d'une demi-heure après la classe du matin, et plus de deux heures après la classe du soir. Ces arrêts ne peuvent avoir lieu de nuit.

Sans motif grave, les élèves ne doivent pas être privés des récréations.

Art. 215. Les travaux imposés comme punition aux élèves, pendant les arrêts ou à domicile, consistent en devoirs ou en exercices utiles. Les exercices écrits doivent être faits dans le cahier de devoirs ordinaires.

Art. 216. L'expulsion d'un élève pour une demi-journée n'est prononcée que dans les cas graves et notamment s'il y a rébellion ouverte. L'instituteur avise sans retard les parents, ainsi que le président de la commission. L'enfant ne peut rentrer en classe que porteur d'une autorisation du président de la commission scolaire, et après avoir fait acte de soumission.

Art. 217. Lorsqu'un élève retombe sans cesse dans les mêmes fautes et ne tient aucun compte des avis de l'instituteur, celui-ci le dénonce à la commission en précisant par écrit les motifs de cette mesure.

Art. 218. Les personnes chargées de l'enseignement religieux ont le droit de faire usage des punitions prescrites à l'art. 100 de la loi.

Art. 219. Lorsque les moyens de répression prescrits par la loi sont insuffisants pour ramener l'élève à ses devoirs, la commission scolaire en réfère au Département.

Les cas d'immoralité sont immédiatement déferés à cette autorité.

Art. 220. Le Département peut prononcer contre tout élève l'exclusion temporaire ou définitive des écoles, ou dénoncer le cas aux tribunaux.

Art. 221. Les parents ou autres personnes responsables qui refusent de se soumettre aux décisions des autorités scolaires peuvent être poursuivis en vertu de l'art. 129 du code pénal.

Art. 222. Il est interdit aux parents et à toute autre personne de s'introduire dans le bâtiment d'école pour adresser des reproches à l'instituteur ou le troubler dans l'exercice de ses fonctions.

Les contraventions à cet article, dénoncées au Département par l'intermédiaire des commissions scolaires, sont punies d'une amende de vingt francs, au maximum, prononcée par le préfet.

Chapitre VII. (Loi, art. 106—118.) — Classes primaires supérieures.

Section I. — Organisation.

Art. 223. Les classes primaires supérieures sont destinées à compléter l'instruction primaire des élèves qui ne recherchent pas un enseignement secondaire à base classique ou scientifique.

Art. 224. L'enseignement primaire supérieur se distingue par son caractère pratique et par la prépondérance qu'il accorde aux applications sur la théorie dans les études scientifiques.

Art. 225. Pour être admis dans les classes primaires supérieures, un enfant doit être âgé de douze ans au moins; il doit avoir parcouru le programme correspondant à son âge et obtenu, au minimum, la note 1,5 pour les branches essentielles.

Sont considérées comme branches essentielles :

- a. Le français (lecture et récitation, élocution et rédaction, orthographe et grammaire);
- b. l'arithmétique (calcul oral et calcul écrit).

Art. 226. Lorsque deux ou plusieurs communes se groupent pour la création d'une classe primaire supérieure, elles forment un cercle scolaire. La surveillance y est exercée par une commission scolaire de cercle.

Art. 227. La commission scolaire de cercle compte au moins un représentant de chacune des communes du cercle scolaire.

Art. 228. L'Etat se fait représenter par un délégué dans les commissions scolaires préposées à la surveillance des classes primaires supérieures.

Art. 229. Lorsque des parents le demandent et présentent à l'inscription vingt enfants, la commune est tenue d'ouvrir une classe primaire supérieure.

Art. 230. Les classes primaires supérieures sont mixtes; toutefois le Département peut autoriser le dédoublement par sexe.

Art. 231. Ces classes ont deux après-midi de congé par semaine. L'un d'eux peut être consacré à l'enseignement des travaux manuels.

Art. 232. Chaque élève est pourvu d'un livret scolaire spécial, au moyen duquel l'instituteur fait connaître, deux fois dans l'année, aux parents ou tuteurs, la fréquentation ainsi que les notes de conduite et de travail des élèves.

Art. 233. Un élève peut être exclu de l'école primaire supérieure pour cause d'incapacité, d'inapplication ou de mauvaise conduite.

Section II. — *Examens et certificat d'études.*

Art. 234. Au printemps de chaque année, la commission scolaire procède à un examen des élèves. Il porte sur toutes les branches obligatoires d'enseignement.

Art. 235. La promotion des élèves est prononcée sur le préavis du personnel enseignant, par la commission scolaire. Les notes de l'année comptent pour une moitié dans la moyenne de promotion.

Art. 236. Il est institué un certificat d'études primaires supérieures pour les élèves ayant accompli le cycle complet des études.

Art. 237. Le certificat est obtenu à la suite d'un examen qui a lieu à la fin de chaque année scolaire. Ce dernier, organisé par les soins du Département, porte sur l'ensemble du programme obligatoire.

Art. 238. Le certificat d'études est délivré à tout élève ayant obtenu une moyenne générale de deux. Il le libère définitivement des écoles.

Art. 239. L'échelle d'appréciation des notes d'année et d'examen est la suivante: 1 = très bien; — 2 = bien; — 3 = passable; — 4 = mal; — 5 = très mal.

Section III. — *Personnel enseignant.*

Art. 240. Pour enseigner dans une classe primaire supérieure, il faut:

1^o Etre porteur du brevet de capacité pour l'enseignement primaire et du diplôme spécial pour l'enseignement primaire supérieur;

2^o avoir dirigé une classe primaire pendant trois ans au moins.

Le Département de l'Instruction publique peut admettre l'équivalence d'autres titres.

Art. 241. Dans les classes primaires supérieures annexées à un établissement secondaire, l'enseignement peut être confié aux maîtres de cet établissement.

Art. 242. Des maîtres spéciaux peuvent être chargés d'une partie de l'enseignement, moyennant l'autorisation du Département.

Ce dernier peut également autoriser un échange de leçons entre maîtres d'un établissement ou d'établissements différents. Il peut aussi charger un maître spécial d'enseigner dans plusieurs localités.

Art. 243. Tous les trois ans au moins, un jury désigné par le Département de l'Instruction publique examine les aspirants au diplôme spécial pour l'enseignement dans les classes primaires supérieures.

Art. 244. La date de cet examen est annoncée par la Feuille des Avis officiels.

Art. 245. L'examen se compose d'épreuves écrites, qui sont éliminatoires, d'épreuves orales et d'épreuves pratiques.

Art. 246. Les épreuves écrites portent sur les matières du programme des classes primaires supérieures; elles comprennent:

- a. Une composition sur un sujet pédagogique;
- b. une composition sur un sujet de littérature française;
- c. un travail d'allemand (traduction, version, composition littéraire);
- d. un travail de mathématiques;
- e. un travail sur une question de physique, de chimie ou de sciences naturelles.

Art. 247. Les épreuves orales et pratiques comprennent une ou plusieurs leçons sur les matières du programme.

Art. 248. Le jury apprécie séance tenante les résultats de l'examen. L'échelle d'appréciation va de 0, qui signifie très mal, à 10, qui signifie très bien.

Art. 249. Pour avoir droit au diplôme spécial, le candidat doit obtenir au moins la note 7 pour la pédagogie, le français et l'allemand, ainsi que la note moyenne 7 pour les mathématiques et les sciences naturelles.

Art. 250. Les épreuves sont subies en une seule fois; cependant, le candidat peut les subir en deux sessions. Dans ce cas, l'une des sessions porte, au choix du candidat, sur les épreuves d'ordre littéraire et l'autre sur celles d'ordre scientifique. Les épreuves pratiques, prévues à l'art. 247, ont alors lieu dans la seconde session.

Art. 251. La nomination du titulaire d'une classe primaire supérieure a lieu, en règle générale, conformément aux dispositions relatives à la nomination des instituteurs et des institutrices primaires.

Art. 252. Les municipalités et la commission scolaire du cercle scolaire procèdent à la nomination d'après un règlement intérieur approuvé par le Conseil d'Etat.

Chapitre VIII. — Cours complémentaires.

Section I. — Organisation.

Art. 253. Dans toutes les communes où il existe une école primaire tenue par un instituteur, il est ouvert chaque année, pendant le semestre d'hiver, des cours complémentaires d'instruction primaire de six heures par semaine, jusqu'à concurrence de soixante heures au moins.

Ces cours ont lieu deux fois par semaine.

Art. 254. La municipalité fait dresser chaque année, avant le 1^{er} novembre, la liste de tous les garçons de nationalité suisse, âgés de quinze à dix-neuf ans, domiciliés dans la commune, et qui, à teneur de l'art. 122 de la loi, sont appelés à suivre les cours complémentaires.

Art. 255. Les jeunes gens astreints aux cours sont avisés par voie d'affiche et de publication dans la commune. Ils sont par là censés avertis personnellement, et les absents tombent sous le coup des peines prévues par la loi.

Art. 256. Dans les communes où il y a plusieurs instituteurs, les élèves peuvent être repartis en plusieurs classes. Ces classes seront organisées de façon à grouper les élèves qui ont le même degré de connaissances.

Art. 257. Chaque année, le Département fixe la date d'ouverture des cours et donne les instructions nécessaires; tout changement apporté à celles-ci est soumis à son approbation.

Art. 258. Les jeunes gens doivent présenter leur livret scolaire à l'ouverture des cours. Cette pièce, conservée et tenue à jour par le maître, est rendue aux élèves à la fin des cours.

Les livrets égarés sont remplacés aux frais des élèves.

Art. 259. Les demandes de dispense sont adressées, avant le 1^{er} novembre, à la commission scolaire qui les transmet, avec son préavis, au Département.

Ces dispenses ne sont accordées que pour une année, et dans le cas seulement où l'état d'instruction des requérants est jugé suffisant par le Département.

Art. 260. Tout élève qui, à la suite d'un examen, est dispensé des cours, doit être admis à les suivre s'il le demande.

Art. 261. Les garçons de quinze à dix-neuf ans, libérés des écoles, habitant une commune où il n'existe pas de classe tenue par un instituteur, sont astreints à suivre les cours complémentaires dans la commune la plus rapprochée.

L'indemnité à payer par les communes qui n'ont pas d'instituteur est fixée à raison de quatre francs par élève. Les quatre cinquièmes de cette indemnité sont dûs à l'instituteur qui donne les cours; le cinquième sert à indemniser la commune pour le chauffage et l'éclairage de la salle.

Art. 262. Lorsqu'un élève change de domicile pendant les cours, le maître lui remet son livret scolaire régularisé et avise le président de la commission scolaire. Celui-ci transmet immédiatement cet avis au président de la commission scolaire du nouveau domicile, ou au Département si le jeune homme quitte le canton.

Si le jeune homme habite le canton, il doit se présenter immédiatement aux leçons des cours complémentaires de sa nouvelle résidence.

Art. 263. Les instituteurs sont rétribués par l'Etat pour les cours donnés pendant la demi-journée du samedi après midi.

Section II. — *Programme.*

Art. 264. Le programme comporte les branches ci-après: La lecture, la composition, le calcul oral, le calcul écrit, la géographie, l'histoire suisse, l'instruction civique.

Dans l'enseignement, il sera tenu compte des besoins locaux: professionnels, industriels ou agricoles.

Art. 265. Chaque élève est tenu d'apporter aux leçons le matériel nécessaire, savoir: *a.* Un cahier; — *b.* un porte-plume avec plume; — *c.* un crayon; — *d.* les manuels ou autres objets que le Département peut rendre obligatoires.

Section III. — *Examens annuels.*

Art. 266. Chaque année, à partir du 1^{er} avril, le Département fait subir un examen à tous les jeunes gens en âge de fréquenter les cours.

Chaque élève présente à l'examen son livret scolaire. Ceux qui ont suivi les cours présentent en outre les travaux écrits faits pendant les leçons.

Art. 267. Des examens peuvent avoir lieu en automne pour les jeunes gens sortis des écoles primaires au printemps de la même année.

Les jeunes gens des autres classes d'âge sont admis à cet examen s'ils en font la demande.

Art. 268. Les résultats de ces examens annuels sont consignés dans un formulaire conservé au Département; un double en est remis en tout temps aux commissions scolaires qui le demandent.

Section IV. — *Surveillance.*

Art. 269. La surveillance des cours est exercée, sous l'autorité du Département de l'Instruction publique et du Département militaire, par: *a.* Les délégués du Département de l'Instruction publique; — *b.* les commissions scolaires; — *c.* les chefs de section.

Art. 270. Les commissions scolaires font visiter les cours chaque semaine par un de leurs membres ou par une personne déléguée à cet effet.

Art. 271. Les chefs de section inspectent les cours de leur ressort au point de vue de la discipline. Ils assistent aux examens qui ont lieu dans leur section.

Section V. — *Répression des absences et discipline.*

Art. 272. Il n'est accordé aucun congé.

Art. 273. Les maîtres tiennent à jour le registre des cours. Ils inscrivent toutes les absences et mentionnent les motifs d'excuse indiqués.

Art. 274. Une absence peut être excusée si la cause en est un fait inattendu ou absolument exceptionnel.

Art. 275. Les maîtres transmettent chaque semaine un rapport d'absences au président de la commission scolaire; celui-ci apprécie les motifs d'excuse présentés.

Art. 276. Le président de la commission scolaire transmet immédiatement au chef de section la liste des absences non justifiées.

Art. 277. Chaque absence d'une heure est punie de deux heures d'arrêts, soit au maximum douze heures pour la semaine entière.

Ces arrêts sont infligés par le chef de section et ne peuvent excéder neuf heures consécutives, ni avoir lieu pendant la nuit, ni durant les heures des cours. Ils doivent être subis, au plus tard, dans les dix jours après l'envoi du rapport au président de la commission scolaire.

Art. 278. Si l'absence non justifiée a duré plus d'une semaine, le cas est dénoncé au commandant d'arrondissement, chargé de réprimer les absences à raison de vingt-quatre heures d'arrêts pour chaque semaine manquée.

Les cas d'absence de plus de trois semaines sont soumis au Département militaire, qui inflige les arrêts dans les limites de sa compétence.

Ces arrêts sont subis au chef-lieu de district.

Art. 279. Les jeunes gens qui n'ont pu justifier leur absence à l'examen annuel prévu par l'art. 266 sont passibles de douze heures d'arrêts, infligés par le chef de section.

Art. 280. Les maîtres des cours inscrivent sur les registres des cours les notes de conduite et de travail obtenues par chacun des élèves.

Art. 281. Les cas d'indiscipline sont déférés immédiatement par la commission scolaire au chef de section, dont la compétence est de douze heures d'arrêts pour le même élève.

Ces arrêts, de même que les arrêts prévus par l'art. 279, sont subis conformément aux prescriptions du 2^{me} alinéa de l'art. 277.

S'il y a lieu d'appliquer une peine plus forte, le chef de section en réfère sans délai au commandant d'arrondissement, lequel soumet les cas graves au Département militaire.

La peine infligée par le commandant ou par le Département militaire doit être subie dans la salle des arrêts militaires du district.

Art. 282. Toutefois, pour les jeunes gens au-dessous de 17 ans, les arrêts infligés par le commandant d'arrondissement ou par le Département militaire — soit pour absence prolongée, soit pour cas grave d'indiscipline — seront subis de jour.

Suivant les cas, et ensuite d'entente avec le Département, ces arrêts pourront être subis dans le local fourni par la commune.

Art. 283. L'arrestation des jeunes gens qui refusent de subir leur peine a lieu comme pour les arrêts militaires.

Art. 284. L'entretien des élèves est à leur charge pendant la durée des arrêts.

Art. 285. Les frais de notification sont à la charge des personnes citées. L'huissier de la municipalité reçoit vingt centimes pour chaque citation qu'il est chargé de faire.

Art. 286. Les devoirs obligatoires, prévus à l'art. 128 de la loi et qui accompagnent les arrêts, sont indiqués par le maître du cours.

Ils sont appropriés au degré d'instruction des jeunes gens et faits dans le cahier des cours.

Art. 287. La surveillance des arrêts infligés par le chef de section est exercée aux frais des communes, par une personne que désigne la municipalité.

Art. 288. La commune fournit, dans le bâtiment d'école, le local destiné aux arrêts infligés par le chef de section.

Section VI. — Cours préparatoires.

Art. 289. Le Département de l'Instruction publique organise chaque année un cours préparatoire d'une durée de vingt à vingt-quatre heures.

Ce cours est destiné aux jeunes gens appelés au recrutement; il est suivi par tous ceux qui, à la suite de l'examen prévu à l'art. 266, n'ont pu justifier d'une instruction suffisante.

Art. 290. Les commissions scolaires veillent à ce qu'aucun des jeunes gens astreints au cours n'échappe à cette obligation.

Art. 291. La liste des absences est envoyée après chaque séance au chef de la section militaire où le cours se donne. Il n'est accordé aucun congé.

Art. 292. Chaque absence d'une heure est réprimée par deux heures d'arrêts. Ces arrêts sont infligés par le chef de section et ne peuvent excéder douze heures consécutives, ni avoir lieu pendant la nuit. Ils doivent être subis immédiatement et en dehors des heures des cours.

Lorsque l'absence a duré plus de trois jours, elle est dénoncée au commandant d'arrondissement chargé de la réprimer comme suit: pour une semaine, quarante-huit heures d'arrêts; pour une semaine et demie, septante-deux heures d'arrêts. Les cas d'absence plus prolongée sont soumis au Département militaire.

Art. 293. Les cas d'indiscipline, à l'entrée et à la sortie du cours, ou pendant la durée de celui-ci, sont déférés immédiatement au chef de section; ce dernier a une compétence de douze heures pour le même élève. S'il y a lieu d'appliquer une peine plus forte, le chef de section doit en référer sans délai au commandant d'arrondissement, lequel soumet les cas graves au Département militaire.

Art. 294. Le cours est placé sous la surveillance des commissions scolaires et des délégués du Département de l'Instruction publique et du Département militaire.

Art. 295. Les jeunes gens qui ne travaillent pas sérieusement ou qui n'apportent pas le matériel nécessaire pour les leçons sont dénoncés au chef de section, qui les punit dans les limites de sa compétence.

Art. 296. Les arrêts prévus dans cette section sont subis au chef-lieu de district.

Art. 297. Pour ce qui concerne la surveillance des arrêts, l'arrestation des jeunes gens et les frais qui en résulteront, les art. 283, 284 et 285 du présent règlement sont applicables.

Art. 298. Les instituteurs chargés du cours sont rétribués par l'Etat; ils ont à présenter au Département de l'Instruction publique un rapport établi sur formulaire.

Dispositions transitoires.

Art. 299. Sont abrogés:

1^o Le règlement du 12 avril 1890 pour les écoles primaires.

2^o Les articles 1 à 22 inclusivement du règlement du 19 septembre 1895 sur l'organisation des écoles enfantines.

3^o L'arrêté du 5 octobre 1906 sur l'obtention du diplôme spécial pour l'enseignement dans les classes primaires supérieures.

4^o Toutes circulaires ou autres instructions contraires au présent règlement.

Art. 300. Le présent règlement sera imprimé et publié pour être exécuté dès et y compris le 1^{er} avril 1907.

Donné sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 15 février 1907.

18.16. Instructions concernant le matériel scolaire remis gratuitement aux élèves des écoles primaires du canton de Vaud. (Du 1^{er} janvier 1907.)

1. Dispositions générales.

1. Les élèves des écoles primaires du canton de Vaud reçoivent gratuitement:

a. Le matériel scolaire, savoir: les cahiers avec buvard, les albums, la boîte d'école, les plumes, les porte-plumes, les crayons, les règles, l'encrier, l'encre, les ardoises, les crayons d'ardoise, les gommages et les porte-crayons;

b. les manuels, conformément à la liste arrêtée annuellement.¹⁾

2. Les enfants de 6 ans, qui fréquentent les écoles primaires publiques, sont mis au bénéfice de la gratuité des fournitures scolaires au même titre que les enfants de sept à quinze ou seize ans. Le livret scolaire ne leur est cependant remis que dans l'année où ils atteignent l'âge de sept ans.

¹⁾ Des instructions spéciales sont établies au sujet de l'emploi du matériel pour les leçons de travaux à l'aiguille.

3. Les communes fournissent, à leurs frais, le papier pour les travaux d'examen.

4. Les élèves n'emportent à la maison que leurs cahiers, leurs albums et leurs manuels; ils laissent en classe les autres effets scolaires.

5. Les élèves des cours complémentaires ne bénéficient pas de la gratuité des fournitures scolaires.

6. En aucun cas, ces fournitures ne peuvent être vendues, ni détournées de leur destination.

7. Les parents ou tuteurs sont responsables des fournitures perdues, détériorées, ou mises intentionnellement, par négligence ou manque de soins, hors de service par leurs enfants ou pupilles. Les fournitures de remplacement doivent être semblables à celles qui sont remises gratuitement aux élèves.

8. La vente des fournitures ou des manuels à acheter par les parents, en application de l'article 7, est laissée aux commerçants.

9. Dans chaque commune, le service général des fournitures scolaires est confié à un dépositaire. La distribution aux élèves incombe au personnel enseignant.

10. L'Etat fournit au dépositaire les registres et formulaires indispensables. Le registre de classe renferme une page pour la comptabilité à établir par le personnel enseignant.

11. Toute correspondance relative au matériel scolaire gratuit est adressée au Département de l'Instruction publique, Bureau des fournitures scolaires: elle doit être attestée *officielle*, afin de jouir de la franchise de port.

II. Municipalités.

12. Chaque municipalité, sur préavis de la commission scolaire, nomme le dépositaire communal: elle nantit, sans retard, le Département de l'Instruction publique, Bureau des fournitures scolaires, de cette nomination.

Le dépositaire ne peut pas être en même temps membre de la commission scolaire.

13. La municipalité met à la disposition du dépositaire une ou plusieurs armoires bien conditionnées, fermant à clef, ou, si les besoins l'exigent, un local convenable, aéré et sec.

14. La municipalité fixe la rétribution annuelle du dépositaire, en tenant compte du temps à consacrer à ces fonctions.

Cette rétribution est à la charge de la commune.

III. Commissions scolaires.

15. Les commissions scolaires ont les attributions suivantes:

- a. Elles exercent une surveillance générale sur l'activité du dépositaire et du corps enseignant dans tout ce qui concerne les fournitures scolaires;
- b. elles entendent les renseignements ou examinent les plaintes qu'ils peuvent présenter et prennent, dans leur compétence, les mesures nécessaires, ou en réfèrent au Département de l'Instruction publique, Bureau des fournitures scolaires, pour directions spéciales;
- c. elles procèdent, une fois l'an, immédiatement avant ou pendant les examens du printemps, à l'inspection générale des fournitures scolaires et de la bibliothèque de l'école, ainsi qu'à la vérification des écritures tenues par le dépositaire et le personnel enseignant.

Cas échéant, elles font connaître au Département de l'Instruction publique les irrégularités constatées pendant l'année ou à l'inspection du printemps.

16. Le président de la commission, ou son remplaçant, signe les réquisitions, les accusés de réception donnant lieu à des observations, et la correspondance relative au service des fournitures.

IV. Dépositaires.

1. Instructions générales.

17. Les dépositaires sont responsables des fournitures confiées à leurs soins. Ils sont révocables, en tout temps et sans indemnité, en cas de négligence dans l'exercice de leurs fonctions.

Les membres du corps enseignant, régents ou régentes, peuvent remplir les fonctions de dépositaire.

18. Les dépositaires sont chargés :

- a. De conserver avec soin les échantillons de matériel qui leur sont envoyés ;
- b. d'établir les réquisitions, après s'être entourés de tous les renseignements nécessaires, et de les envoyer conformément aux instructions données par le Département de l'Instruction publique, Bureau des fournitures scolaires ;
- c. de recevoir les fournitures, de les connaître d'après les échantillons et les factures des fournisseurs, de les serrer avec ordre, d'accuser réception des envois, avec observations, s'il y a lieu ;
- d. de mettre l'encre, aussitôt après réception, dans des bouteilles très propres, qui seront ensuite déposées, couchées, dans un endroit à l'abri du gel et des rayons solaires ;
- e. de remettre au commencement de l'année scolaire, et exceptionnellement quand les besoins l'exigent, les fournitures aux différentes écoles ;
- f. de noter sans retard, dans le registre ad hoc, par ordre de dates, les réceptions et les livraisons des fournitures ;
- g. de vérifier les factures et de les donner, pour visa, au président de la commission ou à son remplaçant ;
- h. d'établir, à la fin de janvier, sur formulaire spécial, le compte général des soldes, ainsi que la dépense moyenne par élève pour l'année scolaire courante ; ce compte est envoyé au Département de l'Instruction publique en même temps que la réquisition ;
- i. de boucler le compte annuel des fournitures, dans le registre, immédiatement après les examens annuels ;
- j. de faire la correspondance, d'en garder copie, de classer avec soin et régularité toutes les pièces et les lettres reçues ;
- k. de seconder la commission scolaire dans la surveillance générale concernant le service et l'usage des fournitures dans les classes et de lui transmettre par écrit ses observations et ses vœux.

19. Dans aucun cas, les dépositaires n'ont à correspondre ni à entrer en relations avec les fournisseurs en ce qui concerne le matériel scolaire gratuit, et réciproquement. Le Département de l'Instruction publique, Bureau des fournitures scolaires, est leur seul intermédiaire à cet égard.

2. Réquisitions.

20. Les réquisitions établies avec le plus grand soin, en tenant compte des directions données, sont envoyées, signées du président de la commission ou de son remplaçant, avant le 1^{er} février.

21. La copie des réquisitions, faite sur le talon du registre, doit porter les mêmes signatures que la réquisition ; elle est à modifier, cas échéant, d'après les rectifications du Bureau des fournitures.

22. La provision d'encre noire que l'on peut demander est de 1 litre pour 10 élèves ; les fractions de 5 à 9 élèves donnent droit à 1 litre de plus. Il peut être demandé 1 décilitre d'encre rouge par année et par classe, à l'usage du personnel enseignant.

23. Toute réquisition supplémentaire doit, pour être prise en considération, être motivée par lettre ou sur la réquisition même.

3. Accusés de réception.

24. Chaque accusé de réception indique la valeur totale des fournitures reçues.

25. Ce formulaire est établi pour chaque fournisseur, en conformité de la facture, et aussitôt après la réception et la reconnaissance des fournitures.

26. L'accusé de réception fait connaître, cas échéant, sous la rubrique ad hoc, toutes les observations relatives à la quantité, à la qualité ou à l'état des fournitures.

27. Les observations à inscrire sur l'accusé de réception ne doivent concerner que les fournitures livrées par le fournisseur intéressé.

28. Pour être prises en considération, les réclamations doivent, sans faute, être adressées au Département de l'Instruction publique, Bureau des fournitures scolaires, dans les trois jours dès la réception des envois; à ce défaut, le remplacement du matériel pourra être mis à la charge du dépositaire.

29. L'accusé de réception concernant des fournitures destinées à compléter un envoi non conforme à la facture, ou à remplacer des fournitures inacceptables, indique la raison spéciale qui a motivé cet envoi.

V. Fournisseurs.

30. Les fournisseurs envoient franco, au domicile du dépositaire, frais de factage ou de camionnage compris, le matériel scolaire demandé par les bons de commande du Bureau des fournitures.

Par mesure d'ordre, le Département de l'Instruction publique peut mettre à la charge du dépositaire, ou du personnel enseignant, les frais de transport des fournitures faisant l'objet de réquisitions supplémentaires, lorsque celles-ci sont dues à la négligence.

31. Les fournisseurs doivent sans faute effectuer toutes leurs expéditions avant le 31 mars. S'ils ne peuvent y parvenir, ils ont à en aviser à temps le Département de l'Instruction publique.

Les dépositaires, de leur côté, ont à faire connaître en temps voulu, au Département de l'Instruction publique, les retards qui viennent à se produire dans ces expéditions.

32. Tout envoi d'un fournisseur doit être accompagné d'une facture détaillée.

33. Les fournisseurs sont tenus, sur ordre du Département de l'Instruction publique, de compléter leurs envois, de remplacer les fournitures en mauvais état ou non conformes aux échantillons.

34. L'Etat paye intégralement les fournisseurs. Les communes ont de leur côté à verser à la recette de district, dans les six mois qui suivent la réception des fournitures, le 50% du montant de celles-ci pour les écoles de leur ressort.

Si les dépositaires ont eu à régler des frais de factage ou de camionnage, ils se font rembourser par la caisse communale; au moment du règlement de compte, le montant de ces frais est déduit de la part à payer par la commune à la recette de district. Ce montant doit être indiqué dans l'accusé de réception relatif aux fournitures ayant occasionné ces frais, ainsi que dans le bordereau des factures.

*VI. Personnel enseignant.**1. Instructions générales.*

35. Tout membre du personnel enseignant inscrit immédiatement, dans le registre de classe, les fournitures qu'il reçoit du dépositaire.

Il transmet à celui-ci, pour le 25 janvier au plus tard, la réquisition concernant le matériel qui lui sera nécessaire pour la prochaine année scolaire.

36. Il est responsable des fournitures qui lui sont remises et les serre dans l'armoire réservée à cet usage.

37. Afin de prévenir les abus et le gaspillage, de combattre et de réprimer le désordre, en un mot tout ce qui peut nuire au bon emploi du matériel ou à la conservation des manuels, il exerce une surveillance active sur les fournitures gratuites remises aux élèves.

38. Il s'efforce d'obtenir un emploi judicieux du papier; il interdit formellement l'enlèvement des feuilles, les pages inachevées, les marges exagérées; celles-ci auront, au maximum, 2 cm au bord extérieur de la page et 1 cm vers la couture.

39. Aussi souvent que cela est nécessaire, il procède à l'inspection des fournitures scolaires; dans le degré inférieur, cette inspection doit avoir lieu chaque jour, à la fin de l'école de l'après-midi, jusqu'à ce que les élèves aient acquis des habitudes d'ordre satisfaisantes.

40. Il requiert, cas échéant, l'application de l'art. 7 des présentes instructions et en réfère, s'il y a lieu, à la commission scolaire.

41. Il inscrit dans le livret scolaire de chaque élève, au moment de leur remise, les fournitures livrées, conformément aux indications du dit livret, édition de 1901, page 15.

42. Avec la réquisition du mois de janvier, et trois jours au moins avant les examens du printemps, il fait connaître au dépositaire les soldes des fournitures de sa classe à chacun de ces moments-là.

43. Il porte, aussitôt après réception, dans le catalogue de la bibliothèque de l'école, tout ouvrage ou brochure qui lui est remis pour sa classe.

2. Distribution et retrait des fournitures.

44. Chaque élève primaire reçoit gratuitement le matériel et les manuels appropriés à son degré de développement. Ce matériel et ces manuels doivent être neufs lorsqu'ils lui sont remis pour la première fois.

45. Les élèves qui changent de localité emportent avec eux tous leurs effets scolaires, y compris l'encrier.

46. Les élèves libérés définitivement par âge ou qui entrent dans un établissement secondaire officiel du canton ont le droit de garder tous leurs effets scolaires.

Les maîtres retireront le matériel et les manuels des élèves qui entrent dans une école particulière, de ceux qui quittent le canton de Vaud ou qui ne tiennent pas à conserver leurs effets scolaires. Ceux-ci, s'ils sont encore utilisables, pourront être donnés à des élèves faisant preuve de grande négligence dans l'usage du matériel qui leur est remis, ou servir à l'occasion de distributions exceptionnelles à effectuer.

3. Emploi du matériel et des manuels.

47. La distribution du matériel se fait de la façon la plus judicieuse possible. Le personnel enseignant établit comme il l'entend le contrôle qu'il est nécessaire de faire à cet égard. Chaque élève reçoit, une fois pour toutes, la boîte d'école et l'encrier. L'ardoise¹⁾ n'est remplacée qu'exceptionnellement. Deux porte-plumes et deux règles doivent suffire pour toute la scolarité de l'élève. Les porte-crayons peuvent être conservés dans l'armoire du matériel et remis momentanément aux élèves lorsque leur emploi est utile. Les crayons, les plumes et la gomme ne sont distribués que sur la présentation de ce qui reste de l'objet devenu inutilisable.

Les cas de contestation relatifs à la distribution du matériel peuvent être portés à la connaissance du Département de l'Instruction publique, Bureau des fournitures scolaires.

¹⁾ La suppression de l'emploi de cet objet d'école, dans les écoles primaires du canton, sera fort probablement décidée d'ici à brève échéance.

48. Tout objet du matériel scolaire qui en est susceptible doit porter le nom de l'élève.

49. Les cahiers et albums en usage dans chaque degré sont distribués en conformité des prescriptions suivantes:

	Degrés		
	inférieur	intermédiaire	supérieur
Ecriture	cah. n ^o 1 ou 2	cah. n ^o 5	cah. n ^o 5
Orthographie	" 2 ou 3	" 3	" 4
Composition	" —	" 3	" 4
Arithmétique	" 4	" 4	" 4
Copie	" —	" 4	" 4
Comptabilité	" —	" 6	" 6
Croquis et cartographie	" —	" 7	" 7
Allemand	" —	" —	" 4
Dessin	alb. n ^o 1	alb. n ^o 1	alb. n ^o 2

Les cahiers n^{os} 6 et 7 ne sont fournis qu'aux élèves avancés du degré intermédiaire.

Le cahier de copie doit être consacré aux résumés des leçons, aux canevas ou plans de compositions, aux morceaux pouvant servir de modèles au point de vue du choix des idées et du style, aux solutions-types de problèmes. Les copies de dictées ou de compositions ne se font qu'exceptionnellement. — Chaque élève ne doit avoir que les cahiers indiqués ci-dessus.

Le personnel enseignant pourra être tenu de remplacer, à ses frais, le matériel distribué contrairement aux prescriptions établies.

50. Un nouveau cahier n'est donné que sur présentation de l'ancien et après constatation par le maître que celui-ci est dûment fini et complet.

Le remplacement des cahiers incomplets peut être mis à la charge des parents.

51. Les cahiers terminés dans le courant de l'année scolaire sont retirés et conservés par le maître pour être présentés à l'examen.

Après cela ils sont remis aux élèves.

Les cahiers non terminés à l'examen sont continués, avec la même destination, au commencement de la nouvelle année scolaire.

52. La distribution des plumes se fait en remettant aux élèves du degré inférieur celles dont la pointe est la plus large, et en réservant les plumes plus dures ou à pointe fine pour les élèves des degrés intermédiaire et supérieur.

53. Tout encrier est pourvu d'un bouchon fourni par l'élève.

54. L'usage de l'ardoise doit être réservé, dans le degré inférieur, aux exercices de dessin; dans les degrés intermédiaire et supérieur, aux exercices préliminaires de dessin, à la cartographie et dans une mesure aussi restreinte que possible au calcul écrit et à la comptabilité.

55. La gomme n'est remise aux élèves que pour la leçon de dessin.

56. Les manuels sont distribués conformément aux directions données à cet égard; la remise en est faite une fois pour toutes à chaque élève.

57. Les élèves promus dans les degrés intermédiaire et supérieur restent en possession des manuels qu'ils ont reçus et sont tenus de les conserver.

58. Le cartonnage des manuels doit être constamment préservé par une couverture solide et en bon état, de fort papier ou de toile. Les couvertures de toile noire sont recommandées. Il est interdit d'employer des journaux, même pour la couverture supplémentaire des cahiers.

VII. Dispositions finales.

59. Le Département de l'Instruction publique peut exiger le remplacement immédiat de tout dépositaire qui ne remplit pas ses fonctions avec soin, ponctualité et exactitude.

60. Les présentes instructions annulent les directions précédentes et entrent immédiatement en vigueur.

19. 17. Instructions aux autorités communales et au personnel enseignant du canton de Vaud au sujet de l'emploi des fournitures gratuites pour l'enseignement des travaux à l'aiguille. (Du 1^{er} février 1907.)

I. Dispositions générales.

1. Les jeunes filles fréquentant les écoles primaires du canton de Vaud reçoivent gratuitement le matériel nécessaire aux leçons de travaux à l'aiguille, conformément à la liste établie par le Département de l'Instruction publique.

2. Les jeunes filles, âgées de 6 à 7 ans, élèves d'une école semi-enfantine, sont mises au bénéfice de la mesure prévue à l'article précédent.

3. Les élèves ne doivent emporter à la maison aucun des effets qui leur sont remis gratuitement pour les leçons de travaux à l'aiguille.

4. Les parents ou tuteurs sont responsables des fournitures ou effets perdus, détériorés, ou mis hors d'usage par la faute de leurs enfants ou pupilles. Les fournitures de remplacement doivent être semblables à celles qui sont remises gratuitement aux élèves.

5. Dans chaque commune, le service général des fournitures pour les travaux à l'aiguille est confié à un dépositaire. Celui-ci est nommé par la municipalité, sur préavis de la commission scolaire; la rétribution à lui allouer est à la charge de la commune.

6. Les fonctions de dépositaire peuvent être remplies par l'une des maîtresses de travaux à l'aiguille ou toute autre personne qualifiée. Les nominations ou remplacements sont portés à la connaissance du Département de l'Instruction publique.

7. Le Département de l'Instruction publique fournit au dépositaire les registres et formulaires indispensables.

8. Toute correspondance relative au matériel dont il est ici question doit être adressée au Département de l'Instruction publique; elle doit être attestée officiellement, afin de jouir de la franchise de port.

9. La haute surveillance sur l'emploi des fournitures pour les travaux à l'aiguille est exercée par la commission scolaire; celle-ci peut en charger une commission spéciale, si elle le juge nécessaire.

10. Les réquisitions, demandes spéciales ou réclamations, sont signées par le dépositaire et le président de la commission scolaire ou celui de la commission spéciale suivant le cas.

II. Dépositaires.

11. Les dépositaires sont responsables des fournitures qu'ils reçoivent; des dernières ne doivent, sous aucun prétexte, être détournées de leur destination.

12. Les dépositaires sont révocables en tout temps et sans indemnité, en cas de négligence dans l'exercice de leurs fonctions.

13. Les dépositaires sont chargés:

- a. De conserver avec soin les échantillons de fournitures qui leur sont envoyés;
- b. d'établir les réquisitions d'après les demandes du personnel enseignant, en tenant compte des soldes qui se trouvent dans les différentes classes et conformément aux instructions du Département;
- c. de recevoir les fournitures, de les reconnaître d'après les échantillons, de les serrer avec ordre dans l'armoire spéciale fournie par la commune, d'accuser réception des envois, avec observations s'il y a lieu, et d'effectuer la répartition de ces fournitures conformément aux demandes admises;

- d. de tenir constamment à jour le registre de réception et de livraison des fournitures;
- e. de vérifier les factures, d'établir le bordereau général pour les divers fournisseurs et de le transmettre, avec le dernier accusé de réception, au Département de l'Instruction publique;
- f. de classer avec soin toutes les pièces et lettres reçues.

14. En aucun cas, les dépositaires n'ont à correspondre, ni à entrer en relations avec les fournisseurs, en ce qui concerne le matériel dont il s'agit ici, et réciproquement. Le Département de l'Instruction publique est leur seul intermédiaire à cet égard.

III. Fournisseurs.

15. Les fournisseurs envoient franco, au domicile du dépositaire, frais de factage ou de camionnage compris, les fournitures demandées et admises par le Département de l'Instruction publique.

16. Les envois se font, dans la règle, avant le 31 mars de chaque année. Les retards qui viennent à se produire sont portés en temps utile à la connaissance du Département de l'Instruction publique.

17. Tout envoi d'un fournisseur doit être accompagné d'une facture détaillée.

18. Les fournisseurs sont tenus de compléter leurs envois ou de remplacer les fournitures en mauvais état ou non conformes aux échantillons.

19. L'Etat paye intégralement les fournisseurs dans les six mois qui suivent les expéditions. Les communes ont, de leur côté, à verser, à la recette de district, le 50 % du montant des fournitures pour les écoles de leur ressort.

20. Si le dépositaire a eu à supporter des frais de factage ou de camionnage, il se fait rembourser par la caisse communale. Le montant de ces frais est déduit de la part à payer par la commune à la recette de district, à la condition d'être indiqué dans l'accusé de réception des fournitures auxquelles il se rapporte ainsi, que dans le bordereau des factures.

IV. Maîtresses de travaux à l'aiguille.

21. Les institutrices et maîtresses de travaux à l'aiguille inscrivent, sur un formulaire spécial, les fournitures qui leur sont remises par le dépositaire. Elles sont responsables de ces fournitures et doivent les serrer avec soin dans l'armoire destinée à cet usage.

22. Les réquisitions pour chaque école doivent être établies conformément aux indications qui sont données à cet effet par le Département de l'Instruction publique.

23. Il est recommandé aux maîtresses de travaux à l'aiguille de veiller à ce qu'il soit fait un emploi judicieux des fournitures et du matériel se rapportant à cet enseignement.

24. Les réclamations concernant la qualité de ces fournitures doivent être portées à la connaissance du Département de l'Instruction publique, par l'intermédiaire du dépositaire et de la commission scolaire.

V. Emploi du matériel et des fournitures pour les travaux à l'aiguille.

25. La distribution des fournitures aux élèves se fait au fur et à mesure des besoins de l'enseignement et de façon à empêcher tout gaspillage.

26. Les ciseaux, règles, rubans métriques, aiguilles à tricoter, constituent le matériel de classe; leur remplacement sera, par conséquent, limité au strict nécessaire. La distribution des aiguilles à coudre sera l'objet d'un contrôle sérieux.

27. Chaque élève est tenue de serrer ses effets et fournitures dans une poche ou dans une boîte affectée à cet usage.

20. 18. Arrêté du Conseil d'Etat du canton de Vaud sur la répression des absences scolaires, la perception des amendes et la conversion de celles-ci en emprisonnement. (Du 17 mai 1907.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud, vu le préavis du Département de l'Instruction publique et des Cultes; vu les dispositions renfermées aux art. 89 et suivants de la loi du 15 mai 1906, sur l'Instruction publique primaire, et celles contenues aux art. 204 et suivants du règlement du 15 février 1907; attendu qu'il y a lieu d'édicter des règles spéciales au sujet des absences scolaires, de la perception des amendes qui en résultent et de leur conversion en emprisonnement;

arrête:

Art. 1^{er}. Dans les deux jours dès la fin de chaque semaine, les présidents des commissions scolaires transmettent au préfet du district le rapport hebdomadaire relatif aux absences, prévu à l'art. 203 du règlement du 15 février 1907.

Art. 2. Le préfet veille à ce que ce rapport lui soit adressé régulièrement, qu'il y ait ou non des absences sans congé. Il rappelle cette formalité aux commissions scolaires qui l'ont négligée.

Art. 3. Aussitôt après réception des rapports, le préfet cite, par lettre, les parents et les tuteurs des enfants dénoncés et prononce les amendes prévues aux art. 89 et 90 de la loi du 15 mai 1906.

Art. 4. Les amendes prononcées doivent être acquittées, au bureau du préfet, dans le délai de vingt jours.

Le préfet en avise les intéressés au moment du prononcé.

Art. 5. A défaut de paiement dans ce délai, le préfet prononce la conversion de l'amende en emprisonnement, à raison de vingt-quatre heures d'emprisonnement pour cinq francs d'amende.

Art. 6. Le rapport mensuel des préfets, prévu à l'art. 99 de la loi précitée, est adressé au Département de l'Instruction publique et des Cultes, au plus tard 35 jours après le dernier prononcé.

Art. 7. Le préfet tient un compte spécial des amendes perçues et des frais résultant des cas de conversion.

Art. 8. Il remet au receveur un relevé de ce compte, dans les quinze jours qui suivent chaque trimestre.

Art. 9. Le receveur fournit annuellement, à chaque municipalité intéressée, le bordereau des amendes attribuées à la commune ainsi que des frais pour défaut de paiement.

Art. 10. Le receveur transmet, cas échéant, à la municipalité, le produit des amendes scolaires, sous déduction des frais. Si ces derniers excèdent le montant des amendes perçues, la différence est supportée par l'Etat.

Art. 11. Par les dispositions qui précèdent, il n'est pas dérogé aux art. 205 et suivants du règlement du 15 février 1907, pour autant qu'il s'agit d'amendes visant d'autres infractions que les absences.

Art. 12. L'arrêté du 1^{er} février 1895 est abrogé.

Art. 13. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes est chargé de l'exécution du présent arrêté, qui entrera immédiatement en vigueur.

Donné sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 17 mai 1907.

21. 19. Circulaire du Département de l'Instruction publique et des cultes du canton de Vaud, concernant la constitution de mutualités scolaires de retraites. (Du 4 novembre 1907.)

La loi du 2 mars 1907 créant une caisse cantonale vaudoise des retraites populaires entrera en vigueur le 1^{er} janvier 1908.

Elle prévoit la constitution de mutualités scolaires de retraites ayant pour but de faciliter à leurs membres l'affiliation à cet établissement.

Une circulaire du Conseil d'Etat, adressée aux municipalités du canton, les engage à organiser une ou plusieurs associations de cette nature dans la commune de leur ressort.

En vous remettant quelques exemplaires de la notice incluse, nous vous prions :

1^o d'attirer l'attention des parents et de leurs enfants sur l'utilité et les avantages de l'institution nouvelle ;

2^o de coopérer activement à la formation d'une mutualité scolaire englobant les écoliers ou écolières dont l'instruction vous est confiée.

Nous comptons sur votre concours pour le développement de cette œuvre patriotique.

22. 20. Règlement pour le service du matériel scolaire gratuit dans le canton de Neuchâtel. (Du 12 mars 1907.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Neuchâtel; vu l'article 115 de la loi sur l'enseignement primaire du 27 avril 1889; vu la loi sur la gratuité des fournitures scolaires à l'école publique primaire du 21 mai 1890 et le décret du Grand Conseil du 19 novembre 1906, revisant l'article premier de cette même loi; vu le préavis de la Commission cantonale consultative pour le choix du matériel scolaire; considérant qu'il y a lieu de reviser le règlement spécial pour le service du matériel scolaire gratuit; sur la proposition du Conseiller d'Etat, Chef du Département de l'Instruction publique;

arrête:

Chapitre premier. — Dispositions générales.

Art. 1^{er}. L'Etat fournit aux communes le matériel scolaire qu'elles sont tenues de délivrer aux élèves des établissements publics d'instruction primaire. Ce matériel est remis gratuitement à tous les élèves de l'école primaire dont les parents sont domiciliés dans le canton de Neuchâtel. — Toutefois les parents peuvent rembourser la valeur du matériel fourni à leurs enfants, sur la base de la dépense moyenne par élève indiquée dans le tableau de l'exercice précédent.

Les élèves dont les parents sont domiciliés hors du canton paient sur les mêmes bases les fournitures scolaires qui leur sont délivrées. (Art. 1^{er} (nouveau) de la loi sur la gratuité du matériel scolaire.)

Art. 2. Cependant lorsque ces élèves sont placés en échange et que leurs parents habitent un canton où les fournitures scolaires sont aussi délivrées gratuitement aux élèves des écoles publiques, ils sont, à titre de réciprocité, dispensés du remboursement prévu à l'article précédent.

Art. 3. Si les élèves astreints au paiement de leur matériel scolaire font dans une école un stage d'une durée inférieure à une année ou ne reçoivent pas toutes les fournitures distribuées aux autres élèves de la classe, la somme qu'ils ont à rembourser est calculée au prorata du matériel qui leur a été délivré.

En pareil cas, la finance que doit payer un élève est de fr. 2 au minimum.

Art. 4. Le matériel scolaire se divise en matériel de classe et matériel individuel.

Le matériel de classe ne doit pas sortir de la salle d'école; il comprend les objets nécessaires à l'enseignement fröbelien, les manuels de lecture, les encriers et les objets destinés aux travaux féminins inscrits au programme officiel, ainsi que les manuels dits „de classe“ qui rentrent dans cette catégorie en vertu d'une décision du Département de l'Instruction publique.

Le matériel individuel comprend tous les autres manuels, ainsi que le matériel courant.

Art. 5. Le Chef du Département de l'Instruction publique nomme tous les trois ans une commission consultative qui préavise sur le choix, l'adjudication et le prix du matériel, ainsi que sur toutes les questions relatives à l'organisation et à l'amélioration du service du matériel scolaire.

Chapitre II. — De la direction du service du matériel scolaire.

Art. 6. La direction et la surveillance générale du service du matériel scolaire gratuit sont remises au Chef du Département de l'Instruction publique, qui les exerce par le service de l'Economat du Département.

Art. 7. L'Economat du Département de l'Instruction publique a entre autres attributions:

- 1^o La mise au concours de la fourniture des manuels et du matériel scolaires.
- 2^o La stipulation des contrats avec les adjudicataires.
- 3^o La réception de toutes les demandes de matériel et leur envoi aux fournisseurs.
- 4^o La tenue de la comptabilité générale du service, le contrôle de celle des dépôts communaux de matériel, ainsi que de celle des classes, de concert avec les inspecteurs et les commissions scolaires.

Chapitre III. — Des fournisseurs.

Art. 8. Les fournitures scolaires sont mises au concours dans la Feuille officielle. Chaque adjudication fera l'objet d'une convention entre l'Economat du Département de l'Instruction publique et les fournisseurs. Ces conventions mentionneront les objets à fournir et leur prix, et portent la signature du Chef du Département de l'Instruction publique.

Art. 9. Les livraisons de matériel et de manuels ne sont faites par les fournisseurs que sur les bons de commande de l'Economat du Département de l'Instruction publique.

Chapitre IV. — Des commissions scolaires et des dépositaires.

Art. 10. L'administration locale du service du matériel est placée, dans chaque commune, sous la surveillance de la commission scolaire qui nomme un dépositaire chargé de la réception et de la distribution du matériel.

Cette nomination est soumise à la ratification du Département de l'Instruction publique.

Art. 11. Au mois de janvier de chaque année, les dépositaires établissent, sur formulaire spécial, la liste du matériel et des manuels nécessaires aux écoles pour l'année scolaire suivante et l'adressent à l'Economat du Département de l'Instruction publique qui en fait exécuter l'expédition.

Avant le 1^{er} septembre, les dépositaires complètent les fournitures qui peuvent leur manquer pour la période de l'hiver, et à cet effet envoient un nouveau formulaire spécial à l'Economat du Département de l'Instruction publique.

Il ne sera fait d'expédition de matériel que d'après les demandes faites dans ces deux mois de l'année.

Toute commande de matériel doit être contresignée par le président ou le délégué de la commission scolaire.

Art. 12. Les dépositaires accusent réception à l'Economat du Département, immédiatement après l'arrivée de chaque envoi.

Art. 13. Les dépositaires marquent du sceau de la commission scolaire les manuels reçus, puis remettent au personnel enseignant, contre récépissé, le matériel nécessaire aux élèves. Ils tiennent un compte d'entrée et de sortie des marchandises reçues et conservent comme pièces justificatives les avis d'expédition des fournisseurs, ainsi que les récépissés du personnel enseignant.

Cette comptabilité doit être constamment à jour, et à la disposition des autorités communales et scolaires.

Un double de cette comptabilité est adressé chaque année à fin décembre à l'Econamat du Département de l'Instruction publique.

Art. 14. Il est interdit aux dépositaires de vendre aucun des objets fournis par le service du matériel.

Art. 15. Les commissions scolaires établissent le rôle des élèves payants qui fréquentent leurs écoles.

Une fois par année et au plus tard pour le 15 novembre, elles adressent en deux exemplaires à l'Econamat du Département de l'Instruction publique un extrait de ce rôle, soit le bordereau dûment visé et avec toutes indications utiles, des sommes qu'elles ont encaissées en exécution des art. 1^{er} (3^{me} et 4^{me} alinéas) et 3 du présent règlement.

Un de ces doubles leur est ensuite retourné muni du visa du Département de l'Instruction publique.

Lorsqu'il n'existe aucune inscription d'élève payant dans un ressort scolaire communal, ce fait est attesté sur le bordereau annuel qui doit être expédié malgré cette circonstance à l'Econamat du Département de l'Instruction publique.

Art. 16. Les quotes-parts revenant de ce chef à l'Etat, soit les $\frac{3}{5}$ des sommes perçues, figurent sur le tableau général de la répartition des dépenses, publié à la fin de chaque exercice, et sont ajoutées au montant annuel que chaque commune est appelée à rembourser à la caisse de l'Etat pour la fourniture du matériel scolaire gratuit. (Art. 1^{er} (nouveau), 2^{me} et 4^{me} alinéas, de la loi sur la gratuité.)

Chapitre V. — Dispositions diverses.

Art. 17. Les instituteurs et les institutrices tiennent la comptabilité des objets qu'ils reçoivent du dépositaire sur un formulaire spécial du registre de classe.

La tenue de cette comptabilité a une durée correspondante à l'année scolaire; elle est placée sous le même contrôle que la comptabilité des dépositaires.

En cas de démission, l'instituteur ou l'institutrice fera vérifier et reconnaître à son successeur le matériel existant.

Art. 18. Les élèves n'ont droit qu'à la quantité normale de fournitures scolaires fixée par l'Econamat du Département. Ils ne reçoivent qu'un seul exemplaire de chaque manuel.

Ces objets deviennent leur propriété à la fin de leur scolarité. Si un élève quitte le canton ou l'école publique pour recevoir un enseignement privé, il est tenu de rendre tout son matériel scolaire à l'exception de ses cahiers, carnets, plumes et crayons et des manuels dont il est en possession depuis deux ans.

Art. 19. Les élèves remplacent à leurs frais tout objet perdu ou détérioré par leur faute.

Art. 20. L'élève promu dans une autre classe ou qui va demeurer dans une autre localité du canton emporte tous ses objets d'école.

Art. 21. Les élèves domiciliés dans le canton, qui suivent les écoles d'un ressort scolaire dans lequel ils ne sont pas domiciliés, reçoivent gratuitement les manuels et le matériel nécessaires. Il ne pourra être réclamé de ce chef aucune indemnité ni aux parents, ni à la commune du domicile des élèves.

Art. 22. Le présent règlement abroge celui du 6 juillet 1901 et entre immédiatement en vigueur.



III. Fortbildungsschulen.

23. 1. Reglement für die Inspektion der gewerblichen Fortbildungsschulen im Kanton Zug. (Vom 13. Mai 1907.)

Der Regierungsrat, in Ausführung der §§ 31—33 des Schulgesetzes und in teilweiser Abänderung des § 31 der Vollziehungs-Verordnung zum Schulgesetze, handelnd von den gewerblichen Fortbildungsschulen, auf Antrag des Erziehungsrates,

beschließt:

§ 1. Zur Beaufsichtigung der Fortbildungsschulen wählt der Erziehungsrat:

1. Einen Inspektor für die allgemein pädagogischen Fächer;
2. einen Inspektor für die zeichnerischen und technischen Fächer;
3. eine Inspektorin für die Haushaltungsfächer an den weiblichen Fortbildungsschulen. Derselben kann auch die Inspektion der Arbeitsschulen bei den Primar- und Sekundarschulen übertragen werden.

§ 2. Der Inspektor für die allgemein pädagogischen Fächer besucht sämtliche Fortbildungsschulen während des Jahres wenigstens zweimal und womöglich nochmals an der Schlußprüfung.

Er richtet sein Augenmerk vor allem auf die rein pädagogischen Fächer, als Deutsch, Rechnen, Buchhaltung und Vaterlandskunde.

§ 3. Der Inspektor für die zeichnerischen und technischen Fächer besucht alle gewerblichen Fortbildungsschulen für Jünglinge wenigstens zweimal während des Jahres und wenn möglich überdies an der Schlußprüfung.

Er wendet sein Augenmerk besonders auf Geometrie, auf geometrisches, berufliches, mechanisches und technisches Zeichnen, auf das Freihandzeichnen und Modellieren.

§ 4. Die Inspektorin für die Haushaltungsfächer besucht die weiblichen gewerblichen Fortbildungsschulen jährlich wenigstens zweimal und nimmt überdies womöglich noch an der Schlußprüfung teil.

§ 5. Der Inspektor für die zeichnerischen und technischen Fächer und die Inspektorin für die Haushaltungsfächer geben am Ende des Schuljahres ihre Berichte an den Inspektor der allgemein pädagogischen Fächer ab. Dieser vereinigt dieselben mit dem seinigen zu einem allgemeinen Berichte und unterbreitet denselben dem Erziehungsrate zuhanden des Regierungsrates.

24. 2. Großratsbeschluß betreffend Aufhebung des obligatorischen Fortbildungs-Unterrichtes in den Landgemeinden des Kantons Baselstadt. (Vom 24. Oktober 1907.)

Der Große Rat des Kantons Baselstadt, auf den Antrag [des Regierungsrates, beschließt:

Der Großratsbeschluß vom 5. November 1883 betreffend versuchsweise Einrichtung obligatorischer Fortbildungsschulen in den Landgemeinden wird aufgehoben.

25. 3. Bekanntmachung der Landschulkommission von Appenzell I.-Rh. betreffend Prüfung für Fortbildungsschulen. (Vom 14. Oktober 1907.)

Behufs Kontrollierung der Resultate der Fortbildungsschule ist auf Samstag den 26. Oktober 1907 für alle im Kanton wohnenden Kantons- und Schweizerbürger, welche im Herbst 1908 zur militärischen Aushebung (Einteilung) kommen (1889er Jahrgänger), eine kantonale Prüfung anberaumt.

Es haben zu erscheinen: vormittags 8 Uhr die Rekruten von Oberegg im Schulhause im Dorf Oberegg und die Rekruten des innern Landesteiles (mit Ausnahme des Schulkreises Appenzell) im neuen Schulhause in Appenzell; nachmittags 1 Uhr die Rekruten aus dem Schulkreise Appenzell.

Wer das Zeugnisbüchlein der Fortbildungsschule nicht mitbringt, wird mit 1 Fr. gebüßt; ebenso wird Ausbleiben oder zu spätes Erscheinen bestraft.

Jeder Prüfling, der in einem Fache eine schlechtere Note als ein Drei erhält, hat, sofern er nicht — nach vier Fächern berechnet — eine Durchschnittsnote von 10 oder weniger Punkten hat, eine spezielle Nachschule zu bestehen. Letzere wird für den ganzen innern Landesteil einem oder, wenn nötig, zwei Lehrern in Appenzell übertragen. Schulzeit: Von Anfang November bis Mitte März wöchentlich zwei Abendstunden. Den Nachschülern in den Außengemeinden bleibt jedoch freigestellt, statt dieser Nachschule die gewöhnliche Fortbildungsschule noch einen vierten Winter wöchentlich zweimal zu besuchen, vorausgesetzt, daß dadurch die Schülerzahl des betreffenden Kreises nicht zu groß wird.

Für den äußern Landesteil besteht unter den nämlichen Grundsätzen eine Nachschule in Oberegg.

Meister, welche im stellungspflichtigen Alter stehende Lehrlinge oder Arbeiter haben, sind unter eigener Verantwortlichkeit verpflichtet, dieselben auf die Pflicht zum Besuche der Prüfung und eventuell der Schule aufmerksam zu machen.

Die Ortsschulräte haben für regelmäßigen Besuch dieser Nachschule zu sorgen.

6. 4. Bekanntmachung der Landesschulkommission von Appenzell I.-Rh. betreffend den Repetitionskurs für Rekruten. (Vom 14. August 1907.)

Für die 1888er Jahrgänger wird im Laufe des Monats September nächsthin Repetitionskurs abgehalten. Der betreffende Kurs findet an den gewöhnlichen Orten und zu den gleichen Stunden statt, die hinsichtlich des Winterkurses gelten, soll aber mindestens acht Schulstunden umfassen.

Auf Samstag den 31. August ist für alle diejenigen, welche in diesem Herbste zur militärischen Aushebung („Einteilung“) kommen, eine kantonale Prüfung anberaumt und wird damit die gedachte Jungmannschaft des innern Landesteils in das neue Schulhaus auf der Hofwiese, diejenige von Oberegg in das Schulhaus im Dorf Oberegg einberufen. Mit Ausnahme der Schulkreise Appenzell, Meistersrüte und Kau haben die Rekruten sämtlicher übriger Schulkreise (inbegriffen diejenigen des Bezirks Oberegg) vormittags 8 Uhr, diejenigen der Schulkreise Appenzell, Meistersrüte und Kau nachmittags 1 Uhr zu erscheinen. Das Zeugnisbüchlein der Fortbildungsschule ist mitzubringen. Ausbleiben und zu spätes Erscheinen wird strenge und ohne Nachsicht bestraft.

27. 5. Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Aargau an die tit. Bezirksschulräte, Bürgerschulinspektorate und Schulpflegen, betr. Schulzeit an den Bürgerschulen. (Vom 1. Juni 1907.)

Der Erziehungsrat hat in Erfahrung gebracht, daß der Bürgerschulunterricht an manchen Orten pro Wintersemester in bedeutend weniger als 20 Schulwochen erteilt wird, indem die Eröffnung der Bürgerschule oft erst Ende November, in einzelnen Fällen sogar erst anfangs Dezember stattfindet und der Schluß schon anfangs März erfolge.

Um dieser Unterrichtsverkürzung vorzubeugen, wird mit Rücksicht auf die Bestimmung in § 6 des Bürgerschulgesetzes betreffend Schulzeitdauer verfügt, daß der Bürgerschulunterricht unter allen Umständen in der ersten Novemberwoche zu beginnen hat und die Bürgerschulprüfungen nicht vor dem 20. März abgehalten werden dürfen.

IV. Sekundar- und Mittelschulen (Gymnasien, Seminarien etc.)

28. 1. Regulativ betreffend die Promotionen am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur. (Vom 13. Februar 1907.)

Der Erziehungsrat, in Ausführung von § 22, Absatz 2, des Reglementes für das Technikum (vom 2. August 1900),

beschließt:

Für die Beförderung der Schüler des Technikums werden nachfolgende Bestimmungen aufgestellt:

§ 1. Die Promotion von einer Klasse in die nächstfolgende ist eine definitive oder provisorische. Fehlt die nötige Reife zum Übertritt in einen höheren Kurs, so findet eine Promotion nicht statt.

Die provisorische Promotion bedeutet die Aufnahme auf eine Probezeit von sechs Wochen; nach Ablauf dieser Frist entscheidet die Aufsichtskommission auf den Antrag des Lehrerkonventes über definitive Aufnahme oder Rückweisung. In Ausnahmefällen kann eine Verlängerung der Probezeit angeordnet werden.

§ 2. Schüler, deren Leistungsnoten den Durchschnitt von wenigstens 4 ergeben und welche in keinem Fache eine Note unter $3\frac{1}{2}$ aufweisen, sind ohne weiteres definitiv promoviert.

§ 3. Nicht promoviert — und zwar ohne besondere Beschlußfassung — sind Schüler, welche in drei oder mehr Fächern Leistungsnoten unter 3 haben und die Durchschnittsnote 4 nicht erreichen.

§ 4. Besondere Beschlußnahme hat zu erfolgen für alle Schüler, welche nicht gemäß den §§ 2 und 3 von vornherein definitiv promoviert oder nicht promoviert sind.

Die Entscheidung ist zu treffen auf Grund: *a.* Der Durchschnittsnote; — *b.* der einzelnen Leistungsnoten mit Berücksichtigung der Bedeutung der Fächer, in denen die geringen Noten erteilt worden sind; — *c.* der Fleißnoten; — *d.* der persönlichen Verhältnisse des Schülers (z. B. Krankheit, Militärdienst, Praxis).

§ 5. Die Eintragung der Zeugnisnoten in die Notenlisten muß spätestens 24 Stunden vor der Konventsitzung beendet sein.

§ 6. Für alle Klassen bezeichnet die Direktion Referenten, welche die Durchschnitte der Leistungsnoten zu berechnen und die Schüler, den Bestimmungen der §§ 2, 3 und 4 entsprechend, zu klassifizieren haben.

Den Referenten fällt insbesondere die Aufgabe zu, im Lehrerkonvent Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen betreffend Promotion der Schüler der dritten Gruppe (§ 4, lit. c).

Sie haben ferner dem Konvent Antrag zu stellen über die in die Semesterzeugnisse aufzunehmenden Betragensnoten.

Vor Einbringung dieser Anträge haben sich die Referenten mit den Lehrern zu besprechen, die an den betreffenden Klassen Unterricht erteilen.

§ 7. Die vom Lehrerkonvent gefaßten Beschlüsse sind an die Aufsichtskommission weiterzuleiten, welche über die Promotionen endgültig entscheidet.

§ 8. Dieses Regulativ tritt an die Stelle der provisorischen Bestimmungen vom 2. Dezember 1904 und tritt sofort in Kraft.

29. 2. Reglement betreffend die Maturitätsprüfungen am kantonalen Gymnasium in Zürich. (Vom 6. März 1907.)

§ 1. Die Maturitätsprüfung der Abiturienten des Gymnasiums für den Eintritt in die Hochschulen findet zugleich als Entlassungsprüfung der obersten Klasse nach Abschluß des letzten Gymnasialkurses statt. Zu derselben werden nur solche Kandidaten zugelassen, welche der Anstalt während wenigstens eines ganzen Jahres als regelmäßige Schüler angehört haben.

§ 2. Die Prüfung ist jeweilen öffentlich auszuschreiben.

§ 3. Die Prüfung wird unter Mitwirkung der Lehrer der obersten Klasse als Examinatoren von der Aufsichtskommission, eventuell unter Zuzug weiterer Experten, abgenommen.

§ 4. Für die Erklärung der Reife sind die Prüfungsergebnisse folgender Fächer maßgebend:

1. Deutsche Sprache; 2. Französische Sprache; 3. Lateinische Sprache; 4. Griechische, beziehungsweise englische Sprache; 5. Geschichte und Geographie; 6. Naturkunde; 7. Chemie; 8. Physik und physikalische Geographie; 9. Mathematik; 10. Zeichnen.

In Geschichte und allgemeiner Geographie einerseits und in Physik und physikalischer Geographie andererseits wird je nur eine Note erteilt.

§ 5. Die Prüfung zerfällt in einen mündlichen und einen schriftlichen Teil und soll sich im wesentlichen auf das Unterrichtspensum der obersten Klasse beschränken. Dabei ist das Hauptaugenmerk weniger auf die gedächtnismäßig angeeigneten Kenntnisse, als auf den Grad der geistigen Reife zu richten.

Im Zeichnen findet keine Prüfung statt (vergleiche § 12)b.

§ 6. Die schriftlichen Prüfungen erstrecken sich auf alle in § 4 (1—9) erwähnten wissenschaftlichen Fächer, die Geschichte ausgenommen.

Sie finden in Deutsch, Französisch, Latein, Griechisch beziehungsweise Englisch und in Mathematik in den letzten Wochen vor dem mündlichen Examen statt.

In den naturwissenschaftlichen Fächern (Physik, Chemie, Naturkunde) werden im Verlauf des letzten Semesters je zwei Klassenarbeiten angefertigt, welche bei der Festsetzung der Maturitätsnoten zu berücksichtigen sind.

§ 7. Die Arbeiten bestehen für das Deutsche und die modernen Fremdsprachen in einem Aufsatz, für das Lateinische und das Griechische in der Übersetzung eines vorgelegten Textes ins Deutsche, für Mathematik, Physik, Chemie und Naturkunde in der Lösung einiger Aufgaben, beziehungsweise in der Beantwortung bestimmter Fragen.

§ 8. Bei den schriftlichen Maturitätsprüfungen (§ 6, Alinea 2) dürfen keine Hilfsmittel benützt werden, mit Ausnahme der logarithmischen und trigonometrischen Tabellen.

Allfällige vom Lehrer als nötig erachtete Erklärungen sind den Schülern vor Beginn der Arbeit mitzuteilen und nachher dem Experten vorzulegen.

§ 9. Für die schriftlichen Maturitätsarbeiten (§ 6, Alinea 2) wird je eine Zeit von höchstens vier Stunden anberaumt. Sie werden unter unausgesetzter Aufsicht der betreffenden Fachlehrer angefertigt, nachher korrigiert und beurteilt und rechtzeitig dem Experten zur Einsicht zugestellt.

§ 10. Die mündliche Prüfung erstreckt sich in der Regel auf fünf der in § 4 unter 1—9 genannten Fächer, und zwar auf zwei Sprachen, Geschichte und zwei Fächer der mathematisch-naturwissenschaftlichen Gruppe.

Die Fächer, in denen mündlich geprüft werden soll, werden jeweilen von der Aufsichtskommission bezeichnet und den Schülern zu Anfang des zweiten Quartales mitgeteilt.

§ 11. Die mündliche Prüfung findet in Gruppen statt, bei deren Bildung darauf Bedacht zu nehmen ist, daß jeder Kandidat Zeit genug erhält, sich über den Grad seines Wissens und Könnens auszuweisen.

In den alten und modernen Fremdsprachen soll in der Regel extemporiert, in Mathematik, Physik, Chemie und Naturkunde der Schüler so viel als möglich an für ihn neuen Problemen oder Anwendungen auf seine geistige Reife geprüft werden.

Die schriftlichen Arbeiten des letzten Kurses sind aufzulegen.

§ 12. Nach der Prüfung setzen der Experte und der Fachlehrer gemeinsam die Zensuren für die Leistungen der einzelnen Kandidaten fest. Die endgültigen Maturitätsnoten werden folgendermaßen ermittelt:

- a. Für die wissenschaftlichen Fächer aus den Ergebnissen der mündlichen und schriftlichen Prüfungen und den Leistungsnoten der zwei letzten Quartalzeugnisse;
- b. für das Zeichnen aus den Leistungsnoten desjenigen Semesters, in welchem der Fachunterricht abgeschlossen wurde. Für Schüler des Literar-Gymnasiums können auch die Leistungen im fakultativen Zeichenunterricht berücksichtigt werden.

Schülern, die wegen eines Augenleidens in dem für die Maturitätsnote maßgebenden Semester vom Zeichnen befreit waren, wird in diesem Fache keine Note erteilt.

§ 13. In Religion, Hebräisch, Turnen, Italienisch und für die in Griechisch Geprüften auch in Englisch wird der Durchschnitt aus den Leistungsnoten der zwei letzten Quartale in das Maturitätszeugnis eingetragen. Diese Zensuren werden bei der Entscheidung über die Reife des Kandidaten nicht berücksichtigt.

§ 14. Die endgültigen Maturitätsnoten werden in gemeinschaftlicher Sitzung der Prüfungskommission und der Examinatoren zusammengestellt, wobei auf Antrag des Rektors über die Bejahung oder Verneinung der Maturität entschieden wird.

Bei diesen Verhandlungen haben die Examinatoren beratende Stimme.

§ 15. Die Maturitätsnoten werden durch die Zahlen von 1—6 ausgedrückt, wobei 6 die besten, 1 die geringsten Leistungen bezeichnet. Die Anwendung halber Noten in der Form von beispielsweise $3\frac{1}{2}$, $5\frac{1}{2}$, ist gestattet.

Das Zeugnis der Reife darf nur erteilt werden, wenn der Durchschnitt der Zensuren in sämtlichen Maturitätsfächern (§ 4, 1—10) mehr als 3,5 beträgt. Ferner schließen in den wissenschaftlichen Fächern (§ 4—9) eine Note unter 2, zwei Noten unter 3, drei Noten unter $3\frac{1}{2}$, vier Noten unter 4 die Erteilung des Reifezeugnisses aus.

§ 16. Ein Kandidat, der das Examen nicht bestanden hat, kann erst zu der nächstfolgenden ordentlichen Maturitätsprüfung wieder zugelassen werden. Eine dritte Prüfung ist nicht gestattet.

§ 17. Die Benützung unerlaubter Hilfsmittel, sowie jede andere Unredlichkeit kann mit Zurückweisung von der ganzen Prüfung, respektive mit Verweigerung des Maturitätszeugnisses bestraft werden.

Ein aus diesem Grunde abgewiesener Aspirant kann erst zu der folgenden ordentlichen Maturitätsprüfung wieder zugelassen werden. In besonders schweren Fällen kann durch Beschluß der Erziehungsdirektion auf Antrag der Aufsichtskommission Ausschließung für immer verfügt werden.

Die Kandidaten sind vor Beginn der Prüfung auf die vorstehenden Bestimmungen (Absatz 1 und 2) aufmerksam zu machen.

§ 18. Das Maturitätszeugnis muß folgende Angaben über den Geprüften enthalten:

- a. Name, Heimat, Geburtsdatum;
- b. Zeitpunkt des Eintrittes in die Anstalt und die durchlaufenen Klassen;
- c. die Fachzensuren.

Das Zeugnis trägt die Unterschriften des Präsidenten und des Aktuars der Aufsichtskommission sowie des Rektors der Anstalt.

§ 19. Das vorstehende Reglement hat zum erstenmal Gültigkeit für die Maturitätsprüfungen im Jahre 1907, und es werden durch dasselbe das Reglement betreffend die Maturitätsprüfungen am kantonalen Gymnasium in Zürich vom 8. Juli 1891, die Beschlüsse des Erziehungsrates vom 9. September 1899 und 15. Oktober 1902 betreffend §§ 10 und 11 des Maturitätsreglementes vom 8. Juli 1891 aufgehoben.

30. 3. Reglement betreffend die Maturitätsprüfungen an der kantonalen Industrieschule in Zürich. (Vom 22. Mai 1907.)

§ 1. Die Maturitätsprüfung der Abiturienten der Industrieschule für den Eintritt in die Hochschulen findet als Entlassungsprüfung der V. Klasse nach Abschluß des letzten Schulkurses statt. Zu derselben werden nur solche Kandidaten zugelassen, welche der Anstalt während wenigstens eines ganzen Jahres als regelmäßige Schüler angehört haben.

§ 2. Durch sorgfältige Sichtung bei den alljährlichen Promotionen von Klasse zu Klasse sollen in den obersten Kurs nur solche Schüler kommen, die bei richtigem Gebrauch ihrer Fähigkeiten und ihrer Arbeitskraft der Maturitätsprüfung gewachsen sein sollten.

§ 3. Die Prüfung ist öffentlich und wird von den Lehrern der obersten Klasse als Examinatoren abgenommen und von der Aufsichtskommission, eventuell von zugezogenen Experten, überwacht.

§ 4. Für die Erklärung der Reife sind folgende Fächer maßgebend: 1. Deutsche Sprache und Literatur; — 2. Allgemeine und Schweizer Geschichte; — 3. Französische Sprache und Literatur; — 4. Englische Sprache und Literatur; — 5. Arithmetik, Algebra, Analysis; — 6. Geometrie, Trigonometrie, Analytische Geometrie; — 7. Darstellende Geometrie; — 8. Physik und Übungen im Laboratorium; — 9. Chemie und Übungen im Laboratorium; — 10. Naturgeschichte (Botanik, Zoologie, Geologie, Anthropologie); — 11. Geographie; — 12. Handzeichnen.

§ 5. Die Prüfung zerfällt in einen mündlichen und einen schriftlichen Teil und soll sich im wesentlichen auf das Unterrichtspensum des der Prüfung vorangehenden halben Jahres beschränken. Das Hauptaugenmerk ist nicht sowohl auf die gedächtnismäßig angeeigneten Kenntnisse, als auf den Grad der geistigen Reife zu richten.

§ 6. Die schriftlichen Prüfungen erstrecken sich auf alle in § 4 (1—12) erwähnten Fächer, Geschichte und Geographie ausgenommen.

Sie finden in Deutsch, Französisch, Englisch und in Mathematik im zweiten, in Darstellender Geometrie, Physik, Chemie, Naturgeschichte und Zeichnen am Ende des ersten Schulquartals der V. Klasse statt.

§ 7. Die Arbeiten bestehen für das Deutsche und die modernen Fremdsprachen in einem Aufsatz, für Mathematik, Darstellende Geometrie, Physik, Chemie und Naturgeschichte in der Lösung einiger Aufgaben, beziehungsweise in der Beantwortung bestimmter Fragen, für Handzeichnen in einer Skizze nach der Natur.

§ 8. Bei den schriftlichen Maturitätsprüfungen dürfen keine andern Hilfsmittel benützt werden als bestimmte Schulwörterbücher und bestimmte logarithmische und trigonometrische Tafeln.

Allfällige vom Lehrer als nötig erachtete Erklärungen sind den Schülern vor Beginn der Arbeit mitzuteilen und nachher dem Experten vorzulegen.

§ 9. Für die schriftlichen Maturitätsarbeiten des ersten beziehungsweise zweiten Quartals wird je eine Zeit von höchstens drei beziehungsweise vier Stunden anberaumt. Sie werden unter unausgesetzter Aufsicht der betreffenden Fachlehrer angefertigt, nachher korrigiert und beurteilt und rechtzeitig dem Experten zur Einsicht zugestellt.

§ 10. Die mündliche Prüfung erstreckt sich in der Regel auf fünf der in § 4 unter 1—11 genannten Fächer, und zwar auf eine Sprache, auf Geschichte und Geographie, auf ein mathematisches und ein naturwissenschaftliches Fach.

In Geographie wird mündlich schon am Ende der III. Klasse geprüft. Das sprachliche, das mathematische und das naturwissenschaftliche Fach, in dem mündlich geprüft werden soll, wird jeweilen von der Aufsichtskommission bezeichnet und den Schülern zu Anfang des zweiten Quartals mitgeteilt.

§ 11. Die mündliche Prüfung findet in so kleinen Gruppen statt, daß jeder Kandidat Zeit genug erhält, sich über den Grad seines Wissens und Könnens auszuweisen.

In den modernen Fremdsprachen soll der Schüler in der Regel extempore, in Mathematik, Darstellender Geometrie, Physik, Chemie, Naturgeschichte soweit tunlich an für ihn neuen Aufgaben oder Anwendungen, in Deutsch, Geschichte und Geographie an Gruppierungen des Lehrstoffes nach neuen Gesichtspunkten seine geistige Reife zeigen.

Die schriftlichen Arbeiten der V. Klasse sind aufzulegen.

§ 12. Nach der Prüfung einigen sich der Experte und der Fachlehrer über die Zensurierung der Leistungen der einzelnen Kandidaten. Die endgültigen Maturitätszensuren werden von ihnen ermittelt, nachdem sie für die Prüfungsfächer die Ergebnisse der mündlichen und der schriftlichen Prüfungen und die Leistungsmittel der zwei letzten Quartalzeugnisse einzeln aufgestellt haben.

§ 13. In Italienisch und Turnen wird das Leistungsmittel der zwei letzten Quartalzeugnisse in das Maturitätszeugnis eingetragen. Diese Zensuren werden bei der Entscheidung über die Reife des Kandidaten nicht berücksichtigt.

§ 14. Die Examinatorenkonferenz stellt die Maturitätszensuren zusammen und läßt durch den Rektor in gemeinschaftlicher Sitzung der Prüfungskommission die Erteilung oder die Verweigerung des Maturitätszeugnisses beantragen.

Bei diesen Verhandlungen haben die Examinatoren beratende Stimme.

§ 15. Die Maturitätszensuren werden durch die Zahlen von 1—6 ausgedrückt, wobei 6 die besten, 1 die geringsten Leistungen bezeichnet. Die Anwendung halber Noten in der Form von beispielsweise $3\frac{1}{2}$, $5\frac{1}{2}$ ist gestattet.

Das Zeugnis der Reife darf nur erteilt werden, wenn der Durchschnitt der Zensuren in sämtlichen Prüfungsfächern (§ 4, 1—12) mehr als $3\frac{1}{2}$ beträgt. Ferner schließen in den wissenschaftlichen Fächern (1—11) eine Zensur 2, zwei Zensuren unter 3, drei Zensuren unter $3\frac{1}{2}$, vier Zensuren unter 4, wenn davon eine unter $3\frac{1}{2}$ ist, fünf Zensuren unter 4, die Erteilung des Reifezeugnisses aus.

§ 16. Ein Kandidat, der das Examen nicht bestanden hat, kann erst zu der nächstfolgenden ordentlichen Maturitätsprüfung wieder zugelassen werden. Eine dritte Prüfung ist nicht gestattet.

§ 17. Die Benützung unerlaubter Hilfsmittel, sowie jede andere Unredlichkeit wird mit Zurückweisung von der ganzen Prüfung, respektive mit Verweigerung des Maturitätszeugnisses bestraft. — Ein aus diesem Grunde abgewiesener Aspirant kann erst zu der folgenden ordentlichen Maturitätsprüfung wieder zugelassen werden.

Die Kandidaten sind vor Beginn der Prüfung auf diese Bestimmungen aufmerksam zu machen.

§ 18. Das Maturitätszeugnis muß folgende Angaben über den Geprüften enthalten:

- a. Name, Heimat, Geburtsdatum;
- b. Zeitpunkt des Eintrittes in die Anstalt und die durchlaufenen Klassen;
- c. die Fachzensuren;
- d. das Urteil über das Betragen.

Das Zeugnis trägt die Unterschriften des Präsidenten und des Aktuars der Aufsichtskommission, sowie des Rektors der Anstalt.

§ 19. Das vorstehende Reglement hat zum erstenmal Gültigkeit für die Maturitätsprüfungen 1907.

31. 4. Reglement für die Maturitätsprüfungen an der Kantonsschule in Luzern.
(Vom 13. März 1907.)

Der Erziehungsrat des Kantons Luzern, mit Hinsicht auf § 65 des Erziehungsgesetzes vom 26. September 1879, 29. November 1898 und § 29 der Vollziehungsverordnung zu demselben betreffend die höhere Lehranstalt vom 27. Februar 1901, sowie die eidgenössische Verordnung betreffend den Maturitätsausweis für die Kandidaten der medizinischen Berufsarten vom 6. Juli 1906,

beschließt:

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Am Schlusse des Unterrichtes der obersten Klasse des Lyzeums und der technischen Abteilung der Realschule finden Maturitätsprüfungen statt.

Die Maturitätsprüfungen sind obligatorisch für alle Schüler, welche nach Maßgabe der bezüglichen Gesetze und Vorschriften behufs Ausübung eines wissenschaftlichen Berufes eine eidgenössische oder kantonale Staatsprüfung bestehen wollen.

Die Erwerbung des Maturitätsausweises der technischen Abteilung der Realschule berechtigt zum prüfungsfreien Eintritt ins eidgenössische Polytechnikum, eventuell zur Zulassung zu den eidgenössischen Medizinalprüfungen, nach Maßgabe des Vertrages mit dem schweizerischen Schulrate beziehungsweise der eidgenössischen Medizinalmaturitätsverordnung vom 6. Juli 1906 (Abschnitt V).

§ 2. Zu den Maturitätsprüfungen dürfen nur regelmäßige Schüler der obersten Klasse zugelassen werden, welche die Kantonsschule wenigstens während eines ganzen Jahres besucht haben.

Überdies ist der Zutritt zu den Prüfungen von der Vollendung des 18. Altersjahres abhängig.

§ 3. Der Termin der Maturitätsprüfungen wird jeweilen vom Erziehungsrate festgesetzt und durch Publikation im Kantonsblatte und Anschlag im Kantonsschulgebäude bekannt gemacht.

§ 4. Die Anmeldungen zu den Maturitätsprüfungen sind innert der festgesetzten Frist bei dem betreffenden Rektorate schriftlich einzureichen. Die bezüglichen Formulare können daselbst bezogen werden.

Nach Ablauf der Anmeldefrist haben die Rektorate die Anmeldungen auf dem betreffenden Formulare zusammenzustellen und der Erziehungsratskanzlei zu übermitteln, welche die Vervielfältigung und Zustellung an die zuständigen Organe zu besorgen hat.

§ 5. Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet der Erziehungsrat.

§ 6. Für die Beaufsichtigung und Leitung der Prüfungen ernennt der Erziehungsrat für jede Abteilung einen oder wenn nötig mehrere Delegierte.

§ 7. Die Prüfung ist für alle Abiturienten der betreffenden Abteilung die gleiche ohne Rücksicht auf die Berufswahl; keines der vorgeschriebenen Fächer darf wegfallen.

§ 8. Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und mündliche. Die schriftliche Prüfung hat der mündlichen voranzugehen.

§ 9. Für jede schriftliche Arbeit wird vom Fachlehrer die zwei- beziehungsweise dreifache Anzahl Vorschläge dem betreffenden Rektorate versiegelt zuhanden des Erziehungsdepartements eingereicht. Der Delegierte des Erziehungsrates wählt die zu lösenden Aufgaben aus und teilt dieselben unmittelbar vor Beginn der Prüfung dem Rektorate zuhanden des betreffenden Fachlehrers mit.

Alle Examinanden erhalten dieselben Aufgaben und jede derselben erst in dem Augenblicke, in welchem ihre Bearbeitung beginnen soll. Die Schüler haben eine jede Arbeit, ohne sie zu verlassen, binnen der hierfür festgesetzten Zeit und unter beständiger, vom betreffenden Rektorate zu bestellenden Aufsicht anzufertigen.

Jeder Aufseher wird in einem besondern Verzeichnisse bemerken, in welcher Zeit und bei welchem Gegenstande er die Aufsicht geführt, sowie wann jeder Examinand die aufgegebene Arbeit beendet habe. Wer nach Ablauf der vorgeschriebenen Zeit mit der Arbeit noch nicht fertig ist, muß sie unvollendet abliefern.

Die Aufseher sind für gewissenhafte Aufsicht dem Erziehungsrate verantwortlich.

§ 10. Bei der schriftlichen Prüfung ist einzig die Benützung der mathematischen Tafeln und der Zeichnungsinstrumente gestattet.

Die mathematischen Tafeln werden den Examinanden von dem betreffenden Rektorate geliefert.

Die Mitnahme und Benützung unerlaubter Hilfsmittel, sowie jede andere Unredlichkeit wird mit Zurückweisung von der Prüfung, resp. mit Verweigerung des Maturitätszeugnisses bestraft.

In besonders schweren Fällen kann durch Beschluß des Erziehungsrates Ausschluß für immer verfügt werden.

Die Rektorate haben die Kandidaten vor der Prüfung auf diese Bestimmungen aufmerksam zu machen.

§ 11. Die schriftlichen Arbeiten werden von den betreffenden Fachlehrern durchgesehen, korrigiert und mit Rücksicht auf die an den Abiturienten zu stellenden Forderungen beurteilt. Mit diesem Urteile der Fachlehrer und dem über die schriftliche Prüfung von den Aufsehern geführten Verzeichnisse werden sämtliche Arbeiten dem betreffenden Rektorate zuhanden des Delegierten des Erziehungsrates zugestellt. Die schriftlichen Arbeiten sind bei der mündlichen Prüfung aufzulegen.

§ 12. Die mündlichen Prüfungen werden unter Leitung des Delegierten des Erziehungsrates von den betreffenden Fachlehrern abgenommen. Der Vorsitzende bestimmt den Stoff, über welchen geprüft werden soll, und hat das Recht zur Fragenstellung und zu speziellen Weisungen an den Fachlehrer. (§ 13.)

Die mündliche Prüfung wird mit den Examinanden einzeln oder in Gruppen abgehalten. Für jeden Prüfling ist in jedem Fach eine Zeit von 10—15 Minuten einzuräumen.

Für die mündlichen Prüfungen haben die Rektorate einen Stundenplan auszuarbeiten und dem Erziehungsrate zur Genehmigung einzureichen.

§ 13. Im allgemeinen gelten für die mündlichen Prüfungen folgende Regeln:

- a. Es ist zu prüfen innert den durch § 27 beziehungsweise § 32 gezogenen Grenzen; immerhin ist dabei hauptsächlich das Unterrichtspensum der obersten Klasse zu berücksichtigen.
- b. Es ist besonderes Gewicht zu legen auf die Erforschung der geistigen Reife und den Nachweis der Fähigkeit selbständigen Denkens.
- c. Die Prüfung soll nicht einseitig sein und darf sich nicht in Details verlieren; es ist vielmehr auf möglichste Abwechslung im Prüfungsstoffe zu dringen.

§ 14. Die mündlichen Prüfungen sind öffentlich.

§ 15. Unmittelbar nach der Prüfung in einem Fache werden vom Delegierten des Erziehungsrates und dem betreffenden Fachlehrer die Noten vorläufig festgesetzt. Vorbehalten bleibt die Bestimmung der §§ 28 und 32 betreffend Geographie und Zeichnen.

Die endgültige Notengebung erfolgt in einer unter Vorsitz des betreffenden Delegierten stattfindenden gemeinsamen Sitzung der an der betreffenden Prüfung

beteiligten Fachlehrer. Der zuständige Rektor führt über die Beschlüsse dieser Konferenz ein Protokoll.

Bei der Notengebung dürfen ganz gute frühere Leistungen des Examinanden berücksichtigt werden.

Außer den Noten über die Examenleistungen ist für jeden Kandidaten nach Maßgabe der bezüglichen Erfahrungen eine Betragens- und Fleißnote festzusetzen.

§ 16. Für jedes Fach ist nach der Skala 6 (beste) bis 1 (geringste) eine Note zu erteilen. In den Fächern, in welchen schriftlich und mündlich geprüft wird, wird nur eine Note gegeben. Die Noten sind in ganzen Zahlen auszudrücken.

§ 17. Das Protokoll über die Beschlüsse der Prüfungskonferenz ist dem Erziehungsrate mitzuteilen, welcher gestützt hierauf über Ausstellung des Maturitätszeugnisses entscheidet.

Die Zeugnisse sind vom Präsidenten und Aktuar des Erziehungsrates und dem betreffenden Rektor zu unterzeichnen. Dieselben sollen enthalten den Namen, Vornamen, Heimatort und Geburtsdatum des Geprüften, das Datum des Eintrittes in die Schule, die einzelnen Fachnoten, die Zensuren über Betragen und Fleiß und die Durchschnittsnote der einzelnen Leistungen.

§ 18. Es darf kein Maturitätszeugnis erteilt werden, wenn die Durchschnittsnote sämtlicher Fächer nicht über 3,5 liegt.

Ebenso schließen eine Fachzensur mit der Note 1, sowie zwei Fachzensuren mit der Note 2 oder vier Fachzensuren unter der Note 4 die Erteilung eines Maturitätszeugnisses aus.

§ 19. Ein Kandidat, welcher die Prüfung nicht mit Erfolg bestanden hat, kann sich frühestens nach Ablauf eines halben Jahres und spätestens innert der Frist von zwei Jahren zu einer zweiten Prüfung melden. Dabei kann ihm die Prüfung in denjenigen Fächern, in welchen er mindestens die Note 5 erhalten hat, erlassen werden. Der Prüfling hat jedoch das Recht, die Prüfung auch in diesen Fächern zu wiederholen.

Eine dritte Prüfung wird nicht gestattet.

Über Prüfungen, welche nicht mit Erfolg bestanden wurden, werden keine besondere amtliche Ausweise erteilt.

§ 20. Der Erziehungsrat kann die Nachholung einer versäumten Maturitätsprüfung ausnahmsweise vor Ablegung der betreffenden Staatsprüfung bewilligen.

§ 21. Über die Gültigkeit der Maturitätszeugnisse, welche an auswärtigen Anstalten erworben werden, entscheidet der Erziehungsrat. (Erziehungsgesetz § 65.)

Über Beschwerden betreffend die Maturitätsprüfungen entscheidet der Erziehungsrat, im Rekursfalle endgültig der Regierungsrat. Auf Beschwerden, welche nicht innert spätestens fünf Tagen nach Schluß der Prüfung beim Erziehungsrate eingereicht werden, ist nicht einzutreten.

§ 22. Die Prüfungsgebühr für eine ordentliche Maturitätsprüfung beträgt Fr. 10. Dieselbe ist bei der Anmeldung auf dem Rektorate (§ 4) zu entrichten und von letzterm der Erziehungsratskanzlei abzuliefern.

Für außerordentliche Prüfungen sind sämtliche entstehenden Kosten durch den beziehungsweise die Examinanden zu decken. Hierfür ist ein entsprechender Kostenvorschuß zu leisten.

Eine Rückerstattung der Prüfungsgebühren findet nicht statt.

§ 23. Die Delegierten des Erziehungsrates, sowie die Examinatoren beziehen für die mündlichen Prüfungen eine Entschädigung von Fr. 6 pro Fach.

II. Besondere Bestimmungen.

A. Betreffend die Maturitätsprüfung am Lyzeum.

§ 24. Die Prüfungsfächer für die Abiturienten des Lyzeums sind: 1. Deutsche Sprache; — 2. Französische Sprache; — 3. Latein; — 4. Griechisch, beziehungs-

weise dessen Ersatzsprache (Italienisch oder Englisch); — 5. Philosophie; — 6. Geschichte; — 7. Geographie; — 8. Mathematik; — 9. Physik; — 10. Chemie; — 11. Naturgeschichte; — 12. Zeichnen.

§ 25. In den Fächern Deutsch, Französisch, Griechisch, beziehungsweise dessen Ersatzsprache, und Mathematik wird schriftlich oder mündlich geprüft; im Zeichnen erfolgt der Ausweis, soweit nicht ohne weiteres die letzte Jahresnote als Maturitätsnote gelten kann (§ 28), durch Vorlage, eventuell Anfertigung einiger Zeichnungen, und für die übrigen Fächer findet nur eine mündliche Prüfung statt.

§ 26. Die schriftliche Prüfung dauert für jedes Fach höchstens drei Stunden.

Für dieselbe gelten folgende Forderungen:

- a. Deutsche Sprache: Vorgelegt werden drei im Kreise der Gymnasial- und Lyzealstudien liegende literarische oder allgemeine Themata, unter denen die Prüflinge frei wählen können. Der Examinand soll das gewählte Thema richtig auffassen, den Stoff mit einiger Vollständigkeit beherrschen, logisch und sachgemäß disponieren und in richtiger und klarer Sprache behandeln.
- b. Lateinische Sprache: Übersetzung eines deutschen, vom lateinischen Ausdrucke sich nicht zu sehr entfernenden Textes. Die schriftliche Arbeit soll vom Examinanden mit einiger Gewandtheit, ohne wesentlichen Verstoß gegen die Grammatik, sowie ohne grobe Germanismen abgefaßt werden.
- c. Griechische Sprache: Übersetzung eines nicht gelesenen, nicht zu schwierigen Textes aus dem Griechischen ins Deutsche.
- d. Französische Sprache: Abfassung eines Aufsatzes über ein im Kreise der Studien liegendes literarisches oder allgemeines Thema oder Übersetzung eines zusammenhängenden Stückes aus dem Deutschen. Bei der Beurteilung der Arbeit ist besonders auf die Sicherheit in der Formen- und Satzlehre und die Vermeidung von Germanismen zu achten.
- e. Englische oder italienische Sprache: Die nämlichen Forderungen wie beim Französischen.
- f. Mathematik: Lösung von geometrischen und arithmetischen Aufgaben aus dem gesamten bei der mündlichen Prüfung geforderten Gebiete. Es werden aus dem Gebiete der Algebra zwei, aus dem Gebiete der Geometrie vier Aufgaben gestellt, aus welchen der Prüfling eine beziehungsweise zwei auszuwählen hat.

§ 27. Für die mündliche Prüfung werden in den einzelnen Fächern folgende Anforderungen gestellt:

- a. Deutsche Sprache: Geschichte der deutschen Sprache und Literatur in ihren Hauptpunkten. Fähigkeit, die deutsche Sprache in zusammenhängender Rede grammatikalisch richtig und stilistisch gewandt zu handhaben.
- b. Lateinische Sprache: Der Examinand soll imstande sein, eine Stelle aus einem am Lyzeum gelesenen Klassiker mit Gewandtheit ins Deutsche zu übertragen. Der Examinator ist zudem befugt, ihm eine leichtere Stelle aus einem beliebigen andern Autor zur Übersetzung vorzulegen. Der Examinand soll die Hupterscheinungen der römischen Literatur kennen.
- c. Griechische Sprache: In betreff derselben gelten, mit der Ausnahme, daß an Stelle der römischen die griechische Literaturgeschichte tritt, die gleichen Anforderungen wie bezüglich der lateinischen Sprache.
- d. Französische Sprache: Kenntniss der Grammatik. Der Examinand soll ohne Vorbereitung und mit Geläufigkeit aus dem Französischen ins Deutsche und umgekehrt übertragen können, sowie über angemessene Fertigkeit im mündlichen Ausdrucke sich ausweisen. Er soll ferner über die wichtigsten Erscheinungen der Literaturgeschichte des 17., 18. und 19. Jahrhunderts orientiert sein.

- e. Englische oder italienische Sprache: Kenntnis der Grammatik. Der Examinand soll imstande sein, korrekt und mit Verständnis englische oder italienische Prosa oder Poesie zu lesen und bereits behandelte oder leichtere noch nicht behandelte Stücke ins Deutsche zu übersetzen. Übersichtliche Kenntnis der wichtigsten Perioden der Literaturgeschichte. Kenntnis einiger Hauptwerke.
- f. Philosophie: Logik, Anthropologie, übersichtliche Kenntnis der Geschichte der Philosophie.
- g. Geschichte: Übersichtliche Kenntnis der politischen und Kultur-Geschichte des Altertums, des Mittelalters und der Neuzeit und genauere Kenntnis der vaterländischen Geschichte und Verfassungskunde.
- h. Geographie: Allgemeine Erdkunde (astronomische und physische Geographie). Länderkunde der fünf Erdteile. Genauere Kenntnis der Geographie der Schweiz.
- i. Mathematik:
 - α. Algebra. Die algebraischen Operationen. Gleichungen des ersten und zweiten Grades mit einer und mehreren Unbekannten. Logarithmen. Arithmetische und geometrische Progressionen. Zinseszinsen- und Rentenrechnung. Elemente der Kombinationslehre und der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Binomischer Lehrsatz mit ganzen positiven Exponenten.
 - β. Geometrie. Planimetrie, Stereometrie, ebene und sphärische Trigonometrie. Fertigkeit in der Ausführung geometrischer Konstruktionen. Analytische Geometrie der Ebene: Punkt, Gerade, Kreis, Kegelschnitte in den einfachsten Gleichungsformen. Anwendung des Koordinatenbegriffs auf die graphische Darstellung von einfachen analytischen Funktionen und von elementaren Abhängigkeitsverhältnissen mechanischer und physikalischer Größen.
- k. Physik: Mechanik der festen, flüssigen und gasförmigen Körper. Hauptgesetze von Schall, Licht, Wärme, Magnetismus und Elektrizität.
- l. Chemie: Elemente der anorganischen Chemie: Einfache und zusammengesetzte Körper. Chemische Proportionen, chemische Formeln und Nomenklatur. Die wichtigsten Grundstoffe und Verbindungen.
- m. Naturgeschichte:
 - α. Botanik. Kenntnis der wichtigsten Tatsachen der Anatomie und der Physiologie der Pflanzen. Die Hauptgruppen des Pflanzenreichs. Fähigkeit der Bestimmung einer vorgelegten Pflanze der einfachern Gattungen.
 - β. Zoologie. Kenntnis der Organisation und Lebensverhältnisse der verschiedenen Tierstämme und Tierklassen.
 - γ. Anthropologie. Bau und Verrichtungen des menschlichen Körpers mit Berücksichtigung der Gesundheitslehre.
 - δ. Mineralogie und Geologie. Allgemeine Mineralogie und allgemeine Geologie. Übersicht der Perioden der Erdgeschichte.
- n. Zeichnen: Übung im Freihandzeichnen und Skizzieren nach der Natur.

§ 28. Abänderung des Lehrplanes vorbehalten — wird betr. Geographie und Zeichnen bestimmt, daß die bezügliche Prüfung am Ende der 6. Klasse abgehalten wird, beziehungsweise die betreffende Jahresnote als Maturitätsnote gelten soll.

Die Zeichnungen der 6. Klasse sind an der Maturitätsprüfung aufzulegen.

Abiturienten, welche erst nach der 6. Klasse in die Kantonsschule eingetreten sind, haben die Prüfung in Geographie und Zeichnen mit der Hauptprüfung zu bestehen.

B. Betreffend die Maturitätsprüfung an der technischen Abteilung der Realschule.

§ 29. Die Maturitätsprüfung an der technischen Abteilung der Realschule erstreckt sich auf folgende Fächer: 1. Deutsche Sprache; — 2. Französische

Sprache; — 2a. Italienische oder englische Sprache (obligatorisch für Medizinalabiturienten); — 3. Geschichte; — 4. Geographie; — 5. Algebra; — 6. Geometrie; — 7. Darstellende Geometrie; — 8. Physik; — 9. Chemie; — 10. Naturgeschichte; — 11. Technisches Zeichnen; — 12. Freihandzeichnen.

§ 30. In den Fächern Deutsch, Französisch, Algebra, Geometrie und Darstellende Geometrie wird schriftlich und mündlich geprüft.

Statt der Prüfung im technischen und Freihandzeichnen hat der Examinand diejenigen seiner vom Fachlehrer anerkannten Arbeiten vorzulegen, welche er während des letzten beziehungsweise zweitletzten Jahreskurses angefertigt hat.

In den übrigen Fächern findet nur eine mündliche Prüfung statt.

§ 31. Die schriftliche Prüfung dauert für jedes Fach höchstens 3 Stunden.

Für dieselben gelten des nähern folgende Forderungen:

- a. Deutsch. Den Prüflingen werden drei Themata literarischen oder allgemeinen Inhaltes vorgelegt, unter denen sie nach freiem Ermessen eines wählen. Das Thema soll logisch durchgeführt und in Hinsicht auf Orthographie, Grammatik und Stilistik korrekt behandelt werden.
- b. Französisch. Es ist entweder ein kürzerer Aufsatz über ein leichteres Thema literarischen oder allgemeinen Inhaltes oder eine zusammenhängende Übersetzung aus dem Deutschen zu verlangen.
- c. Italienisch und Englisch. Die nämlichen Forderungen wie für Französisch.
- d. In der Mathematik (Algebra und Geometrie) sind aus jedem Gebiete wenigstens je 4 Aufgaben zu stellen, aus welchen der Prüfling je 2—3 auszuwählen hat.
- e. In der darstellenden Geometrie sind 3 Aufgaben zu stellen, aus welchen der Prüfling zwei auswählt.

§ 32. Die mündliche Prüfung erstreckt sich über sämtliche in § 29, Ziffer 1 bis 10, genannten Fächer.

Für den Umfang derselben ist unter Berücksichtigung der in § 13 gegebenen allgemeinen Vorschriften maßgebend der jeweilige Lehrplan der Realschule und das Regulativ für die Aufnahmsprüfungen am eidgenössischen Polytechnikum. Für Italienisch und Englisch gelten die Forderungen unter § 27, lit. e.

Revision des Lehrplanes vorbehalten, findet die Prüfung in Geographie am Schlusse der 5. Klasse statt beziehungsweise gilt die betreffende Jahresnote als Maturitätsnote.

Für das technische und Freihandzeichnen gilt die letzte Jahresnote als Maturitätsnote. Abiturienten, welche erst in dem letzten Jahreskurs eingetreten sind, haben die Prüfung im Freihandzeichnen mit der Hauptprüfung abzulegen.

III. Übergangs- und Schlussbestimmungen.

§ 33. Alle mit gegenwärtigem Reglemente im Widerspruche stehenden Bestimmungen, insbesondere die auf die Maturitätsprüfung bezüglichen Vorschriften der Vollziehungsverordnung vom 2. März 1894 zum Erziehungsgesetze vom 26. September 1879, werden aufgehoben.

§ 34. Gegenwärtiges Reglement tritt erstmals für die Maturitätsprüfungen des Schuljahres 1906/07 in Kraft.

Schüler auswärtiger Anstalten, welche sich vor Erlass dieses Reglementes für die Maturitätsprüfung des Lyzeums bereits angemeldet haben, dürfen zu derselben ausnahmsweise noch zugelassen werden.

32. 5. Beschluß des Kantonsrates von Obwalden betreffend Stipendien zum Besuch landwirtschaftlicher Schulen. (Vom 17. Januar 1907.)

Der Kantonsrat des Kantons Unterwalden ob dem Wald, auf Antrag des Regierungsrates, in der Absicht, die berufliche Ausbildung der Landwirte zu

heben und auch weniger Bemittelten den Besuch von landwirtschaftlichen Schulen zu ermöglichen, erläßt folgende

Verordnung:

Art. 1. Es kann jährlich eine Summe bis auf 800 Franken für Stipendien zum Besuche landwirtschaftlicher Schulen verwendet werden.

Art. 2. Die Stipendien werden jährlich zur Bewerbung ausgeschrieben und es steht die Verteilung derselben der kantonalen Stipendienkommission zu.

Art. 3. Bewerber sollen wenigstens das 19. und höchstens das 30. Altersjahr erfüllt haben, sich zum mindesten über gute Primarschulbildung ausweisen und durch die übrigen persönlichen Verhältnisse für gute Anwendung der Stipendien Gewähr bieten.

Art. 4. Schülern, die durch ihre Leistungen oder ihre Aufführung nicht befriedigen, können die Stipendien jederzeit entzogen werden.

Schlußbestimmung.

Diese Verordnung tritt mit 1. Mai 1907 in Kraft.

Der Regierungsrat wird mit der Bekanntmachung und mit dem Vollzuge dieser Verordnung betraut.

33. 6. Disziplinar-Verordnung für die Kantonsschule in Zug. (Vom 19. März 1907.)

I. Pflichten gegen die Lehrer und die Schule.

§ 1. Jeder Zögling hat den bestehenden Schulgesetzen und Verordnungen nachzukommen und gegen die Schulbehörden, den Rektor und jeden einzelnen Lehrer pünktlichen Gehorsam an den Tag zu legen.

Wer ihren Anweisungen Widerspruch oder Trotz entgegensetzt, die Ehre der Schulvorsteher oder die Person eines Lehrers mit Absicht kränkt, zieht sich ernste Strafe zu und kann selbst von der Lehranstalt ausgeschlossen werden.

§ 2. Jeder Schüler ist verpflichtet, alle für seine Klassen obligatorischen Lehrstunden zu besuchen. Gesuche um Dispensation von einzelnen Fächern sind — Ausnahmefälle vorbehalten — vor Eröffnung des Schuljahres oder wenigstens innerhalb zehn Tagen nach der Einschreibung dem Rektor einzureichen, und zwar, sofern sie aus Gesundheitsrücksichten gestellt werden, unter Beilegung eines ärztlichen Zeugnisses.

§ 3. Schüler, welche nur ein Fach oder nicht mehr als zwölf Unterrichtsstunden per Woche besuchen (exklusive Religionslehre, Gesang, Turnen und Stenographie), werden als Hospitanten betrachtet. Solche haben sich der Aufnahmeprüfung in jenen Fächern zu unterziehen, welche sie besuchen wollen; zudem müssen sie nachweisen, daß sie außerhalb der Schule eine berufliche regelmäßige Beschäftigung haben.

§ 4. Alle Schüler und Hospitanten sind gehalten, sich auf die Unterrichtsstunden gehörig vorzubereiten, die frühern Lektionen zu wiederholen, die Gedächtnisübungen sich wohl einzuprägen, die schriftlichen Arbeiten pünktlich und reinlich abzuliefern. Schüler, die aus Nachlässigkeit ihre Schulpensa versäumten, haben das Versäumte nachzuholen.

§ 5. Der Schüler soll genau zur festgesetzten Stunde sich im Schulzimmer einfinden, den ihm angewiesenen Platz einnehmen und vor beendigter Schule ohne Not und Erlaubnis das Lokal nicht verlassen.

§ 6. Den ganzen Unterricht soll der Schüler mit ungeteilter Aufmerksamkeit anhören, sich keiner Ruhestörung schuldig machen, jede bezügliche Mahnung des Lehrers sofort und willig annehmen; auf Verlangen des letzteren hat der Zögling über den Vortrag lückenlose Hefte zu führen.

§ 7. Ohne dringende Ursache darf keine Schulstunde versäumt werden. Als Entschuldigungsgrund gilt nur Krankheit oder notorisches Unwohlsein des Schülers. In allen andern Fällen ist die vorgängige Bewilligung des Rektors

erforderlich, welche nur für sehr dringende Angelegenheiten erteilt werden kann. Für jede Absenz haben die Schüler dem Rektor eine von ihren Eltern, Vormündern oder Kostgebern schriftlich ausgestellte Entschuldigung vorzuweisen. Diese soll vom Rektor visiert und hierauf durch den Schüler jenen Lehrern vorgezeigt werden, deren Unterrichtsstunden versäumt wurden. Kein Lehrer wird eine Absenz als entschuldigt betrachten, über welche der Schüler sich vor Eröffnung der nächsten von ihm wieder besuchten Stunde nicht durch diese schriftliche Entschuldigung ausweisen kann. Über die Absenzen wird vom Rektor ein genaues Verzeichnis geführt. Unentschuldigte oder leichtsinnig wiederholte Absenzen werden angemessen bestraft.

§ 8. Sämtliche Schüler und Hospitanten sind verpflichtet, den Unterricht bis zum Ende des Jahreskurses zu besuchen (zwingende Gründe ausgenommen) und die vorgeschriebenen Prüfungen abzulegen. Zuwiderhandelnden, namentlich solchen, welche die Anstalt vor Ende des Schuljahres ohne Anzeige an den Rektor und ohne Einwilligung der Professorenkonferenz verlassen, kann die Ausstellung eines Zeugnisses verweigert und der weitere Besuch der Anstalt untersagt werden.

§ 9. Wer an irgend einem Teil des Schullokals, an dem Eigentum der Schule oder eines Mitschülers etwas beschädigt oder verunreinigt, wird zum Schadenersatz angehalten und je nach Umständen mit entsprechender Strafe belegt. Unter Umständen können die ganze Klasse oder sämtliche Schüler zum Schadenersatz angehalten werden.

§ 10. Jede Unordnung bei Schulfestlichkeiten ist doppelt strafbar.

II. Pflichten der Schüler außerhalb der Schule.

§ 11. Für sämtliche Schüler katholischer Konfession werden bezüglich Besuch des Religionsunterrichtes und der religiösen Übungen vom Religionslehrer im Einverständnis mit dem tit. Stadtpfarramte und Rektorate die nötigen Anordnungen getroffen.

Wenn aber ein Schüler von diesen Anordnungen ganz oder teilweise glaubt Umgang nehmen zu dürfen, so hat er das gleich bei seinem Eintritt oder innert zehn Tagen nach Verlesung der Disziplinarverordnung kund zu tun. Schüler unter 16 Jahren haben eine schriftliche Erklärung der Eltern oder des Inhabers der elterlichen Gewalt einzugeben.

§ 12. Diejenigen Schüler, welche beim Pfarrgottesdienste zur Aushilfe in der Kirchenmusik oder zum Altardienste in Anspruch genommen werden, haben hierfür die Bewilligung des Rektorates einzuholen.

§ 13. Kein Schüler darf ein Kosthaus beziehen ohne vorherige Anzeige an den Rektor. Dieser ist befugt, ohne Angabe der Gründe den Schülern ungeeignete Kost- und Wohnorte zu untersagen und ist für diese Maßregel nur der Aufsichtskommission verantwortlich.

Ohne Bewilligung des Rektors darf kein Schüler Kost und Wohnung getrennt voneinander nehmen, oder den einmal gewählten Kost- und Wohnort während des Schuljahres wechseln. — In Wirtshäusern Kost und Wohnung zu beziehen, ist in der Regel nicht gestattet. Schüler aus den Landgemeinden, die allabendlich heimkehren, dürfen in einer Wirtschaft zu Mittag speisen.

§ 14. Ohne Einwilligung des Rektors darf kein Schüler Privatunterricht erteilen. Die Personen, denen Privatunterricht erteilt wird, ebenso die Anzahl der Privatstunden sind dem Rektor anzuzeigen.

Schüler, welche sich wegen Überhäufung mit Arbeit von einem Fache dispensieren ließen, dürfen nicht Privatunterricht erteilen.

§ 15. Für sämtliche Schüler ist eine einheitliche Kopfbedeckung vorgeschrieben. Das Tragen derselben ist obligatorisch.

§ 16. Der Besuch der Wirtschaften ist den Schülern der I. und II. Klasse nur in Begleit von erwachsenen Angehörigen erlaubt.

Den Schülern der III., IV. und V. Klasse ist der Besuch von einigen durch die Professorenkonferenz zu bestimmenden öffentlichen Wirtslokalen gestattet.

an Sonn- und Feiertagen, falls von Seite ihres Vaters oder Vormundes eine zustimmende Erklärung vorliegt, jedoch nicht vor 4 Uhr abends und im Winter nicht nach 7 Uhr und im Sommer nicht nach 9 Uhr abends. Dasselbst darf aber weder mit Karten, noch sonstwie um Geld oder Geldeswert gespielt werden. Der Besuch von Wirtschaften außer der genannten Zeit ist strengstens verboten.

Wirte, welche der Übertretung dieser Vorschriften Vorschub leisten, verlieren das Recht, Schüler bei sich aufzunehmen.

Die Erlaubnis zum Wirtshausbesuch wird durch eine Karte erteilt, welche auf den Namen des Schülers lautet, und kann jedem Schüler wegen ungenügender Leistungen oder auch als Disziplinarstrafe ganz oder teilweise entzogen werden.

Schüler, welche bei der Kadettenmusik oder dem Orchester mitwirken, haben die Erlaubnis des Rektors einzuholen, wenn sie bei einer musikalischen Produktion in einer Wirtschaft sich beteiligen sollten.

§ 17. Des Abends sollen die Schüler zur Winterszeit um 8¹/₂ Uhr und im Sommer um 9¹/₂ Uhr in ihren Wohnhäusern sich befinden und dieselben ohne dringende Not nicht wieder verlassen.

Schüler, welche wegen Besuch von musikalischen oder theatralischen Aufführungen oder aus irgend einem Grunde über die festgesetzte Zeit außerhalb ihrer Wohnung zu verweilen gedenken, haben vorher die Bewilligung des Rektors einzuholen.

Zusammenkünfte von Schülern auf Privatzimmern zum Kartenspiel um Geld und zu Trinkgelagen sind verboten. Sollte ein Kostgeber dergleichen dulden und nicht strenge darauf achten, daß die Schüler des Abends zur bestimmten Zeit bei Hause bleiben, so verliert er das Recht, dieselben länger zu behalten und ferner solche aufzunehmen.

§ 18. Der Besuch von öffentlichen Tanzboden, sowie alles Maskeradengehen ist gänzlich untersagt.

§ 19. Alles öffentliche Rauchen, sowie das Baden außer dem angewiesenen Platz ist verboten.

§ 20. Will ein Schüler in einen Verein eintreten, der nicht ausschließlich aus Studierenden besteht, so hat er die Bewilligung des Rektors einzuholen.

Werden während des Schuljahres über Fleiß und Betragen eines Vereinsmitgliedes Klagen laut, so kann der Rektor auf unbestimmte Zeit dessen Vereinsmitgliedschaft suspendieren.

Die Gründung von Vereinen zu wissenschaftlichen oder realistischen Zwecken, sowie die Teilnahme einzelner Schüler an anderweitigen Vereinen bedürfen der Erlaubnis des Rektorats. Dasselbe hat im erstern Falle, unter Mitteilung der betreffenden Statuten, die Genehmigung der Aufsichtskommission einzuholen. Die gleiche Vorschrift gilt auch für die Abhaltung besonderer Festlichkeiten.

§ 21. Über Beobachtungen all dieser Vorschriften wacht in erster Linie der Rektor.

III. Von den Strafen.

§ 22. Der einzelne Lehrer straft alle in seiner Stunde vorfallenden Vergehungen:

- a. Durch Verweis auf seinem Zimmer oder vor der ganzen Klasse;
- b. durch Versetzung vom Platze;
- c. durch Aufgabe schriftlicher Strafarbeiten;
- d. durch Erteilung eines Schularrestes bis auf drei Stunden mit zweckmäßiger Beschäftigung;
- e. durch Erteilung einer schlechten Note im Quartalzeubnis unter der Rubrik „Betragen in der Schule“;
- f. überdies hat der Fachlehrer das Recht, unter Anzeige an den Rektor, einen Schüler aus einzelnen Unterrichtsstunden wegzuschicken.

§ 23. Vergehen bedeutender Art, welche in der Schule vorkommen, werden die Lehrer ungesäumt zur Kenntnis des Rektors bringen. Desgleichen sollen

Fehler, von Schülern außerhalb der Schule begangen, dem Rektor angezeigt werden. Nach erhaltener Anzeige hat dieser die nötige Untersuchung sofort einzuleiten und nach deren Beendigung entweder von sich aus zu strafen, oder den Fall vor die Aufsichtskommission zu bringen.

Die Strafen, welche der Rektor von sich aus verhängen kann, sind:

- a. Der Verweis mit oder Androhung schwerer Strafe;
- b. Hausarrest bis auf acht Tage;
- c. Karzer von zwei bis vier Stunden;
- d. Erteilung einer unbefriedigenden Betragensnote und Angabe des Vergehens im Schulzeugnis mit Zustimmung der Professorenkonferenz.

Alle vom Rektor verhängten Strafen werden von demselben aufgezeichnet und je nach Umständen den Eltern oder dem Vormund des betreffenden Schülers zur Kenntnis gebracht.

§ 24. Die Weisung zum Verlassen der Anstalt (consilium abeundi) wird durch die Professorenkonferenz erteilt und tritt ein:

- a. Wenn die wiederholt und in gesteigertem Maße angewandten Besserungsmittel sich bei einem Schüler als unwirksam erwiesen haben;
- b. wenn ein Schüler einen schädlichen Einfluß auf seine Mitschüler ausübt und nach mehrmaligen Warnungen und Strafen sich nicht bessert;
- c. wenn sich ein Schüler eines groben Vergehens gegen die Sittlichkeit oder die Schulzucht, namentlich offener Widersetzlichkeit, schuldig gemacht hat.

Die Strafe der Entfernung und Ausschließung von der Anstalt erfolgt durch die Professorenkonferenz unter Genehmigung der Aufsichtskommission. In diesem Falle kann an den Erziehungsrat rekuriert werden.

Die Wegweisung von Hospitanten erfolgt durch die Professorenkonferenz, unter Anzeige an den Präsidenten der Aufsichtskommission.

Wer von der Anstalt weggewiesen wird, hat kein Recht auf ein Schulzeugnis.

§ 25. Bei schwerem Vergehen kann ein Schüler durch den Rektor bis zum Austrag der Sache von dem Besuche der Schule oder einzelner Fächer ausgeschlossen werden.

§ 26. Diese Disziplinar-Verordnung wird bei Eröffnung eines jeden Schuljahres den versammelten Schülern von dem Rektor vorgelesen und erläutert und nachher jedem Schüler zuhändigen der Eltern, des Vormundes oder der betreffenden Kostgeber ein Exemplar überreicht.

Vorstehende Verordnung tritt mit Beginn des Schuljahres 1907/08 provisorisch auf ein Jahr in Kraft, und wird hiermit die Verordnung vom 1. Juni 1883 aufgehoben erklärt.

34. 7. Norm für die Stundenverteilung auf die einzelnen Fächer an den Sekundarschulen des Kantons Zug. (Vom 10. April 1907.)

	Stundenverteilung für Kurse:					
	Knaben		Lateinschüler		Mädchen	
	I.	II.	I.	II.	I.	II.
1. Religionslehre	3	3	3	3	3	3
2. Deutsche Sprache	4	4	4	4	4	4
3. Französische Sprache	4	4	4	4	4	4
4. Lateinische Sprache	—	—	7	6	—	—
5. Arithmetik	3	3	3	3	3	3
6. Geometrie	2	2	—	—	—	—
7. Geographie	2	2	2	2	2	2
8. Geschichte	2	2	2	2	2	2
9. Naturgeschichte	2	3	2	3	1	1
10. Naturlehre	—	1	—	—	—	—

Stundenverteilung für Kurse :						
	Knaben		Lateinschüler		Mädchen	
	I.	II.	I.	II.	I.	II.
11. Haushaltungskunde	—	—	—	—	2	2
12. Buchhaltung	1	1	1	1	1	1
13. Schönschreiben	1	1	—	—	1	1
14. Zeichnen	2	2	1	1	2	2
15. Gesang	1	1	1	1	1	1
16. Turnen	2	2	2	2	—	—
17. Weibliche Handarbeiten	—	—	—	—	4	4
	29	31	32	32	30	30

Obige „Norm für die Stundenverteilung“ tritt an Stelle der vom Erziehungsrat unterm 8. Mai 1900 aufgestellten.

35. 8. Reglement für die Maturitätsprüfungen am Gymnasium und an der Gewerbschule der Solothurnischen Kantonsschule. (Vom 21. März 1907.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn, in Ausführung von § 31 des Gesetzes betreffend die Einrichtung der Kantonsschule vom 12. Juli 1874,

beschließt:

I. Arten der Prüfungen.

§ 1. Die *ordentlichen* Maturitätsprüfungen der Solothurnischen Kantonsschule finden für das Gymnasium am Schlusse des Wintersemesters, für die Gewerbschule am Schlusse des Sommersemesters statt.

Außerordentliche Maturitätsprüfungen können mit Bewilligung des Erziehungsdepartementes auch zu anderen Zeiten des Jahres abgehalten werden. Für solche Prüfungen hat der Kandidat eine Taxe von Fr. 20 zu entrichten.

II. Maturitäts-Prüfungskommission.

§ 2. Der Regierungsrat ernennt je auf den 15. August des Jahres, in welchem die Gesamterneuerungswahlen der Behörden im Kanton Solothurn stattfinden, die Maturitäts-Prüfungskommission. Diese besteht aus sieben Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte den Präsidenten. Der Rektor der Kantonsschule führt das Protokoll der Kommission und hat beratende Stimme.

Bei Festsetzung der Noten durch die Maturitäts-Prüfungskommission werden die Professoren des oberen Gymnasiums und der oberen Gewerbschule mit beratender Stimme beigezogen.

§ 3. Die Maturitäts-Prüfungskommission hat folgende Aufgaben:

- Sie führt die Aufsicht über den Unterricht am Gymnasium und an der Gewerbschule;
- sie bestimmt die Themata für die schriftlichen Maturitätsprüfungen und bezeichnet die Hilfsmittel, die bei Ausarbeitung der schriftlichen Aufgaben verwendet werden dürfen;
- sie nimmt die Maturitätsprüfungen ab und bestimmt für die Kandidaten die Prüfungsnoten.

Die Maturitäts-Prüfungskommission hat das Recht, die ihr in diesem Artikel zugewiesenen Kompetenzen an eines oder mehrere ihrer Mitglieder oder an dritte Personen zu delegieren.

III. Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung.

§ 4. Zur Maturitätsprüfung wird zugelassen, wer regelmäßiger Schüler der obersten Klasse des Gymnasiums oder der Gewerbschule der Solothurnischen Kantonsschule war und diese Schule während wenigstens eines ganzen Jahres besucht hat.

IV. Verhalten der Kandidaten bei der Prüfung.

§ 5. Läßt sich der Kandidat bei Ablegung der Prüfung eine unredliche Handlung zuschulden kommen, so kann er in leichteren Fällen von der Rektorskommission dazu verhalten werden, den betreffenden Teil der Prüfung noch einmal zu bestehen. In schwereren Fällen verweigert ihm die Maturitätsprüfungscommission die Erteilung des Maturitätszeugnisses, wobei sie bestimmt, ob er für immer oder auf welche Zeitdauer er von der Prüfung ausgeschlossen sein solle.

Die Kandidaten sind vor der Prüfung auf die in Absatz 1 enthaltene Bestimmung aufmerksam zu machen.

V. Gegenstand der Prüfung.

a. Gymnasial-Maturität.

§ 6. Die *Gymnasial*-Maturitätsprüfung erstreckt sich über folgende Fächer: 1. Deutsche Sprache; — 2. Französische Sprache; — 3. Lateinische Sprache; — 4. Griechische oder englische Sprache; — 5. Philosophie; — 6. Geschichte; — 7. Geographie; — 8. Mathematik; — 9. Physik; — 10. Naturgeschichte; — 11. Chemie; — 12. Freihandzeichnen.

In der Regel wird die Prüfung in Geographie und Freihandzeichnen am Ende der V. Gymnasialklasse, die Prüfung in allen übrigen Fächern am Schlusse der letzten Klasse des Gymnasiums abgenommen.

In der deutschen und französischen Sprache und in der Mathematik findet eine *mündliche* und *schriftliche*, im Freihandzeichnen für diejenigen Kandidaten, welche die V. Gymnasialklasse nicht besuchten, nur eine *schriftliche*, in allen übrigen Fächern nur eine *mündliche* Prüfung statt; die im Freihandzeichnen in der V. Gymnasialklasse erzielte Jahresnote gilt als Maturitätsnote.

Die *schriftlichen* Arbeiten bestehen in einem deutschen Aufsatz, in einem französischen Aufsatz, in der Lösung von Aufgaben aus der Algebra, Trigonometrie, Stereometrie und analytischen Geometrie, in der Anfertigung einer Zeichnung nach der Natur.

Die *mündliche* Prüfung soll sich in der Regel auf den Lehrstoff beschränken, der nach den Bestimmungen des Lehrplanes in derjenigen Klasse des Gymnasiums behandelt und repetiert werden muß, in welcher das betreffende Fach zum letztenmal Unterrichtsgegenstand ist.

b. Gewerbschul-Maturität.

§ 7. Die *Gewerbschul*-Maturitätsprüfung erstreckt sich über folgende Fächer: 1. Deutsche Sprache; — 2. Französische Sprache; — 3. Englische Sprache; — 4. Geschichte; — 5. Algebra; — 6. Trigonometrie und Stereometrie; — 7. Analytische Geometrie; — 8. Darstellende Geometrie; — 9. Physik; — 10. Naturgeschichte; — 11. Chemie; — 12. Technisches Zeichnen.

In der Regel wird die Prüfung am Schlusse der letzten Klasse der Gewerbschule abgenommen.

In der deutschen und französischen Sprache und in der Mathematik findet eine *mündliche* und eine *schriftliche*, in allen übrigen Fächern nur eine *mündliche* Prüfung statt; die im technischen Zeichnen in der VII. Gewerbschulklasse erzielte Jahresnote gilt als Maturitätsnote.

Die *schriftlichen* Arbeiten bestehen in einem deutschen Aufsatz, in einem französischen Aufsatz, in der Lösung von Aufgaben aus der reinen Mathematik und der darstellenden Geometrie.

Die *mündliche* Prüfung soll sich in der Regel auf den Lehrstoff beschränken, der nach den Bestimmungen des Lehrplanes in derjenigen Klasse der Gewerbschule behandelt und repetiert werden muß, in welcher das betreffende Fach zum letztenmal Unterrichtsgegenstand ist.

VI. Beurteilung und Feststellung des Prüfungsergebnisses.

§ 8. Bei Feststellung der einzelnen Noten ist abzustellen auf die geistige Reife des Kandidaten und auf den Umfang der Kenntnisse desselben.

§ 9. Für jedes Fach erhält der Kandidat als Maturitätsnote eine besondere, in einer ganzen Zahl ausgedrückte Zensur, und zwar bedeutet: 6 sehr gut, 5 gut, 4 ziemlich gut, 3 mittelmäßig, 2 schwach, 1 sehr schwach.

Wo die Jahresnote nicht Maturitätsnote ist und wo überhaupt eine Jahresnote vorhanden ist, ist die Maturitätsnote das arithmetische Mittel

aus der Jahresnote und der Note der mündlichen Prüfung,

bezw. aus der Jahresnote und dem arithmetischen Mittel aus der Note der schriftlichen und derjenigen der mündlichen Prüfung.

Wo, um ganze Zahlen zu erhalten, Bruchteile beseitigt werden müssen, wird nach der Seite der Jahresnote abgerundet.

Als Jahresnote im Sinne von Absatz 2 gilt die Note, die dem Kandidaten in dem betreffenden Fache an derjenigen Abteilung der Solothurnischen Kantonsschule, an der er die Maturitätsprüfung besteht, und in der Klasse, in welcher das Fach nach den Bestimmungen des Lehrplanes zum letztenmal Unterrichtsgegenstand ist, erteilt wurde.

§ 10. Das Maturitätszeugnis wird nicht erteilt:

a. Wenn der Durchschnitt der Maturitätsnoten in sämtlichen Fächern 3,5 oder weniger als 3,5 beträgt;

b. wenn sich unter den Maturitätsnoten vorfinden: Eine Note 1, oder zwei Noten 2, oder drei Noten 3 und eine Note 2, oder endlich vier Noten 3.

Bei der nach Absatz 1, lit. a und b, zu machenden Feststellung fällt die Note im Freihandzeichnen (§ 6, Absatz 1, Ziffer 12) nicht in Betracht.

§ 11. Ein Kandidat, der die Maturitätsprüfung nicht besteht, kann nach sechs Monaten zu einer zweiten Prüfung zugelassen werden. Auf Begehren des Kandidaten und nach Einholung des Gutachtens der Professorenkonferenz entscheidet die Maturitäts-Prüfungskommission darüber, ob dem Kandidaten die Prüfung in bestimmten Fächern zu erlassen sei. Die Berücksichtigung der Maturitätsnoten der früheren Prüfung bei der Feststellung des Ergebnisses der spätern ist jedoch ausgeschlossen, wenn zwischen der ersten und zweiten Prüfung mehr als zwei Jahre liegen.

Eine dritte Prüfung findet nicht statt.

VII. Beurkundung des Prüfungsergebnisses.

§ 12. Das Maturitätszeugnis enthält den Familien- und Vornamen, den Heimatort und das Geburtsdatum des Geprüften, die Bezeichnung der Abteilung der Kantonsschule, an der die Prüfung stattfand, das Datum des Eintrittes in diese, die Maturitätsnoten in den einzelnen Fächern, Ort und Zeit der Prüfung, die Unterschriften des Vorstehers des Erziehungsdepartementes und des Rektors der Kantonsschule.

Über die Prüfungen, welche nicht mit Erfolg bestanden worden sind, werden keine besonderen amtlichen Ausweise erteilt.

VIII. Schlussbestimmungen.

§ 13. Durch dieses Reglement werden das Reglement für die Maturitätsprüfungen an der Solothurnischen Kantonsschule vom 22. Oktober 1899, sowie alle weiteren, den Bestimmungen des vorliegenden Reglementes widersprechenden Vorschriften von Verordnungen und Beschlüssen des Regierungsrates und von Erlassen des Erziehungsdepartementes aufgehoben.

§ 14. Dieses Reglement tritt am 23. April 1907 in Kraft.

36. 9. Verordnung betreffend den Lehrplan des Gymnasiums und der Gewerbschule der Solothurnischen Kantonsschule. (Vom 21. März 1907.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn, in Ausführung der §§ 4 und 5 des Gesetzes betreffend die Einrichtung der Kantonsschule vom 12. Juli 1874,

beschließt:

§ 1. In den einzelnen Fächern und Klassen des Gymnasiums und der Gewerbschule der Solothurnischen Kantonsschule sind folgende Wochenstunden zu erteilen:

I. Gymnasium	I.	II.	III.		IV.		V.		VI.		VII.		Total
			Griechen	Nichtgriechen	Griechen	Nichtgriechen	Griechen	Nichtgriechen	Griechen	Nichtgriechen	Griechen	Nichtgriechen	
Religionslehre	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	—	—	6
Deutsche Sprache	6	4	4	4	4	4	4	4	3	3	3	3	28
Lateinische Sprache	7	7	6	6	6	6	6	6	6	6	4	4	42
Französische Sprache	—	6	5	5	5	5	4	4	4	3	3	3	26
Griechische Sprache	—	—	5	—	5	—	5	—	4	—	4	—	23
Englische Sprache	—	—	—	5	—	5	—	4	—	3	—	3	20
Arithmetik	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4
Algebra	—	—	2	2	2	2	—	—	—	—	—	—	4
Geometrie	2	2	2	2	2	2	—	—	—	—	—	—	8
Mathematik	—	—	—	—	—	—	4	4	3	3	3	3	10
Physik	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	2	2	5
Geographie	2	2	2	2	1	1	1	1	—	—	—	—	8
Geschichte	3	3	2	2	3	3	3	3	3	3	3	3	20
Philosophie	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	3	3	5
Chemie	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	2	2	4
Naturgeschichte:													
Naturlehre	—	2	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	13
Botanik	—	—	—	—	2	2 ¹⁾	2 ¹⁾		—	—	—	—	
Zoologie	—	—	—	—	—	—	2 ¹⁾		1	1	—	—	
Zoologie und Anthropologie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	
Mineralogie und Geologie	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	—	—	
Kalligraphie und Stenographie	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
Freihandzeichnen	2	2	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—	7
Gesang	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	14
Turnen	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	14
Total	30	36	36	36	36	36	36	35	36	35	33	32	

¹⁾ Im Sommersemester Botanik (Pflanzenbestimmen), im Wintersemester Zoologie.

II. Gewerbschule	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII. Sommersemester	Total
Religionslehre	1	1	1	1	1	—	—	5
Deutsche Sprache	6	5	5	5	4	4	4	31
Französische Sprache	6	5	5	5	3	3	3	28 ^{1/2}
Englische Sprache	—	—	—	—	3	3	3	7 ^{1/2}
Arithmetik	3	3	—	—	—	—	—	6
Geometrie	2	3	3	—	—	—	—	8
Technisches Zeichnen	2	2	2	2	2	2	2	13
Algebra	—	—	4	3	3	3	2	14
Stereometrie	—	—	—	3	—	—	—	3
Trigonometrie	—	—	—	2	1	—	—	3

II. Gewerbschule	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII. Sommer- semester	Total
Analytische Geometrie	—	—	—	—	1	2	2	4
Darstellende Geometrie	—	—	—	—	2	2	2	5
Physik	—	—	—	2	2	2	2	7
Geographie	2	2	2	2	—	—	—	8
Geschichte	2	3	3	2	3	3	3	17 ^{1/2}
Chemie	—	—	—	2	2	3	2	8
Naturgeschichte:								
Naturlehre	—	2	—	—	—	—	—	12
Botanik	—	—	2	2 ¹⁾	—	—	—	
Zoologie	—	—	—		1	—	—	
Zoologie u. Anthropologie	—	—	—	—	—	2	2	
Mineralogie und Geologie	—	—	—	—	2	—	—	
Kalligraphie und Steno- graphie	2	2	—	—	—	—	—	4
Freihandzeichnen	2	2	2	2	2	—	—	10
Gesang	2	2	2	2	2	2	2	13
Turnen	2	2	2	2	2	2	2	13
Total	32	34	33	37	36	33	31	

¹⁾ Im Sommersemester Botanik (Pflanzenbestimmen), im Wintersemester Zoologie.

§ 2. Der Unterricht in der griechischen Sprache am Gymnasium ist von seinem Beginne an (III. Klasse) fakultativ. Schüler, welche dem Unterricht in der griechischen Sprache nicht beiwohnen, müssen den Unterricht in der englischen Sprache besuchen. Die einmal gewählte Sprache darf im Laufe des Schuljahres nicht mehr aufgegeben werden.

§ 3. Unterricht in der italienischen Sprache wird für die Schüler des Gymnasiums und der Gewerbschule in 3 Freikursen mit je 2 Wochenstunden erteilt.

Freikurse für den englischen Unterricht werden mit besonderer Bewilligung des Regierungsrates eingerichtet.

§ 4. Durch diese Verordnung werden alle ihr widersprechenden Vorschriften von Verordnungen und Beschlüssen des Regierungsrates, sowie von Erlassen des Erziehungsdepartements aufgehoben.

§ 5. Diese Verordnung tritt am 23. April 1907 in Kraft.

37. 10. Verordnung betreffend die Organisation des Musikunterrichtes an der Solothurnischen Kantonsschule. (Vom 18. April 1907.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn, in Vollziehung der §§ 4 und 5 des Gesetzes betreffend die Einrichtung der Kantonsschule vom 12. Juli 1874 und in weiterer Ausführung der Erlasse betreffend den Lehrplan der Kantonsschule¹⁾,

beschließt:

I. Gesangunterricht.

§ 1. Für die Erteilung des Gesangunterrichtes an der Solothurnischen Kantonsschule werden Gesangklassen gebildet:

- | | |
|--|--------------------------------|
| a. Aus den Schülern der I. Gymnasial- und I. Gewerbschulklasse; | } Knaben-
chor-
klassen. |
| b. aus den Schülern der I. und II. Gymnasial- und I. und II. Gewerbschulklasse; | |
| c. aus den Schülern der II. Gymnasial- und II. Gewerbschulklasse, des I. bis IV. Kurses der pädagogischen Abteilung und sämtlichen Schülerinnen der Kantonsschule; | } Gemischter
Chor. |

¹⁾ Vergleiche § 1 der Verordnung betreffend den Lehrplan des Gymnasiums und der Gewerbschule der Solothurnischen Kantonsschule vom 21. März 1907.

- | | |
|---|---------------------|
| d. aus sämtlichen Schülerinnen der Kantonsschule; | Töchterchor. |
| e. aus den Schülern der III. Gymnasial-, III. Gewerbschul- und I. Handelsschulklasse; | |
| f. aus den Schülern der IV. Gymnasial-, IV. Gewerbschul- und II. Handelsschulklasse; | Männerchor-Klassen. |
| g. aus den Schülern der V. Gymnasial- und V. Gewerbschulklasse; | |
| h. aus den Schülern der VI. und VII. Gymnasial- und VI. und VII. Gewerbschulklasse; | |
| i. aus den Schülern des III. und IV. Kurses der pädagogischen Abteilung; | |
| k. aus den Schülern der III. bis VII. Gymnasial- und III. bis VII. Gewerbschulklasse, des III. und IV. Kurses der pädagogischen Abteilung und der I. bis III. Handelsschulklasse; für die Schüler der III. Handelsschulklasse ist die Teilnahme fakultativ. | |

Jeder der unter lit. a bis k genannten zehn Gesangklassen wird je eine Wochenstunde Gesangunterricht erteilt.

§ 2. Schüler und Schülerinnen, deren Stimme in der Mutation begriffen ist, sind nicht zur aktiven Teilnahme an den Gesangübungen anzuhalten.

II. Unterricht in der Musiktheorie.

§ 3. Den Schülern der pädagogischen Abteilung der Kantonsschule wird in allen vier Kursen je eine Wochenstunde Unterricht in Musiktheorie und Methodik erteilt.

Die Schüler des IV. Kurses der pädagogischen Abteilung, welche den Tastinstrumenten-Klassen zugewiesen sind, erhalten während des Wintersemesters kirchenmusikalischen Unterricht.

III. Instrumentalmusik-Unterricht.

1. Gymnasium, Gewerbschule, Handelsschule.

§ 4. Die Organisation des Instrumentalmusik-Unterrichts am Gymnasium, an der Gewerbschule und an der Handelsschule der Kantonsschule ist Sache der Rektoratskommission.

Die Rektoratskommission kann sich dabei durch den Inspektor des Musikunterrichts beraten lassen.

§ 5. Für Streichinstrumenten-Unterricht werden drei Freikurse mit je einer Wochenstunde, für den Blasinstrumenten-Unterricht wird ein Freikurs mit einer Wochenstunde eingerichtet.

Für Orchester- und Quartettspiel wird je eine Wochenstunde eingeräumt.

§ 6. Ein Freikurs wird nur dann abgehalten, wenn wenigstens vier Schüler daran teilnehmen.

§ 7. Nur musikalisch begabten Schülern ist der Eintritt in einen Freikurs zu gestatten.

§ 8. Schüler, welche solche Freikurse besuchen, sind, soweit es der Lehrer verlangt, zur Teilnahme an den Orchesterübungen verpflichtet.

§ 9. Den Kantonsschülern ist es untersagt, am Unterrichte der Musikschule der Stadt Solothurn teilzunehmen.

2. Pädagogische Abteilung.

§ 10. Die Organisation des Instrumentalmusik-Unterrichtes an der pädagogischen Abteilung der Kantonsschule ist Sache der Rektoratskommission.

Die Rektoratskommission kann sich dabei durch den Inspektor des Musikunterrichtes beraten lassen.

§ 11. Die Schüler des I. bis IV. Kurses erhalten je eine Wochenstunde Violin-Unterricht oder je eine Wochenstunde Klavier-Unterricht oder je eine Wochenstunde Orgel-Unterricht.

Ausnahmsweise kann die Rektoratskommission ganz besonders musikalisch begabten und auch in den übrigen Fächern gute Leistungen aufweisenden Schülern des II. bis IV. Kurses gestatten, sich zu gleicher Zeit an zwei Instrumenten ausbilden zu lassen.

§ 12. Zu Beginn des Schuljahres haben sich die neu eintretenden Schüler in bezug auf Gehör und auf Eignung der Hände zum Instrumentenspiel einer Prüfung zu unterziehen. Über das Ergebnis derselben ist der Rektoratskommission von den Musiklehrern ein schriftlicher Bericht einzureichen.

Gestützt hierauf formiert die Rektoratskommission die Streich- und Tastinstrumenten-Klassen.

Musikalisch veranlagte Schüler sind dem Streichinstrumenten-Unterricht, musikalisch weniger begabte Schüler dem Tastinstrumenten-Unterricht zuzuteilen.

§ 13. In der Regel besteht die Streichinstrumenten-Klasse aus sechs, die Tastinstrumenten-Klasse aus vier Schülern.

§ 14. Ein Schüler, der einer Streichinstrumenten-Klasse zugewiesen ist, darf nur mit Bewilligung der Rektoratskommission den Streichinstrumenten-Unterricht aufgeben und zum Tastinstrumentenspiel übergehen oder umgekehrt. Die Bewilligung soll erteilt werden, wenn zwingende Gründe vorliegen.

§ 15. Über die Bildung von Orgelklassen aus Schülern, welche dem Tastinstrumenten-Unterricht zugewiesen sind, entscheidet die Rektoratskommission.

IV. Schlussbestimmungen.

§ 16. Durch diese Verordnung werden alle ihr widersprechenden Bestimmungen von Erlassen des Regierungsrates und des Erziehungsdepartementes aufgehoben.

§ 17. Diese Verordnung tritt am 23. April 1907 in Kraft.

38. 11. Regulativ über das Vereinswesen an der Solothurnischen Kantonsschule. (Vom 23. April 1907.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn

beschließt:

§ 1. Der Regierungsrat kann auf Vorschlag der Professorenkonferenz der Solothurnischen Kantonsschule den Schülern der VI. und VII. Gymnasial- und Gewerbschulklasse, des IV. Kurses der pädagogischen Abteilung und der III. Handelsschulklasse die Erlaubnis zur Bildung von Vereinen geben.

Die Bewilligung kann erteilt werden:

- a. Wenn der Verein sich in den Dienst bestimmter Zwecke stellt, welche auf die sittliche, geistige oder körperliche Ausbildung seiner Mitglieder gerichtet sind;
- b. wenn wenigstens acht aufnahmefähige Schüler unterschriftlich erklärt haben, dem Vereine beitreten zu wollen;
- c. wenn Vereinsstatuten vorliegen, die über Zweck, Mittel und Organisation des Vereins Aufschluß geben.

Ausnahmsweise kann vom Regierungsrat die Bildung von Fachvereinen (Turn-, Gesang-, Stenographen- und gleichartigen Vereinen mit Spezialzwecken) und die Beteiligung an solchen auch den Schülern anderer als der in Absatz 1 aufgeführten Klassen in beschränktem oder unbeschränktem Umfange gestattet werden, wenn die in Absatz 2 (lit. a bis c) genannten Voraussetzungen gegeben sind.

§ 2. Alle von den Vereinen erlassenen reglementarischen Bestimmungen (Statuten etc.) sind der Rektoratskommission der Kantonsschule zur Prüfung und Genehmigung einzureichen.

§ 3. Schüler, welche sich an der Bildung eines Vereins beteiligen oder einem Vereine beitreten wollen, haben bei der Rektoratskommission die Erlaubnis einzuholen. Diese wird erteilt, wenn der Inhaber der elterlichen Gewalt bzw. der gesetzliche Vertreter des Schülers schriftlich einwilligt und wenn der Schüler in Betragen und Schulleistungen zu keinen Klagen Anlaß gibt.

§ 4. Den Vereinen, die an der Solothurnischen Kantonsschule bestehen, ist untersagt, mit andern Vereinen und Verbindungen in Beziehung zu treten.

Die Rektoratskommission ist berechtigt, Ausnahmen von dieser Regel zu gestatten.

§ 5. Die Mitglieder der in § 1, Abs. 1, genannten Vereine sind berechtigt, Mütze und Band zu tragen.

Diese Vereine sollen, soweit dies möglich ist, die Versammlungen, in welchen sie den Vereinszweck pflegen, am Samstagabend in den Räumen der Kantonsschule abhalten. Nachher kann in einem besondern Vereinslokal eine gesellige Zusammenkunft stattfinden, die nicht über 11 Uhr ausgedehnt werden darf.

Die Rektoratskommission kann diesen Vereinen in jedem Semester die Abhaltung eines Kommerses bewilligen. Zu den Kommersen dürfen Freunde des Vereins, sowie Schüler der V. Gymnasial- und Gewerbschulklasse und des III. Kurses der pädagogischen Abteilung eingeladen werden.

§ 6. Die Rektoratskommission hat die Aufsicht über die Tätigkeit der Vereine und der Mitglieder derselben. Sie ist verpflichtet, überall da einzuschreiten, wo Rechtsvorschriften verletzt wurden, wo die Übertretung solcher zu gewärtigen ist und wo es im Interesse der Schule, der Schüler, der Disziplin, der öffentlichen Ordnung und guten Sitte geboten ist. Insbesondere ist der Trinkzwang zu verbieten.

§ 7. Soweit die Ausübung der Aufsicht es erforderlich macht, ist die Rektoratskommission berechtigt, von sämtlichen Vereinsakten Einsicht zu nehmen.

§ 8. Schüler, welche nicht definitiv promoviert werden, oder deren Betragen zu Klagen Anlaß gibt, können von der Rektoratskommission verhalten werden, auf bestimmte Zeit oder für immer aus dem Verein auszutreten. Diesen Schülern ist es verboten, an den Zusammenkünften des Vereins teilzunehmen.

§ 9. Der Regierungsrat hebt einen Verein auf:

- a. Wenn die Rektoratskommission ihm mitteilt, daß der Verein je am Ende von vier aufeinanderfolgenden Semestern weniger als acht Mitglieder hatte;
- b. wenn der Verein zu Disziplinarvergehen Anlaß gibt oder seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder seinen Zweck nicht erfüllt.

Der Regierungsrat ist berechtigt, sämtliche Vereine aufzuheben, sofern deren Bestehen Übelstände mit sich bringt.

§ 10. Geheime Vereine sind untersagt. Jede Beteiligung an solchen wird mit Wegweisung von der Solothurnischen Kantonsschule bestraft.

§ 11. Durch dieses Regulativ werden die das Vereinswesen betreffenden §§ 43 und 44 des Reglementes für die Kantonsschule vom 8. September 1883, mit Ergänzung vom 7. November 1884, sowie alle weiteren den Bestimmungen des vorliegenden Regulativs widersprechenden Vorschriften von Verordnungen und Beschlüssen des Regierungsrates und von Erlassen des Erziehungsdepartementes aufgehoben.

§ 12. Dieses Regulativ tritt sofort in Kraft.

39. 12. Reglement für die Frauenkommission der Frauenarbeitsschule in Basel. (Vom Erziehungsrat genehmigt 1907.)

§ 1. Die der Inspektion beigegebene Frauenkommission, die von der Inspektion auf 3 Jahre gewählt und nach dem Gesetz aus 7 Mitgliedern bestehen soll, wählt eines der Mitglieder zur Präsidentin; das Protokoll führt der Vorsteher.

§ 2. Die Obliegenheiten der Frauenkommission sind: Die Frauen suchen das Wohl der Anstalt auf alle Weise zu fördern, besuchen zu diesem Zwecke regelmäßig die Tages- und Abendklassen, überzeugen sich von der Ordnung und Disziplin in denselben und von der richtigen Ausführung der Arbeiten, gehen den Lehrerinnen mit gutem Rat an die Hand, teilen dem Vorsteher ihre Beobachtungen mit, besprechen mit demselben wünschbare Änderungen, enthalten sich jedoch jeder direkten Weisung an die Lehrerin.

§ 3. Die Frauen wohnen den Examen bei, erteilen mit dem Vorsteher und der betreffenden Lehrerin die Zeugnisse im Fleiß, Fortschritt und in der Leistung.

§ 4. Sie begutachten die ihnen von der Inspektion vorgelegten Fragen und versammeln sich nach Bedürfnis zu Konferenzen und erstatten Bericht zuhanden des Jahresberichtes. Die Inspektion wählt die Mitglieder der Frauenkommission und unterbreitet die getroffenen Wahlen dem Erziehungsrat zur Genehmigung.

§ 5. Der Erziehungsrat behält sich vor, diese Ordnung auf Antrag der Inspektion der Frauenarbeitsschule abzuändern.

40. 13. Lehrplan für das Lehrerseminar Marienberg des Kantons St. Gallen. (Erlassen vom Erziehungsrat am 21. Januar 1907. Genehmigt vom Regierungsrat am 12. Februar 1907).

Religion. — Katholische Konfession.

I. Klasse. 2 Stunden. — Biblische Geschichte des alten Testaments mit besonderer Berücksichtigung einschlägiger Partien aus Dogmatik und Moral. Kenntnis der Schriften des Alten Testaments. Liturgik: das Kirchenjahr; Messe und Vesper; die liturgischen Gesangbücher.

II. Klasse. 2 Stunden. — Geographie von Palästina zur Zeit Christi. Darstellung des Lebens und der Lehre Jesu nach den vier Evangelien.

III. Klasse. 2 Stunden. — Geschichte der Apostel. Zusammenhängende Geschichte der Kirche mit besonderer Hervorhebung der dogmenhistorischen Entwicklung.

IV. Klasse. 1 Stunde. — Besprechung von zeitgemäßen Fragen aus dem Gebiete der Apologetik. Methodik des biblischen Geschichtsunterrichtes in der Primarschule. Praktische Übungen.

Evangelische Konfession.

I. Klasse. 2 Stunden. — Biblische Landeskunde. Alttestamentliche Geschichte mit begleitender Lektüre, Besprechung und Aneignung einschlägiger religiös, sittlich und auch historisch wichtigster Abschnitte der alttestamentlichen Literatur, nebst Hinweisen auf eine fruchtbare Benützung derselben im Schulunterricht. Überblick über die Entstehung und Sammlung der alttestamentlichen Schriften.

II. Klasse. 2 Stunden. — Geschichte Jesu und der apostolischen Zeit mit begleitender Lektüre einschlägiger religiös, sittlich und auch historisch wichtigster Abschnitte aus der neutestamentlichen Literatur, nebst Hinweisen auf eine fruchtbare Benützung derselben im Schulunterricht. Überblick über die Entstehung und Sammlung der neutestamentlichen Schriften.

III. Klasse. 2 Stunden. — Hauptmomente der Kirchengeschichte mit besonderer Berücksichtigung der Reformations- und der Neuzeit. Das evangelische Kirchenlied in seiner Entwicklung und Bedeutung.

IV. Klasse. 1 Stunde. — Einführung in die Methodik des Religionsunterrichtes in der Primarschule. Praktische Übungen: Abfassung schriftlicher Präparationen und Abhaltung von Probelektionen.

Psychologie.

III. Klasse. 3 Stunden. — Die psychischen Elementarvorgänge. Empfindungen: Gesicht, Gehör, Geruch, Geschmack. Tastsinn, Temperatur- und Schmerzsinne, Bewegungs- und innere Organempfindungen. Die einfachen Gefühle.

Die zusammengesetzten psychischen Vorgänge. Die emotionellen Vorgänge: Gemütsbewegungen und Willensvorgänge. Die intellektuellen Vorgänge: Bildung der Vorstellungen, Assoziation und Reproduktion, Aufmerksamkeit. Das logische Denken: Begriff, Urteil, Schluß.

Kinderpsychologische Tatsachen.

Zusammenfassende Besprechung der im Unterrichte zur Anwendung gekommenen Methoden.

Pädagogik.

IV. Klasse. 14½ Stunden. — *Theoretische Pädagogik.* 4 Stunden. — Wesen und Ziele der Erziehung. Theorie des Lehrplans. Theorie der Unterrichtsmethoden. Die Methoden der Willens- und Gemütsbildung. Zusammenfassende Besprechung der im Unterrichte demonstrierend angewendeten Experimente. Leben und Werke bahnbrechender Pädagogen. Anleitung zum selbständigen Studium pädagogischer Schriften.

Spezielle Methodik und pädagogisches Praktikum. 10½ Stunden. — Spezielle Methodik der Primarschulfächer. Der Lehrplan der st. gallischen Primar- und Fortbildungsschulen. Obligatorische und fakultative Lehrmittel. Hilfsmittel für die Vorbereitung des Lehrers. Die Disziplinarmaßnahmen. Individualitätenbilder. Fortlaufender Unterricht in der Übungsschule. (Jedes Trimester Fächer- und Klassenwechsel.) Besprechung der Präparationen und Kritik der Lehrproben. Besuche in der Übungsschule und andern Anstalten.

Deutsch.

I. Klasse. 5 Stunden. — Lesen und Rezitieren. Lektüre prosaischer und poetischer Musterstücke des Lesebuches und historischer Stoffe im Anschlusse an den Geschichtsunterricht. Grammatik: Wort- und Satzlehre. Aufsätze und Briefe.

II. Klasse. 5 Stunden. — Lesen und Rezitieren. Behandlung volkstümlicher Stoffe, wie z. B. Volksmärchen, Volkslied, Kinderlied, Sagen. Ferner: Das Nibelungenlied nach einer Schulausgabe (im Urtexte), kleinere Gedichte und von Dramen etwa: Götz von Berlichingen, Maria Stuart. Phonetik mit Sprechübungen. Aufsätze.

III. Klasse. 5 Stunden. — Private, vorgeschriebene Lektüre mit kurzen Auszügen, soweit dies für den Gang der Literaturgeschichte notwendig erscheint. Behandlung klassischer Werke, wie etwa: Minna v. Barnhelm, Wallenstein und wenn möglich noch anderer Stücke, auch von Shakespeare. Monographien von Lessing und Schiller. Literaturgeschichte bis zur zweiten Blüte, so viel als möglich auf Grund des Gelesenen. Geschichte der deutschen Sprache in den Hauptzügen. Aufsätze.

IV. Klasse. 4 Stunden. — Private Lektüre mit gleicher Absicht wie in Klasse III. Aus Goethes Leben und Werken. Von schweizerischen Dichtern. Poetik, als Zusammenfassung des in den vorigen Klassen gelegentlich Behandelten. Das Wichtigste aus der Stillehre. Repetition der Grammatik. Aufsätze. Selbständig auszuarbeitende Referate als Übung in der sachgemäßen Behandlung und im Vortrag von Stoffen, die mit der zukünftigen Aufgabe des Lehrers in enger Beziehung stehen.

Französisch.

I. Klasse. 3 Stunden. — Lektüre leichter Prosastücke z. B. „Le tour de la France par deux enfants“ von Bruno. Besprechung des Inhalts und freie

Reproduktion desselben in französischer Sprache. Memorieren und Rezitieren prosaischer und poetischer Stoffe. Grammatik: Phonetik und Formenlehre. Schriftliche Übungen zur Einübung der grammatikalischen Formen. Übersetzungen, Diktate.

II. Klasse. 3 Stunden. — Lektüre: größere Prosastoffe, z. B. „Le petit chose“ von A. Daudet, „Sans famille“ von Hector Malot. Erklärung und Reproduktion derselben in französischer Sprache. Memorieren und Rezitieren ausgewählter Abschnitte. Grammatik: Die Hauptpartien der Syntax. Schriftliche Übungen: Versuche in selbstständigen Nacherzählungen und Beschreibungen. Extemporalien zur Einübung der Formenlehre und Syntax.

III. Klasse. 2 Stunden. — Lektüre eines Dramas z. B. „L'honneur et l'argent“ von Ponsard. Memorieren und Rezitieren einzelner Szenen. Grammatik: Ergänzung der Formenlehre und Syntax. Stilübungen im Anschluß an Lektüre und Erlebnisse.

IV. Klasse. 2 Stunden (fakultativ). — Lektüre und Interpretation einzelner Autoren, z. B. Racine, Molière, Delavigne, Coppée und in Verbindung damit literargeschichtliche Besprechungen. Grammatik: Systematische Repetition der schwierigeren Partien der Formenlehre und Syntax. Stilübungen: Kleine Aufsätze über Themata aus der Lektüre und dem Wissensschatz der Schüler. Rückübertragung eines ins Deutsche übersetzten französischen Lustspiels, z. B. „Le village“ von Feuillet.

Italienisch (fakultativ).

III. Klasse. 2 Stunden. — Laut- und Formenlehre: Mündliches und schriftliches Übersetzen der einschlägigen Übungen. Rasche Aneignung eines Wortschatzes. Konversationsübungen über die nächstliegenden Dinge. Lektüre eines leichten Prosastoffes wie z. B. „Cuore“ oder „Vita militare“ von De Amicis. Abfragen des Inhaltes in italienischer Sprache.

IV. Klasse. 2 Stunden. — Fortsetzung und Abschluß der Formenlehre und die Hauptpartien der Syntax. Lektüre einer größeren Erzählung oder eines Dramas z. B. „Il vero blasone“ von Gherardi del Testa; „Il cane del cieco“ von Bersezio. Inhaltsskizzen in italienischer Sprache. Schriftliche Übungen. Leichte Beschreibungen und Berichte. Auszüge aus der Lektüre oder Übertragung eines ins Deutsche übersetzten Lustspiels ins Italienische, z. B. „Un curioso accidente“ von Goldoni.

Lateinisch (fakultativ).

Um sprachlich begabten Schülern den Übertritt in das Obergymnasium zu erleichtern, bestehen Kurse zu je 2 Jahresstunden in Klasse 2, 3 und 4, eventuell schon vom 2. Trimester der I. Klasse an.

Formenlehre und Syntax. Mündliche und schriftliche Übersetzungen. Extemporalia. Stilistik und Poetik. Lektüre: Die Auswahl der Autoren richtet sich nach dem Programm des st. gallischen Gymnasiums.

Geschichte.

I. Klasse. 2 Stunden. — Allgemeine Geschichte. Geschichte der morgenländischen Völker in den Grundzügen. Geschichte der Griechen mit Hervorhebung ihrer Bedeutung für Kunst und Wissenschaft. Geschichte der Römer mit Betonung der staatlichen Institutionen. Geschichte der Germanen bis zur Völkerwanderung.

II. Klasse. 2 Stunden. — Allgemeine Geschichte. Von der Völkerwanderung bis zum westfälischen Frieden mit besonderer Berücksichtigung der Kultur- und Verfassungsgeschichte.

III. Klasse. 2 Stunden. — Allgemeine Geschichte. Vom westfälischen Frieden bis zur Gegenwart, mit besonderer Berücksichtigung jener Ereignisse, welche auf den Gang der Schweizergeschichte von Einfluß waren.

IV. Klasse. 2 Stunden. — Schweizergeschichte mit Berücksichtigung des Staats- und Kulturlebens.

Verfassungskunde. Einführung in die Bundes- und kantonale Verfassung und Übersicht über alle wichtigeren öffentlichen Einrichtungen mit Berücksichtigung der Ausbildung der Zöglinge zu Lehrern der Fortbildungsschule.

Geographie.

I. Klasse. 2 Stunden. — Länder- und Völkerkunde Europas mit besonderer Berücksichtigung der Nachbarländer der Schweiz.

Hauptkapitel der Meteorologie. Ozeanographie.

II. Klasse. 1 Stunde. — Länder- und Völkerkunde der Erdteile Asien, Afrika, Amerika und Australien mit Rücksichtnahme auf Kolonialwesen, Welt- handel und Weltverkehr.

III. Klasse. 2 Stunden. — Schweizerkunde. Einführung in die Kartographie. Orographie, Hydrographie, Klima, Flora und Fauna. Ethnographisches. Siedelungen. Kulturelles und Volkswirtschaft. Wehrwesen. Die Stellung der Schweiz in der Völkergemeinschaft.

Mathematik. — Arithmetik und Algebra.

I. Klasse. 4 Stunden. — Ergänzung und Vertiefung der Vorkenntnisse. Die 6 ersten Operationen mit einfachen und zusammengesetzten Buchstaben- größen. Die Gleichungen ersten Grades mit einer Unbekannten. Fortwährende allen Übungen im mündlichen Rechnen in Klassen.

II. Klasse. 2 Stunden. — Die Gleichungen 1. Grades mit 2 oder mehr Unbekannten. Die Logarithmen, speziell die gemeinen Logarithmen und deren Anwendungen. Wiederholung der einfachen Buchhaltung. Grundzüge der doppelten Buchhaltung unter Beschränkung auf einen einfachen Geschäftsfall.

III. Klasse. 2 Stunden. — Die Gleichungen 2. Grades mit einer Unbe- kannten. Die arithmetischen und geometrischen Progressionen. Die Zinseszins-, Renten- und Amortisationsrechnungen.

IV. Klasse. 2 Stunden. (Für die Seminaristinnen fakultativ.) — Die wichtigsten Kapitel aus dem bürgerlichen und gewerblichen Rechnen mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Fortbildungsschule.

Volkswirtschaftliche Belehrungen über Arbeit, Kapital, Preisbildung, Lohn, Haushalt der Gemeinde und des Staates, das Versicherungswesens, das Geld- und Münzwesen, das Kredit- und Bankwesen etc.

Geometrie und mathematische Geographie.

I. Klasse. 2 Stunden. — Planimetrie. Wiederholung der Grundbegriffe. Kongruenz, Gleichheit, Verwandlung, Messung und Ähnlichkeit der geradlinigen Flächenfiguren. Die Sätze über allgemeine und spezielle Drei-, Vier-, und Vielecke. Linien, Winkel und die regelmäßigen Polygone des Kreises. Aus- messung des Kreises und seiner Teile. Konstruktionsaufgaben.

II. Klasse. 2 Stunden. — Stereometrie. Lagenbeziehungen der Raum- elemente, insbesondere Parallelismus und Normalsein. Der Begriff des Projizierens. Abstand- und Winkelmessungen. Die körperliche Ecke. Entstehungsarten und allgemeine Eigenschaften der Körper. Bestimmung der Oberfläche und des Volumens der Körper. Gewichtsrechnungen.

III. Klasse. 2 Stunden. — Trigonometrie. Die goniometrischen Funk- tionen spitzer Winkel. Auflösung des rechtwinkligen und gleichschenkligen Dreiecks. Die goniometrischen Funktionen stumpfer Winkel. Ableitung der Hilfssätze zur Auflösung des schiefwinkligen Dreiecks. Lösung eingekleideter Aufgaben aus der praktischen Geometrie, Physik und Stereometrie.

Praktische Geometrie. Übungen mit den einfachen geometrischen Ver- messungsinstrumenten im Abstecken und Messen von horizontalen und vertikalen Entfernungen und Winkeln. Aufnahme und Plananfertiigung von kleinen Grund- stücken.

IV. Klasse. 1 Stunde. — Mathematische Geographie. Der Fix- sternhimmel und seine tägliche scheinbare Bewegung. Die scheinbare Bewegung

von Sonne und Mond und die Zeitrechnung. Gestalt, Größe und Axendrehung der Erde. Bewegung der Erde, des Mondes und der Planeten. Die Gesetze der wirklichen Bewegung. Zeitgleichung, Ortszeit und mitteleuropäische Zeit. Parallaxe und Entfernung der Himmelskörper. Topographie des Himmels.

Naturkunde. — *Botanik, Zoologie, Geologie und Mineralogie, Anthropologie und Hygiene.*

I. Klasse. 3 Stunden. — *Botanik.* Ausführliche Behandlung von Repräsentanten der wichtigeren Familien der Blütenpflanzen nach morphologischen und biologischen Gesichtspunkten. Übersicht über die Organe der Blütenpflanzen. Anleitung zum Bestimmen der phanerogamen Pflanzen. Exkursionen.

Zoologie. Ausführliche Behandlung ausgewählter Repräsentanten der höhern Wirbeltiere. Systematische, biologische und geographische Übersicht.

Geologie. Dünen und Wüsten, Quellen, Verwitterung, fließendes Wasser; Tal- und Seebildung; Schnee und Eis; Sedimentbildung.

II. Klasse. 3 Stunden. — *Botanik.* Fortsetzung der Übungen im Bestimmen von Phanerogamen. Systematische und biologische Übersicht über die Blütenpflanzen.

Zoologie. Ausführliche Behandlung ausgewählter Repräsentanten der niedern Wirbeltiere und der Wirbellosen. Systematische und biologische Übersicht. Vergleichende Übersicht über die Baupläne und Organe der Tiere.

Geologie und Mineralogie. Vulkane, Dislokationen der Erdkruste; Erdbeben. Eruptiv- und Sedimentgesteine. Die gesteinsbildenden Mineralien.

III. Klasse. 2 Stunden. — *Botanik.* Ausgewählte Kapitel aus der Kryptogamenkunde. Pflanzenanatomie und Physiologie mit mikroskopischen Demonstrationen und physiologischen Experimenten.

Anthropologie und Hygiene. Bau und Funktionen des menschlichen Körpers. Hygiene im Anschlusse an die behandelten Organe unter besonderer Berücksichtigung des Schullebens.

Physik und Chemie.

II. Klasse. 3 Stunden. — *Physik.* Mechanik. Allgemeine Eigenschaften der Körper, Wirkungen der Molekularkräfte. Einfache Maschinen und ihre Verbindungen. Zusammensetzung und Zerlegung von Kräften, Mechanik der flüssigen und gasförmigen Körper. Die Lehre von den Bewegungen.

Akustik. Das Wichtigste aus der Wellenlehre. Die Töne und die wichtigsten Tonerreger. Die Resonanz.

Wärmelehre. Volumenänderung der Körper und ihre Anwendung. Änderung des Aggregatzustandes. Ausbreitung der Wärme. Messung von Wärmemengen. Verwendung der Wärme zur Leistung mechanischer Arbeit. Wärmeerscheinungen in der Atmosphäre.

III. Klasse. 3 Stunden. — *Physik.* Optik. Ausbreitung des Lichtes. Das Reflexionsgesetz und seine Anwendung auf den Plan- und Hohlspiegel. Die Brechung. Prismen, sphärische Linsen, optische Instrumente. Die Farbenzerstreuung und Spektralanalyse.

Chemie. Einführung in das Verständnis der Bedingungen und Gesetze der wichtigsten Stoffveränderungen. Kenntnis der chemischen Prozesse in den wichtigsten Gewerben und dem täglichen wirtschaftlichen Leben.

IV. Klasse. 2 Stunden. — *Physik.* Magnetismus und Elektrizität. Der Magnetismus in seinen allgemeinen Erscheinungen. Theorie der Molekularmagnete. Die Erscheinungen der statischen Elektrizität. Die galvanische Elektrizität und ihre Erzeugung. Elemente, Dynamomaschinen, Akkumulatoren. Die magnetischen und chemischen Wirkungen des Stromes. Wärme-, Licht- und Induktionswirkungen. Die Gesetze des elektrischen Stromes. Technische Anwendungen der Elektrizität.

Zusammenfassung und praktische Ausgestaltung der für die Fortbildungsschule in Betracht fallenden Kapitel aus der Mechanik, Wärme- und Elektrizitätslehre.

Gesang. — Klassengesang.

I. Klasse. 2 Stunden. — Tonbildung. Vokalisation. Treffübungen in Dur. Vokalisieren und einstimmige Lieder mit Klavierbegleitung. Leichte, mehrstimmige Gesänge mit strenger Beachtung der Tonreinheit, Aussprache, Dynamik und Rhythmik. Erklärung und Einübung der Solmisation.

II. Klasse. 1½ Stunden. — Fortgesetzte Tonbildung, hauptsächlich durch Einzelsingen befördert. Treffübungen in Dur und Moll mit gesteigerten Anforderungen mit und ohne Solmisation. Vierstimmiger Gesang mit möglichst tadelloser Erfüllung aller Gesangserfordernisse. Schwierigere Vokalisieren und zweistimmige Lieder mit Klavierbegleitung.

III. Klasse. 1 Stunde. — Vierstimmiger Gesang auf Grundlage des bisherigen Unterrichtes. Intonations- und Direktionsübungen. Übungen im Primavista-Singen, sowohl chorisch als quartettweise. Übungen im Solfeggieren. Durcharbeitung des für die Unterschule vorgeschriebenen Gesangstoffes als Grundlage für die Ausbildung zukünftiger Gesanglehrer in der Primarschule.

IV. Klasse. 1 Stunde. — Fortgesetzte Intonations- und Direktionsübungen. Behandlung der verschiedenen Chorgattungen. Gesangsmethodik und Durcharbeitung des für die Ober- und Ergänzungsschule bestimmten Gesangstoffes, verbunden mit Lehrproben in der Übungsschule.

Gesamtchor.

I., II., III. und IV. Klasse. 1 Stunde. — Chorgesänge aus der klassischen und neueren Zeit. Studium von Werken aus der Glanzperiode der katholischen und evangelischen Kirchenmusik. Alte und neue Volkslieder. Größere Werke mit Klavier- und Orgelbegleitung.

Choralgesang und kirchliches Orgelspiel.

1 Stunde. — Katholische Schüler: Klasse I und II. Einübung deutscher Lieder aus dem st. gallischen Diözesangesangsbuche. Theorie des gregorianischen Chorals und Einübung kirchlicher Gesänge.

Klasse III (fakultativ). Beginn des kirchlichen Orgelspiels mit Liedern aus dem st. gallischen Gesangsbuche. Harmonisation der Tonleiter. Theorie und praktische Übungen in der Harmonisation des Chorals.

Klasse IV (fakultativ). Modulationstheorie. Harmonisieren und Spielen von Choralgesängen, Psalmen, Meßbegleitungen etc. Besprechung und Erklärung kirchlicher Musik.

Evangelische Schüler: Klasse I, II und III obligatorisch; Klasse IV fakultativ. Studium von Chorälen aus dem evangelischen Gesangsbuche. Schüler der III. und IV. Klasse spielen die Orgelbegleitung abwechselnd.

Harmonielehre. (Fakultativ.)

II. Klasse. 1 Stunde. — Intervallenlehre. Molltonart. Der Dreiklang und seine Umkehrungen. Schlußkadenz, Harmonisierung eines gegebenen Soprans. Der Dominantseptimenakkord und seine Umkehrungen.

III. Klasse — 1 Stunde. Nebenseptimenharmonien. Praktische Anwendung des Gelernten im Spielen und Auswendiglernen von Akkordverbindungen und Kadenz. Der Vorhalt. Die Antizipation. Alterierte Akkorde. Durchgangsnoten und Wechselnoten. Orgelpunkt. Fortsetzung der praktischen Übungen am Instrumente.

Instrumentalmusik.

Im Instrumentalunterricht ist entweder der Violin- oder der Klavierunterricht nach freier Wahl der Zöglinge obligatorisch.

Violinspiel.

I. Klasse. 2 Stunden. — Elementarübungen unter steter Rücksichtnahme auf richtige Haltung des Instrumentes, auf richtige Bogenführung und reine Intonation.

II. Klasse. 2 Stunden. — Einübung der leichtern Dur- und Molltonleitern. Etüden, Lieder und Vortragsstücke.

III. Klasse. 1 Stunde. — Schwierigere Stücke und Duette der ersten Lage. Einübung von Stücken mit Klavier- und Orgelbegleitung.

IV. Klasse. 1 Stunde. — Einführung in die 3. Position. Studium schwierigerer Stricharten. Übungen im Ensemblespiel. Violinquartette.

Klavierspiel.

I. Klasse. 2 Stunden. — Anfangsgründe des Klavierspiels. Zwei- und vierhändige Stücke aus der Klavierschule mit Berücksichtigung eines gebundenen Spiels als Vorspiel für das Orgelspiel.

II. Klasse. 2 Stunden. — Tonleiter und Akkordspiel. Fortsetzung der Klavierschule.

III. Klasse. 1 Stunde. — Studium von leichten Sonatinen zur Erzielung eines guten Vortrages. Spielen von mehrstimmigen Liedern.

IV. Klasse. 1 Stunde. — Fortsetzung der technischen Studien. Einführung in die Klassiker. Übungen im Begleiten. Ensemblespiel.

Orgelspiel.

II. Klasse. 1½ Stunden. — Technische Vorübungen für das Manualspiel. Zwei-, drei- und vierstimmige Übungen auf dem Manuale. Kirchenlieder und Choräle aus den offiziellen Gesangbüchern der katholischen und evangelischen Kirche.

III. Klasse. 2 Stunden. — Übungen für Pedal allein und in Verbindung mit dem Manuale. Spielen von Kirchenliedern und Chorälen zur Vorbereitung auf den Organistendienst.

IV. Klasse. 1 Stunde. — Schwierigere Orgelstücke, der Fertigkeit des Einzelnen angemessen. Orgelkunde und Anleitung zum Registrieren. Für vorgerücktere und besonders befähigte Zöglinge: Studium größerer Orgelstücke aus der klassischen Periode und der neuern Zeit.

Zeichnen. — Freihandzeichnen.

I. Klasse. 3 Stunden. — Blatt- und Blütenformen als Ergebnisse von Übungen im Zeichnen nach Natur. Anwendungen derselben zum Aufbau farbiger Ornamente.

II. Klasse. 2 Stunden. — Weiterführung der Naturstudien. Früchte und Fruchtgruppen. Pflanzenzeichnen. Ornamentierübungen. Freie Perspektive: Zeichnen ebenflächig begrenzter Körper.

III. Klasse. 2. Stunden. — Freie Perspektive: Zeichnen krummflächiger begrenzter Körper. Tierzeichnen. Wandtafelzeichnen: Die Aufgaben für das malende Zeichnen der ersten drei Schuljahre.

IV. Klasse. 1 Stunde. — Einführung in das Landschaftszeichnen. Skizzieren nach der Natur im Freien. Wandtafelzeichnen: Die Aufgaben für die obern Klassen der Volksschule. Methodik des Zeichenunterrichtes.

Geometrisches Zeichnen. (Für die Seminaristinnen fakultativ.)

II. Klasse. 1 Stunde. — Darstellung von Punkten, Geraden, ebenen Polygonen und der in der Stereometrie behandelten Körper in Grund und Aufriß. Netzbestimmungen. Konstruktion der wichtigsten Kurven. Elemente der Schattenlehre.

III. Klasse. 1 Stunde. — Weitere Ausführung der rechtwinkligen Projektionsart: Bestimmung der wahren Länge von Strecken aus den rechtwinkligen Projektionen. Die Schnittpunktaufgabe mit Anwendung auf Schatten. Anfertigung von Situationsplänen für die in der praktischen Geometrie ausgeführten Vermessungen.

IV. Klasse. 1 Stunde. — Weitere Übungen und Konstruktionen zur Projektionslehre mit Rücksicht auf die Ausbildung des Lehrers zur Erteilung des ersten Zeichenunterrichts an gewerblichen Fortbildungsschulen. Aufnahme von einfachen Bau- und Maschinenteilen. Maßskizzen.

Schreiben.

I. Klasse. 1 Stunde. — Systematische Übungen in deutscher und lateinischer Kurrentschrift. Arabische und lateinische Ziffern.

II. Klasse. 1 Stunde. — Fortsetzung der Übungen in deutscher und lateinischer Kurrentschrift. Rundschrift. Schreibübungen an der Wandtafel.

Turnen. — Für die Seminaristen.

I. Klasse. 2 Stunden. — Die Übungen der 1. Stufe der Turnschule für den militärischen Vorunterricht der schweizerischen Jugend. Die leichteren Übungen der 2. Stufe. Turnspiele.

II. Klasse. 2 Stunden. — Weiterführung der Übungen der 2. Stufe. Stab- und Keulenübungen. Turnspiele.

III. Klasse. 2 Stunden. — Ausbau der Frei- und Stabübungen. Geräteturnen mit gesteigerten Anforderungen. Berücksichtigung des Militärturnens. Einführung in das Mädchenturnen. Turnspiele.

IV. Klasse. 2 Stunden. — Weiterführung des praktischen Turnens zur Erhaltung und Steigerung der Turnfertigkeit. Weiterführung des Mädchenturnens. Methodik des Turnunterrichtes. Turnlektionen aus dem Übungsstoff der 1. und 2. Stufe in gegenseitigem Unterrichte und mit den Klassen der Übungsschule.

Für die Seminaristinnen.

2 Stunden. — Aus dem Übungsstoff der Turnschule die für die Mädchen passenden Frei- und Stabübungen. Marsch- und Hüpfübungen. Geräteturnen in passender Auswahl des Stoffes. Turnspiele. Für die 4. Klasse Methodik des Mädchenturnens und Turnlektionen mit den Mädchen der Übungsschule.

Landwirtschaft.

I. Klasse. 1 Stunde. — Einführung in die Gartenarbeiten. Kenntnis der wichtigsten Obstsorten und der wichtigsten Nutz- und Zierpflanzen. Einübung des Okulierens, sowie der im Schullesebuch beschriebenen Veredlungsarten. Anleitung zur Erziehung eines Setzbaumes. Setzen und Beschneiden eines Feldobstbaumes. Theorie über Gemüse- und Gartenbau.

II. Klasse. 1 Stunde. — Anpflanzung und Pflege von Zwergobstbäumen und Spalierreben. Die Krankheiten und Schädlinge der Obstbäume, Reben und Gartenpflanzen. Anbau verschiedener Gemüse- und Gartenpflanzen. Theorie über Bodenkunde und Düngerlehre. Einführung in die Bienenzucht.

III. Klasse. $\frac{1}{2}$ Stunde. — Theoretische und praktische Anleitung zur Bienenzucht. Obstsortenkenntnis und Obstverwertung.

Handfertigkeit. (Fakultativ.)

Kurse für Papparbeiten, Schreinerarbeiten, Schnitzen und Modellieren.

Hauswirtschaft.

Hauswirtschaftliche Kurse für die Seminaristinnen.

Vorstehendem Lehrplan, welcher denjenigen vom 19./21. März 1902 ersetzt und mit 1. Mai 1907 in Kraft tritt, ist vom Regierungsrate die Genehmigung erteilt worden.

Übersicht der Stundenzahl für die Seminaristen nach dem neuen Lehrplan.

	Klassen	I.	II.	III.	IV.	Total Oblig.	Fak.
1. Religion	2	2	2	1	7		
2. Psychologie und Pädagogik	—	—	3	4	7		
3. Spezielle Methodik u. pädagogisches Praktikum	—	—	—	10 ¹ / ₂	10 ¹ / ₂		
4. Deutsch	5	5	5	4	19		
5. Französisch	3	3	2	2*	8		2*
6. Italienisch	—	—	2*	2*	—		4*
7. Lateinisch	—	2*	2*	2*	—		6*
8. Geschichte	2	2	2	2	8		
9. Geographie	2	1	2	—	5		
10. Mathematik	6	4	4	3	17		
11. Botanik, Zoologie etc.	3	3	2	—	8		
12. Physik, und Chemie	—	3	3	2	8		
13. Klassengesang	2	1 ¹ / ₂	1	1	5 ¹ / ₂		
14. Chorgesang	1	1	1	1	4		
15. Choralgesang	1	1	1	1*	3		1*
16. Violin oder Klavier	2	2	1	1	6		
17. Orgel	—	1 ¹ / ₂ *	2*	1*	—		4 ¹ / ₂ *
18. Harmonielehre	—	1*	1*	—	—		2*
19. Freihandzeichnen	3	2	2	1	8		
20. Geometrisches Zeichnen	—	1	1	1	3		
21. Schreiben	1	1	—	—	2		
22. Turnen	2	2	2	2	8		
23. Landwirtschaft	1	1	1 ¹ / ₂	—	2 ¹ / ₂		
Total der obligatorischen Stunden	36	35 ¹ / ₂	34 ¹ / ₂	33 ¹ / ₂	139 ¹ / ₂		
Total der fakultativen Stunden	—	4 ¹ / ₂	7	8	—		19 ¹ / ₂

* Fakultative Fächer.

41. 14. Nachtrag zur Unterrichts- und Disziplinarordnung der Kantonsschule St. Gallen vom 12. März 1901. (Vom 29. November 1907.)

Landammann und Regierungsrat des Kantons St. Gallen, auf Antrag des Erziehungsrates, in teilweiser Revision der Unterrichts- und Disziplinarordnung der st. gallischen Kantonsschule vom 12. März 1901,

verordnen hiermit:

Art. 1. Die Kantonsschule besteht aus einem Gymnasium, einer technischen Abteilung, einer merkantilen Abteilung und einer Sekundar-Lehramtsschule.

Art. 2. Das Gymnasium bildet die Vorschule für akademische Studien und schließt an den 6. Kurs der Primarschule an. Es besteht aus 4 Kursen des untern und 3 Kursen des obern Gymnasiums und teilt sich vom 3. Kurs an in die literarische und realistische Richtung mit folgenden obligatorischen und fakultativen (mit einem * bezeichneten) Unterrichtsfächern:

	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.
			l r	l r	l r	l r	l r
Religion	2	2	2 2	2 2	2 2	2 2	1 1
Philosophie	—	—	—	—	—	2 2	3 3
Deutsche Sprache (mit Einf. in die griech. Lit.)	4	3 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂ 2 ¹ / ₂	3 3	3 3	3 3	3 3
Lateinische Sprache	7	5 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ 5 ¹ / ₂	6 6	6 6	6 6	5 5
Griechische Sprache	—	—	6 —	5 —	5 —	5 —	5 —
Hebräische Sprache	—	—	—	—	—	3* —	3* —
Französische Sprache	—	5	3 3	3 3	3 3	3 3	3 3

	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.
	1	2	1	1	1	1	1
	1	2	1	1	1	1	1
Engl. od. ital. Sprache	—	—	4	3	3	3*	4*
Geschichte	2	2	2	2	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2
Geographie	3	2	2	—	—	—	—
Astronomie	—	—	—	—	—	1	1
Mathematik	6	4	4	4	3	3*	3*
Naturkunde	—	3	2	2	2	2*	2
Physik	—	—	—	—	2	2	—
Chemie	—	—	—	—	3	—	6
Kalligraphie u. Buchh.	2	—	—	1	1	—	—
Freihandzeichnen	2	2	2	2	2*	2*	2*
Gesang	2	2	—	—	1	1	1
Turnen	2	2	2	2	2	2	2
Summa der obl. Stunden	32	33	33	32	34 ¹ / ₂	32 ¹ / ₂	27

Art. 3. Die technische Abteilung bildet die Vorschule für die technischen Berufsarten und den Besuch des Polytechnikums und schließt an den 2. Kurs der Sekundarschule an. Sie besteht aus 4¹/₂ Jahreskursen und teilt sich vom 4. Kurse an in die mechanische und chemische Richtung mit folgenden obligatorischen und fakultativen (mit einem * bezeichneten) Unterrichtsfächern:

	I.	II.	III.	IV.	V.
				m.	ch.
				m.	ch.
Religion	2	2	2	2	1
Deutsche Sprache	4	4	4	3 ¹ / ₂	4
Französische Sprache	4	4	4	3 ¹ / ₂	4
Englische oder italienische Sprache	—	3 ¹ / ₂ *	3*	2*	—
Geschichte	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	—	2	—
Geographie	3	1	—	—	—
Astronomie	—	—	—	1	1
Arithmetik und Algebra	4	3	2	2	2
Geometrie	2	3	2	3	3
Darstellende Geometrie	—	—	2	2 ¹ / ₂	3
Praktische Geometrie	—	—	—	—	4
Linearzeichnen	3	3	2	1 ¹ / ₂	2
Naturkunde	3	2	2	2	5
Physik	—	3	4	2 ¹ / ₂	3
Chemie	—	—	3	2 ¹ / ₂	6
Buchhaltung	—	1	—	—	—
Freihandzeichnen	2	2	2	2	2*
Gesang	1	—	1	1	—
Turnen	2	2	2	2	2
Summe der obligatorischen Stunden	32 ¹ / ₂	32 ¹ / ₂	32	33	33

Art. 4. Die merkantile Abteilung bildet die Vorschule für die kaufmännischen Berufsarten und den Besuch der Handelsakademie und schließt an den zweiten

Kurs der Sekundarschule an. Sie besteht aus drei Jahreskursen mit folgenden obligatorischen und fakultativen (mit einem * bezeichneten) Unterrichtsfächern:

	I.	II.	III.
Religion	2	2	1
Deutsche Sprache	4	3	3
Französische Sprache	5	4	4
Englische Sprache	4	4	4
Italienische Sprache	—	3*	3*
Spanische Sprache	—	3*	3*
Geschichte, allgemeine	2	2	2*
„ schweizerische	—	—	2
Geographie	2	2	1
Buchhaltung und Handelslehre	—	3	3
Rechnen und Algebra	4	3	3
Volkswirtschaft	—	—	2*
Naturkunde	2	2	—
Physik	—	2	2
Chemie	—	2*	2*
Chemische Technologie	—	—	2*
Mechanische Technologie	—	—	2*
Kalligraphie	2	—	—
Freihandzeichnen	2	2*	2*
Gesang	1	—	1
Turnen	2	2	2
Weben	—	3*	—
Sticken	—	—	3*
Summe der obligatorischen Stunden	32	29	26

Art. 5. Die Zahl der obligatorischen und fakultativen Wochenstunden darf 35 nicht übersteigen; doch fällt das Weben und Sticken an der merkantilen Abteilung bei Berechnung der Maximalstundenzahl nicht in Betracht. In denjenigen Kursen, wo die obligatorische Zahl der Wochenstunden unter 30 bleibt, sind die Schüler zur ergänzenden Übernahme von Freifächern bis auf 30 Wochenstunden verpflichtet.

Art. 6. Neben den Schulfächern bietet die Kantonsschule ihren Schülern auch Unterricht in der Stenographie und Instrumentalmusik.

Für die deutsche Stenographie besteht während des Sommers ein Freikurs von wöchentlich zwei Stunden für Schüler von dem 3. Kurs des Gymnasiums und dem 1. Kurs der technischen und der merkantilen Abteilung an, mit einem Fortbildungskurs in den Monaten November-Februar. Für III m besteht außerdem während des ersten Trimesters noch ein zweistündiger freidsprachlicher Stenographiekurs.

Der Unterricht in der Instrumentalmusik erstreckt sich auf Klavier und die gebräuchlichsten Streich- und Blasinstrumente mit 1 bis 2 Wochenstunden. Für diesen Unterricht haben ältere Schüler den Vortritt vor jüngern. Kein Schüler darf mehr als *ein* musikalisches Instrument gleichzeitig an der Anstalt erlernen. Der Unterricht in Klavier darf höchstens 5, der Unterricht in Blasinstrumenten höchstens 3 Jahre besucht werden.

Schüler, die den Anforderungen in den Schulfächern nicht genügend nachkommen, sind vom Unterricht in der Stenographie und der Musik auszuschließen.

Art. 7. Im Sommer finden an 3 Stunden eines Freinachmittags Waffenübungen statt. Die Erteilung von Hausaufgaben für diesen Freinachmittag ist nicht gestattet.

Art. 8. Durch vorstehende Bestimmungen, welche mit Beginn des nächsten Schuljahres 1908/09 in Wirksamkeit treten, werden die Art. 1—18 der Unterrichts- und Disziplinarordnung der Kantonsschule vom 12. März 1901 aufgehoben und ersetzt.

42. 15. Regulativ für die Verwendung der Stipendien- und Krankenkasse der Kantonsschule St. Gallen. (Vom Erziehungsrat erlassen den 18. September 1907. Vom Regierungsrat genehmigt den 28. September 1907.)

Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen, in der Absicht, die Verwendung der Stipendien- und Krankenkasse der Kantonsschule St. Gallen zweckgemäß festzustellen; in Revision des Regulativs vom 11. August 1891,

verordnet was folgt:

Art. 1. Auf Stipendien haben Anspruch unvermögliiche kantonsangehörige Schüler, welche sich über gute Befähigung, ausgezeichneten Fleiß und tadelloses Verhalten ausweisen. Die Stipendien werden am Schlusse eines jeden Trimesters auf den Vorschlag des Lehrerkonvents nach vorausgegangener grundsätzlicher Entscheidung des Erziehungsrates endgültig von der Studienkommission festgesetzt.

Art. 2. Der jährliche Betrag eines Stipendiums soll nicht unter 50 und nicht über 150 Fr. für Schüler unterer Klassen und 200 Fr. für Schüler oberer Klassen, sofern sie von ihrem ordentlichen Wohnsitze aus die Kantonsschule besuchen können, bemessen werden. Für Schüler von auswärts, die nicht bei ihren Angehörigen wohnen können, darf das Maximum das Doppelte, also 300 resp. 400 Fr. betragen. Schüler, die täglich die Eisenbahn von ihrem ordentlichen Wohnsitze aus und zurück benützen müssen, um die Anstalt besuchen zu können, wird das Abonnementsbillet auf begründetes Ansuchen zurückvergütet resp. als Zulage zum Stipendium ausbezahlt.

Art. 3. Neben dem ordentlichen Stipendium kann Schülern der oberen Klassen zum Zwecke des Aufenthalts auf fremdem, vorab französischem Sprachgebiet während der Sommerferien noch ein besonderer Kostenbeitrag bis auf 50 Fr. zuerkannt werden.

Art. 4. Auf Unterstützung aus der Krankenkasse haben Anspruch unvermögliiche Schüler in längern oder schwerern Krankheitsfällen. Die Unterstützung wird jeweilen auf Vorschlag des Rektorats von der Studienkommission zuerkannt. In genannten Krankheitsfällen sind die Kantonsschüler auf Wunsch im Kantonsspital als Pensionäre aufzunehmen, gemäß Übereinkunft mit der Spitalkommission vom 30. Oktober 1884 (siehe amtl. Schulblatt vom Dezember 1884) und den weniger vermöglichen die Kosten aus der Krankenkasse der Kantonsschule zu bezahlen.

Art. 5. Für kantonsangehörige Schüler, die nicht bei ihren Eltern wohnen, werden die Spitalgebühren aus der Krankenkasse der Kantonsschule bezahlt.

Art. 6. Dieses Regulativ ersetzt dasjenige vom 11. August 1891 und tritt sofort in Kraft.

43. 16. Regulativ betreffend die Erteilung von Stipendien für das Studium an Hochschulen. (Kanton St. Gallen.) (Vom 28. Februar/1. März 1907.)

Art. 1. Der Staat unterstützt die Ausbildung talentvoller, aber unbemittelter Schüler auf Hochschulen durch Stipendien. (Art. 10, Absatz 2, der Kantonsverfassung vom 16. November 1890.)

Art. 2. Kantonsangehörige Studierende von der eben bezeichneten Qualifikation, die sich auch über die nötige Vorbildung durch ein Maturitätszeugnis ausweisen, können für die übliche Dauer der Studienzeit halbjährliche Stipendien im Betrage von 50—250 Fr. erhalten.

Im Kanton niedergelassene Ausländer können mit Stipendien unterstützt werden, wenn sie ihre Vorbildung an der st. gallischen Kantonsschule erhalten haben.

Art. 3. Die Bewerbung um ein Stipendium hat alljährlich in der ersten Hälfte der Monate April und September bei dem Erziehungsdepartement durch Einreichung eines schriftlichen Gesuches unter Beilegung von Zeugnissen über

Fleiß und sittliches Verhalten und die im vorausgegangenen Semester an einer Hochschule gemachten Studien zu erfolgen. Auch sind bei der ersten Bewerbung in ein Formular, welches bei der Erziehungskanzlei zu beziehen ist, die nötigen Angaben über die persönlichen Verhältnisse und allfällige anderweitige Unterstützungen einzutragen.

Art. 4. Dem Erziehungsrate steht das Recht zu, von Bewerbern um ein Stipendium eine Prüfung zu verlangen.

Art. 5. Die Stipendien werden nach Ablauf der Anmeldefrist im Frühling und Herbst vom Erziehungsrat festgesetzt, und zwar in Form unverzinslicher Darlehen auf bestimmte oder unbestimmte Zeit.

Bei Ausrichtung des Stipendiums hat sich der Empfänger durch schriftliche Erklärung dem Erziehungsdepartement gegenüber, unter Verzichtleistung auf jede Verjährungseinrede, zu verpflichten, die erhaltenen Stipendien ohne Zins später zurückzubezahlen, sobald ihm seine ökonomischen Verhältnisse dies ermöglichen.

Art. 6. Aus den zurückbezahlten Stipendien und allfälligen weiteren Beiträgen wird ein Spezialfonds gebildet, dessen Erträge nebst den vom Großen Rat jeweilen hierfür bewilligten Budgetkrediten zur Verabfolgung von Stipendien zu verwenden sind.

Art. 7. Das vorstehende Regulativ, durch welches dasjenige vom 10. Mai 1899 aufgehoben wird, tritt sofort in Kraft und ist in die Gesetzessammlung und in das amtliche Schulblatt aufzunehmen.

44. 17. Reglement über die Ausstellung der Maturitätszeugnisse der thurgauischen Kantonsschule (Gymnasium). (Vom Mai 1907.)

§ 1. Das Maturitätszeugnis bildet für die Schüler des Gymnasiums den Ausweis, daß sie die erforderliche geistige Reife und Schulbildung besitzen, um sich mit Erfolg den Studien an einer Hochschule widmen zu können.

§ 2. Die Noten dieses Zeugnisses werden für die Mehrzahl der Unterrichtsfächer (vgl. §§ 9, 10 und 11) ausgestellt auf Grund einer Prüfung, welche jeweilen im Frühling am Schlusse des Schuljahres stattfindet.

§ 3. Zu dieser Prüfung (Maturitätsprüfung) haben diejenigen Schüler des Gymnasiums Zutritt, welche die VII. Klasse vollständig absolviert haben.

§ 4. Der Zeitpunkt der Prüfung wird vom Lehrerkonvent im Einverständnis mit der Aufsichtskommission festgesetzt.

§ 5. Das Maturitätszeugnis wird definitiv festgestellt von der Prüfungskommission, welche nach der Prüfung zusammentritt. Dieselbe besteht:

- a) aus den Fachlehrern, deren Fachnoten im Zeugnis vertreten sind;
- b) aus einer Abordnung der Aufsichtskommission;
- c) aus einer Abordnung des Regierungsrates.

Den Vorsitz führt der Rektor.

§ 6. Das Maturitätszeugnis hat Zensuren über folgende 10 Fächer aufzuweisen:

1. Deutsch, 2. Latein, 3. Griechisch resp. Englisch, 4. Französisch, 5. Philosophie, 6. Geschichte und Geographie, 7. Mathematik, 8. Physik, 8. Chemie und Mineralogie, 10. Naturgeschichte.

Außerdem werden fakultativ Maturitätsnoten in Hebräisch und im Zeichnen erteilt, vorausgesetzt, daß die Bewerber den entsprechenden Unterricht genossen haben.

§ 7. Die Maturitätsprüfung zerfällt in eine schriftliche und eine mündliche; die letztere ist öffentlich und findet in der Regel 14 Tage nach der ersteren statt.

§ 8. Die Themata für die schriftliche Prüfung werden der Aufsichtskommission zur Genehmigung mitgeteilt. Für die schriftlichen Arbeiten werden in

einem Fache je 2 bis 4 Stunden angesetzt; die Arbeiten werden unter der Aufsicht eines Lehrers angefertigt; für fremde Sprachen ist der Gebrauch eines Wörterbuches erlaubt; andere Hilfsmittel (Logarithmentafeln ausgenommen) sind nicht gestattet.

Nachdem der Fachlehrer die Arbeiten durchgegangen hat, werden sie bei den Abgeordneten der Aufsichtskommission und des Regierungsrates in Zirkulation gesetzt und am Tage der mündlichen Prüfung im Prüfungslokale öffentlich aufgelegt.

§ 9. Die schriftliche Prüfung umfaßt folgende Fächer:

1. Deutsch: Aufsatz.
2. Latein: a) Übersetzung aus dem Deutschen ins Lateinische. — b) Übersetzung einer noch nicht gelesenen Stelle aus einem lateinischen Schulautor des oberen Gymnasiums.
3. Griechisch: Übersetzung einer noch nicht gelesenen Stelle aus einem griechischen Schulautor des oberen Gymnasiums.

NB. Für Nicht-Griechen im Englischen: entweder eine freie Komposition oder eine Übersetzung aus dem Deutschen ins Englische.

Französisch: Übersetzung aus dem Deutschen ins Französische oder Anfertigung eines leichteren Aufsatzes.

Mathematik: Lösung einer oder mehrerer mathematischer Aufgaben.

§ 10. Die Gegenstände der mündlichen Prüfung sind folgende:

1. Deutsch: Die HAUPTERSCHINUNGEN der deutschen Literatur.
2. Latein: Übersetzung und Erklärung einer noch nicht gelesenen Stelle aus einem lateinischen Schriftsteller.
3. Griechisch: Übersetzung und Erklärung einer noch nicht gelesenen Stelle aus einem griechischen Schriftsteller.

NB. Für Nicht-Griechen im Englischen: Übersetzung eines noch nicht gelesenen Abschnittes aus einem Prosaschriftsteller.

4. Französisch: Übersetzung einer noch nicht gelesenen Stelle aus einem schwierigeren Schriftsteller. Angemessene Korrektheit und Sicherheit im mündlichen Ausdruck. Übersicht der wichtigsten Perioden der modernen Literatur.

5. Philosophie: Grundzüge der Logik und Erkenntnistheorie.

6. Geschichte: Genauere Kenntnis der allgemeinen und der Schweizergeschichte. Grundzüge der vaterländischen Staatseinrichtungen.

7. Mathematik: Gleichungen ersten Grades mit einer und mehreren Unbekannten. Gleichungen zweiten Grades. Potenzen, Wurzeln und Logarithmen. Arithmetische und geometrische Progressionen. Kombinationslehre und binomischer Lehrsatz. Lehre von den Funktionen. Planimetrie, ebene Trigonometrie, Stereometrie und die einfachsten Sätze der sphärischen Trigonometrie. Analytische Geometrie der Kegelschnitte. Grundzüge der mathematischen Geographie.

8. Physik: Allgemeine Eigenschaften der Körper. Mechanik der festen, flüssigen und gasförmigen Körper. Die Hauptgesetze der Akustik, Optik, Wärmelehre, Elektrizität und des Magnetismus.

9. Chemie und Mineralogie: Die allgemeinen Lehren der Chemie. Die Darstellungsmethoden, sowie die physikalischen und chemischen Eigenschaften der wichtigsten Elemente und ihre theoretisch oder praktisch wichtigen Verbindungen.

Morphologische, physikalische und chemische Eigenschaften der Minerale im allgemeinen. Kenntnis der häufiger vorkommenden Minerale und Gesteine. Das Wichtigste über den Bau der Erdrinde.

10. Hebräisch: Übersetzen eines leichtern noch nicht gelesenen historischen Stückes.

NB. Zu Naturgeschichte, Geographie und Zeichnen siehe § 11.

§ 11. Als Maturitätsnote für Naturkunde wird die Durchschnittsnote der Quartalzeugnisse der IV. und V. Klasse in Botanik und Zoologie in das Maturitätszeugnis eingesetzt.

Als Maturitätsnote für Geschichte und Geographie wird das Ergebnis der Maturitätsprüfung in Geschichte in der Weise mit der Durchschnittsnote der Quartalzeugnisse der IV. Klasse in Geographie zu einer Gesamtnote kombiniert, daß die Note für Geschichte gegenüber der Durchschnittsnote für Geographie doppelt zählt.

Als Maturitätsnote im Zeichnen gilt die Durchschnittsnote der Schulzeugnisse der V. Klasse.

NB. Schüler, welche in die V. oder eine höhere Klasse eintreten, haben sich in den genannten Fächern einer Prüfung zu unterziehen zur Ermittlung der Maturitätsnote. Diese Prüfung soll in der Regel ein Jahr nach ihrem Eintritt vorgenommen werden.

§ 12. Bei Erteilung der Noten werden folgende 6 Stufen unterschieden: 6 : sehr gut, 5 : gut, 4 : genügend, 3 : mangelhaft, 2 : schwach, 1 : sehr schwach.

Die Gesamtnote wird erteilt auf Grund der Punktzahl, welche sich ergibt durch Addition der einzelnen Fachnoten. Für dieselbe gilt folgende Rangordnung: I : sehr gut, II : gut, III : genügend.

Die Gesamtnote wird nach folgendem Verhältnis der Punktzahlen festgestellt: 60—57 $\frac{1}{2}$ Punkte : I, 57—55 Punkte : I—II, 54 $\frac{1}{2}$ —52 $\frac{1}{2}$ Punkte : II—I, 52—47 $\frac{1}{2}$ Punkte : II, 47—45 Punkte : II—III, 44 $\frac{1}{2}$ —42 $\frac{1}{2}$ Punkte : III—II, 42—40 Punkte : III.

§ 13. Das Reifezeugnis wird nicht erteilt, wenn die Durchschnittsnote sämtlicher Fächer weniger als 4 beträgt; ebenso nicht, wenn die Durchschnittsnote zwar 4 beträgt, aber drei Fächer eine Note unter 4, oder zwei Fächer die Note 2 oder ein Fach die Note 1 aufweisen.

§ 14. Wenn in einem Fache die Prüfungsnote in auffälligem Widerspruch steht mit den Leistungen des Schülers während des Jahres, so kann die Prüfungskommission bei Erteilung der Fachnote das Jahreszeugnis gebührend berücksichtigen.

§ 15. Ein Examinand, welcher das Reifezeugnis nicht erhalten hat, kann sich für die nächstfolgende regelmäßige Prüfung wieder melden. Dabei kann ihm die Prüfung in denjenigen Fächern erlassen werden, in welchen er früher wenigstens die Note 5 erhalten hat.

§ 16. Das Reifezeugnis muß außer dem Prüfungsergebnis enthalten:

Namen und Vornamen, Heimatsort und Geburtsdatum des Geprüften; ferner das Datum des Eintritts in die Schule, die Unterschriften des Vorstandes des Erziehungsdepartementes und des Rektors der Schule.

§ 17. Vorstehendes Reglement tritt nach der Genehmigung durch den Regierungsrat an die Stelle des Maturitätsreglements vom 1. September 1885.

45. 18. Verordnung für die bündnerischen Sekundarschulen. (Vom 24. Mai 1907.)

Art. 1. Die Sekundarschulen sind höhere Volksschulen und haben die Bestimmung, die in der Primarschule erworbenen Kenntnisse der Schüler zu erweitern und den Grund zur künftigen Berufsbildung zu legen, sowie den Eintritt in höhere Lehranstalten vorzubereiten.

Art. 2. Jede Gemeinde ist berechtigt, eine Sekundarschule zu gründen; es können aber auch mehrere Gemeinden gemeinschaftlich eine solche errichten.

Art. 3. Die Sekundarschule schließt an das siebente Schuljahr der Primarschule an.

Ausnahmen sind nur unter strenger Beobachtung der Bestimmungen des Art. 5 zulässig.

Gemeinden, deren Primarschule jährlich mindestens 38 Wochen dauert, sowie Gemeinden und Kreise, die für ihre Sekundarschulen drei Jahreskurse durchführen, können die Sekundarschule schon an den sechsten Primarschulkurs anschließen.

Art. 4. Die Sekundarschule umfaßt 2—3 Kurse. Jeder Kurs hat eine Dauer von mindestens 30 Wochen.

Sekundarschulen, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung schon eine längere Schuldauer hatten, dürfen dieselbe ohne Einwilligung des Kleinen Rates nicht verkürzen.

Art. 5. Zum Eintritt in den ersten Kurs der Sekundarschule werden diejenigen Kenntnisse verlangt, die sich ein guter Schüler in den ersten 7 bzw. 6 Schuljahren nach Maßgabe des Lehrplanes erwerben kann.

Zum Eintritt in einen höheren Kurs wird diejenige Vorbildung gefordert, die der vorhergehende Kurs vermittelt.

Die Sekundarschulräte sind verpflichtet, bei der Aufnahmeprüfung alle diejenigen Schüler zurückzuweisen, die sich über die nötigen Vorkenntnisse nicht auszuweisen vermögen.

Art. 6. Die Verteilung und Begrenzung der Lehrfächer und ihres Stoffes auf die einzelnen Kurse wird durch einen besonderen Lehrplan für Sekundarschulen festgesetzt.

Art. 7. Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden beträgt in der Regel 33.

Art. 8. Als obligatorische Lehrfächer der Sekundarschule werden erklärt: Religion, deutsche Sprache, eine moderne Fremdsprache, Geschichte, Geographie, Naturgeschichte, Naturlehre, Rechnen, Zeichnen, Schönschreiben, Buchhaltung, Gesang und Turnen.

Die Knaben erhalten außerdem Unterricht in Geometrie und Verfassungskunde, die Mädchen in Handarbeiten und Haushaltungskunde.

An italienischen Sekundarschulen ist das Deutsche als Fremdsprache zu behandeln.

Der Sekundarschulrat kann einzelne Schüler vom Besuch des Fremdsprachenunterrichts auf ausdrücklichen Wunsch ihrer Eltern oder Vormünder dispensieren.

Art. 9. Die Leitung und Beaufsichtigung der Sekundarschule wird dem Ortsschulrat übertragen. Für Schulen, die durch mehrere Gemeinden gemeinschaftlich errichtet worden sind, ist ein besonderer Sekundarschulrat zu ernennen.

Der Schulrat verwaltet die Fonds, trifft die Wahl der Lehrer und legt der, bzw. den Gemeinden alljährlich Rechnung über die Verwaltung ab.

Art. 10. Die Sekundarschulen stehen unter der Oberaufsicht des Kleinen Rates. Seiner Genehmigung unterliegen die grundlegenden Bestimmungen über die Einrichtung und Verwaltung der Schule (Statuten), wie auch die zu verwendenden Lehrmittel.

Der Kleine Rat kann der Wahl von Lehrern, welche die zur Erteilung des fremdsprachlichen Unterrichts oder zur Leitung einer Sekundarschule nötigen Fähigkeiten überhaupt nicht besitzen, auf Antrag des Schulinspektors die Genehmigung versagen.

Im übrigen finden auf die Sekundarschulen die für alle öffentlichen Schulen geltenden Verfassungsbestimmungen und, soweit sie in Betracht kommen können, die Vorschriften der kantonalen Schulordnung Anwendung.

Art. 11. I. Der Kanton unterstützt die vom Kleinen Rat anerkannten, dieser Verordnung entsprechenden Sekundarschulen mit Jahresbeiträgen, unter folgenden näheren Bedingungen:

1. Das Schulgeld darf für Kinder von Bürgern und Niedergelassenen derjenigen Gemeinden, welche die Schule unterhalten, Fr. 20 pro Kurs nicht übersteigen.

Unbemittelten ist dasselbe zu erlassen.

Der Zutritt zur Schule muß auch Schülern aus den Nachbargemeinden gestattet werden, sofern die vorhandenen Räumlichkeiten und Lehrkräfte dies erlauben.

Kinder schweizerischer Nationalität, deren Eltern nicht im Schulkreis niedergelassen sind, können zu einem Schulgeld bis auf Fr. 30, Kinder nicht niedergelassener Ausländer zu einem solchen bis auf Fr. 60 verpflichtet werden.

2. Die Zahl der Schüler einer Sekundarschule darf nicht unter 8 heruntersinken.

3. Die Leistungen haben den Anforderungen des Lehrplanes zu entsprechen.

II. Für Sekundarschulen, die in der Hauptsache nur einer politischen Gemeinde zustatten kommen, beträgt der Staatsbeitrag je nach der Dauer der Schule Fr. 500 bis 600. Für Sekundarschulen, die einer Mehrheit von politischen Gemeinden oder einer ganzen Talschaft dienen, kann der Beitrag bis auf Fr. 800 erhöht werden.

Art. 12. Der Staat unterstützt patentierte Lehrer, welche sich an höheren Schulen zu Sekundarlehrern ausbilden, durch Stipendien, die Fr. 200 pro Semester betragen. Das Nähere hierüber bestimmt ein kleinrätliches Regulativ.

Art. 13. Gegenwärtige Verordnung tritt mit deren Annahme durch den Großen Rat in Kraft.

Gleichzeitig werden die bisherigen Bestimmungen über die bündnerischen Realschulen außer Kraft gesetzt.

46. 19. Kleinrätliche Verordnung über Bildung und Patentierung von Volksschullehrern des Kantons Graubünden. (Vom 15. März 1907.)

I. Das Seminar.

A. Zweck und Einrichtung.

§ 1. Zur Heranbildung tüchtiger Volksschullehrer besteht in Graubünden ein kantonales Schullehrerseminar.

§ 2. Die Seminarzöglinge wohnen, soweit der Platz reicht, im Konvikt der Kantonsschule, oder sie beziehen Logis in der Stadt.

Zur Aufnahme in das Konvikt haben die Schüler der untern Klassen und die weniger Bemittelten den ersten Anspruch; die Schüler der obern Klassen können nur berücksichtigt werden, wenn noch Plätze frei bleiben. Des weitern bleibt vorbehalten, aus disziplinarischen Gründen einzelne Schüler dem Konvikte zuzuweisen.

§ 3. Das Lehrerseminar hat vier Jahreskurse. Die ersten drei Jahre sind vorherrschend für die allgemeine, das letzte Jahr für die berufliche Bildung der Zöglinge bestimmt.

Das Nähere bestimmt der Unterrichtsplan und das Aufnahmereglement.

§ 4. Zur Anschaffung von Werken für die Seminarbibliothek wird aus dem Kredit für Lehrmittel ein jährlicher Beitrag bis auf Fr. 100.— bewilligt. Die Auswahl dieser Bücher wird dem Seminardirektor und den Fachlehrern überlassen, die dabei im Einverständnis mit dem Vorsteher des Erziehungsdepartements zu verfahren haben.

B. Verpflichtungen und Ansprüche der Seminarzöglinge beim Eintritt in das Seminar und während des Lehrkurses.

§ 5. Um in das Lehrerseminar eintreten und die damit verbundenen Vorteile genießen zu können, muß der Angemeldete:

1. Beim Eintritt in die erste Seminarklasse das 15., beim Eintritt in eine höhere Klasse je ein weiteres Altersjahr erfüllt haben oder bis Ende Dezember des Eintrittsjahres erfüllen;
2. von allen körperlichen Gebrechen frei sein, die ihm in der Ausübung des Lehrerberufes hinderlich sind;

3. Anlage zur Musik besitzen, wovon nur bei sonst ausgezeichneten Leistungen in der Aufnahmeprüfung abgesehen werden darf;
4. einen Bürgschein vom Vorstand einer Gemeinde des Kantons nach gedrucktem Formular zuhanden des Erziehungsdepartements beibringen.

§ 6. Der Kanton gewährt den Lehrerzöglingen folgende Unterstützungen:

1. Jedem Seminaristen ein Stipendium von Fr. 170.— jährlich, und wenn er außerhalb des Konviktes wohnt, eine Wohnungsentschädigung von Fr. 30.—.
2. Acht Schüler erhalten Freiplätze, d. h. außer dem Stipendium und der Wohnungsentschädigung noch einen Beitrag von Fr. 130.— (Gratuitstellen).

Die Freiplätze werden je am Ende des Schuljahres vom Kleinen Rate zugesprochen (§ 11). Die andern Stipendien werden in drei Raten ausbezahlt, nämlich am Andreas-, am Maimarkt und am Schlusse des Kurses.

3. Zudem genießen sämtliche Seminarzöglinge unentgeltlichen Unterricht (die Bestimmungen der §§ 7 und 9 vorbehalten).

§ 7. Schüler, welche die nötigen Eigenschaften besitzen, können — wenn die Zahl der Stipendiaten es erlaubt — den Seminarunterricht auch auf eigene Rechnung besuchen, d. h. ohne Subventionen zu beziehen, und gegen Entrichtung des Schul- und Konviktgeldes. Sie haben dagegen keine Verpflichtung, Schule zu halten.

§ 8. Zeigt sich ein Zögling als unwürdig für den Lehrerberuf, so soll er vom Kleinen Rat aus der Anstalt entlassen werden. Er hat in diesem Falle die bezogenen Stipendien (s. § 13) samt Zins à 4 Prozent, vom Austritt an gerechnet, zurückzubezahlen.

§ 9. Kann ein Stipendiat wegen ungenügender Leistungen — Krankheitsfälle ausgenommen — nicht promoviert werden, so bezieht er für das nächste Schuljahr kein Stipendium und hat auch das Schul- und Konviktgeld zu bezahlen.

Stellt sich bei einem Seminarzögling entschiedene Unfähigkeit für den Lehrerberuf heraus, so hat er auf Beschluß des Kleinen Rates das Seminar zu verlassen. In diesem Falle soll der Betreffende jedoch nicht schuldig sein, die bezogenen Staatsunterstützungen zurückzubezahlen.

§ 10. Tritt ein Zögling vor Beendigung seiner Studienzeit freiwillig aus, so hat er die bezogenen Stipendien mit Zins à 4 Prozent vom Austritt an zurückzubezahlen. Dagegen ist für Schüler, die auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses definitiv aus dem Seminar austreten müssen oder während der Schulzeit sterben, die bezogene Staatsunterstützung nicht zu erstatten.

§ 11. Am Ende eines jeden Schuljahres hat die Lehrerversammlung dem Kleinen Rate über die zu gewährenden Gratuitstellen und Stipendien Bericht und Antrag einzureichen.

C. Verpflichtungen der Stipendiaten nach dem Austritt aus dem Seminar.

§ 12. Jeder Lehrerzögling, der kantonale Stipendien bezogen hat, ist verpflichtet, in einer Gemeinde des Kantons vom ersten Jahre nach dem Austritt an in ununterbrochener Reihenfolge den Schuldienst an einer öffentlichen Primarschule so lange zu versehen, bis er seine Verpflichtungen gemäß den nachfolgenden Bestimmungen erfüllt hat.

§ 13. Der Gesamtbetrag der einem Lehrerzögling verabreichten Stipendien wird berechnet aus: *a.* Den in Geld verabreichten Stipendien; — *b.* den bezogenen Gratuitengeldern; — *c.* den Schul- und Konviktgeldern; — *d.* den allfällig bezogenen Logisentschädigungen.

Diese Stipendien sind als Vorschuß zu betrachten, den der Kanton den Schullehrerzöglingen gewährt und der gemäß den nachfolgenden Bestimmungen amortisiert wird.

Jedem schuldienstpflichtigen Lehrer wird für jedes Dienstjahr der Betrag von Fr. 100.— gutgeschrieben. Sobald die Abschreibungen den Gesamtbetrag der genossenen Stipendien erreichen (wobei ein Rest über Fr. 50 wie Fr. 100 in Rechnung gebracht, ein solcher unter Fr. 50 nicht in Berechnung gezogen wird), wird der hinterlegte Bürgschein erstattet mit der Bescheinigung, daß der betreffende Lehrer seine Verpflichtungen gegenüber dem Kanton erfüllt habe.

§ 14. Dienstpflichtige Lehrer, die ihren Verpflichtungen gegenüber dem Kanton nicht nachkommen, haben den Betrag sämtlicher bezogenen Stipendien samt Zins à 4 Prozent, und zwar vom Austritt aus dem Seminar an gerechnet, nach Abzug der bereits amortisierten Raten, an den Kanton zu erstatten. Diejenigen, die während ihres Schuldienstes sterben oder ohne eigene Verschuldung dienstunfähig werden, sind von jeder Nachzahlungs- oder Erstattungspflicht befreit.

§ 15. Das Erziehungsdepartement kann unter Umständen, sei es wegen ganz besonderer Familienverhältnisse oder sei es zur weiteren Ausbildung, eine Unterbrechung des pflichtigen Schuldienstes bewilligen.

Die Rückzahlung der genossenen Stipendien kann vom Erziehungsdepartement verschoben werden:

- a. Wenn ein Lehrer durch Krankheit an der Ausübung seines Berufes verhindert ist;
- b. wenn sich ein Lehrer darüber auszuweisen imstande ist, daß er trotz seiner Bemühungen keine Lehrstelle erhielt.

In allen diesen Fällen ist der Lehrer verpflichtet, dem Erziehungsdepartement zu gehöriger Zeit, d. h. beim Eintritt dieser hindernden Umstände, Anzeige zu machen. Er bleibt aber nichtsdestoweniger zum Nachholen des Versäumten in einem der nächstfolgenden Jahre nach gleichen Grundsätzen verpflichtet.

Dem Kanton einmal erstattete Stipendien werden dem Lehrer nicht mehr zurückbezahlt, auch dann nicht, wenn derselbe nachträglich in den kantonalen Schuldienst zurückkehrt.

II. Patentierung der Volksschullehrer.

§ 16. Wer im Kanton den Beruf als Volksschullehrer ausüben will, hat sich beim Kleinen Rat um ein Patent zu bewerben, welches zum Bezug einer Gehaltszulage und zur Beteiligung an der vom Kanton unterstützten Lehrerhilfskasse nach Maßgabe der einschlägigen Großratsbeschlüsse berechtigt und verpflichtet.

§ 17. Wer ein Patent erwerben will, hat eine Prüfung nach den unten folgenden Bestimmungen zu bestehen.

Es bleibt jedoch dem Kleinen Rate vorbehalten, Lehrern, die sich in andern Kantonen über ihre Befähigung zur Ausübung des Lehrerberufes hinlänglich ausgewiesen haben, ohne vorausgehendes Examen ein Patent oder vorübergehende Erlaubnis zum Schulehalten zu geben; mit letzterer ist jedoch keine Berechtigung zum Bezuge von Gehaltszulagen verbunden.

§ 18. Stipendiaten, die die Prüfung nicht bestanden, sondern nach § 24 b nur eine provisorische Bewilligung (Erlaubnisschein) erhalten haben, sind zur Wiederholung der Prüfung nach längstens zwei Jahren verpflichtet. Sofern sie während dieser Zeit im Kanton Schule halten, wird ihnen eine Verzinsung ihrer Stipendenschuld nicht berechnet; bei Nichterfüllung dieser Bedingung sind sie zur Rückerstattung aller genossenen Stipendien verpflichtet.

Erhalten sie auch bei der Nachprüfung kein Patent, so haben sie die ganze Stipendiumsumme zurückzubezahlen mit Verzinsung vom Prüfungstage an.

Ganz durchgefallene Stipendiaten (§ 24 c) haben die genossenen Stipendien zurückzubezahlen.

§ 19. Patentprüfungen finden regelmäßig am Schlusse des Seminarkurses vor der Prüfungskommission statt, welche aus der Erziehungskommission und

zwei vom Kleinen Rat auf die Dauer von 3 Jahren gewählten Prüfungsexperten besteht.

§ 20. Um zu einer Prüfung zugelassen zu werden, muß der Aspirant:

1. Wenigstens die erste Hälfte des 19. Lebensjahres zurückgelegt haben;
2. in bürgerlichen Ehren und Rechten stehen und sittlich wohl beleumdet sein.

§ 21. Die Patentprüfungen werden in deutscher Sprache abgelegt. Für die Zöglinge des Seminars zerfällt die Prüfung in zwei Abteilungen, am Ende des dritten und des vierten Kurses; Kandidaten, die ihre Bildung nicht am kantonalen Seminar erhalten haben, können ihre Prüfung ebenfalls in zwei Abteilungen oder auf einmal bestehen.

§ 22. Die Prüfungsgegenstände der ersten Abteilung sind:

- a. Religion: Kenntnis der biblischen Geschichte Alten und Neuen Testaments, Kenntnis des Hauptinhaltes der heiligen Schrift und der Hauptlehren der betreffenden Konfession, sowie der Kirchengeschichte.
- b. Rechnen: Kenntnis aller im bürgerlichen Leben vorkommenden Rechnungsarten samt der Buchführung, Fertigkeit und Sicherheit im Lösen entsprechender Aufgaben, mündlich und schriftlich.
- c. Mathematik: Kenntnis der Hauptsätze aus der Planimetrie, der Stereometrie, der ebenen Trigonometrie und der Algebra bis und mit Einschluß der Gleichungen des 2. Grades und der Logarithmen; Anwendung dieser Kenntnisse auf Vermessung und Berechnung einfacher Flächen und Körper; Kenntnis der Hauptbegriffe der mathematischen Geographie.
- d. Geographie: Kenntnis der Geographie der Schweiz, Europas und der übrigen Erdteile.
- e. Naturgeschichte: Kenntnis der wichtigern Erscheinungen aus dem Tier-, dem Pflanzen- und dem Mineralreich.
- f. Naturlehre: Verständnis der wichtigern Erscheinungen aus dem Gebiete der Physik und der anorganischen Chemie.

§ 23. In der zweiten Abteilung wird geprüft in:

- g. Sprache (Deutsch für die Schüler der deutschen und Italienisch für die Schüler der italienischen Seminarabteilung):
 1. Aufsatz: Fähigkeit, eine Abhandlung über ein leichtes allgemeines oder pädagogisches Thema in bezug auf den Inhalt befriedigend und sprachlich korrekt anzufertigen.
 2. Lesen: Lesen mit Fertigkeit und richtiger Betonung. Verständnis des Gelesenen nach Inhalt und Form. Kenntnis hervorragender Werke der Literatur und der betreffenden Dichter.
 3. Sprachlehre: Kenntnis der Wortlehre, Wortbildung und Satzlehre; das Wesentlichste aus der Stillehre und Poetik.
- h. Fremdsprache (Französisch oder Italienisch):
 1. Schriftlich: Eine einfache Arbeit in Briefform, Erzählung u. dgl., oder Übersetzung eines leichten deutschen Textes.
 2. Mündlich: Ordentlich geläufiges Lesen mit richtiger Aussprache; Übersetzung und Wiedergabe des gelesenen Stoffes; Kenntnis der Formen- und Satzlehre.
- i. Geschichte: Kenntnis der Hauptbegebenheiten der Bündner, Schweizer und der allgemeinen Geschichte, Verfassungskunde.
- k. Schreiben: Eine geläufige und regelmäßige deutsche und lateinische Kurrentschrift. Rundschrift.
- l. Zeichnen: Richtige Auffassung und freie Darstellung einfacher Objekte nach der Natur, im Umriss und in perspektivischer Darstellung, auf Papier und an der Wandtafel. Wiedergabe einfacher flacher Verzierungsformen im Umriß. Kenntnis des Lehrstoffes aus der Lehrmethode des Zeichenunterrichts in der Primarschule.

- m. Turnen: Verständnis der Anlage der eidgenössischen Turnschule und des in ihr enthaltenen Übungsstoffes in systematischer, methodischer und physiologischer Beziehung. Genügende persönliche Turnfertigkeit in der Ausführung der Übungen I. und II. Stufe und der leichtern Übungen III. Stufe. Eignung zur Leitung von Turnklassen.
- n. Gesang und Gesanglehre: Fähigkeit, ein Volkslied mit Bezug auf Text, Rhythmus und Melodie richtig aufzufassen und mit richtiger Aussprache vorzutragen; Kenntnis der verschiedenen rhythmischen Verhältnisse, der Dur- und Moll-Tonleitern und der Intervalle, sowie Kenntnis der Hauptakkorde und deren Ableitungen.
- o. Instrumentalmusik: Fähigkeit, auf dem Klavier, auf der Orgel oder auf der Violine eine einfache Komposition melodisch und rhythmisch richtig vorzutragen. Fähigkeit, ein leichtes Volkslied vom Blatt zu spielen.
- p. Methodik: Der Kandidat muß imstande sein, Aufschluß zu geben über Einrichtung und Bedeutung eines Stunden- und Lehrplanes für eine Gemeindeschule, ferner über die Art und Weise, wie der Unterricht in den verschiedenen Fächern und auf den verschiedenen Stufen zu erteilen ist.
- q. Pädagogik: Richtige Begriffe über die wichtigsten Erscheinungen des geistigen Lebens. Kenntnis der allgemeinen Unterrichtslehre und der Lehre von der Schulzucht, sowie der bedeutendsten Schulmänner der Vergangenheit und ihrer pädagogischen Bedeutung; Schulhygiene.
- r. Praktische Prüfung: Probelektion in der Übungsschule.
- s. Romanisch (für die Romanen): Fertigkeit im Lesen mit Verständnis des Gelesenen nach Inhalt und Form. Kenntnis der Sprachlehre.
- t. Weibliche Arbeiten (für Kandidatinnen): Gleiche Anforderungen wie an die Zöglinge der kantonalen Arbeitslehrerinnenkurse.

Für die Schüler der italienischen Seminarabteilung gilt das Deutsche als Fremdsprache. Im Aufsatz, Lesen und Grammatik werden sie in der Muttersprache geprüft.

§ 24. Die Prüfungskommission erteilt dem Examinanden in jedem Prüfungsfach eine Fähigkeitsnote.

Die Prüfungsergebnisse werden mit den Zahlen 1—6¹⁾ bezeichnet.

- a. Zur Erwerbung eines Patentbeschlusses wird gefordert:
 - 1. Daß keine Note weniger als 3 betragen darf;
 - 2. daß die Durchschnittsnote sämtlicher Fächer mindestens 4 beträgt;
 - 3. daß im Aufsatz, Lesen, Pädagogik und Methodik wenigstens die Note 4 erreicht wird.
- b. Zur Erlangung einer provisorischen Erlaubnis muß wenigstens in der Hälfte der Fächer die Note 4 erreicht werden und es darf keine Note unter 2¹/₂ vorkommen.
- c. Kandidaten, welche die in lit. b dieses Paragraphen bezeichneten Noten nicht erreichen, sind als gänzlich durchgefallen zu erklären.

§ 25. Die provisorische Erlaubnis gilt für höchstens zwei Jahre. Innert spätestens diesem Termin hat der Kandidat, sofern er ein Patent erlangen und zur Ausübung des Lehrerberufes berechtigt sein will, eine Nachprüfung zu bestehen, die sich auf diejenigen Fächer erstrecken soll, in denen er die Note 4 nicht erreicht hat.

Mehr als eine Nachprüfung wird nicht gestattet.

§ 26. Die Festsetzung der Noten geschieht nach Beendigung der Prüfung, wobei das absolute Mehr der anwesenden Mitglieder der Prüfungskommission und der Examinatoren entscheidet.

¹⁾ 6 = sehr gut, 5 = gut, 4 = ziemlich gut, 3 = genügend, 2 = schwach, 1 = sehr schwach.

Kanton Graubünden, Kleinrätliche Verordnung betr. den Unterrichts- 131
plan für das Lehrerseminar.

§ 27. Kandidaten, die gemäß § 24, lit. c, durchgefallen sind, können frühestens nach einem Jahr eine neue Prüfung ablegen; diese hat sich auf alle Fächer zu erstrecken.

§ 28. Wenn ein Schüler der III. Seminarklasse in einem Fache, in dem er in der ersten Abteilung der Prüfung examiniert werden sollte, nicht promoviert ist, so wird er zur Prüfung in diesem Fache nicht zugelassen, hat jedoch die Prüfung innert 2 bis 6 Monaten nachzuholen.

§ 29. Zur Verhütung allfälligen Irrtums und zur Vervollständigung des Urteils überhaupt sollen, namentlich in zweifelhaften Fällen, auch die Leistungen des Schülers während des letzten Schuljahres und allfällige Zeugnisse anderer Schulanstalten mitberücksichtigt werden.

47. 20. Kleinrätliche Verordnung betreffend den Unterrichtsplan für das Lehrerseminar des Kantons Graubünden. (Vom 23. April 1907.)

A. Allgemeine Bestimmungen.

Der Unterricht im Seminar hat den Zweck, den Zöglingen eine gründliche intellektuelle und sittlich-religiöse Ausbildung zu geben und sie durch theoretische und praktische Unterweisung zu einer erfolgreichen Ausübung des Lehrberufes zu befähigen.

Die Lehrer haben sich in der Auswahl und Anordnung des Lehrstoffes genau an die Bestimmungen des Unterrichtsplanes zu halten und darauf zu achten, daß sämtliche Unterrichtsfächer, soweit dies ihrer Natur nach möglich ist, in den Dienst der Unterrichtssprache gestellt werden. Insbesondere ist auf die Fähigkeit eines richtigen und lebendigen mündlichen Ausdrucks in allen Unterrichtszweigen hinzuwirken, indem die Zöglinge zu vollständigen korrekten Antworten und zu zusammenhängenden Darstellungen angehalten werden. Die Stoffangaben im Unterrichtsplan sind so zu verstehen, daß in jedem Fache nur das Wesentliche und Wichtige zur Behandlung kommt. Unter keinen Umständen darf die Gründlichkeit des Unterrichtes unter der Menge der zu behandelnden Einzelheiten leiden. Bei der Gestaltung des Lehrstoffes ist vor allem den Anforderungen des künftigen Berufes der Zöglinge Rechnung zu tragen und ebenso den Rücksichten auf das praktische Leben. In allen schriftlichen Arbeiten ist stets auf gute Schrift und saubere Darstellung zu halten. Die Hausaufgaben sollen auf ein notwendiges Maß beschränkt werden. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist es, den Unterricht so zu gestalten, daß der Schüler die Fähigkeit und den festen Willen zu seiner eigenen Weiterbildung mit sich aus der Anstalt wegnimmt.

B. Besondere Bestimmungen.

I. Religion. — a. Für reformierte Schüler.

I. Klasse. 2 Stunden. — Apostelgeschichte mit Lektüre ausgewählter Stücke. Kirchengeschichte bis zur Reformation.

II. Klasse. 2 Stunden. — Kirchengeschichte des Reformationszeitalters mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz und Behandlung der spätern Perioden bis zum 18. Jahrhundert.

III. Klasse. 1 Stunde. — Kirchengeschichte bis zur Gegenwart. Repetition. Einiges aus der allgemeinen Religionsgeschichte.

b. Für katholische Schüler.

I. Klasse. 2 Stunden. — Kirchengeschichte von Christus bis zur Reformation.

II. Klasse. 2 Stunden. — Kirchengeschichte von der Reformation bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz.

III. Klasse. 1 Stunde. — Apologie der katholischen Glaubens- und Sittenlehre.

II. Pädagogik.

III. Klasse. 2 Stunden. — Psychologie und Logik mit Anwendung auf den Unterricht. Produktion, Assoziation und Reproduktion der Vorstellungen, Gedächtnis, Phantasie und Begriffsbildung.

IV. Klasse. 6 Stunden. — 1. Psychologie und Logik mit Anwendung auf den Unterricht und die Erziehung überhaupt: Urteil, Schluß, Apperzeption, Aufmerksamkeit, Interesse, Fühlen, Streben; einiges über moderne Kindererforschung und pathologische Zustände beim Kinde.

2. Systematische Pädagogik: Erziehungszweck in Verbindung mit einem Grundriß der Ethik, allgemeine Unterrichtslehre, die Lehre von der Zucht.

3. Geschichte der Pädagogik: Die wichtigsten pädagogischen Strömungen von der Reformation bis zur Gegenwart, so besonders die realistische Richtung mit Montaigne, Baco, Ratke, Comenius, die pietistische Richtung mit A. H. Francke, die rationalistische mit Rousseau, die philanthropische mit Basedow, Planta, Salis, die christlich-humane mit Pestalozzi, Diesterweg, Fröbel, Herbart und Ziller.

4. Schulgesundheitslehre und Schulgesetzgebung.

III. Methodik.

IV. Klasse. 2 Stunden. — Auswahl, Anordnung und Behandlung des Lehrstoffes in den Unterrichtsfächern der Volksschule, Besprechung von Lehrübungen. Geschichtlicher Überblick über die Methoden der verschiedenen Unterrichtsfächer.

IV. Praktische Übungen.

IV. Klasse. 4 Stunden. — Hospitieren und Unterrichten in der Muster-
schule an Hand von Präparationen und mit nachfolgender Kritik, zuerst Unterricht in einer Klasse, dann Durchführung eines Lehrganges mit der ganzen Schule und schließlich Führung der gesamten Schule während eines halben Tages. Im zweiten Semester monatlich einmal Besuch einer Schule in der Umgebung.

V. Deutsche Sprache.

I. Klasse. 5 Stunden. — *a.* Lesen: 1. Behandlung leichterer ausgewählter prosaischer und poetischer Stücke aus dem Lesebuch. 2. Privatlektüre. 3. Memorieren und Rezitieren geeigneter behandelte Stücke in gebundener und ungebundener Form. Vorträge. — *b.* Aufsatz: Inhaltsangaben, Beschreibungen, Schilderungen, Erzählungen, Vergleichen im Anschluß an die Lektüre und an die Erfahrung der Zöglinge; mindestens 12 Aufsätze. — *c.* Grammatik: Wortlehre. Orthographie und Interpunktion. Diktate. Die Lehre vom einfachen Satz. Merkmale der zusammengesetzten Sätze mit Rücksicht auf die Interpunktion.

II. Klasse. 5 Stunden. — *a.* Lesen: 1. Wie oben. 2. Ein bis zwei klassische Werke, wie Hermann und Dorothea, Wilhelm Tell. 3. Privatlektüre, Memorieren, Rezitieren, Vorträge. — *b.* Aufsatz: Leichte Abhandlungen, Vergleichen, Briefe, Geschäftsaufsätze, zusammen wenigstens 12 Aufsätze. Kleinere schriftliche Arbeiten, wie Briefe und Geschäftsaufsätze, sind häufig in der Stunde anzufertigen. — *c.* Grammatik: Fortsetzung der Wortlehre mit besonderer Berücksichtigung der Flexion und der Wortbildung. Die Lehre vom zusammengesetzten Satz.

III. Klasse. 5 Stunden. — *a.* Lesen: 1. Aus dem Lesebuch wie oben. 2. Lektüre einiger klassischer Dichtungen, z. B. Minna von Barnhelm, die Jungfrau von Orleans, Maria Stuart, Wallenstein, Götz von Berlichingen u. a., mit entsprechendem Wechsel von Jahr zu Jahr. 3. Privatlektüre, Memorieren, Rezitieren, Vorträge wie oben, dazu auch solche nach freier Wahl der Zöglinge. Diskussionen. — *b.* Aufsätze: Abhandlungen, Charakteristiken, Vergleichen, Entwerfen von Dispositionen. — *c.* Grammatik: Wortlehre: Schwierige und schwankende Fälle aus der Flexion. Wortbildung. Synonymik. Beziehungen zwischen Mundart und Schriftsprache.

IV. Klasse. 5 Stunden. — *a.* Lesen: 1. Zwei bis drei größere klassische Werke, z. B. Emilia Galotti, Nathan der Weise, Iphigenie, ein Drama von

Shakespeare u. s. w. 2. Schwierigere Gedichte klassischer Schriftsteller. 3. Dichtungen, welche für die verschiedenen literarischen Strömungen charakteristisch sind, z. T. als Privatlektüre. Vorträge, hauptsächlich nach freier Wahl der Schüler. — *b.* Aufsätze: wie bei III. Klasse, dazu berufliche Korrespondenz, letztere auch in stiller Beschäftigung in den Stunden. — *c.* Grammatik: Systematische Zusammenfassung. — *d.* Poetik und Stilistik: Systematisierung und Ergänzung des in allen Klassen aus der Lektüre gewonnenen Stoffes. — *e.* Zusammenfassung und Vervollständigung des im Zusammenhang mit der Lektüre gewonnenen literaturgeschichtlichen Materials, unter gebührender Berücksichtigung der Schweizer-Dichter.

Deutsch für die italienische Abteilung.

II. Klasse. 4 Stunden. — *a.* Ausgewählte Lesestücke und Gedichte. Aufsätze im Anschluß an die Lektüre; Briefe, Beschreibungen etc. — *b.* Grammatik: Die Wortlehre, die Syntax des einfachen Satzes.

III. und IV. Klasse, 3 Stunden gemeinsam. — *a.* Größere Stücke in freier Auswahl; Aufsätze: Beschreibungen, kleinere Abhandlungen, Dispositionen etc. — *b.* Grammatik: Vertiefung der Wortlehre und der Syntax.

VI. Fremdsprache. (Französisch oder Italienisch.)

I. Klasse. 4 Stunden. — Lektüre leichterer prosaischer Stücke; Konversation und Reproduktion in der Fremdsprache. — Grammatik: *a.* im Anschluß an die Lektüre und *b.* systematisch nach einem Lehrbuch. — Schriftliche Arbeiten (Aufsätze, Reproduktionen, Übersetzungen, Diktate etc.) hauptsächlich im Anschluß an die Lektüre und an die Grammatik.

II. Klasse. 3 Stunden. — Lektüre prosaischer Stücke und Behandlung einiger Gedichte; Reproduktion des Gelesenen in der Fremdsprache. Abschluß der systematischen Grammatik. Schriftliche Arbeiten, hauptsächlich im Anschluß an die Lektüre und an die Grammatik.

III. Klasse. 3 Stunden. — Lektüre prosaischer und poetischer Stücke; Reproduktion des Gelesenen in der Fremdsprache. Aufsätze, Briefe, Übersetzungen, Diktate, Extemporalien.

IV. Klasse. 2 Stunden. — Wie in der III. Klasse mit entsprechend gesteigerten Anforderungen.

VII. Romanisch.

I. Klasse. 2 Stunden. — Lektüre: poetische und prosaische Lesestücke aus den Lesebüchern für die Volksschulen des Engadins bzw. Oberlandes. V.—VIII. Schuljahr. Mündliche und schriftliche Übersetzungen aus dem Deutschen ins Romanische.

Aufsätze (während der Unterrichtszeit anzufertigen). Dieselben sollen im Anschluß an die Lektüre und an den Erfahrungskreis der Schüler ausgewählt werden.

Orthographie und Grammatik: Ableitung der wichtigsten orthographischen Regeln. Deklination, Konjugation. Einiges über die Zeichensetzung.

II. und III. Klasse. 2 Stunden gemeinsam. — Lektüre: poetische und prosaische Lesestücke aus den Annalen der Rätoromanischen Gesellschaft und aus andern romanischen Büchern. Übersetzungen wie in der I. Klasse.

Aufsätze: wie in der I. Klasse.

Grammatik: Wiederholung und Vervollständigung des in der I. Klasse behandelten Stoffes.

VIII. Italienisch für die italienische Abteilung.

II. Klasse. 4 Stunden. — Lesen und Erklären ausgewählter Musterstücke in Prosa und Poesie unter Abwechslung von Jahr zu Jahr. — Aufsätze: leichte Abhandlungen, Vergleichen, Briefe, Dispositionen. — Grammatik: Wort- und Satzlehre.

III. und IV. Klasse. 5 Stunden gemeinsam. — Lesen wie oben. — Aufsätze wie oben mit gesteigerten Anforderungen. — Literaturgeschichte. Grundzüge der Poetik. — Grammatik: Vertiefung und Repetition.

IX. Rechnen.

II. Klasse. 2 Stunden. — 1. Rechnungs- und Buchführung. — 2. Gemeine und Dezimalbrüche mit Anwendung auf die bürgerlichen Rechnungsarten unter besonderer Berücksichtigung des Kopfrechnens.

III. Klasse. 2 Stunden. — Sämtliche bürgerliche Rechnungsarten mit Benützung der verschiedenen Lösungsformen; alles unter Berücksichtigung des Rechnungsunterrichtes in der Volksschule.

X. Mathematik.

I. Klasse. 4 Stunden. — *a.* Algebra. Die vier Grundoperationen mit einfachen und zusammengesetzten Buchstabenausdrücken. Zerlegen in Faktoren. Algebraische Brüche. Proportionen. Gleichungen des I. Grades mit einer Unbekannten. — *b.* Geometrie, Wiederholungen, Ähnlichkeit der Figuren, die Ellipse.

II. Klasse. 3 Stunden. — *a.* Algebra. Wiederholungsaufgaben. Potenzen und Wurzeln. Die Logarithmen und ihre Anwendung auf die Zinseszins- und Rentenrechnung. Gleichungen mit 2 und mehr Unbekannten. Quadratische Gleichungen. — *b.* Geometrie: Stereometrie.

III. Klasse. 3 Stunden. — *a.* Geometrie: ebene Trigonometrie. — *b.* Mathematische Geographie. — *c.* Repetition der Algebra und Geometrie.

XI. Geometrisches Zeichnen.

I. Klasse. 2 Stunden. — Einfache Übungen zur Anwendung von Reißschiene, Winkel und Zirkel. Geometrische Konstruktionen. Darstellung der geometrischen Körper durch Grundriß und Aufriß und im Schrägbild. Anwendung auf Formen des praktischen Lebens. Transversalmaßstäbe und Winkelmaßstäbe mit Anwendungen zum Vergrößern und Verkleinern von Vorlagen. Graphische Darstellungen. Aufnahme von einfachen Grundstücken. Darstellung und Berechnung derselben.

XII. Naturgeschichte.

I. Klasse. 3 Stunden. — Zoologie: die Wirbeltiere. Ergänzungen zur Anatomie und Physiologie des Menschen.

II. Klasse. 2 Stunden. — Zoologie: wirbellose Tiere. Pflanzen-Anatomie und Physiologie; beschreibende Botanik.

III. Klasse. 2 Stunden. — Mineralogie und Petrographie. Spezielle Botanik in systematischer Behandlung.

Alles mit besonderer Berücksichtigung des Unterrichtes in der Volksschule und der Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

XIII. Physik.

II. Klasse. 2 Stunden. — Allgemeine Eigenschaften der Körper. Mechanik. Wellenlehre. Akustik. Optik.

III. Klasse. 2 Stunden. — Wärmelehre. Magnetismus und Elektrizität. Übersichtliche Repetition des Lehrstoffes der II. und III. Klasse.

XIV. Chemie.

III. Klasse. 2 Stunden. — Behandlung der wichtigeren chemischen Elemente und ihrer Verbindungen.

XV. Geschichte.

I. Klasse. 2 Stunden. — Ausgewählte Abschnitte aus der Geschichte des Altertums und des Mittelalters bis zum Untergang der Hohenstaufen. Im Anschluß an die römische und mittelalterliche Geschichte die entsprechenden Teile

aus der Vorgeschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft und des Freistaates der III Bünde.

II. Klasse. 3 Stunden. — Allgemeine Geschichte vom Untergang der Hohenstaufen bis zum Beginn der französischen Revolution mit besonderer Hervorhebung derjenigen Abschnitte, die für das Verständnis der Schweizer und Bündner Geschichte von Bedeutung sind. Parallel damit die Schweizer und Bündner Geschichte dieser Zeit.

III. Klasse. 3 Stunden. — Allgemeine Geschichte vom Beginn der französischen Revolution bis zur Gegenwart, auch hier mit Hervorhebung der für die eidgenössische Geschichte wichtigeren Teile. Parallel damit Bündner Geschichte und Schweizer Geschichte vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart.

IV. Klasse. 2 Stunden. — Schweizerische und bündnerische Verfassungskunde und Verfassungsgeschichte in Verbindung mit Repetitionen der allgemeinen, der Schweizer und der Bündner Geschichte.

XVI. Geographie.

I. Klasse. 2 Stunden. — Die außereuropäischen Erdteile.

II. Klasse. 3 Stunden. — Die Schweiz. Repetition und Erweiterung der Geographie Europas.

XVII. Schreiben.

I. Klasse 2 Stunden. — Fortgesetzte Übungen in den bisher gelernten Schriftarten (deutsch, englisch und rund, auch in Geschäftsaufsätzen). Methodik des Schreibens.

II. Klasse. 1 Stunde. — Wie in der I. Klasse.

XVIII. Musiklehre und Gesang.

I. Klasse. 1 Stunde. — Allgemeine Musiklehre. (Notennamen, Notenwerte etc.) C-Dur. Intervalle. Umkehr der Intervalle. Alle Tonarten, Gehör- und Treffübungen. Einüben von Liedern.

II. Klasse. 2 Stunden. — Dreiklänge. Verbindung derselben. Intervallenlehre. Übungen und Lieder in verschiedenen Dur-Tonarten.

III. Klasse. 2 Stunden. — Umkehr der Dreiklänge. Vierklang. Weitere Übungen und Lieder in Dur und Moll. Sologesang.

IV. Klasse. 2 Stunden. — Umkehrung der Vierklänge. Sologesang. Taktieren und Dirigieren. Gesangsmethodik für die Volksschule. Seminaristenchor für I. und IV. Klasse wöchentlich je eine Stunde.

Chorgesang für alle Klassen. 1 Stunde. — Das einfache und schwierigere Volkslied mit besonderer Rücksicht auf die Auffassung von Takt und Melodie.

Anmerkung. Eine Trennung von Theorie- und Gesangstunden ist zu vermeiden. Theorie und Praxis sollen stets ineinandergreifen.

XIX. Instrumentalunterricht.

a. Violine.

I. Klasse. 2 Stunden. — Die Anfangsgründe des Violinspiels. Übungen auf den 4 Saiten.

II. Klasse. 2 Stunden. — Fortsetzung.

III. Klasse. 2 Stunden. — Fortsetzung. Neben Übungen mit gesteigerter Schwierigkeit Stücke im freien Stil.

IV. Klasse. 2 Stunden. — Fortsetzung. Technische Übungen, daneben leichte Vortragsstücke. Übungen im Zusammenspiel. Übungen im Spiel a prima vista.

b. Klavier.

I. Klasse. 2 Stunden. — Die Anfangsgründe des Klavierspiels nach der Schule.

II. Klasse. 2 Stunden. — Fortsetzung. Daneben event. leichte Stücke (z. B. Sonatinen etc.).

III. Klasse. 2 Stunden. — Fortsetzung. Technische Studien event. Etüden. Daneben leichte Stücke und Chorlieder.

IV. Klasse. 2 Stunden. — Fortsetzung. Neben instruktiven und freien Kompositionen Übungen im a prima vista-Spiel.

c. Orgel.

III. Klasse. 2 Stunden. — Anfangsgründe des Orgelspiels nach der Orgelschule. Pedalübungen. Leichte Orgelstücke mit und ohne Pedal.

IV. Klasse. 2 Stunden. — Fortsetzung. Instruktive Kompositionen. Anleitung zum kirchlichen Orgelspiel sowie Übungen im a prima vista-Spiel. Die Registrierung.

d. Katholischer Kirchengesang.

IV. Klasse. 1 Stunde wöchentlich. — Der Gregorianische Choral. Die Kirchentönenarten.

Anmerkung. Kein Schüler kann Unterricht auf 2 Instrumenten erhalten; er hat sich bei seinem Eintritt für Violine oder Klavier zu entscheiden. Das Orgelspiel wird als Fortsetzung des Klavierspiels betrachtet.

XX. Freihandzeichnen.

Jede Abteilung 2 Stunden wöchentlich.

I. Klasse. — Freies perspektivisches Zeichnen nach Körpern. Übungen nach Körpergrundformen, deren Kombinationen und Anwendungen an Geräten, Gebäudemodellen und wirklichen Gebäuden, teilweise mit Wiedergabe der Beleuchtungserscheinungen. (Bleistift-, Farbstift-, Feder- und Pinselzeichnungen.)

II. Klasse. — a. Fortsetzung des perspektivischen Zeichnens. Übungen an mancherlei Geräten, Werkzeugen, Waffen, Gebäuden. — b. Skizzier- und Malübungen an Pflanzen- und Tierformen nach der Natur (mit Bleistift, Farbstift, Rohrfeder, Aquarellfarben, sowie mit Kohle und Kreide an der Wandtafel).

III. Klasse. — a. Fortsetzung der für die vorige Klasse angegebenen Übungen nach der Natur. — b. Ornamentzeichnen. Einfache Beispiele des Flachornaments, mit Rücksicht auf den Unterricht in der Volksschule. Kombinierübungen mit Blatt-, Blüten-, Frucht- und geometrischen Formen. Anschließend Besprechungen über Stil, Zweck und Anwendung und Bildung einfacher Flachornamente. Übungen an der Wandtafel.

IV. Klasse. — Wie in der vorigen Klasse, Methodik des Zeichnungsunterrichtes in der Primarschule und Durcharbeiten eines Lehrplanes. Das Wichtigste über die Stilformen des Ornaments und der Baukunst.

XXI. Turnen.

In allen Kursen 2 Stunden per Woche. — Ordnungs- und Marschübungen.

I. und II. Stufe der eidgenössischen Turnschule.

Turnspiele, gelegentliche Ausmärsche und Übungen im angewandten Turnen.

I. Klasse. — Frei- und Stabübungen I. und II. Stufe der eidgenössischen Turnschule. Gerätübungen auf Grund der II. Stufe nebst geeigneten Erweiterungen.

II. Klasse. — Frei- und Stabübungen II. und III. Stufe. Übungen II. und III. Stufe an den Geräten.

III. Klasse. — Frei-, Stab- und Keulenübungen III. Stufe, ebenso Gerätübungen. Gegenseitiger Unterricht unter Zugrundelegung des Turnstoffes I. und II. Stufe als Riegenturnen. Volkstümliche Übungen.

IV. Klasse. — Turnstoffe des III. Kurses in erweiterter Form. Gegenseitiger Unterricht wie in III. Kurs und praktische Lehrübungen mit der Turnabteilung der Seminarübungsschule. Methodik des Turnens in der Volksschule und Belehrungen über Systematik und Physiologie der Leibesübungen.

Anmerkung. Bei genügender Frequenz der italienischen Abteilung soll der Unterricht in Geschichte und Naturgeschichte in italienischer Sprache erteilt werden.

Stundenverteilung.

Fächer	Klassen			
	I	II	III	IV
1. Religion	2	2	1	—
2. Pädagogik	—	—	2	6
3. Methodik	—	—	—	2
4. Praktische Übungen	—	—	—	4
5. Deutsche Sprache	5	5	5	5
6. Deutsch für die italienische Abteilung	—	4	3	3
7. Fremdsprache (Französisch oder Italienisch)	4	3	3	2
8. Italienisch für die italienische Abteilung	—	4	5	5
9. Romanisch	2	2	2	—
10. Rechnen	—	2	2	—
11. Mathematik	4	3	3	—
12. Geometrisches Zeichnen	2	—	—	—
13. Naturgeschichte	3	2	2	—
14. Physik	—	2	2	—
15. Chemie	—	—	2	—
16. Geschichte	2	3	3	2
17. Geographie	2	3	—	—
18. Schreiben	2	1	—	—
19. Musiklehre und Gesang	1	2	2	2
20. Seminaristenchor	1	—	—	1
21. Chorgesang	1	1	1	1
22. Instrumentalunterricht	2	2	2	2
23. Freihandzeichnen	2	2	2	2
24. Turnen	2	2	2	2
Total deutsche Schüler	35	35	34	31
Total italienische Schüler	35	35	34	32
Total romanische Schüler	37	37	36	31

48. 21. Reglement für die Maturitätsprüfungen im Kanton Graubünden. (Revidiert auf Grund der Bestimmungen der eidgenössischen Verordnung vom 6. Juli 1906 und genehmigt am 10. April 1907.)

Art. 1. Die Maturitätsprüfung zerfällt in zwei Hälften, von denen die eine am Schlusse des V. und die andere am Schlusse des VII. Gymnasialkurses stattfindet. In dringenden Fällen kann das Erziehungsdepartement auch zu aussergewöhnlicher Zeit eine Maturitätsprüfung veranstalten und von der vorgeschriebenen Teilung derselben absehen.

Art. 2. Am Schlusse des V. Kurses wird geprüft in der Geographie, Naturgeschichte, Geschichte des Mittelalters und der neuen Zeit (bis 1789) und im Zeichnen. Das Ergebnis der Prüfung wird durch Noten bestimmt und den Maturanden auf Verlangen mitgeteilt. Sollten besondere Verhältnisse des einen oder andern Gymnasiums im Kanton es wünschbar erscheinen lassen, die Prüfung für eines der in diesem Artikel genannten Fächer auf den Schluß des VI. Kurses zu verlegen, so kann dies mit Bewilligung der Erziehungskommission geschehen.

Art. 3. Am Schlusse des VII. Kurses wird geprüft in der deutschen, lateinischen und griechischen Sprache; in Mathematik, Physik, Chemie und Geschichte des Altertums und der neuesten Zeit; ferner für die Schüler, welche Griechisch haben, in der französischen, für die Nichtgriechen in der französischen und in der italienischen oder in der englischen Sprache; für die Schüler, welche

Griechisch haben, in der französischen oder italienischen oder englischen Sprache. Für die evangelischen Theologen kommt noch Hebräisch, eventuell an Stelle der modernen Sprache hinzu.

Art. 4. Die Prüfung ist teils schriftlich, teils mündlich. Schriftlich sowohl als mündlich wird geprüft in Deutsch, Latein, Griechisch, in den modernen Sprachen und in der Mathematik. Bloß mündlich wird geprüft im Hebräischen, in der Geschichte, Geographie, Naturgeschichte, Physik und Chemie.

Art. 5. Über ihre Kenntnisse in den genannten Fächern haben sich die Kandidaten in folgendem Umfange auszuweisen:

I. Prüfungsabteilung.

a. Geographie.

Physikalische und politische Geographie.

b. Naturgeschichte.

Botanik. Kenntnis der wichtigsten Tatsachen der Morphologie und Biologie der Pflanzen, wie der Grundzüge des natürlichen Systems.

Zoologie. Kenntnis der Organisation und Lebensverhältnisse der verschiedenen Tierstämme und der wichtigeren Tierklassen. Grundzüge der Systematik des Tierreichs.

Anthropologie. Bau und Einrichtungen des menschlichen Körpers. Grundzüge der Gesundheitslehre.

Mineralogie und Geologie. Allgemeine Mineralogie. Übersicht der Perioden der Erdgeschichte.

c. Geschichte.

Mittlere und neuere Geschichte bis 1789 mit besonderer Berücksichtigung der Schweizer Geschichte.

d. Zeichnen.

Einige Übung im Freihandzeichnen und Skizzieren nach der Natur.

II. Prüfungsabteilung.

a. Sprachen.

1. Deutsch (eventuell die betreffende Muttersprache des Kandidaten).

Befähigung, ein vorgelegtes Thema grammatikalisch, stilistisch und logisch korrekt zu behandeln. Kenntnis der wichtigsten Periode der Literatur und der Hauptwerke ihrer bedeutendsten Vertreter.

2. Latein. — Schriftlich: Eine Übersetzung ins Lateinische. Mündlich: Ungelesene leichtere Partien aus Cäsar, Livius, Sallust, Cicero, Virgil, Horaz; gelesene schwerere Stücke aus Horaz, Sallust, Tacitus.

3. Griechisch. — Schriftlich: Eine Übersetzung aus dem Griechischen. Mündlich: Ungelesenes aus Homer und Xenophon; gelesene Abschnitte aus Herodot, Thukydides, Plato, Sophokles und Euripides.

4. Moderne Sprachen. — *a. Französisch* (welche diese Sprache in der II. oder III. Gymnasialklasse begonnen haben):

Kenntnis der Grammatik. Angemessene Korrektheit und Sicherheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck. Übersicht der wichtigsten Perioden der modernen Literatur. Kenntnis einiger Hauptwerke derselben.

b. Zweite moderne Sprache, Französisch oder Italienisch oder Englisch (in der IV. Klasse beginnend):

Kenntnis der Grammatik. Angemessene Korrektheit und Sicherheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck. Kenntnis einiger Hauptwerke der Literatur.

Anhang. Hebräisch, für künftige Studierende der Theologie:

Mündliche Übersetzung aus dem Hebräischen.

5. Geschichte. Geschichte des Altertums und Geschichte der neuesten Zeit mit besonderer Berücksichtigung der Schweizer Geschichte. Grundzüge der schweizerischen Verfassung.

6. Mathematik. — *a.* Algebra. Die algebraischen Operationen, Gleichungen des ersten und zweiten Grades mit einer oder mehreren Unbekannten. Logarithmen. Arithmetische und geometrische Progressionen. Zinseszinsen- und Rentenrechnung. Elemente der Kombinationslehre und der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Binomischer Lehrsatz mit ganzen positiven Exponenten.

b. Geometrie. Planimetrie, Stereometrie, ebene Trigonometrie. Fertigkeit in der Ausführung geometrischer Konstruktionen. Analytische Geometrie der Ebene: Punkt, Gerade, Kreis, Kegelschnitte in den einfachsten Gleichungsformen. Anwendung des Koordinatenbegriffs auf die graphische Darstellung von einfachen analytischen Funktionen und von elementaren Abhängigkeitsverhältnissen mechanischer und physikalischer Größen.

7. Physik. Kenntnis der allgemeinen Eigenschaften der Körper. Die Hauptgesetze von Schall, Licht, Wärme, Elektrizität und Magnetismus.

8. Chemie. Die wichtigsten einfachen Körper und Verbindungen. Grundgesetze der anorganischen Chemie.

Art. 6. *a.* Für die Übersetzungen in das Lateinische und aus dem Griechischen, sowie für die Aufsätze und Übersetzungen in den neuern Sprachen ist der Gebrauch eines Wörterbuches gestattet.

b. Bei der schriftlichen sowohl als mündlichen Prüfung in den alten und modernen Schriftstellern sind Ausgaben ohne Noten zu gebrauchen.

Art. 7. *a.* Die schriftlichen Prüfungen finden vor den mündlichen statt. Für diese Arbeiten ist je ein halber Tag anberaumt.

b. Alle schriftlichen Arbeiten werden je nach Umständen entweder in Klausur oder von allen Maturanden zusammen in einem Zimmer unter der genauesten und ununterbrochenen Aufsicht von Lehrern angefertigt.

c. Die Benützung unerlaubter Hilfsmittel in einem Fache hat die Wichtigkeit der ganzen Prüfung für den Kandidaten zur Folge und es kann derselbe erst wieder zur nächsten ordentlichen Prüfung zugelassen werden. Liegt bloß begründeter Verdacht eines Unterschleifes vor, so erhält der Kandidat eine neue Aufgabe zur Bearbeitung.

d. Zwischen der schriftlichen und der mündlichen Prüfung soll in der Regel ein Zwischenraum von ungefähr acht Tagen liegen.

Art. 8. *a.* Das Examinationskollegium, welches die Prüfungen leitet und über ihr Resultat entscheidet, besteht aus der von der Regierung bezeichneten Prüfungskommission und den betreffenden Fachlehrern.

b. Für jedes Fach wird in der Regel neben dem Examinator ein zweiter Lehrer bezeichnet, der sich mit ersterem über die vorzuschlagende Note zu verständigen hat.

Art. 9. *a.* Für die schriftlichen und mündlichen Prüfungen werden von den betreffenden Fachlehrern dem Examinationskollegium Vorschläge zu Themen zur Auswahl oder anderweitiger Antragstellung eingereicht.

b. Die von den Maturanden angefertigten Arbeiten werden von den betreffenden Fachlehrern mit den nötigen Korrekturen versehen. Hierauf werden sie unter sämtlichen Mitgliedern des Examinationskollegiums in Zirkulation gesetzt.

c. Vor Beginn der mündlichen Prüfung am Ende des VII. Kurses versammelt der Vorsteher des Erziehungsdepartementes die ganze Prüfungsbehörde, um auf Grund der schriftlichen Arbeiten über die Zulassung der Maturanden zum mündlichen Examen zu entscheiden.

d. In Fällen, wo aus den schriftlichen Arbeiten sich schon mit Gewißheit ergibt, daß einem Maturanden, zumal im Deutschen und Lateinischen, auch die nötigsten Kenntnisse oder Fertigkeiten abgehen, soll derselbe zu den mündlichen Prüfungen nicht zugelassen werden.

Art. 10. Bei dieser Prüfung ist wesentlich nur das Unterrichtspensum der obersten Klasse zu berücksichtigen und mehr Gewicht auf die Erforschung der geistigen Reife als des Umfanges der Kenntnisse zu legen.

Bei der Erteilung der Maturitätsnote soll das Schulzeugnis in den betreffenden Fächern gebührend berücksichtigt werden.

Art. 11. Unmittelbar nach Beendigung des mündlichen Examens wird über das Resultat der ganzen Prüfung diskutiert und abgestimmt, wobei das absolute Mehr des anwesenden Examinationskollegiums entscheidet.

Art. 12. Die gemäß Art. 9, 10 und 11 ermittelten Noten für jedes der in Art. 5 aufgeführten Fächer sind in ganzen Zahlen auszudrücken, wobei 6 die beste, 1 die geringste Note ist.

Das Zeugnis der Reife darf nur erteilt werden, wenn der Durchschnitt der Zensuren in sämtlichen Fächern (Art. 5) mehr als 3,5 beträgt. Ebenso schließen eine Fachzensur mit der Note 1 oder zwei Fachzensuren mit der Note 2 oder vier Fachzensuren unter der Note 4 die Erteilung des Reifezeugnisses aus.

Art. 13. Das Zeugnis der Reife muß außer dem Prüfungsergebnis enthalten:

Den Namen, Vornamen, Heimatsort, das Geburtsdatum des Geprüften, ferner das Datum des Eintrittes in die Schule, die Unterschriften des Vorstehers des Erziehungsdepartementes und des Rektors der Schule.

Art. 14. Wenn ein Examinand, gemäß den in Art. 12 enthaltenen Bestimmungen, das Zeugnis der Reife nicht erlangt, so muß er in den Fächern, in denen er weniger als die Note 4 erhalten hat, eine zweite Prüfung bestehen. Hat er in mehr als 5 Fächern die Note unter 4, so hat er die ganze Prüfung neu durchzumachen.

Art. 15. Teilweise und ganze Nachprüfungen können erst ein halbes Jahr nach der ersten Prüfung abgelegt werden. Nur wenn ein einziges Fach in Frage kommt, kann diese Frist reduziert werden.

Art. 16. Mehr als zwei Nachprüfungen sind nicht gestattet.

49. 22. Kleinrätliche Verordnung betreffend die Leitung der bündnerischen Kantonschule in Chur und Reglement für die Lehrer. (Vom 26. Juli 1907.)

1. Leitung der Kantonsschule.

§ 1. Die obersten Aufsichtsorgane für die Kantonsschule sind gemäß Verfassung und kleinrätlicher Geschäftsordnung der Große und Kleine Rat, die Erziehungskommission und das Erziehungsdepartement.

Die unmittelbare Leitung der Anstalt wird ausgeübt: Von der Rektoratskommission, vom Rektor, vom Konrektor und vom Seminardirektor.

§ 2. — A. Die Rektoratskommission.

Dieselbe besteht aus dem Rektor, Konrektor und Seminardirektor. Vorsitzender ist der Rektor; eines der beiden andern Mitglieder führt über die Verhandlungen ein kurz gefaßtes Protokoll.

Der Rektoratskommission stehen folgende Aufgaben und Befugnisse zu:

1. Sie hat den Gang der Schule und die Amtsführung der Lehrer zu überwachen, die Anordnungen der Erziehungsbehörden zu vollziehen und nach den Bestimmungen der Disziplinarordnung Zucht und Ordnung aufrecht zu erhalten. Sie bespricht Fragen, welche die Organisation und den Gang des Unterrichtes, die Lehrmittel und die Handhabung der Disziplin betreffen, und bringt Vorschläge an die Lehrerkonferenz.
2. Sie leitet Anfragen und Vorschläge des Erziehungsdepartementes, mit ihrem Gutachten versehen, an die Lehrerkonferenz; in dringenden Fällen ist sie berechtigt, von sich aus eine Vorberatungskommission zu bezeichnen.

3. Sie bestraft schwerere Disziplinarfehler oder leitet dieselben an die Erziehungskommission zur Erledigung.
4. Sie prüft die Zeugnisse der Bewerber um Extrastipendien und macht der Lehrerkonferenz zuhanden der Erziehungskommission Vorschläge über deren Verteilung.
5. Sie überwacht die Sammlungen und übrigen Lehrmittel der Kantonschule.
6. Sie reicht dem Erziehungsdepartement ihre Vorschläge über Beginn und Schluß der Ferien ein und sorgt dafür, daß dieselben nicht überschritten werden.
7. Sie entscheidet, und zwar ohne zur Angabe von Gründen verpflichtet zu sein, ob ein Schüler das von ihm angegebene Logis beziehen darf oder nicht. Sie kann aus wichtigen Gründen jederzeit eine Logisgenehmigung widerrufen.
8. Die Rektoratskommission wählt für jede Klasse einen oder mehrere Klassenlehrer. Diese überwachen ihre Klassen oder Abteilungen in und außer der Schule. Jeder Lehrer ist verpflichtet, das Amt eines Klassenlehrers zu übernehmen.
9. Endlich setzt die Rektoratskommission nach Beratung durch die Lehrerkonferenz die Reisepläne fest.

§ 3. — B. Der Rektor.

Der Rektor der Kantonsschule wird durch den Kleinen Rat für eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt. Nach Ablauf der zweiten Amtsdauer soll in der Regel ein Personenwechsel stattfinden. Ihm stehen folgende Obliegenheiten und Befugnisse zu:

1. Er entwirft den Stundenplan, wohnt möglichst oft den verschiedenen Unterrichtsstunden bei und leitet die Verhandlungen der Rektoratskommission und der Lehrerkonferenz.
2. Er wohnt den Sitzungen der Erziehungskommission in allen die Kantonsschule betreffenden Fragen mit beratender Stimme bei.
3. Er überwacht insbesondere den Gang des Unterrichtes und überzeugt sich, ob derselbe dem Lehrplan gemäß erteilt wird. Er führt die Aufsicht über die Ordnung im Schulgebäude, im Konvikt und in den übrigen zur Anstalt gehörenden Gebäulichkeiten und Anlagen.
4. Er hat jährlich vor Schulschluß dem Erziehungsdepartement Vorschläge und Wünsche betreffend bauliche Reparaturen und Änderungen einzureichen und beaufsichtigt den Schuldiener, der ihm unmittelbar unterstellt ist.
5. Er vertritt die Schule nach außen, nimmt die Zeugnisse der zum Eintritt Angemeldeten in Empfang, ordnet die Eintrittsprüfungen an und überwacht dieselben.
6. In der ersten allgemeinen Stunde macht er die neu aufgenommenen Schüler mit ihren Pflichten bekannt und übergibt jedem ein Exemplar der Disziplinarordnung. Er führt die neu angestellten Lehrer in ihre Klassen ein.
7. Er hat sich, wo es ihm, der Rektoratskommission oder der Lehrerkonferenz nötig erscheint, mit den Eltern oder Vormündern fehlbarer, nachlässiger oder unfähiger Schüler in Verbindung zu setzen und ihnen zweckdienliche Ratschläge zu erteilen.
8. Er setzt, so oft als nötig, eine allgemeine Stunde an und leitet sie im Beisein der ganzen Rektoratskommission. Er führt ein Verzeichnis sämtlicher Schüler mit den nötigen Eintragungen, überwacht die Anfertigung der Zeugnisse und unterzeichnet sie mit dem Aktuar der Lehrerkonferenz. Ihm sind alle schwereren Vergehen der Schüler in oder außer der Schule

zur Kenntnis zu bringen. Er erledigt dieselben je nach der Natur des Falles oder legt sie einer höheren Instanz zur Entscheidung vor. Über die durch die Rektoratskommission verhängten Strafen macht er der Lehrerkonferenz jeweilen Mitteilung.

9. Er ist befugt, den Lehrern Urlaub bis auf drei, den Schülern bis auf acht Tage zu bewilligen.
10. Er genehmigt allfällige Exkursionen einzelner Klassen und Abteilungen.
11. Er ist zu höchstens 16 wöchentlichen Unterrichtsstunden verpflichtet. Für Audienzen der Schüler wird täglich eine Stunde festgesetzt, die durch öffentlichen Anschlag bekannt zu geben ist. Er kontrolliert die Führung der Strafregister und die Ausführung der verhängten Strafen.
12. Seine Besoldung als Rektor beträgt Fr. 800.— jährlich.

§ 4. — C. Der Konrektor

wird ebenfalls auf drei Jahre gewählt. Mit Bezug auf seine Wiederwählbarkeit gelten die nämlichen Bestimmungen wie beim Rektor. Er ist Stellvertreter des Rektors in Fällen von dessen Abwesenheit oder sonstiger Verhinderung.

Er unterstützt den Rektor in der Beaufsichtigung des Unterrichts nach Übereinkunft.

Er beaufsichtigt selbst oder durch die ihm unterstellten Organe vor allem die Handhabung der Disziplin außerhalb der Schule.

Er führt ein Generalinventar über sämtliche Lehrmittel und sonstiges Schulmaterial.

Er kontrolliert die Schulversäumnisse der Schüler und stellt ihnen dafür Bescheinigungen aus.

Das Verzeichnis der nicht entschuldigten Versäumnisse reicht er jeden Monat dem Rektor zur weiteren Untersuchung und Bestrafung ein. Für die Seminaristen besorgt das der Seminardirektor. Er besorgt den Inkasso der Bußen. Er überwacht den Besuch des Theaters. Er ist zu höchstens 20 Unterrichtsstunden per Woche verpflichtet und bezieht als Konrektor ein Honorar von Fr. 300.—.

§ 5. — D. Der Seminardirektor

überwacht und leitet den gesamten Unterricht am Seminar (einschließlich der Seminaraspiranten) und an der Übungsschule.

Er wohnt den Sitzungen der Erziehungskommission in allen das Seminar betreffenden Fragen mit beratender Stimme bei.

Er überwacht die Disziplin der Seminarabteilung und die Führung des Konviktes in allen seinen Teilen.

Er beaufsichtigt die Verwaltung der Seminarbibliothek, die er einem Lehrer am Seminar übertragen kann. Er führt die Stipendienlisten. Er ist zu 18 Unterrichtsstunden wöchentlich verpflichtet und bezieht eine Gehaltszulage von Fr. 500.— jährlich.

II. Die Lehrer.

§ 6. Mit Bezug auf die Anstellungsverhältnisse (Wahl, Wiederwahl, Besoldung und Zahl der Unterrichtsstunden) gelten die Bestimmungen der großrätlichen Verordnung betreffend die Besoldung der Lehrer an der Kantonsschule und die auf Grund dieser Verordnung gefaßten Beschlüsse der Regierung. Die genauere Festsetzung der Stundenzahl ist Sache des Erziehungsdepartementes und des Rektors, wobei diejenigen Lehrer möglichst erleichtert werden sollen, die viel Zeit auf Korrekturen oder Vorbereitungen für ihren Unterricht verwenden müssen.

§ 7. Sämtliche Lehrer sind verpflichtet, die Rektoratskommission in der Aufrechterhaltung der Disziplin in und außer der Schule zu unterstützen, Fälle von Übertretungen der Disziplinarordnung, deren Zeuge sie sind, oder die ihnen sonst bekannt werden, unverzüglich dem Rektor oder einem andern Mitglied

der Rektoratskommission zu verzeigen und die Spezialaufsicht über die von der Rektoratskommission ihnen zugeteilten Klassen oder Abteilungen zu führen.

Jeder Lehrer ist verpflichtet, diese Spezialaufsicht in oder außer der Schule gewissenhaft durchzuführen. Er wird zu diesem Zweck die seiner Aufsicht anvertrauten Schüler, wenn nötig, in ihrer Wohnung aufsuchen, Erkundigungen bei den Logisgebern einziehen und sich mit den Schülern besprechen und, wenn nötig, den Rektor benachrichtigen.

Bei dem nämlichen Anlaß wird er sich über das Maß der den Schülern zugeteilten Hausaufgaben unterrichten lassen und allfällige Übelstände im Schoß der Lehrerkonferenz zur Sprache bringen.

§ 8. Jeder Lehrer führt ein genaues Verzeichnis der Schulversäumnisse. Er ist zu gewissenhafter Einhaltung des Lehrplanes und der Unterrichtszeit verpflichtet.

Kein Lehrer ist befugt, einzelnen Schülern oder ganzen Klassen von sich aus Unterrichtsstunden frei zu geben.

Ist ein Lehrer durch Krankheit von der Erteilung seines Unterrichtes abgehalten, so hat er dem Rektor sofort Anzeige zu machen.

Dauert die Unterbrechung des Unterrichtes wegen Krankheit so lange, daß eine Provision durch die übrigen Lehrer veranstaltet werden muß, so ist jeder Lehrer verpflichtet, ihm provisorisch übertragene Unterrichtsstunden zu übernehmen. Die ersten 20 provisorisch übernommenen Unterrichtsstunden werden nicht besonders honoriert; dauert die Provision länger, so tritt die Vergütung für Extrastunden ein.

§ 9. Jeder Lehrer ist zum regelmäßigen Besuch der Lehrerkonferenz verpflichtet. Außerdem finden unter den Lehrern der gleichen Klasse Besprechungen, z. B. über die richtige Verteilung der Hausaufgaben, statt.

§ 10. Jeder Lehrer ist für Apparate, Instrumente, Kunstwerke, Bücher etc., die er in seinem Unterricht braucht, verantwortlich. Die Turnlehrer insbesondere haben für richtige Aufbewahrung und Unterhaltung der Turngeräte zu sorgen.

§ 11. Alle Halbjahre werden die Zeugnisse über sämtliche Schüler zusammengestellt und in ein Zeugnisprotokoll eingetragen. Diese Zeugnisse sollen genau erwogen und nachträglich nicht mehr abänderlich sein.

§ 12. Jeder Lehrer wird seine ganze Arbeitskraft in den Dienst des Unterrichtes und der Erziehung seiner Schüler stellen und sich durch keinerlei Nebenbeschäftigung von der sorgfältigen Erfüllung seiner Pflichten gegen die Schule abhalten lassen. Er darf ohne Einwilligung der Erziehungskommission keine Nebenbeschäftigung übernehmen.

III. Die Lehrerkonferenz.

§ 13. Dieselbe besteht aus sämtlichen Lehrern, die eine volle Lehrstelle bekleiden.

Über die Verhandlungen führt ein von der Lehrerkonferenz gewählter Lehrer ein Protokoll.

§ 14. Ihre Haupttätigkeit ist eine beratende.

Sie bespricht und begutachtet Schulfragen, die ihr von dem Erziehungsdepartement vorgelegt werden.

Sie kann auch von sich aus Vorschläge in Schulangelegenheiten machen. Insbesondere wird sie über die Ausweisung von Schülern, über Einführung neuer Lehrmittel, über den Lehrplan etc. Anträge an das Erziehungsdepartement einbringen.

§ 15. Sie entscheidet: Über die Aufnahme neu angemeldeter Schüler und deren definitive oder provisorische Zuweisung in eine Klasse; — über Dispensation von einzelnen Fächern; — über Gestattung des Eintrittes von Schülern in einen Verein; — über Erteilung und Entzug der erweiterten Freiheit.

§ 16. Sie macht auf Grund eines vorbereitenden Gutachtens der Rektoratskommission Vorschläge über Verteilung der Extrastipendien und Gratuitenstellen, sowie über Anschaffungen für die Bibliothek.

§ 17. Sie bespricht das Verhalten und die Leistungen der Schüler, insbesondere derjenigen, die zu Klagen Anlaß geben.

50. 23. Kleinrätliche Verordnung über die Organisation und den Unterrichtsplan der bündnerischen Kantonsschule in Chur (Abteilung: Progymnasium, Realschule und Gymnasium). (Vom 30. Juli 1907.)

A. Organisation.

Art. 1. Die Kantonsschule besteht aus folgenden Abteilungen: *a.* Progymnasium und Realschule (I. und II. Klasse); — *b.* Gymnasium (III.—VII. Klasse); — *c.* Technische Schule (III.—VI. Klasse); — *e.* Handelsschule (III.—V. Klasse); — *d.* Lehrerseminar (III.—VI. Klasse).

Für die letztern drei Abteilungen bestehen besondere Unterrichtspläne.

Art. 2. Progymnasium und Realschule umfassen alle Schüler der I. und II. Klasse. Die Schüler des Progymnasiums erhalten gesonderten Unterricht im Lateinischen; die Realschüler in Französisch oder Italienisch; den übrigen Unterricht erhalten sie gemeinsam.

Die Realschüler italienischer Zunge haben die Wahl, den Unterricht im Französischen zu nehmen oder den für sie besonders eingerichteten Unterricht in ihrer Muttersprache zu besuchen.

Die Schüler romanischer und italienischer Zunge erhalten zusammen in beiden Klassen im Deutschen besonderen Unterricht, und zwar je zwei Stunden mehr als die deutschen Schüler.

Art. 3. Das Gymnasium besteht aus 5 Jahreskursen (III. bis VII. Klasse). Es wird Unterricht erteilt in folgenden Fächern: Religion, Deutsch, Latein, Griechisch, Hebräisch, Französisch, Italienisch, Englisch, Geschichte, Geographie, Naturgeschichte, Physik, Chemie, Mathematik, Freihandzeichnen, Gesang und Turnen.

Das Griechische ist fakultativ.

Diejenigen Schüler, die Griechisch nehmen, erhalten von der IV. Klasse an, nach ihrer Wahl, Unterricht im Französischen, Italienischen oder Englischen.

Diejenigen Schüler, die nicht Griechisch nehmen, erhalten Unterricht in zwei modernen Fremdsprachen. Sie beginnen in der III. Klasse mit dem Unterricht im Französischen. In der IV. Klasse beginnen sie die 2. Fremdsprache und können wählen zwischen Italienisch und Englisch.

Den Schülern, die Theologie studieren wollen, wird in der VII. Klasse im Hebräischen Unterricht erteilt. Dafür kann der Unterricht der modernen Fremdsprache wegefallen.

Die Schüler italienischer Zunge haben die Wahl, den für die ganze Klasse eingerichteten Unterricht in der modernen Fremdsprache zu nehmen oder den für sie besonders eingerichteten Unterricht in ihrer Muttersprache zu besuchen.

Art. 4. Außer den obligatorischen Fächern der einzelnen Schulabteilungen kann in Freifächern Unterricht erteilt werden, der von Schülern aller Abteilungen besucht werden kann.

Art. 5. Zum Eintritt in die I. Klasse müssen die Schüler in der Regel das 13., zum Eintritt in eine höhere Klasse je ein weiteres Altersjahr erfüllt haben oder bis Ende Dezember des Eintrittsjahres erfüllen.

Altersdispensationen werden auf Gutachten des Examinationskollegiums hin durch die Erziehungskommission bewilligt.

Art. 6. Zum Eintritt in die erste Klasse werden diejenigen Vorkenntnisse verlangt, die sich ein guter Schüler in einer guten Primarschule in den ersten sechs Schuljahren nach Maßgabe des Lehrplanes für die Volksschulen erwerben kann.

Kanton Graubünden, Kleinrätliche Verordnung über die Organisation 145
und den Unterrichtsplan der Kantonsschule in Chur.

Zum Eintritt in die zweite Klasse oder eine der folgenden Klassen irgend einer Abteilung wird diejenige Vorbildung gefordert, die die vorhergehende Klasse vermittelt.

Das Genauere findet sich in den vom Kleinen Rat aufgestellten „Bestimmungen betreffend die Vorkenntnisse für die Aufnahme in die Kantonsschule“.

B. Unterrichtsplan.

Art. 7. — *Progymnasium und Realschule.*

1. *Religion.* — a. Für reformierte Schüler.

I. Klasse 2 Stunden. — Alttestamentliche Geschichten und Lehrstücke und einiges aus dem Leben Jesu. Memorieren von Kernsprüchen und Liedern.

II. Klasse 2 Stunden. — Lektüre aus den Evangelien, der Apostelgeschichte und den Briefen von Paulus; mit Darstellung des Lebens und der Lehre Jesu. Memorieren wie oben.

b. Für katholische Schüler.

I. Klasse 2 Stunden. — Katechismus: Die Lehre von den Gnadenmitteln. Biblische Geschichte des Neuen Testaments.

II. Klasse 2 Stunden. — Katechismus: Die Lehre von den Geboten. Liturgik: Darstellung und Erklärung des katholischen Gottesdienstes und Kirchenjahres.

2. *Deutsch.* — a. Deutsche Abteilung.

I. Klasse 5 Stunden. — Lesen, Erklären und Memorieren prosaischer und poetischer Lesestücke aus dem Lesebuch. Zirka 20 Aufsätze (leichtere Erzählungen und Beschreibungen) im Anschluß an die Lektüre. Repetition der Formenlehre, des erweiterten, einfachen und des zusammengezogenen Satzes; Unterscheidung des einfachen und des zusammengesetzten Satzes. Behandlung der Interpunktionslehre; Diktate.

II. Klasse 5 Stunden. — Lesen, Erklären und Memorieren prosaischer und poetischer Lesestücke aus dem Lesebuch. Zirka 16 Aufsätze (Beschreibungen, Schilderungen und Briefe) im Anschluß an die Lektüre. Repetition des grammatischen Stoffes der I. Klasse; Behandlung des Satzgefüges, der Arten von Nebensätzen und der Interpunktionslehre. Diktate.

b. Romanische Abteilung.

I. Klasse 7 Stunden. — Wie für die deutsche Abteilung der gleichen Klasse mit umfassenderer mündlicher und schriftlicher Reproduktion und eingehender Behandlung der Grammatik.

II. Klasse 7 Stunden. — Wie für die deutsche Abteilung der gleichen Klasse mit umfassenderer mündlicher und schriftlicher Reproduktion und eingehender Behandlung der Grammatik.

3. *Latein* (für die Gymnasiasten).

I. Klasse 6 Stunden. — Formenlehre bis zu den regelmäßigen Zeitwörtern. Mündliche und schriftliche Übersetzungen aus dem Lateinischen ins Deutsche und umgekehrt.

II. Klasse 6 Stunden. — Wiederholung und Abschluß der Formenlehre; die wichtigsten Sätze der Syntax, insbesondere die ganze Kasuslehre. Übersetzungen wie oben. Lektüre leichterer Biographien aus Cornelius Nepos oder passender Stücke aus einer Chrestomathie.

4. *Italienisch* (für Realschüler).

I. Klasse 5 Stunden. — Formenlehre bis zu den unregelmäßigen Zeitwörtern. Mündliche und schriftliche Übersetzungen leichter italienischer und deutscher Übungsstücke und andere mündliche und schriftliche Übungen. Memorieren von leichten Stücken. Diktate.

II. Klasse 5 Stunden. — Wiederholung und Abschluß der Formenlehre; die wichtigsten Sätze der Syntax. Mündliche und schriftliche Übersetzungen und andere mündliche und schriftliche Übungen. Reproduktionen und Memorieren von leichten Texten. Diktate.

5. *Französisch* (für Realschüler).

I. Klasse 5 Stunden. — Formenlehre bis zu den unregelmäßigen Zeitwörtern. Mündliche und schriftliche Übersetzung leichter französischer und deutscher Übungsstücke und andere mündliche und schriftliche Übungen. Memorieren von leichten Stücken. Diktate.

II. Klasse 5 Stunden. — Wiederholung und Abschluß der Formenlehre; die wichtigsten Sätze der Syntax. Mündliche und schriftliche Übersetzungen und andere mündliche und schriftliche Übungen. Reproduktion und Memorieren von leichten Texten. Diktate.

6. *Italienisch* (für Italienischgeborene).

II. Klasse 4 Stunden. — Repetition der Grammatik. Lektüre poetischer und prosaischer Schriftsteller. Ungefähr 16 Aufsätze im Anschluß an die Lektüre.

7. *Geschichte*.

I. Klasse 2 Stunden. — Repetition der Schweizer Geschichte bis zum Abschluß der XIIIörtigen Eidgenossenschaft. Fortsetzung der Schweizer Geschichte bis zum Jahre 1789 mit Berücksichtigung der für das Verständnis wichtigen Teile der allgemeinen Geschichte.

II. Klasse 2 Stunden. — Repetition der Schweizer Geschichte bis zum Jahre 1789. Fortsetzung der Schweizer Geschichte bis zur Gegenwart mit Berücksichtigung der für das Verständnis wichtigen Teile der allgemeinen Geschichte.

8. *Geographie*.

I. Klasse 2 Stunden. — Abschluß der Geographie der Schweiz. Geographie der an die Schweiz angrenzenden Länder Europas.

II. Klasse 2 Stunden. — Abschluß der Geographie Europas. Übersicht über die Geographie der außereuropäischen Länder. Elemente der mathematischen Geographie.

9. *Naturgeschichte*.

I. Klasse 2 Stunden. — Betrachtung einer ausgewählten Zahl von Tierarten mit besonderer Berücksichtigung der Wirbeltiere; Beschreibung und Zergliederung frischer Pflanzen.

II. Klasse 2 Stunden. — Fortsetzung und Ergänzung in der Zoologie und in der Botanik. Elementare Anatomie des Menschen. Elementare Behandlung der wichtigeren Mineralien und der hauptsächlichsten Gebirgsarten.

10. *Naturlehre*.

I. Klasse 2 Stunden. — Besprechung der einfachsten physikalischen und chemischen Erscheinungen und Gesetze. Vielfache Experimente.

II. Klasse 2 Stunden. — Fortsetzung und Ergänzung des in der I. Klasse behandelten Stoffes.

11. *Rechnen*.

I. Klasse 4 Stunden. — Wiederholung und Vertiefung der gemeinen und der Dezimalbrüche. Wiederholung des metrischen Maß- und Gewichtsystems. Drei- und Vielsatzrechnungen; Zins-, Gewinn- und Verlust- und Gesellschaftsrechnungen. Häufiges Kopfrechnen.

II. Klasse 4 Stunden. — Prozent-, Zins-, Diskont-, Termin- und Mischungsrechnungen mit besonderer Berücksichtigung der kaufmännischen Darstellungsart. Die Proportionen. Quadratwurzel. Rechnungs- und Buchführung. Häufiges Kopfrechnen.

12. *Geometrie.*

I. Klasse 2 Stunden. — Würfel, Quadrat; Säule, Rechteck; Zylinder, Kreis; Bogen und Winkel. Gebrauch des Transporteurs. Konstruktion des Dreiecks; Halbierung von Strecken und Winkeln und damit zusammenhängende Konstruktionsaufgaben. Parallelogramm und Vieleck. Inhaltsbestimmung der ebenen Figuren. Ausmessen gezeichneter Figuren und zahlreiche Berechnungen. Berechnung und Anfertigung des geraden Prismas, der geraden Pyramide und des geraden Zylinders.

II. Klasse 2 Stunden. — Wiederholung und Ergänzung des für die I. Klasse bestimmten Stoffes, verbunden mit genauer Begründung. Anwendung der Kongruenzsätze. Pythagoräischer Lehrsatz. Darstellung der einfachen Körper (gerades Prisma, Pyramide, Zylinder, Kegel und Kugel) durch Grund- und Aufriß und teils auch durch Parallelprojektion. Ausmessung dieser Körper, sowie Konstruktion aus Karton.

13. *Freihandzeichnen.*

I. Klasse 2 Stunden. — *a.* Ornamentzeichnen: Das flache Pflanzenornament im Anschluß an einheimische Naturformen. Übungen im Kombinieren der letztern zu einfachen Ornamenten mit Anwendung der Farben. Belehrung über das Zusammenstellen der Farben.

b. Körperzeichnen: Mannigfaltige Gebrauchsgegenstände, die ohne Anwendung der Perspektive charakteristisch dargestellt werden können. — Gedächtniszeichnen.

II. Klasse 2 Stunden. — *a.* Ornamentzeichnen: Blatt-, Blüten- und Fruchtformen nach der Natur (ohne Perspektive) und ihre Verwendung zu einfachen Ornamenten mit Anwendung der Farben (Bordüren, Umrahmungen, Eckverzierungen und Mittelstücke). Für die Vorgerücktern: Übungen im Dekorieren von Gegenständen aus Holz, Karton etc. Schließlich auch Ornamente mit fremden Formen.

b. Körperzeichnen: Wie in der I. Klasse. Gedächtniszeichnen.

14. *Schönschreiben.*

I. Klasse 2 Stunden. — Einübung der deutschen und der englischen Kurrentschrift im Takt und nach Vorlagen.

II. Klasse 2 Stunden. — Fortgesetzte Einübung der deutschen und englischen Kurrentschrift im Takt und nach Vorlagen, sowie Übungen im Schnellschreiben und in der Rundschrift.

15. *Gesang.*

I. und II. Klasse 2 Stunden. — Gemeinsam. Lehre von den Noten nach Name und Zeitdauer, Rhythmik. Einübung einfacher vierstimmiger Lieder.

16. *Turnen.*

I. Klasse 2 Stunden. — Ordnungs-, Frei- und Stabübungen. Turnen an den Geräten, Turnspiele.

II. Klasse 2 Stunden. — Ordnungs-, Frei und Stabübungen. Gerätübungen. Grundgriffe des Ringens. Turnspiele.

Art. 8. — *Gymnasium.*

1. *Religion.* — *a.* Für reformierte Schüler.

III. Klasse 2 Stunden. — Kirchengeschichte vom apostolischen Zeitalter bis zur Reformation.

IV. Klasse 2 Stunden. — Kirchengeschichte von der Reformation bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz.

V. Klasse 1 Stunde. — Ergänzungen aus der neuesten Kirchengeschichte und einiges aus der allgemeinen Religionsgeschichte.

VI. und VII. Klasse 1 Stunde gemeinsam. — Besprechung der wichtigsten Probleme der Religion und der Sittenlehre.

b. Für katholische Schüler.

III. Klasse 2 Stunden. — Katechismus: die Lehre vom Glauben. Liturgik.

IV. Klasse 2 Stunden. — Kirchengeschichte von Christus bis auf die Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz.

V. Klasse 1 Stunde. — Apologetik des Christentums und der katholischen Kirche.

VI. und VII. Klasse 1 Stunde gemeinsam. — Bibelkunde.

2. Deutsch.

III. Klasse 4 Stunden. — Lektüre poetischer und prosaischer Schriftsteller; im Anschluß daran ausgewählte Lesestücke aus dem Lesebuch. Literaturgeschichtliches. Memorieren von Gedichten und Prosastücken. Ungefähr 12 Aufsätze. Befestigung und Ausbau der Grammatik.

IV. Klasse 4 Stunden. — Lektüre. Literaturgeschichtliches. Memorierübungen und Aufsätze wie für die III. Klasse mit entsprechend gesteigerten Anforderungen.

V. Klasse 4 Stunden. — Lektüre poetischer und prosaischer neuhochdeutscher Werke bis Goethe inklusive; daran anschließend ausgewählte Lesestücke aus dem Lesebuch. Literaturgeschichtliches. Memorierübungen. Ungefähr 10 Aufsätze und freie Vorträge, hauptsächlich im Anschluß an die Lektüre; Disponierübungen.

VI. Klasse 4 Stunden. — Lektüre der schwierigeren Werke Schillers und Goethes, einiger bedeutender Werke der nachklassischen Zeit und einer Auswahl von Gedichten des 19. Jahrhunderts. Literaturgeschichtliches. Memorierübungen. Ungefähr 8 Aufsätze und freie Vorträge, Disponierübungen.

VII. Klasse 4 Stunden. — Fortsetzung der Lektüre schwieriger Werke der klassischen und nachklassischen Zeit. Literaturgeschichtliches. Memorierübungen. Ungefähr 6 Aufsätze und freie Vorträge, Disponierübungen.

3. Latein.

III. Klasse 6 Stunden. — Repetition der Formenlehre; Vervollständigung der Syntax. Schriftliche Übersetzungen ins Lateinische. Lektüre: Phädrus, Cäsar oder eine passende Chrestomathie. Eingehende Behandlung des Inhalts der gelesenen Stücke durch alle Klassen.

IV. Klasse 6 Stunden. — Ausbau und Befestigung der Syntax (speziell der Kasuslehre). Schriftliche Übersetzungen ins Lateinische. Lektüre: Ovid, Phädrus, Cäsar, Livius, Sallust.

V. Klasse 6 Stunden. — Lektüre: Ovid, Virgil, Sallust, Livius. Literaturgeschichtliches. Befestigung der Syntax (speziell Tempus- und Moduslehre, Partizipien) im Anschluß an die Lektüre und durch schriftliche Übungen.

VI. Klasse 6 Stunden. — Lektüre: Virgil, Horaz (Oden und Epoden), Cicero. Kursorische Lektüre leichterer Schriftsteller. Literaturgeschichtliches. Syntax und schriftliche Übungen wie in der V. Klasse (speziell: Satzverbindung und Satzgefüge, oratio obliqua).

VII. Klasse 6 Stunden. — Lektüre: Horaz (ausgewählte Satiren und Episteln), Elegiker in Auswahl oder ein Stück des Plautus. Cicero, Tacitus, Kursorische Lektüre des Livius. Literaturgeschichtliches. Syntax: Repetition mit schriftlichen Übungen.

4. Griechisch.

III. Klasse 6 Stunden. — Formenlehre. Mündliche und schriftliche Übersetzungen.

IV. Klasse 5 Stunden. — Abschluß der Formenlehre; wichtigste Sätze der Syntax. Mündliche und schriftliche Übersetzungen. Lektüre: Xenophon. Eingehende Behandlung des Inhalts der gelesenen Stücke durch alle Klassen.

V. Klasse 5 Stunden. — Lektüre: Homer, Xenophon, Herodot, Literaturgeschichtliches. Syntax: Kasuslehre. Schriftliche Übungen im Anschluß an die Lektüre.

VI. Klasse 6 Stunden. — Lektüre: Lysias, Herodot, Homer, Demosthenes, Kursorische Lektüre leichterer Schriftsteller. Literaturgeschichtliches. Syntax (Tempus- und Moduslehre). Schriftliche Übungen im Anschluß an die Lektüre.

VII. Klasse 5 Stunden. — Lektüre: Homer, Sophokles, Euripides, Demosthenes, Thukydides, Plato. Kursorische Lektüre (Xenophon etc.). Literaturgeschichtliches. Syntax. Repetition. Schriftliche Übungen wie in der VI. Klasse.

5. *Hebräisch.*

VII. Klasse 4 Stunden. — Formenlehre und Syntax; Übersetzung prosaischer Lesestücke.

6. *Französisch* (Ersatzsprache für das Griechische).

III. Klasse 4 Stunden. — Formenlehre und Syntax mit entsprechenden Übungen. Lektüre leichter zusammenhängender Stücke. Memorier- und Konversationsübungen.

IV. Klasse 4 Stunden. — Lektüre leichter poetischer und prosaischer Schriftsteller, Wiederholung und Vertiefung der Grammatik im Anschluß an die Lektüre. Memorier- und Konversationsübungen.

V. Klasse 4 Stunden. — Lektüre schwierigerer Schriftsteller. Literaturgeschichtliches. Memorierübungen und Aufsätze. Das Französische ist von hier an Unterrichtssprache.

VI. und VII. Klasse 4 Stunden gemeinsum¹⁾. — Wie in der vorigen Klasse mit entsprechend gesteigerten Anforderungen.

7. *Französisch* (Fremdsprache für Griechen).

IV. Klasse 5 Stunden. — Laut- und Formenlehre, sowie die Elemente der Syntax. Mündliche und schriftliche Übersetzungen. Memorier- und Konversationsübungen.

V. Klasse 5 Stunden. — Lektüre leichterer Schriftsteller; im Anschluß daran Vervollständigung der Syntax. Memorier- und Konversationsübungen. Aufsätze.

VI. Klasse 4 Stunden und VII. Klasse 3 Stunden. — Lektüre schwierigerer Schriftsteller. Literaturgeschichtliches. Memorierübungen und Aufsätze. Das Französische ist Unterrichtssprache.

8. *Italienisch* (Fremdsprache für Griechen und 2. Fremdsprache für Nichtgriechen).

IV. Klasse 4 Stunden. — Formenlehre und Syntax mit entsprechenden Übungen. Lektüre leichterer zusammenhängender Stücke. Memorier- und Konversationsübungen.

V. Klasse 4 Stunden. — Lektüre leichter poetischer und prosaischer Schriftsteller. Wiederholung und Vertiefung der Grammatik im Anschluß an die Lektüre. Memorier- und Konversationsübungen. Aufsätze.

VI. und VII. Klasse 4 Stunden gemeinsam. — Lektüre schwierigerer Schriftsteller. Literaturgeschichtliches. Memorierübungen und Aufsätze. Das Italienische ist Unterrichtssprache.

9. *Englisch* (Fremdsprache für Griechen und 2. Fremdsprache für Nichtgriechen).

IV. Klasse 4 Stunden. — Formenlehre und Syntax mit entsprechenden Übungen. Lektüre leichterer zusammenhängender Stücke. Memorier- und Konversationsübungen.

V. Klasse 4 Stunden. — Lektüre leichter poetischer und prosaischer Schriftsteller. Wiederholung und Vertiefung der Grammatik im Anschluß an die Lektüre. Memorier- und Konversationsübungen. Aufsätze.

¹⁾ Wenn es die Zahl der Schüler oder der Stand der Klasse erfordert, so können diese und andere für den Unterricht zusammengezogene Sprachklassen getrennt oder anders kombiniert werden. Die Nichtgriechen erhalten in der VI. und VII. Klasse je eine Stunde mehr Fremdsprache als die Griechen.

VI. und VII. Klasse 4 Stunden gemeinsam. — Lektüre schwierigerer Schriftsteller. Literaturgeschichtliches. Memorierübungen und Aufsätze. Das Englische ist Unterrichtssprache.

10. Italienisch (für Italienischgeborene).

III. und IV. Klasse 3 Stunden gemeinsam. — Lektüre schwierigerer poetischer und prosaischer Schriftsteller. — Literaturgeschichtliches. Aufsätze.

V.—VII. Klasse 3 Stunden gemeinsam. Wie in voriger Klasse mit entsprechend gesteigerten Anforderungen.

11. Geschichte.

III. Klasse 3 Stunden. — Geschichte des Altertums bis zum Untergang des weströmischen Reiches. Besondere Berücksichtigung der Schweiz und Graubündens durch alle Klassen.

IV. Klasse 3 Stunden. — Geschichte des Mittelalters vom Untergang des weströmischen Reiches bis zu Kaiser Maximilian.

V. Klasse 3 Stunden. — Neuere Geschichte von Kaiser Maximilian bis zum Jahre 1789.

VI. Klasse 3 Stunden. — Neueste Geschichte von der französischen Revolution bis zur Gegenwart.

VII. Klasse 3 Stunden. — Pragmatische Geschichte Europas von den Griechen und Römern an bis auf die Gegenwart nach großen allgemeinen Gesichtspunkten. Verfassungskunde.

12. Geographie.

III. Klasse 2 Stunden. — Physische und politische Geographie von Asien, Afrika, Amerika und Australien.

IV. Klasse 2 Stunden. — Mathematische Geographie.

13. Naturgeschichte.

III. Klasse 2 Stunden. — Zoologie: Systematik, insbesondere der Wirbeltiere. Botanik: Repetitionen und Ergänzungen.

IV. Klasse 2 Stunden. — Botanik: Systematik, die einheimischen Gift-, Arznei- und Nutzpflanzen. Mineralogie und Gesteinslehre: Übersicht der Perioden der Erdgeschichte.

V. Klasse 2 Stunden. — Anthropologie und Hygiene: Repetitionen und Ergänzungen in Zoologie, Botanik und Mineralogie.

14. Physik.

VI. Klasse 3 Stunden (zusammen mit T V. Klasse 1. Kurs). — Mechanik und Akustik.

VII. Klasse 3 Stunden (zusammen mit T VI. Klasse 2. Kurs). — Optik, Magnetismus, Elektrizität und Wärme.

15. Chemie.

VI. Klasse 2 Stunden (zusammen mit T V. Klasse 1. Kurs). — Chemie der Nichtmetalle. Wichtigste Lehren der theoretischen Chemie.

VII. Klasse 2 Stunden (zusammen mit T VI. Klasse 2. Kurs). — Chemie der Metalle. Stöchiometrie. Außerdem 2 Stunden praktische Arbeiten im Laboratorium (fakultativ).

16. Mathematik.

III. Klasse 5 Stunden. — *a.* Arithmetik und Algebra. Die vier Grundoperationen mit positiven und negativen Größen. Das Zerlegen in Faktoren und Kürzen von Quotienten, Brüche und Proportionen. Gleichungen 1. Grades mit einer und mehreren Unbekannten und Anwendungen. Die Quadratwurzel. *b.* Geometrie. Planimetrie. Kongruenz und Ähnlichkeit. Kreiskonstruktionen. Inhaltsgleiche Figuren. Das rechtwinklige Dreieck. Reguläre Vielecke. Umfang und Inhalt des Kreises.

IV. Klasse 3 Stunden. — *a.* Potenzen, Wurzeln, Logarithmen. Arithmetische und geometrische Reihen. Zinseszins- und Rentenrechnung.

b. Goniometrie und ebene Trigonometrie. Übungen mit dem rechtwinkligen und schiefwinkligen Dreieck.

V. Klasse 3 Stunden. — *a.* Stereometrie. Ebene und Gerade im Raum. Körperberechnungen. Die dreiseitige Raumecke. Hauptsätze der sphärischen Trigonometrie und Anwendung auf astronomische Aufgaben.

b. Quadratische Gleichung. Komplexe Zahlen.

VI. Klasse 2 Stunden. — Elemente der Kombinationslehre und der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Der binomische Lehrsatz. Repetition der Gleichungen. Einführung des Funktionsbegriffes mit graphischen Darstellungen.

VII. Klasse 2 Stunden. — Analytische Geometrie der Ebene: Punkt, Gerade, Kreis, Kegelschnitte. Geometrische Örter. Repetitionen und Übungen.

17. Freihandzeichnen.

III. Klasse 2 Stunden. — Körperzeichnen. Die wichtigsten perspektivischen, sowie die Licht- und Schattenercheinungen an leblosen Gegenständen. Zeichnen nach stereometrischen Grundformen und Kombinationen von solchen, nach Gebrauchsgegenständen, Gebäudemodellen und schließlich nach wirklichen Gebäuden.

V. Klasse 2 Stunden. — Übungen im perspektivischen Zeichnen und Malen nach Modellen, Geräten, Waffen, Instrumenten, kunstgewerblichen Objekten und architektonischen Motiven im Freien. Skizzierübungen nach Objekten aus der Naturaliensammlung.

18. Gesang.

III.—VII. Klasse 1 Stunde gemeinsam. — Männerchöre.

III. und IV. Klasse 1 Stunde gemeinsam. — Männerchöre.

19. Turnen.

III. Klasse 2 Stunden. — Ordnungs-, Frei-, Stab- und Gerätübungen. Ringen. Turnspiele.

IV. Klasse 2 Stunden. — Übungsstoff der III. Klasse in schwierigerer Form.

V. Klasse 2 Stunden. — Übungsstoff der IV. Klasse. Außerdem militärische Ordnungsübungen. Schwierigere Gerätübungen. Nationalturnen.

VI. und VII. Klasse 2 Stunden gemeinsam. — Wie in der V. Klasse.

C. Stundenverteilung.

Art. 20. — *Progymnasium und Realschule.*

	I. Klasse	II. Klasse	Total
Religion	2	2	4
Deutsch: <i>a.</i> Deutsche Abteilung	5	5	10
<i>b.</i> Romanische Abteilung	7	7	14
Latein für Progymnasiasten	6	6	12
Italienisch oder Französisch für Realschüler	5	5	10
Italienisch für Italienischgeborene	—	4	4
Geschichte	2	2	4
Geographie	2	2	4
Naturgeschichte	2	2	4
Naturlehre	2	2	4
Rechnen	4	4	8
Geometrie	2	2	4
Freihandzeichnen	2	2	4
Schreiben	2	2	4
Gesang	2	2	4
Turnen	2	2	4
Progymnasium ¹⁾	35	35	70
Realschule ¹⁾	34	34	68

¹⁾ Romanische und italienische Schüler in jeder Klasse 2 Stunden mehr.

Art. 21. — *Gymnasium.*

	III. Kl.	IV. Kl.	V. Kl.	VI. Kl.	VII. Kl.	Total
Religion	2	2	1	1	1	7
Deutsch	4	4	4	4	4	20
Latein	6	6	6	6	6	30
Griechisch	6	5	5	6	5	27
Hebräisch (für Theologie-Studierende)	—	—	—	—	4	4
Französisch (Ersatzsprache f. Griechisch)	4	4	4	4	4	20
Französisch, Italienisch oder Englisch (Fremdsprache für Griechen, 2. Fremd- sprache für Nichtgriechen)	—	5 (4)	5 (4)	4 (4)	3 (4)	17 (16)
Italienisch für Italienischgeborene . .	3	3	3	3	3	15
Geschichte	3	3	3	3	3	15
Geographie	2	2	—	—	—	4
Naturgeschichte	2	2	2	—	—	6
Physik	—	—	—	3	3	6
Chemie	—	—	—	2	2 (2)	4 (6)
Mathematik	5	3	3	2	2	15
Freihandzeichnen	2	—	2	—	—	4
Gesang	2	2	1	1	1	7
Turnen	2	2	2	2	2	10
Griechen ¹⁾	36	36	34	34	32	173
Nichtgriechen ¹⁾	34	35	33	32	32 (31)	167

¹⁾ Der unerhebliche Stundenunterschied für Schüler italienischer Zunge, die statt einer Fremdsprache den für sie eingerichteten Unterricht in ihrer Muttersprache besuchen, ist bei der Zusammenzählung der Stunden nicht berücksichtigt worden.

51. 24. Regolamento per gli Esami di Geometra-Agrimensore e di Capomastro.
(Tessin.) (16 gennaio 1907.)

Il Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone del Ticino, visto l'art. 198 della legge sul riordinamento degli studi 14 maggio 1879, 4 maggio 1882 ed il decreto 10 settembre 1906 per la istituzione di un Corso Tecnico Professionale presso le Scuole di Disegno in Lugano, sotto la Direzione del Rettore del Liceo Cantonale, sulla proposta del Dipartimento della Pubblica Educazione, adotta il seguente

Regolamento per gli Esami di Geometra-Agrimensore e di Capomastro.

Art. 1. Ogni anno saranno dati degli esami per coloro che aspirassero ad ottenere la patente cantonale di Geometra-Agrimensore o di Capomastro.

Art. 2. Le domande di ammissione all' esame saranno indirizzate al Dipartimento della Pubblica Educazione entro il termine che sarà indicato nell' avviso da pubblicarsi sul Foglio Ufficiale un mese prima della tenuta degli esami.

Art. 3. Per detti esami viene istituita una Commissione speciale permanente di tre tecnici, nominata dal Consiglio di Stato, la quale fungerà anche da Commissione d' esame e di sorveglianza del Corso Tecnico Professionale annesso alla scuola di disegno di Lugano.

Art. 4. L' esame si divide in prove teoriche ed in prove pratiche.

Art. 5. Saranno ammessi all' esame teorico i candidati i quali non possono presentare l' attestato di licenza del Corso Tecnico Professionale annesso alla scuola di disegno in Lugano, oppure un altro certificato ritenuto equivalente.

§. Sul pareggio dei detti certificati decide il Corpo dei professori del Corso Tecnico in unione alla Commissione preposta al Corso stesso, di cui all' art. 3.

Art. 6. L' esame teorico si estende a tutte le materie del Corso Tecnico Professionale, e verrà fatto dai professori di questo Corso coll' assistenza di almeno uno dei membri della Commissione suddetta.

§ 1. Esso avrà luogo nella settimana successiva agli esami finali di detto Corso e seguendo le prescrizioni vigenti per gli esami stessi.

§ 2. Del risultato dell' esame verrà rilasciato apposito attestato, firmato dal Dipartimento della Pubblica Educazione.

Art. 7. Per essere ammessi all' esame pratico occorre:

1. Presentare la licenza del Corso Tecnico Professionale di Lugano, oppure altro certificato ritenuto equivalente come è detto all' art. 5, oppure l' attestato d' aver subito l' esame teorico di cui all' articolo precedente.
2. Comprovare che, dopo l' ottenimento dei certificati suddetti, si è fatto un anno di pratica presso il Dipartimento delle Pubbliche Costruzioni, oppure presso un ingegnere od architetto o capomastro patentato, preventivamente notificato al Dipartimento della Pubblica Educazione e da questo approvato.
3. Presentare un attestato di buona condotta.

Art. 8. L' esame pratico per l' aspirante Agrimensore comprende:

- a. Un rilievo collo squadra d' una estensione di terreno di almeno un ettaro. L' alunno dovrà presentare lo schizzo di campagna colle quote, il calcolo della superficie ed una mappa nella scala da 1 : 1000.
- b. Un rilievo di un foglio di tavoletta con alcuni dettagli cadastali (almeno 5 parcelle). L' alunno dovrà presentare il foglio debitamente ultimato a inchiostro, colori e scritturazioni, le superfici e le classificazioni delle parcelle rilevate, a seconda dei regolamenti per la confezione dei cadasti. La Commissione esaminatrice potrà fissare la scala ed il metodo del rilievo.
- c. La misura di uno o più angoli da farsi col teodolite.

§. Per questo esame è concesso un tempo massimo di 15 giorni. Il rilievo di campagna dovrà eseguirsi sotto la sorveglianza di un membro della Commissione.

Art. 9. L' esame pratico di capomastro comprende:

- a. Un rilievo di un fabbricato irregolare fatto collo squadra. L' alunno presenterà i disegni planimetrici ed altimetrici quotati, necessari per determinare il complesso e le parti del fabbricato.
- b. Il tracciamento di un fabbricato conforme ad un dato disegno quotato.
- c. Un progetto di un fabbricato civile, secondo un piano di sistemazione ed un tema dato. Il candidato presenterà i disegni planimetrici ed altimetrici necessari, col relativo conto dei quantitativi delle opere e del loro importo.

§. Per questo esame è concesso un termine massimo di giorni 15. Il rilievo, il progetto ed il tracciamento di un fabbricato saranno fatti sotto la sorveglianza d' un membro della Commissione.

Art. 10. Gli esami pratici si svolgono sotto la direzione della Commissione prevista dall' art. 3 del presente Regolamento.

Art. 11. Gli esaminatori classificano in ciascuna delle prove indicate agli articoli 8 e 9 con punti da 1 a 6.

§. Per ottenere la patente il candidato deve aver raggiunto almeno 3 punti in ogni prova.

Art. 12. La Commissione trasmette al Dipartimento della Pubblica Educazione il risultato dell' esame pratico, ed il Consiglio di Stato accorda la patente per l' esercizio nel Cantone a coloro che ottennero i punti indicati nell' articolo precedente.

Art. 13. I candidati saranno tenuti a pagare anticipatamente le seguenti tasse: 1. Fr. 60 per l' esame teorico; — 2. Fr. 30 per l' esame pratico.

§. Lo Stato fornisce tutti gli istrumenti necessari per quest' ultimo esame; gli uomini di servizio ed ogni altra spesa sono a carico degli esaminandi.

Art. 14. Le indennità per detti esami vengono fissate come segue:

1. Fr. 12 al giorno oltre le spese di trasferta per ogni membro della Commissione;
2. Fr. 5 al giorno ai professori del Corso Tecnico di Lugano chiamati a sedere per giudicare sui certificati presentati dai candidati o per l'esame teorico.

Art. 15. L'art. 6 del decreto esecutivo 10 settembre 1906 viene modificato nel senso che agli allievi, i quali avranno superato lodevolmente la 3^a Classe del Corso Teorico Professionale in Lugano, verrà dal Dipartimento della Pubblica Educazione rilasciato il certificato di licenza da detto Corso.

Art. 16. Il presente Regolamento, da pubblicarsi sul Bollettino Ufficiale delle Leggi, entra immediatamente in vigore, ed abroga il Regolamento 31 maggio 1887 per gli esami di Agrimensore.

52. 25. Variante al Programma delle Scuole Normali. (Tessin.) (23 aprile 1907.)

Il Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone del Ticino, vista la necessità di rimaneggiare il programma e l'orario delle Scuole Normali nel senso di dare una maggior estensione all'insegnamento dell'italiano e delle matematiche, e di alleggerire nel medesimo tempo il lavoro sia dei professori che degli allievi col rimandare ad un Corso speciale da tenersi alla fine del IV anno lo svolgimento di talune materie di carattere speciale; sopra proposta del Dipartimento Pubblica Educazione,

decreta:

Art. 1. Il programma delle Scuole Normali, approvato con risoluzione governativa 17 agosto 1903, viene modificato nel senso che:

- a. Il numero delle ore dedicate alle conferenze ed agli esercizi pratici di scienze naturali in IV Corso viene ridotto da 4 a 3;
- b. per converso viene aumentato da 2 a 3 il numero delle ore assegnate nel medesimo IV Corso all'insegnamento della lingua italiana;
- c. il numero delle ore destinate all'insegnamento dell'aritmetica viene aumentato di un'ora in ciascuno dei tre primi Corsi;
- d. viene aggiunta al IV Corso un'ora speciale per l'insegnamento della lingua francese;
- e. l'orario per l'insegnamento del disegno viene aumentato di un'ora per III Corso della Scuola Normale maschile;
- f. rimane soppresso l'insegnamento della calligrafia in III Corso;
- g. l'insegnamento dei lavori manuali nella Normale femminile viene ridotto ad 1 ora nel I Corso, a 2 nel II, e soppresso nel III;
- h. si aumenta di un'ora nel II Corso della Normale maschile l'orario destinato all'insegnamento della ginnastica;
- i. eccezion fatta di un'ora nel III Corso della Normale maschile per l'agricoltura e di un'ora rispettivamente nel III e nel IV Corso di entrambe le Scuole per l'igiene, il programma di queste due materie come pure quello dell'agrimensura e dell'economia domestica verrà svolto in un Corso speciale obbligatorio per gli allievi e le allieve del IV anno da tenersi per la durata di un mese subito dopo l'esame professionale in ragione di 2 ore al giorno per l'agronomia, 2 per l'igiene, 3 per l'economia domestica e 2 per l'agrimensura;

il tutto come allo specchio della ripartizione generale delle materie annesso al presente decreto esecutivo.

Art. 2. A complemento dell'insegnamento di lettere italiane del III Corso, il quale giungerà solo fino agli inizi dell'*Arcadia*, si prescrive per IV Corso lo studio critico della storia letteraria dall'inizio dell'*Arcadia* fino all'epoca attuale preceduto sempre da una sintesi storica e letteraria dei singoli periodi.

Art. 3. Oltre alla lettura di luoghi scelti dei secoli a cui si riferisce l'insegnamento della storia letteraria, come al precedente paragrafo, si prescrive per il IV Corso:

- a. Interpretazione di luoghi scelti dell' *Odissea* e dell' *Eneide*;
- b. esegesi informata ai più moderni criteri dei canti scelti della *Divina Commedia* preceduta dall' ordinamento materiale e morale dei tre regni;
- c. Commento storico, estetico e filosofico dei „*Promessi Sposi*“.

Art. 4. Si prescrivono nel IV Corso due componimenti di italiano al mese, informati alla storia comparativa della letteratura nei vari secoli.

Art. 5. È incaricato il Dipartimento della Pubblica Educazione di dare le opportune indicazioni circa i libri di testo da usarsi nell' insegnamento suddetto.

Art. 6. L' insegnamento dell' igiene da impartirsi nel Corso speciale di cui all' art. 1, lett. i, comprenderà soprattutto l' igiene della scuola, nonchè i primi soccorsi in caso di malattie e d' accidenti (Corso Samaritano).

Art. 7. L' art. 8 del regolamento 4 giugno 1904 per gli esami magistrali di Stato, applicabile anche agli esami degli allievi e delle allieve della Scuola Normale, viene modificato nel senso che alle prove scritte ed orali richieste per l' esame professionale va aggiunto anche quella d' italiano.

§. La nota definitiva per quest' ultima sarà data dalla media risultante dalla somma delle note ottenute nei due esami: propedeutico e professionale.

Art. 8. Il presente decreto entrerà in vigore col nuovo anno scolastico 1907-1908.

Ripartizione generale delle materie.

<i>I Educazione intellettuale e morale.</i>	I Corso		II Corso		III Corso		IV Corso	
	Fem.	Mas.	Fem.	Mas.	Fem.	Mas.	Fem.	Mas. Corso spez.
<i>A. Scienze fondamentali.</i>								
1° Gruppo.								
Scienze fisiche e naturali . . . Ore	4	4	4	4	4	4	3	3 —
2° Gruppo.								
Scienze matematiche	5	5	5	5	4	4	2	2 —
3° Gruppo. — Scienze psichiche.								
Lingua e lettere italiane . . . Ore	7	7	7	7	7	7	3	3 —
„ francese	3	3	2	2	2	2	1	1 —
Storia	2	2	3	3	3	3	—	—
<i>B. Scienze ed Arti di applicazione.</i>								
1° Gruppo.								
Geografia Ore	3	3	2	2	2	2	—	—
Agronomia	—	—	—	—	—	—	—	1 2
Igiene e medicina dom.	—	—	—	—	1	1	1	1 2
Economia domestica	—	—	—	—	—	—	—	3 F.
2° Gruppo.								
Agrimensura	—	—	—	—	—	—	—	2 M.
Disegno	2	3	2	3	2	3	2	2 —
Calligrafia	2	2	1	2	—	—	—	—
Lavori manuali	1	2	2	2	—	2	—	—
„ femminili	4	—	4	—	4	—	3	—
Registraz.-Contabilità	—	—	1	1	1	1	—	1 —
3° Gruppo.								
Morale e civica	—	—	—	—	—	—	3	3 —
Pedagogia	—	—	—	—	3	3	4	4 —
Didattica	—	—	—	—	2	2	12	12 —
Canto	2	2	1	1	1	1	1	1 —
<i>II. Educazione fisica.</i>								
Ginnastica	2	2	1	2	1	1	1	1 —
Totale Ore	37	35	35	34	37	36	36	35 7 F. 6 M.

53. 26. Regolamento e programma dei corsi della Scuola professionale femminile.
(Anno Scolastico 1907—1908.)

Il Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone del Ticino,

Visto ufficio della lode Municipalità di Lugano in data 17 di questo novembre, per il quale essa Municipalità presenta il Regolamento e programma della istituzione Scuola Professionale Femminile in detta Città;

Letto ed esaminato detto Regolamento e programma;

Visto il decreto legislativo 22 maggio 1906, per il quale veniva accordate alla cennata scuola un sussidio annuo pari a quello che le sarà concesso dalla Confederazione e computato in base alle leggi e regolamenti adottati da quest'ultima in materia, ritenuto da parte del Cantone il diritto di vigilanza su quanto riguarda l'ordinamento e l'andamento della Scuola stessa;

Sulla proposta del Dipartimento della Pubblica Educazione,

Risolve:

È approvato il Regolamento e programma dei Corsi della Scuola Professionale Femminile in Lugano per l'anno scolastico 1907/1908.

Comunicazione a mezzo della Cancelleria di Stato.

Regolamento

1. La *Scuola Professionale Femminile in Lugano* si divide in due sezioni principali:

a. La *Scuola di Perfezionamento — Corsi di Lavori Femminili, di Economia Domestica, di Cucina e di Agraria*.

b. *Scuola Commerciale e di Ragioneria*.

La *Sezione C. — Belle Arti* — comprende il disegno professionale, facente parte dei programmi della *Scuola di Perfezionamento* ecc. (6 ore settimanali) e della *Scuola di Commercio* (5 ore settimanali). Nella *Sezione C.* non resta che una materia nuova: la *Musica*, per 10 ore settimanali, — la quale potrebbe anche innestarsi nei programmi della *Scuola Professionale*.

2. La *Scuola di Perfezionamento — Lavori Femminili, Economia Domestica, Cucina e di Agraria* segue immediatamente la scuola primaria.

Le allieve, munite di licenza primaria, vi saranno ammesse senza esame.

Le altre dovranno avere l'età minima di 13 anni e subire un esame davanti una speciale Commissione.

L'ammissione è gratuita: la Direzione potrà richiedere da ogni allieva, all'atto della iscrizione, un deposito de fr. 5, che verrà restituito alla fine del corso, quando la condotta e la frequenza della giovinetta non avranno dato motivo a lagnanze.

3. La *Scuola di Perfezionamento* ecc. comprende 3 anni di studio.

I corsi sono organizzati in modo che una allieva possa frequentarli tutti quanti oppure soltanto una parte.

I corsi completi abbracciano:

a. *Materia di coltura generale*. — 1. Lingua italiana. — 2. Aritmetica e Contabilità. — 3. Lingua francese o tedesca, a scelta dell'allieva. — 4. Disegno. — 5. Ginnastica. — 6. Economia domestica.

b. *Corsi Professionali*. — 1. Corsi di cucina. — 2. Corsi di lavori femminili, con un totale di 40 ore settimanali, da distribuirsi in cinque giorni e mezzo; — nel pomeriggio del sabato si farà vacanza.

Le allieve saranno però libere di dedicarsi soltanto ad uno dei due gruppi seguenti:

1. *Gruppo: a. Materie di Coltura generale*. — 1. Lingua italiana. — 2. Aritmetica e contabilità. — 3. Lingua francese o tedesca, a scelta della scolara. — 4. Disegno. — 5. Ginnastica. — 6. Economia domestica.

b. Corso Professionale. — Corsi di lavori femminili, con tre anni di studio, con 24 ore settimanali nei primi due anni, e con 40 ore settimanali nel terzo anno.

2. Gruppo: a. Materie di Coltura generale. — 1. Lingua italiana. — 2. Aritmetica e contabilità. — 3. Lingua francese o tedesca, a scelta della allieva. — 4. Disegno. — 5. Ginnastica. — 6. Economia domestica.

b. Corso Professionale. — Corso elementare e corso superiore di cucina — due anni di studio — con 22 ore settimanali.

I corsi di cucina potranno essere tenuti in 24 settimane, con 10 ore settimanali (due giorni per settimana) oppure in 48 giorni consecutivi, con 8 ore giornaliere.

Le allieve riceveranno il desinare alla scuola.

4. L'anno scolastico è di 40 settimane.

Le lezioni avranno luogo di solito dalle ore 8^{1/2} alle 11^{1/2} del mattino e dalle 2 alle 5 nel pomeriggio.

5. In via eccezionale si potranno istituire dei corsi speciali per le ragazze che si troveranno in condizione di frequentare la scuola soltanto una o due mezze giornate per settimana; dalle 2 alle 6.

6. Un programma particolareggiato delle diverse materie insegnate nella scuola sarà pubblicato, ogni anno, per cura della Direzione.

Nel programma potranno essere introdotti nuovi corsi di studio o di tirocinio, richiesti dal bisogno, previa approvazione delle competenti Autorità.

7. Allo scopo d'assicurare una confezione uniforme di tutti i lavori, la Direzione fornirà a tutte le allieve indistintamente i materiali necessari (tele, stoffe ecc.) a prezzo di costo.

Se tale spesa impedisse a certe allieve di frequentare i corsi, la Direzione riceverà le domande del materiale gratuito e le trasmetterà con rapporto speciale alla Municipalità, la quale avviserà ai mezzi opportuni per venire in soccorso delle giovinette bisognose.

8. Tutti i lavori sono eseguiti in classe, e, di regola e salvo autorizzazione speciale, vi restano, fino al termine del semestre o dell'anno scolastico.

Alla chiusura d'ogni anno hanno luogo l'esame e l'esposizione pubblica dei lavori delle allieve.

9. Le allieve che hanno frequentati i tre corsi triennali completi ricevono un diploma generale, comprovante le loro attitudini e le loro cognizioni.

Esse potranno inoltre subire un esame speciale davanti ad una Commissione nominata dal Dipartimento di Pubblica Educazione a fine di ottenere il diploma di idoneità a dirigere dei Corsi professionali femminili.

Le allieve che hanno frequentati, con buon esito, uno o due gruppi speciali separatamente, ricevono un diploma speciale.

Un certificato trimestrale comprovante la condotta, il lavoro ed il profitto delle allieve è mandato ai parenti.

10. La scuola sarà provvista di una macchina da cucire, per ogni tre allieve.

11. La *Scuola Commerciale e di Ragioneria* abbraccia tre anni di studio.

Le allieve munite di licenza di *Scuola Maggiore* o del diploma dei corsi completi triennali della scuola di *Perfezionamento — Lavori femminili, Economia Domestica, Cucina ed Agraria* — vi sono ammesse senza esame.

Le altre dovranno possedere l'età minima di 15 anni e subire un esame davanti una Commissione speciale.

La tassa d'ammissione è fissata in fr. 10, da pagarsi all'atto dell'iscrizione.

Del pagamento della tassa potrà essere esonerata quella allieva che presenterà un certificato di povertà, rilasciato dalla Municipalità del Comune, a cui appartiene.

12. Le allieve del primo corso commerciale, avendo nel programma soltanto 28 ore, saranno libere di frequentare qualche corso speciale di lavori femminili.

13. Le allieve che avranno regolarmente frequentati i tre anni di studi e superato l'esame riceveranno analogo diploma.

14. La *Scuola Commerciale* dopo aver dato alle allieve una cultura commerciale teorico-pratica, la più completa possibile, continuerà ad interessarsi soprattutto delle giovani in possesso del diploma del terzo anno, per appoggiarle nella ricerca di un posto.

15. La *Scuola Professionale Femminile in Lugano* è posta sotto le vigilanza del Dipartimento della Pubblica Educazione, della Municipalità, della Commissione Scolastica e della Direzione della scuola.

Al Dipartimento medesimo saranno pure sottoposti: *a.* Ogni anno il programma ed il regolamento per l'approvazione. — *b.* I preventivi e consuntivi annuali. — *c.* Le proposte di nomina dei docenti pel relativo preavviso.

16. Direttore e professori sono nominati dalla Municipalità, per un periodo di sei anni, dopo un anno di prova pei docenti nuovi.

Sezione A. — Scuola Professionale di Perfezionamento.

Corsi dei Lavori Femminili di Economia Domestica, di Cucina e di Agraria.

PRIMO ANNO.

1. *Lingua italiana* (ore 3).

Lettura e commento letterale e grammaticale di brani scelti tra i migliori autori. — Sunto orale e scritto delle letture fatte. — Studio a memoria di buona prosa e di belle poesie, con trascrizione modificata e versione. — Componimenti di vario genere sopra soggetti semplici, ben noti alle allieve, e di pratica utilità. — Corrispondenza.

L'insegnamento della lingua deve essere strettamente collegato colle diverse materie contenute nel programma; dalle quali sarà facile ricavare molti temi di conversazione e di composizione.

2. *Aritmetica e Contabilità* (ore 3).

Ripetizione del sistema metrico. — Calcoli con procedimenti pratici, dei numeri, interi, decimali e misti. — Calcoli percentuali. — Interesse e sconto.

Contabilità personale; Contabilità domestica. — Scritture commerciali più importanti: quitanze, fatture, conto di compera, di vendita ecc.

Gli esercizi di calcolo devono tener conto dei bisogni della vita pratica.

3. *Francese o Tedesco* (ore 3). — (La scelta è facoltativa per le allieve.)

Esercizi di conversazioni, servendosi di oggetti e di quadri. — Studio delle parti e delle regole grammaticali più comuni. — Composizione di frasi semplici. — Letture.

L'insegnamento è soprattutto pratico; esso si limita alle nozioni grammaticali indispensabili ed ha uno speciale riguardo alle espressioni ed alle forme di uso quotidiano.

4. *Disegno* (ore 3).

Vedasi il programma alla Sezione C, il quale sarà naturalmente ridotto ed adattato per questa classe elementare.

5. *Ginnastica* (ore 2).

Esercizi d'ordine. — Esercizi preliminari. — Esercizi agli attrezzi. — Giuochi ecc.

6. *Economia domestica ed igiene* (ore 1).

1. *Istruzione morale*: doveri della giovinetta nella famiglia, nella scuola e nella società. Qualità di una buona donna di casa.

Dovere di educazione e di istruzione. Abitudine di ordine, di nettezza e di proprietà. Previdenza ed economia. Attività e vigilanza. Piccole virtù domestiche e civili. Affabilità di carattere, uguaglianza di umore, correttezza di contegno ecc.

La vita di famiglia nelle sue varie manifestazioni. Impiego del tempo. Distribuzione delle occupazioni. Amministrazione del denaro. Contabilità domestica.

La casa come fattore di benessere fisico, intellettuale e morale. Influenza esercitata dalla donna sull'educazione, sull'intelligenza e sulla salute della sua famiglia. Valore morale del consiglio e dello esempio.

La famiglia base delle società. Rapporti di benessere e di incivilimento tra la società e la famiglia. Iniziativa della donna pel bene pubblico. Missione educatrice della donna nella società.

2. *Aria*. — Composizione dell' aria: Azoto, ossigeno, ecc. Altitudine, pressione, temperatura, calore, umidità. Movimenti dell' aria. Pioggia, neve.

Impurità dell' aria: Miasmi, polviscolo, microbi, ecc.

Aria e clima in rapporto alla salute dell' uomo.

3. *Acqua*. — Importanza dell' acqua. Composizione chimica. Acque potabili e acque inquinate. Acqua di pioggia, di sorgente e di pozzo. Acque dure. Acque distillate. Acque salate e acque minerali. Purificazione dell' acqua. Filtrazione ed ebollizione. L'acqua agente principale di proprietà e di nettezza. Influenza dell' acqua sulla salute della persona.

4. *Alimentazione*. — La scienza a base dell' alimentazione. Bisogno dell' alimentazione. Composizione dei diversi alimenti. Scelta e preparazione delle sostanze alimentari. Alimentazione razionale. Regime di alimentazione mista.

Classificazione degli alimenti.

Albuminoidi: Latte, formaggio, cereali e farine, carne, legumi ecc.

Importanza degli albuminoidi nell' alimentazione dell' uomo.

Idro-carbonati: Grassi, olii, burro, sostanze amidacee e feculenti ecc.

Sostanze nervose: Vino, birra, liquori, alcool, caffè ecc.

Danni derivanti dal loro abuso.

Studio particolareggiato dei diversi alimenti in rapporto alla nutrizione, alla salute ed alle malattie che possono cagionare all' organismo dell' uomo.

Alterazione e conservazione delle sostanze alimentari.

Alterazione delle sostanze organiche: Fermentazione, decomposizione.

Processi diversi di conservazione: Esclusione dell' aria (Metodo Appert). Applicazione del freddo e del calore (frigoriferi, ghiaccio, ebollizione, condensazione, ecc.). Essiccazione e sterilizzazione. Sostanze antisettiche e antifermentative: Aceto, sale, fumo ecc.

Falsificazione delle principali sostanze alimentari.

Falsificazione del latte, del burro, del formaggio, delle farine, del pane, del vino, del caffè ecc.

Conseguenze dannose alla salute. Mezzi semplici per riconoscere le falsificazioni degli alimenti.

5. *Abitazione*. — Ubicazione della casa. Materiali da costruzione. Umidità. Sue conseguenze sulla salute degli abitanti. Locali che costituiscono un appartamento: Cucina, sala da pranzo, camere da letto ecc. Disposizione in ragione dell' uso che se ne deve fare. Proprietà dei singoli locali. Aereamento della casa. Volume d' aria proporzionato agli abitanti. Ventilazione ordinaria e artificiale.

6. *Riscaldamento*. — Combustibili: Legna, carbon fossile, torba ecc.

Impiego e valore calorifero dei combustibili.

Apparecchi di riscaldamento: Camini, stufe di ghisa e di terra cotta. Stufe ordinarie e a fuoco continuo. Inconvenienti della ghisa nel riscaldamento di

un ambiente. Centralizzazione del calore. Riscaldamento ad aria, ad acqua, a vapore.

Temperatura ordinaria della casa. Danni di una temperatura incostante. Uso del termometro.

7. *Illuminazione.* — Luce solare. Influenza della luce del sole sulla vita dell' uomo, degli animali e delle piante. I raggi solari agenti di purificazione dell' aria.

Illuminazione artificiale. Sostanze illuminanti.

Oli vegetali: (Lino, cotone, sesamo ecc.). Oli minerali: (Petrolio).

Cera, sego, paraffina. Illuminazione a gas, acetilene, luce elettrica.

Protezione della vista, contro l' intensità della luce artificiale.

Globi di vetro e paralumi.

8. *Arredamento.* — Disposizioni del mobiglio nei singoli locali: Cucina, sala da pranzo, camere da letto ecc.

Mobili in legno bianco e in legno verniciato. Mobili in noce, in ebano ecc. Oggetti in ferro, in rame, in alluminio, in ismalto. Vetriere, porcellane, argenteria. Cornici e quadri. Tappeti, tende, tappezzerie. Semplicità del mobiglio. Igiene e proprietà.

Disinfezione.

Processi semplici di disinfezione dell' aria, dell' acqua, degli alimenti, della biancheria, delle vestimenta e della casa in generale.

9. *Vestimenta.* — Scopo e utilità delle vestimenta. Fibre vegetali: Tessuti di cotone, di lino, di canape. Fibre animali: Tessuti di lana, di seta. Cuoio. Piuma. Gomme. Tessuti impermeabili.

Qualità delle vestimenta: Permeabilità, conducibilità e assorbimento di calore. Ampiezza delle vestimenta. Colore delle stoffe. Tintura. Forma degli abiti. Igiene.

Biancheria da letto, da tavola, da cucina.

Conservazione e smacchiatura.

Mezzi per combattere efficacemente gli agenti corrosivi delle stoffe: Umidità, polvere, muffe, insetti ecc.

Lavatura delle stoffe di cotone, di lana, di seta ecc. Bucato. Saponi. Surrogati del sapone nella biancheria.

Macchie delle stoffe: Grasso, vernice, vino, caffè, ruggine ecc.

Processi diversi usati nella smacchiatura.

10. *Igiene.* — Nozioni generali del corpo umano. Apparecchi della digestione, della circolazione e della respirazione. Sistema nervoso. Organi dei sensi. Pelle.

Igiene dei sensi e della pelle. Bagni e doccie. Igiene del fanciullo, dell' adulto, del vecchio. (Lavoro, riposo ecc.)

Cure dell' infanzia. Malattie speciali dei bambini e modo di prevenirle.

Cure degli ammalati in genere. Camera dell' ammalato. Letto, assistenza e osservazione degli ammalati. Somministrazione di cibo e medicine ecc.

Mezzi curativi più comuni. Febbre e uso del termometro. Clisteri. Bagni.

Malattie più comuni, e primi soccorsi nei casi di tosse, indigestioni, vomiti, diarrea, sangue del naso, foruncoli, svenimenti e convulsioni.

Soccorsi d' urgenza nei casi di accidenti, come avvelenamenti, asfissia, annegamento, ubbriacchezza grave ecc. Respirazione artificiale.

Ferite. Complicazione delle ferite: Emorragia infezione, cangrena ecc.

Cura delle ferite, dell' emorragia. Pulizia, fasciatura. Oggetti di medicazione.

Fratture, distorsioni, lussazioni. Provvedimenti d' urgenza in questo caso (fasciatura, trasporto ecc.).

Scottature, congelamento, morsicature di serpenti, di cani, d' insetti.

Malattie contagiose. Natura del contagio e modo con cui avviene (sputi, escrementi, prodotti di suppurazione ecc.). Provvedimenti contro le malattie contagiose. Mezzi di disinfezione.

Della Tubercolosi. Come si diventa tubercolosi. Provvedimenti contro la tubercolosi.

Alcoolismo. Bevande alcooliche. Effetti dell' alcool sopra gli organi del nostro corpo e sulla loro funzione.

Conseguenze ereditarie.

7. Agraria (1 ora).

Nozioni di morfologia e fisiologia vegetale. — Funzioni delle piante. Struttura dell' organismo vegetale. Organi principali delle piante coltivate. Nutrizione delle piante. Traspirazione e respirazione delle piante.

Moltiplicazione delle piante. — Generalità. Moltiplicazione naturale e moltiplicazione artificiale.

Terreno agrario. — Che cosa si intende per terreno agrario. Origine del terreno agrario. Strati del terreno agrario. Costituzione meccanica e composizione fisica del terreno agrario. Classificazione dei terreni. Proprietà delle varie classi di terreno. Mezzi pratici per conoscere la classe a cui un terreno appartiene. Quali sono i terreni migliori.

Lavori del terreno. — Lavori superficiali e lavori profondi. Scasso. Modi principali coi quali può essere eseguito lo scasso.

Prosciugamenti. — Come può liberarsi il terreno dalle acque superficiali. Metodi principali per liberare il terreno dalle acque interne.

Sistemazione dei terreni. — Sistemazione dei terreni in piano e in colle.

Irrigazione. — Scopi ed effetti dell' irrigazione. L'acqua per l'irrigazione. Requisiti cui deve soddisfare l'acqua per l'irrigazione. Metodi principali per effettuare l'irrigazione.

Concimi. — Concimi complessi e concimi semplici. Norme per l'acquisto e l'uso dei concimi chimici. Mescolanza e spargimento delle principali sostanze fertilizzanti.

Rotazioni agrarie. Specializzazione e consociazione delle colture.

8. Parte Pratica. — Corso elementare di Cucina (ore 6).

Minestre e zuppe: Minestre di riso con verdura o con legumi, con brodo, con latte, con farine, con orzo, con avena ecc.

Carni di vitello, di manzo, di maiale: Lesso, arrosto, ragoûts, salsicce ecc. Modo di utilizzare gli avanzi. Uova. Frittate ecc. Salse. Legumi, secondo le diverse stagioni. Dolci. Frutta. Governo e pulizia della cucina. Cura degli utensili, del mobiglio e della casa in generale. Servizio della tavola. Modo di contenersi a tavola. Il salotto da pranzo. Provviste. Prezzo di ogni pranzo, per ogni commensale, calcolato colle allieve. Menus di ogni pasto. Registro e contabilità di famiglia.

9. Lavori femminili (ore 18).

(Riepilogo del programma dell' ultima classe elementare).

a. *Teoria e disegno applicato al taglio* (ore 3). — Metodo per prendere le misure. — Disegno e taglio dei seguenti lavori di biancheria: Camicia da bambina senza gheroni. — Bavaglino. — Mutande per bambini di pochi mesi. — Corpettino dritto per bambini. — Mutande e camicia per ragazzetta. — Camicia da giorno per donna. — Mutande da donna. — Mutande da uomo. — Copribusto. — Vesticiuola per bambina. — Sottana. — Grembiale.

b. *Confezione della biancheria* (ore 10). — Confezione dei lavori sopra elencati. — Impiego della macchina da cucire.

c. *Ricamo* (ore 1). — Semplici esercizi di ricamo.

d. Rammendi e rattoppi (ore 2). — Rappezzatura e rammendi della maglia in ritto ed in rovescio — degli stretti e dei disegni diversi — rammendo sulla tela al punto di tessuto semplice — in tralice — rammendo perduto sul panno — rappezzatura della biancheria.

e. Bucato e stiratura (ore 2). — Lavatura e stiratura, senz' amido, della biancheria di cucina, da tavola; da letto; personale.

SECONDO ANNO.

1. *Lingua Italiana* (3 ore).

Continuazione ed estensione del programma del primo anno.

Lettura e commento grammaticale, sintattico e filologico di brani scelti in prosa ed in poesia.

Nozioni elementari sui principali generi di componimenti, desunte da opportuni esempi.

Brevissimi cenni biografici degli autori dei brani letti.

Composizioni come nel primo anno.

2. *Aritmetica e Contabilità* (3 ore).

Maggior sviluppo del programma del primo anno. — Sviluppo e completamento del calcolo sui numeri e frazioni decimali. Frazioni ordinarie. Numeri complessi. Rapporti. Proporzioni.

Nozioni elementari sopra il commercio e le sue principali operazioni. Principi generali sulla tenuta dei libri. Libri di commercio: Sfogliazzo, giornale, mastro, cassa ecc. Effetti commerciali.

3. *Francese o Tedesco* (3 ore). — (*Scelta facoltativa per le allieve.*)

Lecture. Esercizi di conversazione. Parti grammaticali. Composizioni. Corrispondenza.

4. *Disegno* (3 ore).

Vedasi programma speciale. *Sezione C.*

5. *Ginnastica* (2 ore).

Maggior svolgimento del programma del primo anno.

6. *Economia Domestica ed Igiene* (2 ore).

Maggior sviluppo del programma del primo anno.

7. *Agraria* (2 ore). — *Orticoltura.*

Parte generale. — Utilità dell' Orticoltura. Impianto dell' orto di famiglia. Località. Natura e disposizione del terreno. Lavorazione del terreno. Disposizione e formazione delle aiuole. Acqua per l'irrigazione. Annaffiatura. Concimi. Classificazione delle piante da orto. Concimi più indicati per le varie categorie di piante ortensi. Consociazione e avvicendamenti. Letti caldi Cassoni. Carte. Coperte economiche. Seme da semina. Principali modi di eseguire la semina. Trapianti. Impianto. Raccolta. Conservazione degli ortaggi in generale.

Parte speciale. — Coltivazione particolare delle principali piante ortensi. Piante da foglia. Piante da tuberi o da radici. Piante da semi. Piante aromatiche.

Floricoltura.

Nozioni generali di floricoltura. — Le piante in casa e l'igiene. Piante in vaso. Luce, aria, calore, acqua, terreno terricci, concimi, vasi, svasatura, rinvasatura.

Nemici delle piante coltivate in vaso. Conservazione dei fiori colti. Imballaggio e spedizione dei fiori freschi.

Coltivazione particolare delle principali piante d'ornamento.

8. *Parte Pratica. — Corso Superiore di Cucina* (ore 6).

Ripetizione del corso elementare con *menus* più svariati e più complicati. — Pesci, volatili, selvaggina.

Hors-d'œuvre ossia *piatti* caldi o freddi, preparati cogli avanzi. — Conserve: Legumi e frutta. — Torte, biscotti, pasticci, dolci ecc. — Confetture e gelati. — Ripetizione ed estensione del corso elementare circa il governo e la tenuta della cucina e della casa in generale, il servizio, le provviste, la contabilità ecc.

9. *Lavori femminili* (ore 18).

a. *Teoria e disegno applicato al taglio* (ore 2). — Studio dei modelli. Disegno sulla tavola nera e sopra carta speciale dei lavori di confezione figuranti nel programma che segue: Riproduzione del disegno su apposito album.

b. *Confezione della biancheria a mano ed a macchina* (ore 10). — Camicia da notte per donna e per uomo. Camicia da giorno per uomo. Davanti di camicia da uomo pieghettati in diritto, in traverso, in isbieco, ricamati. Colli diritti, rivoltati. Polsini. Federa e lenzuolo. Sottana col volante. Confezione di una giubba da mattina, accappatoio.

c. *Ricamo* (ore 2). — Disegno geometrico ed artistico applicato al ricamo. Studio di tutti i punti di ricamo in bianco, festoni, orli a giorno ecc. Ricamo in colore, rete, lavori rinascimento.

d. *Rammendi e rattoppi* (ore 2). — Rappezzatura della biancheria usata. Rappezzatura della flanella. Rappezzatura su stoffa a disegni. Rammendo su calze usate. Rammendo su tessuti damascati, sul tulle.

e. *Bucato e stiratura di biancheria insaldata* (ore 2). — Colletti, polsini camicie ecc.

Appendice al Programma di Cucina.

Mobilio indispensabile in una cucina scolastica (dalla „Guida ufficiale federale“).

Per una cucina economica o per un gruppo di sei allieve. — 1 armadietto per la biancheria, 1 credenza, 1 cassa per la legna, 1 cassa pel carbone, 1 piccola credenza per i coloniali, 1 secchio pel carbone, 1 secchio colla paletta, 1 pattumiera, 1 spazzola col manico, 1 scopa, 1 cesto per la legna, 1 tavolo con due cassetti, uno pel materiale necessario per scrivere e l'altro per gli avanzi della tavola, 1 banca per collocare le due tinozze che si adoperano per lavare il vasellame, 6 sgabelli di legno, 1 rastrelliera, 2 assi sopra le quali sono collocate le pentole, e sotto sono appese le padelle, i padellini, i piatti, gli asciugamani, le tinozze che servono per lavare il vasellame ecc.

Sulle pareti laterali della credenza sono fissati degli uncini in ottone, ai quali sono sospesi diversi utensili, 1 catino, 1 brocca, 2 piccoli tinelli, 2 spazzole per la pulizia del tavolo, delle banche e degli sgabelli, 2 spazzole con o senza manico per pulire i pavimenti, 2 tinozze per lavare le stoviglie, 1 grattugia per la noce moscata, 1 bossolo in legno pel sale, od in ferro smaltato, 1 scatola per gli oggetti che servono alla pulizia, 1 paleo per i coltelli, 1 pietra per pulire i coltelli, 1 brocca per l'acqua, 2 vasi di terra per l'unto, 4 pentole in ferro smaltato di differenti grandezze, 2 padelle in ferro fuso, 2 padelle per friggere, 1 casseruola in ottone, 1 pentolone in ferro fuso, 4 coperchi assortiti, 1 piatto concavo di ferro smaltato per preparare o servire i cibi, dei tondi di ferro smaltato per lo stesso uso, 1 mortaio, 2 misure in ferro fuso, di $\frac{1}{2}$ e di $\frac{1}{4}$ di litro, 1 grattugia di ferro, 1 colatoio di ferro, 1 mazzapicchio di legno per battere la carne, 1 materello (rullo) e 1 asse per la pasta, 1 sbatti-uovo, 1 macinino da caffè, 1 asse per tagliare, 2 cucchiaini di legno acuminati, 2 cucchiaini di legno rotondi, 2 coltelli di cucina, 2 coltelli ordinari di cucina, 2 cucchiaini di ferro, 1 coltello per tritare o mezzaluna, 2 bicchieri.

Per il servizio generale.

1 scure, 1 tavolo per riporre gli oggetti, 1 bilancia, 1 secchio, 2 tinozze un po' grandi, 1 caldaia, 1 secchio per attingere acqua, 3 tavoli per stirare, 6 ferri

da stirare coi loro sostegni in filo di ferro, 1 cesto per riporre la biancheria lavata; delle pinzette per fermare la biancheria sciorinata, 1 corda, 1 lavagna, 1 scala doppia, o 1 sedia fatta a scala, 1 canestro di mercato, 1 rete per le compere.

Biancheria.

12 asciugamani, 12 tovagliuoli, 6 tovagliuoli pei bicchieri, 6 strofinacci per la polvere, 6 piccoli strofinacci per lavare il vasellame, 6 piccoli strofinacci preparati per prendere le pentole, 12 grembiali di cucina, 6 strofinacci per lucidare i vasi, 3 strofinacci per lavare e 3 per asciugare i tavoli e gli assi, 3 coperte per stirare, 6 strofinacci per lavare le finestre.

B. Oggetti utili a provvedere, se possibile.

Per ogni allieva. — 1 canestro rotondo foderato internamente di tela cerata per raccogliere gli avanzi dei legumi, la buccia delle patate ecc., 1 piatto rotondo per la pasta, 1 piatto di ferro smaltato, 1 casseruola profonda di ferro fuso.

Per tutte le allieve. — 1 staccio a forma d'imbuto, 1 staccio di ferro, 1 staccio di crine, 2 forme, 1 mortaio o macinino per le mandorle, 1 macchina per tritare la carne, 1 sbuccia frutta, 1 schiaccia limone, 1 macinino pel pepe, delle scatole di ferro bianco per le droghe, 1 termometro, 1 scatola pei medicinali.

C. Servizio da tavola e vasellame.

2 dozzine di cucchiaini grandi, 2 dozzine di cucchiaini da caffè, 2 dozzine di forchette, 2 dozzine di coltelli da tavola, 2 dozzine di tondi fondi, 2 dozzine di tondi piani, 3 dozzine di tondi per la frutta, 3 piatti piccoli e 3 grandi rotondi concavi, 6 tondi ovali, 3 insalatiere di differente grandezza, 2 dozzine di bicchieri, 1 boccia, 2 saliere, 1 caffettiera, 2 vasi pel latte, 1¹/₂ dozzina di tazze da caffè coi relativi piattelli e sottocoppe.

TERZO ANNO.

1. Lingua italiana (ore 3).

Lettura di brani aventi attinenza colle scienze naturali, colle arti, colle industrie, coi viaggi, coi commerci ecc. ed in generale con tutte le materie di insegnamento.

Esercizi grammaticali: Commento letterario: Partizione del tema, stile ecc. Corrispondenza e composizioni come negli anni precedenti.

2. Aritmetica e contabilità (ore 3).

Ripetizione del sistema metrico, delle frazioni ordinarie e dei numeri complessi. Regola del tre semplice e composta. Interessi e sconti. Ripartizioni. Regole di società.

Ripetizione del programma del secondo anno. Libretti di Cassa di Risparmio. Mandati e chèques. Esercizi pratici di registrazione a partita semplice.

3. Francese o tedesco (ore 3). — (Libera scelta da parte delle allieve.)

Continuazione ed estensione del programma del secondo anno.

4. Disegno (ore 3).

Programma speciale, Sezione C.

5. Lavori femminili (ore 28).

a. Taglio e confezione: Cucitura a mano ed a macchina. — *Modelli come negli anni precedenti* (ore 18). — Diverse varietà di grembiali per fanciulle. Vesticciuole di ragazzette. Camicie d'uomo sopra misura e sopra modello. Diverse forme di camicie da notte per donna. Sottane bianche. Abito da camera. *Matinée* bianco. Diverse forme di corpetti. Biancheria di casa. Articoli

per corredo. Riparazione e trasformazione degli abiti. Abito semplice per donna.

b. *Ricamo* (ore 3). — Ricami ai lavori qui sopra indicati nel programma di confezione.

c. *Rammendi e rattoppi* (ore 4). — Rammendi su tovaglie, serviette, biancheria usata. Aggiustare camicie d'uomo.

Ripetizione di tutti i rammendi insegnati nei due primi anni.

d. *Bucato e stiratura di biancheria insaldata* (ore 3). — Ripetizione ed estensione del programma degli anni precedenti.

Corsi speciali ridotti ad una o due mezze giornate.

Elementi di biancheria a mano ed a macchina. Rammendi. Confezione di un corpo e di una sottana ecc.

Orario Settimanale.

Pei corsi completi	1°	2°	3°	Osservazioni
<i>a. Coltura Generale:</i>				
1. Lingua Italiana	3	3	3	} Orario per le allieve che frequentano i tre corsi completi di coltura generale, dei lavori fem- minili, di economia do- mestica e di agraria.
2. Aritmetica e Contabilità	3	3	3	
3. Francese o Tedesco	3	3	3	
4. Disegno	3	3	3	
5. Ginnastica	2	2	—	
6. Economia Domestica	1	1	—	
7. Agraria	1	1	—	
<i>b. Corsi Professionali:</i>				
Corso Elem. di Cucina	6	—	—	}
Corso Sup. di Cucina	—	6	—	
Lavori Femminili	18	18	28	
Totale	40	40	40	

Corsi Parziali: 1° Gruppo:

<i>a. Coltura generale:</i>				
1. Lingua Italiana	3	3	3	} Orario per le allieve che frequentano i due corsi di coltura generale, dei lavori femminili e di agraria.
2. Aritmetica e Contabilità	3	3	3	
3. Francese o Tedesco	3	3	3	
4. Disegno	3	3	3	
5. Ginnastica	2	2	—	
6. Economia Domestica	2	2	—	
7. Agraria	2	2	—	
<i>b. Corso Professionale:</i>				
Lavori Femminili	18	18	28	}
Totale	26	26	40	

2° Gruppo.

<i>a. Coltura Generale:</i>				
1. Lingua Italiana	3	3	—	} Orario per le allieve che frequentano i due corsi, di coltura generale di economia domestica e di cucina.
2. Aritmetica e Contabilità	3	3	—	
3. Francese o Tedesco	3	3	—	
4. Disegno	3	3	—	
5. Ginnastica	2	2	—	
6. Economia Domestica	2	2	—	
<i>b. Corso professionale:</i>				
Corso pratico di Cucina	6	6	—	
Totale	22	22	—	

Sezione B. — Scuola Commerciale e di Ragioneria.

PRIMO ANNO.

1. *Lingua Italiana* (4 ore).

Lettura, commento grammaticale e letterario di brani scelti dai migliori autori.

Riassunto delle regole grammaticali precedentemente studiate e nozioni semplici sui principali generi di componimento, servendosi di appropriati esempî.

Composizioni in prosa e di versione dalla poesia in prosa. — Esercizi orali e scritti sopra argomenti aventi relazione coll'industria e col commercio. — Lettere commerciali sopra temi facili.

2. *Lingua Francese* (3 ore).

Ricapitolazione di quanto si è studiato nella scuola primaria superiore o nella *Sezione A.* della scuola professionale.

Lecture con esercizi orali e scritti di grammatica e di elocuzione. — Studio completo dei verbi irregolari; — participio presente e passato.

Convenienti esercizi graduati di dettatura, traduzione, composizione e studio a memoria di brani scelti. — Lettere famigliari e commerciali.

3. *Lingua Tedesca* (3 ore).

Insegnamento intuitivo: Studio sommario dei quadri: Autunno ed Inverno — Studio particolareggiato del mobiglio e del materiale scolastico e dei quadri — la Primavera e l'Estate. — Esercizi scritti. — Riproduzione di brani letti e spiegati. — Facili descrizioni desunte dai quadri. — Poesiette e canti popolari.

4. *Disegno* (2 ore).

Veggasi il programma alla *Sezione C.*

5. *Storia e Civica* (2 ore).

Ripetizione, con maggior sviluppo, della storia Svizzera studiata nella scuola primaria superiore. — I grandi periodi della Storia Universale.

Riassunto della Civica studiata nella scuola maggiore. — Diritti costituzionali del cittadino ticinese e svizzero. Autorità e poteri comunali — cantonali e federali. — Imposte e dazi. — Rapporti, nell'ordine economico, tra il Cantone e la Confederazione.

6. *Geografia Commerciale* (2 ore).

Nozioni sopra la lettura delle Carte geografiche. — Geographia economica del Ticino, della Svizzera e dell'Italia. — Condizioni fisiche, produzione, industria. — Vie di comunicazione. — Importazione ed esportazione.

7. *Aritmetica e Contabilità* (6 ore).

Ripetizione del sistema metrico. — Calcoli percentuali. — Regola del 3 semplice e composta. — Interesse. — Sconto. — Regola di ripartizione e regola di Società.

Commercio ed atti di commercio. Scritture commerciali: fatture, quittance, note di pagamento, lettere di credito ecc. — Effetti commerciali: cambiale, girata ecc. — Libretti di Cassa di Risparmio. — Mandati e chèques.

Esercizi pratici di registrazione a partita semplice di un'azienda mercantile e di un'azienda domestica.

8. *Calligrafia* (2 ore).

Corsivo, rotondo e gotico. — Cifre. — Titoli di contabilità. — Indirizzi per le spedizioni. — Intestazioni di conti ecc.

9. *Scienze Naturali* (2 ore).

Generalità. — Ripetizione delle nozioni di mineralogia, di botanica e di zoologia. — Nozioni generali di fisica. — Principali proprietà fisiche dei corpi. — Studio elementare dell'acustica, dell'ottica, del calore e dell'elettricità.

10. *Stenografia e Dattilografia* (2 ore).

Stenografia commerciale ed uso della macchina da scrivere.

SECONDO ANNO.

1. *Lingua Italiana* (3 ore).

Lecture, commenti e studio a memoria come nell'anno precedente.

Lecture, spiegazioni e sunti intorno a soggetti aventi relazioni col commercio e coll'industria. — Regole principali intorno ai diversi generi di componimenti; elocuzione e stile, servendosi sempre di esempi tolti dai migliori autori. — Cenni biografici degli autori studiati. — Riassunti orali e scritti di qualche capolavoro della nostra letteratura. — Esercizi a memoria. — Continuazione della corrispondenza commerciale. — Redazione di alcuni contratti civili di compera, di locazione ecc.

2. *Lingua Francese* (3 ore).

Riepilogo generale, con maggior sviluppo delle regole di sintassi di tutte le parti del discorso. — Conversazione sulle cose usuali della vita. — Studio a memoria di buoni brani. — Esercizi orali e scritti. Lettere famigliari e commerciali.

3. *Lingua Tedesca* (3 ore).

a. *Insegnamento intuitivo*: Corpo umano, sensi, abiti, alimenti. — Esercizi di conversazione sopra argomenti diversi e pratici, aventi relazione soprattutto col commercio.

b. *Lecture di brani scelti*: Riproduzione orale e scritta di brani letti e spiegati, di aneddoti, di racconti ecc. — Esercizi di traduzione dall'italiano in tedesco ecc. e viceversa. — Studio a memoria di brani in prosa ed in poesia. — Facili composizioni: letterine famigliari e commerciali.

c. *Insegnamento grammaticale*: Ripetizione delle principali regole grammaticali. — Verbi pronominali; verbi irregolari; — costruzione delle frasi.

(Lezioni date preferibilmente in tedesco.)

4. *Lingua Inglese* (3 ore).

Insegnamento intuitivo della lingua col metodo materno, diretto. Argomenti: La scuola. — Le lezioni e l'orario. — Il tempo. — La famiglia. — La città. — La campagna ed il villaggio. — Il cielo. — Libri e quaderni. — Monete e misure principali. — Oggetti comuni.

Esercizi orali e scritti. — Fraseologia. — Dialoghi e composizioni facili sopra gli argomenti trattati a voce. — Elementi grammaticali relativi ai brani studiati. — Studio dei principali verbi irregolari.

5. *Disegno* (2 ore).

Programma speciale — *Sezione C*.

6. *Storia e Civica* (2 ore).

Maggior sviluppo del programma dell'anno precedente. — L'antichità. — Il Medio Evo. — La Rinascenza. — Epoca moderna in relazione all'industria ed al commercio.

Commento della costituzione cantonale e federale.

7. *Geografia Commerciale* (2 ore).

Geografia economica degli Stati d'Europa non trattati nell'anno precedente, e dell'America. — Condizioni fisiche dei diversi Stati; produzioni, industria e commercio. — Vie di comunicazione. — Scambi di prodotti. — Itinerari di viaggi simulati.

8. *Aritmetica e Contabilità* (6 ore).

Teoria delle proporzioni. — Calcoli d'interesse semplice e sconto: metodi abbreviativi per i calcoli stessi. — Conti correnti ad interesse, a metodo diretto,

indiretto, scalare, olandese, americano. Riparti proporzionali e regola di società. — Ragguagli di tempo e di tassa; scadenze medie; dilazione di residui. — Miscuglio.

Regola congiunta o catenaria. — Calcoli sulle misure e monete estere e loro conversione in misure e monete nazionali. — Arbitraggi mercantili. — Cambio. — Parità delle monete.

Nozioni sui cambi e sui fondi pubblici. — Registrazione a partita doppia di una azienda commerciale e di una azienda industriale. — Dell'azienda di una società in nome collettivo, di una società anonima, di una società in partecipazione, di una società cooperativa, di un commissionario, di un banchiere ecc. — Esercizi di registrazione a Giornale-Mastro ed a sistema americano. — Varii sistemi di apertura e chiusura dei libri in partita doppia. — Varie forme di Bilanci di verifica e di chiusura. — Registrazione di un Comune (Preventivo — Esercizio — Consuntivo). — Corrispondenza in italiano e nelle lingue straniere.

9. *Stenografia e Dattilografia* (2 ore).

Continuazione del programma dell'anno precedente. — Macchine da scrivere.

10. *Chimica* (2 ore).

Elementi di chimica inorganica. — Studio delle falsificazioni. Esercizi pratici nel laboratorio.

11. *Merceologia* (3 ore).

Nozioni generali sulle materie prime. — Materie tessili. — Caratteri generali, composizione chimica, esame comparativo delle diverse fibre. — Lana, industria della lana. — La seta: Industria della seta. — Il cotone: Industria del cotone. — La canapa ed il lino: Industria della canapa e del lino. — Industria della carta.

Materie coloranti impiegate nelle industrie tessili e nelle altre industrie. — Combustibili naturali ed artificiali. — Metalli preziosi e metalli comuni. — Minerali: Estrazione, metallurgia e principali leghe impiegate nell'industria. — Pietre preziose.

12. *Elementi di Diritto Commerciale* (1 ora).

Nozioni generali sopra le costumanze, il diritto e la legislazione in vigore nella Svizzera. — Elementi del diritto civile: Nazionalità, Stato civile, domicilio, assenza, minorità e maggioranza. — Capacità civile: Tutela, adozione, matrimonio, situazione giuridica della donna. — Successioni, donazioni e testamenti. — Divisione dei beni, proprietà e diritti reali.

TERZO ANNO.

1. *Lingua Italiana* (ore 3).

Lecture, commenti e studio a memoria, come negli anni precedenti.

Precetti di bello scrivere desumendoli dalle lecture di buoni autori, in prosa ed in poesia. — Breve studio della storia della letteratura italiana nei vari secoli. — Esercizi di composizione. — Contratti di pigione, relazioni. — Testamenti ecc.

2. *Lingua Francese* (ore 3).

Lettura ed applicazione delle regole della sintassi di tutte le parti del discorso. — Nozioni elementari sopra i diversi generi di componimento, desunte da opportuni esempi. — Studio a memoria di brani classici. — Cenni biografici sui principali autori e breve sunto della storia della letteratura francese.

Studio completo della corrispondenza commerciale in francese, con numerosi esercizi pratici.

3. *Lingua Tedesca* (ore 3).

Esercizi di lettura e di conversazione sopra argomenti relativi all'industria, al commercio ed ai viaggi.

Esercizi di traduzione dell'italiano in tedesco e viceversa.

Riproduzione orale e scritta dei brani letti, spiegati e raccontati dal maestro.
— Studio a memoria di brani scelti. — Composizione e lettere famigliari. —
Corrispondenza commerciale.

Studio dei verbi attivi e neutri, composti, separabili ed inseparabili, impersonali. — Studio della sintassi.

4. *Lingua Inglese* (ore 3).

Le diverse parti del discorso. — Voci e frasi. — Locuzioni più usitate nella conversazione. — Conversazioni tra mercanti e clienti. — Lettere famigliari e lettere commerciali.

5. *Storia e Geografia Commerciale* (ore 2).

Brevissime nozioni sull' antichità. — Rapida rivista del medio-evo fino alle grandi scoperte. — Epoche italiana, portoghese e spagnuola. — Grandi Compagnie. — Secoli XVIII e XIX. — Storia dell' industria.

Geografia economica dei principali Stati dell' Asia, dell' Africa e dell' Oceania. — Grandi vie postali e telegrafiche. Tariffe per trasporti delle merci sulle ferrovie svizzere ed italiane. — Dogane e consolati.

6. *Aritmetica* (ore 3).

Elementi di algebra (riduzione dei numeri positivi e negativi e dei termini simili; le quattro operazioni sulle quantità letterali; equazioni di primo grado). Progressioni e logaritmi. — Calcoli d' interesse composto, annualità, ammortamento. — Prestiti a premi. — Calcoli relativi ai principali casi di assicurazione sulla vita dell' uomo.

Operazioni sui valori mobiliari. — Conti simulati.

7. *Contabilità e Banco modello* (ore 4).

Registrazione a partita doppia ordinaria, a metodo americano ed a sistema logismografico delle società anonime, — delle Banche di sconto, deposito ed emissione, delle aziende di trasporto, delle Società d'assicurazioni ecc.

Corrispondenza Commerciale: a. Pagamento e lettera d' investitura, di denaro e di rimesse. — b. Accusa di rimesse, d' invio di denaro ecc. — c. Ricerca di denaro e di rimesse. — d. Lettere per rianimare le illanguidite corrispondenze, doglianze, reclami e rimproveri. — e. Scuse e giustificazioni. — f. Lettere di credito semplici, circolari, con raccomandazioni. — g. Lettere relativi a conti correnti ed ai conti di rettificazione. — h. Rapporti di revisione. — i. Ringraziamenti ed espressioni di riconoscenza.

Istituzione di una Casa di commercio. — Operazioni simulate. — Tenuta dei Registri. — Chiusura dell' esercizio. — Liquidazioni. — Calcoli. — Documenti mercantili ecc.

8. *Stenografia e Dattilografia* (ore 2).

Continuazione ed estensione degli esercizi degli anni precedenti.

9. *Merceologia* (ore 3).

Cereali. Coloniali. Zuccheri. Bevande fermentate: Birra, vino, sidro ecc. Alcools. Latte e derivati: burro, formaggio ecc. Carni. Uova. Conserve alimentari. Olii. Petrolio. Materie concianti e pelli conciate ecc. ecc.

Presso la scuola vi sarà una collezione di campioni, che il professore avrà cura di mostrare alle allieve durante le lezioni. Lavori speciali di analisi saranno fatti a complemento di questo ramo di istruzione.

10. *Elementi di diritto commerciale* (ore 2).

Obbligazioni. Contratti principali. Società. Effetti commerciali. Esposizione del codice federale delle obbligazioni e della legislazione delle esecuzioni e fallimenti. Leggi e regolamenti doganali; trattati di commercio e loro applicazione. Registro di commercio. Marche di fabbrica. Brevetti di invenzione.

11. *Calligrafia* (1 ora).

Formulari e documenti commerciali. Disposizione di titoli di indirizzi ecc.

12. *Disegno* (1 ora).

Programma speciale, *Sezione C.*

		Orario Settimanale.			Osservazioni
Pei Corsi		1 ^o	2 ^o	3 ^o	
Materia d'insegnamento					
Lingua Italiana	4	3	3	Le allieve del primo anno commerciale potranno frequentare un corso di lavori donneschi.
" Francese	3	3	3	
" Tedesca	3	3	3	
" Inglese	—	3	3	
Disegno	2	2	1	
Storia e Civica	2	2)	2	
Geografia Commerciale	2	2)	2	
Aritmetica e Contabilità e Banco				
Modello	6	6	7	
Calligrafia	2	—	1	
Scienze Naturali, Fisica, Chimica	2	2	—	
Stenografia e Dattilografia	2	2	2	
Merceologia	—	3	3	
Elementi di Diritto Commerciale	—	1	2	
		28	32	30	

Sezione C. — Belle arti.***Disegno Professionale e Musica.****a. Disegno Professionale. — Corso Primo* (ore 9 per settimana).

Disegno geometrico a mano libera e con istrumenti di precisione. Costruzione in cartone dei principali corpi solidi geometrici. Loro definizioni, proprietà e misurazioni. Studio della loro posizione orizzontale e verticale con rilievi geometrici. Applicazione di questo studio alla rappresentazione grafica di qualche oggetto d'uso domestico. Disegno geometrico applicato al ricamo. Teoria e disegno applicato al taglio di abiti.

Ornamentazione. Copia di foglie naturali appianate ed inserite in figure geometriche. Combinazioni di foglie naturali appianate e di figure geometriche ornamentali. Esercizi in disegno ed a colori. Semplici composizioni decorative con applicazioni per mode e recami, in colore su panno, seta, velluto.

Corso Secondo (ore 6 per settimana).

Ornamentazione. — Studi dal vero di elementi naturali (foglie, piante, fiori, farfalle, conchiglie, coleotteri ecc.).

Esercizi in disegno ed in pittura.

Composizioni decorative con applicazioni in pirografia sul legno, sul cuoio.
— Pittura sulla ceramica, sul vetro, sulla seta, sulle stoffe.

Confezione di fiori artificiali.

Paesaggio. — Studi di paesaggio in disegno ed in pittura dai modelli e dal vero.

Figura. — Preparazione allo studio della figura. — Anatomia artistica.

Storia dell' arte. — Studio dei vari stili. — *Arredamento di un appartamento.*

Corso Unico. — b. Musica (ore 10 per settimana).

Teoria — solfeggio — canto corale — canto individuale.

54. 27. Règlement organique du Collège de Genève. (Approuvé par arrêtés du Conseil d'Etat du 1^{er} octobre 1901 et du 7 juin 1907.)

Chapitre premier. — Organisation du Collège.

Art. 1^{er}. Le Collège comprend une Division inférieure et une Division supérieure ou Gymnase. (Loi, art. 95.¹)

Art. 2. La Division inférieure du Collège comprend trois années d'études. (Loi, art. 97.)

Art. 3. Dans la Division inférieure du Collège, l'enseignement porte sur les branches suivantes: français, latin, allemand, géographie, histoire, notions constitutionnelles; arithmétique et notions élémentaires de géométrie, premiers éléments des sciences physiques et naturelles, dessin, calligraphie, chant et gymnastique. (Loi, art. 98 et 21.)

Art. 4. La Division supérieure du Collège comprend quatre années d'études.

Elle est subdivisée en quatre sections: une Section classique, une Section réelle, une Section pédagogique et une Section technique. (Loi, art. 99.)

Art. 5. Dans la Section classique, l'enseignement porte sur les branches suivantes: la langue et la littérature françaises, la langue et la littérature latines, la langue et la littérature grecques, la langue et la littérature allemandes, l'histoire, la géographie et la cosmographie, les mathématiques, les sciences physiques et naturelles, les éléments de la logique et de la psychologie, le dessin et la gymnastique.

Dans la Section réelle, l'enseignement porte sur les branches suivantes: la langue et la littérature françaises, la langue et la littérature allemandes, le latin, l'anglais, l'histoire, la géographie et la cosmographie, les mathématiques, les sciences physiques et naturelles, des notions de droit usuel, le dessin, la comptabilité et la gymnastique. Exceptionnellement, le Département de l'Instruction publique peut dispenser de l'étude du latin. Dans les deux classes supérieures, l'anglais peut être remplacé par l'italien.

Dans la Section pédagogique, l'enseignement porte sur les branches suivantes: la langue et la littérature françaises, la langue et la littérature allemandes, l'histoire, la géographie et la cosmographie, les mathématiques, les sciences physiques et naturelles, des notions de droit usuel et d'instruction civique, la comptabilité, le dessin, la calligraphie, la musique, la pédagogie, la gymnastique, l'hygiène et les cours normaux.

Dans la Section technique, l'enseignement porte sur les branches suivantes: la langue et la littérature françaises, la langue et la littérature allemandes, l'anglais, l'histoire, la géographie et la cosmographie, les sciences physiques et naturelles, les mathématiques générales et les mathématiques spéciales, la géométrie descriptive, le dessin technique, le dessin à main levée et la gymnastique.

Art. 6. Dans la règle, le nombre des élèves d'une classe ne doit pas dépasser d'une manière permanente le chiffre de 50. (Loi, art. 122.)

Art. 7. Au début de l'année scolaire, les élèves qui entrent dans une classe autre que la classe inférieure sont répartis selon les moyennes de l'année précédente en autant de groupes de même force qu'il doit y avoir de divisions parallèles.

La répartition des élèves de la classe inférieure en divisions parallèles s'établit dans la règle le second jour, d'après le même principe et sur la base des chiffres fournis par une épreuve de français et une épreuve d'arithmétique.

En aucun cas, les maîtres ne sont autorisés, sauf avis de la direction, à recevoir un élève qui ne s'est pas présenté dans sa classe au jour fixé pour la rentrée.

¹) Les articles cités sont ceux de la Loi sur l'instruction publique du 5 juin 1886.

Chapitre II. — Durée du travail scolaire.

Art. 8. L'année scolaire est de 40 à 42 semaines, à raison de 25 à 37 heures par semaine. (Loi, art. 104.)

Art. 9. Elle est partagée en deux semestres: le premier commençant en septembre et le second le premier lundi de février.

Art. 10. L'horaire d'été entre en vigueur le premier lundi d'avril et l'horaire d'hiver le premier lundi d'octobre.

Art. 11. En règle générale, les leçons commencent le matin à 7 h. 15 dans l'horaire d'été et à 8 h. 15, dans l'horaire d'hiver; elles reprennent l'après-midi à 1 h. 30 pendant toute l'année. Il n'y a pas de leçon le jeudi en été, ni l'après-midi de ce jour en hiver.

Pendant les mois de décembre et de janvier, l'entrée en classe est, le matin, retardée d'un quart d'heure et la première récréation est supprimée.

Art. 12. Un intervalle sépare toutes les leçons de la matinée et les leçons de l'après-midi, à partir de 3 heures; cet intervalle est de 15 minutes après la seconde heure de classe, de 7 minutes à 11 heures et de 10 minutes aux autres heures.

Art. 13. La date et la durée des vacances sont fixées comme suit: 1^o Les vacances d'été qui durent huit semaines à partir de la distribution des certificats; 2^o les vacances de Nouvel-An, du 24 décembre au 3 janvier inclusivement; 3^o les vacances de Pâques, comprenant la semaine qui précède Pâques, et la semaine suivante jusqu'au jeudi inclusivement.

Il est, en outre, accordé deux jours de vacances après les examens de janvier.

Chapitre III. — Direction et Administration du Collège.

Art. 14. La direction des deux divisions du Collège est confiée à un directeur qui ne fait pas partie du corps enseignant. Exceptionnellement, le Département peut le charger de l'enseignement d'une branche spéciale.

Chaque section est confiée, sous l'autorité du directeur, à la surveillance disciplinaire d'un doyen.

Le directeur et les doyens forment le Conseil du Collège. (Loi, art. 105.)

Art. 15. Le directeur du Collège inspecte les classes et veille notamment:

1^o à ce que les dispositions du règlement tant organique que disciplinaire soient strictement observées;

2^o à ce que l'enseignement soit donné aux heures fixées par l'horaire et conformément au programme adopté par le Département ainsi qu'aux instructions qui peuvent y être annexées.

A la fin de chaque semestre, il adresse au Comité du fonds de bourses des notes ou un rapport sur le travail et la conduite de chacun des boursiers du Collège.

Art. 16. Le Conseil du Collège examine les questions qui se rattachent aux intérêts généraux du Collège. En particulier, il étudie, sur l'initiative du directeur ou d'un doyen, tout ce qui concerne les horaires, les programmes et les manuels. Ses propositions peuvent être ensuite soumises au corps enseignant réuni en conférence.

Les cas d'indiscipline d'une certaine gravité peuvent être déférés au Conseil par le directeur. Le maître qui a porté plainte a le droit d'être entendu par le Conseil.

Le Conseil a l'administration de la bibliothèque.

Art. 17. Le Conseil est un corps purement consultatif. Aucune demande ou réclamation ne peut lui être adressée ni par les parents, ni par les élèves.

Chapitre IV. — Personnel enseignant.

Art. 18. Chaque classe du Collège est dirigée par un maître ordinaire qui est chargé d'une partie de l'enseignement. Certaines branches peuvent être confiées à des maîtres spéciaux. (Loi, art. 106.)

Art. 19. Lorsqu'un fonctionnaire est empêché de donner son enseignement, le Département pourvoit à son remplacement.

Les frais de ce remplacement sont, dans la règle, à la charge du fonctionnaire. (Loi, art. 19.)

Art. 20. Les frais de remplacement des fonctionnaires de l'instruction publique sont à la charge de l'Etat :

a. si le fonctionnaire est empêché par un service public obligatoire ;

b. s'il est chargé d'une mission par le Département ou par le Conseil d'Etat.

Art. 21. Dans le cas d'une maladie dûment constatée ou d'un autre cas de force majeure reconnu tel par le Département, celui-ci, sur la demande du fonctionnaire, peut accorder jusqu'à trois mois de remplacement, aux frais de l'Etat, en tout ou en partie.

Art. 22. Lorsqu'une maladie dure plus de trois mois, le Conseil d'Etat, sur la demande directe faite par le fonctionnaire ou en son nom, peut prolonger le remplacement aux frais de l'Etat en tout ou en partie.

Dans ce cas, la finance scolaire des externes revient intégralement à l'Etat.

Art. 23. Si le fonctionnaire absent n'avise pas immédiatement le directeur et s'il ne fait pas constater l'indisposition qui l'oblige d'interrompre son enseignement, une somme proportionnelle aux heures d'absence est déduite de son traitement.

Art. 24. L'usage des locaux du Collège est exclusivement réservé à l'enseignement ordinaire obligatoire et facultatif, sauf autorisation du Conseil d'Etat dans des cas spéciaux.

Art. 25. Les fonctionnaires du Collège sont réunis périodiquement en conférences sous la présidence du directeur. Leur présence est obligatoire. (Loi, art. 127.)

En outre, la conférence est convoquée par le directeur quand il le juge à propos ou quand dix maîtres au moins en font la demande.

Le maître le plus récemment nommé est chargé des fonctions de secrétaire. Si plusieurs maîtres ont été nommés en même temps, ces fonctions sont dévolues au plus jeune d'entre eux.

L'ordre du jour de chaque séance doit être indiqué sur la carte de convocation.

Art. 26. Les maîtres réunis en conférence discutent les questions qui leur sont soumises par le Département, par le directeur ou par l'un d'entre eux.

Ils formulent un préavis sur les programmes, les manuels et les règlements d'ordre intérieur.

Ils prennent les décisions concernant les admissions à la suite d'examens, ainsi que la promotion des élèves.

Le directeur peut, s'il le juge convenable, soumettre ces décisions à l'approbation du Département de l'Instruction publique. Il transmet au Département une copie du procès-verbal de chaque séance.

Chapitre V. — Surveillance de la discipline. — Compétence disciplinaire des maîtres, des doyens et du directeur du Collège.

Art. 27. Les maîtres doivent consigner dans les registres disposés à cet effet tous les renseignements nécessaires sur la régularité, le travail et la conduite des élèves.

Art. 28. Si un élève est absent depuis deux jours sans que le maître ordinaire ait été informé des motifs de cette absence, celui-ci doit immédiatement aviser les parents ou leurs fondés de pouvoir.

Art. 29. Chaque maître spécial est chargé de la discipline intérieure de ses leçons. Il a le droit de renvoyer un élève pour la durée d'une leçon. Il avise du renvoi le maître ordinaire et le doyen.

Art. 30. Chacun des maîtres ordinaires est chargé de la discipline intérieure de la classe qui lui est confiée. Il examine les cas qui lui sont soumis par les maîtres spéciaux et peut prononcer le renvoi d'un jour.

Le maître est responsable de l'ordre dans sa classe; il veille à l'aération régulière du local et le ferme lui-même, après sa leçon, s'il y a interruption dans l'enseignement.

Art. 31. Chaque maître de classe doit tenir en tout temps à la disposition du doyen de sa section les registres ou documents permettant à celui-ci de s'enquérir de la discipline de la classe.

Art. 32. En ce qui concerne la discipline extérieure, l'autorité des maîtres s'exerce indistinctement sur tous les élèves du Collège.

Les maîtres peuvent être chargés à tour de rôle de la surveillance dans les corridors et les préaux.

Art. 33. Le doyen statue sur les cas d'indiscipline qui lui sont déferés par les maîtres.

Il peut, sur leur préavis, prononcer un renvoi d'une semaine au plus.

Art. 34. Tout renvoi, quelle qu'en soit la durée, doit être immédiatement communiqué, avec les motifs, au directeur et aux parents.

L'élève renvoyé ne peut rentrer en classe qu'en présentant la carte de renvoi signée par les parents et le doyen.

Art. 35. Les cas de récidive ou ceux qui présentent une certaine gravité doivent être déferés au directeur, qui pourra prononcer un renvoi de quinze jours au plus. Le directeur peut, lorsqu'il le juge convenable, soumettre ces cas au Conseil du Collège.

Une exclusion de plus longue durée, ainsi que l'expulsion, doivent être soumises à l'approbation du Département.

Chapitre VI. — Enseignement.

Art. 36. Les maîtres sont tenus de se conformer dans leur enseignement au programme arrêté par le Département, ainsi qu'aux instructions méthodiques qui peuvent y être annexées.

Art. 37. Ils ne peuvent, sans l'autorisation du directeur, affecter les heures de leurs leçons à d'autres branches qu'à celles qui sont stipulées dans l'horaire approuvé par le Département.

Art. 38. Sauf autorisation du Département, il leur est interdit d'introduire d'autres livres que ceux qui sont prévus par le programme.

Art. 39. Dans la règle, l'enseignement est oral.

Art. 40. Dans les classes parallèles, les maîtres chargés de l'enseignement doivent, au commencement de l'année scolaire, arrêter d'un commun accord l'ordre dans lequel sont traitées les matières du programme.

Art. 41. Les divers maîtres chargés de l'enseignement dans une même classe doivent s'entendre pour que les devoirs à domicile n'exigent des élèves de force moyenne qu'environ cinq heures de travail par semaine dans les VII^{me} et VI^{me}, sept heures dans les V^{me} et IV^{me}, et dix heures dans les autres classes.

Art. 42. A la fin de chaque semestre, les maîtres remettent au directeur un rapport général indiquant la partie du programme qui a été traitée pendant le semestre écoulé. Le rapport du maître de classe contient, en outre, à la fin de l'année scolaire, un compte rendu de la marche de la classe, les notes annuelles et le rang des élèves, ainsi que la liste des promotions, des examens à refaire et des certificats.

Chapitre VII. — Admission des élèves.

Art. 43. Les candidats doivent, au commencement de l'année scolaire, être au moins dans leur 12^{me} année pour être admis en VII^{me}, dans leur 13^{me} année pour être admis en VI^{me}, et ainsi de suite.

Art. 44. Les admissions ont lieu à l'ouverture de l'année scolaire et au commencement du second semestre. En dehors de ces deux époques, aucun élève régulier n'est admis à moins de circonstances spéciales.

Toutefois une session d'examens a lieu en juin pour l'admission dans la VII^{me} classe.

Art. 45. Les candidats doivent s'inscrire auprès du directeur en produisant un extrait de naissance ou une pièce équivalente et un certificat d'études antérieures; ils doivent être accompagnés d'un parent ou d'un fondé de pouvoir.

Art. 46. Les élèves qui ont achevé la 5^{me} année de l'école primaire et qui sont munis d'un certificat de promotion, sont admis en VII^{me} classe sans examen.

Art. 47. Les élèves qui ont achevé la 6^{me} année de l'école primaire et qui sont munis d'un certificat d'études, sont admis en VI^{me} classe s'ils ont subi avec succès un examen de latin portant sur le programme de la VII^{me} classe.

Art. 48. Les élèves qui ont achevé l'Ecole professionnelle et qui sont munis d'un certificat d'études de cet établissement, sont admis dans la IV^{me} classe des Sections pédagogique et technique sans examen et dans la IV^{me} classe des Sections classique et réelle après avoir subi avec succès un examen de latin portant sur le programme de la division inférieure du Collège.

Art. 49. Les élèves sortant d'une école secondaire rurale du canton avec le certificat d'études, sont admis dans la IV^{me} classe des Sections pédagogique et technique sans examen et dans la IV^{me} classe des sections classique et réelle, subi avec succès un examen de latin et d'allemand portant sur le programme de la Division inférieure.

Art. 50. Les candidats qui ne rentrent pas dans l'une des catégories prévues aux quatre articles précédents, sont tenus de subir un examen d'admission qui, pour l'entrée en VII^{me}, porte sur le programme des cinq premières années de l'école primaire, et pour l'entrée dans une autre classe, sur le programme des classes précédentes.

Toutefois, les élèves qui se présentent pour les Sections pédagogique et technique sont dispensés de l'examen de latin.

Exceptionnellement, le Département peut dispenser de l'examen de latin pour l'admission dans la Section réelle.

Les élèves qui passent d'une section dans une autre doivent prouver par un examen qu'ils possèdent les connaissances requises pour suivre avec fruit l'enseignement de la nouvelle section.

Art. 51. Les élèves de nationalité étrangère peuvent être dispensés de l'examen d'histoire et de géographie nationales.

Art. 52. L'élève qui a suivi des leçons au Collège et qui demande à devenir régulier, peut être dispensé de l'examen d'admission pour les branches ou les parties de branches où il a obtenu au moins la note annuelle 3 dans la classe précédente.

Art. 53. Le Conseil du Collège apprécie la valeur des certificats d'études provenant d'établissements publics nationaux ou étrangers. Sur le vu de ceux-ci, il peut dispenser un élève, totalement ou en partie, des examens d'admission.

Art. 54. Les examens d'admission se font sous la direction et la surveillance des maîtres de la classe dans laquelle l'élève demande à être admis.

Les questions et les textes d'examen sont fixés d'accord avec le maître de la classe précédente.

Art. 55. Le conseil du Collège décide des admissions qui ont lieu en cours de semestre.

Art. 56. Pour être admis, l'élève doit avoir obtenu au moins la note 3 pour chaque branche.

Chapitre VIII. — Examens semestriels.

Art. 57. Les élèves subissent, à la fin de chaque semestre, un examen portant sur l'enseignement de chaque branche pendant ce semestre.

A la fin du premier semestre, l'examen est écrit.

A la fin du second semestre, il est écrit ou oral, suivant les branches, et d'après un tableau approuvé par le Département. Dans la Section classique, des deux examens de latin et de grec, l'un est écrit, l'autre est oral. Un tirage au sort en séance du Conseil du Collège fixe, dans la semaine qui précède la cessation des leçons, celui des deux examens qui doit être écrit.

Dans la Division inférieure, il n'est pas fait d'examen en histoire ni en sciences naturelles.

Art. 58. Le Département désigne un jury pour chaque branche ou plusieurs branches réunies. Le maître chargé de l'enseignement d'une branche fait de droit partie du jury nommé pour cette branche.

Dans la Division inférieure, le jury pour les examens écrits est formé du maître chargé de l'enseignement dans la classe, du maître chargé du même enseignement dans la classe suivante et d'un troisième juré désigné par le Département.

Art. 59. Pour l'examen écrit, le jury fixe les questions d'accord avec le maître chargé de l'enseignement et sous la surveillance du directeur. Chaque maître corrige les épreuves de ses propres élèves et soumet les corrections ainsi que son appréciation au contrôle du jury qui les transmet ensuite au directeur. En cas de désaccord, le chiffre définitif est déterminé par la moyenne entre les appréciations du maître et des autres jurés.

Pour les langues, l'examen écrit, doit porter sur des fragments non interprétés pendant le semestre.

Dans chaque examen écrit, le maximum est réparti entre les différentes parties de l'examen, proportionnellement à leur importance.

En règle générale, il ne peut être fait par jour dans une même classe plus de deux épreuves écrites.

Art. 60. Pour l'examen oral, les questions et les textes doivent porter sur la totalité du programme traité dans le second semestre. Le jury, d'accord avec le maître, peut les modifier ou en ajouter d'autres.

Le maître chargé de l'enseignement dirige l'interrogation. Les questions sont tirées au sort. Avant d'être interrogé, un élève peut demander qu'il soit tiré une seconde question, mais il perd ainsi le tiers du chiffre auquel il aurait droit par sa réponse.

Les maîtres ne sont pas autorisés à communiquer d'avance aux élèves une liste des questions sur lesquelles ceux-ci pourraient être interrogés.

Art. 61. Les premiers examens semestriels se font dans la seconde quinzaine de janvier.

Les seconds examens semestriels se font immédiatement après la clôture de l'enseignement.

Chapitre IX. — Dispositions concernant les examens en général,

Art. 62. Tout élève qui n'a pas fait un examen à la date fixée, ne peut être autorisé que par le directeur à le faire dans la même année scolaire.

Art. 63. Le directeur peut, pour des motifs graves et après avoir pris l'avis du Conseil du Collège ou de la Conférence des maîtres, ajourner les examens d'un élève jusqu'à la rentrée des classes. L'élève dont les examens ont été ajournés pour cause d'indiscipline, ne peut les refaire en cas d'insuccès.

Art. 64. Toute fraude ou tentative de fraude dûment constatée dans un examen, tout usage de documents et d'annotations sur un livre servant à l'examen, entraîne l'annulation de tous les examens.

Toute communication verbale dans un examen entraîne l'annulation de cet examen.

Art. 65. Les examens sont appréciés par les chiffres de 0 à 6, qui désigne le maximum.

Chapitre X. — Appréciation du travail et de la conduite des élèves.

Art. 66. Dans chaque classe, des épreuves portant sur des révisions d'ensemble ont lieu pour chaque branche au moins deux fois par semestre.

Ces épreuves peuvent servir de thèmes de classement dans les III^{me} et IV^{me} classes ainsi que dans la Division inférieure.

Art. 67. Dans la règle, il ne doit y avoir qu'une épreuve de révision par semaine; elle a lieu, autant que possible, au commencement de la semaine.

Au début de chaque semestre, le maître ordinaire arrête, d'accord avec les maîtres spéciaux de la classe qu'il dirige, les dates des épreuves de révision et les inscrit sur un tableau affiché dans la classe.

Exceptionnellement il peut être fait, en dehors des indications de ce tableau, des épreuves ne comportant pas de préparation spéciale. En aucun cas les dates de ces dernières épreuves ne doivent être annoncées d'avance aux élèves.

Art. 68. D'une manière générale, la note mensuelle de travail, dont le maximum est 6, est déterminée pour chaque branche par une moyenne entre le résultat d'une épreuve et le chiffre attribué à l'ensemble des interrogations et des travaux écrits faits en classe depuis le jour où a été donnée la dernière note mensuelle.

Lorsqu'ils sont jugés insuffisants, les travaux faits à domicile peuvent entraîner une réduction de la note du travail.

Chaque branche doit avoir au moins deux chiffres par semestre.

Art. 69. Lorsqu'à une épreuve un élève a été pris en flagrant délit de fraude ou lorsque la fraude a été dûment constatée, la note mensuelle, pour la branche correspondante, sera 0 ainsi que le chiffre mensuel de conduite.

Art. 70. Lorsqu'un élève a été empêché pour un motif majeur de faire une épreuve, il doit la faire à la date qui lui est fixée par le maître. Sinon l'épreuve est comptée pour 0 dans l'établissement de la note mensuelle.

Art. 71. Les maîtres spéciaux sont tenus de communiquer en temps utile au maître ordinaire les notes mensuelles de travail pour leur enseignement ainsi que leurs remarques au sujet de la conduite des élèves.

Art. 72. A la fin de chaque semestre, l'élève reçoit pour chaque branche d'enseignement une note semestrielle qui est formée, à parties égales, par l'examen et par la moyenne des notes mensuelles de travail. Cette dernière constitue à elle seule la note semestrielle dans les branches sur lesquelles il n'est pas fait d'examen.

Art. 73. A la fin de l'année scolaire, il est attribué à chaque élève une note annuelle pour la conduite et pour chacune des branches d'enseignement.

La note annuelle est la moyenne des deux notes semestrielles.

Art. 74. Lorsqu'un élève n'aura pas fait tous ses examens semestriels, ses moyennes ne seront pas établies. Toutefois, si l'absence aux examens a été occasionnée par des raisons majeures, le Conseil peut autoriser l'établissement des moyennes en comptant 0 pour les examens non faits.

Chapitre XI. — Bulletins.

Art. 75. Dans la Division inférieure, un relevé du registre, contresigné par le maître ordinaire, est communiqué chaque samedi aux parents ou à leurs fondés de pouvoir.

Le bulletin de la première semaine de chaque mois contient en outre l'indication des notes obtenues par l'élève pour le travail et la conduite dans le mois précédent.

Art. 76. Dans la Division supérieure, le maître ordinaire délivre au commencement de chaque mois, à tous ses élèves, réguliers ou externes, un bulletin contenant: 1^o l'indication du nombre de leurs absences; 2^o les notes qu'ils ont obtenues pour leur travail et leur conduite; 3^o le rang par les thèmes de classement, s'il y a lieu; 4^o le relevé des faits disciplinaires consignés à leur charge dans le registre de classe.

En outre, dans les IV^{mes} et III^{mes} classes, les élèves reçoivent, dans la troisième semaine de chaque mois, un bulletin supplémentaire contenant les indications relatives aux absences, à la discipline et aux thèmes de classement.

Art. 77. Les bulletins doivent être rapportés à l'époque fixée par le maître ordinaire, revêtus de la signature des parents ou de leurs fondés de pouvoir.

Art. 78. A la fin de chaque semestre, il est adressé aux parents un bulletin contenant le résultat des examens, la moyenne des notes mensuelles du travail et la note semestrielle des différentes branches, ainsi que le rang de l'élève dans la classe,

Le rang de chaque élève est déterminé, à la fin du premier semestre, par la somme des notes semestrielles de toutes les branches et, à la fin du second semestre, par la somme de toutes les notes annuelles, non compris la note de conduite.

Les élèves qui ont été dispensés d'une partie de l'enseignement ne sont pas classés.

Chapitre XII. — Promotion des élèves.

Art. 79. La promotion d'une classe dans une autre dépend du résultat des examens combinés avec le travail de l'année. (Loi, art. 123.)

Il n'est pas tenu compte, pour la promotion, des notes annuelles de chant, de gymnastique, de calligraphie ou de toute autre branche qui peut être désignée par le Département.

Pour être promu, il faut que l'élève régulier ait obtenu au moins la note annuelle 3 pour chaque branche non spécifiée par l'alinéa précédent.

Art. 80. Tout élève régulier qui n'est pas promu a la faculté de faire des examens complémentaires à la rentrée des classes sur les branches dans lesquelles il n'a pas obtenu la note annuelle 3.

Art. 81. Les examens complémentaires sont écrits; ils portent sur tout le programme de l'année qui vient de s'écouler et sont faits sous la direction des maîtres de la classe où l'élève désire entrer.

Les questions et les textes d'examen sont fixés d'accord avec le maître de la classe précédente.

Art. 82. L'élève qui a fait des examens complémentaires est promu s'il obtient au moins la note 3 pour chacun d'eux.

Art. 83. L'élève entré régulier dans une classe reste régulier jusqu'à la fin de l'année scolaire. Toutefois, si, aux premiers examens semestriels, un élève n'a pas obtenu la moitié du maximum total, ou si sa conduite a été mauvaise, le directeur, après avoir consulté les maîtres de la classe et le Conseil du Collège, peut lui enlever, pour le second semestre, sa qualité d'élève régulier.

Art. 84. Sont considérés comme ayant achevé régulièrement le Collège, les élèves qui, dans la classe supérieure, ont obtenu à la fin de l'année scolaire au moins la note annuelle 3 pour chaque branche d'enseignement.

Chapitre XIII. — Des élèves externes soit élèves non réguliers.

Art. 85. La Division supérieure du Collège reçoit des élèves externes.

Art. 86. L'élève qui n'a pas été promu ne peut suivre à titre d'externe que l'enseignement des branches pour lesquelles il a obtenu au moins la note 2 dans le dernier examen semestriel de la classe précédente ou dans un examen d'admission.

Art. 87. Les élèves nouveaux qui n'ont pas fait les examens d'admission ou qui ne les ont pas réussis, peuvent, s'ils ont l'âge requis des élèves réguliers, et s'ils sont autorisés par le directeur, suivre pendant la première année l'enseignement d'une ou de plusieurs branches à leur choix. Toutefois, les élèves nouveaux de langue française seront exclus de l'enseignement des branches dans lesquelles ils auront obtenu successivement deux notes mensuelles inférieures à 2.

Les élèves nouveaux de langue étrangère peuvent, avec l'autorisation du directeur, être dispensés des épreuves et des interrogations pendant une année au plus.

Art. 88. Les externes sont astreints aux mêmes obligations que les élèves réguliers.

Art. 89. Tout maître peut, avec l'assentiment du directeur, exclure de ses leçons un élève externe qui est pour la classe une cause de désordre.

Art. 90. L'élève qui est entré comme externe et qui désire devenir régulier est obligé de subir des examens d'admission dans les formes prescrites par les articles 50 à 56.

Art. 91. L'élève qui, ayant été régulier, a perdu cette qualité et a depuis lors suivi toutes les leçons dans toutes les classes consécutives, peut recouvrer la qualité d'élève régulier, à l'issue du premier semestre, si pour l'ensemble de ses examens il a obtenu les deux tiers du maximum total sans avoir de chiffre inférieur à 2.

Il peut également la recouvrer à la fin de l'année s'il obtient au moins la note annuelle 3 pour chaque branche.

Art. 92. Dans la Division inférieure, le directeur peut, pour un an et à titre exceptionnel, dispenser des élèves de suivre certaines leçons. Les élèves qui obtiennent cette dispense sont soumis aux mêmes obligations que les externes de la division supérieure, et sont placés sur le même pied en ce qui concerne la finance scolaire.

Chapitre XIV. — Certificat annuel et autres récompenses scolaires.

Art. 93. Les élèves qui se sont distingués par le travail, la conduite et le résultat des examens, reçoivent des certificats qui leur sont délivrés, en séance publique, à la fin de l'année scolaire. (Loi, art. 123.)

Sous réserve de la disposition contenue à l'article suivant, tout élève régulier a droit à un certificat, s'il est promu sans condition à la fin de l'année scolaire, s'il n'a pas été absent à plus du quart des leçons de l'année et s'il obtient au moins la note annuelle 5 pour la conduite et $4\frac{1}{2}$ pour la moyenne de toutes les autres notes annuelles.

Art. 94. Peut être privé de certificats par la conférence des maîtres ou par le Conseil du Collège, tout élève qui, dans le courant de l'année scolaire, s'est rendu coupable d'un fait grave d'indiscipline.

Art. 95. Le rang des certificats s'établit d'après le système indiqué à l'article 78 pour le classement à la fin de l'année scolaire.

Art. 96. Le Conseil du Collège arrête dans chaque classe, avec le concours du maître ordinaire, la liste des élèves auxquels le certificat est accordé.

Art. 97. Il peut être créé, ensuite de dons et de legs (Loi, art. 129), mais seulement pour les deux classes supérieures du Gymnase, des concours facultatifs dont les programmes, les conditions et les récompenses sont déterminés par les donateurs, sous réserve de l'approbation du Département de l'Instruction publique.

Les jurys chargés éventuellement de juger ces concours doivent en tous cas être présidés par le directeur du Collège, et renfermer au moins un des maîtres du Gymnase.

Chapitre XV. — Anniversaires patriotiques.

Art. 98. Les anniversaires de l'Escalade, de la Restauration, de l'arrivée des troupes suisses au Port-Noir et du premier traité d'alliance perpétuelle des Confédérés seront commémorés dans chaque classe sous la forme d'un récit ou d'une causerie à la première leçon du 11 décembre et du 1^{er} juin.

Dans le cas où l'une de ces dates tombe sur un jour de vacance, la commémoration aura lieu la veille.

5. 28. Programme de l'enseignement de l'Ecole professionnelle et ménagère de Genève (Rue Rousseau). (Du 2 juillet 1907.)

Avertissement.

L'activité d'une mère de famille dans son intérieur est singulièrement complexe et comporte une foule d'occupations auxquelles il faut être initié par une éducation rationnelle et méthodique.

Les soins multiples du ménage, la préparation des aliments, la confection et l'entretien du linge et des vêtements, le blanchissage, le repassage, tout cela réclame un apprentissage sérieux.

Mais il ne suffit pas que la future mère de famille soit une ménagère experte, il faut encore qu'elle se distingue par l'élévation de ses sentiments, par son bon sens, son jugement, et par ces qualités du cœur qui font vraiment de la femme l'âme du foyer domestique.

Familiariser la jeune fille avec toutes les occupations qui sont le lot de la femme au sein de la famille, lui inculquer des habitudes de travail, d'ordre et d'économie, lui faire comprendre tout ce qu'il y a de noble et de bienfaisant dans l'accomplissement des humbles devoirs de la vie domestique, cultiver les facultés de son esprit, éclairer sa raison, former son caractère et son cœur, tel est le but élevé auquel aspire l'Ecole professionnelle et ménagère.

Les élèves qui la fréquenteront recevront une instruction destinée plus à élargir leur horizon, à leur permettre de se rendre compte des faits et des choses au milieu desquels elles vivent, qu'à remplir leur cerveau de vastes connaissances.

Elles y acquerront en même temps cette éducation ménagère qui aujourd'hui constitue une partie essentielle de la culture générale de la femme.

Extrait de la loi et du règlement.

L'Ecole professionnelle et ménagère fait suite à la 6^{me} année des écoles primaires.

Elle comprend deux années d'études.

Les élèves sortant de la 6^{me} année des écoles primaires sont admises sur la présentation d'un bulletin d'examen satisfaisant.

Les élèves non munies de ce bulletin doivent être âgées de 13 ans et subir un examen dont les conditions sont fixées par le règlement.

Les branches d'études sont: La langue française et la langue allemande particulièrement en vue de la rédaction et de la correspondance; l'arithmétique commerciale et la tenue des livres; le dessin et des notions pratiques de géométrie; des notions sommaires de sciences et de géographie commerciale; l'hygiène et l'économie domestique; la coupe et la confection de la lingerie et des vêtements; l'entretien du linge; le blanchissage et le repassage; la broderie; la cuisine; la gymnastique.

L'année scolaire est de 40 à 42 semaines.

Il y a congé le jeudi et le samedi après-midi.

L'Ecole professionnelle et ménagère est gratuite.

Les élèves sortant de la 2^{me} année avec un bulletin d'examen satisfaisant peuvent entrer dans la 4^{me} année de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles.

Une 3^{me} année comprend des sections d'apprentissage pour les carrières suivantes: Commerce, lingerie, confection de vêtements de dames et d'enfants et éventuellement repassage, mode et nouveauté et broderie.

Distribution des heures de leçons.

	Nombre d'heures par semaine	
	1 ^{re} année	2 ^{me} année
Français	5	4
Allemand	4	3
Arithmétique, arithmétique commerciale et comptabilité	3	3
Géographie commerciale	1	1
Economie domestique	1	—
Notions de sciences	—	2

	Nombre d'heures par semaine	
	1 ^{re} année	2 ^{me} année
Hygiène	—	2
Dessin	4	4
Lingerie	3	3
Raccommodeage	2	1
Broderie	—	1
Coupe et confection de vêtements	2	4
Cuisine (en moyenne)	1 $\frac{1}{2}$	1 $\frac{1}{2}$
Blanchissage et repassage	1 $\frac{1}{2}$	1 $\frac{1}{2}$
Gymnastique	2	1
Total	30	31

Chant (facultatif) 2 heures dans les deux sections.

	Nombre d'heures par semaine			
	3 ^{me} année			
	Commerce	Atelier de vêtements de dames	Atelier de vêtements d'enfants	Atelier de lingerie et broderie
Français	4	3	3	3
Allemand	5	—	—	—
Anglais	5	—	—	—
Comptabilité	5	2	2	2
Sténographie et machine à écrire	2	—	—	—
Droit	2	2	2	2
Hygiène	1	1	1	1
Dessin	2	4	4	4
Calligraphie	1	—	—	—
Mode	2	—	3	2
Raccommodeage	1	2	2	2
Broderie	2	—	3	4
Coupe et confection de vêtements	3	28	22	20
Produits commercables	3	—	—	—
Gymnastique	2	2	2	2
Total	40	44	44	42

Programme.

PREMIÈRE ANNÉE.

Français. 5 heures. — Revision, au moyen d'exercices, des règles les plus usuelles de la grammaire. — Etude de la proposition. — Exercices oraux d'analyse grammaticale et d'analyse logique. — Ponctuation. — Vocabulaire. — Dictées.

Lecture d'un certain nombre de morceaux choisis, avec remarques sur l'orthographe et la signification des mots, la construction des phrases et le style.

Exercices d'élocution. — Etude de quelques morceaux de poésie et de prose.

Compositions sur des sujets variés, avec ou sans plan donné. — Correspondance.

Des sujets pris dans l'histoire moderne donneront lieu à des causeries suivies d'exercices oraux et écrits.

Allemand. 4 heures. — Revision de la déclinaison des substantifs. — Temps simples des verbes réguliers et de quelques verbes irréguliers d'un usage courant. — Déclinaison de l'adjectif. — Comparatif et superlatif. — Prépositions.

Exercices de conversation sur les sujets suivants: Les quatre saisons. — Le corps et les vêtements. — Le marché. — Fleurs et légumes. — (Emploi de tableaux muraux.) — Poésies et chants.

Arithmétique et arithmétique commerciale. 3 heures. — Revision des programmes des cinquième et sixième années de l'école primaire. — Système métrique, fractions décimales, fractions ordinaires et nombres mixtes. — Intérêt et escompte. (Calcul par les méthodes usuelles.) Factures diverses. — Comptabilité d'un ménage. — Calcul oral.

Géographie. 1 heure. — Revision de la géographie physique de la Suisse et des pays limitrophes. Etude de ces pays au point de vue de leurs produits naturels et industriels. Principaux centres d'industrie et de commerce. Chemins de fer et lignes de navigation. Notions sommaires sur les productions des principales colonies de la France et de l'Allemagne.

Hygiène et économie domestique. 1 heure. — Hygiène de l'habitation: Chauffage, ventilation et aération. — Eclairage, nettoyage. — Hygiène du vêtement: Tissus et formes. — Hygiène de l'alimentation. — Alcoolisme.

Dessin. 4 heures. — Revision du programme de l'école primaire: Solides (plan, élévation, coupe). — Développement et perspective cavalière. — Réduction à l'échelle. — Combinaisons géométriques en vue de la décoration des ouvrages féminins. — Flore ornementale; fleurs stylisées. — Coupe et ornementation des formes tissées. — Application d'une même plante à l'ornementation d'objets choisis dans le mobilier et à la décoration intérieure de la maison, aux broderies, aux dentelles et à divers tissus. — Construction réduite d'un des objets étudiés en développement et perspective cavalière.

Gymnastique. 2 heures. — Gymnastique rationnelle. — Maintien. — Jeux. — Rondes. — Divers pas de danse. — Exercices préparatoires pour la natation.

Chant. (Facultatif.) 2 heures.

Travaux pratiques.

Lingerie. 3 heures. — Exercices de couture: Posure, boutonnieres, points de flanelle, arrière-points.

Coupe et confection de: Jupon de flanelle, à corsage, pour enfant de 1 à 3 ans. Tablier de fillette ou de garçon de 2 à 5 ans, ou costume de bain. Pantalon fillette de 2 à 5 ans.

Coupe et confection de vêtements. 2 heures. — Patron, coupe et confection 1^o d'une robe de bébé de 1 à 3 ans, 2^o d'un jupon à volant pour jeune fille, 3^o d'une blouse non doublée.

Blanchissage et repassage. 1 heure et demie. — Notions sur les différents modes de blanchissage. — Lavage, repassage et pliage du linge uni. — Préparation de l'amidon cru et cuit. — Tuyautage, repassage d'un jupon blanc.

Raccommode. 2 heures. — Raccommode d'objets usagés, tricotés à la main ou au métier. Raccommode du linge et des vêtements. Pièces à couture rabattue, à surjet, au point lacé.

Cuisine. 1 heure et demie. — Préparation d'aliments simples: Soupes de ménage, viandes bouillies, viandes rôties, accommodage des restes; légumes de saison, farineux, entremets simples.

Notions sur la provenance, la qualité et la préparation des aliments.

DEUXIÈME ANNÉE.

Français. 4 heures. — Suite et développement du programme de première année. — Synonymes. — Familles de mots. — Vocabulaire. — Dictées.

Lecture d'un certain nombre de morceaux choisis avec remarques sur l'orthographe, la signification des mots, la construction des phrases et le style.

Exercices d'élocution. — Récitation de morceaux, en prose et en vers, préalablement expliqués. — Exercices oraux de narration.

Compositions sur des sujets variés. — Résumés de textes. — Lettres.

Des sujets pris dans l'histoire suisse et dans l'histoire de Genève donneront lieu à des causeries suivies d'exercices oraux et écrits.

Allemand. 3 heures. — Adjectifs numéraux, cardinaux et ordinaux. — Pronoms. — Temps composés des verbes réguliers. — Verbes réfléchis. — Verbes irréguliers. — Verbes séparables les plus usités. — Propositions principales et propositions subordonnées. — Lecture de morceaux choisis.

Exercices de conversation sur les sujets suivants: Le temps et ses subdivisions, les monnaies, les voyages. — Description d'une ville d'après les tableaux muraux. — Poésies et chants.

Arithmétique. 1 heure. — Pourcentage. — Partage proportionnel. — Règles de mélange; leurs applications dans le commerce. — Procédés pratiques et rapides de calculs oraux et écrits. — Problèmes se rapportant au commerce et à l'industrie.

Comptabilité. 2 heures. — Principes de la tenue des livres. — Livres de commerce: Brouillard, caisse, journal, grand livre, livre de débiteurs. — Effets de commerce. — Tenue des livres en partie double. — Ecritures des opérations d'une maison de commerce. — Balance de vérification. — Inventaire. — Bilan.

Géographie. 1 heure. — Revision rapide de la géographie physique des pays suivants: Angleterre, Pays-Bas, Belgique, Russie, Espagne. — Etude de ces pays au point de vue de leurs produits naturels et industriels. — Principaux centres de commerce et d'industrie. — Notions sommaires sur les colonies anglaises les plus importantes.

Etats-Unis, Brésil, République argentine et Japon. Lignes ferrées et lignes de paquebots les plus importantes.

Hygiène. 1 heure. — Aperçu sur la structure et les fonctions organiques du corps humain. — Hygiène du corps, fonctions de la peau. — Hygiène individuelle; soins à donner aux dents, aux mains, aux cheveux, aux pieds. — Bains. — Travail et repos; sommeil, exercices physiques, promenades, gymnastique. — Petite pharmacie domestique. — Préparation des tisanes, cataplasmes, sinapismes, révulsifs. — Manière d'être auprès des malades. — Maladies contagieuses. Précautions à prendre. Désinfection. Nourriture des malades. — Hygiène de la première enfance. Alimentation.

Dessin. 4 heures. — Décoration appliquée aux vêtements, au mobilier, à la disposition intérieure de la maison, etc. Couleurs élémentaires, gradation des teintes, harmonie. Ombres, en admettant le parallélisme des rayons. Composition.

Gymnastique. 1 heure. — Gymnastique rationnelle. — Jeux, rondes, divers pas de danse. Maintien. Exercices préparatoires pour la natation. Leçons plus fortes qu'en première année.

Sciences. 2 heures. — Introduction à l'enseignement des sciences. — L'air; sa composition. — Notions sur les corps simples et sur les corps composés. — L'oxygène; combustion et respiration. — Vapeur et poussières contenues dans l'air. — Pression atmosphérique. — Baromètres usuels. — Applications pratiques de la pression de l'air. — L'eau; sa composition. — Sa dissolution et ses applications. — Qualités d'une eau potable. — Ebullition et distillation. — La chaleur; dilatation des corps. — Les thermomètres. — Conductibilité, rayonnement et leurs applications à l'économie domestique. — L'électricité. — Les aimants et la boussole. — Corps conducteurs et isolants. Etincelle électrique. Foudre et paratonnerre. Eclairage et chauffage électriques. — Sonnerie électrique, télégraphe. — Téléphone. — Notions élémentaires sur le transport à distance de l'énergie électrique. Quelques applications pratiques. — Moteurs et tramways électriques.

Botanique. — Exercices de détermination.

Travaux pratiques.

Lingerie. 3 heures. — Patron d'étude d'après les mesures personnelles: Coupe et confection: 1^o d'une chemise de jour pour jeune fille; 2^o d'un pantalon de jeune fille. — Patron d'étude: Coupe et assemblage d'une chemise de nuit.

Vêtements de dames. 2 heures. — Patron, coupe, essayage et confection : 1^o d'une jupe, 2^o d'une blouse, 3^o d'une doublure de corsage. — Patron corsage avec deux petits côtés.

Vêtements d'enfants. 2 heures. — Patron, coupe et confection du costume marin (jupe plissée; corsage de dessous avec plastrons, blouse marin). — Patron, coupe et confection du pantalon de garçon.

Blanchissage et repassage. 1 heure et demie en moyenne. — Lavage et repassage de chemises d'homme; cols, manchettes, rideaux, jupons, blouses. — Lavage de vêtements de laine, de dentelles de coton et de soie, velours et crêpe. — Nettoyage de gants. — Des différentes taches et de la manière de les enlever.

Broderie. 1 heure. — Le feston simple, à boucles, orné. — Le plumetis. — Lettres simples et ornées. — Broderie anglaise.

Raccommode. 1 heure. — Accrocs et pièces au drap avec démonstration et application pratique. — Raccommode du linge blanc, spécialement d'une chemise d'homme (pièces devant, boutonnières, bordage). Reprises sur toile et sur nappage.

Cuisine. 1 heure et demie en moyenne. — Préparation de potages fins; viandes braisées; légumes de saison; pâtisseries, biscuits, crèmes, confitures, sirops. Notions sur la composition des menus et leur valeur nutritive.

Chant. (Facultatif.) 2 heures.

TROISIÈME ANNÉE.

Programme de la section de commerce de l'École professionnelle et ménagère.

Distribution des heures de leçons:

Français	4 heures
Allemand	5 "
Anglais	5 "
Comptabilité et bureau commercial	5 "
Produits commerçables	3 "
Droit	2 "
Dessin	2 "
Calligraphie	1 "
Sténographie et machine à écrire	2 "
Coupe et confection de vêtements	3 "
Raccommode	1 "
Broderie	2 "
Mode	2 "
Gymnastique	2 "
Hygiène	1 "
Total	40 heures

Français. 4 heures. — Particularités de la syntaxe. — Exercices pratiques. — Correction de locutions vicieuses.

Rédaction. — Correspondance familière et commerciale. — Exercices oraux de narration et entretiens sur des sujets relatifs au commerce et à l'industrie. — Lecture d'un certain nombre de morceaux choisis.

Allemand. 5 heures. — Exercices variés de conversation sur des sujets d'ordre pratique. — Rédactions. — Lettres familières et commerciales. — L'enseignement sera donné autant que possible en allemand.

Anglais. 5 heures. — Eléments de la langue (nombres, jours, mois; l'heure, les 4 opérations, la monnaie anglaise). Prononciation. — Exercices de conversation à l'aide d'objets, de tableaux, etc. — Traductions orales. — Grammaire élémentaire. — Principaux verbes irréguliers. — Etude de quelques idiotismes.

Comptabilité et bureau commercial. 5 heures. — Etablissement d'une maison de commerce. — Brouillard, journal, grand livre, débiteurs, caisse. — Formation du capital social; achat, vente, inventaire. — Prix de revient; correspondance.

Produits commerciaux. 3 heures. — Les produits alimentaires et leurs falsifications. — L'industrie des textiles, de la soie, des laines, etc. — Etude des produits tirés des animaux et des végétaux (cuirs, savons, bougies, cires, caoutchoucs, etc.). — Porcelaines. — Verrerie. — Combustibles et dérivés. — Pierres et métaux précieux. — Les parfums. — Visites d'usines.

Droit. 2 heures. — Notions élémentaires sur les principaux points du droit civil: Personnes, nationalité, état-civil, domicile, absence, minorité, tutelle, émancipation, adoption. — Mariage, autorité maritale, puissance paternelle, régime des biens, divorce. — Distinction des biens. — La propriété et ses démembrements. — Successions. — Notions plus détaillées sur le droit des obligations. — Les obligations et leur preuve. — Principaux contrats: Cession, gage et hypothèque, vente, louage, prêt, mandat, représentation, commission, transport, dépôt, cautionnement. — Le commerce: Registre du commerce, sociétés, droit de change, assurance. — Poursuite pour dettes et faillites.

Dessin. 2 heures. — Croquis rapides d'objets choisis dans le commerce et l'industrie. Composition et arrangement de vitrines et devantures de magasins. Harmonie des formes et des couleurs. Composition et décoration de titres de factures et de lettres de commerce, etc.

Calligraphie. 1 heure. — Ecritures anglaise, ronde et gothique. Titres de comptabilité.

Sténographie et machine à écrire. 2 heures. — Sténographie commerciale et usage de la machine à écrire.

Coupe et confection de vêtements. 3 heures. — Patron, coupe et confection d'un costume, soit jupe et corsage. — Id. d'un collet, d'une jaquette ou d'un figaro.

Raccommode. 1 heure. — Préparation et transformation de vêtements, entretien du linge blanc.

Broderie. 2 heures. — Broderie anglaise, imitation Richelieu; broderie bulgare; application sur tulle; grand monogramme fleuri pouvant s'appliquer aux ouvrages de fantaisie. — Un ouvrage au choix de l'élève.

Mode. 2 heures. — Manière de faire les formes des chapeaux de dames et d'enfants. — Leur transformation. — Couture des pailles. — Travail du crêpe; aigrettes. — Frisage des plumes. — Rafraîchissage des fleurs. — Nouveautés, ruches, nœuds, tabliers, réticules, capuchons, sachets à mouchoirs.

Gymnastique. 2 heures. — Gymnastique rationnelle. — Notions sur l'hygiène du vêtement au point de vue du fonctionnement des organes.

Hygiène. 1 heure. — Hygiène suivant les âges et suivant les professions. — Cours samaritains. — Soins à donner aux malades en général. — Premiers soins en cas d'accidents, de maladies subites. — Pansements; bandages.

TROISIÈME ANNÉE.

Sections d'apprentissage.

Distribution des heures de leçons:	Atelier de vêtements de dames	Atelier de vêtements d'enfants	Atelier de lingerie et broderie
Français	3	3	3
Comptabilité	2	2	2
Hygiène	1	1	1
Notions de droit	2	2	2
Dessin	4	4	4
<i>Cours professionnels.</i>			
Coupe, confection, réparations et transformations	30	24	24
Mode	—	3	2
Broderie	—	3	4
Gymnastique	2	2	2
Total	44	44	44

Français. 3 heures. — Lectures et dictées. — Lettres familières et commerciales. — Entretiens sur des sujets relatifs au commerce et à l'industrie.

Comptabilité. 2 heures. — Etablissement de la comptabilité d'une couturière. — Achats, vente, main-d'œuvre. — Livres de caisse. — Débiteurs. — Grand-livre. — Inventaire et bilan.

Hygiène. 1 heure. — Hygiène suivant les âges et suivant les professions. — Cours samaritains. — Soins à donner aux malades en général. — Premiers soins en cas d'accidents, de maladies subites, etc. — Pansements; bandages.

Droit. 2 heures. — Notions élémentaires sur les principaux points du droit civil: Personnes, nationalité, état-civil, domicile, absence, minorité, tutelle, émancipation, adoption. — Mariage, autorité maritale, puissance paternelle, régime des biens, divorce. — Distinction des biens, la propriété et ses démembrements. — Succession. — Notions plus détaillées sur le droit des obligations: Les obligations et leur preuve. — Principaux contrats: Cession, gage et hypothèque, vente, louage, prêt, mandat, représentation, commission, transport, dépôt, cautionnement.

Le commerce; registre du commerce, sociétés, droit de change, assurances.

Poursuite pour dettes et faillites.

Dessin. 4 heures. — Patrons. — Croquis cotés; rétablissement de ces croquis à l'échelle et en grandeur d'exécution; modifications selon mesures. — Principes relatifs aux proportions de la taille humaine. — Décoration du vêtement; galons, soutaches, rubans, nœuds, cordons, plissés, parements, revers, etc. — Dessins de costumes (historiques et modernes) sur estampes représentant un mannequin. — Composition d'ornements et de costumes. — Couleurs.

Cours professionnels.

Coupe, confection, réparations et transformations. 24 à 30 heures par semaine suivant les sections. — Manière de prendre les mesures. — Tracé et coupe de patrons. — Assemblage. — Essayage. — Corrections suivant les conformations. — Créations de modèles variés.

Mode. 3 heures. — Coupe et confection de bérets. — Garniture de rubans pour chapeaux ronds. — Capotes. — Bonnets de bébé et ruches. — Réparations et rafraîchissage de garniture et de chapeaux d'enfants. — Capotes et chapeaux habillés; voiles. — Chapeaux ronds en paille, en mousseline, en percale et étoffes diverses.

Broderie. 3 heures. — Broderie anglaise, Richelieu, festons fleuris; applications sur tulle; monogramme fleuri. — Broderie sur étoffe de laine. — Festons ornés, laine ou soie, motifs au passé; points d'épine de tous genres. — Application des broderies aux vêtements.

Gymnastique. 2 heures. — Gymnastique rationnelle. — Notions sur les formes et les mesures à observer dans la confection des vêtements de dames et de fillettes.

56. 29. Programme de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles de Genève. (Du 18 juillet 1907.)

Distribution des heures entre les branches d'enseignement.

	<i>Division inférieure.</i>		
	VII	VI	V
Français	8	6	5
Allemand	3	4	4
Histoire générale	—	2	2
Géographie	2	2	2
Arithmétique	4	2	2
Histoire naturelle	—	1	2
Dessin	2	2	2
Calligraphie	1	1	1
Musique	1	1	1
Gymnastique	2	2	2
Ouvrages à l'aiguille	3	3	3
Totaux	26	26	26

Cours facultatifs de la division supérieure.

Histoire de la philosophie	2 heures
Histoire de l'art	2 "
Histoire générale (histoire de la civilisation)	2 "
Sténographie	2 "
Langue italienne, 1 ^{re} année	2 "
" 2 ^{me} "	2 "
Langue latine	2 "
— Voir Cours de raccordement.	

Division supérieure.

	Section littéraire				Section pédagogique		
	IV	III	II	I	III	II	I
Langue française	4	2	—	1	2	—	1
Histoire de la littérature française et composition	3	3	3	3	3	3	3
Diction	—	1	1	1	1	1	1
Allemand	3	3	3	3	3	3	3
Anglais	—	2	2	2	*)	*)	—
Littératures grecque et latine	—	—	—	2	—	—	—
Littératures étrangères	—	—	—	2	—	—	—
Histoire générale	2	2	2	2	2	2	2
Histoire nationale	—	—	—	2	—	—	—
Géographie	3	2	2	—	2	2	—
Cosmographie	—	—	—	1	—	—	1
Comptabilité	—	2	—	—	2	—	—
Arithmétique	2	—	1	—	—	1	—
Arithmétique, algèbre	—	—	—	—	—	2	—
Géométrie	—	1	2	—	1	2	—
Eléments du droit civil et commercial	—	—	1	—	—	1	—
Eléments de physique et de chimie	2	—	—	—	—	—	—
Physique	—	—	2	—	—	2	—
Chimie	—	1	—	—	1	—	—
Histoire naturelle	—	2	2	2	2	2	2
Psychologie	—	—	—	—	—	1	—
Pédagogie et histoire de la pédagogie	—	—	—	—	—	—	3
Dessin	2	2	fac. (2)	fac. (2)	2	2	2 ¹⁾
Calligraphie	1	—	—	—	—	—	1 ¹⁾
Musique	1	fac. (1)	fac. (1)	fac. (1)	1	1	1
Ouvrages à l'aiguille (coupe et confection)	3	2	fac. (2)	—	2	2	—
Hygiène	—	—	—	2	—	—	2
Economie domestique	—	1	—	—	1	—	—
Gymnastique	1	fac. (1)	—	—	1	1	2 ¹⁾
Enseignement intuitif	—	—	—	—	—	—	1 ¹⁾
Langue maternelle	—	—	—	—	—	—	1 ¹⁾
Géographie, histoire	—	—	—	—	—	—	1 ¹⁾
Arithmétique, géométrie	—	—	—	—	—	—	1 ¹⁾
Totaux	27	28	26	26	26	28	30
		26 obl.	21 obl.	23 obl.			

*) Les cours marqués de l'astérisque appartiennent aux cours normaux.

¹⁾ L'enseignement de l'anglais est facultatif pour la Section pédagogique.

Section commerciale.

	I ^{re} année	II ^{me} année	III ^{me} année
Français	4	4	3
Allemand	4	4	3
Anglais	4	4	3
Italien	—	2	2

	I ^{re} année	II ^{me} année	III ^{me} année
Arithmétique commerciale, tenue de livres, bureau com- mercial	7	7	7
Produits commercables	—	3	2
Géographie commerciale	2	2	2
Droit	1	2	1
Physique	2	—	—
Chimie	—	2	—
Dessin	2	—	—
Calligraphie	2	—	—
Sténographie	2	2	—
Ouvrages à l'aiguille	2	—	—
Sténographie et machine à écrire	—	—	3
Etude des tarifs	—	—	2
Totaux	32	32	28, hiver 27, été
Coupe (cours facultatif)	2	2	

Enseignement spécial de français pour les personnes de langue étrangère.

Trois divisions.

Entretiens sur des sujets variés	2 heures
Lectures expliquées, rédactions	2 "
Grammaire	2 "
Dictées avec remarques sur les règles étudiées	2 "
Récitation ou diction	2 "
Littérature	2 "
Sciences naturelles (enseignement complémentaire)	1 "
Géographie	1 "
Histoire	1 "

Total (dont 3 facultatives) 15 heures

Examens pour le certificat de capacité.

Les élèves sortant de la 1^{re} classe de la division supérieure peuvent obtenir le certificat de capacité.

L'époque et les conditions de cet examen sont fixées par un règlement spécial.

En dehors du certificat de capacité, les élèves n'ont droit qu'à une déclaration du directeur indiquant la durée de fréquentation de l'Ecole.

Pour renseignements plus complets, voir le règlement organique.

Extraits sommaires de la loi et du règlement.

L'Ecole fait suite à la cinquième année des Ecoles primaires. — Elle comprend une division inférieure de trois années et une division supérieure formée de trois sections, la Section littéraire et la Section pédagogique, avec quatre années, et la Section commerciale, avec trois années.

L'année scolaire, qui comprend de quarante à quarante-deux semaines d'études, s'ouvre au mois de septembre et se termine en juin. Elle est partagée en deux semestres égaux.

Les élèves se répartissent en élèves régulières et en élèves externes.

Les élèves régulières sont celles qui ont été admises à la suite d'examens portant sur le champ d'études des classes qui précèdent celles où elles demandent à entrer. — Elles suivent tous les cours.

Il peut être tenu compte, pour l'admission, des certificats d'études délivrés par des écoles officielles.

Pour être admises dans la septième classe, les élèves doivent être dans leur douzième année.

Les élèves externes ne sont admises que dans la division supérieure. Elle peuvent suivre les cours à leur choix, après inscription auprès du directeur.

En ce qui concerne la ponctualité, l'assiduité et la conduite en classe, elles sont soumises aux mêmes obligations que les élèves régulières. Elles ne peuvent être dispensées des interrogations que sur la demande des parents.

Droit d'inscription. — Les élèves régulières paient par semestre: 20 francs dans la division inférieure et 30 francs dans la division supérieure. Elles peuvent suivre gratuitement les cours facultatifs, sous réserve de l'approbation du directeur.

Le Département peut, dans des cas spéciaux, dispenser de tout ou partie des rétributions scolaires les élèves suisses des établissements d'instruction secondaire.

Cette faveur est accordée sur préavis d'une commission composée, pour chaque établissement, du directeur et de deux membres du corps enseignant choisis chaque année par leurs collègues.

Les élèves étrangers, dont les parents sont établis depuis dix ans au moins dans le canton de Genève, peuvent bénéficier des faveurs accordées aux nationaux, en vertu du dit article.

Des examens.

Les examens sont oraux et écrits. Ils se divisent en: 1^o Examens d'admission; 2^o Examens de promotion; 3^o Examen pour le certificat de capacité.

§ 1. Examens d'admission.

Ils ont lieu à l'ouverture de l'année scolaire et au commencement du deuxième semestre. En dehors de ces deux époques, une élève ne peut être admise comme régulière, à moins de circonstances spéciales.

Toutefois, une première session d'examens a lieu en juin pour l'admission dans la VII^{me} classe.

Les examens d'admission se font sous la surveillance de la maîtresse de la classe dans laquelle l'élève demande à être admise.

Les élèves sorties de la 5^{me} et de la 6^{me} année des écoles primaires sont admises respectivement en VII^{me} ou en VI^{me}, sans examen, sur la présentation d'un certificat de promotion délivré par l'inspecteur des écoles.

Les élèves sortant de la 2^{me} année des Ecoles secondaires rurales, de la 2^{me} année de l'Ecole ménagère ou de la 1^{re} année de la Section commerciale de cette école, sont admises dans la IV^{me} classe, sur la présentation, au directeur, d'un certificat de promotion délivré par l'autorité compétente.

Le champ des examens d'admission pour chaque classe est joint au programme d'études.

Pour être admise, l'élève doit avoir obtenu la note 3½ pour chaque branche. Les élèves qui, sur deux branches, n'ont pas obtenu la dite note, ne sont pas admises.

L'élève non admise aura toujours la faculté de se présenter aux examens d'admission du semestre suivant. Dans ce cas, le champ parcouru pendant le premier semestre s'ajoute au programme de l'examen.

§ 2. Examens de promotion.

La promotion d'une classe dans une autre dépend du résultat du travail de l'année combiné avec celui des examens.

Ces examens se font sous la forme d'épreuves orales ou écrites, au nombre de deux ou trois par branche, annoncées ou non, suivant les branches, et échelonnées dans le cours de l'année. La moyenne de ces épreuves constitue le chiffre annuel d'examen.

Pour être promue sans condition, il faut que l'élève régulière ait obtenu au moins la note générale 3½ (moyenne des travaux de l'année et des examens) pour chaque branche, sauf pour le chant, la gymnastique et la calligraphie.

Ne sont pas promues les élèves de la division inférieure qui ont plus de deux branches à refaire, et celles de la division supérieure qui ont plus de trois branches à refaire.

Pour passer dans la classe supérieure, l'élève non promue devra refaire les examens sur les branches pour lesquelles elle n'aura pas eu au moins le chiffre 4 comme note générale. Une seule note inférieure à $3\frac{1}{2}$, mais ne descendant pas au-dessous de 2, n'empêche pas la promotion.

V. Lehrerschaft aller Stufen.

57. 1. Reglement über die Fähigkeitsprüfungen zur Patentierung zürcherischer Primarlehrer. (§ 276 des Unterrichtsgesetzes vom 24. Dezember 1859. Vom 27. Dezember 1907.)

Erster Abschnitt. — Anordnung und Einleitung der Fähigkeitsprüfungen.

§ 1. Die ordentlichen Fähigkeitsprüfungen für Kandidaten des Primarlehramtes werden alljährlich durch den Erziehungsrat in der Regel auf Schluß des Winterhalbjahres angeordnet; sie sind öffentlich.

Zeit und Ort dieser Prüfungen werden mindestens sechs Wochen vor ihrem Beginne durch die Erziehungsdirektion öffentlich bekannt gemacht. Sie sind für Kantonsbürger unentgeltlich. Bürger anderer Kantone haben eine Prüfungsgebühr von 20 Franken, Ausländer eine solche von 50 Franken zu entrichten.

§ 2. Zu den Fähigkeitsprüfungen werden in der Regel nur solche Bewerber zugelassen, die einen mindestens vierjährigen Unterrichtskurs an einem schweizerischen Lehrerseminar durchgemacht oder an einer Universität eine entsprechende wissenschaftliche und berufliche Ausbildung gewonnen haben (§ 21). Über die Zulassung entscheidet der Erziehungsrat.

§ 3. Der Anmeldung sind von seiten des Bewerbers die nötigen Angaben und Zeugnisse betreffend Alter, Studien und sittliches Verhalten beizufügen.

Bewerber, die das 19. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben, können nicht zu den Prüfungen zugelassen werden.

Der Erziehungsrat kann Bewerber wegen eines die Ausübung des Lehrerberufs hindernden Gebrechens oder wegen ungünstiger Sitten- oder Studienzeugnisse von den Fähigkeitsprüfungen, oder auch nach bestandener Prüfung von der Erteilung des Wahlfähigkeitsausweises ausschließen.

§ 4. Für die Zöglinge eines vom Staate errichteten oder unterstützten Seminars wird die Fähigkeitsprüfung von den Lehrern als Examinatoren abgenommen und von Experten, die der Erziehungsrat wählt, überwacht. Es steht den Experten frei, ihrerseits Fragen an die Kandidaten zu stellen.

Zur Vornahme der Prüfung von Aspiranten anderer Lehranstalten wird vom Erziehungsrat eine besondere Prüfungskommission bestellt.

Durch geeignete Maßnahmen soll eine einheitliche Beurteilung der Kandidaten erzielt werden.

Über die Materien, in denen mündlich geprüft werden soll, vereinbaren sich Examinatoren und Experten jeweilen unmittelbar vor der Prüfung.

Die Themen zu den schriftlichen Aufgaben werden von der Erziehungsdirektion aus Vorschlägen der Fachlehrer des Staatsseminars bestimmt.

§ 5. Der Direktor des Erziehungswesens oder ein von ihm bezeichneter Stellvertreter übernimmt die allgemeine Leitung der Fähigkeitsprüfungen, sowie der betreffenden Kommissionsberatungen.

§ 6. Die Erziehungsdirektion setzt die Prüfungspläne fest.

§ 7. Die mündliche Prüfung findet in sämtlichen Fächern in Gruppen statt. Eine Gruppe soll aus höchstens fünf Examinanden bestehen. Jedem Fache des Prüfungsplanes soll für jede Gruppe eine Stunde Zeit, zehn Minuten Pause eingerechnet, eingeräumt werden.

Die schriftlichen Arbeiten des letzten Kurses, sowie die Zeugnisse sind bei der mündlichen Prüfung aufzulegen.

§ 8. Das Aktuariat der Prüfungskommission wird von der Kanzlei der Erziehungsdirektion besorgt.

Die Experten und die Mitglieder der Prüfungskommission beziehen ein Taggeld von 15 Franken nebst Vergütung der Fahrkosten, ferner für die Prüfung von Zeichnungen und schriftlichen Arbeiten per Stunde 3 Franken.

§ 9. Außerordentliche Fähigkeitsprüfungen für einen oder mehrere Examinanden werden nur in besonders dringlichen Fällen vom Erziehungsrate bewilligt.

Die Kosten einer solchen Prüfung fallen zu Lasten der Examinanden. Der Betrag ist vor der Prüfung auf der Kanzlei der Erziehungsdirektion zu depozieren.

Für die Nachprüfungen in einem Fache (§§ 26 und 27) haben Kantonsbürger Fr. 10, Bürger anderer Kantone Fr. 20, Ausländer Fr. 30 zu entrichten.

Zweiter Abschnitt. — Umfang und Inhalt der Prüfungen.

§ 10. Die Fähigkeitsprüfung der Primarlehrer erstreckt sich auf sämtliche obligatorische Unterrichtsfächer des Staatsseminars.

Auf Wunsch des Examinanden kann die Prüfung auf eine zweite Fremdsprache und ein zweites Instrumentalfach ausgedehnt oder in dem nicht obligatorischen Fache der Religionsgeschichte erlassen werden.

§ 11. Die Lehrziele und die Lehrstoffverteilung des für das Staatsseminar geltenden Lehrplanes geben die verbindliche Wegleitung dafür, auf welchen Grad des Verständnisses, welchen Umfang der Kenntnisse und welche Gewandtheit in der Anwendung zu prüfen ist.

§ 12. Die Prüfung zerfällt in einen mündlichen, einen schriftlichen und einen praktischen Teil.

§ 13. Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf alle Unterrichtsfächer mit Ausnahme des Schreibens und Zeichnens.

Gegenstand der Prüfung ist der im Lehrplan verzeichnete Stoff in seinen Hauptabschnitten. Die Prüfung soll vor allem erkennen lassen, ob der Examinand in dem vom Lehrplan umschriebenen Gebiet selbständig und einsichtig urteilt.

§ 14. Die mündliche Prüfung der Kandidaten, die aus den vom Staate errichteten oder unterstützten Seminarien hervorgehen, soll sich im wesentlichen auf den Stoff des letzten Jahreskurses, in Mathematik und Physik auf den Stoff der letzten zwei Jahreskurse beschränken.

Es bleibt den Examinatoren und Experten jedoch unbenommen, auf die Grundlagen des Lehrstoffes der früheren Jahre zurückzugreifen.

§ 15. Abiturienten anderer Lehrerbildungsanstalten sind in der Regel in allen obligatorischen Fächern zu prüfen. Bei guten Ausweisen kann der Erziehungsrat die Prüfung in einzelnen Fächern erlassen; im besondern ist er befugt, den § 14 auf die Abiturienten privater Lehrerbildungsanstalten des Kantons Zürich auszudehnen.

§ 16. Die schriftliche Prüfung umfaßt die Fächer: Deutsch, Französisch, Mathematik und Pädagogik (Methodik).

Die schriftlichen Prüfungsarbeiten werden in den letzten Wochen vor der mündlichen Prüfung unter Aufsicht angefertigt und rechtzeitig den Experten beziehungsweise den Mitgliedern der Prüfungskommission zugestellt.

Bei den schriftlichen Prüfungen dürfen keinerlei schriftliche oder gedruckte Hilfsmittel benutzt werden, ausgenommen für den französischen Aufsatz ein französisches Wörterbuch und bei der mathematischen Prüfung logarithmische

und trigonometrische Tafeln, die jedoch keine Formelsammlungen enthalten dürfen.

§ 17. In den schriftlichen Prüfungen in Deutsch und Französisch werden innerhalb vier Stunden über je eines von vier zur Auswahl vorgelegten Themen Aufsätze angefertigt. Bei der dreistündigen schriftlichen Prüfung in der Mathematik sollen arithmetische und geometrische Aufgaben aus dem Stoffgebiete der III. und IV. Klasse gelöst werden.

§ 18. Die praktische Prüfung umfaßt die Fächer: Zeichnen, Schreiben, Gesang, Instrumentalmusik, Turnen, Methodik.

§ 19. Bei der Prüfung im Handzeichnen ist in anderthalb Stunden eine Skizze nach der Natur zu entwerfen, im geometrischen Zeichnen in zwei Stunden eine Konstruktion aus dem Gebiete der Projektionslehre auszuführen, im Schreiben in einer halben Stunde eine Probeschrift anzufertigen. Früher ausgeführte Freihand- und geometrische Zeichnungen, sowie Zeichnungen aus der Projektionslehre, einschließlich technische Zeichnungen, wie auch Probeschriften sind vorzulegen.

Die praktische Prüfung im Turnen umfaßt auch eine Probelektion, die für den einzelnen Examinanden sieben Minuten dauert.

§ 20. Die praktische Prüfung in der Methodik besteht in einer Probelektion in der Übungsschule. Dieselbe hat 20 Minuten zu dauern. Für die Probelektion werden die Themen am Vorabend der Prüfung ausgeteilt, und es ist vom Examinanden beim Beginn der Lektion eine schriftliche Präparation vorzulegen.

§ 21. Kandidaten, die im Besitze eines Maturitätszeugnisses der Gymnasien und Industrieschulen in Zürich und Winterthur sind, haben die Prüfung in Pädagogik und Methodik, Probelektion, Schulhygiene, Gesang und Musiktheorie, Instrumentalmusik, Zeichnen, Schreiben, Turnmethodik abzulegen. In den übrigen Fächern gelten die Maturitätsnoten als Prüfungsnoten.

Der Erziehungsrat kann bei guten Ausweisen die Prüfung in einzelnen Fächern erlassen.

Für Zulassung von Abiturienten der kantonalen Handelsschule in Zürich und der Handelsabteilung des Technikums in Winterthur bleibt Beschlußfassung des Erziehungsrates in jedem einzelnen Falle vorbehalten.

Dritter Abschnitt. — Feststellung der Prüfungsergebnisse.

§ 22. Zur Bezeichnung der Prüfungsergebnisse dienen die ganzen und halben Noten von 1 bis 6. Die Note 6 bedeutet sehr gut, 5 gut, 4 ziemlich gut, $3\frac{1}{2}$ genügend, 3 nicht genügend, 2 schwach, 1 sehr schwach.

§ 23. Für die folgenden Fächer wird je eine Fähigkeitsnote erteilt:

a. Obligatorische Prüfungsfächer.

1. Pädagogik und Methodik. — 2. Probelektion. — 3. Deutsche Sprache (Grammatik, Poetik, Lesen und Erklären, Literaturgeschichte). — 4. Deutscher Aufsatz. — 5. Französische Sprache (Lesen und Sprechen, Grammatik, Literaturkenntnis, Aufsatz). — 6. Allgemeine und Schweizer Geschichte. — 7. Arithmetik und Algebra. — 8. Geometrie, mathematische Geographie und geometrisches Zeichnen. — 9. Naturgeschichte (Botanik, Zoologie, Mineralogie, Geologie, Anthropologie). — 10. Chemie und Physik. — 11. Geographie (Länderkunde und physische Geographie). — 12. Gesang und Musiktheorie. — 13. Instrumentalmusik (Violin oder Klavier). — 14. Freihandzeichnen. — 15. Schreiben. — 16. Turnen.

b. Fakultative Prüfungsfächer.

17. Religionsgeschichte. — 18. Englische, italienische oder lateinische Sprache. — 19. Instrumentalmusik (zweites Instrumentalfach).

§ 24. Die Fähigkeits- oder Prüfungsnote wird nach freier Würdigung der schriftlichen und der mündlichen Prüfung festgestellt. Dabei werden neben

dem Ergebnis der Prüfung auch die Leistungen während der Schulzeit in billiger Weise berücksichtigt.

Für die Fachabteilungen, die im Unterricht der vierten Seminarklasse nicht mehr auftreten, werden die Leistungsmittel der letzten zwei Zeugnisse bei der Festsetzung der Prüfungsnote herbeigezogen.

Bei Examinanden, die sich der Prüfung in Religionsgeschichte unterziehen, wird diese Fachnote zur Ermittlung der Durchschnittszensur herangezogen. Im übrigen werden der Festsetzung des Resultates nur die in den obligatorischen Fächern erzielten Noten zugrunde gelegt.

§ 25. Der Aktuar der Prüfungskommission stellt die Fähigkeitsnoten zusammen und ermittelt die genaue Durchschnittszensur, indem er die Summe der Fähigkeitsnoten durch ihre Anzahl dividiert.

§ 26. Damit dem Examinanden das Zeugnis unbedingter Wahlfähigkeit an zürcherische Primarlehrstellen erteilt werden kann, muß seine Durchschnittszensur mindestens $3\frac{1}{2}$ betragen. Wer sie nicht erreicht, kann nicht im Schuldienst verwendet werden. Dagegen kann er sich der Prüfung frühestens nach Verfluß eines Jahres nochmals unterziehen; eine weitere Wiederholung der Prüfung ist unzulässig.

§ 27. Examinanden, die zwar die Durchschnittszensur $3\frac{1}{2}$ erreichen, für die jedoch das Mittel entweder aus den pädagogischen Noten (1 und 2), oder aus den humanistischen Noten (3 bis 6), oder aus den realistischen Noten (7 bis 11), oder endlich aus den Kunstfächernoten (12 bis 16) unter $3\frac{1}{2}$ steht, können vom Erziehungsrat nur provisorisch auf ein Jahr im Schuldienst verwendet werden. Solche Kandidaten können das Wahlfähigkeitszeugnis nur erwerben, wenn sie sich mit Erfolg in den Fächern der Gruppen, in denen das Notenmittel $3\frac{1}{2}$ nicht erreicht war, einer neuen Prüfung unterziehen.

§ 28. Examinanden, die sich bei einer schriftlichen Prüfung unerlaubter Hilfsmittel bedienen oder sich bei der Prüfung ungebührlich benehmen, werden auf Antrag der Experten durch den Präsidenten der Prüfungskommission von der weiteren Teilnahme an den Prüfungen des betreffenden Jahres ausgeschlossen.

§ 29. Der Erziehungsrat erteilt das Wahlfähigkeitszeugnis oder beschließt provisorische Verwendung auf Grund der Prüfungsakten.

§ 30. Die als wahlfähig erklärten Kandidaten erhalten ein Wahlfähigkeitszeugnis, in welchem die Durchschnittszensur angegeben ist, und ein Prüfungszeugnis, in welchem alle Fähigkeitsnoten aufgeführt werden.

Vierter Abschnitt. — Schlussbestimmung.

§ 31. Dieses Reglement tritt sofort nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft. Durch dasselbe wird das Reglement vom 31. Dezember 1903 aufgehoben.

58. 2. Reglement für die Patentprüfungen von Kandidaten des höheren Lehramtes im Kanton Bern. (Vom 16. Januar 1907.)

Der Regierungsrat des Kantons Bern, in Ausführung des § 29 des Gesetzes vom 24. Juni 1856 über die Organisation des Schulwesens und in der Absicht, die Bedingungen zur Erlangung eines Patentbeschlusses zur Ausübung des höheren Lehramtes zeitgemäß festzustellen; auf den Antrag der Direktion des Unterrichtswesens,

beschließt:

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Für Bewerber um ein Patent zur Ausübung des höhern Lehramtes findet jährlich zweimal, im Frühling und im Herbst, in Bern eine Prüfung statt.

Der Zeitpunkt derselben wird von der Direktion des Unterrichtswesens bestimmt und öffentlich bekannt gemacht.

§ 2. Diejenigen, welche diese Prüfung mit Erfolg bestanden haben, erhalten ein Diplom, in welchem ihre Befähigung zum Lehramt an den oberen Klassen der Gymnasien (Literatur- oder Realabteilung) unter Angabe der Prüfungsfächer beurkundet wird.

§ 3. Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer: deutsche, lateinische, griechische, französische, englische, italienische, hebräische Sprache, Geschichte, Mathematik, Physik, Chemie, Mineralogie und Geologie, Botanik, Zoologie, Geographie, Pädagogik.

II. Die Prüfungskommission.

§ 4. Die Prüfungskommission besteht aus einem Präsidenten und sechs Mitgliedern. Sie wird vom Regierungsrat auf die Dauer von vier Jahren ernannt.

§ 5. Die Prüfungskommission beruft nicht zur Kommission gehörende Examinatoren, wenn solche zugezogen werden müssen.

§ 6. Sie entscheidet auf Grund der eingereichten Ausweise über die Zulassung der Kandidaten zur Prüfung.

§ 7. Die Mitglieder der Prüfungskommission und die Examinatoren erhalten für die mündliche Prüfung und für die Durchsicht der schriftlichen Arbeiten ein Taggeld von Fr. 10. Ihre Reiseauslagen werden ihnen zu 30 Cts. per Kilometer vergütet.

III. Anmeldung und Zulassung zum Examen.

§ 8. Die Kandidaten melden sich schriftlich beim Präsidenten der Prüfungskommission.

Der Anmeldung, welche die Fächer enthalten soll, in denen sie geprüft sein wollen, haben die Bewerber einen Heimatschein, ein Zeugnis über bürgerliche Ehrenfähigkeit und gute Leumden und ein curriculum vitae beizulegen.

§ 9. Um zur Prüfung zugelassen zu werden, müssen sich die Kandidaten darüber ausweisen, daß sie die Maturitätsprüfung in der humanistischen oder der realen Richtung mit Erfolg bestanden und drei Jahre lang akademische Studien gemacht haben.

Das Sekundarlehrerpatent gilt als Ersatz für das Maturitätszeugnis.

Kandidaten, welche nicht bereits im Lehramt gewirkt haben, müssen sich darüber ausweisen, daß sie während ihrer akademischen Studienzeit sich mindestens vier Wochen regelmäßig beim Unterricht an den oberen Klassen eines Gymnasiums zuhörend oder lehrend beteiligt haben.

§ 10. Jeder zum Examen zugelassene Kandidat hat bei der Kanzlei der Direktion des Unterrichtswesens eine Gebühr von Fr. 50 zu erlegen.

Die Gebühr für Ergänzungsprüfungen beträgt Fr. 25.

IV. Das Examen.

§ 11. Die Wahl der Fächer steht dem Kandidaten frei; doch muß er in wenigstens zwei Hauptfächern und einem Nebenfach sich der Prüfung unterziehen. Außerdem ist die Prüfung in der Pädagogik obligatorisch.

§ 12. Die Prüfung ist teils schriftlich, teils mündlich.

Die schriftlichen Arbeiten bestehen:

a. In einer längeren Hausarbeit, welche der Kandidat mit Benutzung aller ihm zugänglichen Hilfsmittel anfertigt und zu der ihm zwei Monate Zeit eingeräumt werden.

Das Thema ist mit besonderer Rücksicht auf die eigentümliche Studienrichtung des Kandidaten von der Prüfungskommission zu bestimmen.

Die Hausarbeit wird nicht nur sachlich, sondern auch mit Rücksicht auf Stil und Ausdruck geprüft.

b. In kürzeren Klausurarbeiten, welche der Kandidat unter Aufsicht anzufertigen hat und zu welchen ihm für jedes Fach höchstens vier Stunden eingeräumt werden.

Die mündliche Prüfung dauert für jedes Hauptfach und für die Pädagogik eine Stunde, für die übrigen Fächer je eine halbe Stunde.

In der mündlichen Prüfung hat der Kandidat über die Hausarbeit genau Auskunft und Rechenschaft zu geben.

§ 13. Kandidaten, welche eine wissenschaftliche Abhandlung veröffentlicht haben, kann die schriftliche Hausarbeit erlassen werden.

§ 14. Die Benutzung fremder Hülfe, sowie jeder Betrug wird mit sofortiger Zurückweisung von der Prüfung bestraft.

§ 15. Es werden in den einzelnen Fächern nachstehend bezeichnete Leistungen und Kenntnisse gefordert:

A. Deutsche Sprache.

I. Für deutsche Bewerber. — Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Eine Untersuchung, die durch selbständiges Quellenstudium der wissenschaftlichen Erforschung der deutschen Literaturgeschichte dient.

2. Klausurarbeiten: *a.* Übersetzung und grammatische Erklärung eines mittelhochdeutschen Textes. *b.* Ein Aufsatz literarhistorischen Inhalts.

Mündliche Prüfung.

a. Formale und sachliche Erklärung eines neuhochdeutschen Textes.

b. Kenntnis der deutschen Literaturgeschichte (mit besonderer Berücksichtigung der klassischen Periode), der historischen Grammatik der deutschen Sprache, insbesondere Kenntnis des Mittelhochdeutschen und Neuhochdeutschen.

II. Für französische Bewerber. — Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Kritisch-exegetische Behandlung eines größeren und schwierigeren Stückes aus einem deutschen Schriftsteller oder eine literarhistorische, auf selbständiger Quellenforschung beruhende und die nötige Bekanntschaft mit der einschlägigen Literatur bekundende Untersuchung. Beides ist in deutscher Sprache abzufassen.

2. Klausurarbeiten: *a.* Übersetzung und grammatische Erklärung eines neuhochdeutschen Textes. *b.* Ein Aufsatz literarhistorischen Inhalts. Beides ist in deutscher Sprache abzufassen.

Mündliche Prüfung.

Vertrautheit mit der deutschen Literaturgeschichte. Kenntnis der wichtigsten Momente der deutschen Sprachgeschichte. Fähigkeit, einen schwierigeren neuhochdeutschen Text sprachlich und metrisch zu erklären. Die Prüfung findet in deutscher Sprache statt.

B. Lateinische Sprache.

Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Kritisch-exegetische Behandlung eines längeren und schwierigeren Stückes aus einem lateinischen Schriftsteller oder eine literaturgeschichtliche, auf selbständiger Quellenforschung beruhende und die nötige Bekanntschaft mit der einschlägigen Literatur bekundende Untersuchung.

2. Klausurarbeiten: *a.* Version eines schwierigeren Stückes aus einem der auf der oberen Schulstufe in Betracht kommenden Schriftsteller. *b.* Aufsatz aus der lateinischen Literaturgeschichte oder den Altertümern.

Mündliche Prüfung.

a. Ausgedehntere Belesenheit, besonders in den für die obere Schulstufe in Betracht kommenden Schriftstellern; Fähigkeit, leichtere Stellen aus denselben *ex tempore* zu übersetzen, schwierigere Stellen sich nach den grammatischen, stilistischen und metrischen Erscheinungen methodisch zurechtzulegen.

- b. Vertrautheit mit der Literaturgeschichte, der Geschichte, der Geographie und Topographie, sowie mit den Altertümern und der Mythologie.
- c. Kenntnis der vergleichenden Grammatik der lateinischen Sprache.

C. Griechische Sprache.

Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Kritisch-exegetische Behandlung eines längeren und schwierigeren Stückes aus einem griechischen Schriftsteller oder eine literaturgeschichtliche, auf selbständiger Quellenforschung beruhende und die nötige Bekanntschaft mit der einschlägigen Literatur bekundende Untersuchung.

2. Klausurarbeiten: a. Version eines schwierigeren Stückes aus einem der auf der oberen Schulstufe in Betracht kommenden Schriftsteller; b. Aufsatz aus der griechischen Literaturgeschichte oder den Altertümern.

Mündliche Prüfung.

a. Ausgedehntere Belesenheit in den Klassikern, besonders in den für die obere Schulstufe in Betracht kommenden Schriftstellern; Fähigkeit, leichtere Stellen aus denselben ex tempore zu übersetzen und schwierigere Stellen sich nach den grammatischen, stilistischen und metrischen Erscheinungen methodisch zurechtzulegen.

b. Vertrautheit mit der Literaturgeschichte, der Geschichte, Geographie und Topographie, sowie mit den Altertümern und der Mythologie.

c. Kenntnis der vergleichenden Grammatik der griechischen Sprache.

D. Französische Sprache.

I. Für französische Bewerber. — Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Eine Untersuchung, die durch selbständiges Quellenstudium der wissenschaftlichen Erforschung der französischen Literaturgeschichte dient.

2. Klausurarbeiten: a. Übertragung eines altfranzösischen Textes ins Neufranzösische und genaue grammatische Erklärung desselben. b. Aufsatz über ein leichteres Thema aus der Literaturgeschichte in französischer Sprache.

Mündliche Prüfung.

a. Erklärung eines schwierigeren Textes nach Inhalt und Form.

b. Kenntnis der Literaturgeschichte und der historischen Grammatik.

II. Für deutsche Bewerber. — Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Bearbeitung einer literarhistorischen Frage auf Grund selbständiger Quellenstudien, oder kritisch-exegetische Behandlung eines längeren und schwierigeren Stückes aus einem französischen Schriftsteller.

Die Arbeit ist in französischer Sprache abzufassen.

2. Klausurarbeiten: a. Übersetzung eines schwierigeren Stückes aus einem älteren oder neueren Schriftsteller mit genauer grammatischer Erklärung. b. Aufsatz über ein leichteres Thema aus der Literaturgeschichte, in französischer Sprache.

Mündliche Prüfung.

Kenntnis der Literaturgeschichte und der historischen Grammatik.

Die Prüfung findet in französischer Sprache statt.

E. Englische Sprache.

Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Bearbeitung einer literarhistorischen Frage auf Grund selbständiger Quellenstudien, oder kritisch-exegetische Behandlung eines längeren und schwierigeren Stückes aus einem englischen Schriftsteller.

Die Arbeit ist in englischer Sprache abzufassen.

2. Klausurarbeiten: *a.* Übersetzung eines schwierigeren Stückes aus einem älteren oder neueren Schriftsteller mit genauer grammatischer Erklärung. *b.* Aufsatz in englischer Sprache über ein leichteres Thema aus der Literaturgeschichte.

Mündliche Prüfung.

Kenntnis der Literaturgeschichte und der historischen Grammatik.
Die Prüfung findet in englischer Sprache statt.

F. Italienische Sprache.

Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Bearbeitung einer literarhistorischen Frage auf Grund selbständiger Quellenstudien, oder kritisch-exegetische Behandlung eines längeren und schwierigeren Stückes aus einem italienischen Schriftsteller.

Die Arbeit ist in italienischer Sprache abzufassen.

2. Klausurarbeiten: *a.* Übersetzung eines schwierigeren Stückes aus einem älteren oder neueren Schriftsteller mit genauer grammatischer Erklärung. *b.* Aufsatz in italienischer Sprache über ein leichteres Thema aus der Literaturgeschichte.

Mündliche Prüfung.

Kenntnis der Literaturgeschichte und der historischen Grammatik.
Die Prüfung findet in italienischer Sprache statt.

G. Hebräische Sprache.

Schriftliche Prüfung.

Übersetzung eines hebräischen Textes ins Deutsche (Französische).

Mündliche Prüfung.

Fähigkeit, leichtere Stellen ex tempore zu übersetzen; Sicherheit in der Formenlehre und den Hauptregeln der Syntax.

H. Geschichte.

Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Eine auf kritische Untersuchung gegründete Darstellung eines historischen Gegenstandes unmittelbar aus den Quellen und mit Berücksichtigung der schon vorhandenen Bearbeitungen.

2. Klausurarbeiten: *a.* Übersetzung und Erklärung eines historischen Dokuments. *b.* Ein Aufsatz geschichtlichen Inhalts.

Mündliche Prüfung.

Kenntnis der wichtigsten Tatsachen der allgemeinen Geschichte, insbesondere im Altertum der orientalischen, griechischen und römischen Geschichte, in der mittleren Zeit und in der Neuzeit außer der Bekanntschaft mit der vaterländischen Geschichte Kenntnis der Geschichte der Hauptvölker und ihrer Kolonien, vorwiegend nach der politischen Seite, aber auch nach der Seite der wirtschaftlichen und geistigen Kultur, Kenntnis der Quellen und Übung im Gebrauch derselben, Kenntnis der wichtigsten Bearbeitungen.

J. Mathematik.

Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Eine größere Arbeit aus irgend einem Gebiet der Mathematik, mit welchem sich der Kandidat speziell beschäftigt hat.

2. Klausurarbeiten: Lösung von Aufgaben aus den für die mündliche Prüfung näher bezeichneten Gebieten.

Mündliche Prüfung.

Lösung von Aufgaben aus der analytischen Geometrie des Raumes und der höheren Kurventheorie, aus der synthetischen, der darstellenden und der prak-

tischen Geometrie, der Differential- und Integralrechnung, der Theorie der Gammafunktionen und Bernoullischen Funktionen, der hypergeometrischen Reihen, der elliptischen und Besselschen Funktionen oder der Zahlentheorie.

Kandidaten, welche in den angewandten Gebieten der Mathematik unterrichten wollen, haben sich durch Vorlegung von Zeichnungen über genügende Leistungen im technischen und Plan-Zeichnen auszuweisen; dafür werden sie aber von der Prüfung in den elliptischen Funktionen oder Besselschen Funktionen oder der Zahlentheorie dispensiert.

Kandidaten, welche sich ausschließlich der reinen Mathematik widmen, werden von dem Examen in der praktischen und darstellenden Geometrie dispensiert.

K. Physik.

I. Für Kandidaten mathematischer Richtung. — Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Kritische auf Quellenstudien gestützte Bearbeitung eines speziellen Abschnittes aus dem Gebiete der Experimentalphysik.

2. Klausurarbeiten: Lösung von Aufgaben aus der Experimentalphysik, sowie von solchen aus dem Gebiete der mathematischen Physik.

Mündliche Prüfung.

Kenntnis der Experimentalphysik in dem Umfange, in welchem dieselbe in einem 5—6stündigen über zwei Semester sich erstreckenden akademischen Kurse gelehrt zu werden pflegt.

Kenntnis der wichtigsten Gebiete der mathematischen Physik.

Einige Gewandtheit im Experimentieren und im physikalischen Messen.

II. Für Kandidaten chemischer oder naturgeschichtlicher Richtung.

Wie oben, außer daß in mathematischer Physik nur auf speziellen Wunsch des Kandidaten geprüft wird. Dagegen erwartet man eine größere Gewandtheit im Experimentieren und im physikalischen Messen.

L. Chemie.

Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Auf eigene Erfahrung basierte Schilderung einer chemischen Originaluntersuchung im Gebiete der organischen oder anorganischen Chemie.

2. Klausurarbeiten: Beschreibung einer Körpergruppe in ihren einzelnen Gliedern betreffend Bildung, Eigenschaften und Wechselbeziehungen zu andern Substanzen.

Mündliche Prüfung.

Allgemeine, organische, anorganische und analytische Chemie.

M. Mineralogie und Geologie.

Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Auf eigene Beobachtung basierende Behandlung besonderer Mineralvorkommnisse oder Ausarbeitung einer kleineren selbständigen geologischen Untersuchung.

2. Klausurarbeit: Beantwortung von Fragen aus der allgemeinen und speziellen Mineralogie oder Geologie.

Mündliche Prüfung.

a. Kenntnis der Kristallsysteme und der speziellen oder physiographischen Mineralogie.

b. Allgemeine und spezielle Geologie, mit besonderer Berücksichtigung der einheimischen Verhältnisse. — Charakteristik der verschiedenen Formationen nach petrographischen und paläontologischen Merkmalen.

N. Botanik.

Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Eine ausführliche, morphologisch-entwicklungsgeschichtliche, anatomische oder physiologische Arbeit.

2. Klausurarbeit: Lösung von Aufgaben aus den Rubriken *a*, *b* oder *c* der mündlichen Prüfung.

Mündliche Prüfung.

a. Organographie und Entwicklung der Phanerogamen und wichtigeren Kryptogamen.

b. Anatomie und Physiologie der Pflanzen.

c. Übersicht der Systematik (mit Einschluß der Kryptogamen).

d. Fertigkeit im Gebrauch des Mikroskopes, sowie im Bestimmen inländischer Phanerogamen und der wichtigsten Kryptogamen.

e. Kenntnis der hauptsächlichsten literarischen Hilfsmittel.

O. Zoologie.

Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Eine größere Arbeit aus den Gebieten der Morphologie, der vergleichenden Anatomie und der Entwicklungsgeschichte.

2. Klausurarbeiten: Aus den Rubriken *a*, *c* oder *d* der mündlichen Prüfung.

Mündliche Prüfung.

a. Allgemeine Zoologie; allgemeine Physiologie; Entwicklungsgeschichte und vergleichende Anatomie mit Berücksichtigung des menschlichen Körpers.

b. Demonstration eines Tierkörpers am Objekt.

c. Systematik und ihre Bedeutung; Linné'sches System; Cuviers Typenlehre; die Systematik in Beziehung zu der Entwicklungslehre Darwins.

d. Kenntnis der wichtigsten Tierformen aus den Hauptordnungen des Tierreiches.

e. Fähigkeit in Handhabung des Mikroskops und der mikroskopischen Technik.

P. Geographie.

Schriftliche Prüfung.

1. Hausarbeit: Eine auf selbständiger Forschung beruhende Abhandlung aus dem Gebiete der Geographie.

2. Klausurarbeit: Eine Arbeit aus dem Gesamtgebiete der Geographie mit Berücksichtigung der besondern Studienrichtung der Kandidaten.

Mündliche Prüfung.

a. Mathematische Geographie einschließlich Kartenprojektionslehre.

b. Physikalische Geographie.

c. Politische Geographie, Handelsgeographie, Völkerkunde.

d. Länderkunde der einzelnen Erdteile, Geographie der Schweiz.

Q. Pädagogik.

1. *Theoretische Prüfung.*

Psychologie, Geschichte der Pädagogik (einschließlich der bernischen Schulgeschichte), systematische Pädagogik.

2. *Praktische Prüfung.*

a. Eine Lehrprobe mit Schülern. Dauer derselben ungefähr eine halbe Stunde.

b. Ein freier Vortrag in einem der Hauptfächer, in welchen der Kandidat die Prüfung bestehen will. Dieser Vortrag soll nach Inhalt und Form auf die

Bedürfnisse einer bestimmten Schulklasse berechnet sein und ungefähr eine halbe Stunde dauern.

V. Feststellung der Prüfungsergebnisse.

§ 16. Zur Patentierung ist erforderlich, daß der Bewerber in mindestens drei Fächern, sowie in der Pädagogik, wenigstens die Note „genügend“ bekommen habe.

§ 17. Das Diplom enthält die Qualifikation der Leistungen nach der Skala „sehr gut“, „gut“, „genügend“.

Es wird mit der Unterschrift und dem Siegel der Direktion des Unterrichtswesens und der Unterschrift des Präsidenten der Prüfungskommission versehen.

§ 18. Denjenigen, welche das Diplom erhalten haben, ist es gestattet, sich der Prüfung in einzelnen weiteren Fächern zu unterziehen.

§ 19. Wird einem Kandidaten das Diplom verweigert, so darf er das Examen zweimal wiederholen. Die Zeit der zweiten Prüfung bestimmt die Kommission, jedoch darf dieselbe nicht früher stattfinden als sechs Monate nach der ersten.

Diese Bestimmung gilt auch für diejenigen, welche wegen Unredlichkeit vom Examen fortgewiesen worden sind.

§ 20. Kandidaten, welche die Prüfung nicht mit Erfolg bestanden haben, können, wenn sie sich wieder zum Examen melden, von der Prüfungskommission in denjenigen Fächern von der Prüfung dispensiert werden, in welchen sie wenigstens die Note „gut“ bekommen haben.

VI. Übergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 21. In der Regel sollen nur patentierte definitiv als Lehrer an den in § 2 erwähnten Schulen des Kantons angestellt werden. Eine provisorische Wahl darf nicht auf unbestimmte Zeit geschehen.

§ 22. Die vor dem 11. August 1883 an den in § 2 erwähnten Schulen angestellten Lehrer werden für die Fächer, die sie vertreten, als definitiv wahlfähig erklärt und erhalten, auf Verlangen, von der Direktion des Unterrichtswesens einen bezüglichen Ausweis.

§ 23. Inhaber eines fremden gleichwertigen Diploms für das höhere Lehramt können von der Direktion des Unterrichtswesens als im Kanton Bern definitiv wahlfähig erklärt werden.

§ 24. Vorstehendes Reglement tritt sofort in Kraft. Durch dieses Reglement wird dasjenige vom 5. August 1903 aufgehoben; es ist in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufzunehmen.

59. 3. Dekret betreffend die Besoldung für das Lehr- und Abwartpersonal an den Schulanstalten des Staates, für die Inspektoren der Volksschulen und für die Beamten und Angestellten der Kantonsbibliothek und des Lehrmittelverlages des Kantons Luzern. (Vom 8. Oktober 1907.)

Der Große Rat des Kantons Luzern, mit Hinsicht auf die §§ 58 und 99 der Staatsverfassung, sowie auf die §§ 123, 151 und 165 des Erziehungsgesetzes; auf den Vorschlag des Regierungsrates und das Gutachten der in Sachen bestellten Kommission,

beschließt:

I. Bezüglich der nachgenannten Lehrstellen sind für die Zeit vom Beginne des laufenden Schuljahres beziehungsweise vom 1. Oktober 1907 an bis zum Schlusse des Schuljahres 1910/11, beziehungsweise bis zum 30. September 1911 das Maximum beziehungsweise das Minimum und Maximum der Besoldung festgesetzt wie folgt:

A. Kantonsschule.

a. *Gymnasium und Lyzeum.*

1. Klassenlehrer für die untern Klassen Fr. 3000—3800. — 2. Lehrer des Lateinischen und Griechischen an den obern Klassen Fr. 3400—4000. — 3. Lehrer des Französischen Fr. 3500—4200. — 4. Lehrer des Englischen und Italienischen Fr. 3500—4200. — 5. Lehrer der Geschichte an den obern Klassen Fr. 3500 bis Fr. 4500. — 6. Lehrer der Philosophie und Religionsphilosophie am Lyzeum und Religionslehrer an der 5. und 6. Klasse des Gymnasiums Fr. 3200—3500. — 7. Lehrer der Mathematik Fr. 3500—4500.

b. *Realschule.*

1. Religionslehrer Fr. 3000—3400. — 2. Klassen- und Fachlehrer für die untern Klassen je Fr. 3200—4000. — 3. Lehrer für Deutsch und eventuell Französisch an den mittlern Klassen Fr. 3400—4200. — 4. Lehrer der Geschichte an den obern Klassen, mit der Verpflichtung zur Aushilfe in andern Fächern. Fr. 3200—4000. — 5. Lehrer des Französischen an den obern Klassen Fr. 3400 bis Fr. 4200. — 6. Lehrer des Italienischen und Englischen Fr. 3200—4200. — 7. Lehrer der Mathematik an den untern Klassen Fr. 3200—3800. — 8. Lehrer der Mathematik an den mittlern und obern Klassen je Fr. 3500 bis Fr. 4500. — 9. Lehrer der Handelsfächer Fr. 3500—4500. — 10. Lehrer des technischen Zeichnens (an der Realschule und an der Kunstgewerbeschule) Fr. 3000—3800.

c. *Für beide Abteilungen.*

1. Lehrer des Deutschen an den obern Klassen Fr. 3500—4500. — 2. Lehrer der Physik Fr. 3500—4500. — 3. Lehrer der Chemie Fr. 3500—4500. — 4. Lehrer der Naturgeschichte Fr. 3500—4500. — 5. Lehrer für Geographie und Naturgeschichte Fr. 3200—4000. — 6. Lehrer des Freihandzeichnens Fr. 2800 bis Fr. 3500. — 7. Lehrer der Blasinstrumente und der untern Violinkurse Fr. 2400—3000. — 8. Gesang- und Musiklehrer Fr. 3000—3800. — 9. Turnlehrer Fr. 3000—3600.

B. Theologische Lehranstalt.

Jede der Lehrstellen Fr. 3000—3500.

C. Kunstgewerbeschule.

1. Direktor und Fachlehrer für Malen Fr. 3500—4500. — 2. Hauptlehrer der Kunstschlosserei Fr. 2800—3500. — 3. Hilfslehrer derselben Fr. 2600 bis Fr. 3500. — 4. Lehrer für Modellieren und Steinskulptur Fr. 2800—3500. — 5. Lehrer für Holzsulptur Fr. 2200—2800. — 6. Lehrer für Dekorationsmalerei Fr. 2200—2800. — 7. Weitere Lehrstelle Fr. 2200—3500.

Reorganisation der Kunstgewerbeschule wird vorbehalten.

D. Lehrerseminar.

1. Direktor, zugleich Lehrer, nebst freier Wohnung Fr. 2800—3400. — 2. Jeder der übrigen Lehrer, mit der Verpflichtung, auf Verlangen bei der Aufsicht im Konvikt mitzuwirken, Fr. 2800—3300, nebst freier Wohnung für einen derselben.

E. Landwirtschaftliche Winterschule.

1. Direktor und Hauptlehrer Fr. 6000. — 2. Fachlehrer je Fr. 2500 bis Fr. 3000. — 3. Hilfslehrer Fr. 2000.

Abänderungen je nach Inanspruchnahme von Kost und Logis im Konvikt vorbehalten.

F. Taubstummenanstalt und Anstalt für schwachsinige Kinder.

1. Direktor, zugleich Katechet, nebst freier Wohnung Fr. 2600—3400. — 2. Die übrigen Lehrer je Fr. 2000—3000. — 3. Lehrerinnen je Fr. 600—800

nebst Kost und freier Station, mit der Verpflichtung, bei der Aufsicht über die Zöglinge und in der Besorgung der Haushaltungsgeschäfte mitzuwirken.

II. Soweit die Inhaber der unter I A und B genannten Lehrstellen zugleich Chorherren sind, wird ihr daheriges Bareinkommen von dem für ihre Lehrstelle ausgesetzten Einkommen in Abzug gebracht.

III. Die sub A genannten Lehrer sind gegen Bezug der betreffenden Besoldung zur Übernahme einer Stundenzahl bis auf 24 verpflichtet. Mehrleistungen können besonders honoriert werden, und zwar mit Fr. 150—200 pro Jahresstunde.

Das Maximum für eine Lehrstelle soll nur ausbezahlt werden bei entsprechender Belastung des Inhabers.

IV. Falls der Regierungsrat oder der Erziehungsrat sich veranlaßt findet, einem Lehrer an einer der unter I A—F genannten Anstalten verwandte andere Fächer zuzuweisen oder sonstige Veränderungen vorzunehmen, so hat derselbe, soweit dies keine wesentliche Mehrbelastung zur Folge hat, ohne Anspruch auf Entschädigung sich zu fügen.

Stellvertretungen infolge Krankheit oder Beurlaubung beruhen auf Gegenseitigkeit und begründen keinen Anspruch auf Entschädigung.

V. Zur Gewinnung und Erhaltung tüchtiger Lehrkräfte ist der Regierungsrat ermächtigt, in besondern Fällen die vorstehend festgesetzten Besoldungen bis zu einem Zehntel ihres Betrages zu erhöhen.

VI. Die Besoldung der Inspektoren der Volksschulen ist für die nächsten vier Schuljahre festgesetzt wie folgt:

- a. Kantonalschulinspektor, nebst einer Entschädigung von Fr. 500 für die Reiseauslagen, Fr. 4000.
- b. Bezirksinspektoren, je nach den territorialen Verhältnissen des betreffenden Inspektoratskreises, für jede einzelne Primar- und Sekundarschule Fr. 10 bis Fr. 40.

VII. Für die nachgenannten Beamten und Angestellten ist, allfällige Abänderungen in der Umschreibung ihrer Dienstpflichten vorbehalten, auf die Dauer der gegenwärtigen Legislaturperiode, respektive, soweit es sich um die Direktoren und um die Abwarte von Schulanstalten handelt, für die nächsten vier Schuljahre die Besoldung festgesetzt wie folgt:

1. Die beiden Direktoren der Kantonsschule je Fr. 800—1200, eventuell für ein Berufsdirektorat Fr. 4000. — 2. Oberbibliothekar der Kantonsbibliothek Fr. 3200—4000. — 3. Unterbibliothekar der Kantonsbibliothek Fr. 2200—2800. — 4. Verwalter des Lehrmittelverlages Fr. 3200—3800. — 5. Gehülfe des Lehrmittelverwalters Fr. 1600—2400. — 6. Pedell der Kantonsschule Fr. 2100 und freie Wohnung samt dem nötigen Brennmaterial und einem Anteile an den Einschreibgebühren der Schüler. — 7. Abwart des naturhistorischen Museums Fr. 400—600. — 8. Abwart der Kunstgewerbeschule, nebst Wohnung und 6 Ster Holz, Fr. 800—1200. — 9. Hausknecht für das Lehrerseminar und das Konvikt: a. Auf Rechnung der Schulanstalt an bar Fr. 500—600, b. auf Rechnung des Konvikts Kost und freie Station.

VIII. Soweit, gestützt auf die vorstehenden Besoldungsansätze, in einem Anstellungsakt ein Minimum und ein Maximum aufgenommen wird, setzt der Regierungsrat auf den Antrag des Erziehungsrates die Besoldung des betreffenden Lehrers, respektiv Beamten oder Angestellten, jeweilen am Anfange des Jahres, respektiv bei Beginn der Amtsperiode endgültig fest.

IX. Die allgemeinen Bestimmungen des Besoldungsdekretes für die administrativen Beamten und Angestellten, soweit sie in Vorstehendem nicht bereits berücksichtigt sind, finden auf gegenwärtiges Dekret ebenfalls Anwendung.

X. Gegenwärtiger Beschluß ist urschriftlich ins Staatsarchiv niederzulegen und dem Regierungsrate mitzuteilen.

60. 4. Reglement für die Lehrerkonferenzen des Kantons Zug. (Vom 8. Mai 1907.)

Der Erziehungsrat des Kantons Zug, in Vollziehung von § 78 des Schulgesetzes vom 7. November 1898,

verordnet:

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Jährlich finden wenigstens zwei Lehrerkonferenzen statt, eine im Frühling und eine im Herbst. Beide Konferenzen sind für sämtliche Lehrer an den öffentlichen Schulen obligatorisch. Die Konferenz ist berechtigt, Ehrenmitglieder zu ernennen, welche die gleichen Rechte haben, wie die übrigen Konferenzmitglieder.

§ 2. Die Konferenzen haben insbesondere den Zweck:

- a. Durch gegenseitige Belehrungen die Mitglieder in den zur Schulführung erforderlichen Kenntnissen und Fertigkeiten auszubilden. Als Themata für die Verhandlungen können alle das Schulwesen betreffenden Fragen dienen, besonders aber solche, welche die Fortbildung und Hebung des Lehrerstandes und der Schule zum Gegenstande haben.
- b. Über allgemeine Schulangelegenheiten, besonders auf den Wunsch des Erziehungsrates über Auswahl der Lehrmittel, Lehr- und Stundenpläne zu beraten.
- c. Die Angelegenheiten der Konferenzen zu ordnen und ihre Berichterstattungen zu vernehmen.

§ 3. a. Die Lehrer, welche die Konferenzen besuchen und am gemeinsamen Mittagessen teilnehmen, erhalten ein Taggeld von Fr. 3. Solche, die ohne genügende schriftliche Entschuldigung von der Konferenz wegbleiben, bezahlen eine Buße von Fr. 3; die Bußen fließen der Lehrerunterstützungskasse zu.

b. Als zureichende Entschuldigungsgründe gelten: Eigene Krankheit, schwere Krankheit oder Tod der nächsten Angehörigen oder andere bedeutende Unglücksfälle in der Familie des betreffenden Mitgliedes, ferner mehrtägige Abwesenheit außerhalb des Kantons, für geistliche Lehrer auch unaufschiebbare Pastorationsgeschäfte.

c. Die Entschuldigungsgründe müssen wenn möglich vor der Versammlung oder innerhalb einer Woche nach derselben dem Konferenzpräsidenten schriftlich mitgeteilt werden.

d. In andern besondern Fällen von Abhaltung hat der Lehrer vor der Versammlung die ausdrückliche Urlaubsbewilligung des Konferenzpräsidenten einzuholen, ansonst sein Ausbleiben als unentschuldigt betrachtet und gebüßt wird.

e. Die Buße soll binnen Monatsfrist dem Aktuar entrichtet werden.

§ 4. Zu beiden Konferenzen haben mit beratender Stimme Zutritt: a. Die Abgeordneten des Erziehungsrates; — b. Mitglieder der Schulkommissionen; — c. andere Schulfreunde.

II. Der Konferenzvorstand.

§ 5. Die Lehrerschaft wählt einen Konferenzvorstand, bestehend aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten und einem Aktuar. Die Amtsdauer beträgt 4 Jahre. Nach Ablauf derselben findet eine Neuwahl statt. Die Vorstandsmitglieder können wiedergewählt werden.

Bei Besetzung des Vorstandes ist darauf zu achten, daß in demselben, soweit tunlich, das untere und das obere Schulwesen vertreten wird. Von der Bestellung des Vorstandes ist dem Erziehungsrat jeweilen Anzeige zu machen.

§ 6. Der Vorstand hat:

- a. Die Konferenzen zu bestimmen und die notwendigen Anordnungen hierfür zu treffen.

- b. Das Thema dem Erziehungsrate vorzulegen, der es bestätigen oder beliebig abändern kann.
 - c. Nach Bestätigung des Themas durch den Erziehungsrat dieses im Amtsblatt auszukünden, und zwar wenigstens 2 Monate vor der Konferenz.
 - d. Ein Verzeichnis über die Teilnehmer und ein genaues Protokoll über die Verhandlungen zu führen.
 - e. Am Ende eines jeden Jahres dem Erziehungsrate einen schriftlichen Bericht zu erstellen.
 - f. Dem Vorstande sollen wenigstens 14 Tage vor der Konferenz die schriftlichen Arbeiten eingereicht werden, damit davon, nach gehöriger Würdigung, das Geeignete auf möglichst nützliche und zeitsparende Weise der Lehrerschaft mitgeteilt werden kann, sei es durch ganze oder teilweise Vorlesung in der Konferenz, durch Zirkulation mit oder ohne Kritik u. s. w.
 - g. Der Vorstand sorgt für Anschaffung, Aufbewahrung und Zirkulation pädagogischer Schriften, überwacht die Verwaltung der Lehrerbibliothek und reicht jährlich dem Erziehungsrat einen schriftlichen Bericht darüber ein.
 - h. Ihm steht es zu, besondere Kommissionsberatungen zu veranstalten und auch zu diesen Freunde des Erziehungswesens, namentlich Mitglieder der Gemeindeschulkommissionen, einzuladen.
- § 7. a. Der Konferenzvorstand versammelt sich so oft es der Präsident derselben für nötig findet.
- b. Die Barauslagen des Vorstandes für Porto, Schreibmaterial u. dgl. sind durch den Erziehungsrat zu vergüten.

III. Pflichten der Konferenzmitglieder.

- § 8. Die zum obligatorischen Besuche der Konferenz verbundenen Lehrer sind verpflichtet:
- a. Regelmäßig und zur rechten Zeit in den Versammlungen zu erscheinen und dieselben ohne Erlaubnis des Präsidenten vor dem Schlusse der Sitzung nicht zu verlassen.
 - b. Die erhaltenen Aufträge zur Abfassung der schriftlichen Aufsätze, zur Vornahme praktischer Lehrübungen u. s. w. zu übernehmen und nach Kräften auszuführen.

IV. Gang der Verhandlungen.

- § 9. Die Konferenz wird in der Regel mit Gesang eröffnet und geschlossen.
- § 10. Bei den Konferenzen wird folgender Geschäftsgang beobachtet:
- a. Nach Eröffnung der Konferenz durch den Präsidenten und nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls werden vorab jene Gegenstände behandelt, über welche der Erziehungsrat — sei es durch Zuschrift oder durch eine Abordnung — Mitteilungen an die Lehrerschaft zu machen oder zu erhalten wünscht.
 - b. Hierauf werden die im Programm bezeichneten Traktanden in der dort angegebenen Reihenfolge erledigt.
 - c. Nach Erledigung dieser Verhandlungsgegenstände, sowie nach Vornahme allfälliger Wahlen steht es jedem Mitgliede frei, Anträge zu stellen, namentlich über zu lösende Aufgaben und anzuschaffende pädagogische Schriften.
 - d. Bei der Beratung findet freies Wortbegehren statt. Kein Mitglied darf zu sprechen beginnen, bis ihm vom Präsidenten das Wort erteilt worden ist.
 - e. Nach vollendeter Beratung resümiert der Präsident und bringt die Anträge je nach der Natur der Sache in üblicher Form zur Abstimmung.
 - f. Zur Handhabung des Reglementes, sowie über die Behandlungsweise eines Beratungsgegenstandes kann jederzeit von einem Mitgliede eine Ord-

nungsfrage aufgeworfen werden, welche unverzüglich zu erörtern und zu entscheiden ist.

§ 11. Die praktischen Lehrübungen werden in der Frühlingssitzung, wenn möglich mit Kindern, vorgenommen. In vorzügliche Berücksichtigung kommt dabei die richtige Anwendung obligatorischer Lehrmittel.

V. Bibliothek.

- § 12. a. Die Lehrerschaft hat eine stehende Bibliothek, die durch einen Staatsbeitrag zur Anschaffung von Schulschriften unterstützt wird.
- b. Jedes Konferenzmitglied ist berechtigt, Bücher aus der Bibliothek zu beziehen.
- c. Zur Besorgung der Bibliothek wählt die Konferenz auf die Dauer von vier Jahren einen Bibliothekar. Jeder definitiv angestellte, in der Stadt oder in deren nächster Umgebung wohnende Lehrer ist verpflichtet, die Stelle für eine Amtsdauer anzunehmen.
- d. Der Bibliothekar hat einen vollständigen Katalog und genaue schriftliche Kontrolle über Ein- und Ausgang der Bücher zu führen und den Ersatz für verloren gegangene oder unbrauchbar gemachte Schriften von den betreffenden Mitgliedern einzuziehen, die Bibliothekskasse zu verwalten und alljährlich darüber der Direktion zuhanden der Konferenz Rechnung abzulegen, endlich jedes Jahr eine Bereinigung der Bibliothek vorzunehmen und bis Ende November der Direktion einen schriftlichen Bericht darüber einzusenden, welche denselben samt der Rechnung mit dem Jahresberichte dem Erziehungsrat einreicht.
- e. Sämtliche Konferenzmitglieder sind verpflichtet, die aus der Bibliothek bezogenen Bücher ohne vorhergegangene Aufforderung jedes Jahr auf Ende Oktober dem Bibliothekar einzuliefern.
- f. Über die Anschaffung sämtlicher Bücher und Schriften hat die Direktion unter Beiziehung des Bibliothekars Anträge an die Konferenz und den Erziehungsrat zu stellen, welcher die einzelnen Anschaffungen beschließt.

VI. Schlussbestimmungen.

§ 13. Auf Grundlage des gegenwärtigen Reglementes mag jede Konferenz noch ihre besondern Statuten festsetzen, um nach ihren eigentümlichen Verhältnissen und Ansichten die Zwecke der Konferenz zu fördern.

Jedoch sind diese Statuten dem Erziehungsrat zur Genehmigung vorzulegen.

§ 14. Auf den Wunsch des Erziehungsrates und sonst je nach Bedürfnis treten besonders am Konferenztage auch die Primar-, Sekundar-, Industrie- und Lateinlehrer je zu gesonderten Spezialsektionen für Abgabe allfälliger Gutachten zusammen.

Sollte die Lehrerschaft zu solchen Spezialkonferenzen mehrere Male des Jahres sich zu versammeln wünschen, so wären dazu in der Regel schulfreie Nachmittage zu wählen.

Solche Spezialkonferenzen erhalten im übrigen das Recht, sich selbst zu organisieren, den Vorstand zu wählen und ihre innere Tätigkeit näher zu bestimmen.

Jedoch haben auch sie ihre Statuten dem Erziehungsrat zur Genehmigung vorzulegen, dem Präsidenten der Kantonalkonferenz von der Wahl des Bureau Kenntnis zu geben und je bis Ende Dezember über ihre Tätigkeit schriftlich zu referieren.

§ 15. Gegenwärtiges Reglement, durch welches die Verordnung vom 7. März 1864 aufgehoben wird, ist dem h. Regierungsrat zur Genehmigung vorzulegen.

61. 5. Weisung an die Schulbehörden und Lehrer des Kantons Schaffhausen über die Stellvertretung der Lehrer bei Militärdienst. (Regierungsratsbeschluß vom 1. März 1907.)

1. Nach Beschluß des Großen Rates übernimmt der Staat die Stellvertretungskosten bei Militärdienst der Lehrer im Falle der Rekrutenschule und der Wiederholungskurse, dagegen nicht bei Militärkursen, welche durch ein Avancement im Grade bedingt sind.

2. Der in den Militärdienst einberufene Lehrer hat mindestens 14 Tage vor Beginn des betreffenden Militärdienstes dem Erziehungsrat durch Vermittlung der Schulbehörde und des Schulinspektorates einen Vorschlag für die Stellvertretung einzureichen.

3. Die Stellvertretungskosten werden bezahlt vom Einrückungs- bis zum Entlassungstag. Ist der Stellvertretende ein im Kanton Schaffhausen definitiv wählbarer Lehrer, so wird die volle gesetzliche Besoldung der betreffenden Stelle in Berechnung gezogen; ist es ein nur provisorisch wählbarer Lehrer oder eine Lehrerin, so werden $\frac{4}{5}$ der gesetzlichen Besoldung berechnet. Für Stellvertretung durch Seminaristen ist eine Entschädigung von 50 Cts. für eine Unterrichtsstunde festgesetzt.

Wird die Stellvertretung durch einen oder mehrere Lehrer der Schule, welcher der in den Militärdienst einberufene Lehrer angehört, besorgt, so werden diese Lehrer für diejenigen Stunden, die sie über das gesetzliche Maximum der Stundenzahl zu erteilen haben, entschädigt.

4. Der aus dem Militärdienst zurückgekehrte Lehrer hat spätestens 14 Tage nach dem Entlassungstage der Erziehungsratskanzlei durch Vermittlung der Schulbehörde und des Schulinspektorates die Rechnung für die Stellvertretungskosten einzureichen.

62. 6. Regulativ für die Patentierung von Lehrern und Lehrerinnen der Primarschulen des Kantons St. Gallen. (Vom Erziehungsrat erlassen den 15. März 1907. Vom Regierungsrat genehmigt den 30. März 1907.)

Der Erziehungsrat des Kantons St. Gallen, in Vollziehung der Art. 54 und 55 des Gesetzes über das Erziehungswesen vom 8. Mai 1862, betreffend die Prüfung und Patentierung der Bewerber um Lehrstellen an Primar- und Sekundarschulen,

verordnet was folgt:

I. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Die Prüfung der Primarlehramtskandidaten ist eine zweiteilige. Die erste Teilprüfung findet am Schlusse des dritten, die zweite am Schlusse des vierten Jahreskurses des st. gallischen Lehrerseminars statt.

Beide Teilprüfungen werden alljährlich auf Ende des Winterhalbjahres vom Erziehungsrate angeordnet.

Zeit und Ort dieser Prüfungen werden wenigstens 6 Wochen vor ihrem Beginne von der Erziehungskanzlei im amtlichen Schulblatt angekündet.

In der Zwischenzeit können auf gestelltes Ansuchen außerordentliche Prüfungen nur aus zwingenden Gründen und auf Kosten des Examinanden veranstaltet werden.

Art. 2. Wer sich einer der beiden Prüfungen zu unterziehen wünscht, hat sich wenigstens 4 Wochen vorher schriftlich bei der Erziehungskanzlei anmelden, und, insofern er nicht Zögling des st. gallischen Lehrerseminars ist, außer einem kurzen Lebensabriß die nötigen Ausweise über Alter, Gesundheit, Studien, sittliches Verhalten und allfällig geleisteten Schuldienst beizufügen.

Bewerber, die das 18., beziehungsweise 19. Altersjahr nicht zurückgelegt haben, können nicht zur Prüfung zugelassen werden.

Art. 3. Die Zulassung zu den Prüfungen kann von der Erziehungskommission verweigert werden auf Grund unbefriedigenden sittlichen Lebenswandels,

mangelhafter Vorbildung, bedenklichen Gesundheitszustandes, auffallender körperlicher Gebrechen oder zweimaliger Rückweisung wegen ungenügenden Prüfungserfolges.

Über die Zulassung von Kandidaten auswärtiger Seminarien, die weder Kantonsbürger noch im Kanton niedergelassene Schweizerbürger sind, entscheidet der Erziehungsrat nach Maßgabe des jeweiligen Bedürfnisses.

Art. 4. In die Kompetenz des Erziehungsrates ist es gelegt, auch ohne Prüfung das Patent solchen kantonsangehörigen oder kantonsfremden Lehrern und Lehrerinnen zu erteilen, die sich über den Besitz eines dem st. gallischen gleichwertigen Patentzeugnisses zum mindesten mit der Mittelnote II (d. h. der zweitbesten Note), sowie über eine erfolgreiche Lehrtätigkeit von wenigstens 5 Jahren ausgewiesen haben.

Art. 5. Der Erziehungsrat nimmt an der Prüfung in der Weise teil, daß zur Leitung jeder Sektion, in welche die Examinanden geteilt werden, wenigstens ein Mitglied anwesend ist.

Der Präsident des Erziehungsrates setzt auf Vorschlag des Seminarkonvents das Programm der Prüfungen fest und trifft überhaupt alle nötigen Anordnungen.

II. Besondere Bestimmungen.

Art. 6. Die beiden Prüfungen bestehen aus einem mündlichen, einem schriftlichen und einem praktischen Teil.

Eine schriftliche Prüfung wird nebst der mündlichen in den Sprachfächern und in der Mathematik abgenommen; sie besteht in der Anfertigung eines Aufsatzes, resp. der Lösung von Aufgaben, und darf für jedes Fach 3 Stunden beanspruchen. Den Examinanden sind vom Examinator je 3 Themata zur Auswahl vorzulegen.

Die praktische Prüfung besteht in einer Probelektion mit Schülern der Übungsschule oder einer andern mehrklassigen Primarschule und in Probeleistungen in den Kunstfächern.

In der schriftlichen Prüfung dürfen nur ein französisches Wörterbuch für den französischen Aufsatz und die Logarithmentabellen für die Lösung der mathematischen Aufgaben verwendet werden; der Gebrauch anderer Hilfsmittel ist untersagt.

Art. 7. Am Ende des 3. Kurses wird geprüft in: Religion (Kirchengeschichte). — Psychologie. — Deutsch (Literaturkunde bis zur 2. Blüte, Phonetik, Sprachgeschichte in den Hauptzügen). — Französisch. — Geschichte (Allgemeine Geschichte). — Geographie. — Mathematik (Arithmetik und Algebra, Planimetrie, Stereometrie, Trigonometrie). — Naturkunde (Anthropologie und Hygiene, Zoologie, Botanik, Geologie und Mineralogie).

Am Ende des 4. Kurses wird geprüft in: Religion (Bibl. Geschichte des Alten und Neuen Testamentes, Methodik des Religionsunterrichtes). — Pädagogik. — Spezielle Methodik. — Deutsch (Literaturkunde von der 2. Blüte bis zur Gegenwart, Poetik, Stillehre, Grammatik). — Geschichte (Schweizer-Geschichte, Verfassungskunde). — Mathematik (Gewerbliches Rechnen, Volkswirtschaft, Buchhaltung, math. Geographie). — Naturkunde (Physik und Chemie). — Musik (1. Gesang: Vortrag eines selbstgewählten Liedes und eines zweiten a prima vista; 2. Instrumentalmusik: Vortrag einer einfachen Komposition im Umfange der 1. und 3. Lage auf der Violine oder eines Sonatinensatzes auf dem Klavier; 3. Allgemeine Musiklehre). — Schreiben. — Zeichnen. — Turnen.

Alles im Umfange des Lehrprogramms des st. gallischen Lehrerseminars mit Ausschluß unwesentlicher Einzelheiten.

Art. 8. Mit der mündlichen Prüfung in spezieller Methodik ist eine Probelektion zu verbinden. Für spezielle Methodik und die Probelektion wird eine Note erteilt unter der Bezeichnung: Praktische Lehrbefähigung. Bei der Feststellung dieser Note können, wenn der Prüfung eine Lehrtätigkeit vorangegangen ist, auch die hierüber vom Kandidaten eingereichten Zeugnisse berücksichtigt werden.

Die Themata für die Probelektionen werden am Vortag der Prüfungen durch das Los ausgeteilt, und es ist vom Examinanden beim Beginne der Lektion eine schriftliche Präparation vorzulegen.

Die schriftlichen Arbeiten in der zweiten Prüfung gelten zugleich als kalligraphische Probeleistung.

Für das Freihandzeichnen ist in $1\frac{1}{2}$ Stunden eine Skizze nach der Natur oder nach einem Kunstgegenstand zu entwerfen, für das geometrische Zeichnen in der gleichen Zeit eine Konstruktion aus dem Gebiete der Projektionslehre auszuführen.

Abiturienten von auswärtigen Seminarien haben ihre früher ausgeführten Zeichnungen in der zweiten Prüfung vorzulegen.

Zur Prüfung im Turnen gehört eine für den einzelnen Kandidaten 10 Minuten dauernde Probelektion.

Auf Wunsch eines Kandidaten wird in analoger Weise auch in einem fakultativen Fache geprüft, das Prüfungsergebnis im Lehrpatent vorgemerkt und bei der Bestimmung der Durchschnittsnote in Berücksichtigung gezogen.

III. Festsetzung der Prüfungsergebnisse und Erteilung der Patente.

Art. 9. Jedes an der Prüfung teilnehmende Mitglied des Erziehungsrates und jeder Examiner erhalten eine Tabelle, in deren Rubriken Name, Konfession, Alter, Wohn-, Bürger- und Bildungsort der Kandidaten, allfällige bisherige Anstellungen sowie die einzelnen Prüfungsfächer angegeben sind. In diese Tabelle werden die Prüfungsergebnisse eingetragen. Zur Bezeichnung der Prüfungsergebnisse dienen die ganzen und halben Noten von 1 bis 5. Die Noten haben folgende Bedeutung:

1 bedeutet sehr gut, 2 bedeutet gut, 3 bedeutet mittelmäßig, 4 bedeutet gering, 5 bedeutet sehr gering.

Art. 10. Die Fähigkeitsnoten für Religion, Pädagogik, Deutsch, Geschichte, Arithmetik, Geometrie setzen sich zusammen aus den Prüfungsnoten der ersten und zweiten Prüfung. Die Prüfungsnoten der beiden Prüfungen haben gleiches Gewicht; ergibt das Mittel einen Bruchteil, so wird es auf die erste Dezimale abgerundet.

Art. 11. Nach Vollendung der Prüfung findet die gemeinsame Festsetzung der Noten durch die anwesenden Mitglieder des Erziehungsrates und die Examinatoren statt. Als begleitend gelten hierbei die Zensuren, wie sie in unmittelbarem Anschlusse an jede Fachprüfung von dem leitenden Erziehungsratsmitgliede und dem Examiner aufgestellt worden sind. Dabei werden neben dem Ergebnis der Prüfung auch die Leistungen während der Schulzeit in billiger Weise in Betracht gezogen.

Hierauf wird für jeden Examinanden die Durchschnittsnote, d. h. das arithmetische Mittel sämtlicher Fachnoten, auf eine Dezimale abgerundet, ermittelt und über die Patenterteilung Beschluß gefaßt.

Art. 12. Für die Patenterteilung gelten folgende allgemeine Grundsätze:

1. Examinanden, welche die Durchschnittsnote 2,5 nicht erreicht haben, erhalten kein Patent und können nicht im st. gallischen Schuldienst verwendet werden. Dagegen ist es ihnen gestattet, frühestens nach Verfluß eines Jahres sich der Prüfung nochmals zu unterziehen; eine weitere Wiederholung der Prüfung ist unzulässig.
2. Die Examinanden müssen in den Fächern Pädagogik (Psychologie und theoretische Pädagogik), Praktische Lehrbefähigung (Spezielle Methodik und

Probelektion), Deutsch (Literaturkunde, Phonetik, Sprachgeschichte, Poetik, Stillehre, Grammatik), Deutscher Aufsatz, Geschichte (Allgemeine Geschichte und Schweizer-Geschichte), Geographie, Arithmetik (Arithmetik und Algebra, Gewerbliches Rechnen, Volkswirtschaft, Buchhaltung), Geometrie (Planimetrie, Stereometrie, Trigonometrie, Math. Geographie), Naturkunde (Anthropologie und Hygiene, Zoologie, Botanik, Geologie und Mineralogie), Naturkunde (Physik und Chemie), Musik (Gesang und Instrumentalmusik) mindestens die Note, resp. die Durchschnittsnote, 3 erhalten haben.

3. Wenn ein Examinand die Durchschnittsnote 2,5 erreicht hat, aber in einem oder mehreren der oben genannten Fächer eine geringere Note als 3 aufweist, so erhält er eine provisorische Lehrbewilligung für ein Jahr, muß aber in dem oder den betreffenden Fächern im nächsten Jahre eine Nachprüfung bestehen. In diesem Falle hat er, insofern er im Schreiben, Zeichnen, oder Turnen die Note $3\frac{1}{2}$ oder eine geringere erhielt, auch in diesem oder diesen Fächern eine Nachprüfung zu bestehen.

Art. 13. Die Patente für die Primarlehrer enthalten die Noten resp. die Durchschnittsnoten in allen einzelnen Fächern, wie sie sich aus den beiden Prüfungen ergeben haben, und die allgemeine Durchschnittsnote.

Patente und Lehrbewilligungen erhalten die Unterschrift des Präsidenten und des Sekretärs des Erziehungsrates.

Art. 14. Vorstehendes Regulativ, durch welches dasjenige vom 29. Dezember 1902/9. Januar 1903 ersetzt wird, soll in die Gesetzessammlung aufgenommen, im amtlichen Schulblatt veröffentlicht, besonders gedruckt und am Lehrerseminar studierenden Lehramtskandidaten, sowie andern Examinanden gratis verabfolgt werden.

Dasselbe tritt sofort in Kraft.

63. 7. Verordnung betreffend die Gehalte der Lehrer und Beamten an der Kantonsschule und am Lehrerseminar des Kantons St. Gallen. (Vom 29. Oktober 1907.)

Wir Landammann und Regierungsrat des Kantons St. Gallen, in Revision der Verordnung vom 20. Februar 1900, nach Antrag des Erziehungsrates,

verordnen was folgt:

Art. 1. Der feste Gehalt der Hauptlehrer an der Kantonsschule und am Lehrerseminar, die die reglementarische Stundenzahl erteilen, beträgt im Minimum 4000 Fr., im Maximum 5700 Fr. in der Weise, daß der Gehalt mit dem Minimum beginnt, nach Ablauf jedes Dienstjahres aber um 100 Fr. bis auf das Maximum ansteigt. Bei geringerer Stundenzahl findet eine entsprechende Reduktion des Gehaltes statt.

Doch kann der Regierungsrat nach vorausgegangener Begutachtung durch den Erziehungsrat neu angestellten Lehrern, mit Rücksicht auf deren Qualifikation, Lehrfach oder Dienstalter, einen höheren Anfangsgehalt aussetzen. Hierbei gilt als Regel, daß auf einer untern Schulstufe im Kanton oder auf gleicher Schulstufe in andern Kantonen geleisteter Schuldienst zur Hälfte angerechnet wird.

Ebenso kann der Regierungsrat, in Anerkennung langjähriger vorzüglicher Dienste oder um den Verlust tüchtiger Lehrkräfte zu verhüten, Gehaltserhöhungen bis auf das Maximum, eventuell auch Personalzulagen bewilligen, oder auch die reglementarische Stundenzahl herabsetzen.

Die den Seminarlehrern zukommende Amtswohnung wird bei der Fixierung des Gehaltes mit 900 Fr. berechnet.

Art. 2. Die zur Zeit an der Kantonsschule und am Seminar angestellten Hauptlehrer erhalten vom 1. Mai 1908 an eine Gehaltserhöhung von 200 Fr.

Art. 3. Den Gehalt der Religionslehrer bestimmt der Regierungsrat im Verhältnis zur Anzahl der ihnen überbundenen Lehrstunden, wobei, wie auch

für die Alterszulagen, die gleichen Ansätze gelten, wie für die Hauptlehrer. Den Religionslehrern am Seminar wird, insofern sie nicht in Rorschach wohnen, überdies eine angemessene Reiseentschädigung ausgerichtet.

Die zurzeit an der Kantonsschule angestellten Religionslehrer erhalten vom 1. Mai 1908 an eine Gehaltserhöhung von 200 Fr., diejenigen am Seminar eine solche von 100 Fr.

Art. 4. Hilfslehrer mit der Stundenzahl von Hauptlehrern erhalten je nach ihrem Lehrfache einen Gehalt von 3000 Fr. bis 4000 Fr. im Minimum und 3700 Fr. bis 4700 Fr. im Maximum, mit einer jährlichen Steigerung von 50 Fr. bis zum betreffenden Maximum.

Für die zurzeit angestellten Hilfslehrer dieser Kategorie tritt vom 1. Mai 1908 an eine Gehaltserhöhung von 100 Fr. ein.

Hilfslehrer mit geringerer Stundenzahl werden mit 150 Fr. bis 220 Fr. für die Stunde honoriert.

Art. 5. Die Entschädigung für sogenannte Überstunden beträgt 150 Fr. für die Stunde.

Art. 6. Der Rektor und der Konrektor der Kantonsschule und der Direktor des Lehrerseminars erhalten zu ihrem Lehrergehalte einen Amtsgehalt von 1000 Fr. Überdies ist ihr pflichtiges Stundenmaximum auf 20 ermäßigt.

Die drei anderen Mitglieder der Rektorskommission der Kantonsschule erhalten folgende Gehalte: der Ephorus der merkantilen Abteilung und der Aktuar der Rektorskommission je 600 Fr., das fünfte Mitglied 300 Fr. Für den Ephorus ist überdies das pflichtige Stundenmaximum auf 22 ermäßigt.

Der Jahresgehalt des Kantonsschulbibliothekars ist auf 500 Fr. angesetzt.

Die Stellvertretung für den Direktor und die Ökonomieverwaltung am Lehrerseminar werden nach Maßgabe der ihnen jeweiligen übertragenen Geschäfte honoriert.

Art. 7. Die Übernahme von Unterricht an andern Anstalten oder von Ämtern, zu deren Annahme nicht jeder Bürger gesetzlich verpflichtet ist, sowie auch der Betrieb von Nebenbeschäftigungen irgendwelcher Art, ist den Hauptlehrern an beiden höhern Lehranstalten nur mit Bewilligung des Erziehungsrates gestattet.

Art. 8. Diese Verordnung ersetzt diejenige vom 20. Februar 1900 und tritt mit dem 1. Mai 1908 in Kraft, sofern der Große Rat das Gehaltsbudget pro 1908 entsprechend erhöht.

64. s. Regulativ betreffend die Stipendien für Sekundarlehrer des Kantons Graubünden. (Vom 4. Oktober 1907.)

In Ausführung des Art. 12 der großrätlichen Verordnung für die bündnerischen Sekundarschulen vom 24. Mai 1907 erläßt der Kleine Rat mit Bezug auf die Verabreichung von Stipendien an Lehrer, die sich zu Sekundarlehrern ausbilden wollen, folgendes Regulativ:

§ 1. Stipendien werden nur an solche Lehrer abgegeben, die im Besitze eines Patenten sind und die zwei Jahre lang mit gutem Erfolg an einer bündnerischen Primarschule gewirkt haben.

§ 2. Der Bezug von kantonalen Stipendien verpflichtet den Bezüger zu einem Studium während mindestens zwei Semestern an einer höhern Lehranstalt.

Dabei steht es dem Bezüger von Stipendien frei, sich in sprachlich-historischer oder mathematisch-naturwissenschaftlicher Richtung weiter auszubilden. In jedem Falle ist die Ausbildung in der französischen oder italienischen Sprache unerlässlich.

§ 3. Wer sich um ein Stipendium bewerben will, hat bei Einreichung seines Gesuches seinen Studienplan bekannt zu geben und am Schlusse eines Semesters sich jeweilen durch die Einsendung eines Kollegienheftes oder einer gleich be-

deutenden Ausweisschrift über seine Studien auszuweisen. Gleichzeitig hat er vom Vorstand einer Gemeinde des Kantons einen Bürgschein nach gedrucktem Formular dem Erziehungsdepartement einzusenden. Mehr als vier Stipendien werden an den nämlichen Bewerber nicht verabfolgt.

§ 4. Jeder Lehrer, der kantonale Stipendien bezogen hat, ist verpflichtet, nach Vollendung seiner Studien in einer Gemeinde des Kantons in ununterbrochener Reihenfolge den Schuldienst an einer Sekundar- oder Primarschule so lange zu versehen, bis er seine Verpflichtungen gemäß den nachstehenden Bedingungen erfüllt hat.

§ 5. Jedem schuldienstpflichtigen Sekundarlehrer wird für jedes Dienstjahr der Betrag von Fr. 100 gutgeschrieben. Sobald die Abschreibungen den Gesamtbetrag der genossenen Stipendien erreicht haben, wird der hinterlegte Bürgschein erstattet.

§ 6. Dienstpflichtige Sekundarlehrer, die ihren Verpflichtungen gegenüber dem Kanton nicht nachkommen, haben den Betrag sämtlicher bezogenen Stipendien samt Zins à 4% vom letzten Bezugsdatum an gerechnet, nach Abzug der bereits amortisierten Raten, an den Kanton zu erstatten.

§ 7. Lehrer, die während ihres Schuldienstes sterben oder ohne eigene Verschuldung dienstunfähig werden, sind von jeder Nachzahlungs- oder Erstattungs-pflicht befreit.

§ 8. Die Rückzahlung der genossenen Stipendien kann vom Erziehungsdepartement verschoben werden:

- a. Wenn ein Lehrer durch Krankheit an der Ausübung seines Berufes verhindert ist;
- b. wenn sich ein Lehrer darüber ausweist, daß er trotz seiner Bemühungen keine Sekundar- oder Primarlehrerstelle erhielt.

In allen diesen Fällen ist der Lehrer verpflichtet, dem Erziehungsdepartement zu gehöriger Zeit, d. h. beim Eintritt dieser hindernden Umstände, Anzeige zu machen. Er bleibt aber nichtsdestoweniger zum Nachholen des Versäumten in einem der nächstfolgenden Jahre nach gleichen Grundsätzen verpflichtet.

Dem Kanton einmal erstattete Stipendien werden dem Lehrer nicht mehr zurückbezahlt, auch dann nicht, wenn derselbe nachträglich in den kantonalen Schuldienst zurückkehrt.

65. 9. Decreto legislativo circa revisione dello Statuto della Cassa di Previdenza dei docenti. (Tessin.) (12 dicembre 1907.)

Il Gran Consiglio della Repubblica e Cantone del Ticino, sulla proposta del Consiglio di Stato,

decreta:

1. L'istanza 11 aprile 1907 dell'Assemblea generale dei soci della Cassa di Previdenza del Corpo insegnante del Cantone Ticino non è accolta in quanto tende ad introdurre delle modificazioni nel proprio Statuto prima che sia scaduto il quinquennio fissato dall'art. 42 dello Statuto medesimo.

2. L'art. 2, § 2 di detto Statuto viene interpretato nel senso che tutti gli aumenti d'onorario senza distinzione sono soggetti alla trattenuta del 50% a favore della Cassa di Previdenza.

3. Così pure l'art. 3 deve intendersi nel senso che nell'onorario vanno comprese anche le prestazioni in natura quali l'alloggio ed il riscaldamento.

4. Il Consiglio d'Amministrazione della Cassa di Previdenza resta incaricato di stabilire il valore di dette prestazioni in natura formandone varie categorie, in cui possano essere raggruppati tutti i Comuni del Cantone.

5. Il computo degli aumenti d'onorario ottenuti da ogni singolo socio dopo la sua entrata nella Cassa Pensioni sarà fatto sulla base dei nuovi elenchi corretti e completati come ai dispositivi 3 e 4 di cui sopra.

6. Ogni socio è tenuto conseguentemente a versare alla Cassa:

- a. Il 3^o/_o come complemento di tassa d'entrata ed il 3^o/_o annuale sul maggior computo del suo onorario di cui ai suddetti dispositivi 3 e 4.
- b. Il 50^o/_o degli aumenti di cui al dispositivo 5 in un colle tasse annuali 3^o/_o in quanto gli aumenti stessi siano stati accordati prima dell'anno scolastico in corso 1907—1908.

7. Questi versamenti, in quanto non siano superiori a fr. 100, verranno effettuati mediante trattenuta sugli onorari o sui sussidi che lo Stato e la Confederazione verseranno ai Docenti stessi nel corrente anno scolastico 1907—1908.

8. Per le tasse arretrate di un importo superiore a fr. 100 il Consiglio d'Amministrazione resta autorizzato a stabilire delle convenzioni speciali coi membri interessati, in modo che le relative trattenute possano essere suddivise entro un maggiore periodo di tempo, non superiore però a tutto il p. v. anno 1909.

9. Occorrendo di dover liquidare la pensione ad un socio, il quale trovasi nel caso di cui al dispositivo precedente, prima che lo stesso abbia compiuto il versamento delle tasse dovute sugli aumenti arretrati, la Cassa resta autorizzata a prelevare la differenza a saldo sull'importo della pensione medesima.

10. La presente risoluzione, da comunicarsi all'Assemblea ed al Consiglio d'Amministrazione della Cassa di Previdenza, verrà pure pubblicata sul *Bollettino Ufficiale delle leggi*.

66. 10. Loi sur les augmentations de traitement des maîtresses d'écoles enfantines du canton de Vaud. (Du 18 novembre 1907.)

Le Grand Conseil du canton de Vaud, vu le projet de loi présenté par le Conseil d'Etat,

décète:

Art. 1^{er}. Les articles 72 et 73 du chapitre V, section III, de la loi du 15 mai 1906 sur l'instruction publique primaire, sont complétés par l'adjonction d'un art. 73^{bis} ainsi conçu:

Art. 73^{bis}. Les traitements des maîtresses pourvues du brevet prévu à l'art. 39, lettre d, de la dite loi, et qui dirigent une école enfantine ou semi-enfantine, sont augmentés, suivant les années de service, dans la proportion ci-après:

Après 3 ans fr. 35, après 6 ans fr. 70, après 9 ans fr. 105, après 12 ans fr. 140, après 15 ans fr. 175, après 20 ans fr. 200.

Ces augmentations sont à la charge de l'Etat et payées proportionnellement au temps de service pendant l'année.

Art. 2. Les années de service, antérieures à la mise en vigueur de la présente loi, seront prises en considération pour le calcul des augmentations.

Art. 3. Les maîtresses d'écoles enfantines non brevetées, qui auront dix ans de service dans les écoles publiques, lors de l'entrée en vigueur de la présente loi, sont mises au bénéfice de ses dispositions.

Art. 4. Le Conseil d'Etat est chargé de l'exécution de la présente loi, qui entrera en vigueur le 1^{er} janvier 1908.

67. 11. Loi sur les pensions de retraite des maîtresses d'écoles enfantines du canton de Vaud. (Du 18 novembre 1907.)

Le Grand Conseil du canton de Vaud, vu le projet de loi présenté par le Conseil d'Etat; vu l'art. 76 de la loi du 15 mai 1906 sur l'instruction publique primaire,

décète:

Art. 1^{er}. Les maîtresses des classes enfantines, qui possèdent le brevet prévu à l'art. 39, lettre d, de la loi sur l'instruction publique primaire du 15 mai 1906,

et qui comptent 30 années de service ou plus, ont droit à une pension de retraite calculée à raison de fr. 16 par année de service, jusqu'au maximum de fr. 480.

Art. 2. Celles qui, après dix ans de service au moins, se trouvent dans l'impossibilité de continuer leurs fonctions, pour cause de maladie ou d'infirmité contractée ou considérablement aggravée depuis leur nomination, ont droit à une pension de retraite calculée sur la même base.

Art. 3. Chacun des orphelins d'une maîtresse de classe enfantine a droit au cinquième de la pension de retraite dont la mère était jouissante ou à laquelle elle aurait eu droit en cas de maladie, jusqu'à ce qu'il ait atteint l'âge de 18 ans révolus.

Toutefois, la somme des pensions des orphelins ne peut excéder le montant de la pension dont la mère aurait bénéficié.

Art. 4. Les maîtresses de classes enfantines qui, hors le cas de maladie, quittent leurs fonctions avant d'avoir accompli leur trentième année de service, ainsi que celles qui sont destituées, perdent tout droit à la pension de retraite.

Art. 5. Le Conseil d'Etat peut accorder à la famille d'une maîtresse de classe enfantine, qui meurt avant d'avoir atteint dix ans de service, une indemnité qui ne dépassera pas, au maximum, la moitié du traitement legal, soit fr. 300.

Le Conseil d'Etat en décide dans chaque cas particulier et d'après les circonstances.

Il désigne les personnes qui ont droit à cette indemnité; celle-ci est insaisissable.

Art. 6. Les maîtresses de classes enfantines versent à la caisse de l'Etat, pour le service des pensions de retraite, une contribution annuelle de fr. 20.

Art. 7. Les dispositions qui précèdent ne seront pas applicables aux maîtresses faisant déjà partie d'une caisse de retraite communale.

Art. 8. Les années de service antérieures à la mise en vigueur de la présente loi seront prises en considération pour le calcul de la pension.

Toutefois, aucune maîtresse ne pourra prétendre à l'obtention d'une pension de retraite, avant d'avoir payé les contributions correspondant à dix années au moins.

Art. 9. Les maîtresses d'écoles enfantines non brevetées, qui auront dix ans de service dans les écoles publiques, lors de l'entrée en vigueur de la présente loi, sont mises au bénéfice de ses dispositions.

Art. 10. Un règlement sera arrêté par le Conseil d'Etat en vue de l'exécution de la présente loi.

Art. 11. La présente loi entrera en vigueur le 1^{er} janvier 1908.

Donné, sous le grand sceau de l'Etat, à Lausanne, le 18 novembre 1907.

68. 12. Reglement der Pensionskasse des Primarschul-Lehrpersonals des Kantons Wallis. (Vom 3. Juni 1907.)

I. Organisation.

Art. 1. Der Eintritt in die Ruhegehaltskasse ist für diejenigen weltlichen Primarschullehrer und -Lehrerinnen obligatorisch, deren provisorisches Patent nach dem 1. Januar 1907 ausgestellt wurde und die in den Primarschulen des Kantons Wallis Unterricht erteilen.

Art. 2. Für die Lehrer und Lehrerinnen, von welchen der Art. 3, litt. b, des Dekretes vom 24. November 1906 handelt, sowie für diejenigen, die gemäß

Art. 4 desselben Dekretes den Primarschullehrern und -Lehrerinnen gleichgestellt sind, wird der Beitritt freigestellt.

Art. 3. Jedes zum Eintritt in die Ruhegehaltsskasse verpflichtete Mitglied des Lehrpersonals wird auf Grund einer Mitteilung des Erziehungsdepartementes an den Kassier von Amts wegen eingeschrieben.

Art. 4. Mitglieder des Lehrpersonals, welchen der Eintritt in die Ruhegehaltsskasse freigestellt ist, werden für das erste Trimester des Anmeldejahres als beigetreten betrachtet, sofern sie in Gemäßheit des Art. 10 des Dekretes den Jahresbeitrag bezeichnen, den sie zu leisten übernehmen.

II. Austritt und Ausschluß.

Art. 5. Ein Mitglied des Lehrpersonals, das den Primarschulunterricht freiwillig aufgibt, wird, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Art. 8 des Dekretes, als ausgetreten betrachtet.

Art. 6. Ein Mitglied des Lehrpersonals, das gegen seinen Willen und ohne persönliches Verschulden seine bisherige Anstellung verliert und eine solche nicht wieder findet, wird, obwohl es nicht Unterricht erteilt, auf weitere vier Jahre als Mitglied der Ruhegehaltsskasse betrachtet und hat als solches während dieser Zeit seine Beiträge zu leisten.

Wenn dasselbe nach vier Jahren seine Lehramtstätigkeit nicht wieder aufnimmt oder während diesen vier Jahren nicht pünktlich seine Beiträge entrichtet, kommen für ihn von Rechts wegen die Bestimmungen des Art. 20 des Dekretes zur Anwendung.

Der Lehrer, der gegen seinen Willen und ohne sein Verschulden seine Anstellung verloren hat und nicht wieder sofort eine solche gefunden hat, wird, wenn er eine ihm in der Folge vom Staate angebotene Primarschul-Lehrstelle ausschlägt, als austretendes Mitglied betrachtet und, vorbehaltlich des Art. 8 des Dekretes, in Gemäßheit des Art. 18 behandelt.

Art. 7. Der vorhergehende Artikel ist auf den Lehrer anwendbar, der ohne sein Verschulden im Jahre der Erlangung des provisorischen Patenten keine lehramtliche Stelle findet.

Art. 8. Der Lehrer, welcher trotz Aufforderung die Bezahlung seines Beitrages verweigert, der nicht nach Maßgabe des Art. 10, Abs. 3, des Dekretes erhoben werden kann, wird, vorbehaltlich der Bestimmungen des Art. 28, litt. f, und 29 des Dekretes, von dem auf die Zahlungsverweigerung folgenden 31. Dezember an in Gemäßheit des Art. 18 des vorerwähnten Dekretes behandelt.

Art. 9. Der Ausschluß eines Mitgliedes der Pensionskasse wird demselben innerhalb Monatsfrist nach der betreffenden Beschlußfassung zur Kenntnis gebracht.

Art. 10. Der von der Kommission der Pensionskasse kraft des Art. 28 des Dekretes verhängte Ausschluß ist sofort dem Erziehungsdepartemente zur Kenntnis zu bringen, das seinerseits die nötigen Maßnahmen trifft, um das vom Kommissionsbeschlusse betroffene Mitglied vom Lehramte auszuschließen (Art. 7 und 28 des Dekretes).

III. Beiträge, Rückzahlungen und Pensionen.

Art. 11. Der zum Eintritt in die Ruhegehaltsskasse verhaltene Lehrer hat gemäß Art. 26 des Reglementes zu erklären, welcher der im Art. 10 des Dekretes vorgesehenen vier Klassen er anzugehören wünscht, und zwar vor Ende des Jahres, in welchem er seine Lehrtätigkeit beginnt. Nach Ablauf dieser Frist wird der Lehrer der letzten der vier Klassen, d. h. derjenigen von Fr. 30, zugeteilt.

Der Lehrer, dem die Beteiligung freigestellt ist, hat gleichzeitig mit der Beitrittserklärung oder im folgenden Trimester anzugeben, welcher Klasse er anzugehören wünscht, widrigenfalls er nach Ablauf dieser Frist von Amts wegen der 4. Klasse, d. h. derjenigen von Fr. 30, zugeteilt wird.

Art. 12. Die in Gemäßheit des Art. 12 des Dekretes zu leistende Staats-Subsidie und die Beiträge der Mitglieder sind im Laufe des Monats Januar an die Ruhegehaltskasse einzuzahlen.

Art. 13. Die Dienstjahre müssen vollständig erfüllt sein; jedoch kommt allfällig die Zeit, während welcher der Lehrer mit Zustimmung der höhern Schulbehörde seine lehramtliche Tätigkeit einstellen mußte, nicht in Abzug, sofern dieselbe nicht mehr als die Hälfte der Schuldauer ausmacht und der Lehrer an der Spitze seiner Schule geblieben ist. In diesem Falle kann der Stellvertreter in der Regel seine Aushülfsdienstzeit nicht als Gegenleistung für den von ihm verweigerten ordentlichen Jahresdienst in Anschlag bringen.

Art. 14. Die in den Art. 18, 19, 20, 21, 22 und 23 des Dekretes vorgesehenen Rückzahlungen werden spätestens im ersten Trimester nach Ablauf des Jahres, in welchem der Tod, der Austritt oder der Ausschluß der betreffenden Mitglieder erfolgt ist, bewerkstelligt.

Art. 15. Als erstes der 25 Dienstjahre wird dasjenige betrachtet, in dessen Verlauf das erste Schuljahr, während welchem der Lehrer geamtet hat, abschließt.

Art. 16. Wenn ein zum Eintritt in die Ruhegehaltskasse verhaltenes Mitglied nach acht Jahren nicht das definitive Lehrbefähigungs- oder ein anderes gleichwertiges Zeugnis erworben hat, werden ihm nach Maßgabe des Art. 18 des Dekretes seine Beiträge zurückbezahlt, und zwar im ersten Trimester nach Ablauf des Jahres, in welchem sein achttes effektives Dienstjahr abschließt.

Art. 17. Im Todesfall eines Mitgliedes, das trotz seiner 25 Dienstjahre und regelmäßigen Beitragsleistung seine Versetzung in den Ruhestand nicht angebeht und im Lehramte verblieben ist, greifen die Bestimmungen der Art. 20 und 22 des Dekretes Platz.

Art. 18. Der Lehrer, der nach 25 Dienstjahren sich in den Genuß der Pension setzen will, hat das daherige Begehren schriftlich und in Gemäßheit des Art. 32 des gegenwärtigen Reglementes einzureichen.

Art. 19. Die Pensionsberechtigung wird festgestellt durch den Besitz des definitiven Lehrbefähigungs- oder eines andern gleichwertigen Zeugnisses, das Dienstalter, die eingezahlten Beiträge, die Gesetzesbestimmungen und andern Rechtsmittel nach Maßgabe des Art. 29 des Dekretes.

Art. 20. Das Recht auf den Bezug der Pension ist erworben mit dem letzten Tage des Schuljahres, das die wenigstens 25jährige lehramtliche Tätigkeit des Mitgliedes im Kanton abschließt.

Art. 21. Die Pension läuft vom 31. Dezember des gleichen Jahres an und wird für jedes erfüllte Pensionsjahr je im darauffolgenden Monat Januar ausgerichtet. Bei Todesfällen, die das Aufhören der Ausrichtung des Ruhegehaltes zur Folge haben, werden eventuelle Ausstände im darauffolgenden Monat Januar ausbezahlt.

Art. 22. Hinterläßt das verstorbene Mitglied eine Witwe oder minderjährige Kinder (siehe Art. 17 des Dekretes), so wird die Pension an die Witwe ausgerichtet, sofern sie für den Unterhalt der Kinder aufzukommen hat. Ist das letztere nicht der Fall, wird die Pension zu einem Drittel an die Witwe und zu zwei Drittel an den Vormund oder an die mit dem Unterhalt der Kinder beladene Person verabfolgt. Von Fall zu Fall und je nach Umständen kann jedoch von dieser allgemeinen Regel abgewichen werden.

Art. 23. Wenn das verstorbene Mitglied nur minderjährige Kinder hinterläßt, wird in Gemäßheit des Art. 17 des Dekretes die Pension an deren Vormund oder an die mit deren Unterhalt beladenen Personen ausgerichtet.

Art. 24. Hinterläßt das verstorbene Mitglied eine Witwe und minderjährige Kinder, und stirbt die erstere, bevor die Pension während acht Jahren ausgerichtet worden, so wird dieselbe nach Maßgabe des Art. 17 des Dekretes und des vorhergehenden Artikels zugunsten der letzteren verabfolgt.

IV. Generalversammlung, Pensionskassa-Kommission.

Art. 25. Die Kommission wird jedes vierte Jahr vom Staatsrat und der Generalversammlung der Mitglieder der Pensionskasse ernannt (Art. 26 des Dekretes).

Art. 26. Der Amtsantritt der sowohl vom Staatsrate als von der Generalversammlung ernannten Mitglieder der Pensionskassa-Kommission erfolgt am Ende des Jahres ihrer Ernennung.

Art. 27. Die Pensionskassa-Kommission tritt auf Einberufung ihres Präsidenten alljährlich wenigstens zweimal zusammen.

Art. 28. Die Kommission wählt jedes vierte Jahr aus ihrer Mitte einen Sekretär und einen Kassier. Diese Ernennung erfolgt mit der relativen Mehrheit. Das Amt des Kassiers und des Sekretärs kann auf ein und dasselbe Mitglied vereinigt werden.

Art. 29. Die Kommission hat den ihr durch den Art. 28 des Dekretes vom 24. November 1906 auferlegten Obliegenheiten nachzukommen.

Art. 30. Sie überwacht die Dienstleistung des Kassiers und des Sekretärs.

Art. 31. Zur Gültigkeit der Kommissionsbeschlüsse bedarf es der Anwesenheit von wenigstens drei Mitgliedern.

V. Kassier und Sekretär der Kommission.

Art. 32. Der Kassier:

- a. nimmt Vormerk von der Beitragsklasse, für welche sich jedes Mitglied der Pensionskasse bei ihm einschreiben läßt. Falls das Mitglied trotz Aufforderung nicht die Klasse bezeichnet, wird dasselbe in Gemäßheit des Art. 11 des gegenwärtigen Reglementes durch den Sekretär von Amts wegen eingetragen;
- b. sorgt für den Einzug der Jahresbeiträge der Mitglieder und der Staatsbeiträge. Der jeweiligen von der jährlichen Staatsbesteuer an den Lehrer-gehalt in Abzug gebrachte Jahresbeitrag des Mitgliedes, sowie der Beitrag des Staates werden von diesem direkt an die Hypothekarkasse einbezahlt;
- c. verwaltet die Fonds der Pensionskasse und führt für jedes einzelne Mitglied genaue Rechnung;
- d. erstattet alle vier Monate den Kommissionsmitgliedern Bericht über den Stand der Kasse;
- e. übermittelt alljährlich auf den 1. Januar dem Präsidenten der Kommission der Ruhegehaltskasse ein Namensverzeichnis sämtlicher Mitglieder, mit gleichzeitiger Angabe, ob dieselben aktive, austretende oder pensionsberechtigten Mitglieder sind;
- f. bezeichnet dem Kommissionspräsidenten die von den Bestimmungen des Art. 6 des Dekretes betroffenen Lehrer;
- g. reicht der Kommission sein Gutachten ein über die Pensions- und Rückzahlungsbeträge, auf Grund des Kommissionsentscheides, für deren Zustellung. Die Zustellung der Pensionen und Rückzahlungen erfolgt auf unterschriebene Anweisung des Kommissionskassiers direkt durch die Hypothekarkasse;
- h. überwacht insbesondere die Vollziehung der auf die Jahresbeiträge, Rückzahlungen, Pensionen u. s. w. bezüglichen Bestimmungen des Dekretes vom 24. November 1906 und des gegenwärtigen Reglementes;
- i. schließt die Jahresrechnungen auf den 31. Dezember ab und stellt dieselben bis spätestens den darauffolgenden 1. Februar der Kommission zu.

Art. 33. Als Garantie für seine Geschäftsführung hinterlegt der Kassier beim Staatsrate, der über deren Annehmbarkeit zu erkennen hat, Sicherheitsausweise im Werte bis zu Fr. 2000.

Art. 34. Die Kommission kann, vorbehältlich der Bestimmungen des Art. 29 des Dekretes, den Kassier wegen Unregelmäßigkeiten seines Amtes entheben und sorgt für dessen Ersetzung. Die Amtsentsetzung erfolgt unvorgreiflich den andern im Strafgesetzbuche vorgesehenen Bestimmungen.

Art. 35. Der Kassier hat die Archive der Pensionskasse in Verwahrung und führt: *a.* Ein Hauptbuch; — *b.* ein Tagebuch; — *c.* ein Buch mit Talon für den Bezug der Jahresbeiträge und die Ausrichtung der Pensionen und Rückzahlungen; — *d.* ein Register für die Gutscheine; — *e.* ein Buch für die Jahresbeiträge; — *f.* ein Buch für die Pensionen; — *g.* ein Buch für Rückzahlungen; — *h.* ein Matrikelbuch, in welchem nebst dem Vor- und Geschlechtsnamen des Mitgliedes u. s. w. einzutragen sind: Das Datum seines provisorischen Patentes, dasjenige seines definitiven Lehrbefähigungs- oder eines andern gleichwertigen Zeugnisses, dasjenige seines Eintrittes in das Lehrpersonal, seines Austrittes, seines Ausschlusses und seiner Zulassung zum Bezuge der Pension.

Art. 36. Der Sekretär ist insbesondere beauftragt: *a.* Das Sitzungsprotokoll der Kommission abzufassen; — *b.* die Korrespondenz zu führen; — *c.* die Abfassung der Berichte, Gutachten u. s. w. der Kommission und im allgemeinen alle Schriftsachen zu besorgen, deren Führung nicht dem Kassier obliegt.

VI. Besondere Bestimmungen.

Art. 37. Die Mitglieder des Lehrpersonals, deren provisorisches Patent vor dem 1. Januar 1907 ausgestellt wurde und denen der Eintritt in die Ruhegehaltskasse freigegeben ist, haben ihren Beitritt vor dem 31. Dezember 1908 zu erklären. Nach Ablauf dieser Frist sind dieselben von den in den Art. 31 und 32 des Dekretes vom 24. November 1906 vorgesehenen Vergünstigungen ausgeschlossen.

Art. 38. Die vor dem 1. Januar 1907 geschuldeten Jahresbeiträge samt dem kapitalisierten Zinsrückstand sind in einem einzigen Wurf oder mittelst gleichwertigen Jahresraten zu entrichten. Diese Quantitäten dürfen die Zahl 5 nicht übersteigen und müssen vom Mitgliede bis spätestens den 31. Dezember 1907, 1908, 1909, 1910 und 1911 direkt an die Hypothekarkasse von Wallis einbezahlt werden.

Art. 39. Die Amtsdauer der im Jahre 1907 vom Staatsrate und von der Generalversammlung ernannten Kommission der Pensionskasse erlischt mit dem Ende der gegenwärtigen Legislaturperiode.

Art. 40. Vorläufig und bis zum Erlasse des im Art. 30 des Dekretes vorgesehenen Staatsratsbeschlusses setzt die Kommission selbst die Besoldung des Kassiers und des Sekretärs fest.

69. 13. **Règlement sur le stage dans les Ecoles primaires du canton de Genève.** (Approuvé par arrêtés du Conseil d'Etat du 17 mai 1904 et du 3 avril 1907.)

Chapitre premier.

Art. 1er. Tout candidat aux fonctions de régent, de régente, de sous-régent ou de sous-régente, doit avoir fait preuve d'aptitudes pédagogiques par un stage dans les écoles primaires publiques du canton de Genève.

Chaque année, le Département fixe le nombre des stagiaires et les désigne à la suite d'une inscription dont la durée est de quinze jours au moins et d'un concours entre les candidats inscrits.

Sont seuls admis à s'inscrire, les porteurs du diplôme de maturité de la section pédagogique du Collège de Genève ou du diplôme de capacité de la section pédagogique de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles. Toutefois, le Département peut accepter, au lieu des diplômes indiqués ci-dessus, des titres jugés par lui équivalents.

Les conditions du concours et l'organisation du stage sont déterminées par un règlement.

Le Conseil d'Etat fixe l'indemnité accordée aux stagiaires. (Loi, art. 48.)

Chapitre II.

Art. 2. Le concours pour l'entrée en stage a lieu chaque année, dans la règle au mois d'octobre.

Art. 3. Les candidats doivent être de nationalité suisse. Exception est faite pour les candidats de nationalité étrangère n'ayant pas atteint leur majorité et qui déclareront par écrit leur intention d'acquérir, dès qu'ils en auront la faculté, la nationalité suisse.

Art. 4. Le concours n'est accessible qu'aux candidats âgés de plus de 18 ans et de moins de 35 ans, au moment de l'inscription.

Art. 5. Une visite médicale, fait par l'un des médecins du Bureau de salubrité, a lieu avant le concours. Les candidats qui, d'après la déclaration du médecin, ne remplissent pas les conditions physiques jugées nécessaires, ne sont pas admis au concours.

Art. 6. Le concours comprend les épreuves suivantes:

- a. Une composition française sur un sujet d'ordre pédagogique. Cinq heures seront accordées aux candidats pour ce travail qui sera suivi, dans une autre séance, d'explications et de développements oraux donnés devant le jury par chaque candidat sur les idées exprimées dans la composition.
- b. Une lecture française expliquée. (Epreuve passée devant le jury.)
- c. Lecture d'un texte allemand très simple, avec traduction et compte rendu oral en allemand. (Epreuve passée devant le jury.)
- d. Explication d'un problème d'arithmétique aux élèves d'une classe primaire.

Art. 7. La moyenne générale obtenue par les candidats aux examens de maturité du gymnase et aux examens de capacité de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles entre pour une moitié dans le chiffre moyen attribué au concours et servant à déterminer le rang.

Art. 8. Il est, en outre, tenu compte de la valeur morale des candidats, de leur conduite et de leur travail pendant leurs études, d'après les renseignements fournis officiellement par MM. les Directeurs du Collège et de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles.

Art. 9. Deux listes de classement sont établies, concernant l'une les dames, l'autre les messieurs.

Art. 10. Tout candidat qui a échoué trois fois au concours ne peut plus se présenter.

Art. 11. Une Commission fonctionnant comme jury est chargée par le Département de lui présenter un rapport sur le concours et de lui soumettre la liste des candidats admis au stage. Cette commission est composée de neuf membres, et doit, en tous cas, comprendre le directeur du Collège, le directeur de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles et trois inspecteurs ou inspectrices.

Chapitre III.

Art. 12. Le stage commence immédiatement après le concours. Sa durée normale est d'une année scolaire. Dans cette durée est compris, pour les dames, le stage préliminaire d'un mois à l'école enfantine.

Art. 13. Pendant la durée du stage, les aspirants sont appelés à enseigner dans les divers degrés des écoles primaires genevoises, sous la surveillance des maîtres et maîtresses.

Ils sont placés successivement sous la direction de trois inspecteurs ou inspectrices au moins. Ces derniers fournissent à la commission prévue à l'article 16 des notes sur les aptitudes pédagogiques dont a fait preuve chaque stagiaire.

Art. 14. Les stagiaires sont astreints à suivre des cours normaux de langue française. En outre, les dames doivent suivre un cours de coupe; les messieurs un cours de travaux manuels. A ces cours, le Département a le droit d'en ajouter d'autres, s'il le juge nécessaire.

Les cours normaux ont pour objet l'*application* raisonnée des méthodes d'enseignement; ils ont pour base le programme des écoles primaires genevoises.

Dans la règle, ils ont lieu le jeudi matin.

Les stagiaires peuvent être appelés à faire à domicile des travaux pédagogiques sur les sujets traités dans les cours.

Art. 15. A la fin du stage, au mois de juin, les candidats sont appelés à donner une leçon (d'une $\frac{1}{2}$ heure au moins) sur un sujet rentrant dans le programme des écoles primaires genevoises.

Tous les candidats sont interrogés sur une même branche qui leur est indiquée trois jours à l'avance.

Il ne leur sera donné connaissance du sujet que vingt minutes avant l'ouverture de la leçon.

La commission constituée en vertu de l'article suivant détermine cette branche et fonctionne comme jury. L'épreuve est appréciée par un chiffre (maximum 10).

Art. 16. A la fin du stage, le Département charge une commission de lui proposer l'élimination définitive des candidats qu'elle juge insuffisants. Cette commission comprend le directeur du Collège, le directeur de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles, les inspecteurs et inspectrices et trois membres désignés par le Département.

Pour formuler le préavis motivé qu'elle adresse au Département, elle doit prendre comme base les éléments suivants: les notes fournies, *a.* par les inspecteurs et inspectrices, *b.* par les professeurs des cours normaux, *c.* par les maîtres et maîtresses des classes dans lesquelles ont fonctionné les stagiaires, *d.* le résultat de l'épreuve indiquée à l'art. 15.

Art. 17. Les candidats dont le stage est reconnu comme suffisant acquièrent le droit de postuler des fonctions dans l'enseignement primaire; ceux d'entre eux qui ne sont pas nommés sous-régents ou sous-régentes restent placés sous la direction des inspecteurs et sont répartis dans les diverses écoles de l'agglomération urbaine. Ils sont, en particulier, chargés des remplacements.

Les candidats non éliminés définitivement, mais dont le stage n'a pas donné des résultats considérés comme suffisants, peuvent demander à faire une seconde année de stage. Ils sont soumis aux mêmes obligations que les stagiaires de première année. A la fin de la seconde année, pour établir leur situation en application de l'article précédent, il n'est pas tenu compte des chiffres et notes obtenus par eux dans la première année de stage. Toutefois, les candidats de cette catégorie auxquels les inspecteurs et les inspectrices ont accordé une note suffisante pour la tenue de classe (voir art. 16, lettre *a*), peuvent n'être astreints qu'à refaire l'épreuve prévue à l'art. 15; dans ce cas la susdite note leur reste acquise. A la fin de la seconde année, si les résultats obtenus ne sont pas reconnus comme suffisants, les candidats seront éliminés définitivement.

Art. 18. Les stagiaires reçoivent une indemnité calculée à raison de 720 fr. par année.

Art. 19. Pour les cas non prévus par le présent règlement, les commissions désignées aux articles 11 et 16 devront statuer selon leurs compétences.

Art. 20. Le règlement pour le stage dans les écoles primaires des 26 novembre 1901 et 5 août 1902 ainsi que le règlement provisoire du 6 octobre 1903, fixant les conditions du concours pour le stage dans les écoles primaires du canton de Genève, sont abrogés.

VI. Hochschulen.

70. 1. Beschluß des Regierungsrates des Kantons Zürich betreffend Ergänzung des Reglementes für die Aufnahme von Studierenden an der Universität Zürich. (Vom 1. August 1907.)

Der Regierungsrat, nach Einsicht eines Antrages der Erziehungsdirektion und des Erziehungsrates,

beschließt:

I. Das Reglement betreffend die Aufnahme von Studierenden an die Hochschule in Zürich erhält in § 2 folgenden Zusatz:

Von den Absolventinnen der russischen Mädchengymnasien wird eine Aufnahmeprüfung in 4 Fächern verlangt, und zwar:

- a. Für das Studium der Rechte an der staatswissenschaftlichen Fakultät: Deutsch, Latein und zwei weitere Fächer nach Vereinbarung mit dem Rektor;
- b. für das Studium der Staats- und Handelswissenschaften an der staatswissenschaftlichen Fakultät: Deutsch, Mathematik, Latein und ein weiteres Fach nach Vereinbarung mit dem Rektor; Latein kann im Sinne des zweitletzten Absatzes des § 13 des Aufnahmereglementes ersetzt werden;
- c. für die Immatrikulation an die medizinische Fakultät und die zahnärztliche Schule: Deutsch, Latein, Mathematik und Physik;
- d. für die Immatrikulation an die I. Sektion der philosophischen Fakultät: Deutsch, Französisch, Latein und ein weiteres Fach nach Vereinbarung mit dem Rektor;
- e. für die Immatrikulation an die II. Sektion der philosophischen Fakultät: Deutsch, Mathematik, Physik, Latein; Latein kann gemäß § 13 des Aufnahmereglementes ersetzt werden.

II. Studierenden, denen das Rektorat bereits die Immatrikulation auf Grund anderer Prüfungsfächer, oder nach den bisher geltenden Aufnahmebestimmungen prüfungsfreie Immatrikulation zugesichert hat, werden von den vorstehenden Neuerungen nicht betroffen.

III. Diese Änderung des Reglementes tritt auf Beginn des Wintersemesters 1907/8 in Kraft. Sie ist im Amtsblatte wie im amtlichen Schulblatte bekannt zu geben.

IV. Mitteilung an das Rektorat der Hochschule und an die Erziehungsdirektion.

71. 2. Ordnung betreffend die Bibliothek des deutschen Seminars der Hochschule Zürich. (Vom 16. Juli 1907.)

§ 1. Die Bibliothek des deutschen Seminars steht unter der Verwaltung des von den Seminarleitern bestellten verantwortlichen Bibliothekars. Zu Beginn jedes Semesters wird für jeden Werktag mindestens eine Bibliothekstunde festgesetzt.

§ 2. Die Bibliothek steht allen Teilnehmern an den Übungen des deutschen Seminars unentgeltlich zur Benutzung offen.

Die Benutzung ist nur unter Aufsicht des Bibliothekars gestattet.

§ 3. Gegen schriftliche Empfangsbescheinigung können vom Bibliothekar Bücher — Wörterbücher und Lexika ausgenommen — an Mitglieder des Seminars ausgeliehen werden, doch in der Regel nicht mehr als 3 Bände auf einmal; die Lesefrist beträgt im Maximum 14 Tage.

§ 4. Die Ausgabe und Ablieferung der Bücher hat ausschließlich während der Bibliothekstunden zu geschehen.

§ 5. Ausgeliehene Bücher müssen unversehrt in die Hand des Bibliothekars zurückgeliefert werden; für den durch Nichtbeachtung dieser Vorschrift entstandenen Schaden haftet das betreffende Mitglied. Rücksendung der Bücher durch die Post ist zulässig.

§ 6. Bis spätestens 14 Tage vor dem offiziellen Schluß des Semesters müssen sämtliche ausgeliehenen Bücher dem Bibliothekar abgeliefert werden. Über die Ferien werden keine Bücher abgegeben; Ausnahmen bewilligt nur die Seminarleitung, und zwar nur in außerordentlichen Fällen.

§ 7. Zur Benutzung des Zettelkataloges ist nur der Bibliothekar berechtigt.

§ 8. Während der Bibliothekstunden ist jede laute Unterhaltung im Seminarzimmer zu vermeiden.

§ 9. Diese Bestimmungen treten an die Stelle der Ordnung betreffend die Bibliothek des deutschen Seminars der Hochschule Zürich vom 27. Oktober 1899.

72. 3. Reglement für das romanische Seminar an der Hochschule Bern. (10. August 1907.)

§ 1. An der Hochschule Bern besteht unter der Leitung des Professors der romanischen Philologie ein (romanisches) Seminar, welches die *wissenschaftliche*, d. i. sprachgsschichtliche und literaturhistorische und die *praktische* Ausbildung seiner Mitglieder in den romanischen Sprachen zum Zwecke hat.

§ 2. Dieses Seminar zerfällt in 3 Sektionen: 1. eine neufranzösische, 2. eine italienische, 3. eine altfranzösische, die sich zugleich mit den übrigen romanischen Sprachen und Literaturen beschäftigt.

§ 3. In den Übungsstunden des romanischen Seminars werden Sprach- und Literaturdenkmäler teils in sprachlicher und literarischer Hinsicht interpretiert, teils kursorisch gelesen und möglichst im Zusammenhange mit den theoretischen Vorlesungen praktische Übungen in der Handhabung der modernen Sprachen abgehalten.

§ 4. In erster Linie gelten diese Übungen dem Studium der französischen Sprache und Literatur. In zweiter Linie steht das Italienische, in dritter die übrigen romanischen Sprachen.

§ 5. Jeder immatrikulierte Hörer der Universität kann auf persönliche Anmeldung beim Vorsteher hin *außerordentliches Mitglied* des Seminars werden und verpflichtet sich dadurch für das betreffende Semester zur unausgesetzten Beteiligung an den Übungen der betreffenden Abteilung. *Ordentliches Mitglied* wird, wer während mindestens eines Semesters an den Übungen zweier Abteilungen aktiv teilgenommen und dem Seminar eine selbständige Arbeit in schriftlicher Ausführung zur öffentlichen Beurteilung eingereicht hat. Jedes ordentliche Mitglied ist des weitem verpflichtet, jährlich der einen oder andern Abteilung eine solche selbständige Arbeit zu liefern. Der Senior wird auf Grund der Seminaranciennetät vom Vorsteher ernannt.

§ 6. Zur Prämierung der besten schriftlichen Arbeiten der ordentlichen Mitglieder werden Preise von Fr. 100, Fr. 75 und Fr. 50, im Gesamtbetrag von höchstens Fr. 250 per Jahr aus dem Schulseckelfonds ausgesetzt. Die Zuerkennung derselben erfolgt durch die Direktion des Unterrichtswesens auf den motivierten Antrag des Vorstehers.

§ 7. Den Mitgliedern des romanischen Seminars ist im Einverständnis mit den betreffenden Lehrern die Anwesenheit in den einschlägigen Unterrichtsstunden am städtischen Gymnasium gestattet. Auf besondere Empfehlung des Vorstehers kann sie der betreffende Lehrer gelegentlich zum Unterricht unter seiner Kontrolle zulassen.

§ 8. Für das romanische Seminar wird eine Seminarbibliothek gegründet, welche, insoweit nicht andere, den Mitgliedern zugängliche Bibliotheken dieses

Bedürfnis befriedigen, enthalten soll: 1. unentbehrliche literarische Hilfsmittel allgemeinen Inhaltes, als: größere Wörterbücher und Grammatiken, literarhistorische Nachschlagewerke, fachwissenschaftliche Zeitschriften etc. etc.; 2. diejenigen Bücher, welche zu einer gründlichen Interpretation des für jedes Semester gewählten Übungsstoffes nötig sind, als: größere, komplette Ausgaben des betreffenden Schriftstellers, Monographien über denselben, Spezialwörterbücher etc. etc.; 3. zur Privatlektüre bestimmte Ausgaben der wichtigsten französischen und italienischen Schriftsteller. Zu diesem Zwecke werden für die 1. und 3. Sektion jährliche Kredite von je Fr. 125, für die 2. ein solcher von Fr. 125 ausgesetzt, aus welchen durch den Vorsteher die nötigen Bücher angeschafft werden. — Der Senior ist Bibliothekar.

§ 9. Jährlich erstattet der Vorsteher des Seminars über die Verhältnisse desselben der Direktion des Unterrichtswesens Bericht.

73. 4. Amtsordnung für den Universitätsgärtner der Universität Basel. (Genehmigt vom Erziehungsrat am 7. März 1907.)

§ 1. Der Universitätsgärtner wird nach erfolgter Ausschreibung der Stelle oder auf dem Wege unmittelbarer Berufung auf eine Amtsdauer von 6 Jahren vom Erziehungsrat auf den Vorschlag der botanischen Kommission gewählt (§ 17 des Gesetzes vom 12. November 1903). Die Bewerber haben vorzulegen:

1. Einen Lebenslauf.
2. Zeugnisse über eine Lehrzeit und mehrjährige Tätigkeit als Gehülfe in einer größeren Gärtnerei.
3. Zeugnisse darüber, daß sie mindestens 2 Jahre in einem botanischen Garten als Gehülfe gearbeitet haben und mit der Warmhauskultur und den besondern Anforderungen, die der wissenschaftliche Betrieb eines Gartens stellt, gründlich vertraut sind.

§ 2. Er steht unter der botanischen Kommission, zunächst unter dem Direktor der botanischen Anstalt, und hat sich in allen Angelegenheiten der Anstalt und seines Amtes zunächst an den Direktor der Anstalt zu wenden. Der Universitätsgärtner ist nicht befugt, unmittelbar mit einem Departement ohne Wissen des Direktors zu verkehren.

Beschwerden über den Direktor sind schriftlich dem Präsidenten der Kommission einzureichen.

Beim Antritt seines Amtes hat der Universitätsgärtner die gegenwärtige Amtsordnung zu unterschreiben und wird in Gegenwart der botanischen Kommission vom Direktor ins Handgelübde genommen.

§ 3. Er bezieht eine Jahresbesoldung von Fr. 2500—3500 und hat den Genuß freier Wohnung und Heizung. Die Besoldungszulagen steigen alle zwei Jahre um Fr. 200, so daß nach 10 Jahren das gesetzliche Maximum erreicht ist.

Die gegenseitige Kündigungsfrist ist ein Vierteljahr. Die Kündigung erfolgt auf Vorschlag der botanischen Kommission durch den Erziehungsrat.

Im Falle andauernder Dienstvernachlässigung oder Widersetzlichkeit gegen den Direktor kann die Kommission einen Verweis erteilen oder die Entlassung beantragen.

Im Falle unverschuldeter Dienstunfähigkeit hat er Anspruch auf Pensionierung nach den Bestimmungen des Pensionsgesetzes für die Staatsbeamten vom 22. Oktober 1888.

Er hat einer Kranken- und Unfallkasse beizutreten und erhält an die Prämie 50% aus der Anstaltskasse.

Die Eintrittsgelder in die Gewächshäuser (vergleiche Besuchsordnung des Gartens) werden in einer verschlossenen Büchse gesammelt und am Ende des Jahres folgendermaßen verteilt: Die eine Hälfte erhält der Universitätsgärtner, die andere die beiden Gehülfen zu gleichen Teilen.

§ 4. Er hat sich ausschließlich dem botanischen Garten zu widmen, und es ist ihm ausdrücklich untersagt, Arbeiten in andern Gärten zu übernehmen oder durch die Gehülfen und Arbeiter des botanischen Gartens verrichten zu lassen, oder Pflanzen von Partikularen zum Überwintern anzunehmen, oder Pflanzen und Sämereien des Gartens zu verschenken oder für eigene Rechnung zu verkaufen, oder die Topfgewächse zum Dekorieren bei festlichen Anlässen auswärts zu verwenden oder anderweitig auszuleihen. Über allzu starke Doublettenbestände verfügt die Kommission. Es ist nicht gestattet, mit Aquariumtieren zu handeln.

§ 5. Er ist von der botanischen Kommission beauftragt, laut Gesetz 2 Gehülfen und 2 Arbeiter, die vom Staate besoldet werden, anzustellen. Kündigungen innerhalb der ordnungsmäßigen Kündigungsfristen bedürfen nicht der Genehmigung des Direktors. Zur Entlassung eines Gehülfen oder Arbeiters gemäß § 23 der allgemeinen Dienstordnung ist die Zustimmung des Direktors erforderlich.

Die Gehülfen müssen gelernte Gärtner sein, die auch Kenntnis in der Warmhauskultur besitzen. Einer der Gehülfen muß unverheiratet sein, und hat freie möblierte Wohnung, Heizung und Beleuchtung im Gartengebäude; auch für einen zweiten Gehülfen steht eine solche Wohnung bereit.

Der Universitätsgärtner hat für die Instandhaltung und Reinigung dieser Gehülfezimmer zu sorgen und erhält dafür eine Entschädigung aus der Anstaltskasse. Kost zu geben, ist er nicht verpflichtet. Es ist nicht gestattet, unbenutzte Gehülfezimmer zu Privatzwecken zu verwenden.

Von den beiden Arbeitern wird gärtnerische Vorbildung nicht verlangt, jedoch ist es erwünscht, daß sie vorher mit Erdarbeiten sich beschäftigt haben.

Näheres über die Anstellungs- und Kündigungsbedingungen besagt die Ordnung für die Gehülfen und Arbeiter des botanischen Gartens, zu deren genauen Beachtung der Universitätsgärtner verpflichtet ist.

Wenn in besondern Fällen die Einstellung von Tagelöhnern wünschenswert ist, so hat der Universitätsgärtner dies beim Direktor zu beantragen. Ohne dessen Wissen und Zustimmung darf kein Tagelöhner angestellt werden. Die Tagelöhner werden aus der Anstaltskasse bezahlt. Die Löhne für Gehülfen und Arbeiter erhebt der Universitätsgärtner auf der Staatskasse, nachdem die Lohnliste von den Empfängern quittiert und vom Direktor unterschrieben ist. Die Löhne zahlt der Universitätsgärtner aus, am Ende des Monats. Die von den Gehülfen und Arbeitern zu zahlenden Beiträge für die Kranken- resp. Unfallkasse zieht der Universitätsgärtner am Lohn ab und übermittelt sie den Zahlstellen. Die Quittung hierüber ist dem Direktor vorzulegen.

Betriebsunfälle sind sofort dem Direktor anzuzeigen.

§ 6. Der Universitätsgärtner ist verpflichtet, den Garten und die Gewächshäuser, sowie die übrigen zu Zwecken des Gartens dienenden Lokalien (Schoppen, Überwinterungskeller etc.) stets sauber in Ordnung zu halten und mit seinen Gehülfen sämtliche gewöhnliche Arbeiten nach Anleitung des Direktors zu verrichten, nämlich das Reinhalten der Beete, Rabatten, Gruppen, Rasenplätze, Wege und Weiher, das Aussäen, An- und Umpflanzen, Begießen, Beschneiden, Düngen; ferner das Heizen, Bedecken, Lüften der Gewächshäuser, das Ein- und Ausräumen der Topfgewächse im Herbst und Frühling; das Einsammeln, Aufbewahren und Zurüsten der Sämereien für den Tauschverkehr und das Aufnehmen eines Verzeichnisses derselben für den jährlich zu druckenden Samenkatalog; das Schreiben der Etiketten, sowie das Instandhalten derselben und der Gerätschaften und was überhaupt zur Besorgung und gedeihlichen Pflege eines botanischen Gartens gehört.

Anderweitige Vorschriften können nur mit Genehmigung der Kommission aufgestellt werden.

§ 7. Größere Veränderungen in der Einteilung des Gartens, der Anlage und Bepflanzung der Beete, umfassende Umpflanzungen von Bäumen und Sträuchern dürfen nur auf Anordnung oder mit Genehmigung des Direktors geschehen.

§ 8. Zur Bestreitung der laufenden kleineren Ausgaben, die mit verständiger Sparsamkeit zu bemessen sind, erhält der Universitätsgärtner am 1. jeden Monats aus der Anstaltskasse einen Vorschuß, über dessen Verwendung am 1. des nächsten Monats, unter Vorlegung aller schriftlichen Ausweise, dem Direktor zu berichten ist. Die Rechnungen verbleiben bei den Anstaltsakten.

Für Ausgaben größeren Betrages (z. B. Anschaffung von Pflanzenkübeln, Gerätschaften, Materialien und Vorräten, Ankauf von Pflanzen etc.) ist stets zuvor die Bewilligung des Direktors einzuholen.

Forderungen, die in das nächstjährige Budget eingestellt werden müssen, sind bis Ende Mai dem Direktor vorzulegen.

§ 9. Der Universitätsgärtner hat dafür zu sorgen, daß der Garten niemals ohne gehörige Aufsicht ist, entweder durch ihn selbst, oder einen der Gehülfen; den Arbeitern oder fremden Personen darf die Aufsicht nicht übertragen werden. Die Sonntagsaufsicht ist nach § 7 der Dienstordnung für den Garten zu regeln und in angemessener Weise auszuüben.

Der Universitätsgärtner ist dafür verantwortlich, daß die Gewächshäuser außerhalb der Arbeitszeit verschlossen sind. Die Gartenpforte am Petersplatz soll immer geschlossen sein, ebenso das große Tor an der Schönbeinstraße. Die Pforte an der Schönbeinstraße soll das ganze Jahr hindurch 9 Uhr abends durch den Abwart der Anstalt geschlossen werden.

Ohne besondere Erlaubnis des Direktors darf sich der Universitätsgärtner niemals auf einen ganzen oder mehrere Tage vom Garten entfernen.

Er hat innerhalb der ersten fünf Amtsjahre Anspruch auf einen jährlichen Urlaub von 10 Tagen, während der nächsten fünf Jahre von 15 Tagen, später von 20 Tagen. Der Urlaub ist in den Sommerferien zu einer Zeit zu nehmen, wenn der Direktor anwesend ist. Der erste Gehülfe besorgt die Stellvertretung. Die Lohnauszahlung darf durch den Urlaub nicht betroffen werden.

§ 10. Es ist dem Universitätsgärtner nicht gestattet, ohne Erlaubnis der Kommission Teile des Gartens zum eigenen Nutzen (wie z. B. zum Gemüsepflanzen für den Hausbedarf) zu verwenden, noch sonst in irgend einer Weise über den Garten und die dazugehörigen Lokalien zu verfügen.

Das Wäschetrocknen im Garten ist nicht gestattet.

§ 11. Er ist verpflichtet, alle vom Direktor für den Unterricht verlangten Pflanzen zu kultivieren und dafür zu sorgen, daß diese Pflanzen in möglichst gutem Zustande und, wenn nötig, reichlich vorhanden sind. Pflanzen, die jährlich für bestimmte Vorlesungen gebraucht werden, hat er zu dieser Zeit bereit zu halten.

§ 12. Die Behörde behält sich vor, in dieser Amtsordnung solche Abänderungen zu machen, die ihr nach gewonnener Erfahrung als notwendig oder zweckmäßig erscheinen, und der Universitätsgärtner hat sich denselben zu fügen.

74. 5. Règlement de la Faculté de médecine de l'Université de Lausanne. (Du 16 janvier 1907.)

Chapitre premier. — Dispositions générales.

Art. 1^{er}. Le Conseil de Faculté se compose des professeurs ordinaires et extraordinaires, chargés de l'enseignement dans cette Faculté (art. 50 du règ. gén.).

Art. 2. Le bureau de la Faculté se compose du doyen, du vice-doyen et du secrétaire. Il est nommé pour 2 ans, à la fin du semestre d'été, et entre en fonctions le 15 octobre (art. 53, 54, 76 du règ. gén.).

Chapitre II. — Etudiants.

Art. 3. Les conditions d'immatriculation dans la Faculté de médecine sont celles de l'Université (art. 20—25 du règ. gén.).

Art. 4. Les „auditeurs“ qui désirent suivre un cours universitaire ou particulier doivent adresser une demande au professeur intéressé. La Faculté se réserve, sur la proposition de ce dernier, de limiter leur nombre.

Chapitre III. — Certificats. Grades. Examens.

A. *Certificats de cours.* — Art. 5. L'étudiant qui le désire reçoit à la fin du semestre un certificat de cours. Sur sa demande, il est admis à subir devant les professeurs respectifs des épreuves sur les branches qu'il a étudiées. Il paie par examen une finance de 5 francs.

Art. 6. Les certificats de cours et d'examens sont signés par les professeurs intéressés, puis sont transmis au Bureau de l'Université pour visa.

B. *Doctorat en médecine.* — Art. 7. Le grade de docteur en médecine est délivré à la suite d'examens et de la présentation d'une thèse. Ce grade, purement scientifique, ne donne pas le droit d'exercer la médecine en Suisse.

Art. 8. Pour être admis à subir les épreuves du doctorat, le candidat doit adresser au doyen de la Faculté une demande écrite, accompagnée d'une carte d'immatriculation à l'Université de Lausanne et d'un „curriculum vitæ“. Il doit en outre produire :

- a. *S'il a fait ses études secondaires en Suisse* : un diplôme de bachelier ès lettres ou ès-sciences, ou un certificat de maturité fédérale ;
- b. *S'il a fait ses études secondaires à l'étranger* : des certificats lui donnant le droit de faire des études de médecine dans son pays d'origine.

Art. 9. La Faculté peut dispenser de tout ou partie des examens les candidats qui, par des certificats ou des diplômes, justifient d'études équivalentes.

Art. 10. Les examens doivent être subis en trois séries indépendantes : 1^o Examens de sciences naturelles ; — 2^o Examens de sciences anatomo-physiologiques ; — 3^o Examens de sciences médicales proprement dites.

Le candidat doit présenter en outre, après le troisième examen, une thèse écrite dans l'une des trois langues nationales, témoignant de recherches ou d'observations personnelles. Le sujet de la thèse ne pourra être pris en dehors des branches enseignées à la Faculté de médecine.

Art. 11. Les épreuves ont lieu devant un jury composé des professeurs enseignants et présidé par le doyen ou un délégué, désigné par le bureau de la Faculté.

Deux professeurs, au moins, outre le président, doivent y assister. La durée des examens oraux est de 20 minutes pour chaque branche.

Art. 12. En cas d'empêchement de l'un des examinateurs, le doyen pourvoit à son remplacement.

Art. 13. La date des épreuves et le terme d'inscription sont annoncés par affiche au commencement de l'année. Le doyen fixe ces dates et convoque individuellement les examinateurs.

Art. 14. Les travaux écrits doivent être exécutés à huis clos, sans le secours d'aucun aide. Il est accordé au candidat 4 heures pour la rédaction de chaque travail.

Art. 15. Les travaux écrits doivent être appréciés et signés par deux examinateurs. En cas de divergence d'appréciation, l'avis du doyen sera requis.

Art. 16. Pour chaque épreuve, le candidat obtient une note exprimée en chiffres, suivant l'échelle 1 à 6, 6 correspondant à la note „très bien“.

Art. 17. L'examen est réussi quand le candidat a obtenu une moyenne de 3,5 au minimum. En outre, trois notes 3, deux notes 2 et une note 1 font échouer le candidat.

Art. 18. Le candidat qui se retire en cours d'examen, sans motif reconnu valable, est considéré comme échoué.

Art. 19. Un certificat est délivré au candidat pour chaque examen subi avec succès. Ce certificat mentionne les notes obtenues; il est revêtu de la signature du doyen de la Faculté et transmis au bureau de l'Université conformément à l'art. 6.

Art. 20. Le procès-verbal des examens est inscrit dans un registre spécial signé après chaque séance par les examinateurs et le doyen.

Le doyen fixe, sur le préavis du jury, le délai dans lequel le candidat échoué peut se présenter à nouveau; ce délai ne pourra pas excéder une année.

Le candidat qui a échoué trois fois ne sera plus admis à se présenter à l'examen.

Première série. — *Examen de sciences naturelles.* — Art. 21. Pour être admis à l'examen de sciences naturelles, le candidat doit avoir suivi les cours de physique, chimie, zoologie et anatomie comparée et botanique et avoir fréquenté le laboratoire de chimie.

Art. 22. L'examen comporte des épreuves orales sur: 1^o Chimie organique et inorganique; — 2^o Physique; — 3^o Zoologie et anatomie comparée; 4^o Botanique.

Deuxième série. — *Examens de sciences anatomo-physiologiques.* — Art. 23. Pour être admis à cet examen, le candidat doit avoir:

1^o Subi avec succès l'examen des sciences naturelles.

2^o Suivi les cours théoriques sur l'anatomie, l'embryologie, l'histologie et la physiologie, avoir fait au moins deux semestres de dissection, un semestre d'exercices pratiques de physiologie et un semestre de laboratoire d'histologie.

Art. 24. L'examen des sciences anatomo-physiologiques comprend:

1^o Un travail écrit sur l'une des quatre branches sous-mentionnées, tirée au sort.

2^o Des épreuves orales sur *a.* l'anatomie; — *b.* l'histologie; — *c.* l'embryologie; *d.* la physiologie.

Art. 25. Le résultat de l'examen est déterminé par la moyenne des cinq notes obtenues.

Troisième série. — *Examen de sciences médicales proprement dites.* —

Art. 26. Pour être admis à cet examen, le candidat doit:

1^o Avoir subi avec succès l'examen de sciences anatomo-physiologiques;

2^o Avoir suivi les cours suivants: pathologie générale, anatomie pathologique, pathologie interne et thérapeutique, pathologie externe, obstétrique, hygiène, parasitologie, médecine légale, psychiatrie, matière médicale et pharmacologie;

3^o Avoir suivi deux semestres au moins les cliniques médicale, chirurgicale, obstétricale et, un semestre, les cliniques ophtalmologique, infantile, psychiatrique, dermatologique, des maladies vénériennes et la polyclinique;

4^o Avoir pris part à un cours d'opérations chirurgicales, à un cours d'opérations obstétricales et à un cours d'autopsie.

Art. 27. L'examen de sciences médicales comprend une série d'épreuves écrites et une série d'épreuves orales.

Art. 28. Les épreuves écrites portent sur: 1^o la pathologie interne; 2^o la pathologie externe et 3^o l'hygiène.

Art. 29. Pour être admis aux épreuves orales, le candidat doit avoir obtenu une moyenne de 3,5 au minimum aux épreuves écrites.

Art. 30. Les épreuves orales portant sur: 1^o Pathologie générale et anatomie pathologique; — 2^o Pathologie interne et thérapeutique; — 3^o Pathologie externe; — 4^o Obstétrique et gynécologie; — 5^o Médecine légale; — 6^o Psychiatrie; — 7^o Hygiène; — 8^o Matière médicale et pharmacologie.

III. *Thèse.* — Art. 31. La thèse doit être remise au doyen, dans un délai maximum de 2 ans, après le troisième examen.

Art. 32. Une commission de deux membres, choisis par le doyen, examine la thèse. Chaque membre adresse au doyen un rapport écrit. Cette commission, présidée par le doyen, peut examiner le candidat sur le contenu de sa thèse.

Art. 33. La Faculté autorise l'impression, sur préavis des professeurs experts.

Art. 34. Le candidat remet au secrétariat de l'Université 150 exemplaires de sa thèse, imprimée dans un format spécial. Cette remise d'exemplaires doit avoir lieu, au plus tard, 6 mois après que l'autorisation d'imprimer a été donnée.

Art. 35. Les diplômes sont signés par le recteur de l'Université, par le doyen de la Faculté de médecine et le secrétaire de l'Université (art. 47 rég. gén.).

Art. 36. Le droit de grade exigé pour le doctorat est fixé à 450 francs, payables en mains du secrétaire-caissier de l'Université, au moment de l'inscription. Il est réduit à 200 francs pour les porteurs du diplôme fédéral de médecine.

Les candidats qui subissent leurs examens en trois séries paient 50 francs avant le premier examen, 100 francs avant le second, 200 francs avant le troisième et 100 francs à la présentation de la thèse. Le gradué paie en outre une somme de 5 francs au secrétaire-caissier, lors de la remise du diplôme, et donne au bedeau de l'Université une gratification de 10 francs (art. 84 et 90 régl. gén.).

Sur la part de la Faculté, il est prélevé un cinquième en faveur du doyen et une somme de 20 francs en faveur de chaque professeur désigné pour examiner la thèse du candidat. Le reste est réparti par le doyen entre les professeurs qui ont participé à l'examen, en tenant compte du temps qu'ils y ont consacré.

Art. 37. En cas d'échec, il est rendu la moitié de la finance payée pour l'examen.

Art. 38. La Faculté peut exceptionnellement proposer à l'Université de conférer le grade de docteur „honoris causa“ à des hommes distingués, qui ont rendu des services à la science médicale.

Chapitre IV. — Disposition transitoire.

Art. 39. Les personnes immatriculées à la Faculté de médecine avant le 25 juillet 1902 ne sont pas obligées de subir l'examen de sciences naturelles (premier examen de doctorat).

Ce règlement abroge les précédents et entre immédiatement en vigueur.

Appendice.

Les principaux objets d'enseignement de la Faculté de médecine sont:

a. Sciences propédeutiques:

1. La physique; — 2. la chimie inorganique et organique; — 3. la botanique; — 4. la zoologie et l'anatomie comparée; — 5. l'anatomie et la physiologie générales; — 6. l'anatomie humaine et la dissection; — 7. l'embryologie; — 8. l'histologie et la microscopie; — 9. la physiologie.

b. Sciences médicales proprement dites:

10. La pathologie générale; — 11. l'anatomie pathologique; — 12. la pathologie interne et la clinique médicale; — 13. la sémiologie; — 14. la pathologie externe et la clinique chirurgicale; — 15. La médecine opératoire; — 16. l'obstétrique et la clinique obstétricale; — 17. la gynécologie; — 18. l'ophtalmologie et la clinique ophtalmologique; — 19. les maladies vénériennes et cutanées; — 20. la psychiatrie et la clinique psychiatrique; — 21. la laryngologie et l'otologie; — 22. la chimie physiologique et pathologique; — 23. la matière

médicale et la pharmacologie; — 24. la thérapeutique; — 25. la toxicologie; — 26. la médecine légale; — 27. l'hygiène et la parasitologie; — 28. l'histoire de la médecine.

I. L'enseignement de la physique, de la chimie inorganique et organique, de la botanique, de la toxicologie, de la zoologie, de l'anatomie comparée, ainsi que de l'anatomie et de la physiologie générales, est donné aux étudiants en médecine par la Faculté des sciences. Les étudiants sont soumis pour ce qui concerne ces cours au règlement de la dite Faculté.

II. Le programme des cours de la Faculté de médecine est disposé de telle manière que le cycle des études propédeutiques puisse être parcouru en cinq semestres, et le cycle des études médicales proprement dites, en cinq semestres (règ. gén., art. 6).

III. Le prix des cours théoriques est fixé par le Règlement général (art. 33), à raison de 5 francs par semestre pour chaque heure hebdomadaire.

IV. Le prix des travaux pratiques et des cliniques est fixé comme suit:

Cours de dissection (pour l'hiver entier)	Fr. 70. —
Travaux embryologiques (un après-midi par semaine)	" 20. —
Travaux histologiques (deux après-midi par semaine)	" 30. —
Travaux au laboratoire de physiologie	" 20. —
Travaux d'histologie pathologique	" 25. —
Travaux au laboratoire de parasitologie	" 20. —
Travaux au laboratoire de chimie physiologique et pathologique	" 25. —
Technique histologique	" 15. —
Démonstration d'anatomie pathologique et cours d'autopsies	" 25. —
Clinique médicale	" 37. 50
Clinique chirurgicale	" 37. 50
Clinique obstétricale	" 25. —
Clinique ophtalmologique	" 20. —
Clinique des maladies cutanées	" 15. —
Clinique psychiatrique et psychiatrie	" 15. —
Clinique pédiatrique	" 10. —
Clinique laryngologique et otologique	" 20. —
Poli-clinique	" 20. —
Médecine opératoire (dont 5 fr. au domestique de l'amphithéâtre d'anatomie)	" 30. —
Cours d'opérations obstétricales	" 20. —
Répétition des opérations obstétricales	" 12. —
Cours d'ophtalmoscopie	" 10. —

75. 6. Supplément au Règlement de l'Université de Genève, Faculté de médecine, examens. (Arrêté du Conseil d'Etat du 11 juin 1907.)

Le Conseil d'Etat, vu l'article 160 de la loi sur l'instruction publique du 5 juin 1886; vu le préavis du Sénat universitaire; sur la proposition du Département de l'Instruction publique,

arrête:

1. De modifier comme suit les articles 21, 88, 90, 91 et 96 du Règlement de l'Université du 3 mars 1905:

Art. 21, 3^e alinéa. — Pour les examens de baccalauréat ès sciences médicales et de doctorat en médecine, une moyenne des notes inférieure à 3,5 exclut le candidat de l'admission à une nouvelle section d'examens ou, cas échéant, de l'obtention du diplôme. Il en est de même lorsque le candidat a reçu une note 2 ou deux notes 3.

Art. 88. — *Le premier examen* est oral; il comprend les branches suivantes: 1. La Physique; 2. La Chimie inorganique et organique; 3. La Botanique;

4. La Zoologie et l'Anatomie comparée. (Deux questions sur chacune des quatre branches.)

Pour cet examen il est donné 4 notes.

Le second examen comprend: a. Des épreuves pratiques; b. des épreuves orales.

Les épreuves pratiques portent sur:

1. L'anatomie humaine: Démonstration d'une préparation anatomique faite par le candidat et pour laquelle il lui est accordé 4 heures.

2. L'histologie et l'embryologie: Démonstration d'une ou de plusieurs préparations microscopiques, dont une au moins faite par le candidat et pour laquelle il lui est accordé un minimum de 2 heures.

3. La physiologie: Démonstration ou travail écrit sur une expérience faite par le candidat.

Les épreuves orales portent sur: 1. L'anatomie humaine; — 2. l'histologie et l'embryologie; — 3. la physiologie.

Pour être admis à l'examen oral, il faut avoir passé avec succès les épreuves pratiques. (Voir art. 21, alinéa 3.)

Pour les deux examens de baccalauréat ès sciences médicales, toutes les questions sont tirées au sort.

Un candidat refusé trois fois ne peut plus se représenter aux examens de baccalauréat en médecine.

(Voir le programme détaillé du baccalauréat ès sciences médicales.)

Art. 90. — Sont admis à postuler le grade de docteur en médecine: 1. Les bacheliers ès sciences médicales de l'Université de Genève; — 2. les personnes qui, par des diplômes ou des certificats, font preuve d'études jugées équivalentes par la Faculté; — 3. les médecins qui ont subi avec succès l'examen professionnel cantonal genevois ou fédéral suisse. (Voir art. 96.)

Art. 91. — Pour obtenir le grade de docteur en médecine, les candidats doivent subir trois séries d'épreuves.

Premier examen: Pour se présenter au premier examen, les candidats doivent justifier:

a. D'avoir fait au minimum neuf semestres d'études médicales.

b. D'avoir suivi des cours théoriques de pathologie générale et d'anatomie pathologique, d'anatomie pathologique spéciale, de pathologie chirurgicale générale, d'hygiène et de médecine légale.

c. D'avoir suivi les cours pratiques d'autopsie et de médecine opératoire.

Les épreuves de ce premier examen porteront sur les branches d'enseignement suivantes:

a. Pathologie interne, y compris les maladies des enfants, une question orale.

b. Pathologie externe, une question orale.

c. Hygiène, une question orale.

d. Médecine légale, une question orale.

e. Anatomie pathologique: 1. Une question orale; 2. une autopsie ou une démonstration de pièces; 3. démonstrations d'une ou de plusieurs préparations d'anatomie pathologique microscopique.

Deuxième examen: Pour se présenter au deuxième examen, portant sur les branches cliniques et de la thérapeutique, les candidats doivent justifier:

a. D'avoir fait au minimum dix semestres d'études médicales.

b. D'avoir suivi les cliniques médicale et chirurgicale pendant quatre semestres, dont deux avec pratique; et la clinique obstétricale et gynécologique pendant trois semestres, dont deux avec pratique.

- c. D'avoir suivi pendant un semestre au moins la polyclinique; les cliniques ophtalmologique, infantile, psychiatrique et dermatologique.
- d. D'avoir suivi un cours de matière médicale, de thérapeutique et d'art de formuler; et un cours d'opérations obstétricales.

Les épreuves qui composent ce deuxième examen portent sur les branches d'enseignement suivantes:

- a. Clinique médicale: Interrogation orale sur un ou plusieurs malades examinés extemporanément ou suivis pendant quelques jours.
- b. Clinique chirurgicale: Interrogation orale sur un ou plusieurs malades examinés extemporanément ou suivis pendant quelques jours.
- c. Clinique obstétricale et gynécologique: Interrogation orale sur un ou plusieurs cas d'obstétrique ou de gynécologie.
- d. Matière médicale, thérapeutique et art de formuler: Une question orale et deux prescriptions à formuler.
- e. Cliniques spéciales: Une épreuve orale théorique ou pratique portant, au choix du candidat, sur l'une au moins des spécialités comprises dans la scolarité obligatoire et enseignées par des professeurs ordinaires ou extraordinaires.

Pour les deux premiers examens de doctorat, chacune des branches fait l'objet d'une note unique.

Troisième examen: Présentation d'une thèse en langue française, allemande ou italienne, sujet laissé au choix du candidat. Cette thèse doit être admise par la Faculté sur le rapport écrit d'un jury nommé par elle ou du professeur de la Faculté de médecine sous la direction duquel le travail a été fait. Le candidat ne recevra le titre et le diplôme de docteur qu'après l'impression, dans un format déterminé, de sa dissertation, dont il devra déposer 200 exemplaires numérotés (art. 28).

Art. 90. — Les candidats au doctorat qui ont obtenu le diplôme de médecin cantonal genevois ou fédéral suisse sont dispensés des deux premiers examens de doctorat.

1. Pour être admis à présenter une thèse, ils doivent soumettre personnellement au Doyen les certificats de leurs examens et payer en mains du Secrétaire-Caissier une somme de 250 francs, dont 200 francs à titre de droit de graduation et 50 francs au fonds des prix de la Faculté de médecine. En cas d'insuccès, la moitié de la somme versée est remboursée au candidat.

2. D'approuver l'article additionnel suivant proposé par la Faculté de médecine et le Sénat universitaire:

„Le présent règlement sera appliqué aux étudiants qui ont été immatriculés dans la Faculté de médecine à partir du début de l'année universitaire 1906—1907.“

En outre, pourront être admis au bénéfice de ces dispositions, les étudiants qui en feront la demande en déclarant, par écrit, renoncer aux avantages que conférait aux porteurs du diplôme de doctorat en médecine de l'Université de Genève, la loi de 1895 sur l'exercice de la médecine, de la chirurgie et de la pharmacie.

3. De faire imprimer *in extenso* les articles 21, 88, 90, 91 et 96 du Règlement de l'Université avec les modifications apportées par le présent arrêté, ainsi que l'article additionnel qui y est annexé.

76. 7. Règlement de la Faculté des lettres et des sciences sociales de l'Université de Genève. Doctorat ès lettres, doctorat en sociologie, et doctorat en philosophie (1907.)

1. Doctorat ès lettres.

Art. 47 du règlement général. — Sont admis à se présenter aux épreuves du doctorat ès lettres: les licenciés ès lettres de l'Université de Genève et les

personnes en possession de titres ou de diplômes jugés équivalents par la Faculté.

Les épreuves sont les suivantes:

1. Publication, conformément à l'article 28, et soutenance d'une thèse, écrite en français ou en latin, sur un sujet choisi, au gré du candidat, parmi les matières enseignées par les professeurs de la Faculté des lettres et des sciences sociales.

2. Soutenance des propositions, générales et particulières, portant sur l'ensemble des études auxquelles se rapporte la thèse du candidat.

La thèse ne peut être imprimée qu'avec l'autorisation de la Faculté. Les propositions, après avoir été agréées par elle, seront imprimées en feuilles volantes, dont il sera remis cinquante exemplaires à la Faculté.

Les deux soutenances ont lieu le même jour, sauf empêchement majeur. Tous les professeurs de la Faculté y sont convoqués.

II. Doctorat en sociologie.

Art. 48 du règlement général. — Sont admis à se présenter aux épreuves du doctorat en sociologie: les licenciés ès sciences sociales ou ès sciences politiques de l'Université de Genève et les personnes en possession de titres ou de diplômes jugés équivalents par la Faculté.

Les épreuves sont divisées en deux séries, qui peuvent avoir lieu à la même époque ou à des époques différentes, et qui sont appréciées séparément.

Avant chaque série d'épreuves, le candidat verse la somme de 100 fr., dont la moitié lui est rendue en cas d'insuccès.

La première série consiste dans les épreuves suivantes:

1. Interrogation sur un des sujets d'étude qui figurent au programme de la licence ès sciences sociales, ou à celui de la licence ès sciences politiques (art. 46 quater), au choix du candidat.

2. Explication et discussion d'un texte. Le candidat soumettra à l'agrément de la Faculté une liste d'ouvrages se rapportant à deux des sujets d'étude qui figurent au programme du second examen de la licence ès sciences sociales ou à celui de la licence ès sciences politiques (art. 46 quater). Le sujet d'étude sur lequel aura porté l'épreuve 1 est exclu. La liste devra comprendre des ouvrages en deux langues, le français, et une des trois langues allemande, italienne ou anglaise, au choix du candidat.

3. Exposé oral, après deux heures de préparation, sur un sujet emprunté au même domaine que celui de la thèse. L'exposé sera suivi d'interrogations sur le sujet traité.

Cet exposé peut être remplacé, au gré du candidat, par l'explication, après une préparation de deux heures, d'un texte français pris dans le même domaine, d'après une liste établie par le candidat avec l'agrément de la Faculté.

Pour les candidats qui n'ont pas encore subi d'examen en langue française, l'épreuve 1 est remplacée par une composition écrite. Ils ne seront admis aux épreuves 2 et 3 que s'ils ont subi cette épreuve écrite avec succès.

La seconde série consiste dans les épreuves suivantes:

1. Publication conformément à l'art. 28 et soutenance d'une thèse en français sur un sujet choisi par le candidat dans le champ des études sociales.

2. Soutenance de propositions, générales et particulières, portant sur l'ensemble des sciences sociales.

Les dispositions relatives à cette seconde série d'épreuves sont identiques à celles des deux derniers alinéas de l'article 47, concernant le doctorat ès lettres.

III. Doctorat en philosophie.

Art. 49 du règlement général. — Sont admis à se présenter aux épreuves du doctorat en philosophie:

1. Les docteurs et les licenciés de l'Université de Genève;
2. Les bacheliers en théologie de cette Université;
3. Les personnes munies des deux diplômes de bachelier ès lettres et de bachelier ès sciences de l'Université de Genève;
4. Les personnes munies de diplômes équivalents. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur cette équivalence.

Les épreuves sont divisées en deux séries, qui peuvent avoir lieu à la même époque, ou à des époques différentes, et qui sont appréciées séparément.

Première série: 1. Un examen oral sur l'histoire de la philosophie.

2. L'ensemble des épreuves spéciales de la licence ès lettres, ordre de la philosophie¹⁾ (art. 42, § IV).

Sont dispensés de cette première série d'épreuves les licenciés ès lettres de l'Université de Genève (ordre de la philosophie). Pourront en être dispensés les personnes en possession de titres ou de diplômes jugés équivalents par la Faculté.

En s'inscrivant pour cette première série d'épreuves, les candidats payeront 50 fr. acompte sur les 200 exigés pour le doctorat. En cas d'insuccès, la moitié de cette somme leur sera rendue.

Seconde série: 1. Publication conformément à l'article 28 et soutenance d'une thèse en français ou en latin sur un sujet choisi par le candidat dans le champ des études philosophiques.

2. Soutenance de propositions, générales et particulières, portant sur l'ensemble des disciplines philosophiques.

Les dispositions relatives à cette seconde série d'épreuves sont identiques à celles des deux derniers alinéas de l'art. 47, concernant le doctorat ès lettres.

Nachtrag.

77. 1. Arrêté approuvant le règlement de l'Ecole supérieure de commerce de jeunes filles à Fribourg. (Du 16 février 1906.)

Le Conseil d'Etat du canton de Fribourg, vu son arrêté du 1^{er} août 1905, relatif à l'établissement de cours de commerce pour jeunes filles; vu la loi du 18 juillet 1882 sur l'enseignement industriel, littéraire et supérieur;

considérant:

L'Ecole supérieure de commerce de jeunes filles, établie cet automne, s'est ouverte dans les meilleures conditions. On peut bien augurer de son avenir;

Il y a lieu de pourvoir cette institution d'un règlement organique;

Sur la proposition de la Direction de l'Instruction publique,

Arrête:

Les dispositions suivantes sont adoptées et entreront en vigueur sous le titre de
Règlement du 16 février 1906 de l'Ecole supérieure de commerce de jeunes filles du canton de Fribourg.

¹⁾ Le candidat désignera, avec l'assentiment de la Faculté, trois branches de la philosophie et une période de l'histoire de la philosophie sur lesquelles devront porter les épreuves. Il fera également agréer par la Faculté le choix des textes qu'il doit expliquer et dont l'un au moins devra se rapporter à la période particulièrement étudiée en vue de l'examen.

Epreuves écrites. — 1^o Une composition sur un sujet de philosophie; 2^o Une composition sur une question d'histoire de la philosophie.

Epreuves orales. — 1^o et 2^o Explication de deux textes philosophiques en deux langues différentes, grecque, latine, française, allemande ou anglaise, au choix du candidat; 3^o et 4^o Deux interrogations de philosophie.

I. Organisation.

Art. 1^{er}. L'école supérieure de commerce de jeunes filles relève du Conseil d'Etat et est placée sous le contrôle spécial de la Direction de l'Instruction publique.

Art. 2. Le personnel enseignant est nommé par le Conseil d'Etat pour une durée de quatre ans. La nomination peut être précédée d'un concours.

Art. 3. L'école comprend trois années d'études.

Pour entrer en I^{re} année, les élèves doivent être âgées de 15 ans et justifier d'au moins deux ans d'études secondaires. L'admission des nouvelles élèves en II^{me} et III^{me} années est prononcée ensuite d'un examen destiné à prouver qu'elles ont les connaissances requises pour suivre avec fruit la classe qu'elles veulent fréquenter.

Art. 4. Les élèves régulières suivent tous les cours obligatoires. Les auditrices sont astreintes à un minimum de 12 heures de leçons par semaine, quelles que soient les branches choisies.

Art. 5. Les élèves qui n'habitent pas avec leurs parents doivent loger et prendre pension dans un convict approuvé.

Art. 6. Les élèves régulières acquittent une finance annuelle de 80 fr.; les auditrices versent 5 fr. par heure de cours hebdomadaire et par année; ces sommes sont payables au début du premier trimestre.

Art. 7. L'année scolaire commence la première semaine d'octobre et se termine la dernière semaine de juillet. En outre, les cours sont interrompus du 24 décembre au 3 janvier exclusivement, ainsi que pendant la quinzaine de Pâques.

Art. 8. Les leçons ont lieu entre 8 et 11 h. du matin et entre 2 et 6 h. de l'après-midi. Il est prévu un repos d'un quart d'heure à 10 h. et à 4 h.

Art. 9. Tout congé doit être précédé d'une demande d'autorisation, signée des parents ou du tuteur et adressée à la maîtresse surveillante. Les absences doivent être justifiées par les mêmes personnes.

Art. 10. L'école possède des collections de produits commerciaux, ainsi qu'une bibliothèque dont les ouvrages et les périodiques sont mis gracieusement à la disposition des élèves, particulièrement en vue de la préparation de rapports et de conférences.

II. Examens et diplôme.

Art. 11. Des compositions trimestrielles ont lieu en décembre et en mars. Un examen oral et écrit termine l'année scolaire. Les résultats en sont consignés dans les bulletins adressés par l'école aux parents des élèves. La note minimum 4 est exigée dans toutes les branches obligatoires pour la promotion dans une classe supérieure.

Art. 12. Les élèves régulières seules sont admises à subir l'examen de diplôme. Un jury est nommé à cet effet par la Direction de l'Instruction publique. L'examen porte sur le programme entier des trois années; il comprend, pour chaque branche, une épreuve écrite et une épreuve orale. La note minimum 4 est exigée pour toutes les branches obligatoires. Les degrés du diplôme sont *Très bien*, pour une note moyenne de 6 1/2 à 8; *Bien*, de 5 à 6 1/2, et *Assez bien*, de 4 à 5.

Art. 13. Le résultat de l'examen dans chaque branche est déterminé au moyen de notes indiquées par des chiffres dont la signification est: 8 = distingué, 7 = très bien, 6 = bien, 5 = assez bien, 4 = faible, 3 = insuffisant, 2 = mal, 1 = très mal, 0 = nul.

Art. 14. Le présent règlement entrera en vigueur dès sa promulgation.

Il sera publié par la voie de la *Feuille officielle*, imprimé en livrets et inséré dans le *Bulletin des lois*.

Donné en Conseil d'Etat, à Fribourg, le 16 février 1906.

78. 2. Schulordnung der Verkehrsschule St. Gallen. (Vom 16. Juli 1904.)

Wir Landammann und Regierungsrat des Kantons St. Gallen, in weiterer Ausführung des Großratsbeschlusses betreffend die Ausscheidung der Verkehrsschule und der höhern Schule (Akademie) für Handel, Verkehr und Verwaltung, vom 17. November 1903,

verordnen was folgt:

I. Die Schule.

Art. 1. Die Verkehrsschule hat die Aufgabe, den angehenden Beamten der öffentlichen Verkehrsdienste durch Vermittlung einer beruflichen Vorbildung und Erweiterung ihrer allgemeinen Bildung die Aneignung derjenigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu ermöglichen, welche ihnen in ihrer Berufstätigkeit unentbehrlich sind.

Art. 2. Die Anstalt besteht aus vier Fachschulen für Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Zollwesen, sowie aus einem Vorkurs.

Art. 3. Der Vorkurs bietet Kandidaten, deren Bildungsgang im allgemeinen zur Aufnahme in die Fachschule ausreichen würde, deren Vorbildung aber lückenhaft ist, Gelegenheit, die noch mangelnden Kenntnisse zu erwerben.

Art. 4. Die Verkehrsschule untersteht dem Regierungsrate des Kantons St. Gallen.

Die Aufsicht über die Anstalt führt unter dem Vorsitz des zuständigen Departementes eine vom Regierungsrate gewählte Aufsichtskommission von sieben Mitgliedern.

Die Leitung des Schulbetriebes besorgt der Direktor.

Um die Beziehungen der Schule zu den Verkehrsdiensten lebendig zu erhalten, können nach Gutfinden der Aufsichtskommission besondere Fachkommissionen eingesetzt werden.

Art. 5. Die vier Fachschulen haben je einen zwei Jahre umfassenden Unterrichtsgang, der für jeden Schüler obligatorisch ist.

Im Falle des Bedürfnisses kann der Unterrichtsgang bis auf drei Jahre ausgedehnt werden.

Art. 6. Der Vorkurs hat einen dem jeweiligen Ausbildungsbedürfnis der Teilnehmer angepassten Lehrgang.

Er hat den doppelten Zweck, Kandidaten, welche im Frühjahr in die Verkehrsschule einzutreten beabsichtigen, hierfür vorzubereiten, und Schülern, welche trotz ungenügender Vorbildung in einzelnen Fächern Aufnahme in die Verkehrsschule gefunden haben, die nötige Ergänzung des Wissens zu bieten.

Art. 7. Das Schuljahr beginnt jährlich Mitte April und endet nach den jährlichen Prüfungen in der zweiten Hälfte März.

Die Schule hält Ferien vom letzten Samstag Juli an sechs Wochen, über Weihnacht und Neujahr zwei Wochen und von den Prüfungen bis zum Beginn des neuen Schuljahres drei Wochen.

II. Die Schüler.

Art. 8. Der Eintritt von Schülern in die Fachklassen der Verkehrsschule findet in der Regel nur beim Beginn eines Jahreskurses statt.

Die Anmeldungen sind gemäß den jeweiligen Bekanntmachungen dem Direktor der Anstalt einzusenden. Denselben sind Geburtsschein, Schulzeugnisse und allfällige Ausweise über die Tätigkeit nach Verlassen der Schule beizulegen.

Spätere Anmeldungen werden zwar noch tunlichst berücksichtigt, unterliegen aber, wenn eine besondere Aufnahmeprüfung nötig wird, einer Gebühr von Fr. 10.—.

Art. 9. Jeder Angemeldete hat sich einer Aufnahmeprüfung zu unterziehen. Bei dieser werden zum Eintritt in den ersten Jahreskurs die Kenntnisse verlangt, welche durch den erfolgreichen Besuch von drei Klassen einer Sekundar-

schule erreicht werden können. Ausnahmsweise kann die Aufnahme schon nach dem Besuche von zwei Klassen stattfinden.

Bewerber um den Eintritt in den zweiten Jahreskurs haben den Besitz der im ersten Jahreskurs vermittelten Kenntnisse sowohl in den allgemeinen, als in den Berufsfächern nachzuweisen.

Die Schüler müssen der deutschen Sprache so weit mächtig sein, daß sie dem deutsch erteilten Unterricht mit Nutzen folgen können. Schüler, welche dieser Anforderung nicht genügen, haben im Vorkurs die ihnen mangelnde sprachliche Vorbildung nachzuholen.

Art. 10. Das Mindestalter für den Eintritt in die Fachklassen beträgt 15½ Jahre, das Höchstalter 23 Jahre für die Eisenbahn-, Post- und Zollabteilung und 20 Jahre für die Telegraphenabteilung.

Art. 11. Die Angemeldeten haben sich durch ärztliches Zeugnis nach Vorschrift der Schule über völlige körperliche Tauglichkeit, insbesondere über ungeschwächtes Hör- und Sehvermögen und für den Eintritt in die Eisenbahnschule außerdem über normalen Farbensinn auszuweisen.

Art. 12. Die Aufnahme in den Vorkurs kann bis Anfang November jederzeit erfolgen.

Zur Aufnahme ist ein Alter von mindestens 14½ Jahren erforderlich und eine Vorbildung, welche der in der zweiten Klasse einer Sekundarschule zu erwerbenden entspricht.

Der Lehrerkonvent bestimmt für jeden Schüler des Vorkurses, welche Fächer er zu besuchen und wie lange der Besuch eines Faches anzudauern hat.

Art. 13. Schweizer zahlen kein Schulgeld. Ausländer, die im Kanton wohnhaft sind, zahlen Fr. 50.—, Ausländer, die außerhalb des Kantons wohnhaft sind, Fr. 100.— Schulgeld im Jahr.

Art. 14. An Schulgeld für den Vorkurs zahlen Schweizer Fr. 5.— im Monat oder höchstens Fr. 20.— im Semester, Ausländer Fr. 15.— im Monat oder höchstens Fr. 60.— im Semester. Für die wöchentliche Einzelstunde ist Fr. 1.— per Monat zu bezahlen.

Art. 15. Lehrmittel und Schulmaterialien sind von den Schülern auf eigene Kosten zu beschaffen oder der Schule, wenn von ihr geliefert, zu vergüten.

Art. 16. Jeder Schüler ist zum regelmäßigen Besuch der durch den Stundenplan festgesetzten Unterrichtsstunden verpflichtet.

Dispensation kann einem Schüler nur in besondern, wohlbegründeten Fällen erteilt werden. Gesuche sind in den ersten zwei Wochen des Semesters einzureichen; solche, welche aus Gesundheitsrücksichten gestellt wurden, sind durch ein ärztliches Zeugnis zu belegen.

Art. 17. Ist ein Schüler durch Krankheit verhindert, die Schule zu besuchen, so hat er, wenn möglich sofort, spätestens aber beim Wiedereintritt sich durch ein ärztliches oder ein anderes glaubwürdiges Zeugnis auszuweisen.

Wenn ein zum Unterricht erscheinender Schüler diesen wegen Unwohlsein oder aus andern Gründen verlassen muß, so hat er beim Lehrer derjenigen Unterrichtsstunde, die er zuerst versäumt, persönlich die Erlaubnis zum Weggang einzuholen.

Für jede andere Unterbrechung des Schulbesuches ist zum voraus beim Direktor ein Urlaub nachzusuchen.

Art. 18. Zum Beginn und Schluß jeder Unterrichtsstunde wird mit der Glocke ein Zeichen gegeben.

Zwischen zwei Unterrichtsstunden findet eine Unterbrechung von 10 Minuten statt; um 10 und 4 Uhr wird dieselbe auf 15 Minuten erstreckt.

Art. 19. Jeder Schüler hat sein Logis, d. h. Wohn- und Kosthaus, in die vom Direktor geführte Liste eintragen zu lassen und Veränderungen unverzüglich anzuzeigen. Schüler, welche nicht bei ihren Eltern wohnen, können, wenn ein Logis unstatthaft befunden wird, unter Anzeige an den Inhaber der

väterlichen Gewalt, verhalten werden, dasselbe sofort zu verlassen, ohne daß eine Mitteilung der Gründe an den Logisgeber zu erfolgen hätte.

Auch Schüler, welche nur das Mittagessen außer dem Elternhause nehmen, sind zur Anzeige des Kostortes verpflichtet.

Das Logieren in Wirtschaften ist nur auf besondere Bewilligung des Direktors gestattet.

Art. 20. Alle Schüler haben mit Ausnahme der Ferienzeit das vorgeschriebene Abzeichen zu tragen.

Art. 21. Die Anstalt erwartet von jedem Schüler, daß er die Konfession der Mitschüler achte und sich jeder verletzenden Äußerung über die Übungen und Gebräuche der verschiedenen Konfessionen enthalte.

Art. 22. Die Schüler sind zu einem anständigen Betragen innerhalb und außerhalb der Schule, zu einem achtungsvollen Benehmen gegen Lehrer und Behörden, sowie zur genauen Befolgung aller getroffenen Anordnungen verpflichtet. Schüler, welche andauernd einen nachteiligen Einfluß auf ihre Mitschüler ausüben, werden von der Anstalt ausgeschlossen.

Auch während der Ferien haben sich die Schüler des guten Rufes der Anstalt würdig zu verhalten und sind für ihr Betragen verantwortlich.

Art. 23. Der mäßige Besuch von Wirtschaften ist Schülern, die das 17. Altersjahr vollendet haben und sich eines guten Verhaltens in und außer der Schule befleißigen, erlaubt. Der Lehrerkonvent kann hierfür bestimmte Wirtschaften bezeichnen.

Die Erlaubnis zum Wirtshausbesuch kann jedem Schüler wegen ungenügenden Leistungen oder als Disziplinarstrafe durch den Lehrerkonvent ganz oder teilweise entzogen werden.

Schüler, welche zur Unzeit, namentlich vormittags an Sonn- oder Werktagen, oder nachmittags vor Beendigung der Unterrichtsstunden, das Wirtshaus besuchen, oder abends nach 10 Uhr ohne Begleitung ihrer Eltern oder deren Vertreter außer ihrer Wohnung betroffen werden, werden strenge bestraft.

Das Kartenspiel in öffentlichen Lokalen, der Besuch von Tanzplätzen und die Teilnahme an Maskeraden u. s. w. ist aufs strengste verboten.

Allen Schülern unter 17 Jahren ist das Rauchen untersagt. Ältere Schüler haben sich im Schulhaus und dessen Umgebung des Rauchens zu enthalten.

Art. 24. Den Schülern des zweiten Jahreskurses ist es unter folgenden Bedingungen gestattet, Vereine zum Zwecke der Fortbildung oder der körperlichen Übung unter sich zu gründen, oder solchen beizutreten:

- a. Statuten und Mitgliederverzeichnisse, sowie Ort und Zeit der Zusammenkünfte sind beim Beginn des Schuljahres dem Direktor zuhänden des Lehrerkonventes zur Genehmigung vorzulegen. Der Direktor kann geeignete Lokale im Schulgebäude zur Verfügung stellen. Alle Veränderungen sind ihm sofort anzuzeigen.
- b. Das Tragen von Farben ist untersagt.
- c. Schüler des ersten Kurses dürfen nicht vor dem letzten Monate des Schuljahres zu den Zusammenkünften eingeladen werden.
- d. Wenn die Trimestermittelnote eines Schülers im Fleiße 2 oder darunter, im Fortschritte $2\frac{1}{2}$ beträgt, so ist der Beitritt zu einem Vereine unzulässig; ist er bereits Mitglied, so hat er sofort den Austritt zu nehmen. Schüler, die nicht die erste Sittennote erhalten haben, können vom Lehrerkonvente angehalten werden, jedem Vereine fernzubleiben.

Ein Verein, der sich den Anordnungen nicht fügt, oder Anlaß zu Störungen gibt, kann durch den Lehrerkonvent suspendiert oder aufgehoben werden.

Art. 25. Vernachlässigt ein Schüler seine Pflichten oder übertritt er die gegebenen Vorschriften, so erfolgt nach Umständen Anzeige an die Eltern, und es wird die als angemessen erachtete Strafe verfügt.

Art. 26. Für Beschädigung ist der Schüler ersatzpflichtig; ist dieselbe aus Mutwillen oder aus böser Absicht erfolgt, so tritt zur Entschädigung eine angemessene Buße.

III. Der Lehrkörper.

A. Die Lehrer.

Art. 27. Die Lehrer der Verkehrsschule werden in der Regel nach erfolgter Ausschreibung auf eine ordentliche kantonale Amtsdauer gewählt, ebenso die übrigen Angestellten. Sie erhalten über ihre Anstellungsverhältnisse einen Akt des Regierungsrates.

Art. 28. Jeder Lehrer wird für bestimmte Fächer angestellt, hat sich aber unter Umständen auch dem Unterricht in andern Fächern zu unterziehen, sofern ihm die Aufsichtskommission solche überträgt und seine Kenntnisse ihn dazu befähigen.

Art. 29. Die Lehrer sind in der Regel zur Erteilung von 27 wöchentlichen Unterrichtsstunden verpflichtet. Weitere Stunden können ihnen ausnahmsweise und gegen besondere Entschädigung übertragen werden.

Art. 30. Der Gehalt eines Hauptlehrers beträgt Fr. 3500.— bis Fr. 5000.— im Jahr; er steigt, wenn kein Anlaß zu Klagen vorliegt, jährlich um Fr. 100.—, bis das Maximum erreicht ist.

Der Hilfslehrer bezieht Fr. 150.— für die wöchentliche Unterrichtsstunde im Jahr; derselbe Ansatz gilt für Überstunden.

Art. 31. Die Familie (Gattin und Kinder) eines verstorbenen verheirateten oder verwitweten Lehrers hat auf den Gehalt für drei weitere Monate, vom Todestage an gerechnet, Anspruch.

Wenn ein Lehrer erkrankt, fällt die Entschädigung eines Stellvertreters bis auf 6 Monate dem Staate zur Last.

Art. 32. Die Erteilung von Unterricht an anderen Anstalten, sowie die Annahme anderer Anstellungen oder die Annahme öffentlicher Ämter ohne verfassungsmäßige Pflicht durch die Hauptlehrer ist ohne ausdrückliche Zustimmung der Aufsichtskommission nicht gestattet.

Art. 33. Die Lehrer stehen zunächst unter dem Direktor; sie haben sich seinen Anordnungen zu unterziehen und ihn in allen Verrichtungen zu unterstützen.

Art. 34. Jeder Lehrer ist pflichtig, das einzelne Fach vorschriftsgemäß zu behandeln und den Unterricht nach Stundenplan einzuhalten.

Änderungen und Verschiebungen im Stundenplan sind ohne ausdrückliche Bewilligung des Direktors nicht gestattet.

Art. 35. Gegen Schluß des Schuljahres hat jeder Lehrer über die Methoden seines Unterrichts, den in den einzelnen Fächern und Klassen erreichten Lehr-erfolg und die Erreichung des Lehrzieles an den Direktor zuhanden der Aufsichtskommission schriftlich zu berichten.

Art. 36. Die Lehrer führen genaue Absenzenverzeichnisse; nicht bewilligte und nicht entschuldigte Absenzen sind sofort dem Direktor anzuzeigen. In die Aufsicht über die Schüler außer der Unterrichtszeit haben sich die Lehrer zu teilen.

Art. 37. Die Strafkompetenz des einzelnen Lehrers erstreckt sich auf Zu-rechtweisung und Erteilung von Strafaufgaben oder Strafstunden. Über letztere ist ein Tagebuch zu führen, das im Lehrerzimmer aufliegt. Jede körperliche Züchtigung ist untersagt.

Art. 38. Bei Aufgabe von häuslichen Arbeiten haben die Lehrer gebührende Rücksicht auf die Anforderungen, die jeder von ihnen zu stellen berechtigt ist, zu nehmen, und sich an die durch den Lehrerkonvent zu treffende Verständigung zu halten.

B. Der Lehrerkonvent.

Art. 39. Der Direktor und die Hauptlehrer bilden zusammen den Lehrerkonvent. Die Hilfslehrer können zur Behandlung von Gegenständen, bei denen sie beteiligt sind, mit beratender Stimme beigezogen werden.

Den Vorsitz führt der Direktor.

Art. 40. Der Lehrerkonvent faßt Beschluß über die Aufnahme von Schülern und den Eintritt der Schüler des Vorkurses in die Fachschule, über die Beförderung vom ersten in den zweiten Kurs und die Entlassung von Schülern wegen ungenügender Leistungen — alles unter Vorbehalt der Zustimmung der Aufsichtskommission.

Er ordnet die Aufsicht über die Schüler und gewährt Urlaub von mehr als sechs Tagen, behandelt das Disziplinarwesen der Schule im allgemeinen und wichtigere Disziplinarfälle im besondern und stellt Antrag an die Aufsichtskommission die Wegweisung von Schülern.

Er stellt die Zeugnisse fest. Er macht Vorschläge über Einführung von neuen Lehrmitteln.

Er faßt Beschluß über die Anschaffungen für die Bibliothek gemäß besonderer Verordnung und innerhalb des Budgets.

Er begutachtet Anregungen, welche zur Hebung und Förderung der Anstalt gemacht werden, und behandelt die Fragen des innern Schulbetriebes.

Art. 41. Der Lehrerkonvent versammelt sich ordentlicherweise nach Beginn und vor Schluß eines Trimesters und außerdem, wenn die Geschäfte es erheischen, oder drei Hauptlehrer es verlangen. Er führt über seine Verhandlungen durch einen aus seiner Mitte gewählten Aktuar ein Protokoll.

Durch diese Konferenzen darf der Schulbetrieb nicht beeinträchtigt werden.

C. Der Direktor.

Art. 42. Dem Direktor liegt die unmittelbare Leitung der Schule nach bestehenden Vorschriften und gemäß besonderen Beschlüssen und Aufträgen der vorgesetzten Behörde ob. Er fertigt die Berichte und Anträge an dieselben aus. Amtliche Mitteilungen, welche die Schule betreffen, gehen durch seine Hand. Über Gesuche des Lehrpersonals, welche bei der dem Direktor übergeordneten Behörde eingehen, soll vor der Erledigung dessen Gutachten eingeholt werden.

Art. 43. Der Direktor erteilt den ihm zugewiesenen Unterricht und überwacht den Gang des Unterrichtes der übrigen Lehrer. Die Überwachung der Schüler ist ebenfalls zunächst seine Aufgabe, und er trifft die nötigen Anordnungen.

Er besorgt die Bekanntmachungen und das Anmeldewesen, sowie die damit verbundene Korrespondenz.

Er ordnet das Verfahren bei den Aufnahmsprüfungen und entwirft den Stundenplan; ferner trifft er die Anordnungen für die Schlußprüfungen.

Er führt die Kontrollen über den Bestand der Lehrer und Schüler, über das Absenzenwesen, sowie über die erteilten Zeugnisse.

Er kann Lehrern Urlaub bis auf zwei Tage, Schülern bis auf sechs Tage gewähren. Für längere Zeit ist der Urlaub für Schüler im Einverständnis mit dem Lehrerkonvent zu erteilen.

Wenn einzelne Stunden ausfallen, hat der Direktor dafür zu sorgen, daß die Klassen angemessen beschäftigt werden. Bei längerer Dauer der Abwesenheit eines Lehrers hat sich der Direktor mit dem Präsidenten der Aufsichtskommission über die zu treffenden Maßnahmen zu verständigen. Jeder Lehrer ist beim Ausfall einzelner Stunden zur unentgeltlichen Stellvertretung verpflichtet. Immerhin hat der Direktor darauf Bedacht zu nehmen, daß alle Lehrer möglichst gleichmäßig zu solchen Mehrleistungen herangezogen werden.

Er erteilt die Ermahnungen und Verweise an die Schüler, sowie an das Lehrpersonal. Auf Grund der Beschlüsse des Lehrerkonventes stellt er Antrag auf Ausschluß von Schülern; in dringlichen Fällen verfügt er sofort unter Einholung der Zustimmung des Präsidenten der Aufsichtskommission.

Der Direktor besorgt das Rechnungswesen der Schule gemäß besonderem Reglemente; er führt die Bücher, fertigt die Jahresrechnung und entwirft das Budget, für dessen Einhaltung er besorgt ist.

Der Direktor besorgt die Anschaffungen für die Bibliothek.

Er verwaltet die Reisekasse der Schüler, welcher sämtliche Bußen einverleibt werden, und legt über dieselbe der Aufsichtsbehörde jährlich Rechnung ab.

Der Direktor unterbreitet Anregungen über die Verwaltung und Ausgestaltung der Anstalt und über den Unterrichtsplan der Aufsichtsbehörde. Er verfaßt den Jahresbericht und sorgt nach dessen Genehmigung für angemessene Verbreitung.

Der Direktor überwacht den Unterhalt der Schulliegenschaft, die Lokalitäten, das Inventar und die Sammlungen.

Er leitet die Tätigkeit des Pedells, stellt das Dienstpersonal an und überwacht dasselbe.

Er besorgt alle weiteren zur direkten Leitung der Schule gehörigen Geschäfte.

Art. 44. Bei Verhinderung des Direktors funktioniert sein Stellvertreter. Durch Beschluß der Aufsichtskommission können demselben besondere Aufgaben überwiesen werden.

Zur Mithilfe bei den Bureauarbeiten können, soweit dies das Budget gestattet, die nötigen Hilfskräfte beigezogen werden.

IV. Die Behörden.

Art. 45. Die Aufsichtskommission überwacht im allgemeinen den Gang der Schule und macht Vorschläge über Betrieb und Ausbau derselben. Sie kann die Fachkommissionen zu ihren Verhandlungen beiziehen. Der Direktor hat in derselben beratende Stimme.

Die Mitglieder der Aufsichtskommission machen regelmäßige Schulbesuche und erstatten der Behörde über ihre Beobachtungen mündlichen Bericht.

Art. 46. Die Aufsichtskommission genehmigt den Stundenplan und entscheidet nach Anhörung der Lehrerschaft über die Beförderung von Schülern und die Einführung obligatorischer Lehrmittel. Über die Aufstellung von Reglementen, des Unterrichtsprogrammes und dessen Änderungen, der Jahresrechnung, des Jahresberichtes und des Budgets hat sie dem zuständigen Departemente zuhänden des Regierungsrates Bericht zu erstatten.

Art. 47. Die Aufsichtskommission macht dem zuständigen Departemente zuhänden des Regierungsrates Vorschläge für die Wahlen des Direktors und der Lehrer.

Anträge auf Nichtwiederwahl oder Entlassung sind ebenfalls von ihr zu stellen.

Zur Vertretung des Direktors bezeichnet sie einen Hauptlehrer der Verkehrsschule.

Art. 48. Einzelne Geschäfte können auf dem Zirkulationswege behandelt werden. Dringliche Angelegenheiten erledigt der Präsident der Aufsichtskommission unter Berichtgabe an dieselbe.

Art. 49. Der Vorstand des zuständigen Departementes hat insbesondere nachfolgende Befugnisse und Pflichten:

Er bereitet die Geschäfte des Regierungsrates vor und sorgt für den Vollzug von Beschlüssen dieser Behörden.

Er gewährt Urlaub bis auf 10 Tage an Direktor und Lehrer.

Er entscheidet über Schüleraufnahmen auf Vorschlag der Direktion und der Lehrerschaft, ebenso über die Entlassung und die Ausweisung von Schülern.

Er erledigt Reklamationen und Bewilligungen, sowie andere Geschäfte, für die keine besondere Instanz angewiesen ist.

Er erteilt schriftliche Verwarnungen.

Art. 50. Dem Regierungsrate stehen insbesondere folgende Aufgaben zu:

- a. Die Wahl der Aufsichtskommission und allfälliger Fachkommissionen;
- b. die Wahl und Entlassung des Direktors, der Haupt- und Hilfslehrer;

- c. die Genehmigung der Reglemente, des Unterrichtsprogrammes, des Budgets, des Jahresberichtes und der Jahresrechnung;
- d. die Erledigung von Stipendiengesuchen der Zöglinge;
- e. Beschlußfassung über Kauf und Verkauf, Pacht und Miete von Liegenschaften, sowie über den laufenden Unterhalt hinausgehender Reparaturen.
- f. die Gewährung von Urlaub über 10 Tage an Direktor und Lehrer.

79. 3. Arrêté revisant l'article 19 du règlement général pour les écoles primaires du Canton de Neuchâtel concernant le certificat d'études primaires. (Du 16 février 1907.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Neuchâtel, vu le préavis unanime de la Commission des examens en obtention du certificat d'études primaires de reviser l'article 19 du règlement général pour les écoles primaires; sur la proposition du Conseiller d'Etat, Chef du Département de l'Instruction publique,

arrête:

L'alinéa 4 de l'article 19 du règlement précité est révisé comme suit:

Elles comprennent:

1. Une dictée orthographique de 25 lignes au plus, tirées d'un auteur facile; le point final de chaque phrase est indiqué. Toutefois, il est facultatif au jury d'apprécier l'orthographe des candidats au moyen de la composition; dans ce cas, l'épreuve de la dictée est supprimée.

80. 4. Décret fixant la répartition des frais de l'enseignement secondaire au Canton de Neuchâtel. (Du 14 mai 1906.)

Le Grand Conseil de la République et Canton de Neuchâtel, sur la proposition du Conseil d'Etat et d'une Commission spéciale,

décète:

Art. 1^{er}. L'Etat subventionne comme enseignement secondaire l'enseignement secondaire proprement dit et l'enseignement classique.

Art. 2. Des établissements nouveaux d'enseignement secondaire ne peuvent être fondés que par décret du Grand Conseil ensuite de rapports présentés par le Conseil d'Etat.

Art. 3. La subvention de l'Etat est proportionnelle aux dépenses faites par les communes pour traitements du personnel enseignant et dirigeant des établissements d'enseignement secondaire.

Elle est égale au 40% de l'ensemble des traitements de toutes les écoles du canton, déduction faite des écolages payés par les élèves, et s'applique:

- a. Aux traitements du personnel dirigeant (direction et secrétariat) pour la totalité de ces traitements.
- b. Aux traitements du personnel enseignant jusqu'aux maxima suivants:

Villes (Neuchâtel, Le Locle, La Chaux-de-Fonds): Ecoles secondaires et classiques, traitement fixe fr. 3000; heure hebdomadaire fr. 150.

Gymnases communaux, y compris écoles supérieures de jeunes filles, traitement fixe fr. 3000; heure hebdomadaire fr. 200.

Autres communes: Ecoles secondaires, traitement fixe fr. 2000; heure hebdomadaire fr. 125.

Les communes ont la faculté d'augmenter, sous réserve de l'approbation du Conseil d'Etat, les traitements indiqués ci-dessus et d'accorder au personnel enseignant secondaire une haute-paie communale. — Elles ne reçoivent d'allocation de l'Etat ni pour les augmentations, ni pour la part de la haute-paie qui élèveraient les traitements au-delà des maxima fixés.

Art. 4. Le montant de la subvention de l'Etat est réparti aux communes qui sont le siège d'un enseignement secondaire reconnu par l'Etat.

Il est attribué aux communes qui possèdent des écoles secondaires une somme fixe de fr. 2000 à titre de subvention première et minimale.

La répartition du surplus est faite:

1. En prenant d'une part comme facteur actif:

a. L'ensemble des traitements à la charge des communes, moins les écolages payés par les élèves.

b. Le produit des taxes locales perçues en vertu des articles 1 et 4 de la loi sur les impositions communales.

2. En prenant d'autre part, comme facteur passif, la richesse locale représentée par le produit de l'impôt payé à l'Etat dans le territoire.

En conséquence, le montant des traitements payés, déduction faite des écolages, multiplié par celui des taxes locales et divisé par le produit de l'impôt direct de l'Etat perçu dans la localité, donne le nombre de points attribués à chacune des communes par la répartition de l'allocation.

Art. 5. Les Conseils communaux doivent présenter au Conseil d'Etat, avant le 15 septembre, les budgets de leurs écoles secondaires.

A défaut de cette présentation, l'allocation de l'Etat sera calculée sur les comptes de l'année précédente.

Le Conseil d'Etat présente au Grand Conseil, avec le budget de l'Etat, les tableaux des allocations en faveur de l'enseignement secondaire établis d'après les budgets de ces écoles, et prévise sur toute modification apportée par une commune à son budget scolaire de l'année précédente.

Art. 6. Les Conseils communaux doivent transmettre au Conseil d'Etat, jusqu'au 31 mars, les comptes des écoles secondaires, arrêtés au 31 décembre précédent.

Au moyen de ces comptes, le Conseil d'Etat détermine le chiffre définitif de l'allocation de l'Etat pour l'année écoulée.

Si les chiffres des comptes ne sont pas conformes au budget, la différence est réglée dans le prochain tableau.

Les communes ne reçoivent pas d'allocations de l'Etat pour les dépenses scolaires nouvelles votées par elles, qui ne figureraient pas au budget.

Les allocations votées par le Grand Conseil sont payées par trimestre.

Art. 7. Pour être admis à l'école secondaire, l'élève doit posséder le certificat d'études primaires ou subir un examen sur les branches principales de l'enseignement primaire.

Art. 8. Les communes qui ne possèdent pas d'école secondaire ont le droit de faire subir un examen préliminaire aux élèves de leur ressort qui se proposent d'entrer dans une école secondaire.

Cet examen se fait par les soins de la Commission scolaire du domicile de l'élève, en présence de l'inspecteur des écoles ou d'un délégué du Département de l'Instruction publique.

La commune payera, pour les élèves qui auront subi cet examen avec succès, l'écolage prévu au 5^{me} alinéa de l'article 9.

Art. 9. Toute école secondaire ou classique est ouverte à des élèves externes, c'est-à-dire à des élèves n'habitant pas le territoire de la commune qui est le siège de l'école.

Tout élève habitant le canton a le droit de fréquenter l'école secondaire la plus rapprochée de son domicile, ou celle à laquelle il peut le plus facilement et le plus rapidement se rendre.

Cependant, la commission d'une autre école peut l'admettre comme élève et, dans ce cas, l'astreindre à payer un écolage de cinquante francs au maximum.

Les élèves externes des classes non gratuites paient le même écolage que les élèves internes.

Pour les élèves externes des classes gratuites, la commune qui est le siège de l'école a le droit de se faire payer par les communes des domiciles des mêmes élèves, à titre d'écolage, une contribution de cinquante francs au maximum pour chaque élève.

Le taux des contributions peut varier entre les localités à raison de leurs charges et de la distance qui les sépare de l'école.

Les écolages se paient par semestre.

Art. 10. Les communes ne sont pas tenues de payer l'écolage d'un élève dont les parents n'habitent pas le canton, lorsque celui-ci entre à l'école secondaire dans une classe gratuite, à l'âge de 15 ans révolus; dans ce cas, l'écolage est dû par l'élève.

Art. 11. Le Conseil d'Etat statuera sur tout conflit qui pourrait s'élever entre les communes au sujet des contributions aux dépenses de l'enseignement secondaire.

Dispositions transitoires, abrogatoires et finales.

Art. 12. Afin de permettre aux communes de prendre les mesures budgétaires que nécessite la réduction de la subvention de l'Etat, cette réduction du 50 au 40% sera répartie sur une période de dix ans à raison de 1% par an.

Art. 13. Sont abrogées toutes dispositions contraires au présent décret, et notamment le décret du 25 mars 1891 fixant une nouvelle répartition des frais de l'enseignement secondaire.

Art. 14. Le Conseil d'Etat est chargé de pourvoir, s'il y a lieu, après les formalités du referendum, à la promulgation et à l'exécution du présent décret.

Art. 15. Le présent décret entrera en vigueur le 1^{er} janvier 1907.

81. 5. Décret portant revision de la loi sur l'enseignement professionnel au Canton de Neuchâtel, du 21 novembre 1898. (Du 12 juillet 1906.)

Le Grand Conseil de la République et Canton de Neuchâtel, sur la proposition du Conseil d'Etat et d'une Commission spéciale,

décète:

Art. 1^{er}. L'article 3 (alinéa 1) et l'article 7 de la loi sur l'enseignement professionnel du 21 novembre 1898, révisée le 20 novembre 1899, sont abrogés et remplacés par les articles suivants:

Art. 3 (alinéa 1). Des nouveaux établissements d'enseignement professionnel ne pourront être fondés que par arrêtés du Conseil général de commune, ratifiés par décret du Grand Conseil.

Art. 7. Le Grand Conseil accorde à chaque école professionnelle communale une allocation calculée à raison de 35% de ses dépenses pour traitements du personnel enseignant, déduction faite des écolages et des recettes diverses, et de 20% des dépenses pour matériel d'enseignement.

L'allocation du 35% pour traitements s'applique:

- a. Aux traitements du personnel dirigeant (direction et administration), pour la totalité de ces traitements.
- b. Aux autres traitements jusqu'au maximum de fr. 150 l'heure hebdomadaire.

Cette dernière restriction ne s'applique pas aux écoles professionnelles dont la durée des cours n'est pas annuelle.

Art. 2. Afin de permettre aux écoles professionnelles communales de prendre les mesures budgétaires que nécessite la revision de l'article 7, l'Etat continuera à subventionner les écoles existantes sur la base des dispositions actuelles pendant une période de dix ans à partir de 1907. Toutefois, il sera opéré chaque

année une réduction annuelle et progressive du 3^o/o sur cette allocation, de façon à ce que cette réduction atteigne en 1916 le 30^o/o de la somme à laquelle chaque école aurait droit en application de la loi du 21 novembre 1898, révisée en 1899 (en 1907: 3^o/o de réduction, en 1908: 6^o/o, en 1909: 9^o/o, etc). Pendant cette période, il ne sera tenu compte, pour le calcul de l'allocation, aux écoles logées dans des bâtiments subventionnés par l'Etat, que du 75^o/o du loyer admis à la subvention fédérale.

Art. 3. A partir de l'année 1907, les dépenses nouvelles résultant du développement des écoles professionnelles seront subventionnées d'après l'article 7 nouveau ci-dessus, de la loi sur l'enseignement professionnel du 21 novembre 1898, révisée le 20 novembre 1899.

Art. 4. Dès l'année 1917, toutes les allocations aux écoles professionnelles seront calculées sur la base de l'article 7 nouveau.

Art. 5. Le Conseil d'Etat est chargé de pourvoir, s'il y a lieu, après les formalités du referendum, à la promulgation et à l'exécution du présent décret.

82. 6. Règlement de l'Ecole normale cantonale de Neuchâtel. (Du 10 juillet 1906.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Neuchâtel, vu le décret du Grand Conseil du 21 novembre 1904, concernant l'Ecole normale cantonale; vu l'article 3 du règlement de la Commission consultative pour l'enseignement supérieur; entendu le Conseiller d'Etat, Chef du Département de l'Instruction publique,

arrête:

Chapitre Ier. — Organisation générale des études.

Art. 1^{er}. L'Ecole normale cantonale a pour but de préparer des jeunes gens des deux sexes à l'enseignement primaire et des jeunes filles à l'enseignement dans les écoles enfantines.

Elle est gratuite.

Art. 2. A l'Ecole normale sont annexées deux classes frœbeliennes d'application. Pour la pratique de l'enseignement primaire, les élèves sont introduits par les soins du Directeur dans les classes primaires de la ville.

Art. 3. L'Ecole normale comprend trois années d'étude.

Les classes sont mixtes.

Art. 4. L'âge d'admission est de quinze ans.

Sont admis sans examen:

En 1^{re} année: Les élèves qui sortent avec un certificat d'études satisfaisant de la 2^{me} ou de la 3^{me} année d'une école secondaire du canton qui n'a pas de section pédagogique.

En 2^{me} année, les élèves qui sortent avec un certificat d'études satisfaisant de la 3^{me} année de la section pédagogique d'une école secondaire du canton.

Art. 5. L'examen d'admission comprend une composition française, une dictée orthographique, un travail sur une ou plusieurs questions d'arithmétique, un dessin élémentaire à main levée, un examen oral sur la grammaire française, la géographie et l'histoire.

Art. 6. Tout élève qui, pendant ses études antérieures, a été dispensé d'une branche d'enseignement, pourra être appelé à subir un examen sur cette branche. Si l'examen est insuffisant, l'élève ne sera admis que conditionnellement.

Art. 7. La surveillance sanitaire de l'Ecole normale est remise à un médecin désigné par le Département de l'Instruction publique au commencement de chaque législature.

Ce médecin visitera au moins une fois par an les locaux occupés par l'Ecole. Il procédera au commencement du semestre d'été à l'examen de tous les élèves de l'Ecole. Le Directeur et l'institutrice surveillante l'assisteront dans cet examen.

Dans le courant de l'année il procédera à un examen général ou individuel des élèves, s'il le juge utile.

Le Directeur peut requérir une inspection générale ou l'examen médical d'un élève chaque fois que cela lui paraîtra nécessaire.

Si l'état de santé d'un élève exige des soins spéciaux ou son renvoi temporaire ou définitif de l'Ecole, le Directeur en informera immédiatement les parents.

Art. 8. L'année scolaire commence en avril.

Les vacances sont fixées par le Directeur après avoir pris l'avis du Département de l'Instruction publique.

Les classes d'application ont les mêmes vacances que l'Ecole normale.

Art. 9. Le plan d'études élaboré par la conférence des maîtres est adopté par le Département de l'Instruction publique sur le préavis de la Commission consultative pour l'enseignement supérieur.

Art. 10. Le tableau des leçons est arrêté par le Directeur avant le commencement de l'année scolaire.

Chapitre II. — Administration. — Direction.

Art. 11. La haute surveillance de l'Ecole normale cantonale est exercée par le Département de l'Instruction publique et par la Commission consultative pour l'enseignement supérieur, laquelle délègue à une sous-commission le devoir de visiter l'Ecole et de contrôler la marche des études.

Art. 12. Les autorités chargées de l'administration et de la surveillance immédiate de l'Ecole normale sont :

1. Le Directeur. 2. La Conférence des maîtres.

Art. 13. Le Directeur est nommé par le Conseil d'Etat. Il peut être choisi parmi les professeurs de l'Ecole normale.

Il est chargé de l'inscription et de la discipline des élèves, de la surveillance de l'enseignement et des mesures d'ordre intérieur à prendre.

Il administre le budget de l'Ecole.

Il adresse à la fin de l'année scolaire au Département de l'Instruction publique un rapport détaillé sur la marche de l'Ecole.

Il est secondé dans ses fonctions par l'institutrice surveillante. En cas d'empêchement il est suppléé par un membre du corps enseignant de l'Ecole désigné par le Département de l'Instruction publique.

Art. 14. La Conférence est formée des professeurs, de l'institutrice surveillante, des institutrices des classes annexes et des maîtres spéciaux siégeant sous la présidence du Directeur.

Elle se réunit au moins une fois par trimestre et chaque fois que trois maîtres au moins en font la demande.

Elle délibère sur les objets qui lui sont soumis par le Directeur ou par l'un de ses membres.

Elle arrête les promotions des élèves sur la base de trois bulletins trimestriels.

Art. 15. Le procès-verbal des séances de la conférence est rédigé à tour de rôle par les membres de la conférence, suivant l'ordre alphabétique.

Chapitre III. — Des élèves.

Art. 16. Outre des élèves réguliers, l'Ecole normale admet des auditeurs et des auditrices.

Les auditeurs et les auditrices paient trois francs par an pour chaque heure hebdomadaire de leçon.

Les auditrices qui ne suivent que les cours pratiques de la section fröebienne paient cinq francs par mois ou vingt francs pour un semestre.

Art. 17. Les élèves neuchâtelois et ceux qui sont originaires d'un autre canton suisse, mais dont les parents sont domiciliés dans le canton de Neuchâtel, peuvent être mis au bénéfice d'une bourse.

La demande de bourse est adressée au Directeur de l'Ecole. Elle doit être signée par l'élève, apostillée par son père ou sa mère ou son tuteur et accompagnée d'une recommandation de l'autorité communale du domicile de l'élève.

La première bourse est accordée à titre provisoire. Si le premier bulletin est insuffisant, les parents de l'élève y sont rendus attentifs par lettre du Directeur. Si le second bulletin est encore insuffisant, la bourse est supprimée pour la fin de l'année scolaire.

Un élève boursier non promu perd pour l'année suivante tout droit à une bourse.

Le maximum qui peut être accordé comme bourse est de fr. 300 pour les élèves domiciliés à Neuchâtel-Ville, de fr. 400 pour les élèves domiciliés dans la banlieue et de fr. 600 pour les élèves mis en pension à Neuchâtel.

Les bourses sont accordées pour une année par le Conseil d'Etat sur le préavis du Département de l'Instruction publique.

83. 7. Vorschriften für die Prüfung der physischen Leistungsfähigkeit der Stellungspflichtigen bei der Rekrutierung im Jahre 1907. (Vom 1. Mai 1907.)

Art. 1. Bei Anlaß der Rekrutierung im Jahre 1907 wird eine Prüfung der physischen Leistungsfähigkeit der stellungspflichtigen Mannschaft vorgenommen.

Art. 2. Dieser Prüfung haben sich alle Stellungspflichtigen zu unterziehen, die die pädagogische Prüfung zu bestehen haben, ausgenommen die, die infolge eines äußerlich sichtbaren Konstitutionsfehlers oder gemäß Weisung der sanitarischen Untersuchungskommission davon dispensiert werden müssen.

Art. 3. Von der physischen Prüfung dispensierte Rekruten (Art. 2) sind durch die sanitarische Untersuchungskommission mit einem Ausweis zu versehen, der den Dispensationsgrund enthält und den turnerischen Experten abzugeben ist.

Art. 4. Die Prüfung hat stets nach der sanitarischen Untersuchung und vor der Zuteilung der Diensttauglichen zu den Waffengattungen stattzufinden und erstreckt sich auf einen Weitsprung, das Heben eines Hantels und einen Schnellauf.

- a. Der Weitsprung ist mit beliebigem Anlauf und Aufsprung ohne Sprungbrett von deutlich markierter Aufsprungstelle aus auf weichem Boden auszuführen. Die Sprungweite von der markierten Aufsprungstelle bis zum Aufschlag der Absätze wird gemessen und auf 10 cm. genau eingetragen (2 m., 2,10 m., 2,20 m., etc.).

Wer das Sprungmal übertritt, erhält einen Abzug in der Notierung gleich der Größe des Übertretens. Erfolgt der Aufsprung vor dem Sprungmal, so wird nur die Strecke vom Sprungmal bis zur Niedersprungstelle notiert.

- b. Das Heben eines Hantels von 17 kg. Gewicht geschieht in mäßiger Grätschstellung langsam vom Boden zur Hochhalte mit hierauf folgendem langsamen Senken viermal mit dem einen und ohne Niederlegen des Hantels sofort viermal mit dem andern Arme. Es wird notiert, wie oft der Hantel links und rechts gehoben wurde.

Schwunghaftes Heben wird nicht gezählt.

- c. Der Schnellauf ist auf nicht schlüpfrigem Boden längs einer geraden möglichst horizontalen Strecke von 80 m. vorzunehmen. Die zum Durchlaufen dieser Distanz erforderliche Zeit wird mit Stecheruhr abge-

nommen und auf zwei Zehntels-Sekunden eingetragen (12,2, 12,4, 12,6 etc.). Der eine Experte steht mit der Stecheruhr bei der Abgangsstelle und gibt das Kommando zum Lauf, der andere Experte oder ein zuverlässiger Gehülfe steht am Ziel und gibt durch Senken des hochgehobenen Armes das Zeichen, wann der Läufer das Ziel passiert.

Die Wiederholung einer der unter *a*, *b*, und *c* genannten Übungen ist unstatthaft.

Alle Übungen sind im gewöhnlichen Schuhwerk auszuführen. Der Rock darf hierzu ausgezogen werden.

Art. 5. Die turnerischen Leistungen werden wie folgt gewertet:

a. Weitsprung.

Note 5 für eine Sprungweite unter 2 m.; — Note 4 für eine Sprungweite von 2 m. bis 2,50 m.; — Note 3 für eine Sprungweite von 2,50 m. bis 3 m.; — Note 2 für eine Sprungweite von 3 m. bis 3,50 m.; — Note 1 für eine Sprungweite von 3,50 m. und mehr.

b. Heben.

Note 5 für 0 oder 1 maliges Heben; — Note 4 für 2 oder 3 maliges Heben; — Note 3 für 4 oder 5 maliges Heben; — Note 2 für 6 oder 7 maliges Heben; — Note 1 für 8 maliges Heben.

c. Lauf.

Note 5 für erforderliche Zeit von mehr als 17 Sekunden; — Note 4 für erforderliche Zeit von 15,2 bis 17 Sekunden; — Note 3 für erforderliche Zeit von 13,2 bis 15 Sekunden; — Note 2 für erforderliche Zeit von 12 bis 13 Sekunden; — Note 1 für erforderliche Zeit unter 12 Sekunden.

Art. 6. Zur Vornahme der physischen Prüfung ernennt das schweiz. Militärdepartement für jeden Divisionskreis die nötige Zahl von ersten und zweiten Experten und Suppleanten. Der erstgenannte Experte jeder Division organisiert die Diensterteilung nach Anhörung der Wünsche seiner Kollegen. Die Einteilung ist dem Präsidenten der eidgenössischen Turnkommission zur Genehmigung vorzulegen und darauf dem Aushebungsoffizier der Division einzusenden.

Bei Verhinderung eines Experten hat der erstgenannte Experte für Stellvertretung zu sorgen unter Kenntnissgabe an den Präsidenten der Turnkommission.

Art. 7. Die Experten bezeichnen unter Genehmigung des Aushebungsoffiziers den Übungsraum, leiten die Prüfung, beurteilen die Leistungen und besorgen die schriftlichen Arbeiten. Sie tragen Zivilkleidung.

Art. 8. Für jeden Stellungspflichtigen (auch für die von der physischen Prüfung Dispensierten) ist ein besonderes Prüfungsblatt zu erstellen, welches enthält: Die Personalien, Angaben über bisherige turnerische Tätigkeit, die turnerischen Leistungen oder den Grund der Dispensation von der Prüfung, das Ergebnis der sanitärischen Untersuchung.

Jedes Blatt trägt eine Ordnungsnummer, die mit der auf dem pädagogischen Prüfungsblatt des gleichen Stellungspflichtigen übereinstimmen soll.

Art. 9. Die Personalien sind durch den Stellungspflichtigen selbst gleichzeitig mit denen auf dem pädagogischen Blatte einzutragen, unter Anwesenheit eines Turnexperten.

Die Ergebnisse der sanitärischen Untersuchung sind durch den Sekretär der sanitärischen Untersuchungskommission anzumerken.

Alle übrigen Rubriken werden durch die Turnexperten ausgefüllt.

Art. 10. Nach Beendigung der physischen Prüfung sind die Tabellen auszufertigen und die Noten in den für die Kantone bestimmten Ausweis einzutragen.

Ort der Aushebung:

Division.....

19.....

Pädagogische }
Kontrollnummer }

Turnerisches Prüfungsblatt.

Name:..... Vorname:..... Beruf:.....

Schulbesuch: Art	Ort	Bezirk	Kanton
a.
b.
c.
d.

Haben Sie in der Schule regelmäßig Turnunterricht genossen? Ja.*
Nein.*

Haben Sie in irgend einem Verein körperliche Übungen getrieben?
Ja.* Nein.*

Wenn Ja: a. In einem Turnverein? Ja.* Nein.* Wenn Ja: Wie lange?
..... Jahre; Monate.

b. In einem Sportverein? Ja.* Nein.* Wenn Ja: Wie lange?
..... Jahre; Monate.

c. Im militär. Vorunterricht? Ja.* Nein.* Wenn Ja: Wie
viele Kurse?

Turnerische Leistungen:

Note

1. Weitsprung: m.
2. Heben: links mal; rechts mal
3. Schnellauf: Sekunden

Von der Turnprüfung ganz* oder teilweise* dispensiert wegen:

Ergebnis der sanitärischen Untersuchung:

Tauglich.* Zurückgestellt.* Untauglich.*

Wenn „zurückgestellt“ oder „untauglich“: Angabe der Nummer der
„Spezifikation der Dienstbefreiungsgründe“ (siehe Instruktion über die
sanitärische Beurteilung der Wehrpflichtigen vom 2. September 1887,
Seite 98). Dienstbefreiungsgrund: Nr.....

NB. * Das zutreffende Wort ist zu unterstreichen.

Art. 11. Prüfungsblätter und Tabellen sind nach sorgfältiger Verifikation
täglich dem erstgenannten Turnexperten der Division einzusenden, der sie nach
Beendigung der Aushebung dem eidg. statistischen Bureau abliefern.

Art. 12. In jedem Divisionskreise erstattet der erstgenannte Experte inner-
halb Monatsfrist nach dem letzten Rekrutierungstage Bericht nach Formular
und sendet ihn an den Präsidenten der eidgenössischen Turnkommission zuhanden
des schweiz. Militärdepartementes.

a. Primarschule, Gemeindeschule, Erweiterte Oberschule, Regionalschule, Anstalt, b. Sekundar-, Bezirks-, untere Klassen
der Kantons-, Real- oder Industrieschule oder unteres Gymnasium. c. Obere Klassen der Gymnasien und Realschulen,
Technikum, Seminar, Hochschule. d. Fortbildungs-, Bürger-, Handwerker- oder Rekrutenschule, Berufsschule.

Art. 13. Hanteln, Stecheruhren und sonstige Prüfungsgegenstände bleiben in jedem Divisionskreise in Verwahrung des erstgenannten Experten.

Art. 14. Die statistische Bearbeitung der Prüfungsergebnisse ist Aufgabe des eidg. statistischen Bureaus.

Art. 15. Die ersten Experten beziehen ein Taggeld von Fr. 18, die zweiten Experten ein solches von Fr. 15 und beide die reglementarische Reiseentschädigung.

Art. 16. Das schweiz. Militärdepartement behält sich vor, durch eine besondere Abordnung vom Gange der turnerischen Prüfung Einsicht nehmen zu lassen.

Art. 17. Diese Vorschriften werden der Abteilung für Sanität, dem Oberkriegskommissariat, dem eidg. statistischen Bureau, den Aushebungsoffizieren, den Aushebungsärzten, den Kreiskommandanten, den pädagogischen und turnerischen Experten zugestellt.

Inhalt

der Bände der schweizerischen Schulstatistik 1894/95.

REGISTRE DE LA STATISTIQUE SCOLAIRE 1894/95

von Dr. **A. Huber.**

I. Band. — I^{er} volume.

Organisationsverhältnisse der Primarschulen (Schuldauer, Schülerverhältnisse, etc.) 1894/95.

Organisation des écoles primaires (Durée de l'enseignement, élèves, etc.) 1894/95.
gr. 8^o broschiert XXVIII + 332 + 407 = 767 Seiten.

II. Band. — II^e volume.

Die schweizerische Primarlehrerschaft. 1895.

Le personnel enseignant des écoles primaires suisses. 1895.
gr. 8^o broschiert XX + 242 + 213 = 475 Seiten.

III. Band. — III^e volume.

Die Arbeitsschulen für Mädchen in der Schweiz auf der Primarschulstufe. 1894/95.

Les écoles d'ouvrages des filles dans l'enseignement primaire, en Suisse. 1894/95.
gr. 8^o broschiert XVI + 66 + 148 = 230 Seiten.

IV. Band. — IV^e volume.

Ökonomische Verhältnisse der schweizerischen Primarschulen. 1894.

Economie des écoles primaires suisses en 1894.
gr. 8^o broschiert XX + 60 + 95 = 175 Seiten.

V. Band. — V^e volume.

Sekundarschulen, Mittelschulen, Fortbildungsschulen, Berufsschulen, Hochschulen, Musikschulen. 1894/95.

Enseignement secondaire et supérieure (écoles secondaires, écoles moyennes, écoles d'adultes, écoles professionnelles, Universités, écoles de musique) en 1894/95.
gr. 8^o broschiert XXX + 487 + 531 = 1048 Seiten.

VI. Band. — VI^e volume.

Kindergärten, Kleinkinderschulen, Privat-Primar-, -Sekundar- und -Mittelschulen; Spezialschulen (Waisenanstalten, Rettungsanstalten, etc.).

Jardins d'enfants, écoles enfantines, écoles privées (enseignement primaire, secondaire et supérieur), écoles spéciales (orphelinats, asiles, etc.).
gr. 8^o broschiert XII + 38 + 103 = 153 Seiten.

VII. Band. — VII^e volume.

Zusammenfassende Übersichten nach Bezirken und Kantonen.


Tableaux de récapitulations des districts et des cantons.
gr. 8^o broschiert X + 113 = 123 Seiten.

VIII. Band. — VIII^e volume.

I. Teil: Geschichtlicher Überblick, Übersicht über die Schulgesetzgebung des Bundes und der Kantone, Rekrutenprüfungen; II.—VII. Teil: Die Gesetzgebung der Kantone nach Schulstufen und Schulgruppen.

I^{re} partie: Introduction historique, législation scolaire de la Confédération et des Cantons, Examens des recrues; II^e à VII^e partie: La législation des cantons d'après les degrés et groupes scolaires.

gr. 8^o broschiert XXIV + 1340 = 1364 Seiten.

 Das ganze Werk von 8 Bänden mit 4335 Seiten ist zu sehr reduzierten Preisen beim eidgen. Departement des Innern in Bern erhältlich. Es sind auch einzelne Bände käuflich.

Art. Institut Orell Füssli, Verlag, Zürich.

Ferner erschien:

Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1899.

Bearbeitet von Dr. **A. Huber.**

gr. 8^o broschiert. XII, 169 und 260 Seiten. 7 Franken.

Einleitende Arbeit: **Die ökonomische Stellung der Primarlehrer in den einzelnen Kantonen der Schweiz auf Ende des Jahres 1900.** 27 Seiten.

Art. Institut Orell Füssli, Verlag, Zürich.

Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1900.

Bearbeitet von Dr. A. Huber.

gr. 8^o broschiert. XII, 203 und 356 Seiten. 7 Franken.

Einleitende Arbeit: **Stadtrat Johann Kaspar Grob, 1841—1901. Eine biographische Skizze.** 88 Seiten.

Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1901.

Bearbeitet von Dr. A. Huber.

gr. 8^o broschiert. XIV, 167 und 216 Seiten. 7 Franken.

Einleitende Arbeit: **Der Kampf um die eidgenössische Schulsabvention.** 51 Seiten.

Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1902.

Bearbeitet von Dr. A. Huber.

gr. 8^o broschiert. XIV, 173 und 255 Seiten. 7 Franken.

Einleitende Arbeit: **Das Bundesgesetz betreffend die Unterstützung der öffentlichen Primarschule vom 25. Juni 1903 und die von den Kantonen auf Grund dieses Gesetzes vorgenommene Verteilung der Primarschulsabvention des Bundes für das Jahr 1903.** 68 Seiten.

Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1903.

Bearbeitet von Dr. A. Huber.

gr. 8^o broschiert. XII, 183 und 164 Seiten. 7 Franken.

Einleitende Arbeiten: **Die Unterstützung der kantonalen Hochschulen durch den Bund.** 40 Seiten. — **Die Verteilung der Primarschulsabvention des Bundes für 1904.** 31 Seiten.

Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1904.

Bearbeitet von Dr. A. Huber.

gr. 8^o broschiert. XV, 166 und 179 Seiten. 7 Franken.

Einleitende Arbeiten: **I. Die Verteilung der Primarschulsabvention des Bundes für das Jahr 1905 und Überblick über die der Subvention in den Jahren 1903-1905 gegebene Verwendung.** **II. Das geltende Recht für die Unterstützung der öffentlichen staatlichen Primarschule durch den Bund.** 52 Seiten.

Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1905.

Bearbeitet von Dr. A. Huber.

gr. 8^o broschiert. XVI, 255 und 259 Seiten. 7 Franken.

Einleitende Arbeit: **Die Unentgeltlichkeit der individuellen Lehrmittel und Schulmaterialien in der Schweiz auf Ende 1906.** 71 Seiten.

Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1906.

Bearbeitet von Dr. A. Huber.

gr. 8^o broschiert. XII, 343 und 179 Seiten. 7 Franken.

Einleitende Arbeiten: **Der schweizerische Schulatlas.** 62 Seiten. **Der Kampf gegen den Alkohol im Schul- und Erziehungswesen der Schweiz.** 44 Seiten. **Allgemeiner pädagogischer Jahresbericht.** 55 Seiten.

Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1907.

Bearbeitet von Dr. A. Huber.

gr. 8^o broschiert. XIV, 252 und 248 Seiten. 7 Franken.

Einleitende Arbeiten: **Die Entwicklung des schweizerischen Schulwesens in den letzten Jahrzehnten, dargestellt durch einige statistische Übersichten.** 8 Seiten. **Allgemeiner pädagogischer Jahresbericht.**